Grossratsprotokoll
Dezembersession 2005

Session vom 5. Dezember 2005
bis 8. Dezember 2005

Geschäftsverzeichnis für die Dezembersession 2005 des Grossen Rates

I. Vereidigung / allgemeine Geschäfte

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen / Stellvertreter

II. Wahlen

Kommission für Bildung und Kultur; 1 Mitglied für die Amtsdauer 2005-2006 (Ersatzwahl)

III. Sachgeschäfte

1. Jahresprogramm 2006 und Budget 2006 (separater Bericht)

2. Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für den Erlass eines Grossratsgesetzes und für die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (separater Bericht)

3. Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung (B12/2005-2006, S. 993)

4. Zusammenschluss der Gemeinden Splügen und Medels i.Rh. zur Gemeinde Splügen (B11/2005-2006, S. 977)

5. Gewährung eines Kantonsbeitrags für den Bau der Porta Alpina, Sedrun (B13/2005-2006, S. 1195)

IV. Anfragen

keine

V. Aufträge

keine

VI. Weitere Vorstösse

1. Anträge auf Direktbeschluss
   keine

2. Parlamentarische Inititaiven
   keine

3. Resolutionen
   keine

Beschlussprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Montag, 5. Dezember 2005
Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler		
Protokollführer:	Domenic Gross		
Präsenz:	anwesend 118 Mitglieder		
Stellvertretung:	Toschini Andrea, Lostallo	für	Zarro Andrea, Soazza ✞
	Caviezel-Seglias Gitta, Chur	für	Suter Riccarda, Chur ✞
	Nay Donat, Zignau	für	Cathomas Sep, Brigels
	Campell Duri, Cinuos-chel	für	Trachsel Hansjörg, Celerina
	Pitsch Daniel, Tschierv	für	Fallet Georg, Müstair
	Brasser Christian, Zizers	für	Schütz Fred, Chur
	Casanova Angela, Domat/Ems	für	Wettstein Peter, Domat/Ems
	Florin Elita, Bonaduz	für	Baselgia Beatrice, Domat/Ems
	Hartmann Jann, Chur	für	Zanolari Livio, Chur
	Blarer Patrick, Samedan	für	Biancotti Marco, St. Moritz
entschuldigt:	Casanova (Chur), Ratti		
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr		

---

1. Jahresprogramm 2006

Präsident der Strategiekommission: Loepfe
Regierungsvertreter: Widmer-Schlumpf, Lardi, Schmid, Trachsel, Engler

I. Eintreten

Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

II. Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung
Der Grosse Rat nimmt vom Jahresprogramm 2006 der Regierung Kenntnis

Antrag Kommission
Der Grosse Rat unterstützt grundsätzlich die von der Regierung in ihrem Programm formulierten Zielsetzungen.

Zu den Polititkbereichen hält der Grosse Rat folgendes ergänzend fest:

ENTWICKLUNGEN
Der Grosse Rat nimmt von den verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen Kenntnis. Er unterstützt die Regierung in der Absicht, Schulden abzubauen und innovative und nachhaltig wirkende Projekte zu fördern.
Der Grosse Rat geht davon aus, dass die Regierung bereits im Jahre 2006 entsprechende Projektvorschläge ausarbeitet und zuhanden des Budgets 2007 einbringt.

Angenommen

7. UMWELT UND RAUMORDNUNG
ES 17/17: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Substitution von Öl
Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien:
Holz soll als nachhaltiger Rohstoff unseres Kantons profiliert werden.

Angenommen

III. Beschluss

Der Grosse Rat nimmt vom Jahresprogramm 2006 der Regieruung – mit den eingebrachten Anträgen der Strategiekommission – mit 91 zu 0 Stimmen Kenntnis und unterstützt grundsätzlich die von der Regierung in ihrem Programm formulierten Zielsetzungen.

2. Budget 2006

Präsident der GPK: Pfenninger
Regierungsvertreter: Widmer-Schlumpf, Lardi, Schmid, Trachsel, Engler

I. Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

II. Detailberatung

1. GESETZGEBENDE BEHÖRDE, REGIERUNG UND ALLGEMEINE VERWALTUNG

Laufende Rechnung

1100 Regierung
.3651 Beiträge für humanitäre und andere Hilfsaktionen
Antrag Jäger
Erhöhung der Beiträge um 40'000 Franken von 90'000 Franken auf 130'000 Franken

Der Antrag Jäger wird mit 50 zu 30 Stimmen abgelehnt.

1202 Drucksachen- und Materialzentrale
.4353 Verwaltungskostenentschädigung der Dienststellen
Antrag GPK
Erhöhung des Ertrages von 648'000 Franken um 70'000 Franken auf 718'000 Franken

Angenommen

Schluss der Sitzung: 18.10 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

K O M M I S S I O N S A U F T R A G G P K

betreffend Bericht über Strategie, Einsitz- und Einflussnahme sowie Berichts- und Kontrollwesen bei Beteiligungen des Kantons, selbständigen Institutionen und weiteren Organisationen mit „öffentlichen" Aufgaben.

Der Kanton Graubünden ist einerseits an etlichen Unternehmen im Kanton beteiligt, andererseits bestehen verschiedenste Institutionen und Organisationen, bei denen KantonsvertreterInnen Einsitz nehmen, der Kanton wesentliche finanzielle Beiträge leistet oder an die generell „öffentliche" Aufgaben übertragen wurden. Für die GPK stellen sich in diesem Zusammenhang seit etlichen Jahren immer wieder Fragen bezüglich Beteiligungsstrategie, Einsitz- und Einflussnahme, Interessenvertretung sowie bezüglich Berichts- und Kontrollwesen. Die GPK hat sich mehrmals mit diesen Anliegen befasst und von der Regierung auch diverse Informationen erhalten. Bezüglich dieser Thematik erfordert auch die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung gewisse grundsätzliche Überlegungen. Im Weiteren hat die Diskussion zum Auftrag Christoffel-Casty in der Oktober-Session 2005 deutlich gezeigt, dass ein Gesamtüberblick über diese Bereiche dringend notwendig ist. In Analogie zum Corporate-Governance-Gedanken soll dies zu erhöhter Transparenz und Offenlegung führen, damit die Aufsicht durch die Regierung und die Oberaufsicht durch den Grossen Rat bzw. dessen GPK darauf aufbauen können.

Die GPK ersucht die Regierung, dem Grossen Rat einen Bericht über die unten aufgeführten Themenfelder vorzulegen. Neben der Analyse der gegenwärtigen Situation wird die Regierung im Weiteren eingeladen, aufzuzeigen, ob und in welchem Bereich Handlungsbedarf besteht.

- Grobstrategie inklusive Umfang und Art der Beteiligungen des Kantons bei Aktien- und anderen Gesellschaften mit spezieller Berücksichtigung des Kraftwerkbereiches.
- Systematisierung der Berichterstattung von Gesellschaften mit mehrheitlicher Kantonsbeteiligung an den Grossen Rat (inkl. Institutionen, an welche der Kanton erhebliche Beiträge leistet und an welche der Kanton öffentliche Aufgaben überträgt).
- Interessenvertretung sowie allfällige Interessenverflechtungen respektive Interessenkonflikte bei der Einsitznahme in die Leitungsgremien und Verwaltungsräte dieser Institutionen.
- Möglichkeit der Einflussnahme nach der Ausgliederung von Institutionen.
- Verknüpfung zwischen Regierung und Vertretungen/Funktionen in den verselbständigten Institutionen unter besonderer Berücksichtigung der Informationsflüsse. Dazu gehört auch die Regelung der Verantwortlichkeiten.
- Zuständigkeit der Oberaufsicht und Kontrolle über ausgelagerte Institutionen, öffentlich-rechtliche Anstalten und Gesellschaften mit wesentlichen Beteiligungen des Kantons.
- Gleichbehandlung und Steuerung der verselbständigten Institutionen in Budget- und Rechnungslegungsfragen (Informationsbeschaffung, Kennzahlen, Vergleichbarkeit).
- Überblick und Vergleiche über die Einsitznahme, das Wahl- und Ernennungsverfahren, allfällige Amtszeitbeschränkungen sowie die Entschädigungen für diese Tätigkeiten in den Institutionen und Gesellschaften seitens Verwaltung, Regierung sowie des Grossen Rates.

Pfenninger, Janom Steiner, Barandun, Cavegn-Kaiser, Demarmels, Farrér, Fleischhauer, Marti, Meyer-Grass (Klosters), Pedrini, Plozza

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Geisseler

Der Protokollführer: Domenic Gross

Dienstag, 6. Dezember 2005
Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler
Protokollführer:	Adriano Jenal
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder
	entschuldigt Ratti
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

---

1. Budget 2006

Präsident der GPK: Pfenninger
Regierungsvertreter: Widmer-Schlumpf, Lardi, Schmid, Trachsel, Engler

3. JUSTIZ-, POLIZEI- UND SANITÄTSDEPARTEMENT

Laufende Rechnung

3212 Gesundheitsamt
.365060 Beitrag an andere Institutionen des Gesundheitswesens
Antrag GPK
Erhöhung Beiträge von 55'000 Franken um 60'000 Franken auf 115'000 Franken

Angenommen

4. ERZIEHUNGS-, KULTUR- UND UMWELTSCHUTZDEPARTEMENT

Laufende Rechnung

4271 Landeslotterie - Spezialfinanzierung
.3860 Einlage in Sportfonds
Antrag GPK
Erhöhung Einlage von 1'320'000 Franken um 948'000 Franken auf 2'268'000 Franken

.4690 Anteil am Reingewinn der Landeslotterie
Antrag GPK
Erhöhung Anteil von 6'000'000 Franken um 2'400'000 Franken auf 8'400'000 Franken

.4800 Entnahme aus Bestandeskonto der Spezialfinanzierung
Antrag GPK
Erhöhung Entnahme von 1'748'000 Franken um 1'452'000 Franken auf 296'000 Franken

Angenommen

Antrag der GPK und der Regierung
2. Der kantonale Anteil am Erlös aus dem Verkauf der für Währungszwecke nicht mehr benötigten Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im Jahr 2005 von 436,2 Mio. Franken sei wie folgt zu verwenden:
   2.1 Vollständige Abschreibung der Pensionskassenschuld im Umfang von 283,3 Mio. Franken (erwarteter Stand Ende 2005);

Antrag Capaul zu Ziffer 2.1
Der Umfang der Abschreibung der Pensionskassenschuld auf 262,3 Mio. Franken sei zu reduzieren und stattdessen den Gemeinden und Verbänden die Summe von 21 Mio. Franken zurückzuerstatten, damit diese ihre Belastung aus der Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskasse vermindern können.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 65 zu 17 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
2.2 Zusätzlicher Beitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Spezialfinanzierung Strassen zum Abbau der Strassenschuld im Umfang von 75 Mio. Franken (Stand Strassenschuld per 1.1.2005: 76, 3 Mio. Franken)

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 90 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
2.3 Vollständige Abschreibung der aktivierten Investitionsbeiträge per 1.1.2005 im Umfang von 78,1 Mio. Franken
Diese Mittelverwendung ist beim Abschluss der Staatsrechnung 2005 zu berücksichtigen. Sollte die Laufende Rechnung des Jahres 2005 keinen Ertragsüberschuss ausweisen, sind im Sinne von Art. 25 Abs. 2 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) entsprechend verminderte Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen vorzunehmen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 90 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
4. Der ordentliche Beitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Strassenrechnung gemäss Art. 84 Abs. 2 des Strassengesetzes sei auf Fr. 29'814'000.-- (45% der Verkehrssteuern) festzulegen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 91 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
5. Im Sinne von Art. 33 Abs. 2 VOzFHG sei folgender Verpflichtungskredit, welcher nicht dem Finanzreferendum zu unterstellen ist, zu genehmigen:
Hochbauamt
Kantonsschule Chur, Sanierung Sportanlagen Sand:

Verpflichtungskredit		Fr. 5'500'000.--
(Stand Baupreisindex 108.6 Punkte am 1.10.2004)		
Zeitlicher Anfall der Kosten	2006	Fr. 3'300'000.--
	2007	Fr. 2'200'000.--

Staatsrechnungsposition Konto 6100.5034223 (Sperrvermerk 2006)

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 90 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
6. Werte und Kredite für die Betriebsbeiträge 2006 an die Spitäler im Kanton Graubünden:
6.1 der anerkannte standardisiere Fallaufwand sei auf Fr. 9'670.—festzulegen;
6.2 die maximale Hospitalisationsrate für die bis 64-jährigen Personen sei auf 110 stationäre Fälle je 1'000 Einwohner und für die 65-jährigen und älteren Personen auf 360 stationäre Fälle je 1'000 Einwohner festzulegen;
6.3 der Gesamtkredit für das Rettungswesen (inkl. Mesolcina-Calanca) sei auf Fr. 550'000.—festzulegen;
6.4 der Gesamtkredit für die Lehre und Forschung sei auf 5'960'000.—festzulegen;

6.5 die Abgabesätze auf dem anerkannten Fallaufwand seien wie folgt festzulegen:
6.5.1 für ausserkantonale Patienten auf 11,3 % für das Kantonsspital und 7,5 % für die übrigen Spitäler;
6.5.2 für Halbprivat- und Privatpatienten sowie Selbstzahler auf 15 % für das Kantonssspital und 10 % für die übrigen Spitäler;
6.6 der Gesamtkredit für das Bereitschaftswesen sei auf Fr. 3'040'000.— festzulegen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 98 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
7. Kantonaler Steuerfuss für das Jahr 2006:
Der Steuerfuss für das Jahr 2006 – ertragswirksam im Jahr 2007 – sei auf 105 % der einfachen Kantonssteuer festzusetzen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 99 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
8. Steuerfuss und Beiträge für den interkommunalen Finanzausgleich:
(mit Auswirkung im Jahr 2007)
8.1 der gestützt auf das Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2006 zu erhebende Zusachlag zur Kantonsssteuer sei wie bisher auf 101 % der einfachen Kantonssteuer festzulegen;

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 102 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
8.2 die Finanzierungsbeiträge des Kantons und der Gemeinden für den interkommunalen Finanzuausgleich seien für das Jahr 2006 von je 6 % auf neu je 10 % zu erhöhen;

Antrag Schmid zu Ziffer 8.2
Die Finanzierungsbeiträge des Kantons und der Gemeinden für den interkommunalen Finanzuausgleich seien für das Jahr 2006 auf je 6 % zu belassen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 86 zu 8 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
8.3 der Satz für die Kürzung der Gemeindetreffnisse sei wie bisher bei 50 % zu belassen;
8.4 auf die Gewährung eines Zusatzbeitrages des Kantons gemäss Art. 3 Abs. 1 lit. e) und Art. 3 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes sei zu verzichten

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 102 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
9. Die Quellensteuerfüsse für das Jahr 2006 seien wie folgt festzulegen:
9.1 Quellensteuerfuss für die Gemeinden auf 95 % der einfachen Kantonssteuer;
9.2 Quellensteuerfuss für die Kirchen auf 13 % der einfachen Kantonssteuer.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 104 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung

10. Die Aufträge Feltscher betreffend den zusätzlichen Stellenabbau in der kantonalen Verwaltung vom Juni 2003 (Kommissionsauftrag, Feltscher I) sowie betreffend konkrete Vorgaben im Stellenabbau der engeren kantonalen Verwaltung vom April 2004 (Feltscher II) gemäss den Ausführungen auf den Seiten A93 bis A95 der Budgetbotschaft der Regierung seien abzuschreiben.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 96 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung

11. Vom Strassenbauprogramm für die Jahre 2007-2008 (Seiten A129 bis A132) sei Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 86 zu 1 Stimmen zu.

Antrag der GPK

12. GRiforma-Planungsberichte für Pilotdienststellen:
    Die acht Planungsberiche der GRiforma-Pilotdienststellen seien zu genehmigen.
    (Bemerkung GPK: Im Sinne einer Präzisierung von Ziffer 12 der Anträge der Regierung , Seite A 136 ihres Berichtes, soll auch der separate Planungsbeicht 2006 der Asylorganisation genehmigt werden, da die Asylorganisation ab dem 1.1.2006 nicht mehr im Sozialamt enthalten sein wird.)

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 84 zu 1 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung

13. Das kantonale Budget für das Jahr 2006 gemäss den Seiten 7 – 78 mit den Änderungen der GPK sei zu genehmigen.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 96 zu 2 Stimmen zu.

2. Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung (B12/2005-2006, S. 993)

Präsident der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik: Nigg
Regierungsvertreter: Trachsel

Teilrevision des Gemeindegesetzes

I. Eintreten Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten.

(Die Weiterberatung dieses Traktandum wird auf die Nachmittagssitzung verschoben).

Schluss der Sitzung: 12.05 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:
Der Standespräsident: Hans Geisseler
Der Protokollführer: Adriano Jenal

Dienstag, 6. Dezember 2005
Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 116 Mitglieder
	entschuldigt Cavigelli, Meyer Persili, Parpan, Ratti
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

---

1. Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung (B12/2005-2006, S. 993)

Präsident der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik: Nigg
Regierungsvertreter: Trachsel

I. Eintreten (Fortsetzung)

Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

II. Detailberatung

GEMEINDEGESETZ DES KANTONS GRAUBÜNDEN

Art. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Portner
Streichen

Abstimmung
Der Antrag Portner wird mit 56 zu 13 Stimmen abgelehnt.

Art. 3, Marginalie
Antrag Jäger
Streichen
1. im Allgemeinen

Angenommen

Art. 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 4
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 4 a, Marginalie
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 5, Marginalie
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 6
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 7
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 8
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 9 lit. a, e, i und k
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 10 Abs. 1 lit. a, e und f sowie Abs. 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 11 Abs. 1 und 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 12 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 14 Abs. 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Trepp
Streichen
…in der Regel…

Antrag Casanova (Vignogn)
Ändern wie folgt:
Er besteht aus mindestens drei Mitgliedern.

Antrag Lemm
Ersatzlose Streichung

1.Abstimmung
Der Antrag Trepp wird dem Antrag der Kommission und der Regierung gegenübergestellt. Der Antrag Trepp wird mit 88 zu 6 Stimmen abgelehnt.

2. Abstimmung
Der Antrag Casanova (Vignogn) wird dem obsiegenden Antrag der Kommission und der Regierung gegenübergestellt. Der Antrag Casanova (Vignogn) mit 63 zu 37 Stimmen abgelehnt

3. Abstimmung
Der Antrag Lemm wird dem obsiegenden Antrag der Kommission und der Regierung gegenübergestellt. Der Antrag Lemm unterliegt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 65 zu 39 Stimmen.

Art. 16
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 18 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 21
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 22 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Bestimmung wie folgt ändern:
Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie, Geschwister, Ehegatten **und Personen, die zusammen in eingetragener Partnerschaft oder faktischer Lebensgemeinschaft leben**, dürfen nicht gleichzeitig derselben Gemeindebehörde angehören.

Angenommen

Art. 23
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 26 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 49 Abs. 2 und 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 50 Abs. 1 lit. a und b sowie Abs. 4 und 5
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 50 Abs. 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Heinz
Ändern wie folgt:
Aufgaben von regionaler Bedeutung **können** von einem Regionalverband erfüll**t werden**.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 72 zu 4 Stimmen zu.

Art. 51
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 52 Abs. 1 lit. a bis k
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 52 Abs. 1 lit. l
Antrag Kommission, Strategiekommission und Regierung
Wie folgt ändern:
…und der Stimmberechtigten gegen Beschlüsse der **Regional- oder** Delegiertenversammlung, insbesondere welche…

Angenommen

Art. 52 Abs. 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 53
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 54
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 55
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 56
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 57 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 57 Abs. 3
Antrag Kommission, Strategiekommission und Regierung
Wie folgt ändern:
In Ausnahmefällen kann sich eine Gemeinde für die Erfüllung bestimmter Aufgaben einem anderen Regionalverband anschliessen mit den Rechten und Pflichten, welche sich auf diesen Aufgabenbereich beschränken.

Angenommen

Art. 58
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 59 Abs. 1, 2, 3 und 5
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 59 Abs. 4
Antrag Kommissionsmehrheit (8 Stimmen, Sprecher: Nigg) *und Regierung*
Gemäss Botschaft

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme, Sprecher: Jaag) *und Strategiekommission* (5 zu 3 Stimmen)
Wie folgt ändern:
Die Statuten **haben** die Wahl des Regionalvorstandes durch die Gesamtheit der stimmberechtigten Verbandseinwohner vor**zu**sehen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Regierung mit 74 zu 24 Stimmen zu.

Die Sitzung wird an dieser Stelle unterbrochen.

Schluss der Sitzung: 18.25 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

A N F R A G E

betreffend der langfristigen Entwicklung der militärisch genutzten Areale in Chur und Umgebung

Die Entwicklung der Armee in den letzten Jahren muss in Bezug auf den Standort Chur realistischerweise kritisch beurteilt werden. So gingen alleine auf die Hauptstadt bezogen rund die Hälfte der Arbeitsplätze verloren. Parallel zu dieser Entwicklung nahmen die Emissionen (Schiesslärm Rossboden) stark zu. Ohne Zweifel muss festgestellt werden, dass die Pläne des VBS für die Zukunft des Standortes Chur nicht klar sind. Die heute noch militärisch genutzten Flächen in der Stadt Chur sind in mehrfacher Hinsicht für die Stadt bedeutend. Das Kasernenareal liegt in Zentrumsnähe und ist sicher geeignet für eine Nutzung als Infrastrukturzentrum. Der Rossboden bietet eine Vielzahl von Nutzungsmöglichkeiten, die geprüft werden sollten. Dabei ist auch eine industrielle und touristische Nutzung (Churer Wasserlandschaft) mit überregionaler Bedeutung prüfenswert.

Festzuhalten ist aber klar, dass das Militär für unseren Kanton Graubünden ein wichtiger Partner ist und auch bleiben soll.

In diesem Zusammenhang stellen sich verschiedene Fragen, die vor allem aus längerfristiger Sicht und Planung, schon heute angegangen werden sollten:

1. Ist die Regierung bereit, sich beim VBS weiterhin für die Arbeitsplatzerhaltung in unserer Randregion einzusetzen oder, falls der Abbau in diesem Masse weitergeht, sich den Konsequenzen zu stellen und entsprechend andere Nutzungsmöglichkeiten der heute militärisch genutzten Areale, künftig zu unterstützen?
2. Ist die Regierung bereit, eine Emissionsentlastung der dicht besiedelten Gebiete zu unterstützen und sich für die Verlagerung der Schiessübungen auf dezentral gelegene Übungsplätze in unserem Kanton einzusetzen.
3. Ist die Regierung bereit, die längerfristige Entwicklung einer möglichen Alternativnutzung des Kasernenareals und des Rossbodens Chur sowie die Planung der Region Chur mit der aktiven Mitarbeit von Amtsstellen zu unterstützen?

Claus, Cahannes, Jeker, Augustin, Bachmann, Barandun, Berther (Disentis), Bleiker, Brunold, Casanova (Chur), Caviezel (Pitasch), Christ, Crapp, Dermont, Frigg-Walt, Giacometti, Hanimann, Jaag, Jäger, Kleis-Kümin, Koch, Krättli-Lori, Luzio, Marti, Meyer-Grass (Klosters), Mengotti, Parpan, Perl, Peyer, Pfenninger, Rizzi, Robustelli, Stiffler, Tomaschett, Tremp, Tscholl, Florin-Caluori, Hartmann (Chur), Pitsch

A N F R A G E

betreffend Alimentenbevorschussung und -inkasso

Alleinerziehende und ihre Kinder sind am stärksten von Familienarmut bedroht und betroffen. Die Studie „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“ der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) aus dem Jahre 2003 zeigt, dass das verfügbare Einkommen der Einelternfamilien in erster Linie von der Ausgestaltung der Alimentenbevorschussung abhängt. Mit den Alimenten erfüllen die getrennt lebenden Eltern ihre elterliche Unterhaltspflicht und bezahlen ihren Teil der Kinderkosten. Doch die Zahlungsmoral der Schuldner – meist sind es die Väter – lässt zu wünschen übrig. Viele Kinder geraten deshalb in finanzielle Engpässe, was unter anderem Auswirkungen auf die Ausbildung und die medizinische Versorgung haben kann. Diese Studie kommt zudem zur Erkenntnis, dass Armut heute auch eine Frage des Wohnortes ist, weil die Alimentenbevorschussung in den Kantonen auf höchst unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen basiert. Auf Bundesebene sind daher Bestrebungen im Gange, Vorschläge zur Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des –inkassos zu erarbeiten.

Gemäss Art. 131 ZGB (Frauenalimente) und Art. 290 ZGB (Kinderalimente) sind für die Vollstreckung des Unterhaltsanspruches die Vormundschaftsbehörde oder eine andere, vom kantonalen Recht bezeichnete Stelle zuständig. Diese hat „in geeigneter Weise und unentgeltlich zu helfen“. Da unser kantonales Recht jedoch keine entsprechende Stelle bezeichnet, fällt die Aufgabe an die Vormundschaftsbehörde, bzw. auf die Gemeinden zurück. Diese hätten theoretisch das Inkasso von Frauen- und Kinderalimenten zu bewerkstelligen, unabhängig davon ob eine Bevorschussung stattfindet oder nicht. Damit sind viele Gemeinden überfordert, dies insbesondere deshalb, weil sie der Komplexität der Materie nicht gewachsen sind. Die Frauenzentrale Graubünden (FZ) übernahm im Jahre 2004 die von privater Seite her seit drei Jahrzehnten geführte Stelle für das Inkasso von Frauen- und Kinderalimenten und erhält dafür einen bescheidenen Beitrag vom Kanton. Die gemachten Erfahrungen zeigen jedoch, dass die jetzigen Strukturen und die bisherigen kantonalen Beiträge nicht genügen, um die Dienstleistungen einer Alimentenfachstelle professionell abwickeln zu können. Eine von der FZ durchgeführte Bedürfnisabklärung bei den Gemeinden kommt daher zum Schluss, dass in Graubünden eine gut organisierte, zentrale Alimentenfachstelle einem Bedürfnis sowohl von betroffenen Eltern und Kinder als auch von zahlreichen Gemeinden entspricht. Es kann ja nicht sein, dass Betroffene in einer grossen Gemeinde wie Chur professionell unterstützt und beraten werden und in einer kleinen Gemeinde überhaupt keine Unterstützung finden oder sogar noch weg gewiesen werden. Schliesslich ist erwiesen, dass wenn das Inkasso professionell betrieben wird, mehr Geld akquiriert werden kann, als eine Fachstelle Kosten verursachen würde.

Die Regierung wird daher um die Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Warum gibt es im Kanton Graubünden keine gesetzliche Grundlage für eine zentrale Fachstelle, welche das Alimenteninkasso für Kinder- und Frauenalimente sowie die Beratung und Bevorschussung einheitlich durchführt? Alle umliegenden Kantone wie SG, GL, ZH etc. haben eine professionell geführte Alimentenfachstelle resp. Alimenteninkassostelle.
2. Warum wurde Art. 131 ZGB, der die Frauenalimente regelt und schon seit dem 1. Januar 2000 in Kraft ist, nicht ins EG zum ZGB überführt und eine kantonale Behörde bezeichnet?
3. Ist die Regierung nicht auch der Meinung, dass heute unhaltbare Zustände herrschen, indem gewisse Gemeinden völlig inaktiv bei der Unterstützung bezüglich Alimentenbevorschussung und –inkasso sind, obwohl ein klarer gesetzlicher Auftrag im ZGB besteht?
4. Wie stellt sich der Kanton zu den Bestrebungen auf Bundesebene zur Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des –inkassos?

Meyer Persili, Hardegger, Michel, Arquint, Bucher-Brini, Bühler-Flury, Cahannes, Caviezel-Suter (Thusis), Cavigelli, Christoffel-Casty, Frigg-Walt, Jaag, Jäger, Meyer-Grass (Klosters), Noi-Togni, Perl, Peyer, Pfenninger, Pfiffner, Robustelli, Trepp, Zindel, Blarer, Brasser, Caviezel (Chur)

A N F R A G E

betreffend Situation der Anbieter familienergänzender Kinderbetreuung nach der Einführung des Gesetzes zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden

Am 15. November 2003 wurde das Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden in Kraft gesetzt. Seit dem 1. Januar 2004 erhalten die Anbieter wie Krippen, Kindertagesstätten und Tagesfamilienvereine vom Kanton und von den Wohnsitzgemeinden Beiträge an die anerkannten Normkosten. Die Regierung hat den Beitragssatz für das Jahr 2006 unverändert auf dem gesetzlichen Minimum von je 15 % belassen.

Die finanzielle Situation der Anbieter familienergänzender Kinderbetreuung im Kanton Graubünden ist auch zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sehr schwierig. Die Gründe dafür sind vielfältig. Auf der Kostenseite fällt vor allem der Perso-

nalaufwand ins Gewicht. Die geforderte Betreuungsqualität erlaubt es den Anbietern jedoch nicht, den Personalaufwand zu reduzieren, zumal die heute bezahlten Löhne sehr niedrig sind. Ausserdem werden die Anbieter aufgrund der gestützt auf das neue Berufsbildungsgesetz erlassenen und am 1. Juli 2005 in Kraft getretenen eidgenössischen Verordnung über die berufliche Grundausbildung „Fachfrau/Fachmann Betreuung“ in diesem Bereich mit deutlichen Mehrkosten rechnen müssen. Sie werden die Auflagen dieser Verordnung (höherer Anteil schulischer Ausbildung, intensive Betreuung durch Fachkräfte) erfüllen müssen, um auch künftig Lehrstellen anbieten zu können. Weitere Probleme ergeben sich je nach Region aus der stark schwankenden saisonalen Auslastung und den zum Teil sehr hohen Mietkosten.

Auf der anderen Seite sind die Anbieter gesetzlich gezwungen, die Tarife nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern abzustufen. Dies bedeutet für die Fürsorgebehörden eine grosse Entlastung, für die Anbieter jedoch ein enormes Risiko. Die aktuellen niedrigen Tarife sind nämlich trotz der Beiträge von Kanton und Gemeinden bei weitem nicht kostendeckend. Die Rechnung der Anbieter kann nur aufgehen, wenn auch genügend gut verdienende Eltern die Angebote nutzen. Bereits heute beklagen indessen viele Eltern die hohen Tarife und sind nicht bereit, noch höhere Tarife zu bezahlen.

Verschiedentlich wird überdies bemängelt, dass die Umsetzung des Gesetzes den Betrieben einen übermässigen administrativen Aufwand beschert, was wiederum die Personalkosten erhöht. Insbesondere erweist sich die gesetzlich vorgeschriebene Bedarfsplanung, die alljährlich zusammen mit den Gemeinden ausgearbeitet werden muss, als sehr schwierig.

Die Regierung wird daher um die Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Welche Vorkehrungen plant die Regierung, damit der administrative Aufwand für die Anbieter familienergänzender Kinderbetreuung vereinfacht werden kann?

2. Wann gedenkt die Regierung, der schwierigen finanziellen Situation der Anbieter durch eine Erhöhung des Beitragssatzes Rechnung zu tragen, damit sichergestellt werden kann, dass die Betriebe auch künftig in der Lage sind, die begehrten Lehrstellen für Fachpersonen Betreuung in genügender und angemessener Zahl anzubieten?

Robustelli, Meyer Persili (Chur), Hardegger, Arquint, Augustin, Bachmann, Barandun, Berther (Sedrun), Bischoff, Bucher-Brini,Bühler-Flury, Cahannes, Capaul, Casanova (Chur), Casty, Cavegn-Kaiser, Caviezel (Pitasch), Caviezel-Sutter (Thusis), Cavigelli, Christ, Claus, Dermont, Fasani, Feltscher, Frigg-Walt, Hanimann, Hess, Jaag, Jäger, Jenny, Joos, Kessler, Kleis-Kümin, Koch, Marti, Meyer-Grass (Klosters), Mengotti, Michel, Noi-Togni, Parolini, Pedrini, Perl, Peyer, Pfenninger, Pfiffner, Rizzi, Stiffler, Thomann, Tramèr, Trepp, Blarer, Brasser, Caviezel (Chur), Hartmann (Chur), Pitsch, Toschini

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Geisseler

Der Protokollführer: Domenic Gross

Mittwoch, 7. Dezember 2005
Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler
Protokollführer:	Adriano Jenal
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder
	entschuldigt Ratti
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

---

1. Nachtragskredite

Sprecher der GPK: Pfenninger

Antrag GPK
Kenntninsnahme von der Orientierungsliste der GPK über die bewilligten Nachtragskreditgesuche zum Budget 2005

Der Grosse Rat nimmt von der Orientierungsliste der GPK über die bewilligten Nachtragskredite zum Budget 2005 Kenntnis.

2. Wahl eines Mitglieds für die Kommission für Bildung und Kultur für die Amtsdauer 2005-2006 (Ersatzwahl)

Anita Christoffel-Casty wird mit 101 zu 0 Stimmen gewählt.

3. Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung (B12/2005-2006, S. 993)

Präsident der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik: Nigg
Regierungsvertreter: Trachsel

II. Detailberatung (Fortsetzung) **GEMEINDEGESETZ DES KANTONS GRAUBÜNDEN**

Art. 59 Abs. 3
Antrag Kommission und Regierung
Erster Satz wie folgt ändern:
Anstelle der Regionalversammlung kann ein in freier Wahl aus allen **stimmberechtigten Verbandseinwohnern** gebildetes Regionalparlament treten.

Angenommen

Art. 60
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Antrag Keller
Neuer Art. 60bis (neu) einfügen
Der Kanton fördert die Entwicklung der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit mit Förderbeiträgen. Art und Umfang werden in einer grossrätlichen Verordnung geregelt.

Abstimmung zum Eintreten (vgl. Art. 63 Abs. 1 GGO)
Eintreten wird mit 62 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Art. 75
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 77 Abs. 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 81 lit. f
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 81a
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 87
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 88
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 89 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 90
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 91 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 92
Antrag Kommissionsmehrheit (7 Stimmen, Sprecher: Nigg) *und Regierung*
Gemäss Botschaft

Antrag Kommissionsminderheit (3 Stimmen, Sprecher Tuor)
Streichen

Antrag Pfister
Wie folgt ändern:
Im Rahmen von Projekten und Verhandlungen können auch Konsultativabstimmungen vorgenommen werden.

Antrag Pfister wird zurückgezogen.

Kommissionsminderheitsantrag wird zurückgezogen.

Antrag Kommissionsmehrheit und Regierung angenommen.

Art. 93 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Thomann
Wie folgt ergänzen:
Der Kanton fördert den Zusammenschluss von Gemeinden**, insbesondere zu Talschaftsgemeinden.**

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 53 zu 24 Stimmen zu.

Art. 93 Abs. 2 und 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Antrag Marti
Einfügen neuer Absatz 4
Die Regierung berichtet jährlich dem Grossen Rat über Umfang und Erfolg der Förderung.

Der Antrag Marti wird zurückgezogen.

Schluss der Sitzung: 12.15 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Geisseler

Der Protokollführer: Adriano Jenal

Mittwoch, 7. Dezember 2005
Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 109 Mitglieder
	entschuldigt: Arquint, Augustin, Federspiel, Hess, Hübscher, Maissen, Plozza, Ratti, Righetti, Rizzi, Schmid
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

---

1. Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung (B12/2005-2006, S. 993)

Präsident der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik:	Nigg
Regierungsvertreter:	Trachsel

II. Detailberatung (Fortsetzung) **GEMEINDEGESETZ DES KANTONS GRAUBÜNDEN**

Art. 94 Abs. 1 lit. a
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Feltscher
Streichen
…dauernd…

Abstimmung
Der Antrag Feltscher wird mit 57 zu 30 Stimmen abgelehnt.

Art. 94 Abs. 1 lit. b
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Joos (1)
Streichen

Abstimmung
Der Rat lehnt den Antrag Joos (1) mit 83 zu 9 Stimmen ab.

Antrag Joos (2)
…sofern **mindestens eine Zweidrittelsmehrheit** der anderen betroffenen Gemeinden…

Abstimmung
Der Antrag Joos (2) wird mit 84 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Art. 94 Abs. 1 lit. c (neu)
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Feltscher
Einfügen neue lit. c):

der Zusammenschluss die fehlende Finanzausstattung eindeutig verbessert und damit langfristig eine effiziente und gesetzes-konforme Aufgabenerfüllung ermöglicht.
Abstimmung
Der Antrag Feltscher wird mit 52 zu 32 Stimmen abgelehnt.

Art. 95
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 96 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 97
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 98 Abs. 2 bis 5
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 99 Abs. 2 und 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Schlussabstimmung
2. Der Grosse Rat stimmt der Teilrevision des Gemeindegesetzes des Kantons Graubünden mit 90 zu 3 Stimmen zu.

GESETZ ÜBER DEN INTERKOMMUNALEN FINANZAUSGLEICH (FAG)

I. Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen

II. Detailberatung

Art. 15
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 16 Abs. 2 und 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 16 Abs. 4
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Casanova (Vignogn)
Streichen dritter Satz und ergänzen zweiter Satz:
…**und peripher gelegenen Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern mit einem Steuerfuss von mindestens 100 Prozent der einfachen Kantonssteuer.**

Abstimmung
Der Antrag Casanova (Vignogn) wird mit 83 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Art. 16 Abs. 5
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Casanova (Vignogn)
Streichen
…sowie die Einwohnerzahl für die Begrenzung und Kürzung der Mindestausstattung. Er kann die Berechtigung an weitere Bedingungen knüpfen.

Abstimmung
Der Antrag Casanova (Vignogn) wird mit 83 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Art. 19 Abs. 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 19a Abs. 1, 2 und 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 19a Abs. 4 (neu)
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Feltscher
Einfügen neuer Abs. 4:
Der Pauschalbetrag pro Einwohner soll Talschaftsfusionen fördern und darf nicht unter 4'000 Einwohner limitiert werden.

Abstimmung
Der Antrag Feltscher wird mit 71 zu 3 Stimmen abgelehnt.

VOLLZIEHUNGSVERORDNUNG ZUM GESETZ ÜBER DEN INTERKOMMUNALEN FINANZAUSGLEICH (VVZFAG)

Art. 4 Abs. 1, 3 und 4
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 4 Abs. 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Loepfe
Ändern wie folgt:
Die Mindestausstattung wird für die erstern **400** Einwohner gewährt.

Abstimmung
Der Antrag Loepfe wird mit 64 zu 15 Stimmen abgelehnt.

Art. 4a
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Casanova (Vignogn)
Ersatzlose Streichung

Abstimmung
Der Antrag Casanova (Vignogn) wird mit 75 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Art. 4b Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 4b Abs. 3 (neu)
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Caviezel (Thusis)
Einfügen neuer Abs. 3:
Eine allfällige Kürzung der Mindestausstattung wird für eine Gemeinde erstmals drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Teilrevision wirksam.

Abstimmung
Der Antrag Caviezel (Thusis) wird mit 79 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Art. 5
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 8
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Schlussabstimmung
2. Der Grosse Rat stimmt der Teilrevision des Gesetzes über den interkommunalen Finanzausgleich mit 88 zu 3 Stimmen zu;
3. Der Grosse Rat stimmt der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich mit 93 zu 3 Stimmen zu;
4. Der Grosse Rat nimmt von der Erledigung des Postulates Zegg betreffend Reform der Gemeindestrukturen (GRP 1998/1999, Seiten 307, 473 und 630) sowie vom

Fraktionsauftrag Hanimann betreffend Gemeindereform in Graubünden (GRP 2003/2004, Seiten 449, 727 und 782) mit 94 zu 0 Stimmen Kenntnis.

5. Der Grosse Rat nimmt von der Umsetzung der Massnahme 205 der Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushaltes (Botschaft der Regierung, Heft Nr. 2/2003-2004, Seite 141) mit 88 zu 0 Stimmen Kenntnis.

2. Zusammenschluss der Gemeinden Splügen und Medels i.Rh. zur Gemeinde Splügen (B11/2005-2006, S. 977)

Präsident der Vorberatungskommission: Thomann
Regierungsvertreter: Trachsel

I. Eintreten

Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

II. Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung
Den Zusammenschluss der beiden Gemeinden Splügen und Medels i. Rh. zur neuen Gemeinde Splügen auf den 1. Januar 2006 in Kraft zu setzen.

Abstimmung
Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 88 zu 0 Stimmen.

3. Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für den Erlass eines Grossratsgesetzes und für die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates

Sprecher der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik: Zegg
Vertreter der Präsidentenkonferenz: Geisseler

I. Eintreten

Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

II. Detailberatung

GROSSRATSGESETZ

I. Wahl und Konstituierung

Art. 1
Antrag Kommissionsmehrheit (9 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme, Sprecher: Jaag)
Wie folgt ändern:
Für die Verteilung der Grossratssitze auf die Kreise ist massgebend die **(…)** Wohnbevölkerung der Kreise…

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Präsidentenkonferenz mit 51 zu 11 Stimmen zu.

Art. 2a Ziffer 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Ergänzen
Die **schweizerische** Wohnbevölkerung…

Angenommen

Schluss der Sitzung: 18.25 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

A U F T R A G

betreffend Anreizmodell bei den Verkehrssteuern für Motorfahrzeuge mit schadstoffarmem Treibstoffverbrauch

Gemäss Kyoto-Protokoll hat sich die Schweiz zur Reduktion des CO2-Ausstosses verpflichtet. Dieser Ausstoss muss weltweit verringert werden. Das Erreichen der global fixierten Ziele ist für die Zukunft unseres ganzen Planeten entscheidend. Die von der Wissenschaft anerkannten Klimamodelle zeigen eindeutig, dass gerade die Alpenregionen bei einer ungebremsten Klimaerwärmung besonders betroffen sind. Die Entwicklung der (Mittelwert-) Temperaturen der letzten Jahre belegt diesen Trend auch für unseren Kanton. Extremwerte bzw. Extremereignisse häufen sich. Der Kanton Graubünden hat im Zusammenhang mit den Unwettern 2005 dies erneut und mit grossen Schadenfolgen zu spüren bekommen. In diesem Prozess des Klimawandels ist der CO2-Ausstoss ein massgeblicher Faktor, den wir allerdings beeinflussen können, ja müssen.

In diesem Sinne sind neben der Industrie, der Landwirtschaft, allen Dienstleistungsbetrieben und den privaten Haushalten auch alle staatlichen Ebenen – und damit unser Kanton in speziellem Sinne - gefordert, alle möglichen Massnahmen, welche den CO2-Ausstoss und den Ausstoss anderer Schadstoffe verringern könnten, zu prüfen und dann auch – so weit wie möglich – wirksam umzusetzen. In diesem Zusammenhang forderte Bundesrat Merz kürzlich in einem Interview die Kantone auf, über ihre Motorfahrzeugsteuern entsprechende Anreize zu schaffen („NZZ am Sonntag“, 27. November 2005).

Die Verkehrssteuern sind in Graubünden im kantonalen Strassengesetz geregelt. Gemäss der Bestimmung von Art. 84d Abs. 2 bemisst sich die Steuer grundsätzlich nach den Steuer-PS oder dem Gesamtgewicht des Fahrzeuges, sofern in besonderen Fällen nicht fixe Ansätze anzuwenden sind. Die konkreten Steuersätze sind dann auf Verordnungsstufe festgelegt. Für Fahrzeuge mit elektrischem oder Hybridantrieb wird dabei schon heute ein spezieller Tarif angewendet.

Die Regierung wird eingeladen, neben den bestehenden Kriterien als zusätzliches Steuerungselement zur Festlegung der Verkehrssteuern in unserem Kanton auch den CO2-Ausstoss in die kantonale Gesetzgebung aufzunehmen. Zudem sind weitere Anreizmodelle zu prüfen, die den vermehrten Umstieg auf Motorfahrzeuge mit schadstoffarmem Treibstoffverbrauch fördern könnten.

Jäger, Meyer-Grass (Klosters), Tomaschett, Arquint, Bucher-Brini, Christ, Christoffel-Casty, Conrad, Dermont, Frigg-Walt, Jaag, Jenny, Joos, Keller, Kleis-Kümin, Luzio, Meyer Persili (Chur), Mengotti, Noi-Togni, Parolini, Peyer, Pfenninger, Pfiffner, Pfister, Righetti, Robustelli, Schmid, Tremp, Trepp, Zindel, Brasser, Caviezel (Chur), Florin-Caluori, Toschini

A U F T R A G

betreffend angepasste Tagesstrukturen in unseren Schulen

Die Familie und ihr Umfeld verändern sich auch im Kanton Graubünden. Unser Kanton soll ein attraktiver Standort für die arbeitstätige Bevölkerung sein. Wir möchten neue Unternehmen in unserem Kanton ansiedeln oder zumindest die bestehenden erhalten. Auch in unserem Kanton hat sich das gesellschaftliche Umfeld verändert. Die klassische Familienstruktur, in der ein Elternteil sich der Erziehung und Betreuung der Kinder widmet und der andere für das Einkommen der Familie sorgt, ist immer weniger der Regelfall. Immer öfter wollen oder müssen beide Partner arbeiten. Diese neuen und oft auch kritisierten Familienmodelle bergen Risiken und Chancen für Staat und Gesellschaft. Die Entwicklung kann durch den Staat nur schwach beeinflusst werden. Der Staat hat aber Rahmenbedingungen für eine gesunde soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Die Hauptverantwortung für die Kinder soll weiterhin bei den Eltern liegen. Unsere Kinder sollen aber unter dem veränderten gesellschaftlichen Umfeld nicht leiden. Sie haben Anrecht auf eine gute Betreuung während der Abwesenheit ihrer Eltern. Strassenkinder sind unverantwortbar und verursachen überproportionale Sozialkosten. Es muss für Kanton und Gemeinden aus sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen erstrebenswert sein, Blockzeiten, Mittagstische, Aufgabenhilfe und Horte einzurichten. Sozial leisten sie damit einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Verwahrlosung, Suchtverhalten und Schwierigkeiten in der Schule. Damit sparen Kanton und Gemeinden viele Sozialkosten. Gemeinden mit Tagesstrukturen haben Standortvorteile beim Zuzug von Doppelverdienern. Durch die überproportional höheren Steuereinnahmen von Doppelverdienern und die Einsparungen bei den Sozialkosten dürften Gemeinden und Kanton finanziell durchaus von solchen Strukturen profitieren. Die Einführung der Tagesstrukturen muss den Bedürfnissen der einzelnen Talschaften angepasst werden.

Schultagesstrukturen würden unsern Kanton als Wirtschaftsstandort attraktiver machen. Tourismus und Gewerbe könnten profitieren und es könnten neue Arbeitsplätze für Einheimische geschaffen werden. Viele andere Kantone haben den Wettbewerbsvorteil erkannt und entsprechende Strukturveränderungen eingeleitet.

Tagesstrukturen sollten freiwillig und nachfrageorientiert angeboten werden. Die Benützer sollten ähnlich wie bei den familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten im Verhältnis ihrer Leistungsfähigkeit zu einem kostendeckenden Angebot beitragen. In unserem vielschichtigen Kanton dürfte es wichtig sein, dass die Gemeinden bei der Ausgestaltung und Finanzierung eine hohe Autonomie erhalten.

Wir laden die Regierung ein, zu folgenden Fragestellungen einen Bericht zu erstellen sowie Massnahmen und allfällige Gesetzesänderungen vorzuschlagen:

- Wie können Kindergarten und Volksschule in unserem Kanton als Tagesschulen angeboten werden, ohne dass jede Gemeinde dazu gezwungen wird?
- Wie kann trotzdem garantiert werden, dass jedes Kind innert angemessener Reisezeit eine Tagesschule besuchen kann?
- Wie kann die Freiwilligkeit der Benützung und die kostendeckende Umsetzung in unserem Kanton realisiert werden?

Feltscher, Robustelli, Cahannes, Berther (Disentis), Casanova (Chur), Casty, Christ, Claus, Donatsch, Hanimann, Hess, Kessler, Koch, Krättli-Lori, Loepfe, Marti, Meyer-Grass (Klosters), Mengotti, Michel, Noi-Togni, Perl, Pfister, Rizzi, Thomann, Tramèr, Tremp, Zegg, Blarer, Campell, Hartmann (Chur), Toschini

A N F R A G E

betreffend „Raser“ im Kanton Graubünden

In der Schweiz verlieren durch den Strassenverkehr jährlich mehr als 500 Menschen ihr Leben, über 5000 werden erheblich verletzt. Erfreulicherweise haben sowohl die Unfälle, die Getöteten und Schwerverletzten im Strassenverkehr in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zu den gefahrenen Kilometern zwar signifikant abgenommen. Und doch ist jeder Verkehrstote oder Schwerverletzte einer zuviel.

Immer häufiger geschehen in jüngerer Vergangenheit in unserem Land aber brutalste Raserunfälle. Es sind vorwiegend junge Automobilisten, die an solchen Unfällen beteiligt sind. Sie verfügen weder über genügend Fahrpraxis noch beherrschen sie ihr Fahrzeug in den selbst herbeigeführten Extremsituationen. Die jungen Raser benutzen die Strasse oft als Rennbahn und gefährden dabei sich selbst und andere erheblich.

In der NZZ vom 26. Oktober 2004 ist ein Bericht über neu installierte Geschwindigkeitsmessanlagen in Zürich erschienen. Ziel dieser Anlagen ist eindeutig, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Gemäss Bericht der Stadtpolizei Zürich haben die Unfälle dank verstärkter Geschwindigkeitsmessungen markant abgenommen.

Bei uns im Kanton gab es im Jahre 2004 2642 Verkehrsunfälle mit insgesamt 917 Verletzten und 25 Todesopfern. In der Stadt Chur ereigneten sich 353 Unfälle mit 122 verletzten Personen und einem Todesopfer.

Der Bund macht Auswertungen über Unfallhäufigkeit bezogen auf die Fahrzeugkilometer, so genannten Unfallraten auf ausgewählten Nationalstrassen-Strecken. Die Unfallhäufigkeit ist je nach Abschnitt recht unterschiedlich.

Es ergeben sich folgende Fragen an die Regierung:

1. Gibt es im Kanton Graubünden bevorzugte Raserstrecken?
2. Teilt die Regierung unsere Auffassung, dass angesichts der neuen Entwicklung auf der Strasse die Verkehrspolizei den Schwerpunkt Geschwindigkeitsmessung noch verstärken soll? Gedenkt man in unserem Kanton auch Geschwindigkeitsmessanlagen der neuen Generation zu installieren?
3. Gibt es in Graubünden ähnliche Erhebungen wie beim Bund und werden diese publiziert? Wird insbesondere auch zwischen Innerorts- und Ausserortsstrecken unterschieden?
4. Welche weiteren möglichen Massnahmen, die vor Ort eine Senkung der Unfälle bewirken können, werden durch die Verkehrspolizei ins Auge gefasst?

Frigg, Pfiffner, Jäger, Arquint, Jaag, Meyer Persili (Chur), Noi-Togni, Peyer, Pfenninger, Trepp, Zindel, Brasser, Caviezel (Chur)

A N F R A G E

betreffend Zahlenangaben zu Volksschul-Oberstufe und Mittelschule

Demnächst wird der Bericht zum „Kernprogramm Bündner Schule 2010“ publiziert. Einer der Schwerpunkte dieses Berichtes ist die Stärkung der Volksschul-Oberstufe resp. die Neuausrichtung des Bündner Gymnasiums.

Die vorgeschlagenen Varianten werden sehr unterschiedliche Auswirkungen auf unsere Schulen haben und müssen deshalb sorgfältig geprüft werden. Eine Schulstatistik – wie sie in anderen Kantonen geführt wird – könnte für die bevorstehende Evaluation sehr hilfreich sein. Gemäss Auskunft des zuständigen Departementes wird eine solche im Kanton Graubünden jedoch nicht geführt.

Wir gelangen deshalb mit folgenden Fragen an die Regierung:

- Warum verfügt Graubünden nicht über eine Schulstatistik? Wäre es nicht an der Zeit, in Zukunft auch in unserem Kanton eine einfache Schulstatistik zu führen?
- Wie verteilten sich die Schülerinnen und Schüler nach der 6. Primarklasse auf Sekundar-, Realschule und Untergymnasium (ca. letzte fünf Jahre)?
- Wie viele Repetentinnen und Repetenten pro Jahrgang gab es am Unter- und Obergymnasium in den letzten fünf Jahren?
- Wie gross war die Anzahl freiwilliger Abbrüche der gymnasialen Ausbildung (z.B. Eintritt in eine Berufslehre?)
- Welcher Anteil der Maturandinnen und Maturanden nimmt ein Studium an einer Universität oder an einer anderen Hochschule auf?
- Wie können künftig die unterschiedlichen Bildungsniveaus von Kleinklasse, Realschule, Sekundarschule und Untergymnasium sowohl in kleinen als auch in grossen Oberstufen berücksichtigt werden?

Krättli-Lori, Caviezel-Sutter (Thusis), Claus, Arquint, Berther (Disentis) Brüesch, Bucher-Brini, Bundi, Butzerin, Cahannes, Capaul, Casty, Cavegn-Kaiser, Christ, Christoffel-Casty, Dermont, Dudli, Farrér, Fasani, Feltscher, Fleischhauer, Gredig, Hanimann, Hardegger, Hartmann (Champfèr), Hess, Hübscher, Jenny, Kessler, Kleis-Kümin, Koch, Luzio, Mani-Heldstab, Märchy, Marti, Meyer-Grass (Klosters), Meyer Persilli (Chur), Mengotti, Michel, Noi-Togni, Perl, Robustelli, Thomann, Tramèr, Trepp, Vetsch, Zegg, Blarer, Hartmann (Chur), Pitsch, Toschini

A N F R A G E

betreffend Entlöhnung der Aushilfen / Kosten für Dienstleistungen Dritter

Festzustellen ist, dass im EKUD die in den Positionen „Entlöhnung der Aushilfen“ und „Entschädigung für Dienstleistungen Dritter“ aufgeführten Ausgaben nach wie vor stark steigen. Auffallend ist dies unter anderem im Budget des Amtes für Kultur und in jenem des Amtes für Natur und Umwelt. In Bezug auf die Entlöhnung der Aushilfen stellt sich die Frage, ob der Stellenstop dadurch nicht unterwandert wird.

Die Unterzeichner ersuchen die Regierung in dieser wichtigen Angelegenheit um Auskunft darüber welches die Gründe für diese markante Kostensteigerungen sind.

Stiffler, Hartmann (Champfèr), Bleiker, Casanova (Chur), Casty, Dudli, Göpfert, Gredig, Hardegger, Hübscher, Jeker, Jenny, Kessler, Koch, Lemm, Mani-Heldstab, Möhr, Montalta, Parolini, Parpan, Telli, Tscholl, Vetsch, Pitsch

A N F R A G E

betreffend Umsetzung Öko - Qualitätsverordnung (ÖQV)

Gemäss Bundesverordnung über die regionale Förderung der Qualität und der Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen in der Landwirtschaft, unterstützt der Bund die Förderung der natürlichen Artenvielfalt. Ökologische Ausgleichsflächen von besonderer biologischer Qualität innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche und Vernetzungsflächen werden mit Finanzhilfen unterstützt. Dafür gewährt der Bund den Kantonen Finanzhilfen für Beiträge, die diese an Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter für ökologische Ausgleichsflächen und für Vernetzungsprojekte ausrichten. Die Festlegung der Anforderungen für den Nachweis der biologischen Qualität der Flächen liegt bei den Kantonen.

Mit Beschluss vom 9. Juli 2002 hat die Regierung des Kantons Graubünden das ALSV und das ANU gemeinsam in Koordination mit den Bewirtschaftern für den Vollzug bestimmt. Mit gleichem Regierungsbeschluss wurden auch die Beiträge für die Qualitätssicherung, die potentiell beitragsberechtigten Flächen und die Bewirtschaftungsauflagen bestimmt. Der Beschluss ist bis am 31. August 2006 befristet.

Da die Zielsetzungen der Öko - Qualitätsverordnung (ÖQV), insbesondere die Umsetzung der Vernetzungskonzepte im Kanton Graubünden, nur zögerlich erreicht werden, ersuchen die Unterzeichnenden die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie ist die Umsetzung von ÖQV Projekten über das DIV / EKUD organisiert? Sind genügend Mittel bereitgestellt, um die laufenden Verpflichtungen zu erfüllen?
2. In welchen Gemeinden des Kantons sind Projekte nach ÖQV initiiert, in welchen Gemeinden stehen Projekte vor der Umsetzung, und in welchen Gemeinden darf noch mit der Realisierung von ÖQV Projekten gerechnet werden?
3. Gedenkt die Regierung Massnahmen zu ergreifen um die Umsetzung der ÖQV und die Realisierung der Vernetzungsprojekte rascher und effizienter voranzutreiben?
4. Wie beurteilt die Regierung die Anforderungen an den Nachweis der biologischen Qualität und der Vernetzung der Flächen? Wie beurteilt die Regierung das Niveau der Beiträge für die Qualitätssicherung im interkantonalen Vergleich? Sind Anpassungen angezeigt, wenn ja, welche?
5. Werden die bereitgestellten Bundesmittel von den Kantonen gesamthaft und die Mittel für den Kanton Graubünden vom Kanton ausgeschöpft?

Farrér, Barandun, Christoffel-Casty, Beck, Bischoff, Bundi, Butzerin, Capaul, Casanova (Vignogn), Christ, Dermont, Fasani, Federspiel, Fleischhauer, Heinz, Jaag, Jäger, Jenny, Joos, Kessler, Kleis-Kümin, Koch, Krättli-Lori, Luzio, Maissen, Meyer-Grass (Klosters), Mengotti, Michel, Parolini, Pfenninger, Pfister, Plozza, Portner, Quinter, Righetti, Rizzi, Sax, Schmid, Stoffel, Thomann, Tomaschett, Zanetti, Zarn, Caviezel (Chur), Florin-Caluori, Pitsch, Toschini

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Geisseler

Der Protokollführer: Domenic Gross

Donnerstag, 8. Dezember 2005
Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler / Standesvizepräsidentin Agathe Bühler-Flury
Protokollführer:	Adriano Jenal
Präsenz:	anwesend 111 Mitglieder
	entschuldigt Arquint, Crapp, Hess, Michel, Ratti, Tomaschett, Tscholl, Schmid, Stiffler
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

---

1. Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für den Erlass eines Grossratsgesetzes und für die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates

II. Detailberatung (Fortsetzung)

Art. 3 – 9
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 10 Abs. 1 und 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 10 Abs. 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Redaktionelle Änderung
…den Eid oder das Amtsgelübde abgelegt hat, nimmt **sie oder er** jenen Ratsmiglie-dern…

Angenommen

Art. 11 und 12
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

II. Organisation

Art. 13
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 14 Abs. 1
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Redaktionelle Änderung
…die Standespräsidentin oder der Standespräsident als Vorsitzende oder Vorsitzende**r**, die Standesvizepräsidentin….

Angenommen

Art. 14 Abs. 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 15 – 17
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 18 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 18 Abs. 3 (neu)
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Neuer Absatz 3 einfügen:
Ist ein ständiges Kommissionsmitglied verhindert, bestimmt seine Fraktion ein Ersatzmitglied. Diese Regelung gilt nicht für die Geschäftsprüfungskommission und für die Kommission für Justiz und Sicherheit, soweit sie Aufsichtsfunktionen ausübt.

Antrag Cahannes
Erster Satz Art. 18 Abs. 3 (neu) gemäss Kommission
Zweiter Satz wie folgt:
Diese Regelung gilt nicht für die Geschäftsprüfungskommission und für die Kommission für Justiz und Sicherheit.

Antrag Casanova (Chur) I
Art. 18 Abs. 3 (neu) gemäss Kommission streichen

Antrag Casanova (Chur) II
Art. 18 Abs. 3 (neu) einfügen:
Für einzelne Geschäfte kann auf Antrag der Kommission diese um maximal vier Personen erweitert werden.

Abstimmung I
Der Grosse Rat gibt dem Antrag Cahannes gegenüber dem Antrag der Kommission mit 63 zu 40 Stimmen den Vorzug.

Abstimmung II
Der Grosse Rat stimmt dem Streichungsantrag Casanova (Chur) mit 55 zu 39 Stimmen zu.

Abstimmung III
Der Grosse Rat lehnt den Antrag Casanova II mit 78 zu 13 Stimmen ab.

Fassung gemäss Bericht angenommen

Die Beratung dieses Traktandums wird an dieser Stelle unterbrochen. Stattdessen wird das folgende Traktandum beraten.

2. Gewährung eines Kantonsbeitrages für den Bau der Porta Alpina, Sedrun (B13/2005-2006, S. 1195)

Präsident der Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie: Donatsch
Regierungsvertreter: Engler

I. Eintreten

Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

II. Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung
2. Für den Bau der Porta Alpina Sedrun sei ein Verpflichtungskredit von netto 20 Millionen Franken (Preisstand 2003) zu bewilligen;

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 107 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Kommission und Regierung
3. Die nötigen Jahreskredite nach Projektierungs- und Baufortschritt sowie nach Finanzbedarf sind bereit zu stellen;

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 107 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Kommission und Regierung
4. Das Postulat Placi Berther (GRP 2001/2002; 137) betreffend die Projektidee für eine unterirdische Tunnelstation AlpTransit Sedrun sei zufolge Erfüllung abzuschreiben;

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 107 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Kommission und Regierung
5. Der Beschluss betreffend den kantonalen Anteil von 20 Millionen Franken gilt nur unter der Voraussetzung, dass sich der Bund und die Region Surselva oder allenfalls Dritte im verbleibenden Umfang an der Finazierung des Vorhabens beteiligen;

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 107 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Kommission und Regierung
6. Der Verpflichtungskredit ist befristet, längstens auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels;

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 108 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Kommission und Regierung
7. Ziffer 2 dieses Beschlusses unterliegt der Volksabstimmung (obligatorisches Finanzreferendum).

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 108 zu 0 Stimmen zu.

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

I N T E R P E L L A N Z A

concernente appalti del Cantone nelle zone italofone:

Quest`autunno l`Ufficio tecnico dei Grigioni ha posto a concorso sul foglio ufficiale cantonale diversi importanti lavori da capomastro e da idraulico da effettuarsi sull`A13, Soazza – San Bernardino/Tunnel Sud Pian San Giacomo – Malabarba. La documentazione ufficiale è stata inizialmente stesa solo in tedesco. Il sopralluogo è stato tenuto ad Hinterrhein e si è svolto in tedesco. Ciò ha posto non pochi problemi ai numerosi imprenditori del Moesano intervenuti al sopralluogo di questi lavori cantonali nella loro regione. Desideriamo porre al lodevole Governo le seguenti questioni:

1. Per quale motivo il sopralluogo per un appalto in Mesolcina è stato tenuto ad Hinterrhein?
2. Per quale motivo è stata scelta quale lingua ufficiale il tedesco e non l`italiano?
3. Il lodevole Governo non ritiene corretto che per un lavoro che viene eseguito nel Moesano la lingua della procedura debba essere l`italiano e che il sopralluogo debba essere fatto nel Moesano?
4. Per lavori cosi importanti si può pretendere che chi debba presentare i lavori da eseguire lo faccia pure in italiano?

Pedrini, Righetti, Fasani, Giovannini, Keller, Mengotti, Noi-Togni, Plozza, Zanetti, Toschini

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:
Der Standespräsident: Hans Geisseler
Der Protokollführer: Adriano Jenal

Donnerstag, 8. Dezember 2005
Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler / Standesvizepräsidentin Agathe Bühler-Flury
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 100 Mitglieder
	entschuldigt: Arquint, Beck, Bischoff, Campell, Casty, Crapp, Dermont, Giovannini, Gredig, Hess, Koch, Lemm, Maissen, Michel, Ratti, Schmid, Stiffler, Tomaschett, Tscholl, Zanetti
Sitzungsbeginn:	12.50 Uhr

---

1. Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für den Erlass eines Grossratsgesetzes und für die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (Bericht vom 19. September 2005)

GESETZ ÜBER DEN GROSSEN RAT (GROSSRATSGESETZ; GRG)

II. Detailberatung (Fortsetzung)

Art. 18 Abs. 4 (bisher 3)
Antrag Kommissionsmehrheit (6 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Geschäftsprüfungskommission*
Zweiter Satz streichen

Antrag Kommissionsminderheit (5 Stimmen, Sprecher: Vetsch) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und GPK mit 48 zu 38 Stimmen zu.

Art. 18 Abs. 5 (bisher 4)
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 19 - 25
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

III. Informationsrechte und Amtsgeheimnis

Art. 26 - 38
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

IV. Allgemeine Verfahrensordnung

Art. 39 - 41
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 42
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Zweiter Satz wie folgt ändern:
Verhinderungen sind der Präsidentin oder dem Präsidenten **(…)** bekanntzugeben.

Angenommen

Art. 43 Abs. 1
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Wie folgt ergänzen:
Die Mitglieder des Grossen Rates haben im Rat und in den Kommissionen in den Ausstand zu treten bei der Behandlung von Geschäften, an denen sie selbst, **ihre Ehegattin** oder ihr Ehegatte, **die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner, eine Person, mit welcher sie eine faktische Lebensgemeinschaft führen**, oder einer ihrer Verwandten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad ein unmittelbares persönliches Interesse haben.

Angenommen

Art. 43 Abs. 2 - 4
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 44
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Korrektur:
Der Gro**ss**e Rat

Angenommen

Art. 45
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Redaktionelle Änderung im zweiten Satz:
Jedes Mitglied ist berechtigt, Übersetzungen **gestellter** Anträge in die ihm…

Angenommen

V. Verhandlungsgegenstände

Art. 46 - 52
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 53 Abs. 1
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 53 Abs. 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Redaktionelle Änderung:
…zu Lasten des Kantons **gewähren**.

Angenommen

Art. 54 - 56
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 57
Antrag Kommissionsmehrheit (10 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme, Sprecher: Jaag)
Zweiter Satz einfügen:
Dabei sind die Fraktionen in der Regel entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsminderheit mit 53 zu 38 Stimmen zu.

Art. 58 und 59
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

VI. Geschäftsverkehr zwischen der Regierung und dem Grossen Rat

Art. 60 - 68
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

VII. Schlussbestimmungen

Art. 69 - 73
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

GESCHÄFTSORDNUNG DES GROSSEN RATES (GGO)

I. Allgemeines

Art. 1 Abs. 1 lit. a, b, c, e und f
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 1 Abs. 1 lit. d
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Antrag Brunold
Wie folgt ändern:
d) am Mittwoch nach dem **dritten** Sonntag des Monats **August** (**August**session)

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Präsidentenkonferenz mit 65 zu 20 Stimmen zu.

Art. 1 Abs. 2, 4 – 6
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 1 Abs. 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Antrag Conrad
Ändern wie folgt:
Der Grosse Rat tagt in der Regel **maximal** drei Tage.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Präsidentenkonferenz mit 78 zu 9 Stimmen zu.

Art. 2 - 6
Antrag Kommission
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 7
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Antrag Augustin
Ändern wie folgt:
Abs. 1
…schwören zu Gott, **die Verfassung und die Gesetze zu beachten** und alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.
Abs. 2
…geloben, **die Verfassung und die Gesetze zu beachten** und alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Präsidentenkonferenz mit 54 zu 25 Stimmen zu.

Art. 8
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

II. Organisation

Art. 9 und 10
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 11 Abs. 1 - 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 11 Abs. 4 lit. i
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Wie folgt ergänzen:
…nach dem während der Amtsperiode die Sitze **und die Präsidien** in den Kommissionen auf die Fraktionen…

Angenommen

Art. 11 Abs. 4 lit. m (neu)
Antrag Kommissionsmehrheit (10 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme, Sprecher: Jaag)
Neue lit. m einfügen:
m) **die Festsetzung des Turnus zwischen den Fraktionen bei der Bestellung des Standespräsidiums**

Bisherige Litera m wird zu Litera n (etc.)

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsminderheit mit 46 zu 5 Stimmen zu.

Art. 11 Abs. 4 lit. o (bisher)
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Antrag Cahannes
Streichen

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Cahannes mit 55 zu 4 Stimmen zu.

Art. 12 - 18
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 19 Abs. 1 lit. a, b, d, e, f, g, h
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 19 Abs. 1 lit.c
Antrag Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Antrag Kommission
Streichen:
Staatspolitik und

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Präsidentenkonferenz mit 57 zu 12 Stimmen zu.

Art. 19 Abs. 2 und 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 20
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 21 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 21 Abs. 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Wie folgt ergänzen:
…und die Wirksamkeit der Massnahmen und ist zuständig für die **Berichterstattung und** die Beantragung von Korrekturmassnahmen.

Angenommen

Art. 22 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 22 Abs. 3 lit. a
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 22 Abs. 3 lit. b
Antrag Kommission, Geschäftsprüfungskommission und Präsidentenkonferenz
Wie folgt ändern:
b) prüft **das Budget**, die Nachtragskreditgesuche **und** die Staatsrechnung **(…)**;

Angenommen

Art. 22 Abs. 3 lit. c (neu)
Antrag Kommission, Geschäftsprüfungskommission und Präsidentenkonferenz
Neue lit. c) einfügen:
c) prüft im Rahmen der Oberaufsicht die Geschäftsberichte / Jahresrechnungen von selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und von anderen Institutionen, an welche der Kanton erhebliche Beiträge leistet.

Bisherige Litera c) und d) werden zu Litera d) und e)

Angenommen

Art. 22 Abs. 4 und 5
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 23 - 25
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 26 Abs. 1, 3 – 5
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 26 Abs. 2 lit. b
Antrag Cahannes
Ändern wie folgt:
Erwahrung der Regierungsratswahlen

Die Kommission und die Präsidentenkonferenz schliessen sich dem Antrag Cahannes an.

Angenommen

Art. 27 – 40
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Ordnungsantrag Tramèr
Abbruch der Sitzung und Rückweisung des ganzen Geschäfts an die Kommission bzw. an die Präsdientenkonferenz

Abstimmung
Der Grosse Rat lehnt den Abbruch der Sitzung und die Rückweisung des Geschafts mit 57 zu 13 Stimmen ab.

Ordnungsantrag Parolini
Wiederholung der Abstimmung zum Ordnungsantrag Tramèr.

Abstimmung
In Wiederholung der vorangegangenen Abstimmung lehnt der Grosse Rat den Abbruch der Sitzung und die Rückweisung des Geschäfts nochmals mit 60 zu 18 ab.

Art. 41 Abs. 1
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Antrag Caviezel (Pitasch)
Ergänzen wie folgt:
Die Präsidenten der ständigen Kommissionen erhalten zusätzlich 1'000 Franken je Amtsjahr als Präsidialzulage.

Abstimmung
Der Grosse Rat folgt dem Antrag Caviezel (Pitasch) mit 40 zu 25 Stimmen.

Art. 41 Abs. 2 – 4
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 42 und 43
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

III. Allgemeine Verfahrensordnung

Art. 44 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 44 Abs. 3
Antrag Kommissionsmehrheit (8 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Antrag Kommissionsminderheit (3 Stimmen, Sprecher: Hess)
Wie folgt ändern:
…
- Nachmittag von **13.30** bis 18.00 Uhr

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Präsidentenkonferenz mit 63 zu 5 Stimmen zu.

Art. 44 Abs. 4
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 45 - 61
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 62 Abs. 1 - 5
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 62 Abs. 6
Antrag Kommissionsmehrheit (9 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Antrag Kommissionsminderheit (2 Stimmen, Sprecher: Nigg)
Streichen

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Präsidentenkonferenz mit 55 zu 12 Stimmen zu.

Art. 62 Abs. 7
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 63 und 64
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

IV. Verhandlungsgegenstände

Art. 65 - 69
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 70 Abs. 1 und 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 70 Abs. 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Zweiter Satz wie folgt ändern:
…Stellungnahme von höchstens **vier** Minuten erläutert werden.

Antrag Peyer
Gemäss Bericht

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Präsidentenkonferenz mit 48 zu 18 Stimmen zu.

Art. 71 - 84
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

V. Schlussbestimmungen

Art. 85 und 86
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Schlussabstimmung
2. Der Grosse Rat stimmt dem Erlass des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG) mit 73 zu 2 Stimmen zu.
3. Der Grosse Rat stimmt der Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates mit 70 zu 5 Stimmen zu.
4. Die parlamentarische Initiative Noi betreffend Neufassung von Art. 64 der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GRP 2004/2005, 481) wird vom Grossen Rat mit 73 zu 0 Stimmen abgeschrieben.

Schluss der Sitzung:16.25 Uhr

Es ist kein Vorstoss eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:
Der Standespräsident: Hans Geisseler
Der Protokollführer: Domenic Gross

Gemeindegesetz des Kantons Graubünden

Änderung vom 7. Dezember 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 11 Ziff. 7, 31 Abs. 1, 61 Abs. 2, 62 bis 65, 66 Abs. 1 Ziff. 3, 73 Abs. 1 Ziff. 4 sowie 73 Abs. 2 der Kantonsverfassung,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 6. September 2005,

beschliesst:

I.

Das Gemeindegesetz des Kantons Graubünden vom 28. April 1974 wird wie folgt geändert:

Art. 1

I. Geltungs- und Regelungsbereich

[1] Diesem Gesetz unterstehen die politischen Gemeinden, die Bürgergemeinden sowie die Regional- und Gemeindeverbände.

[2] Es regelt im Wesentlichen die Grundzüge der Organisation, der Finanzordnung, der interkommunalen Zusammenarbeit, des Zusammenschlusses von Gemeinden sowie der kantonalen Aufsicht.

Art. 2

[1] Die Gemeinde ist in einem Sachbereich autonom, wenn das kantonale Recht diesen Bereich nicht abschliessend ordnet, sondern ihn ganz oder teilweise der Gemeinde zur Regelung überlässt und ihr dabei eine relativ erhebliche Entscheidungsfreiheit einräumt.

[2] Im Rahmen ihrer Autonomie steht der Gemeinde das Recht zur Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung zu.

Art. 3

III. Aufgaben

[1] Die Gemeinden besorgen die Aufgaben, die sich ihnen zum Wohle der Allgemeinheit stellen und die nicht ausschliesslich vom Bund oder vom Kanton erfüllt werden. Sie fördern die kulturelle, soziale sowie wirtschaftliche Entwicklung und erlassen die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen.

[2] Im Rahmen der grenzüberschreitenden interkommunalen Zusammenarbeit sind die Gemeinden befugt, in lokalen Angelegenheiten mit

ausserkantonalen und ausländischen Nachbargemeinden Verträge abzuschliessen. Diese sind der Regierung zur Kenntnis zu bringen.

Art. 4

Aufgehoben

IV. Benützung des öffentlichen Grundes

Art. 4a Marginalie

V. Strafbefugnisse

Art. 5 Marginalie

Art. 6

[1] Die Stimmberechtigten bilden in ihrer Gesamtheit das oberste Gemeindeorgan. Sie üben ihre Rechte in der Gemeindeversammlung oder, soweit es die Gemeindeverfassung vorsieht, an der Urne aus.

[2] Weitere ordentliche Organe der Gemeinde sind der Gemeindevorstand sowie die Geschäftsprüfungskommission. Die Gemeinden können zusätzliche Gemeindeorgane vorsehen.

[3] Wo es die Verhältnisse rechtfertigen, können durch die Gemeindeverfassung

a) zu bestimmende Entscheidungsbefugnisse, die ordentlicherweise der Gemeindeversammlung zustehen, einem Gemeindeparlament übertragen werden;
b) der Entscheid der Gemeindeversammlung durch die Urnenabstimmung ersetzt und die Beratung von der Gemeindeversammlung auf ein Gemeindeparlament übertragen werden.

Art. 7

Für die Stimmberechtigung in Gemeindeangelegenheiten ist das kantonale Gesetz über die politischen Rechte massgebend.

Art. 8

[1] In der Gemeindeversammlung oder an der Urne wird über alle Angelegenheiten entschieden, die nach dem Recht der Gemeinde oder gemäss kantonaler Gesetzgebung der Gesamtheit der Stimmberechtigten zu unterbreiten sind.

[2] Jede ordnungsgemäss einberufene Gemeindeversammlung ist beschlussfähig.

Art. 9 lit. a, e, i und k

2. Unübertragbare Befugnisse
a) Gemeinden ohne Gemeindeparlament

In Gemeinden ohne Gemeindeparlament dürfen folgende Befugnisse der Gemeindeversammlung oder Urnenabstimmung nicht entzogen werden:

a) die Wahl des Vorstandes und der Geschäftsprüfungskommission;
e) der Erwerb, die Veräusserung und Verpfändung von Grundeigentum sowie die Einräumung und Auflösung von Dienstbarkeiten und Grundlasten; für dingliche Verfügungen untergeordneter Natur und für Grenzbereinigungen sowie für Massnahmen im Rahmen der Boden- und Baulandpolitik der Gemeinden kann der Vorstand als zuständig erklärt werden;
i) die Beschlussfassung über die Bildung eines Gemeinde- oder Regionalverbandes oder über den Beitritt zu einem solchen;
k) die Beschlussfassung über den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden.

Art. 10 Abs. 1 lit. a, e und f sowie Abs. 2

b) Gemeinden mit Gemeindeparlament

[1] In Gemeinden mit Gemeindeparlament dürfen folgende Befugnisse der Gemeindeversammlung oder Urnenabstimmung nicht entzogen werden:

a) die Wahl des Gemeindeparlamentes und des Vorstandes, sofern sie nach der Gemeindeverfassung nicht den Stimmberechtigten von Fraktionen zusteht;
e) die Beschlussfassung über die Bildung eines Gemeinde- oder Regionalverbandes oder über den Beitritt zu einem solchen;
f) die Beschlussfassung über den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden.

[2] Gemeindegesetze, Voranschlag, Steuerfuss und Jahresrechnung sowie die Geschäfte gemäss Artikel 9 litera e sind dem fakultativen oder dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

Art. 11 Abs. 1 und 3

[1] Das Initiativrecht, das Vorschlagsrecht und das Petitionsrecht in der Gemeinde sind nach Massgabe des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte gewährleistet.

[3] Die Gemeinde informiert die Bevölkerung periodisch in angemessener Weise über ihre Tätigkeit.

Art. 12 Abs. 1

[1] Das Abstimmungsverfahren in Gemeindeangelegenheiten richtet sich nach dem Recht der Gemeinde. Subsidiär gelten die Vorschriften des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte.

Art. 14 Abs. 3

IV. Vorstand
1. Befugnisse, Zusammensetzung

[3] Er besteht in der Regel aus mindestens fünf Mitgliedern.

Art. 16

Der Vorstand hat alle Geschäfte, welche der Gemeindeversammlung, gegebenenfalls dem Gemeindeparlament oder der Urnenabstimmung vorzulegen sind, vorzuberaten und Antrag zu stellen.

Art. 18 Abs. 1

[1] Die Geschäftsprüfungskommission prüft spätestens nach jedem Jahresabschluss die Rechnungs- und Geschäftsführung sämtlicher Gemeindeämter und allfälliger Sonderkassen. Sie hat der Gemeinde schriftlichen Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen.

Art. 21

[1] Ein ständiger Gemeindeangestellter kann der ihm unmittelbar vorgesetzten Behörde nicht angehören. Er kann jedoch mit beratender Stimme zu den Verhandlungen zugezogen werden.

[2] Mitglieder des Vorstandes können nicht Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission sein.

Art. 22 Abs. 1

[1] Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie, Geschwister, Ehegatten und Personen, die zusammen in eingetragener Partnerschaft oder faktischer Lebensgemeinschaft leben, dürfen nicht gleichzeitig derselben Gemeindebehörde angehören.

Art. 23

[1] Ein Mitglied einer Gemeindebehörde hat bei der Verhandlung und Abstimmung über eine Angelegenheit in Ausstand zu treten, wenn es selbst oder eine mit ihm im Ausschlussverhältnis im Sinne von Artikel 22 stehende Person daran ein unmittelbares persönliches Interesse hat.

[2] Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission haben bei der Prüfung der Rechnungs- und Geschäftsführung einer Behörde, Kommission oder Amtsstelle, welcher sie selbst oder eine mit ihnen im Ausschlussverhältnis im Sinne von Artikel 22 stehenden Person angehören, in Ausstand zu treten.

Art. 26 Abs. 1

[1] Die Protokolle der Gemeindeversammlung und der öffentlichen Sitzungen des Gemeindeparlamentes stehen jedem Stimmberechtigten zur Einsicht offen.

Art. 49 Abs. 2 und 3

[2] Das Rechnungswesen wird nach den anerkannten Normen für die öffentlichen Haushalte geführt.

[3] Innert Jahresfrist nach Beendigung des Rechnungsjahres sind dem Departement die von der Gemeindeversammlung oder vom Gemeindeparlament genehmigte Jahresrechnung und der Bericht der Geschäftsprüfungskommission zuzustellen.

Art. 50 Abs. 1 lit. a und b sowie Abs. 3 bis 5

I. Grundsatz, Formen und anwendbares Recht

[1] Zur Besorgung bestimmter Aufgaben können sich Gemeinden wie folgt verbinden:

a) als Regionalverband;

b) als Gemeindeverband;

[3] Aufgaben von regionaler Bedeutung sind von einem Regionalverband zu erfüllen.

[4] Bisheriger Absatz 3

[5] Bisheriger Absatz 4

Art. 51

II. Gemeindeverbindungen mit Rechtspersönlichkeit

1. Gemeinsame Bestimmungen

a) Begriff und Entstehung

[1] Regional- und Gemeindeverbände sind öffentlich-rechtliche Körperschaften.

[2] Sie erlangen die Rechtspersönlichkeit nach Annahme der Statuten durch die Mitgliedgemeinden mit der Genehmigung durch die Regierung, welcher auch jede nachträgliche Änderung bedarf.

Art. 52

b) Statuten

[1] Die Statuten enthalten Bestimmungen über:

a) Name, Sitz und Zweck des Verbandes;
b) die notwendigen Organe und deren Zuständigkeiten;
c) die Art der Vertretung der Gemeinden in den Verbandsorganen;
d) die Vertretung des Verbandes nach aussen;
e) das Verfahren für Beschlüsse allgemeinverbindlicher, insbesondere finanzieller Natur, für die Aufstellung des Voranschlages und der Rechnung sowie für deren Prüfung;
f) die Finanzierung der Aufgaben, insbesondere über die von den Gemeinden zu erbringenden Leistungen;
g) den Beitritt und Austritt von Gemeinden sowie das Verfahren zur Feststellung von Ansprüchen und Verpflichtungen einer austretenden Gemeinde gegenüber dem Verband;
h) die Haftung für Verbindlichkeiten des Verbandes;
i) die Auflösung des Verbandes, die Verwendung des Vermögens und die Tilgung von Schulden;
k) das Initiativrecht der Gemeinden und der Stimmberechtigten;
l) das Referendum der Gemeinden und der Stimmberechtigten gegen Beschlüsse der Regional- oder Delegiertenversammlung, insbesondere welche deren finanzielle Kompetenzen übersteigen.

[2] Die Statuten können im Übrigen weitere der Erfüllung des Verbandszweckes dienende Vorschriften enthalten.

Art. 53

c) Unübertragbare Befugnisse der Stimmberechtigten

[1] Folgende Befugnisse dürfen der Gesamtheit der Stimmberechtigten nicht entzogen werden:

a) der Erlass der Statuten, welcher der Zustimmung aller Gemeinden bedarf;
b) die Änderung der Statuten, wofür in Bezug auf den Verbandszweck und die Verbandsaufgaben beim Gemeindeverband die Zustimmung aller Gemeinden, beim Regionalverband die Zustimmung der Mehrheit der Stimmenden sowie die Mehrheit der Mitgliedgemeinden erforderlich ist;
c) Beschlüsse über Ausgaben, deren Höhe die finanziellen Kompetenzen anderer Organe übersteigt, wobei die Statuten auch das fakultative Referendum vorsehen können.

[2] Erlasse auf Gesetzesstufe sind wenigstens dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

[3] Für andere Erlasse und Beschlüsse können die Statuten ein anderes Verfahren vorsehen.

Art. 54

d) Rechtliche Stellung

[1] Die Regional- und Gemeindeverbände treten im Umfang ihrer Aufgaben an die Stelle des Kantons oder des Kreises beziehungsweise der ihnen angeschlossenen Gemeinden und haben in diesem Bereich deren Rechte und Pflichten mit Einschluss des Rechtes, Gebühren und Beiträge zu erheben und allfällige Subventionen zu beanspruchen.

[2] Sie erlassen die für die Aufgabenerfüllung erforderlichen generell-abstrakten Erlasse und schliessen die notwendigen Verträge ab.

Art. 55

e) Beitrittsverfügung

[1] Ist die Lösung der einem Regional- oder Gemeindeverband übertragenen öffentlichen Aufgaben nur möglich, wenn auch Gemeinden mitwirken, die ihm nicht beigetreten sind, so kann die Regierung ihren Beitritt anordnen, sofern zwei Drittel der Gemeinden diesem Verband bereits angehören.

[2] Ebenso kann die Regierung die Aufnahme einer Gemeinde anordnen, wenn diese vom Verband ohne zureichende Gründe abgelehnt wird.

[3] Der Verband und die betroffenen Gemeinden sind vorher anzuhören.

Art. 56

f) Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht

[1] Die Regional- und Gemeindeverbände haben jährlich über ihren gesamten Finanzhaushalt Rechnung abzulegen und einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit zu erstatten.

[2] Voranschlag, Rechnung und Rechenschaftsbericht sind öffentlich aufzulegen.

[3] Innert Jahresfrist nach Beendigung des Rechnungsjahres sind Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht dem Departement zuzustellen.

Art. 57

2. Regionalverbände
a) Mitgliedschaft, Abgrenzung

[1] Jede Gemeinde hat einem Regionalverband anzugehören. Davon ausgenommen sind Gemeinden, welche die regionalen Aufgaben selbstständig erfüllen.

[2] Ein Regionalverband ist unter anderem nach Zahl der Gemeinden und ihrer Einwohner, nach der räumlichen Ausdehnung sowie unter Berücksichtigung der örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse so abzugrenzen, dass er seine Aufgaben zweckmässig und rationell erfüllen kann.

[3] In Ausnahmefällen kann sich eine Gemeinde für die Erfüllung bestimmter Aufgaben einem anderen Regionalverband anschliessen mit

den Rechten und Pflichten, welche sich auf diesen Aufgabenbereich beschränken.

Art. 58

b) Zusammenarbeit und Integration bestehender Organisationen

[1] Die Statuten regeln die Zusammenarbeit mit anderen Regionalverbänden sowie die Einzelheiten im Zusammenhang mit der Integration von Gemeindeverbindungen und anderen Trägern öffentlicher Aufgaben.

[2] Die Statuten verschiedener Verbände sind gegebenenfalls aufeinander abzustimmen.

Art. 59

c) Organisation

[1] Die ordentlichen Organe des Verbandes sind:

a) die Gesamtheit der stimmberechtigten Verbandseinwohner;
b) die Regionalversammlung;
c) der Regionalpräsident;
d) der Regionalvorstand;
e) die Geschäftsprüfungskommission.

[2] In der Regionalversammlung nehmen wenigstens die Gemeindepräsidenten des Verbandsgebietes oder ein anderes Mitglied des Gemeindevorstandes Einsitz.

[3] Anstelle der Regionalversammlung kann ein in freier Wahl aus allen stimmberechtigten Verbandseinwohnern gebildetes Regionalparlament treten. Die Statuten regeln den Wahlmodus.

[4] Die Statuten können die Wahl des Regionalvorstandes durch die Gesamtheit der stimmberechtigten Verbandseinwohner vorsehen.

[5] Bei der Wahl in die Verbandsorgane sind die verschiedenen Teilgebiete angemessen zu berücksichtigen.

Art. 60

III. Gemeindeverbindungen ohne Rechtspersönlichkeit

Bisheriger Artikel 52

Art. 75

Die Bildung neuer Fraktionen als Gebietskörperschaften ist nur bei einem Zusammenschluss von Gemeinden zulässig. Sie bedarf der Genehmigung durch die Regierung.

Art. 77 Abs. 3

[3] In Gemeinden mit Gemeindeparlament sind die Bürgergemeinden befugt, von Artikel 9 litera e abweichende Bestimmungen zu erlassen.

Art. 81 lit. f

Wohnen mindestens sieben stimmfähige Ortsbürger in der Gemeinde und sind sie im Sinne von Artikel 78 als Bürgergemeinde organisiert, so entscheidet diese:

f) über den Zusammenschluss mit der politischen Gemeinde.

Art. 81a

[1] Die Bürgergemeinden haben jährlich über ihren gesamten Finanzhaushalt Rechnung abzulegen, sofern dies nicht durch die politische Gemeinde erfolgt. 6. Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht

[2] Innert Jahresfrist nach Beendigung des Rechnungsjahres sind dem Departement die Jahresrechnung und der Bericht der Geschäftsprüfungskommission zuzustellen.

IX. Gemeindegrenzen und Zusammenschluss von politischen Gemeinden

Art. 87

Durch übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Gemeinden können sich diese zusammenschliessen, aufheben oder ihr Gebiet verändern. II. Zusammenschluss 1. Begriff

Art. 88

Der Zusammenschluss tritt durch Beschluss des Grossen Rates in Kraft.

Art. 89 Abs. 1

[1] Schliessen sich zwei oder mehrere Gemeinden zusammen, gilt der Zusammenschluss auch für die Bürgergemeinden.

Art. 90

[1] Bei einem Zusammenschluss von Gemeinden, durch welche eine Änderung in der Gebietseinteilung der Kreise und Regionalverbände eintritt, 4. Zugehörigkeit zu Kreisen und Regionalverbänden

sind die betroffenen Kreise beziehungsweise Regionalverbände vorgängig anzuhören.

[2] Wenn keine wichtigen Gründe entgegenstehen, ist für die neue beziehungsweise für die durch den Zusammenschluss vergrösserte Gemeinde die bisherige Kreis- beziehungsweise Regionszugehörigkeit der Gemeinde mit der grösseren Einwohnerzahl massgebend.

[3] Findet keine Einigung statt, entscheidet die Regierung endgültig.

Art. 91 Abs. 1 und 2

5. Vereinbarung

[1] Die beteiligten Gemeinden regeln die neuen Rechtsverhältnisse in einer Vereinbarung.

[2] Diese bedarf der Genehmigung durch die Regierung.

Art. 92

6. Konsultativabstimmungen

Im Rahmen von Projekten und Verhandlungen über einen Gemeindezusammenschluss können auch Konsultativabstimmungen vorgenommen werden.

Art. 93

7. Förderung durch den Kanton

[1] Der Kanton fördert den Zusammenschluss von Gemeinden.

[2] Er unterstützt den Zusammenschluss mit einem Förderbeitrag. Art und Umfang werden in der Finanzausgleichsgesetzgebung geregelt.

[3] Wo die Verhältnisse es rechtfertigen, kann er Art und Umfang bisheriger Leistungen an einzelne der betroffenen Gemeinden für eine angemessene Übergangsfrist garantieren oder Leistungen an zusätzliche Investitionen erbringen.

Art. 94

8. Verfügung durch den Grossen Rat

[1] Der Grosse Rat kann den Zusammenschluss einer Gemeinde mit einer oder mehreren Gemeinden verfügen, wenn

a) eine Gemeinde infolge ihrer geringen Einwohnerzahl und unzureichender personeller oder eigener finanzieller Kräfte (Ressourcen)

dauernd ausserstande ist, den gesetzlichen Anforderungen zu genügen und ihre Aufgaben zu erfüllen;

b) das Mitwirken ablehnender Gemeinden für die Abgrenzung und Aufgabenerfüllung einer neuen Gemeinde unentbehrlich ist, sofern eine Mehrheit der anderen betroffenen Gemeinden dem Zusammenschluss zugestimmt hat.

[2] Die betroffenen Gemeinden sind vorgängig anzuhören.

X. Aufsicht

Art. 95

Die Regierung übt im Sinne der Kantonsverfassung die Aufsicht über die Gemeinden und die Träger der interkommunalen Zusammenarbeit aus.

Art. 96 Abs. 1

[1] Der Erlass und die Änderung von Gemeindeverfassungen sind der Regierung zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 97

2. Finanzaufsicht

[1] Die Regierung überträgt dem Departement die Aufsicht über die Finanzverwaltung von Gemeinden**.**

[2] Im Rahmen der Finanzaufsicht wird insbesondere geprüft, ob die Grundsätze der Artikel 29, 39 ff. und 49 dieses Gesetzes eingehalten werden.

[3] Werden die Grundsätze einer ordnungsgemässen Finanzverwaltung nicht beachtet, ordnet das zuständige Departement die erforderlichen Erhebungen an und beantragt der Regierung die notwendigen Massnahmen.

[4] Für Gemeinden im Finanzausgleich kann die Regierung weitere Anforderungen stellen.

Art. 98 Abs. 2 bis 5

[2] Die Regierung kann die Kuratel auch auf bestimmte Gebiete der Gemeindeverwaltung oder auf die Ausübung der Befugnisse einzelner Gemeindebehörden beschränken.

[3] Mit der Anordnung der Kuratel gehen die Befugnisse der Gemeindeorgane auf den von der Regierung eingesetzten Kurator oder auf die von ihr eingesetzte Kuratelkommission über.

[4] Der Kurator oder die Kuratelkommission unterstehen der Aufsicht der Regierung.

[5] Die Gemeinde hat die Kosten der Kuratel dem Kanton zu erstatten.

Art. 99 Abs. 2 und 3

[2] Ist eine Gemeindebehörde im Einzelfall nicht beschluss- oder handlungsfähig, kann der Regierungskommissär in eigener Kompetenz anstelle der Gemeindebehörde einen Entscheid fällen.

[3] Bisheriger Absatz 2

II.

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt das In-Kraft-Treten dieser Teilrevision.

Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (FAG)

Änderung vom 7. Dezember 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 64 und Art. 96 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 6. September 2005,

beschliesst:

I.

Das Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 26. September 1993 wird wie folgt geändert:

Art. 15

[1] Die für den Finanzausgleich zur Verfügung stehenden Mittel sind für Ausgleichsbeiträge an finanzschwache Gemeinden und für Beiträge zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen zu verwenden.

[2] Die Ausgleichsbeiträge an Gemeinden werden eingesetzt:

a) für den Steuerkraftausgleich
b) für Beiträge an öffentliche Werke
c) für den Sonderbedarfsausgleich

Art. 16

[2] Der Ausgleich der relativen Steuerkraft erfolgt stufenweise mit einem Sockelbeitrag und einem Beitrag unter dem Titel Mindestausstattung.

[3] In einer ersten Stufe gleicht der Sockelbeitrag die fehlende relative Steuerkraft in einem minimalen Umfang aus.

[4] In einer zweiten Stufe wird die relative Steuerkraft mit der Mindestausstattung zusätzlich ausgeglichen. Beitragsberechtigt dafür sind Gemeinden der Finanzkraftgruppen vier und fünf mit einem Steuerfuss von mindestens 120 Prozent der einfachen Kantonssteuer. Die Mindestausstattung kann aufgrund der Einwohnerzahl begrenzt und gekürzt werden.

[5] Der Grosse Rat bestimmt die Bandbreiten für den Ausgleich der relativen Steuerkraft sowie die Einwohnerzahl für die Begrenzung und Kürzung der Mindestausstattung. Er kann die Berechtigung an weitere Bedingungen knüpfen.

Art. 19 Abs. 2

Sonderbedarfsausgleich

[2] Aufgehoben

Art. 19a

Beiträge zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen

[1] Gemeinden, welche sich zusammenschliessen, erhalten Förderbeiträge.

[2] Solche Beiträge können auch an Projekte und Studien ausgerichtet werden.

[3] Die Regierung legt die Kriterien und die Höhe der Förderbeiträge fest.

II.

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.
Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Teilrevision.

Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (VVzFAG)

Änderung vom 7. Dezember 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 1 der Kantonsverfassung und
Art. 24 des Finanzausgleichsgesetzes,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 6. September 2005,

beschliesst:

I.

Die Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (VVzFAG) vom 3. März 1993 wird wie folgt geändert:

Art. 4

Steuerkraftausgleich
a) Bandbreiten und Begrenzung

[1] Die Bandbreiten für den Ausgleich der relativen Steuerkraft betragen für den Sockelbeitrag zwischen 55 und 60 Prozent und für die Mindestausstattung zwischen 75 und 100 Prozent des kantonalen Mittels.

[2] Die Mindestausstattung wird für die ersten 300 Einwohner gewährt.

[3] Die Regierung legt die Ausgleichssätze jährlich fest.

[4] Aufgehoben

Art. 4a

b) Kürzung

Die Mindestausstattung wird für Gemeinden mit weniger als 300 Einwohnern gekürzt:

a) bis 99 Einwohner um drei Sechstel;
b) zwischen 100 und 199 Einwohnern um zwei Sechstel;
c) zwischen 200 und 299 Einwohnern um einen Sechstel.

c) Übergangsregelung

Art. 4b

[1] Für Gemeinden, welche sich zusammenschliessen, wird die Einwohnerbegrenzung für die Mindestausstattung während einer Übergangsfrist von 15 Jahren teilweise aufgehoben.

[2] Die massgebende Einwohnerzahl für die Berechnung der Mindestausstattung während der Übergangsfrist entspricht der Summe der auf volle Hundert aufgerundeten, beziehungsweise auf 300 abgerundeten Einwohnerzahl jeder bisherigen Gemeinde, im Maximum jedoch der gesamten Einwohnerzahl der zusammengeschlossenen Gemeinde.

Art. 5

d) Ermittlung der Beiträge

[2] Für die Berechnung des Sockelbeitrages wird die Differenz zwischen der für die erste Stufe des Ausgleichs massgebenden relativen Steuerkraft und der relativen Steuerkraft der Gemeinde ermittelt und mit deren Einwohnerzahl vervielfacht.

[3] Für die Ermittlung der Mindestausstattung wird die durch den Sockelbeitrag nicht abgedeckte Differenz zwischen der für die zweite Stufe des Ausgleichs massgebenden relativen Steuerkraft und der relativen Steuerkraft der Gemeinde ermittelt und mit deren Einwohnerzahl, höchstens mit 300, vervielfacht.

Art. 8

Bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten wird ein Selbstbehalt von 100'000 Franken je Werk in Abzug gebracht.

II.

Diese Teilrevision tritt zusammen mit der Teilrevision des Gesetzes über den interkommunalen Finanzausgleich in Kraft.

Beschluss über den Zusammenschluss der Gemeinden Splügen und Medels i. Rh.

Vom Grossen Rat beschlossen am 7. Dezember 2005

1. Die Gemeinden Splügen und Medels i.Rh. werden im Sinne von Art. 87 des kantonalen Gemeindegesetzes zu einer neuen Gemeinde Splügen zusammengeschlossen.

2. Dieser Beschluss tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)

Vom 8. Dezember 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 27 Absatz 5, 28 Absatz 3, 31, 32 Absatz 3 und 49 Absatz 2 der Kantonsverfassung,

nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

I. Wahl und Konstituierung

Art. 1

Grundlage der Verteilung

Für die Verteilung der Grossratssitze auf die Kreise ist massgebend die schweizerische Wohnbevölkerung der Kreise aufgrund der eidgenössischen Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes, die jeweils im Jahr vor den Kreiswahlen publiziert wird.

Art. 2

Verteilungsverfahren

Die 120 Sitze des Grossen Rates werden auf die Kreise nach folgendem Verfahren verteilt:

a) Vorwegverteilung:
   1. Die schweizerische Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 120 geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis

bildet die erste Verteilungszahl. Jeder Kreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.

2. Die schweizerische Wohnbevölkerung der verbleibenden Kreise wird durch die Zahl der noch nicht zugeteilten Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die zweite Verteilungszahl. Jeder Kreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz, er scheidet für die weitere Verteilung aus.
3. Dieses Verfahren wird wiederholt, bis die verbleibenden Kreise die letzte Verteilungszahl erreichen.

b) Hauptverteilung:
Jeder verbliebene Kreis erhält so viele Sitze, als die letzte Verteilungszahl in seiner Bevölkerungszahl enthalten ist.

c) Restverteilung:
Die restlichen Sitze werden auf die Kreise mit den grössten Restzahlen verteilt. Erreichen mehrere Kreise die gleiche Restzahl, so scheiden sie in der Reihenfolge der kleinsten Reste aus, die sich nach der Teilung ihrer Bevölkerungszahl durch die erste Verteilungszahl ergeben. Sind auch die Reste gleich, so entscheidet das Los.

Art. 3

Bekanntgabe

Die Regierung gibt die Zahl der von jedem Kreis zu wählenden Abgeordneten jeweils vor den Kreiswahlen im Kantonsamtsblatt bekannt.

Art. 4

Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Jeder Kreis wählt so viele Stellvertreterinnen und Stellvertreter, als er Abgeordnete zu wählen hat, höchstens jedoch zehn.

Art. 5

Wahlbeschwerden

[1] Das Ratssekretariat unterbreitet eine bei der Standeskanzlei eingegangene Beschwerde unverzüglich der Präsidentin oder dem Präsidenten des Wahlbüros zur Vernehmlassung, ordnet, falls nötig, weitere Erhebungen an und legt die Akten der Kommission für Justiz und Sicherheit vor.

[2] Diese legt dem Grossen Rat in seiner ersten Sitzung einen begründeten Antrag zur Entscheidung vor.

[3] Den beanstandeten Abgeordneten ist der Einsitz bis zur Erledigung der Beschwerdeangelegenheiten durch den Grossen Rat gestattet. Bei der Behandlung haben sie in Ausstand zu treten.

Art. 6

Sessionen

[1] Der Grosse Rat versammelt sich zu den in der Geschäftsordnung festgelegten Sessionen.

[2] Zusätzliche Sessionen finden statt, wenn der Grosse Rat oder die Präsidentenkonferenz sie beschliessen, oder mindestens 20 Ratsmitglieder sie verlangen.

Art. 7

Beginn der Amtsdauer

Die Amtsdauer beginnt jeweils am 1. August nach den Neuwahlen.

Art. 8

Konstituierende Sitzung

Die bisherige Standespräsidentin oder der bisherige Standespräsident beruft den neu gewählten Grossen Rat zur konstituierenden Sitzung ein.

Art. 9

Wahl des Präsidiums

[1] Nach der Eröffnung der konstituierenden Sitzung beziehungsweise der ersten Session eines neuen Amtsjahres erfolgt die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten und der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Grossen Rats.

[2] Die Präsidentin oder der Präsident des Grossen Rats führt den Titel „Standespräsidentin“ beziehungsweise „Standespräsident“.

[3] Die Wahl des Präsidiums erfolgt für ein Amtsjahr.

Art. 10

Vereidigung und Amtsgelübde

[1] Das älteste der anwesenden amtsältesten Mitglieder beziehungsweise die abtretende Standespräsidentin oder der abtretende Standespräsident nimmt der neu gewählten Standespräsidentin oder dem neu gewählten Standespräsidenten den Eid oder das Amtsgelübde ab.

[2] Sobald die Standespräsidentin oder der Standespräsident den Eid oder das Amtsgelübde abgelegt hat, nimmt sie oder er jenen Ratsmitgliedern und Stellvertreterinnen oder Stellvertretern den Eid oder das Amtsgelübde ab, die seit ihrer Wahl oder Wiederwahl erstmals Einsitz genommen haben.

[3] Wer erst später erstmals im Rat einsitzt, dem nimmt die Standespräsidentin oder der Standespräsident nachträglich den Eid oder das Amtsgelübde ab.

Art. 11

Angaben zu den Tätigkeiten der Grossratsmitglieder

[1] Beim Eintritt in den Grossen Rat orientiert jedes Ratsmitglied die Präsidentenkonferenz schriftlich über:

a) seine berufliche Tätigkeit;
b) seine Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts;
c) dauernde Leitungs- und Beratungsfunktionen für bündnerische, schweizerische und internationale Interessengruppen.

[2] Die Änderungen werden zu Beginn jedes Amtsjahres durch das Ratssekretariat erhoben. Das Register über die Tätigkeiten der Grossratsmitglieder ist öffentlich.

Art. 12

Amtsgeheimnis

Die Mitglieder des Grossen Rates sind in amtlichen Angelegenheiten, die ihrer Natur nach oder gemäss besonderer Vorschrift geheim sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

II. Organisation

1. PRÄSIDIUM

Art. 13

Vorsitz

[1] Die Standespräsidentin oder der Standespräsident bereitet die Sitzungen des Grossen Rates und der Präsidentenkonferenz vor, leitet sie und sorgt für ihren geordneten Verlauf.

[2] Sie oder er vertritt den Grossen Rat nach aussen und führt den Geschäftsverkehr mit der Regierung.

[3] Die Standesvizepräsidentin oder der Standesvizepräsident übernimmt die Aufgabe der Standespräsidentin beziehungsweise des Standespräsidenten, wenn diese oder dieser verhindert ist.

[4] Sind Standespräsidentin oder Standespräsident und Standesvizepräsidentin oder Standesvizepräsident verhindert, übernimmt das anwesende Ratsmitglied, das zuletzt Standespräsidentin oder Standespräsident war, den Vorsitz.

2. PRÄSIDENTENKONFERENZ

Art. 14

Zusammensetzung

[1] Der Präsidentenkonferenz gehören von Amtes wegen an die Standespräsidentin oder der Standespräsident als Vorsitzende oder Vorsitzender, die Standesvizepräsidentin oder der Standesvizepräsident und die Präsidentinnen oder Präsidenten der im Grossen Rat vertretenen

Fraktionen beziehungsweise im Verhinderungsfalle deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.

[2] Die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor und die Leiterin oder der Leiter des Ratssekretariates nehmen an den Sitzungen mit beratenden Stimmen teil.

Art. 15

Stellung

Die Präsidentenkonferenz ist das Leitungs- und Koordinationsorgan des Rates.

3. FRAKTIONEN

Art. 16

Bildung und Aufgabe

[1] Fünf oder mehr Mitglieder des Grossen Rates können sich zu einer Fraktion zusammenschliessen.

[2] Die Fraktionen beraten die Geschäfte der Session vor.

4. KOMMISSIONEN

Art. 17

Tätigkeit im Allgemeinen

[1] Die Kommissionen nehmen die ihnen übertragenen Aufgaben wahr, beraten die ihnen zugewiesenen Ratsgeschäfte vor, treffen die notwendigen Abklärungen, erstatten dem Grossen Rat Bericht und stellen Antrag.

[2] Sie haben das Recht, Vorlagen der Regierung vor der Beratung im Rat einmal zur Überarbeitung zurückzuweisen. Der Grosse Rat ist darüber kurz zu informieren.

[3] Sie sind in ihrem Zuständigkeitsbereich an der Aushandlung wichtiger interkantonaler und internationaler Verträge zu beteiligen.

Art. 18

Ständige Kommissionen

[1] Der Grosse Rat wählt zu Beginn jeder Amtsperiode aus der Ratsmitte die Mitglieder der ständigen Kommissionen. In Aufsichtskommissionen wählbar sind alle Grossratsmitglieder, die nicht mit einem Mitglied der

Regierung oder der Gerichte im Sinne der Ausstandsordnung verwandt oder verschwägert sind.

[2] Er legt die Kommissionsgrössen selbstständig fest, soweit diese nicht durch Gesetz oder Verordnung bestimmt sind.

[3] Die Amtsdauer der Kommissionsmitglieder beträgt vier Jahre.

[4] Die Amtsdauer für die Kommissionspräsidentinnen oder -präsidenten beträgt maximal zwei Jahre. Die ständigen Kommissionen konstituieren sich selber.

Art. 19

Nichtständige Kommissionen

Der Grosse Rat kann für die Vorberatung von Geschäften nichtständige Kommissionen einsetzen**,** namentlich wenn das Geschäft nicht in den Aufgabenbereich einer ständigen Kommission fällt oder um eine ausgewogene Auslastung der ständigen Kommissionen zu erzielen. Die nichtständigen Kommissionen konstituieren sich selber.

Art. 20

Parlamentarische Untersuchungs-kommission

[1] Bedürfen Vorkommnisse von grosser Tragweite in der Staats- oder Justizverwaltung der besonderen Klärung, kann der Grosse Rat nach Anhören der Regierung beziehungsweise der obersten Gerichtsbehörden eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen.

[2] Die parlamentarische Untersuchungskommission ermittelt die Sachverhalte und beschafft weitere Beurteilungsgrundlagen. Sie erstattet dem Grossen Rat Bericht und stellt Antrag.

Art. 21

Geschäftsverkehr zwischen Kommissionen

[1] Die Kommissionen sind Leitkommissionen in ihrem Strategie-, Kontroll- und Fachbereich. Sie sorgen dafür, dass weitere interessierte Kommissionen an der Meinungsbildung mitwirken können.

[2] Die Mitwirkung kann in Form von schriftlichen Berichten oder mündlichen Anhörungen erfolgen.

5. RATSDIENSTE UND PROTOKOLLFÜHRUNG

Art. 22

Standeskanzlei

Die Standeskanzlei ist die allgemeine Stabsstelle des Grossen Rates.

Art. 23

Ratssekretariat

Das Ratssekretariat steht den Ratsorganen sowie einzelnen Ratsmitgliedern für die Verrichtung ihrer parlamentarischen Arbeit zur Verfügung und führt das Protokoll.

Art. 24

Sekretariat GPK

Die Finanzkontrolle führt das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission.

6. ENTSCHÄDIGUNG DER RATSMITGLIEDER UND FRAKTIONEN

Art. 25

Taggelder, Spesen- und Fraktionsentschädigungen

Die Höhe der Taggelder und Spesenentschädigungen für die Präsidentin oder den Präsidenten und die Mitglieder sowie der jeweilige Beitrag an die Kosten der Fraktionen für die Sekretariatsarbeiten und die Vorbereitung der Ratsgeschäfte wird durch Verordnung des Grossen Rates festgesetzt.

III. Informationsrechte und Amtsgeheimnis

1. RATSMITGLIEDER

Art. 26

Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht

[1] Die Ratsmitglieder haben gegenüber der Verwaltung im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit und unter Vorbehalt des Amtsgeheimnisses das Recht auf Auskünfte.

[2] Sie können in die Unterlagen zu den Ratsgeschäften Einsicht nehmen, soweit diese nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen.

[3] Wird die Auskunft oder die Akteneinsicht ganz oder teilweise verweigert, entscheidet die Präsidentenkonferenz nach mündlicher Anhörung des Ratsmitgliedes und der Regierung.

2. KOMMISSIONEN

Art. 27

Allgemein
1. Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht

[1] Die Kommissionen haben zur Beurteilung der ihnen zugewiesenen Geschäfte das Recht, die zweckdienlichen Auskünfte einzuholen und nach Anhören der Regierung, der obersten Gerichtsbehörde oder der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte in die erforderlichen Amtsakten Einsicht zu nehmen.

[2] Die gemäss diesem Abschnitt bestehenden Informations- und Prüfungsrechte gegenüber den Gerichten und Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte beziehen sich in jedem Fall nur auf Fragen der Geschäftsführung und Justizverwaltung.

Art. 28

2. Weitere Informationsrechte

Die Kommissionen können im Rahmen ihres Auftrages überdies:

a) im Einverständnis mit der zuständigen Departementsvorsteherin oder dem zuständigen Departementsvorsteher Sachbearbeitende der Verwaltung zum Geschäft befragen;
b) Besichtigungen vornehmen;
c) aussenstehende Sachverständige zu Befragungen beiziehen oder bei ihnen Gutachten in Auftrag geben;
d) Vertreterinnen oder Vertreter interessierter Kreise anhören.

Art. 29

Geschäftsprüfungskommission
1. Allgemeines

[1] Der Geschäftsprüfungskommission stehen alle Informationsrechte zu, welche sie zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben benötigt.
[2] Die Informationsrechte bestehen gegenüber allen kantonalen Verwaltungsstellen und öffentlich-rechtlichen Institutionen des Kantons, soweit sie der Oberaufsicht des Kantons unterstehen.

[3] Bei den übrigen Institutionen beschränken sich die Informationsrechte auf diejenigen Geschäfte, welche vom Kanton direkt oder indirekt subventioniert werden.

[4] Im Bereich der Justiz ist die Aufsicht der Geschäftsprüfungskommission auf die finanziellen und wirtschaftlichen Aspekte beschränkt.

Art. 30

2. Prüfungsunterlagen und Akteneinsichtsrecht

Die Geschäftsprüfungskommission ist befugt, von der Regierung Akten einzuverlangen und in sämtliche kantonalen Akten Einsicht zu nehmen, sofern diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung sind.

Art. 31

3. Auskünfte und Berichte

[1] Die Geschäftsprüfungskommission kann bei allen Geschäften Mitglieder der Regierung zu ihren Sitzungen einladen. Diese haben der Geschäfts-

prüfungskommission alle notwendigen Auskünfte zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu erteilen. Sie sind befugt, ihre Mitarbeitenden zur Beratung beizuziehen.

[2] Nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Departementsvorsteherin oder des zuständigen Departementsvorstehers kann die Geschäftsprüfungskommission zweckdienliche Auskünfte auch bei den Dienststellen und öffentlichen Unternehmen des Kantons direkt einholen.

[3] Zu speziellen Geschäften kann die Geschäftsprüfungskommission von der Regierung und den einzelnen Departementsvorsteherinnen oder Departementsvorstehern schriftliche Berichte und Stellungnahmen einverlangen.

Art. 32

4. Inspektionen und Besichtigungen

Die Geschäftsprüfungskommission ist befugt, in der Regel nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Departementsvorsteherin oder des zuständigen Departementsvorstehers Inspektionen und Besichtigungen in der Staatsverwaltung, bei den öffentlichen Unternehmen und bei den Institutionen, welchen der Kanton öffentliche Aufgaben überträgt oder erhebliche finanzielle Zuwendungen erbringt, vorzunehmen.

Art. 33

5. Befragungen

[1] Zur Abklärung schwieriger und wichtiger Fälle kann die Geschäftsprüfungskommission nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Departementsvorsteherin oder des zuständigen Departementsvorstehers jede Person aus der Verwaltung und weitere Personen, soweit sie unmittelbar mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben des Kantons betraut sind, befragen. Auf Verlangen kann dies auch ohne Beisein einer vorgesetzten Person geschehen.

[2] Aus den wahrheitsgetreuen Äusserungen dürfen den Befragten keinerlei Nachteile erwachsen.

Art. 34

Kommission für Justiz und Sicherheit; besondere Informations-rechte

[1] Die Kommission für Justiz und Sicherheit kann im Rahmen ihrer Aufsicht bezüglich Geschäftsführung und Justizverwaltung, sofern dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung ist, von den kantonalen Gerichten sowie den Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte neben den für Sachkommissionen vorgesehenen allgemeinen Informa-tionsrechten insbesondere:

a) schriftliche Berichte verlangen;
b) die Präsidentinnen oder die Präsidenten zu den Beratungen beiziehen und zu den Rechenschaftsberichten befragen;
c) die Herausgabe von Akten verlangen und in sämtliche Akten Einsicht nehmen;
d) in der Regel nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Präsidentin oder des zuständigen Präsidenten Inspektionen vornehmen;
e) in der Regel nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Präsidentin oder des zuständigen Präsidenten jede Person aus der Justizverwaltung oder der Behörde anhören, auch in Abwesenheit der Vorgesetzten beziehungsweise des Vorgesetzten oder der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten.

[2] Die Präsidentinnen oder die Präsidenten haben der Kommission für Justiz und Sicherheit alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Art. 35

Parlamentarische Untersuchungs-kommission

[1] Die parlamentarische Untersuchungskommission kann:

a) Personen aus der Verwaltung als Zeugen einvernehmen;
b) Auskunftspersonen befragen;
c) von Amtsstellen, Behördenmitgliedern und Personen aus der Verwaltung mündliche und schriftliche Auskünfte einholen;
d) Sachverständige beiziehen;
e) die Herausgabe sämtlicher Amtsakten verlangen, die sie zur Erfüllung ihres Auftrages benötigt;
f) Augenscheine vornehmen.

[2] Für die Befragung von Zeugen gelten sinngemäss die einschlägigen Bestimmungen der Zivilprozessordnung.

3. AMTSGEHEIMNIS

Art. 36

Entbindung 1. Im Allgemeinen

Mitglieder der Regierung und Personen aus der Verwaltung können durch die Regierung für die Erteilung von Auskünften vom Amtsgeheimnis entbunden und zur Herausgabe von Amtsakten ermächtigt werden, die dem Amtsgeheimnis unterstehen. Bei Richtern und Personen der Justizverwaltung sind hiefür die obersten Gerichtsbehörden zuständig.

Art. 37

2. Gegenüber Kommissionen

[1] Wenn die Behörde am Amtsgeheimnis festhält, begründet sie ihren Entscheid zuhanden der Kommission. Sie kann anstelle von Auskünften oder der Herausgabe von Akten einen besonderen Bericht erstatten.

[2] Hält eine Kommission nach dem Entscheid der Behörde an ihrem Begehren auf Aktenherausgabe fest, sind ihr die Akten zu überweisen.

Art. 38

3. Gegenüber parlamentarischer Untersuchungskommission

Eine Entbindung vom Amtsgeheimnis entfällt bei Begehren um Auskunft und Aktenherausgabe sowie bei Einvernahmen durch die parlamentarische Untersuchungskommission.

IV. Allgemeine Verfahrensordnung

Art. 39

Einberufung

Die Standespräsidentin oder der Standespräsident beruft den Grossen Rat jeweils mindestens 14 Tage vor der Eröffnung ein.

Art. 40

Stellvertretung

Ist ein Mitglied verhindert, an einer Session des Rates teilzunehmen, so ist es durch eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter zu ersetzen. Über die Zulassung entscheidet, wenn dagegen Einspruch erhoben wird, der Rat.

Art. 41

Beschlussfähigkeit

[1] Um gültige Beschlüsse fassen zu können, muss wenigstens die Hälfte aller Mitglieder bei der Verhandlung und der Abstimmung anwesend sein.

[2] Soweit infolge gesetzlicher Ausstandsgründe die Hälfte der Mitgliederzahl nicht erreicht wird, ist der Rat gleichwohl beschlussfähig.

Art. 42

Präsenzpflicht

Die Mitglieder sind zu regelmässigem Sitzungsbesuch verpflichtet. Verhinderungen sind der Präsidentin oder dem Präsidenten bekanntzugeben.

Art. 43

Ausstand

[1] Die Mitglieder des Grossen Rates haben im Rat und in den Kommissionen in den Ausstand zu treten bei der Behandlung von Geschäften, an denen sie selbst, ihre Ehegattin oder ihr Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner, eine Person, mit welcher sie eine faktische Lebensgemeinschaft führen, oder einer ihrer Verwandten und Verschwägerten bis zum zweiten Grad ein unmittelbares persönliches Interesse haben. Bei Erlassen und allgemein verbindlichen Beschlüssen besteht keine Ausstandspflicht.

[2] Mitglieder von Aufsichtskommissionen haben zudem in den Ausstand zu treten, wenn sie:

a) zu einer Person, deren Amtshandlung oder Sachbearbeitung geprüft und beurteilt wird, in einer Beziehung im Sinne der allgemeinen Ausstandsordnung stehen;
b) dem Organ einer Institution angehören, welche der Oberaufsicht des Grossen Rates untersteht, in allen diese Institution betreffenden Angelegenheiten.

[3] Die Ausstandsordnung für die Mitglieder des Grossen Rates findet auch auf die Protokollführerin oder den Protokollführer Anwendung.

[4] Ausstandsfragen entscheiden der Grosse Rat und die Kommissionen unter Ausschluss der Betroffenen.

Art. 44

Öffentlichkeit

Der Grosse Rat kann ausnahmsweise beschliessen, die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu führen. Hierüber wird in geheimer Abstimmung entschieden.

Art. 45

Verhandlungssprache

Es steht jedem Mitglied frei, in welcher der drei Landessprachen es sein Votum abgeben will. Jedes Mitglied ist berechtigt, Übersetzungen gestellter Anträge in die ihm verständliche Sprache zu verlangen.

V. Verhandlungsgegenstände

1. PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

Art. 46

Grundsatzbeschluss

[1] Der Grosse Rat kann im eigenen Kompetenzbereich sowie zu den Planungen der Regierung Grundsatzbeschlüsse fassen.

[2] Diese verpflichten das zuständige Organ, in die vorgegebene Richtung zu planen oder Lösungen zu entwickeln.

[3] Grundsatzbeschlüsse können nur von Kommissionen, Fraktionen und von der Regierung eingebracht werden.

Art. 47

Auftrag

[1] Der Auftrag fordert die Regierung auf:

a) den Grossen Rat bei der Ausübung eigener Kompetenzen zu unterstützen;
b) selber Massnahmen zu treffen.

Der Auftrag gemäss Litera a hat die Wirkung einer Weisung, jener gemäss Litera b die Wirkung einer Richtlinie.

[2] Kommissionen, Fraktionen oder mindestens 20 Ratsmitglieder können einen Auftrag einbringen.

Art. 48

Anfrage

Die Anfrage verlangt von der Regierung Auskunft über wichtige Angelegenheiten.

Art. 49

Fragestunde

In der Fragestunde können Ratsmitglieder Fragen stellen, die einen Sachbereich betreffen und sich einfach beantworten lassen.

Art. 50

Antrag auf Direktbeschluss

[1] Mit dem Antrag auf Direktbeschluss kann verlangt werden, dass der Grosse Rat im Bereich seiner eigenen Zuständigkeit einen Beschluss fasst.

[2] Gegenstand eines solchen Antrages kann insbesondere die Ausübung bundesstaatlicher Mitwirkungsrechte sein.

Art. 51

Parlamentarische Initiative

Mit der parlamentarischen Initiative kann ein ausgearbeiteter Entwurf für den Erlass, die Änderung oder Aufhebung einer Verfassungsbestimmung,

eines Gesetzes, einer grossrätlichen Verordnung oder eines Grossratsbeschlusses eingereicht werden.

2. BESCHWERDEN

Art. 52

Zuständigkeit

[1] Der Grosse Rat beurteilt die Beschwerden, welche ihm durch das Gesetz ausdrücklich zugewiesen sind. Auf das Verfahren finden die Bestimmungen des Verwaltungsgerichtsgesetzes sinngemäss Anwendung.

[2] Die Instruktion obliegt der Kommission für Justiz und Sicherheit.

Art. 53

Rechtsschriften

[1] Der angefochtene Entscheid, die Beschwerdeeingabe an den Grossen Rat und die Vernehmlassungen dazu werden auf Kosten der Parteien gedruckt oder vervielfältigt und den Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt.

[2] Bei der Auferlegung der Druckkosten kann der Grosse Rat in besonderen Fällen eine Ermässigung bis zur Hälfte zu Lasten des Kantons gewähren.

Art. 54

Entscheid

Der Grosse Rat entscheidet nach Anhörung des Kommissionsgutachtens aufgrund der Akten.

Art. 55

Kosten

[1] Der Grosse Rat entscheidet zugleich mit der Hauptsache auch über die Zuteilung der in erster und zweiter Instanz ergangenen Kosten sowie über Spesenvergütung an die Parteien.

[2] Mutwilligen Beschwerdeführern kann er überdies eine Busse bis zu 500 Franken auferlegen.

3. AUFSICHTSBESCHWERDEN

Art. 56

Instruktion und Antragstellung

[1] An den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung werden von der Geschäftsprüfungskommission, solche gegen die kantonalen Gerichte von der Kommission für Justiz und Sicherheit instruiert.

[2] Die instruierende Kommission nimmt alle sachdienlichen Abklärungen vor und unterbreitet dem Grossen Rat auf die nächste Session hin Bericht und Antrag.

[3] Auf das Verfahren finden die Bestimmungen des Gesetzes über das Verfahren in Verfassungs- und Verwaltungssachen sinngemäss Anwendung.

4. WAHLEN

Art. 57

Wahlbefugnisse

Der Grosse Rat wählt gemäss Kantonsverfassung seine Organe und Kommissionen, das Präsidium der Regierung, die Mitglieder des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgerichtes sowie weitere Amtsinhaberinnen und -inhaber nach Massgabe der Gesetzgebung. Dabei sind die Fraktionen in der Regel entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen.

Art. 58

Geheime Wahl

[1] Wahlen im Sinne von Artikel 57 werden schriftlich und geheim durchgeführt.

[2] Vom Grundsatz der schriftlichen und geheimen Wahl ausgenommen sind Wahlen in Kommissionen des Grossen Rates. Für sie gilt das offene Handmehr, sofern nicht mehr Wahlvorschläge vorliegen, als Sitze zu besetzen sind.

5. RESOLUTION

Art. 59

Voraussetzungen und Verfahren

[1] In wichtigen Landesangelegenheiten kann der Grosse Rat Kundgebungen (Resolutionen) erlassen. Entwürfe zu solchen sind der Präsidentenkonferenz, auch zuhanden der Regierung, schriftlich einzureichen.

[2] Sie müssen die Unterschriften von mindestens 25 Ratsmitgliedern tragen.

VI. Geschäftsverkehr zwischen der Regierung und dem Grossen Rat

1. POLITISCHE UND STRATEGISCHE PLANUNGEN

Art. 60

Grundsatz

[1] Der Grosse Rat und die Regierung wirken bei politischen und strategischen Planungen zusammen.

[2] Grundlagen werden gemeinsam erarbeitet und genutzt und Planungen inhaltlich koordiniert.

[3] Die Zuständigkeiten der einzelnen Organe bleiben gewahrt.

Art. 61

Instrumente
1. Politische Ziele und Leitsätze

[1] Der Grosse Rat erlässt übergeordnete politische Ziele und Leitsätze vor jeder Planungsperiode für Regierungsprogramm und Finanzplan.

[2] Diese Ziele und Leitsätze sind von der Regierung der Ausarbeitung von Regierungsprogramm und Finanzplan zugrunde zu legen.

Art. 62

2. Regierungsprogramm und Finanzplan

[1] Regierungsprogramm und Finanzplan sind als rollende integrierte Aufgaben- und Finanzplanung auszugestalten.

[2] Die Regierung beantragt dem Grossen Rat vor jeder Planungsperiode für den Finanzplan die Gliederung der Produktegruppen im Globalbudget.

[3] Diese Gliederung bleibt für die Planperiode verbindlich.

[4] Änderungen können nur von der Mehrheit der Ratsmitglieder beschlossen werden.

Art. 63

3. Überprüfung

Der Grosse Rat legt in seiner Planung den Nutzen fest und überprüft diesen.

Art. 64

4. Beschlussfassung und Aufträge

[1] Die politischen Planungen der Regierung werden vom Grossen Rat zur Kenntnis genommen.

[2] Der Grosse Rat kann zur Weiterführung der Planungen und zur inhaltlichen Koordination Beschlüsse fassen und der Regierung Aufträge erteilen.

2. BESONDERE BERICHTE

Art. 65

Arten

[1] Als besondere Berichte gelten:

a) spezielle Rechenschaftsberichte;
b) Berichte zu einzelnen Sachbereichen.

[2] Die Regierung unterbreitet dem Grossen Rat solche besonderen Berichte zur Kenntnisnahme.

[3] Besondere Berichte sind vom Grossen Rat zu genehmigen, wenn es ein Gesetz oder eine Verordnung vorsieht. Er kann sie auch teilweise genehmigen oder die Genehmigung verweigern.

Art. 66

Stellungnahme

[1] In einer eigenen Erklärung kann der Grosse Rat zu Berichten der Regierung gemäss Artikel 65 in einer allgemeinen Würdigung und zu einzelnen Teilen Stellung nehmen.

[2] Der Grosse Rat nimmt von solchen Berichten zustimmend, ablehnend, in Form einer Erklärung oder ohne Stellungnahme Kenntnis.

3. AUSSENBEZIEHUNGEN

Art. 67

Information

Die Regierung informiert den Grossen Rat in dessen Kompetenzbereich laufend und umfassend über wichtige Vorhaben im Bereich der internationalen und interkantonalen Zusammenarbeit sowie über den Stand von Verhandlungen.

Art. 68

Mitwirkung

[1] Die Regierung orientiert die jeweils zuständigen ständigen Kommissionen frühzeitig über anstehende internationale und interkantonale Vertragsverhandlungen im Rechtssetzungsbereich.

[2] Die Kommissionen stehen der Regierung während den Vertragsverhandlungen beratend zur Seite und können dieser Vorschläge zum Inhalt der Verträge unterbreiten.

VII. Schlussbestimmungen

Art. 69

Geschäftsordnung

Der Grosse Rat erlässt eine Geschäftsordnung für den Ratsbetrieb und zur näheren Ausführung der Bestimmungen dieses Gesetzes.

Art. 70

Übergangsbestimmungen
1. Amtsdauer der ständigen Kommissionen

Die höchstzulässige Amtsdauer bestimmt sich nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes nach neuem Recht. Die nach bisherigem Recht abgelaufene Amtsdauer der Mitglieder ständiger Kommissionen wird an die neue Amtsdauer vollumfänglich angerechnet.

Art. 71

2. Junisession 2006

[1] Als letzte Session der Amtsperiode 2003-2006 beginnt die Junisession 2006 am Montag nach dem zweiten Sonntag des Monats Juni.

[2] Die Eröffnung der Junisession 2006 obliegt dem gewählten Standespräsidenten oder der gewählten Standespräsidentin.

Art. 72

Aufhebung bisherigen Rechts

Mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wird das Gesetz über die Vertretung der Kreise im Grossen Rat des Kantons Graubünden vom 4. Juni 1972 aufgehoben.

Art. 73

Referendum und In-Kraft-Treten

[1] Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

[2] Dieses Gesetz tritt unter Vorbehalt des nachstehenden Absatzes 3 am 1. August 2006 in Kraft.

[3] Art. 71 tritt am 1. Juni 2006 in Kraft.

Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)

vom 8. Dezember 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 32 Absatz 1 der Kantonsverfassung und Artikel 69 des Gesetzes über den Grossen Rat,

nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

I. Allgemeines

Art. 1

Sessionen
1. Anzahl und Dauer

[1] Der Grosse Rat tritt zu folgenden Sessionen zusammen:

a) am Montag nach dem zweiten Sonntag des Monats Februar (Februarsession);
b) am Montag nach dem dritten Sonntag des Monats April (Aprilsession);
c) am Montag nach dem zweiten Sonntag des Monats Juni (Junisession);
d) am Mittwoch nach dem vierten Sonntag des Monats August (Augustsession);
e) am Montag nach dem dritten Sonntag des Monats Oktober (Oktobersession);
f) am Montag nach dem ersten Sonntag des Monats Dezember (Dezembersession).

[2] Wenn die Geschäftslast es erfordert, kann die Präsidentenkonferenz hinsichtlich der Eröffnung der Sessionen von den in Absatz 1 genannten Wochentagen abweichen.

[3] Der Grosse Rat tagt in der Regel drei Tage.

[4] Der Zeitpunkt der Eröffnung der Sessionen wird jeweils durch das Ratssekretariat im Kantonsamtsblatt bekannt gegeben.

[5] Zu allfälligen weiteren Sessionen wird der Grosse Rat nach Massgabe von Artikel 6 Absatz 2 des Grossratsgesetzes einberufen.

[6] Nicht erledigte Geschäfte werden auf das Geschäftsverzeichnis der nächsten Session übertragen.

Art. 2

2. Verzicht und Verlegung

[1] Liegen für eine Session nur wenige, nicht dringliche Geschäfte vor, kann von einer Einberufung des Grossen Rates abgesehen werden.

[2] Fallen Feiertage in eine Session, kann diese um eine Woche vor- oder nachverlegt werden, wenn dies aufgrund des Geschäftsverzeichnisses erforderlich ist.

Art. 3

3. Nichtteilnahme

Die Nichtteilnahme an einer Session ist frühzeitig, in der Regel spätestens zwei Wochen vor Beginn der Session, dem zuständigen Kreisamt zu melden. Das Kreisamt teilt der Standeskanzlei die Einsitznahme von Stellvertreterinnen oder Stellvertretern spätestens am Freitag vor der Eröffnung der Session mit. Vorbehalten bleiben besondere Fälle.

Art. 4

4. Zustellung der Unterlagen

Das Ratssekretariat bedient die Mitglieder des Grossen Rates und die Stellvertreterinnen und Stellvertreter mindestens 20 Tage vor der Eröffnungssitzung mit den Botschaften und allfälligen weiteren Unterlagen. Vorbehalten bleiben dringliche Fälle, für welche eine Zustellung der Unterlagen innert dieser Frist nicht möglich ist.

Art. 5

5. Eröffnung

Die Augustsession nach der Gesamterneuerung eröffnet das älteste der anwesenden amtsältesten Mitglieder, die übrigen Sessionen die Standespräsidentin oder der Standespräsident.

Art. 6

Wahlverfahren Ratspräsidium

[1] Die Wahl des Ratspräsidiums erfolgt schriftlich und geheim in getrennten Wahlakten nach dem Grundsatz des absoluten Mehrs. Bei der Ermittlung des absoluten Mehrs fallen leere und ungültige Stimmen ausser Betracht.

[2] Die beiden ersten Wahlgänge sind gänzlich frei. Für den dritten Wahlgang bleiben nur die zwei Kandidatinnen oder Kandidaten mit der höchs-

ten Stimmenzahl in der Wahl. Stimmen zugunsten anderer Kandidatinnen oder Kandidaten sind ungültig. Beim Einstehen der Stimmen entscheidet das Los.

Art. 7

Vereidigung und Amtsgelübde

[1] Die Formel des Eides lautet: „Sie als gewählte Präsidentin beziehungsweise gewählter Präsident des Grossen Rates (als gewählte Mitglieder des Grossen Rates), schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“ Der Eid wird durch das Nachsprechen der Worte „Ich schwöre es“ geleistet.

[2] Die Formel des Gelübdes lautet: „Sie als gewählte Präsidentin beziehungsweise als gewählter Präsident des Grossen Rates (als gewählte Mitglieder des Grossen Rates), geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“ Das Gelübde wird durch das Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“ geleistet.

Art. 8

Feier Standespräsidentin, -präsident

[1] Die Feier zur Wahl der Standespräsidentin oder des Standespräsidenten findet am letzten Tag der Augustsession statt.

[2] Der Kanton beteiligt sich mit einem angemessenen Beitrag an den Kosten der Feier.

[3] Die Höhe dieses Beitrages legt die Präsidentenkonferenz periodisch fest.

II. Organisation

1. PRÄSIDIUM

Art. 9

Zuständigkeiten

Die Präsidentin oder der Präsident beziehungsweise in Stellvertretung die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident hat insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse:

a) Leitung der Ratsverhandlungen, Handhabung der Sitzungspolizei und Überwachung der Einhaltung des Grossratsgesetzes sowie der Geschäftsordnung;
b) Unterzeichnung zusammen mit der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor der vom Rat ausgehenden Beschlüsse;
c) Aufsicht über die Ratsdienste;
d) Einberufung und Leitung der Präsidentenkonferenz;
e) Vertretung des Grossen Rates nach aussen.

Art. 10

Stimmenzählende

Die Stimmenzählenden führen die Präsenzlisten und zählen bei Abstimmungen die Stimmen in dem ihnen zugewiesenen Sektor.

2. PRÄSIDENTENKONFERENZ

Art. 11

Organisation, Verfahren und Zuständigkeiten

[1] Die Präsidentenkonferenz tagt auf Einladung und unter dem Vorsitz der Standespräsidentin oder des Standespräsidenten, so oft es die Geschäfte erfordern.

[2] Die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor und die Leiterin oder der Leiter des Ratssekretariates nehmen an den Sitzungen mit beratenden Stimmen teil.

[3] Bei Stimmengleichheit steht der vorsitzenden Person der Stichentscheid zu. Im Übrigen ordnet die Konferenz das Verfahren bei Abstimmungen selbstständig.

[4] Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere zuständig für:

a) die Koordination der Ratsarbeit, insbesondere die Gewährleistung der Zusammenarbeit und der Information der Kommissionen;
b) die Zuweisung von Geschäften zur Vorbereitung an die Kommissionen;
c) die Koordination des Geschäftsverkehrs zwischen Grossem Rat und Regierung;
d) die Festsetzung der Traktandenliste;
e) die Festsetzung der Sitzungszeiten und Sitzungsdauer;
f) den Entscheid über die Vor- oder Nachverlegung einer Session;
g) den Entscheid über den Verzicht auf eine Session;
h) die Festsetzung von Zeitpunkt und Dauer von ausserordentlichen Sessionen;
i) die Festlegung des Verteilschlüssels, nach dem während der Amtsperiode die Sitze und die Präsidien in den Kommissionen auf die Fraktionen verteilt werden;
j) die Antragstellung an den Grossen Rat auf Vorschlag der Fraktionen bezüglich der Wahl der Mitglieder sowie der Grösse der ständigen und nichtständigen Kommissionen;

k) die Wahl der Vorberatungskommissionen in dringlichen Fällen;
l) die Ergänzung bereits bestellter Vorberatungskommissionen in dringlichen Fällen;
m) die Festsetzung des Turnus zwischen den Fraktionen bei der Bestellung des Standespräsidiums;
n) die Antragstellung an den Grossen Rat über die Dringlicherklärung von Anfragen;
o) die Kreditfreigabe an die Kommissionen für ausserordentliche Aufwendungen;
p) die formelle Prüfung der parlamentarischen Vorstösse sowie ihre allfällige Überweisung an ein Ratsorgan;
q) den Entscheid über Auskunfts- und Akteneinsichtsbegehren der Ratsmitglieder nach Anhören der Regierung;
r) die Wahl von drei Stimmenzählenden;
s) die Bestellung von besonderen Stimmenzählenden zur Durchführung von Wahlen;
t) die Durchführung besonderer Anlässe des Grossen Rates;
u) die Vorbereitung der Wahlen gemäss Artikel 57 des Gesetzes;
v) weitere Geschäfte, die ihr der Rat zuweist.

3. FRAKTIONEN

Art. 12

Konstituierung

Die Fraktionen konstituieren sich selbst. Sie haben der Präsidentenkonferenz schriftlich die Namen der Präsidentin oder des Präsidenten und der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten bekannt zu geben.

4. KOMMISSIONEN

A. Allgemeines

Art. 13

Einberufung und Organisation

[1] Die Kommissionen werden durch die Kommissionspräsidentin oder den Kommissionspräsidenten einberufen. Daneben kann ein Viertel der Kommissionsmitglieder die Einberufung einer Sitzung verlangen.

[2] Die Kommissionen wählen aus ihrer Mitte eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten. Diese Person übernimmt im Verhinderungsfalle die Aufgaben der Präsidentin oder des Präsidenten.

[3] Die Kommissionen ordnen den Gang ihrer Beratungen selbstständig.

Art. 14

Beschluss-fähigkeit und Abstimmungen

[1] Die Kommissionen sind beschlussfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

[2] Die Abstimmung erfolgt offen. Bei Stimmengleichheit gibt die Präsidentin oder der Präsident den Stichentscheid.

[3] Die Mitglieder der Kommisson sind bei den Kommissionsberatungen zur Stimmabgabe verpflichtet.

Art. 15

Sekretariat und Protokoll

[1] Die Sekretariats- und Protokollführung für die Kommissionen obliegt dem Ratssekretariat soweit Gesetz oder Verordnung nichts anderes vorsehen.

[2] Die Kommissionen bestimmen die Ausführlichkeit des Protokolls selbst, wobei das Beschlussprotokoll die Regel ist. Protokolle über Kommissionsverhandlungen, die nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen, erhalten:

a) die Sitzungsteilnehmenden;
b) die Kommissionsmitglieder;
c) die Mitglieder der Präsidentenkonferenz;
d) die Regierung und die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor;
e) weitere interessierte Ratsmitglieder;
f) die kantonalen Gerichte, soweit ihr Aufgabenbereich betroffen ist.

[3] Protokolle über die Vorberatung von Ratsgeschäften erhalten überdies alle Ratsmitglieder, soweit nicht das Amtsgeheimnis entgegensteht.

[4] Protokolle über Kommissionsverhandlungen, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, erhalten nur die Kommissionsmitglieder, die Regierung und, soweit ihr Aufgabenbereich betroffen ist, die kantonalen Gerichte.

Art. 16

Öffentlichkeit und Information

[1] Die Kommissionssitzungen und deren Protokolle sind nicht öffentlich.

[2] Die Kommissionen orientieren durch eine von ihnen bezeichnete Sprecherin oder durch einen von ihnen bezeichneten Sprecher die Öffentlichkeit über den Verlauf der Kommissionsverhandlungen, wenn diese von erheblichem allgemeinen Interesse sind.

Art. 17

Mitwirkung der Regierung

[1] Die Kommissionen sind befugt, Mitglieder der Regierung für die Erteilung von Auskünften zu ihren Sitzungen einzuladen.

[2] Gelangen Kommissionen zu neuen Erkenntnissen oder Anträgen, bieten sie vor Abschluss ihrer Beratungen der Regierung die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Art. 18

Berichterstattung

Die Kommissonspräsidentin oder der Kommissionspräsident erstattet im Grossen Rat Bericht, sofern die Kommission nichts anderes beschliesst.

B. Ständige Kommissionen

Art. 19

Bestellung und Arten

[1] Der Grosse Rat hat folgende ständige Kommissionen:

a) Geschäftsprüfungskommission;
b) Redaktionskommission;
c) Kommission für Staatspolitik und Strategie;
d) Kommission für Justiz und Sicherheit;
e) Kommission für Bildung und Kultur;
f) Kommission für Gesundheit und Soziales;
g) Kommisson für Umwelt, Verkehr und Ernergie;
h) Kommission für Wirtschaft und Abgaben.

[2] Er kann weitere ständige Kommissionen bestellen und bestehende aufheben.

[3] Fällt ein Mitglied einer ständigen Kommission dauernd aus, so nimmt der Grosse Rat für den Rest der Amtsperiode eine Ersatzwahl vor.

Art. 20

Aufgaben

Den ständigen Kommissionen nach Artikel 19 Absatz 1 Litera c – h werden durch die Präsidentenkonferenz Sachbereiche zugeteilt. Sie haben folgende Aufgaben:

a) Ausübung parlamentarischer Initiativfunktionen in ihrem Bereich;
b) Vorberaten der ihnen von der Präsidentenkonferenz zugewiesenen Geschäfte zuhanden des Rates;
c) Koordination mit den Kommissionen, die dieselben oder ähnliche Fragen bearbeiten.

Art. 21

Kommission für Staatspolitik und Strategie

[1] Die Kommission für Staatspolitik und Strategie ist für die Ausarbeitung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze des Grossen Rates zuständig.

[2] Sie berät die von der Regierung vorgelegten mittelfristigen Planungen im Aufgaben- und Finanzbereich vor und sorgt für die Koordination der Planungen.

[3] Sie überprüft die mittelfristigen Planungen des Grossen Rates und der Regierung auf die Erfüllung der gesetzten Ziele und die Wirksamkeit der Massnahmen und ist zuständig für die Berichterstattung und die Beantragung von Korrekturmassnahmen.

Art. 22

Geschäftsprüfungskommission

1. Grösse, Aufgaben und Zuständigkeiten

[1] Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus 13 Mitgliedern.

[2] Die Geschäftsprüfungskommission als Verwaltungsprüfungsinstanz:

a) überwacht die Geschäftsführung der kantonalen Verwaltung und der mit kantonalen Aufgaben beauftragten Institutionen;
b) orientiert sich nachträglich über die Verwaltungstätigkeit und den Geschäftsgang sowie über die laufenden Arbeiten;
c) berät den Landesbericht und weitere Berichte zuhanden des Grossen Rates vor;
d) prüft den Stand der Behandlung der überwiesenen Aufträge und stellt allenfalls dem Grossen Rat Antrag auf Abschreibung der Vorstösse;
e) überwacht, ob ihren in früheren Tätigkeitsberichten gemachten Bemerkungen Rechnung getragen wurde;
f) instruiert im Sinne von Artikel 61 des Grossratsgesetzes an den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung.

[3] Die Geschäftsprüfungskommission als Finanzprüfungsinstanz:

a) überwacht den gesamten Finanzhaushalt und befasst sich mit seiner längerfristigen Entwicklung;
b) prüft das Budget, die Nachtragskreditgesuche und die Staatsrechnung;
c) prüft im Rahmen der Oberaufsicht die Geschäftsberichte/Jahresrechnungen von selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und von anderen Institutionen, an welche der Kanton erhebliche Beiträge leistet;
d) erstattet einen Mitbericht zum Finanzplan;
e) entscheidet über hängige Nachtragskreditgesuche, soweit sie diese nicht dem Grossen Rat zur Beschlussfassung vorlegen will.

[4] Die Geschäftsprüfungskommission kann weiter:

a) neue Stellen schaffen und Stellenumwandlungen mit grösseren finanziellen Auswirkungen bewilligen;
b) von anderen Kommissionen vorzuberatende Vorlagen und Geschäfte mit finanziellen Auswirkungen prüfen und dem Grossen Rat ebenfalls Antrag stellen.

Der Grosse Rat kann der Geschäftsprüfungskommission weitere Aufgaben überweisen.

[5] Verfügungen und Entscheide der Regierung, der Departemente und der Dienststellen können durch die Geschäftsprüfungskommission weder aufgehoben noch abgeändert werden.

Art. 23

2. Prüfungskriterien

Die Geschäftsprüfungskommission:

a) achtet auf eine rechts- und ordnungsgemässe Verwaltung;
b) untersucht die Wirksamkeit der Staatsverwaltung sowie deren Massnahmen und überprüft in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit bestehender Gesetze und Aufgaben;
c) achtet auf eine zweckmässige und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung und einen effizienten Verwaltungsablauf;
d) kontrolliert, ob die Entscheide kompetenzgemäss gefällt werden und ob genügend verwaltungsinterne Kontrollen gegeben sind.

Art. 24

3. Sekretariat

Die kantonale Finanzkontrolle verkehrt mit der Geschäftsprüfungskommission direkt. Sie erteilt ihr jede Auskunft, die für die Ausübung der Oberaufsicht dienlich ist.

Art. 25

4. Berichterstattung und Protokolle

[1] Die Geschäftsprüfungskommission erstellt jährlich über ihre Tätigkeit einen Bericht mit Anträgen an den Grossen Rat.

[2] Über besonders wichtige Geschäfte orientiert die Geschäftsprüfungskommission den Grossen Rat während des Jahres und stellt allenfalls Anträge.

[3] Die Präsidentenkonferenz, die Mitglieder der Regierung, das Ratssekretariat und die Standeskanzlei erhalten zur Information eine Traktandenliste der Sitzung der Gesamtkommission.

[4] Mittels Protokollauszügen werden die Regierung über Grundsatzentscheide der Geschäftsprüfungskommission und die einzelnen Departe-

mentsvorsteherinnen oder Departementsvorsteher über wichtige behandelte Sachgeschäfte ihres Departementes informiert.

Art. 26

Kommission für Justiz und Sicherheit
1. Grösse, Aufgaben und Zuständigkeiten

[1] Die Kommission für Justiz und Sicherheit prüft und überwacht die Geschäftsführung der kantonalen Gerichte sowie der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte und berät deren Geschäftsberichte vor. Sie besteht aus 11 Mitgliedern.

[2] Sie berät zuhanden des Grossen Rates insbesondere folgende Angelegenheiten vor:

a) Begnadigungsgesuche;
b) Erwahrung der Regierungsratswahlen;
c) Beschwerden an den Grossen Rat im Sinne von Artikel 52 Grossratsgesetz;
d) Justizaufsichtsbeschwerden im Sinne von Artikel 56 Grossratsgesetz;
e) weitere ihr zugewiesene Geschäfte aus ihrem Sachbereich.

[3] Sie nimmt Stellung zu allen die Justiz betreffenden Berichten und Vorlagen und kann dem Grossen Rat Antrag stellen.

[4] Sie nimmt zu Stellenschaffungs-, Stellenumwandlungs- und Nachtragskreditgesuchen, soweit diese die kantonalen Gerichte sowie die Aufsichtskommissionen über die Notare und Rechtsanwälte betreffen, zuhanden der Geschäftsprüfungskommission Stellung.

[5] Sie entscheidet Beschwerden gegen die Regierungsratswahlen.

Art. 27

2. Berichterstattung und Protokolle

[1] Die Kommission für Justiz und Sicherheit erstellt über ihre Tätigkeit jährlich einen Bericht mit Anträgen an den Grossen Rat.

[2] Über wichtige Geschäfte orientiert die Kommission für Justiz und Sicherheit den Grossen Rat während des Jahres und stellt allenfalls Anträge.

[3] Die Kommission für Justiz und Sicherheit kann mittels Protokollauszügen die betroffenen Stellen über wichtige behandelte Sachgeschäfte informieren.

Art. 28

Redaktionskommission

[1] Die Redaktionskommission besteht aus vier Mitgliedern.

[2] Ihr gehören zudem von Amtes wegen die Standespräsidentin oder der Standespräsident und die Standesvizepräsidentin oder der Standesvizepräsident an.

[3] Die Standespräsidentin oder der Standespräsident leitet die Sitzungen, zu denen auch die Protokollführenden beigezogen werden.

[4] Der Redaktionskommission obliegen:

a) die Prüfung der Beschluss- und Wortlautprotokolle über die Sitzungen des Grossen Rates und der endgültige Entscheid über Änderungsanträge im Sinne von Artikel 35 und 36;
b) die redaktionelle Bereinigung der Protokolle, Beschlüsse und Erlasse;
c) die Genehmigung der Protokolle;
d) die Genehmigung der Erläuterung an das Volk.

[5] Die Redaktionskommission kann zur Abklärung umstrittener Sachverhalte Rats- und Regierungsmitglieder sowie die zuständigen Departementsmitarbeitenden zu ihren Sitzungen einladen.

C. Nichtständige Kommissionen

Art. 29

Vorberatungskommissionen

Auf Antrag der Präsidentenkonferenz wählt der Grosse Rat die Vorberatungskommissionen. Das freie Vorschlagsrecht aus der Mitte des Rates bleibt gewahrt.

Art. 30

Parlamenatrische Untersuchungskommission

Die näheren Bestimmungen über die Organisation der Untersuchungskommission und die Durchführung der Untersuchung erlässt der Grosse Rat im Rahmen des Einsetzungsbeschlusses. Er regelt insbesondere die Verfahrensrechte der Betroffenen und die Stellung der Regierung beziehungsweise der obersten Gerichtsbehörde im Verfahren.

5. RATSDIENSTE UND PROTOKOLLFÜHRUNG

Art. 31

Kanzleidirektion

Die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor unterstützt das Präsidium in der Amtsführung, sorgt für die administrative Durchführung der Sessionen und koordiniert den Geschäftsverkehr mit der Regierung.

Art. 32

Ratssekretariat

[1] Das Ratssekretariat hat insbesondere folgende Aufgaben:
a) Vorbereitung der Sessionen;

b) Führung des Sekretariates der Leitungsorgane und der Kommissionen mit Ausnahme der Geschäftsprüfungskommission;
c) Protokollführung im Grossen Rat;
d) Ausfertigung der Beschlüsse des Grossen Rates;
e) Information der Öffentlichkeit im Auftrag des Grossen Rates.

[2] Als Abteilung der Standeskanzlei ist das Ratssekretariat fachlich den Organen des Grossen Rates unterstellt. Die Leiterin oder der Leiter und weitere Angehörige werden auf Antrag der Kanzleidirektorin oder des Kanzleidirektors von der Präsidentenkonferenz angestellt.

Art. 33

Weitere Dienste

Die Standeskanzlei stellt insbesondere folgende weitere Dienste zur Verfügung:

a) Weibeldienst zur Bedienung des Grossen Rates und seiner Organe;
b) Übersetzungsdienst;
c) Informationsdienst;
d) Betrieb und Wartung der EDV-Einrichtungen.

Art. 34

Ausfertigungen

Ausgefertigte Beschlüsse des Grossen Rates werden von der Standespräsidentin oder dem Standespräsidenten und von der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektoren oder deren Stellvertretungen unterzeichnet.

Art. 35

Beschlussprotokoll

[1] Das Beschlussprotokoll über die Verhandlungen des Grossen Rates wird in deutscher Sprache geführt und enthält:

a) den Namen der oder des Vorsitzenden, die Zahl der Anwesenden und die Namen der abwesenden Ratsmitglieder;
b) die Verhandlungsgegenstände, den vollen Wortlaut der zur Abstimmung gebrachten Anträge und die Ergebnisse von Abstimmungen und Wahlen;
c) die eingereichten parlamentarischen Vorstösse;
d) alle Beschlüsse und Erlasse.

[2] Es wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten und von der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet.

[3] An der übernächsten Sitzung liegt das Beschlussprotokoll zur Einsicht auf. Über Berichtigungsanträge und die formelle Genehmigung des Beschlussprotokolls entscheidet die Redaktionskommission.

Art. 36

Wortlautprotokoll

[1] Die Verhandlungen des Grossen Rates werden zusätzlich auf Tonband aufgenommen und in einem Wortlautprotokoll schriftlich festgehalten.

[2] Das Wortlautprotokoll liegt 20 Tage nach Sessionsende für die Ratsmitglieder beim Ratssekretariat zur Einsicht auf. Auf Begehren wird ein Protokollauszug zugesandt. Die Mitglieder der Regierung erhalten mit der

Auflage des Protokolls einen Protokollauszug über jene Geschäfte, die sie selber vor dem Grossen Rat vertreten haben.

[3] Über die Berichtigungsanträge und die formelle Genehmigung des Wortlautprotokolls entscheidet die Redaktionskommission.

6. ENTSCHÄDIGUNG DER RATSMITGLIEDER UND FRAKTIONEN

A. Ratsmitglieder

Art. 37

Taggeld

[1] Die Mitglieder des Grossen Rates haben für jedenTag ihrer Anwesenheit bei Sitzungen Anspruch auf ein Taggeld von 300 Franken.

[2] Die Standespräsidentin oder der Standespräsident erhält ausserdem eine einmalige Präsidial- und Repräsentationszulage von 12’000 Franken, die Standesvizepräsidentin oder der Standesvizepräsident eine einmalige Repräsentationszulage von 4’000 Franken.

Art. 38

Mahlzeiten- und Übernachtungs-entschädigung

[1] Die Mitglieder des Grossen Rates erhalten für jede Sitzung in Chur eine Mahlzeitenentschädigung von 60 Franken und im Falle der Übernachtung eine zusätzliche Entschädigung von 150 Franken.

[2] Die Übernachtungsentschädigung entfällt für Mitglieder, die in einem Umkreis von 25 Kilometer Fahrstrecke wohnen.

[3] Bei Sitzungen ausserhalb von Chur erhalten alle Mitglieder des Grossen Rates eine Spesenentschädigung von 130 Franken je Sitzungstag.

[4] Als Wohnsitz gilt der Ort, wo die Ausweisschriften hinterlegt sind.

[5] Die Standespräsidentin oder der Standespräsident und die Standesvizepräsidentin oder der Standesvizepräsident haben Anspruch auf Entschädigung der effektiven Auslagen, die ihnen aus Repräsentationspflichten entstehen.

Art. 39

Sonderfälle

[1] Während der Dauer der Session werden die Entschädigungen gemäss Artikel 37 Absatz 1 und Artikel 38 auch für die Sonn- und Feiertage ausgerichtet.

[2] Wird ein Ratsmitglied während der Session zu Sitzungen einberufen, die den Anspruch auf ein Taggeld des Kantons begründen, aber nicht zum Geschäftskreis des Grossen Rats gehören, so wird das Taggeld nur einmal, bei ungleichen Taggeldern zum höheren Ansatz, ausgerichtet. Diese Regelung gilt auch für die Reiseentschädigung.

Art. 40

Reisekosten- und Reisezeitentschädigung

[1] Für Reisen zu den Ratssitzungen werden den Mitgliedern des Grossen Rates die effektiven Reisespesen vergütet, das heisst Bahn erste Klasse, Postauto und Privatauto (Kilometerentschädigung nach den für das kantonale Personal geltenden Bestimmungen).

[2] Den Mitgliedern des Grossen Rates wird zusätzlich zu den effektiven Reisespesen eine Reisezeitentschädigung in gleicher Höhe entrichtet.

B. Kommissionen

Art. 41

Taggeld und Spesenentschädigung
1. Im Allgemeinen

[1] Die Mitglieder der Kommissionen des Grossen Rates erhalten für ihre Anwesenheit bei Sitzungen, die nicht während der Session stattfinden, die gleichen Taggelder und Spesenentschädigungen wie die Ratsmitglieder während der Session. Die Präsidentinnen und Präsidenten der ständigen Kommissionen erhalten zusätzlich 1'000 Franken je Amtsjahr als Präsidialzulage.

[2] Die Spesenentschädigung beträgt für die Teilnahme an Kommissionssitzungen ausserhalb der Session 60 Franken. Kann der Wohnsitz nach Schluss der Kommissionssitzung bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht erreicht werden, beträgt die Spesenentschädigung 210 Franken. Das Gleiche gilt, wenn ein Ratsmitglied bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht rechtzeitig zur Kommissionssitzung erscheinen kann.

[3] Für die Reise zu solchen Sitzungen haben die Mitglieder Anspruch auf eine Kilometerentschädigung nach den für das kantonale Personal geltenden Bestimmungen.

[4] Die Präsidentenkonferenz kann Kommissionspräsidenten oder allenfalls auch andern Kommissionsmitgliedern bei besonders starker Inanspruchnahme ausnahmsweise eine zusätzliche Entschädigung zusprechen.

Art. 42

2. Geschäftsprüfungskommission

[1]Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, welche an mindestens zwei Drittel der Sitzungen eines Amtsjahres teilnehmen, haben zudem

Anspruch auf ein Fixum von 4'000 Franken je Amtsjahr. Die Präsidentin oder der Präsident erhält zusätzlich 1'000 Franken je Amtsjahr als Präsidialzulage.

[2] Hinsichtlich der Spesen- und Reiseentschädigung bei Sitzungen ist die für andere Kommissionen geltende Regelung anwendbar. Davon ausgenommen sind Augenscheine und Besichtigungen, bei welchen die effektiven Spesen vergütet werden.

C. Fraktionen

Art. 43

Entschädigungen

[1] Für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, die ausserhalb der Session stattfinden, werden den Mitgliedern des Grossen Rates die gleichen Taggelder, Spesen- und Reiseentschädigungen ausgerichtet, wie für die Teilnahme an Kommissionssitzungen ausserhalb der Session (Artikel 42), jedoch höchstens für eine Sitzung je Session. Die Fraktionspräsidentin oder der Fraktionspräsident stellt dem Finanz- und Militärdepartement die Präsenzliste zu.

[2] Überdies erhalten die Fraktionen jährlich eine Grundentschädigung von 4'000 Franken und eine Entschädigung für jedes Fraktionsmitglied von 300 Franken. Anspruch auf die Entschädigung von 300 Franken haben auch jene Mitglieder des Rates, die keiner Fraktion angehören.

III. Allgemeine Verfahrensordnung

1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 44

Sitzungsort und -zeiten

[1] Der Grosse Rat versammelt sich ordentlicherweise in der Stadt Chur.

[2] Der Vormittag des ersten Tages der Session steht gewöhnlich für Fraktionssitzungen zur Verfügung.

[3] Die Ratssitzungen dauern in der Regel:

- Vormittag von 08.15 bis 12.00 Uhr

- Nachmittag von 14.00 bis 18.00 Uhr.

[4] Je nach Geschäftslast können Nachmittagssitzungen verlängert oder Abendsitzungen durchgeführt werden.

Art. 45

Präsenzpflicht

[1] Die Anwesenheit der Ratsmitglieder wird zu Beginn jeder Sitzung durch Eintragung in die Präsenzliste festgestellt. Diese wird eine Stunde nach Sitzungsbeginn geschlossen.

[2] Ratsmitglieder, welche bis dahin nicht anwesend sind, verlieren das Sitzungsgeld, es sei denn, dass sie sich vorher bei der Standespräsidentin oder dem Standespräsidenten unter Angabe der Gründe abgemeldet haben. Das Sitzungsgeld verliert auch, wer den ganzen Tag abwesend ist.

[3] Bei häufiger Abwesenheit eines Mitgliedes während der Sitzungen ohne begründete Abmeldung entscheidet die Präsidentenkonferenz nach einmaliger Ermahnung über den Anspruch auf Ausrichtung des Taggeldes. In Krankheitsfällen während der Sitzung tritt keine Verwirkung der Taggelder ein.

Art. 46

Kleidung

Die Mitglieder des Grossen Rates haben an den Sitzungen korrekte Kleidung zu tragen, welche die Würde des Parlaments respektiert.

Art. 47

Öffentlichkeit und Medien

[1] Den Zuhörenden steht die Tribüne offen. Sie haben sich ruhig zu verhalten und jede Äusserung von Beifall oder Missbilligung zu unterlassen. Befolgen sie die Mahnung der Präsidentin oder des Präsidenten zur Ruhe nicht, so kann diese oder dieser die Tribüne räumen lassen.

[2] Den Vertreterinnen oder Vertretern der Medien wird ein besonderer Platz angewiesen. Das Betreten des Saales ist ohne Bewilligung der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden nicht zulässig.

[3] Bild- und Tonaufnahmen im Sitzungssaal, in den Vorräumen oder auf der Tribüne sind nur mit einer Bewilligung der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden gestattet.

[4] Das Verteilen von Propagandamaterial, das Mitnehmen und Aufstellen von Plakaten und das Sammeln von Unterschriften im Sitzungssaal, in den Vorräumen und auf der Tribüne sind untersagt.

Art. 48

Tagesordnung

Die Präsidentin oder der Präsident hat, soweit möglich, am Schluss jeder Sitzung dem Rate die Tagesordnung der nächsten Sitzung mitzuteilen.

2. BERATUNG

A. Verfahrensablauf

Art. 49

Eintreten

Bei Sachvorlagen behandelt der Rat zunächst die Eintretensfrage. Liegt kein begründeter Antrag der Regierung oder bei Vorlagen über Anträge auf Direktbeschluss und parlamentarische Initiativen der zuständigen Vorberatungskommission vor, kann Eintreten nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

Art. 50

Detailberatung

Ist Eintreten beschlossen, geht der Rat zu artikel- oder abschnittsweisen Beratung über. Eine Verlesung findet dabei in der Regel nicht statt.

Art. 51

Rückkommen

Nach Abschluss der Detailberatung kann jedes Mitglied beantragen, auf einzelne Artikel oder Abschnitte zurückzukommen. Eine kurze Begründung des Rückkommensantrages und eines Gegenantrages ist gestattet; der Rat entscheidet ohne weitere Diskussion. Nimmt er den Antrag an, so wird der betreffende Artikel oder Abschnitt nochmals beraten.

Art. 52

Zweite Lesung

Vor der Schlussabstimmung über eine Gesetzesvorlage hat die Präsidentin oder der Präsident dem Rat die Frage vorzulegen, ob eine zweite Lesung zu erfolgen habe. Eine zweite Lesung kann auf Antrag auch bei Verordnungen beschlossen werden. Bei wichtigen Vorlagen prüft die Vorberatungskommission von Amtes wegen die Frage einer zweiten Lesung und stellt Antrag an den Grossen Rat.

B. Anträge

Art. 53

Form

[1] Alle Anträge sind mündlich vorzubringen und auf Verlangen der Standespräsidentin oder dem Standespräsidenten, der Präsidentin oder dem Präsidenten der Kommission und der Vertreterin oder dem Vertreter der Regierung schriftlich einzureichen.

[2] Wichtige Anträge zu Gesetzes- oder Verordnungsvorlagen sollen vor der Beratung durch die Kommission bei ihrer Präsidentin oder ihrem Präsidenten eingereicht werden. Die Antragstellerin oder der Antragsteller kann zur Begründung seines Antrags zur Kommissionssitzung eingeladen werden.

[3] Werden solche Anträge während der Beratung im Rate gestellt, so kann die Kommission verlangen, dass sie ihr zur Vorberatung überwiesen werden.

C. Voten

Art. 54

Diskussion

[1] Die Präsidentin oder der Präsident eröffnet vor jeder Abstimmung über den vorgelegten Gegenstand die Diskussion. Vor Eröffnung der allgemeinen Diskussion erteilt sie oder er das Wort den Berichterstattenden und Kommissionsmitgliedern. In der folgenden allgemeinen Diskussion wird das Wort in der Reihenfolge erteilt, in der es verlangt worden ist. Eine Ausnahme hievon findet lediglich zugunsten von Berichterstattenden und Mitgliedern der Regierung statt.

[2] Will sich die Standespräsidentin oder der Standespräsident an der Diskussion beteiligen, übernimmt die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident den Vorsitz.

Art. 55

Anstandspflicht

[1] Bei aller Freiheit der Diskussion hat sich die oder der Sprechende aller ehrverletzenden Ausdrücke zu enhalten. Ein allfälliger Verstoss gegen diese Vorschrift soll von der Präsidentin oder dem Präsidenten sogleich gerügt werden (Ordnungsruf).

[2] Missachtet eine Rednerin oder ein Redner die Mahnung der Präsidentin oder des Präsidenten, zur Sache zu sprechen, oder lässt sich diese Person wiederholt eine Verletzung des parlamentarischen Anstandes zu Schulden kommen, so kann ihr die Präsidentin oder der Präsident das Wort entziehen.

[3] Erhebt die Rednerin oder der Redner Einspruch gegen den Entzug des Wortes, so entscheidet der Rat. Bei fortgesetztem ungebührlichem Benehmen kann der Rat mit zwei Drittel der Stimmen ein Mitglied von der Sitzung ausschliessen.

Art. 56

Redezeit

[1] Mit Ausnahme der Kommissionsreferentinnen und -referenten und der Vertreterin oder des Vertreters der Regierung darf in der Regel keine Rednerin oder kein Redner länger als zehn Minuten und mehr als zweimal zum gleichen Diskussionspunkt sprechen.

[2] Wird Schluss der Diskussion beantragt, so ist darüber ohne weitere Diskussion abzustimmen. Stimmt der Rat mit Zweidrittelmehrheit zu, so erhalten nur noch bereits angemeldete Rednerinnen und Redner und die Mitglieder der Regierung das Wort. Artikel 57 bleibt vorbehalten.

[3] Ausnahmen von den in Absatz 1 genannten Einschränkungen kann der Rat mit Zweidrittelmehrheit beschliessen.

[4] Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für die Behandlung von Beschwerden.

[5] Es ist stets gestattet, das Wort zu begehren, um die Beachtung der Geschäftsordnung zu verlangen, Ordnungsanträge zu stellen oder auf eine persönliche Bemerkung zu antworten.

Art. 57

Schlusswort

Ist die Diskussion erschöpft, so hat die Referentin oder der Referent der Kommission oder, wenn die Kommission nicht einstimmig ist, zunächst die Vertreterin oder der Vertreter der Minderheit und hierauf die Vertreterin oder der Vertreter der Mehrheit das Recht zu einem Schlusswort.

Art. 58

Organisierte Debatte

Für die Behandlung eines Geschäftes kann der Rat auf Antrag der Präsidentenkonferenz die Debatte und die Wortmeldungen einschränken.

3. ABSTIMMUNGEN

Art. 59

Einleitung

Vor der Abstimmung gibt die Präsidentin oder der Präsident dem Rate die gestellten Anträge im Wortlaut bekannt und ordnet an, in welcher Weise

abgestimmt werden soll. Einwendungen dagegen werden vom Rate sogleich erledigt.

Art. 60

Mehrere Anträge

[1] Unterabänderungsanträge sind vor den Abänderungsanträgen und diese vor den Hauptanträgen zur Abstimmung zu bringen.

[2] Liegen mehr als zwei Hauptanträge vor, so werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Mitglied nur einem von ihnen stimmen darf. Hat keiner die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht, so ist darüber abzustimmen, welcher von denjenigen Anträgen, welche die wenigsten Stimmen erhielten, wegzufallen habe. Hierauf wird das gleiche Verfahren auf die übrig gebliebenen Anträge angewendet, bis einer die absolute Mehrheit erhält.

[3] Wer einem Unterabänderungsantrag zugestimmt hat, ist nicht gehalten, auch für den Abänderungsantrag zu stimmen; ebenso wenig verpflichtet die Zustimmung zum Abänderungsantrag zur Bejahung des Hauptantrages.

Art. 61

Zusammengesetzte Anträge

Bei zusammengesetzten Anträgen ist über die einzelnen Teile getrennt abzustimmen. Kann eine Abstimmungsfrage geteilt werden, so hat dies zu geschehen, sofern ein Mitglied es verlangt.

Art. 62

Stimmabgabe bei Sachgeschäften

[1] Während der Abstimmungen haben sich die Abgeordneten an ihren Plätzen aufzuhalten.

[2] Die Stimmabgabe erfolgt bei offenen Abstimmungen durch Aufstehen.

[3] Es zählen nur Stimmen, die am eigenen Platz abgegeben werden.

[4] Die Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler ermitteln die Abstimmungsergebnisse und melden diese der Protokollführerin oder dem Protokollführer zuhanden der Präsidentin oder des Präsidenten.

[5] Wenn 25 Mitglieder einem entsprechenden Antrag zustimmen, erfolgt die Abstimmung geheim.

[6] Bei der Schlussabstimmung über Verfassungsvorlagen und Gesetzesentwürfe werden auch die Stimmenthaltungen gezählt und protokolliert.

[7] In Begnadigungssachen erfolgt die Abstimmung geheim.

Art. 63

Stichentscheid

Die Präsidentin oder der Präsident stimmt mit. Stehen die Stimmen ein, so entscheidet sie oder er, und zwar ohne Rücksicht auf die schon abgegebene Stimme.

4. WIEDERERWÄGUNG

Art. 64

Verfahren

[1] Beschlüsse des Grossen Rates können nur in der Session, in welcher sie gefasst werden, in Wiedererwägung gezogen werden.

[2] Auf die Wiedererwägung ist einzutreten, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit der Stimmenden beschlossen wird. Für die Abstimmung über den materiellen Antrag genügt die Mehrheit der Stimmen, wenn keine andere Vorschrift besteht.

[3] Bei Beschlüssen zur Geschäftsordnung genügt die einfache Mehrheit.

[4] Beschlüsse des Grossen Rates, für welche gemäss Absatz 1 eine Wiedererwägung ausgeschlossen ist, können nur auf dem Wege des ordentlichen Rechtssetzungsverfahrens geändert werden.

IV. Verhandlungsgegenstände

1. PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

A. Allgemeines

Art. 65

Einreichung und Rückweisung

[1] Ratsmitglieder, Fraktionen und Kommissionen können bei der Standespräsidentin oder dem Standespräsidenten parlamentarische Vorstösse einreichen. Diese sind mit einem Antrag und einer kurzen Begründung zu versehen. Die Standespräsidentin oder der Standespräsident bringt sie dem Rat in der gleichen Sitzung zur Kenntnis.

[2] Die Präsidentenkonferenz prüft die eingereichten parlamentarischen Vorstösse in formeller Hinsicht; sie kann dazu die Regierung anhören. Sie weist sie zurück, wenn:

a) sie nicht die richtige Form aufweisen;
b) der Gegenstand des Vorstosses in der laufenden Legislaturperiode schon einmal beraten wurde und die Sachlage sich in der Zwischenzeit nicht geändert hat ;

c) das Begehren nicht Gegenstand eines Vorstosses sein kann.

[3] Wenn die Rückweisung nicht akzeptiert wird, entscheidet der Grosse Rat endgültig.

Art. 66

Dringliche Behandlung

[1] Anfragen können vom Grossen Rat dringlich erklärt werden, wenn sie spätestens an der Eröffnungssitzung einer Session eingereicht werden.

[2] Ist Dringlichkeit beschlossen, wird die Anfrage in der gleichen Session behandelt.

B. Auftrag

Art. 67

Behandlung

[1] Die Regierung erstattet dem Grossen Rat spätestens in der übernächsten Session nach Einreichung schriftlichen Bericht und Antrag zum Auftrag.

[2] Die Regierung kann beantragen, einen Auftrag ganz oder teilweise zu überweisen, abzuändern, abzuschreiben oder abzulehnen.

[3] Der Text des Auftrages kann auf Antrag aus der Mitte des Rates oder der Regierung geändert werden.

[4] Die Unterzeichnenden können durch Mehrheitsbeschluss:

a) den Auftrag bis zum Abschluss der Beratungen im Rat zurückziehen;
b) eine Gegenüberstellung des ursprünglichen Textes des Auftrages und eines allfällig abgeänderten Textes in einer Abstimmung verlangen. Ein nachfolgender Rückzug des Auftrages ist diesfalls ausgeschlossen.

Für die Meinungsbildung der Unterzeichnenden kann die Behandlung im Rat unterbrochen werden.

Art. 68

Beratung

[1] Eine Diskussion findet nur statt, wenn ein Auftrag von der Regierung oder aus der Ratsmitte bekämpft oder Diskussion vom Rat beschlossen wird. Sinngemäss gelten diesfalls die allgemeinen Regeln über die Redezeit.

[2] Wenn ein sachlicher Zusammenhang mit einem hängigen Geschäft besteht, können beantwortete Aufträge gleichzeitig beraten werden.

[3] Ist ein Auftrag im Zeitpunkt der Beratung im Grossen Rat vollzogen, kann der Auftrag mit der Überweisung als erfüllt abgeschrieben werden.

[4] Am Schluss der Beratung beschliesst der Rat, ob der Vorstoss der Regierung zu überweisen oder abzulehnen ist.

Art. 69

Berichterstattung, Abschreibung und Erledigung

Die Regierung legt der Geschäftsprüfungskommission jeweils im Frühjahr eine Liste der ihr erteilten, jedoch noch nicht erledigten Aufträge vor. Im

Rahmen eines Berichtes über die Finanz- und Aufsichtsarbeit beantragt die Geschäftsprüfungskommission eine allfällige Abschreibung von Aufträgen. Beruht eine Vorlage der Regierung auf einem Auftrag, stellt die Regierung bereits in der Botschaft den Antrag auf Abschreibung.

C. Anfrage

Art. 70

Verfahren

[1] Die Regierung beantwortet die Anfragen spätestens in der übernächsten Session nach Einreichung schriftlich.

[2] Die Anfragerin oder der Anfrager kann sich von der Antwort befriedigt, teilweise oder nicht befriedigt erklären. Diese Erklärung kann in einer Stellungnahme von höchstens vier Minuten erläutert werden.

[3] Eine Diskussion findet nur statt, wenn sie vom Rat beschlossen wird. Sinngemäss gelten diesfalls die allgemeinen Regeln über die Beschränkung der Redezeit.

D. Fragestunde

Art. 71

Verfahren

[1] In jeder Session findet eine Fragestunde statt.

[2] Fragen an die Regierung sind spätestens eine Woche vor Sessionsbeginn dem Ratsskretariat schriftlich einzureichen. Dieses leitet sie an die Regierung weiter.

[3] Die Beantwortung durch die Regierung erfolgt in der gleichen Session mündlich. Einmaliges Nachfragen ist gestattet.

E. Antrag auf Direktbeschluss

Art. 72

Verfahren

[1] Der Rat befindet an einer nächsten Sitzung nach der Einreichung eines Antrages auf Direktbeschluss, ob dieser erheblich erklärt und ob eine Kommission mit der Vorberatung beauftragt werden soll.

[2] Wird eine Kommission beauftragt, legt der Rat eine Frist fest, innert der sie Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen hat.

[3] Die Anträge auf Direktbeschluss sind der Regierung zur Stellungnahme zu überweisen. Der Grosse Rat kann der Regierung für die Stellungnahme eine Frist setzen.

F. Parlamentarische Initiative

Art. 73

Einreichung und Überweisung

[1] Parlamentarische Initiativen werden schriftlich eingereicht.

[2] Sie sind mit einer Begründung zu versehen und werden sämtlichen Ratsmitgliedern nach der Einreichung zur Kenntnis gebracht.

[3] Die Präsidentenkonferenz weist nach Anhören der Regierung eine parlamentarische Initiative zurück, wenn:

a) sie sich auf einen Gegenstand bezieht, welcher schon als Ratsgeschäft hängig ist;
b) der Gegenstand von der Regierung als Vorlage vorbereitet und innerhalb eines halben Jahres dem Grossen Rat vorgelegt wird.

[4] Wenn die Rückweisung nicht akzeptiert wird, entscheidet der Grosse Rat endgültig.

[5] Die Standespräsidentin oder der Standespräsident stellt nach der Beratung durch Abstimmung fest, ob die parlamentarische Initiative von der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder vorläufig unterstützt wird. Trifft dies zu, wird die Initiative einer Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Art. 74

Vorberatung in Kommission

Die Kommission:

a) berät den eingereichten Entwurf. Sie kann Änderungen beantragen oder einen Gegenvorschlag entwerfen;
b) kann das zuständige Departement zur Mitwirkung bei der Vorbereitung beiziehen, doch bleibt die Regierung für ihre Stellungnahme frei;
c) unterbreitet das Ergebnis ihrer Beratungen der Regierung und allenfalls interessierten Kreisen zur Stellungnahme;
d) überweist das Geschäft spätestens zwei Jahre nach Einreichung mit Bericht und Antrag an den Grossen Rat.

Art. 75

Behandlung im Grossen Rat

Der Grosse Rat berät den Entwurf und die Anträge der Kommission wie eine Vorlage der Regierung.

2. WAHLEN

Art. 76

Wahlvorbereitung

[1] Die Präsidentenkonferenz nimmt die notwendigen Abklärungen zur Besetzung der Ämter gemäss Artikel 36 Ziffern 3 und 4 der Kantonsverfassung vor.

[2] Vorschläge müssen der Konferenz in der Regel bis zwei Monate vor der Wahl schriftlich eingereicht werden. Als Unterlagen sind ein Lebenslauf der kandidierenden Person sowie Angaben zu Ausbildung, Beruf und spezifischer Eignung für das zu besetzende Amt beizulegen.

[3] Die Präsidentenkonferenz ist verpflichtet, sich durch eigene Erhebungen, Befragungen und Beschaffung von Unterlagen ein Bild von den Anforderungen an das zu besetzende Amt sowie von der Person der Kandidierenden zu machen.

[4] Eine Sprecherin oder ein Sprecher der Konferenz erläutert vorgängig der Wahlen im Plenum das Ergebnis der Prüfung, ohne Wahlempfehlungen abzugeben.

Art. 77

Gültiges Mehr

[1] Die Wahl erfolgt nach dem Grundsatz des absoluten Mehrs.

[2] Wird im ersten Wahlgang das absolute Mehr von keiner kandidierenden Person oder von weniger Kandidierenden erreicht, als zu wählen sind, findet ein zweiter, freier Wahlgang statt. In diesem entscheidet das relative Mehr.

[3] Stehen die Stimmen ein, bestimmt die Standespräsidentin oder der Standespräsident die gewählte Person durch Ziehung des Loses.

Art. 78

Stimmabgabe

Die Abgeordneten haben die Wahlzettel selber auszufüllen und eigenhändig den Stimmenzählenden zu übergeben.

Art. 79

Mehrere Wahlen

[1] Werden gleichzeitig verschiedene Wahlen durchgeführt und sind nicht mehr Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen, als Sitze zu vergeben sind, so nimmt sie der Grosse Rat in einem Wahlakt vor.

[2] Die Wahlzettel werden für die gleichzeitig durchzuführenden Wahlen gemeinsam ausgeteilt und eingesammelt.

[3] Die Berechnung des absoluten Mehrs erfolgt für jede Wahl gesondert.

Art. 80

Anwendbares Recht

Fragen, die in der Geschäftsordnung des Grossen Rates nicht geregelt sind, beurteilen sich sinngemäss nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden.

Art. 81

Stimmenzählende und Mitteilung der Ergebnisse

[1] Die Präsidentenkonferenz setzt für die Ermittlung der Wahlergebnisse besondere Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler ein.

[2] Die Wahl beziehungsweise Wiederwahl ist den Gewählten, sofern sie nicht Mitglieder der Regierung oder des Grossen Rates sind, schriftlich mitzuteilen.

3. VEREIDIGUNG, AMTSGELÜBDE

Art. 82

Mitglieder der Regierung

[1] Die neu gewählten Mitglieder der Regierung werden von der Standespräsidentin oder vom Standespräsidenten vor versammeltem Rat vereidigt oder ins Amtsgelübde genommen.

[2] Der Inhalt des Eides lautet: „Sie, als gewählte Mitglieder der Regierung, schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“. Die Worte des Eides: „Ich schwöre es“.

[3] Der Inhalt des Gelübdes lautet: „Sie, als gewählte Mitglieder der Regierung, geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“. Die Worte des Gelübdes: „Ich gelobe es“.

Art. 83

Gerichtspräsidentinnen und -präsidenten

[1] Die Präsidentinnen oder Präsidenten des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgerichtes leisten vor dem Grossen Rat den vorgeschriebenen Eid oder das vorgeschriebene Gelübde.

Art. 84

Ausnahmen

Falls eines der Behördenmitglieder, die vor dem Grossen Rat ihren Eid oder ihr Gelübde abzulegen haben, nicht eintreffen kann, so wird es die Standespräsidentin oder der Standespräsident vor dieser Behörde beim Amtsantritt vereidigen oder ins Gelübde nehmen.

V. Schlussbestimmungen

Art. 85

Aufhebung bisherigen Rechts

Mit dem In-Kraft-Treten dieser Geschäftsordnung werden nachfolgende Erlasse aufgehoben:

1. Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 29. Mai 1956;
2. Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates vom 31. Mai 1972;
3. Reglement für die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates vom 26. September 1994;
4. Reglement für die Justizkommission des Grossen Rates vom 5. Oktober 1998.

Art. 86

In-Kraft-Treten

Diese Geschäftsordnung tritt zusammen mit dem Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz) in Kraft.

Obligatorisches Finanzreferendum betreffend Gewährung eines Kredites für den Bau der Porta Alpina Sedrun

Vom Grossen Rat beschlossen am 8. Dezember 2005

1. Auf die Vorlage wird eingetreten.

2. Für den Bau der Porta Alpina Sedrun wird ein Verpflichtungskredit von netto 20 Millionen Franken (Preisstand 2003) bewilligt;

3. Die nötigen Jahreskredite nach Projektierungs- und Baufortschritt sowie nach Finanzbedarf werden bereit gestellt;

4. Das Postulat Placi Berther (GRP 2001/2002; 137) betreffend die Projektidee für eine unterirdische Tunnelstation AlpTransit Sedrun wird zufolge Erfüllung abgeschrieben;

5. Der Beschluss betreffend den kantonalen Anteil von 20 Millionen Franken gilt nur unter der Voraussetzung, dass sich der Bund und die Region Surselva oder allenfalls Dritte im verbleibenden Umfang an der Finanzierung des Vorhabens beteiligen.

6. Der Verpflichtungskredit ist befristet, längstens auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels.

7. Ziffer 2 dieses Beschlusses unterliegt gestützt auf Artikel 16 Ziffer 4 der Kantonsverfassung dem obligatorische Referendum.

Wortlautprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Montag, 5. Dezember 2005
Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 118 Mitglieder
	entschuldigt: Casanova (Chur), Ratti
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache

Standespräsident Geisseler: Überall herrscht gegenwärtig geschäftiges Treiben. Hektische, rasante und laute Zeiten sind angebrochen. Weihnachten steht vor der Türe. Im Geschäft erledige ich jetzt die Abrechnungen und habe das laufende Geschäftsjahr abzuschliessen, den Jahresabschluss vorzubereiten sowie das Budget für das kommende Jahr zu erstellen. Viel Hektik begleitet die besinnliche Weihnachtszeit. Aber auch zu Hause muss einiges geregelt werden. Laufende Ausgaben müssen geplant und nicht zuletzt auch Weihnachtsgeschenke für unsere Buben, Mutter und Schwiegermutter sowie Gotte- und Göttikinder besorgt werden. Viel Hektik hält meine Frau und mich auf Trab in dieser besinnlichen Weihnachtszeit.
Der Grosse Rat behandelt in dieser Session mit Schwergewicht das Budget, wo Löhne, Sachauslagen und Investitionen für das Jahr 2006 gesprochen werden. Mit den Nachtragskrediten werden noch finanzielle Verpflichtungen geregelt. Beim Sachgeschäft „Gewährung eines Kantonsbeitrages für den Bau der Porta Alpina“ handelt es sich ebenfalls um eine Finanzvorlage. Bei der Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung geht es stichwortartig um Förderungsbeiträge, Besitzstandgarantien, Ausgleichsbeiträge und um die Schaffung von Anreizsystemen. Es ist weder gesteuert noch zufällig, dass der Grosse Rat sich so kurz vor Weihnachten vor allem mit Geld, Geldbeschaffung und Geldverteilung befasst. In allen Lebensbereichen beschäftige ich mich also in der Vorweihnachtszeit mit Geld. Geld, das man hat, das man nicht hat und Geld, das vielleicht einem auch fehlt. Dafür wäre, nein, ist die Vorweihnachtszeit und insbesondere Weihnachten das Fest der Geburt Jesu, das Fest des Friedens und der Freude. Ein chinesisches Sprichwort weist uns darauf hin: „Mit Geld kannst du ein Haus kaufen, aber kein Zuhause. Mit Geld kannst du ein Bett kaufen, aber keinen Schlaf. Mit Geld kannst du eine Position kaufen, aber keinen Respekt. Mit Geld kannst du eine Uhr kaufen, aber keine Zeit. Mit Geld kannst du einen Arzt kaufen, aber keine Gesundheit.“
Und so frage ich mich auch dieses Jahr wieder: Mache ich die rechten Gewichtungen in meinem Leben? Verliere ich das Augenmass für das Wesentliche? Wird das Sein immer mehr vom Haben verdrängt? Dazu möchte ich eine kleine Geschichte erzählen. Am 26. Dezember des letzten Jahres richtete ein beinahe apokalyptischer Tsunami im Fernen Osten mit einer unerhörten zerstörerischen Wucht verheerende Schäden an. Hunderttausende von Menschen wurden getötet, verloren ihre Liebsten und das Dach über dem Kopf. Anlässlich einer landesweiten Sammelaktion am 5. Januar dieses Jahres zeigte auch das Schweizer Volk eine überaus grosse Solidarität und spendete beachtliche Geldbeträge für die Geschädigten. Den ganzen Tag über berichteten Radio und Fernsehen sehr aktuell, eindrücklich und mit vielen Informationen und Berichterstattungen aus dem Schadengebiet die unter die Haut gingen und nachdenklich stimmten. Ein Tag später, 6. Januar 2005, Dreikönigstag. Ich bin mit meinem Auto unterwegs und höre Radio. Ein nationaler Sender. Und was muss ich da hören. Es wird diskutiert und debattiert wer schuld sei, wenn jemand beim Verschlingen eines Dreikönigkuchens dummerweise in den König beisst und infolge dessen eine Zahnplombe verliert. Wer ist schuld? Der, in den duftenden Kuchen Beissende, der davon ausgehen muss, dass irgendwo im Dreikönigskuchen ein König versteckt ist oder ist es der Bäcker, der uns mit seinem Versteckspiel hinters Licht führen will oder vielleicht der Zahnarzt, der dazumal die Plombe zu wenig sorgfältig eingebaut hat? Wer ist haftpflichtig und wer bezahlt den Schaden? Meine Damen und Herren. Die Lösung des überaus spektakulären und überlebenswichtigen Problems habe ich am Radio nicht mehr mitbekommen. Nach dem absurd abrupten Wechsel von den Tsunami-Berichterstattungen und unseren grossen Problemen im Westen war ich geschockt und wütend und habe das Radio abgestellt. Diese Geschichte hat mich aber sehr nachdenklich gestimmt und einmal mehr drängte sich in mir der Gedanke auf, uns geht es sehr sehr schlecht, aber auf einem sehr sehr hohen Niveau.
Auch dieses Jahr werde ich an den ruhigen und nachdenklichen Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr die Zeit nutzen einen Moment innezuhalten und bei meinem Leben verweilen. Möglicherweise komme ich zur Einsicht, dass es mir und meinem Umfeld eigentlich recht gut geht, dass meine Probleme doch noch lösbar sind, die Hektik nach Zeit und Geld nicht gottgemacht, sondern schlicht und einfach hausgemacht sind und darum auch zu ändern und zu verändern wären. Denn, wie hat Hermann Hesse einmal gesagt: „Wir verlangen, das Leben müsse einen Sinn haben. Aber es hat nur ganz genau soviel Sinn, als wir selber ihm zu geben im Stande sind.“ Die Weihnachtszeit kann diesbezüglich neue Anstösse geben und möglicherweise auch Ihnen, sehr

verehrte Damen und Herren. Dabei wünsche ich uns allen viel Erfolg. Herzlichen Dank.

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreter und Stellvertreterinnen

Wir kommen zum nächsten Traktandum. Es geht um die Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreter. Ich bitte jene in dieser Legislatur noch nicht vereidigten Stellvertreterinnen und Stellvertreter nach vorne zu kommen. Sie, meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten aufzustehen und ebenfalls die anwesenden Personen auf der Tribüne. Der Inhalt des Eides lautet: „Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen." Ich bitte Sie die Schwurfinger zu erheben und mir nachzusprechen. Die Worte des Eides sind: „Ich schwöre es."

Ratsmitglieder: Ich schwöre es.

Jahresprogramm 2006

Eintreten

Antrag Strategiekommission
Eintreten

Loepfe; Kommissionspräsident: Es freut mich, den Reigen der Sachgeschäfte eröffnen zu dürfen. Die Regierung legt Ihnen das Jahresprogramm im Budget 2006 ab Seite A13 vor. Die Regierung gibt darin Auskunft, in welchen Entwicklungsschwerpunkten sie im kommenden Jahr mit welchen Aktivitäten tätig werden will. Die Strategiekommission hat am 8. November, im Beisein der Regierungspräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und Kanzleidirektor Claudio Riesen sowie Stabsmitarbeiter Curdin König, das Jahresprogramm vorberaten. Das Resultat dieser Beratung liegt Ihnen im grauen Protokoll vor. Das Jahresprogramm 2006 gibt über die Umsetzung des Regierungsprogramms im kommenden Jahr Auskunft. Die Strategiekommission konnte dabei feststellen, dass bis auf den Entwicklungsschwerpunkt zwei alle Planungspunkte eine Umsetzungsetappe im kommenden Jahr vorgesehen haben. Dieser Entwicklungsschwerpunkt behandelt den Zugriff auf verwaltungsinternes Wissen und elektronische Kommunikationsplattformen. Er hat sich teilweise als obsolet erwiesen, teilweise wird die Umsetzung auf später verschoben. Die Strategiekommission unterstützt die Regierung in dieser Entscheidung.
Seitens der SP-Fraktion wird gemäss Medienmitteilung der Vorwurf eingebracht, dass für die Umsetzung des Jahresprogramms nicht die notwendigen Mittel im Budget 2006 eingestellt würden. Die Strategiekommission hat die Übereinstimmung von Zielen und bereitgestellten Mitteln tatsächlich nicht geprüft. Dies zum einen, weil der Kommission, die dafür notwendige und in Aussicht gestellte Projektbuchhaltung noch nicht zur Verfügung stand. Dies ist auch der Grund, weshalb die Kommission noch nicht dem vertieften Beratungsvorgehen folgen konnte, welches sie anlässlich der Beratung des letztjährigen Jahresprogramms in Aussicht gestellt hatte. Die Projektbuchhaltung ist jedoch in der Entstehung begriffen, wie sich die Kommission anlässlich einer Demonstration überzeugen konnte. Die Kommission geht davon aus, dass im nächsten Jahr eine solche Prüfung möglich sein wird. Einer der wesentlichen Punkte, auf welche die Strategiekommission in der Vorberatung ihre Aufmerksamkeit legte, waren die verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen, welche sich auch in der aktualisierten Finanzplanung niederschlagen. Die Kommission hatte dabei die ursprüngliche Finanzplanung im Auge, welche der Grosse Rat bei der Beratung des Regierungsprogramms und des Finanzplans in der Junisession 2004 zur Kenntnis genommen hatte. Die inzwischen veränderten Rahmenbedingungen ergeben sich unter anderem aus dem Kantonsanteil des Golderlöses der Nationalbank und der Rückzahlung eines Teils des Dotationskapitals der GKB samt dem zugehörigen Agio. Beide ausserordentlichen Erträge haben unseren Rat bereits mehrmals beschäftigt. Die Regierung hat dabei bekräftigt, dass sie die Einnahmen aus dem Nationalbankgold für die Schuldentilgung und die Einnahmen aus dem Agio des zurückzuzahlenden GKB-Dotationskapitals für innovative Projekte einsetzen will. Ich verweise dazu auf die Seiten A29 bis A36 der Budgetbotschaft. Die Strategiekommission unterstützt die Regierung in dieser Absicht. Insbesondere schenkt die Kommission nun der Planung Aufmerksamkeit, welche Projekte wann mit welchen finanziellen Beiträgen zu fördern seien. Die Regierungspräsidentin hat anlässlich der Vorberatung die Absicht Kund getan, im kommenden Jahr eine solche Projektliste zu erstellen. Die Kommission begrüsst dies insbesondere auch, um kommenden partikulären Begehrlichkeiten zuvorzukommen und um den strategischen Fokus solcher Investitionen zu sichern.
Die Kommission kommt daher zum Schluss, dass diese Aktivität von erheblicher strategischer Bedeutung sei und einer Erwähnung im Jahresprogramm 2006 bedürfte. In diesem Licht ist der Antrag zur Abgabe einer Erklärung zum Bereich Entwicklung zu sehen. Die Kommission möchte nun, dass dabei Nägel mit Köpfen gemacht werden und die Regierung bereits im Budget 2007 entsprechende Vorschläge einbringt. Die Regierungspräsidentin hat in der Vorberatung Einverständnis mit dieser Erklärung des Rates signalisiert. Ich bitte Sie daher, den Antrag der Strategiekommission zu unterstützen.
Erlauben Sie mir bitte, bereits im Eintretensvotum kurz über die Beratung der Entwicklungsschwerpunkte zu berichten. Dies gestattet es der Kommission bei der Detailberatung sich entsprechend kurz zu halten. Dabei sehe ich mich allerdings gezwungen, auf den Entwicklungsschwerpunkt 9/14 hinzuweisen und auf die jüngsten Ereignisse rund um die HTW Chur einzugehen. Diese Ereignisse traten allerdings erst nach der Vorberatung in Erscheinung, so dass die Strategiekommission diese nicht behandeln konnte. Wie Sie sicher alle den Medien entnehmen konnten, beabsichtigt der Kanton St. Gallen die drei eigenen Teilschulen der Fachhochschule Ostschweiz unter eine einheitliche Führung zu stellen. Die HTW Chur als vierte Teilschule soll vom Fachhochschulverbund ausgesondert werden, da der Kanton Graubünden sich widersetze, die HTW der Führung St. Gallens zu unterstellen. Gleichzeitig soll gemäss einem Gutachten das Neutechnikum Buchs zu einem reinen Technologietransferzentrum degradiert werden. Ich bin der Auffassung, dass es für die Wirtschaft des Bündner und St. Galler Rheintales von äusserster Wichtigkeit ist, Lehre und Forschung in Technik und Wirtschaft zu betreiben. Andernfalls wird diese Wirtschaftsregion langfristig einen nachhaltigen Schaden erleiden. Unsere Regierung wird deshalb im Jahre 2006, mehr als ursprünglich geplant, gefordert sein, den Studien- und For-

schungsstandort Graubünden zu sichern. Entwicklungsschwerpunkt 9/14 enthält bereits dieses Ziel. Weshalb eine Zusatzerklärung des Grossen Rates nicht notwendig sein sollte. Der Vizepräsident der Kommission Grossrat Heinz Dudli wird bei der Detailberatung dazu noch weitere Ausführungen machen.
Beim Entwicklungsschwerpunkt 15/16 ist auf die strategische Wichtigkeit der Porta Alpina für den ganzen Kanton hinzuweisen. Zurzeit behandelt der Nationalrat als Zweitrat die Vorfinanzierung des Projekts. Der Ständerat hat sich Dank intensiver Arbeit der Regierung, der Bündner Bundesparlamentarier und vielen Supportern für eine Unterstützung ausgesprochen. Wir werden im Rahmen dieser Session über den Kredit des Kantons zugunsten der Porta Alpina entscheiden. Der weiteren und vertieften Behandlung dieses Geschäfts soll an dieser Stelle und ebenso bei der Beratung des Jahresprogramms nicht vorgegriffen werden.
Die Strategiekommission beantragt dem Grossen Rat die Abgabe einer kurzen Erklärung zur Förderung des Energieholzes im Rahmen des Entwicklungsschwerpunkts 17/17. Die Kommission ist der Auffassung, dass es sich anbietet, die Energieholznutzung besser bekannt zu machen, jetzt wo die Aufmerksamkeit für alternative Energieträger wieder zunimmt. Die Kommission ist der Ansicht, dass diese wertvolle und nachhaltig nutzbare Naturressource unserer Wälder zu wenig genutzt wird und durch eine bessere Profilierung mehr Nachfrage erzeugt werden könnte. Die Strategiekommission möchte nun mittels der beantragten Erklärung die Regierung dazu anhalten, mehr für die Förderung des Energieholzes zu unternehmen. Frau Regierungspräsidentin hat uns anlässlich der Beratung zu erkennen gegeben, dass diese Erklärung auf der Linie der Regierung liegt. Kommissionsmitglied Feltscher wird bei der Detailberatung dazu noch nähere Ausführungen machen. Ich bitte Sie schon jetzt, diesem Antrag der Kommission zu folgen.
Zu Entwicklungsschwerpunkt 21/13 Chancen im Tourismus hatte der Grosse Rat in der letztjährigen Dezembersession in einer Erklärung die Regierung aufgefordert, eine Analyse der Tourismusstrukturen vorzunehmen und Projekte zur Erneuerung und Effizienzsteigerung der Tourismusstrukturen zu unterstützen. Die Strategiekommission möchte an dieser Stelle der Regierung und insbesondere Regierungsrat Trachsel ein Lob für die Umsetzung dieser Erklärung aussprechen. Es sind vielfache Aktivitäten eingeleitet worden und der Druck Resultate zu erzielen ist merklich gestiegen. Die Auflösung von Freizeit Graubünden darf dabei nicht als Rückschlag betrachtet werden, sondern als ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zu Besserem. Noch ist aber ein weiter Weg zu gehen, weshalb die Strategiekommission davon ausgeht, dass diese letztjährige Erklärung auch im Jahresprogramm 2006 ihre Gültigkeit behält. Mit Einschluss der beantragten Erklärungen unterstützt deshalb die Strategiekommission die von der Regierung in ihrem Jahresprogramm formulierten Zielsetzungen und Aktivitäten. Sie beantragt, vom Jahresprogramm 2006 der Regierung Kenntnis zu nehmen und die beantragten Erklärungen zu überweisen.

Caviezel (Chur): Ich spreche zum Jahresprogramm 2006. Die SP-Fraktion hat das Jahresprogramm 2006 mit grossem Interesse gelesen. Anstatt es aber einfach zur Kenntnis zu nehmen, möchten wir doch kurz auf ein paar Ungereimtheiten aufmerksam machen. Verschiedene zukünftige Entwicklungen bei Gesellschaft und Kultur, Staat und Politik, Wirtschaft und Umwelt werden hier skizziert. Dass der Staat sich zu den oben erwähnten Punkten Gedanken macht, finden wir grundsätzlich gut. So steht z. B. beim Thema Wirtschaft, dass die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes im Wesentlichen von dessen Standortattraktivität abhängt. Dem können wir zustimmen. Es wird auch aufgezählt, wie eine solche Attraktivität aussehen soll. Über die Steuerbelastung zur Steigerung der Standortattraktivität wurde in der Oktobersession ausgiebig debattiert.
Aus ganz anderer Optik möchte ich hier nur kurz eingehen. Wir lesen im Jahresprogramm, dass energetische Gebäudesanierungen gefördert werden sollen. Damit soll die Anzahl der Gebäudesanierungen gesteigert werden. Die Idee finde ich sehr gut. Aber dafür müsste man eben etwas tun. Andere Kantone haben in ihren Steuergesetzen solche Anreize geschaffen. Das, meine Damen und Herren, hört sich dann etwa so an, ich zitiere: „Abgezogen werden dürfen Aufwendungen für Massnahmen, die zur rationelleren Energieverwendung und zur Nutzung erneuerbarer Energien beitragen oder die der Erfüllung gesetzlicher oder behördlich veranlasster Umwelt- oder Denkmalschutzvorschriften dienen, abzüglich allfälliger Subventionen“. Dies ist aus dem Steuergesetz des Kantons Basel-Stadt. Aber neben der Steuerbelastung wird als Kernaufgabe die Forschungs- und Bildungspolitik genannt.
Bei der Durchsicht der Entwicklungsschwerpunkte und Massnahmen können Sie an verschiedenen Stellen immer wieder den Hinweis auf die Bedeutung der Bildung und Weiterbildung finden. Zum Thema Bildung möchte ich Sie aber fragen, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, finden Sie einen Kanton attraktiv, welcher in den letzten Jahren den Numerus Clausus an der Mittelschule eingeführt hat, die Aufhebung des Programms der Klassenführung für Hochbegabte beschlossen hat, die Informatikmittelschule aufgehoben hat, im tertiären Bereich die Beiträge an die Erwachsenenbildung beschlossen hat, die Lehrerfortbildung auf ein Minimum reduziert hat, eine Oberstufe hat, welche bei den Sprachen mit der Deutschschweiz nicht kompatibel ist? Mit solchen Massnahmen sendet der Kanton in die übrige Schweiz einfach falsche Signale aus. Diese Massnahmen haben zur Attraktivitätssteigerung gar nichts beigetragen. Im Gegenteil. Will man in Zukunft mit der Revision des Steuergesetzes interessante Unternehmungen nach Graubünden holen, müssen die Rahmenbedingungen auch für das Personal stimmen. Um überhaupt vom Unterland den Schritt nach Graubünden zu wagen, wird sich jeder Angestellte fragen, was erwartet mich und meine Familie dort? Nur mit schöner wohnen ist es nicht getan. Bildung und eine gute Gesundheitsvorsorge stehen an erster Stelle. Hier darf einfach nicht gespart werden. Sonst sind wir weiterhin nicht attraktiv.
Die Steuerbelastung ist für Unternehmungen unter anderem von Bedeutung. Für Zuzüger ist sie jedoch marginal. Das Jahresprogramm 2006 fordert zudem weiterhin, dass die Sanierung des Kantonshaushalts konsequent umgesetzt wird. Das gleiche liest man im aktualisierten Finanzplan 2007 – 2010 vom FMD, 13.9.2005. Dort heisst es, ich zitiere: „Um eine nachhaltige Wirkung sicherzustellen, dürfen diese Massnahmen im Laufe der kommenden Jahre auch bei vorübergehend verbesserten Haushaltsperspektiven nicht aufgeweicht werden.“ Wir denken, dass das Jahresprogramm 2006 interessante Vorschläge hat, würden sie auch so umgesetzt. Bisher betreiben wir aber Aufbau durch Abbau. Unserer Ansicht nach enthält er – wie oben ausgeführt – grosse Widersprüche. Deshalb sollten wir als Rat den Mut aufbringen und sämtliche damals getroffene Sparmassnahmen auf ihre volkswirtschaftlichen Ausführungen überprüfen.

Jenny: Zum Entwicklungsschwerpunkt 17/17 eine generelle Bemerkung zu Holz, also nicht nur im Zusammenhang mit der Energieeffizienz. Unabhängig vom geplanten Bau eines Grosssägereiwerkes in Domat Ems ist Holz als nachhaltiger Rohstoff, so wie es die Strategiekommission ergänzend festhält, unbedingt zu fördern. Nachdem Holz als Baustoff in den letzten Jahrzehnten sehr stiefmütterlich behandelt worden ist, sind in jüngster Zeit kantonal immerhin zahlreiche positive Holzbauten entstanden, welche nicht nur optische Akzente setzen sondern auch punkto Wirtschaftlichkeit zu genügen vermögen und zwar sowohl seitens privater Bauherren wie auch der öffentlichen Hand. Die Regierung signalisierte im Juni 2004 beim überwiesenen Auftrag Thomann oder auf meine Anfrage im Februar 2004, dass man bei eigenen Hochbauten die Verwendung des Baustoffes Holz nach Möglichkeit fördern werde. Diesbezüglich muss alles daran gesetzt werden, dass künftig im Tourismuskanton Graubünden noch mehr Holzbauten unsere Landschaft prägen.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Ich beginne mit der Beantwortung der Fragen und meine Kollegen werden mich ergänzen dort wo es ihre Bereiche betrifft. Zuerst zu den Vorschlägen oder Beanstandungen von Grossrätin Caviezel. Sie hat darauf hingewiesen, dass die Standortattraktivität eines Kantons von verschiedenen Faktoren abhängt. Da stimme ich ihr selbstverständlich zu. Dass die Steuerbelastung nur ein Punkt ist, ist auch richtig. Dann führen Sie an, dass die Förderung energetischer Gebäudesanierungen postuliert werde, aber hiefür keine oder zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt würden beziehungsweise nicht die richtige Vorgehensweise gewählt werde und sie verweisen auf das Beispiel von Basel Stadt, wo man Abzüge für energetische Massnahmen machen kann. Wir haben uns in Graubünden, wie in der Mehrzahl der Kantone der Schweiz, ganz bewusst für Förderung und nicht für Anreize über Steuern entschieden. Es gibt verschiedene Untersuchungen, die belegen, dass dies entschieden wirksamer ist. Ich denke, der Weg, den wir beschritten haben, der führt letztendlich zum Ziel. Personen, die solche Gebäudesanierungen vornehmen, können das beim BVFD melden, worauf sie die bewilligten Kredite dafür erhalten. Regierungsrat Engler wird das vielleicht noch ergänzen.
Zur Bildung. Vielleicht nicht vollständig, aber im Wesentlichen, machen wir das, was Sie uns auftragen. Auch im Bereich Bildung. Alle diese Projekte und Beschlüsse, die aufliegen und über die Kollege Lardi morgen noch informieren wird, sind Ausfluss von Aufträgen, die aus Ihrem Rate stammen. Aus meiner Optik stimmt die Gleichung mehr Geld gleich bessere Ausbildung in dieser Form nicht. Ich denke, da stimmen Sie mir zu. Es ist eine Frage, wie wirksam die Mittel eingesetzt werden und wie wirksam die Massnahmen sind, aber dazu wird Kollege Lardi etwas sagen. Sie haben ganz pointiert gesagt, wir würden Aufbau durch Abbau machen. Ich meine, wir machen Aufbau im Rahmen des Möglichen, des Vernünftigen, des Vertretbaren. Wir haben uns bemüht, und haben auch Erfolg gehabt, den Staatshaushalt in den Griff zu bekommen. Dies ist wichtig, um gerade auch wieder in der Lage zu sein, zukunftsgerichtete Projekte zu realisieren. Darüber werden wir in diesem Rat auch noch sprechen.

Regierungsrat Lardi: Ich bin von der Regierungspräsidentin aufgefordert worden Stellung zu nehmen und ihre Wünsche sind mir Befehl. Selbstverständlich haben wir auch im Bereich Bildung punktuelle Kürzungen vorgenommen. Ich erinnere aber daran, dass wir gezielt Kürzungen vorgenommen haben, weil man einfach nicht sagen kann, das wird gar nicht berührt. Im Bereiche Berufsbildung, wo immerhin 75 Prozent unserer Jugendlichen betroffen sind, haben wir null und nichts gekürzt. Das sind strategische Entscheide gewesen, die Ihr Rat gefällt hat. Wir stehen dazu, wir stehen auch dazu, dass man nicht wollte, dass Sie nicht wollten und die Regierung nicht wollte, der zukünftigen Generation Schulden zu hinterlassen und, ich glaube, auch für Firmen sind Haushalte mit geregelten finanziellen Verhältnissen sicherlich von Vorteil. Es gibt Kantone, in denen man Milliarden abbauen muss, die wird irgendjemand abbauen müssen und das wird man sicher auch berücksichtigen beim Entscheid, wo man sich niederlassen will. Im Übrigen erinnere ich an die Worte unseres Standespräsidenten. Es geht uns sicherlich schlecht, aber auf einem relativ hohen Niveau und das sage ich mit Nachdruck auch bezogen auf den Bildungsbereich.

Regierungsrat Engler: Es ist zweifellos richtig, dass eine nachhaltige Energiepolitik zwei Stossrichtungen verfolgt. Die eine ist die Energieeffizienz, hier geht es um Energie sparen und bei der zweiten Richtung geht es um die Substituierung fossiler Energieträger. Nun ist es, wie die Regierungspräsidentin bereits gesagt hat, dass in unserem Kanton Energieeffizienz mit einem Fördermodell unterstützt wird. Wenn Sie im Budget auf Seite 75 der Investitionsrechnung nachlesen, sehen Sie, dass immerhin 1,4 Millionen Franken in unserem Kanton für die Energieeffizienz aufgewendet wird. Und zwar so, dass dort, wo mehr Wirkung erzielt wird, auch entsprechend höhere Beiträge ausgerichtet werden können. Die zweite Stossrichtung betrifft die Substituierung fossiler Energieträger. Holzenergie ist ein Element einer solchen Strategie. Es gibt noch weitere, wenn ich an die Wasserkraft andere Heizsysteme denke, die dazu dienen, von den fossilen Energieträgern weg zu kommen. Die Strategiekommission hat eine Erklärung vorbereitet, die auf der Linie der Regierung liegt.
Bauen mit Holz, auch das ist ein Anliegen, das die Regierung unterstützen kann. Zwischen dem Hochbauamt und der Dachvereinigung Graubünden Holz besteht eine Abmachung, wonach die Bauweisen jeweils mindestes in Varianten einander gegenübergestellt werden und dort, wo die Wirtschaftlichkeit stimmt, die Holzbauweise beim öffentlichen Bau wenn immer möglich bevorzugt wird. Allerdings spielen da immer auch städtebauliche und andere Voraussetzungen eine Rolle.

Standespräsident Geisseler: Das Wort zum Eintreten ist immer noch offen, wird es gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann stelle ich fest, dass Eintreten nicht bestritten ist und der Grosserat auf das Jahresprogramm 2006 eingetreten ist.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Entwicklungen

Antrag Strategiekommission auf Abgabe folgender Erklärung:
Der Grosse Rat nimmt von den verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen Kenntnis. Er unterstützt die Regierung

in der Absicht, Schulden abzubauen und innovative und nachhaltig wirkende Projekte zu fördern.
Der Grosse Rat geht davon aus, dass die Regierung bereits im Jahre 2006 entsprechende Projektvorschläge ausarbeitet und zuhanden des Budgets 2007 einbringt.

Angenommen

0: Verwaltung – Reformen – Aussenbeziehungen
Entwicklungsschwerpunkt 1/03: Gesamtkoordination von politisch-strategischen Schlüsselprojekten und Risiko-Management im politischen Bereich.

Tscholl: Wir haben vorhin zweimal die Aussage gehört, es geht uns schlecht auf hohem Niveau. Ich meine, uns geht es gut im Vergleich zum Umfeld Ausland. Ein Punkt ist da bei der Gesamtkoordination aufgeführt, Entwicklung von Massnahmen zur Schadensbehebung und Minimierung im Falle einer politischen Krise, Bewältigung. Ich kann mir nicht vorstellen, was für Krisen da gemeint sein sollen, dass man da schon Strategien entwickeln muss. Kann die Regierung erläutern?

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Mit einem Regierungsbeschluss haben wir die Standeskanzlei beauftragt, konstant ein Umfeldmonitoring durchzuführen, um damit frühzeitig zu erkennen, was für Trends, was für Entwicklungen im politischen Bereich um uns herum laufen, um diese auf die politische Relevanz zu prüfen. Also konkret: Was läuft ab auf der Ebene Fachdirektoren, was läuft ab in der Konferenz der Kantonsregierungen über die ARGE-Alp hinaus, dann mit Bezug auf Reformen, die bereits angestossen worden sind und auf unseren Kanton allfällig auch Einfluss haben. Das ist das Umfeldmonitoring, das über die Grenze, über die Kantonsgrenze hinaus geht. Wir möchten aber auch immer wieder frühzeitig feststellen, wo allenfalls politische „Probleme“ in unserem Kanton zu bewältigen sind und frühzeitig reagieren können, das heisst den Handlungsbedarf feststellen und in der Regierung die notwendigen Massnahmen beschliessen können, wie eine Situation zu bewältigen ist. Ich nenne Ihnen ein relativ harmloses Beispiel. Beim grossen Thema Grossratswahlen aufgrund des Bündner Modells, bzw. im Rahmen der Kantonsverfassung, Variantenabstimmung, haben wir ein mittleres Problem gehabt, Sie mögen sich daran erinnern. Wir haben die ganze Geschichte nicht nur einmal ausgezählt. Es gab politisch einigen Wirbel darum. Es war auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, wie man hier vorgehen sollte, eine Frage, welche über die Kantonsgrenzen hinaus diskutiert wurde. Solche Beispiele gibt es einige und die kann man verhindern, wenn man sich frühzeitig damit auseinandersetzt und Massnahmen ergreift. Konkret haben wir diesbezüglich bereits eine Massnahme beschlossen. Wir haben neu eine Bestimmung, dass wenn die Differenz zwischen Nein- und Ja-Stimmen weniger als 0,3 Prozent der gültigen und abgegebenen Stimmen ausmacht, nachgezählt werden muss. Die Befürworter des Bündner Modells waren damals der Auffassung, ich gehörte auch zu ihnen, eine Mehrheit von 18 Stimmen sei eine Mehrheit, aber auf ungefähr 40'000 oder 50'000 Stimmende ist das eine relativ schwache Mehrheit. Also wir haben hier die Kriterien festgelegt. Es geht um solche Fälle, wo man sieht, dass es allenfalls zu schwierigen Abstimmungen, auch zu schwierigen Resultaten kommen kann, oder wo Konsequenzen nicht ganz überblickbar sind. Beispielsweise auch um die Frage, wie geht man weiter, wenn man eine Vorlage zweimal dem Volk vorlegen müsste und sie zweimal abgelehnt würde. Innerkantonal geht es um solche Beispiele. Wir möchten früh reagieren können.

Lemm: Ich spreche zu Seite A15 und zwar zum Entwicklungsschwerpunkt 3/05: Moderne Verwaltung, Vorbildfunktion, Gleichstellung. Als ich diesen Absatz gelesen habe, habe ich eigentlich mit Freude festgestellt, dass die Regierung sich bereit erklärt, zu Handen des Grossen Rates den Schlussbericht über GRiforma zu verfassen. In diesem Punkt wird auch erwähnt, dass die Regierung die detaillierte Ausgestaltung der Führungsinstrumente im Hinblick auf eine flächendeckende Einführung von GRiforma ausarbeiten will. Ich muss Ihnen aber sagen, meine Freude, die hat sich dann in Grenzen gehalten, insbesondere seit der letzten Fraktionssitzung, als ich hören musste, dass dieses Projekt eigentlich nicht mehr in dieser Legislaturperiode ausgearbeitet wird und nicht diesem Grossen Rat vorgelegt wird. Es soll nämlich erst im nächsten August behandelt werden. Ich habe mir dann die Mühe genommen, nochmals das Protokoll der Augustsession 2003 zu lesen. Damals hat die Regierung uns die Botschaft über den weiteren Verlauf von GRiforma vorgelegt und wir haben in einer ausgiebigen und langen Diskussion uns über GRiforma unterhalten. Sie können sich erinnern. Die Kommission hat damals einen Antrag gestellt, eine zurückhaltende Weiterführung von GRiforma zu beschliessen. Der Rat ist diesem Antrag nicht gefolgt, hat auch meinen Antrag die Übung abzubrechen abgelehnt und ist dem Antrag von Grossrat Tremp gefolgt und beschlossen die Übung weiterzuführen und dann eben diesen Schlussbericht zu erstellen. Und nochmals, wenn ich hier im Protokoll auf Seite 327 lese, was der damalige Kommissionspräsident Grossrat Schmid, Vals, ausgeführt hat. Er hat nämlich genau zu diesem Punkt Stellung genommen und gesagt, ich zitiere aus dem Protokoll: „Wir betrachten es als politisch fair, wenn noch in dieser Legislaturperiode darüber befunden wird. Es muss sein, denn eine weitere Aufschiebung würde dem Projekt GRiforma noch mehr Schwung nehmen.“ Und ich meine, wenn diese Vorlage erst im August vorgelegt wird, dann nimmt es dem Projekt wirklich noch mehr Schwung. Denn im August des nächsten Jahres werden cirka ein Drittel, mindestens ein Viertel der Grossräte, die heute hier Einsitz nehmen nicht mehr da sein und es sind dann diese Grossrätinnen und Grossräte, die sich noch bestens an diese Debatte erinnern können, sind auch viele dabei, die sich erinnern können an die Zeit als GRiforma eingeführt worden ist oder sie können sich auch noch an die interessante zweitätige Informationsveranstaltung im Oktober 2000 erinnern, als damals Herr Alt-Regierungsrat Buschor aus Zürich referiert hat über dieses Projekt. All dieses Wissen ist dann nicht mehr vorhanden und genau auf diesen Punkt hat damals Grossrat Tremp hingewiesen, wenn er im Protokoll auf Seite 345 gesagt hat, es ist davon auszugehen, dass etwa ein Viertel oder ein Drittel des Parlamentes wiederum neu besetzt ist und diese Mitglieder sich wiederum neu mit dem Projekt GRiforma auseinandersetzen müssen.
Es ist deshalb auch unsere Pflicht, diese Zeit optimal zu nutzen im Sinne der Wissensvermittlung innerhalb der Fraktionen, diese Vermittlung vermisse ich übrigens, vielleicht haben sich andere Fraktionen mit dem Thema beschäftigt. Ich stelle einfach fest, dass der Schwung in Sachen GRiforma fehlt und ich bedauere es ausserordentlich, dass dieser Schlussbericht nicht in dieser Legislaturperiode dem Gros-

senrat vorgelegt wird. Ich bedauere auch, dass das Büro sich hier nicht eingeschaltet hat und versucht hat, eben diesen Schlussbericht noch innert nützlicher Frist hier vorzubringen. Nun, mein Wunsch ist der, dass jene Grossrätinnen und Grossräte die dannzumal noch im Rat sitzen, sich die Mühe nehmen sich mit dem Projekt auseinanderzusetzen, insbesondere lesen Sie das Protokoll von dieser Informationstagung. Das Protokoll der Augustsession 2003, damit Sie ein bisschen wissen, was auch von Seiten der Regierung damals in Aussicht gestellt worden ist oder wo die Bedenken von Kommission und von einzelnen Ratsmitgliedern dargelegt worden sind, damit Sie sich für dieses Thema erwärmen können. Ich stelle fest, dass sich hier nichts geändert hat, seit dieser Debatte. Ich bin gegenüber dem Projekt GRiforma nach wie vor sehr skeptisch.

Tremp: Nachdem Ratskollege Lemm mich schon angesprochen hat, mache ich doch noch einige Ausführungen. Ich werde nicht mehr zu denjenigen gehören, die im August 2006 und allenfalls dann in der Oktobersession darüber debattieren. Ich kann es dann aus den Medien entnehmen. Ich bedauere es auch, und zwar aus den genannten Überlegungen die Ratskollege Lemm gerade erläutert hat. Die Diskussion im Oktober 2006 ohne die Qualität des Grossen Rates hier diskreditieren zu wollen, ist nicht dieselbe, weil eben der Rat dannzumal in der Grössenordnung zu einem Drittel oder einem Viertel neu zusammengesetzt ist. Und vor allem für diejenigen Mitglieder, die dann neu sind, ist es schwierig. Ich erlaube mir aber doch, wenn wir schon bei diesem Thema sind, da kann ich mir das Votum dann beim GRiformabericht sparen, auf eine Aussage des Berichtes der GPK einzugehen im Zusammenhang mit GRiformaprojekt. Ich zitiere auf Seite vier des Berichtes: „Die in der Aussprache mit der GRiformaprojektleiterin diskutierten zusätzlichen Unterlagen und Kontrollinstrumente müssen so ausgestaltet sein, dass sie noch miliztauglich sind, beziehungsweise mit vernünftigem, zeitlichem Aufwand bewältigt werden können." Soweit es die Sicht des Parlamentes betrifft, ist diese Aussage durchaus zutreffend. Soweit es aber die Sicht ausschliesslich der GPK betrifft, so denke ich, kann das kaum Schluss letzter Weisheit sein, weil es gerade auch die Aufgabe der GPK oder derjenigen Kommission ist, welche sich mit dem GRiformaprojekt befasst, sich damit detailliert auseinander zu setzen. Ich empfehle zumindest oder mache eine Anregung auch gegenüber der Regierung, dass sie eine Gegenüberstellung vornimmt der Vor- und Nachteile und zwar über sämtliche GRiformadienststellen. Ich war schon damals nicht überzeugt und ich bin auch heute noch nicht überzeugt, wobei nicht gegen meine positive Einstellung zu GRiforma an sich betrifft, aber ich bin heute noch nicht überzeugt, dass sämtliche Dienststellen gleichartig auch prädestiniert sind, um GRiforma in gleicher Tiefe einzuführen. Das heutige Vorgehen, wo auf einer Seite das traditionelle Budget neben dem Globalbudget stattfindet, das läuft sich wahrscheinlich dann mit der Zeit zu Tode und ist mindestens auch zu hinterfragen und ich denke unter dem Titel Verbesserung der Führungsinstrumente in den Bereichen GRiforma müsste das Anliegen noch mitberücksichtig werden.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Ich bedauere es natürlich ausserordentlich, dass einer der grössten Befürworter von GRiforma dann bei dieser Diskussion nicht mehr dabei sein wird. Aber wir haben das Programm leider nicht so richten können, wie Sie und wir es eigentlich gern gehabt hätten. Das hat verschiedene Gründe. Der eine Grund ist der, dass wir im August 2003 den Auftrag erhalten haben, die Versuchsphase um drei Jahre zu verlängern. Wir haben damals darüber diskutiert und beschlossen, dass man drei Jahresrechnungen dazwischen haben sollte, um zu sehen wie diese Pilotdienststellen funktionieren und wie sich die neuen Mechanismen auswirken. Die dritte Jahresrechnung wird die Jahresrechnung 2005 sein. In die Junisession konnten wir nicht mit dem GRiformabericht, in die Augustsession, das ist eine Frage der Sessionsplanung, auch nicht, aber das hätte auch nichts mehr gebracht, dann wären sowieso die neuen Grossratsmitglieder hier gesessen, und da haben wir uns zusammen mit der Präsidentenkonferenz dann für die Oktobersession nächsten Jahres entschieden. Es wäre wohl einfacher gewesen, dieses Thema mit dem heutigen Parlament zu diskutieren, weil GRiforma nicht – ich möchte eigentlich von diesem Namen wegkommen und sagen, die neuen Instrumente der Verwaltungsführung – allen gleichermassen bekannt ist und vor allem weil, wenn neue Grossratsmitglieder dazukommen, man wieder sehr viel einführen muss. Aber noch einmal, es ist vom Ablauf her nicht anders möglich gewesen. Wir werden uns bemühen, für die neuen und auch für die mit den verbleibenden Grossratsmitglieder noch einmal eine intensive Information zu machen und auch aufzuzeigen, was wir eigentlich wollen, nämlich ein paar neue Instrumente, um die kantonale Verwaltung zu führen.
Da nehme ich die Anregung von Grossrat Tremp auf. Ich unterstütze das auch und ich habe es auch immer unterstützt. Man kann GRiforma nicht in jeder Dienststelle in gleicher Tiefe einführen. Das ist auch nicht unsere Auffassung. Wir werden Modelle entwickeln, die eine Einführung dieser neuen Verwaltungsführungsmodelle in unterschiedlicher Tiefe ermöglichen. Gewisse Instrumente werden überall die gleichen sein; andere werden dann unterschiedlich angewendet werden müssen. Wir versuchen einen pragmatischen Weg zu gehen. Wir haben formuliert, dass wir GRiforma flächendeckend einführen wollen. Selbstverständlich ist das Wollen auf die Regierung bezogen. Sie können dann sagen, ob Sie auch wollen oder nicht. Wir werden Ihnen die Vor- und Nachteile der neuen Verwaltungsführungsinstrumente und der Instrumente, die wir heute haben, aufzeigen und dann miteinander darüber diskutieren.
Was sicher nicht sein kann ist, dass wir weiterhin, also ab dem Jahr 2007, zwei verschiedene Verwaltungsführungsmodelle haben. Das kann nicht sein. Heute haben wir zwei Modelle der Verwaltungsführung. In einer Probephase geht das, aber irgendwann müssen alle wieder nach den gleichen Grundsätzen geführt werden. Also entweder alle in einem tieferen oder weniger tiefen Mass nach den neuen Grundsätzen oder eben keine mehr. Darüber werden wir im Oktober nächsten Jahres diskutieren. Ich bedauere es, dass gewisse Leute, die sich sehr aktiv damit auseinandergesetzt haben, dann nicht mehr dabei sein werden.

2: Bildung in Wirtschaft und Gesellschaft

Loepfe; Kommissionspräsident: Ich nehme kurz Stellung zu Entwicklungsschwerpunkt 6/14 Volksschule und Integration. Zu einigen Fragen, die sich im Zusammenhang mit diesem Entwicklungsschwerpunkt ergeben könnten, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass morgen über Mittag eine Informationsveranstaltung stattfindet „Bündner Schule 2010" und Sie in einem Überblick dort die entsprechenden Fragen,

die sich hier möglicherweise stellen, beantwortet kriegen. Ich kann Ihnen als Teilnehmer einer Vorabinformation am 4. Dezember sagen, dass das ausserordentlich interessant ist und dass alle, die sich für die Volksschule interessieren dort auch wirklich hingehen sollen.

Dudli: Ich möchte mich zum Entwicklungspunkt 9/14 äussern. Für mich fehlt im Jahresprogramm 2006 der Regierung heute eine klare Zielsetzung respektive Aussage zur zukünftigen Positionierung unserer Hochschule Technik und Wirtschaft (HTW) in Chur. Der angekündigte Ausstieg des Kantons Zürich aus dem Konkordat der Hochschule Rapperswil erfordert für den Kanton St. Gallen ein neues Finanzierungssystem. Der Kanton St. Gallen sieht nun sein Heil in einem Einheitskonkordat über alle drei St. Galler Hochschulen, St. Gallen, Buchs und Rapperswil mit einer weitgehenden oder völligen Abtrennung der HTW Chur. Für unseren Kanton ist eine Hochschule Technik und Wirtschaft in Chur für die Standort und Wirtschaftsförderung von massgebender Bedeutung. Gut ausgebildete, qualifizierte Fachkräfte sind der Brennstoff für unseren Wirtschaftsmotor. Insbesondere für Randgebiete wie für den Kanton Graubünden.
Sie erhalten, sichern, schaffen Arbeitsplätze in unserem Kanton. Wenn wir junge Leute nicht mehr oder nur beschränkt vor Ort ausbilden können, wandern ausbildungswillige Bündnerinnen und Bündner ab ins Unterland und von denen kehren, wie die Praxis zeigt, nur wenige zurück. Deshalb ist die Sicherstellung einer eigenständigen Hochschule in Chur der HTW von entscheidender Bedeutung. Dafür braucht es aber auch die Zustimmung des Bundesrates, sowie verbindliche Abgrenzungsmassnahmen bezüglich der Ausbildungsbereiche. Es kann nicht sein, dass Rapperswil Teile des Fachbereichs Bau nach Winterthur abgibt und als Kompensation aus finanziellen Erwägungen heraus neu den Fachbereich Wirtschaft anbietet und so die HTW Chur konkurrenziert und deren Fachbereich Wirtschaft existentiell gefährdet. All dies muss aufgrund der zeitlichen Vorgaben des Bundesrates im Jahre 2006 geregelt werden. Ich meine, dieses Thema gehört spezifisch angesprochen und in das Jahresprogramm 2006. Hier muss die Regierung aktiv werden. Sie darf nicht dem Kanton St. Gallen die Führungsrolle überlassen. Wir müssen unsere Vorstellungen und mögliche Lösungen beim Bundesrat vorbringen.
Gerne erwarte ich hier vom verantwortlichen Departementsvorsteher Lardi Auskunft darüber, ob die Regierung aufgrund der Bedeutung der HTW Graubünden eine Verselbständigung unserer Hochschule als Alternative zur St. Galler Lösung aktiv beim Bund einbringt und was eine solche Lösung für finanzielle Auswirkungen für unsern Kanton hätte. Wie sieht die Zielsetzung und Vorgehensweise der Regierung in dieser Sache aus?

Jäger: Ich spreche zu Entwicklungsschwerpunkt 8/14 Berufsbildung auf Seite A18. Bei den Zielen wird als zweitletztes genannt Anpassung des Finanzierungssystems mit finanziellen Anreizen zur Erhöhung des Angebots von Praktikumsplätzen und Lehrstellen in Spitälern, Heimen und ambulanten Diensten. Ein sehr wichtiges Ziel. Geschätzte Damen und Herren, der Kanton soll aber nicht nur an andern Orten Anreize schaffen, er soll auch bei sich selbst Lehrstellen anbieten. In den letzten Jahren ist hier einiges geschehen. Wir haben beim letzten Landesbericht lesen können, dass die Zahl der Lehrstellen beim Kanton von 74 auf 79 angewachsen sind. Mit grossem Erstaunen habe ich nun gehört, dass beim kantonalen Labor die Lehrstelle, die jetzt noch besetzt ist, im nächsten Sommer auslaufen und nicht weiter angeboten wird. Chemielaboranten werden im Kanton Graubünden von ganz wenigen Lehrbetrieben ausgebildet.
Eine grosse Firma westlich von Chur macht in diesem Bereich vorzügliche Arbeit. Da es aber so wenige sind, ist es verheerend, wenn der Kanton hier abbaut und aussteigt. Ich habe als zuständiger Departementsvorsteher für die gewerbliche Berufsschule Chur die Schulleitung beauftragt, nachzufragen, warum das so sei. Man hat dann zur Antwort erhalten, dass aus Personalbestandesgründen beim Kanton, also im Bereich Analytik, Labor, für den August 2006 die Ausbildungs- und Betreuungskapazität nicht mehr genügen würde, einen Lernenden oder eine Lernende einzustellen. Das kann es einfach nicht sein. Ich bitte, nochmals zu überprüfen, ob man die bestehenden Lehrstellen wirklich nicht weiterhin anbieten kann.

Feltscher: Ich wollte mich eigentlich zu 9/14 nur im Zusammenhang mit dem Thema Forschung melden. Ich möchte doch aber ein paar Gedanken, nachdem diese Geschichte mit der FHO nun relativ aktuell geworden ist, anschliessen an Vorredner Dudli. Ich bin seit 15 Jahren teilzeitlich, hauptamtlich bei der HTW tätig und muss sagen, dass ich im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Ostschweiz auf der Ebene jetzt von Studiengängen sich durchaus eine sehr gute Zusammenarbeit entwickelt hat. Leider scheint das nicht so auf der politischen Ebene zu sein. Ein Alleingang scheint mir auf Grund der Erfahrung im Fachhochschulbereich eine Illusion zu sein, aber ich lasse mich gerne von anderen belehren. Was haben wir noch für Varianten? Ich denke, die eine Variante ist sicher mit St. Gallen zusammen eben doch den Rank zu finden. Und dann gäbe es ja da auch noch eine Subsi, wie uns Herr Stöcklin gesagt hat. Und ich frage Regierungsrat Lardi einmal, perché no, è grande come noi, simile facoltà e la distanza è cosi grande che non è una concorrenza, perché no?
Ich habe in Bezug auf die Fachhochschule Ostschweiz aber auch einen kritischen Aspekt zu erwähnen. Ich meine, dass die Fachhochschule Ostschweiz, wenn ich das jetzt als Studienleiter anschaue, uns wenig gebracht hat, sie hat nicht viel gemacht bis heute. Damit meine ich auch, dass die Fachhochschulträger, vielleicht auch nicht überbetont werden dürfen, überbewertet werden dürfen. Bis jetzt sind sie primär Umverteiler von Bundesgeldern und das meiste Geld kommt ja nicht vom Bund bei den Fachhochschulen, sondern von den Kantonen, also man soll das vielleicht auch nicht überbewerten. Wichtig scheint mir aber auch die Botschaft gegenüber unseren Studierenden und zukünftigen Studierenden, dass wir keine Angst haben müssen vor der Zukunft. Denn wenn wir agieren, und wir können aus einer starken Position heraus, agieren dann wird man um die HTW auch nicht herumkommen. Wir haben 700 Studierende im Fachhochschulbereich, 1400 Studierende insgesamt und wir sind mindestens so gross wie z.B. die Schule am Platz St. Gallen. Um uns kommt man nicht einfach so herum. Ich glaube, wir sind eine innovative Schule, leistungsfähig und wenn sie, liebe Kolleginnen und Kollegen und die Regierung an uns glauben und uns unterstützen, dann werden wir diesen Weg schon machen. Aber ich bin natürlich selbstverständlich auch der Meinung, dass man diesen Aspekt im Regierungsprogramm nachträglich aufnehmen sollte. Das einige Gedanken zur HTW.
Aber ich wollte eigentlich zum Punkt Aufbau eines Netzwerkes im Hochschul- und Forschungsbereich Graubünden sprechen unter Einbezug der höheren Fachschulen. In diesem

Zusammenhang ist mir aufgefallen, dass hier das Thema Forschung und das Thema höhere Fachschulen in Verbindung gebracht werden. Ich bin selbstverständlich der Meinung, dass die Fachschulen, die höheren Fachschulen im Kanton und die Hochschulen in unserem Kanton auf der Ebene der Lehre durchaus sinnvolle Synergien haben und zusammenarbeiten sollen. Im Bereich der Forschung hingegen kann ich das nicht verstehen. Vielleicht ist das nur eine semantische Frage, wie das Regierungspräsidentin Widmer bei der Aussprache geglaubt hat. Ich möchte es dann einfach noch gerne vom Departementchef hören. Weil ich bin der Meinung, eine Forschungszusammenarbeit mit den Hochschulen und den höheren Fachschulen ist wirklich völliger Unsinn. Aus meiner Erfahrung kann ich folgendes sagen: Der Bund, das BBT schreibt uns vor, dass wir von heute rund vier Prozent unseres Umsatzes innert wenigen Jahren auf 17 Prozent unseres Umsatzes steigern müssten im Bereich Forschung und Entwicklung. Forschung, das muss hier noch betont werden, einer Fachhochschule ist nicht Grundlagenforschung, wie viele von ihnen das vielleicht von der Universität kennen, sondern ist angewandte Forschung, die auch direkt der Wirtschaft in der Region zu gute kommen kann. Aber Projekte, die wirklich diese Umsatzzahlen generieren, die sind nicht hier im Kanton Graubünden zu finden. Das sind Projekte von KTI und ähnlichen Organisationen, auch internationalen Organisationen, und da nützt uns das Netzwerk innerhalb des Kantons nun wirklich einfach nichts. Da müssen wir Partner haben mit anderen Universitäten, Fachhochschulen. Bei KTI-Projekten ist es ein Muss, dass man mit anderen Universitäten und Fachhochschulen zusammenarbeitet und darum würde ich meinen, hätte ich gerne die Erklärung gehört, dass sich dieses Netzwerk auf die Hochschulebene Lehre und nicht auf die Forschung bezieht, denn dort nützt uns dieses Netzwerk letzten Endes wirklich nichts. Das hätte ich gerne von Regierungsrat Lardi, gehört.

Portner: Nur ganz kurz zu 7/14 Qualitätssteigerung, Bildungsbereich, Standort und Wettbewerb Mittelschulen. Mir liegen Naturwissenschaften sehr am Herzen. Ich habe gestern oder heute im Radio gehört, dass bei den medizinischen Aufnahmeprüfungen der Kanton Graubünden an 16. Stelle liegen soll. An letzter Stelle ist der Kanton Glarus. Meine Frage geht dahin, woran mag das liegen? Kann man das mit der Überarbeitung des MR-Rahmenlehrplans irgendwie steuern und dort ansetzen, genügt das? Oder haben wir andere Möglichkeiten, das zu verbessern? Es ist ja allgemein in der Schweiz festzustellen, dass im naturwissenschaftlichen Bereich, sprich Ausbildung auch von Ingenieurwissenschaften und dergleichen, eher ein Rückgang eingesetzt hat, obwohl ein dringender Bedarf besteht, dass man gerade für die Forschung zulegen würde.

Regierungsrat Lardi: In Erfüllung meiner Aufgabe muss ich zwischendurch auch darauf hinweisen, dass man gewisse Strategien nicht breit auslegen soll. Und ich werde am Schluss meiner Ausführungen zu der HTW in diesem Zusammenhang nicht alles sagen wollen, was überhaupt geprüft wird, sondern ich werde vor allem darauf hinweisen, was Tatsache ist. Zuerst zur Frage bezüglich Studien- und Forschungsstandort Graubünden. Wir planen den Aufbau eines Netzwerkes im Hochschul- und Forschungsbereich Graubünden unter Einbezug der höheren Fachschulen. Sie fragen sich, in welchen Forschungsbereichen eine Zusammenarbeit mit den Universitäten geplant ist und wie sinnvoll der Einbezug der höheren Fachschulen insbesondere im Forschungsbereich ist.
Ich komme zur Antwort. Die einzelnen Forschungsbereiche an sich, in welchen Zusammenarbeits-Projekte bestehen oder geplant sind, sind nicht Gegenstand des Entwicklungsschwerpunktes 9/14. Ziel des geplanten Netzwerks ist der Aufbau eines standardisierten Datenaustausches zwischen den Bündner Forschungsinstitutionen, Hochschulen und höheren Fachschulen. Es geht also explizit nicht um eine inhaltliche Steuerung, sondern um die Erleichterung der Zusammenarbeit unter den erwähnten Institutionen. Welche Bereiche und Informationen dieser vernetzte Datenaustausch umfasst, muss mit den betroffenen Institutionen noch erarbeitet werden. Profitieren wird von diesem Datenaustausch der Forschungs- und Ausbildungsstandort Graubünden, der aufgrund der verbesserten Datenlage nach aussen besser als Gesamtsystem dargestellt werden kann, was für den Fortbestand der einzelnen Institutionen von grundlegender Bedeutung ist.
Für die vernetzten Institutionen wird eine Erleichterung und Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit angestrebt, die zurzeit oft an der fehlenden Datenlage oder am grossen organisatorischen Aufwand von Einzelaktionen scheitert. Dass die höheren Fachschulen in dieses Netzwerk miteinbezogen werden, ergibt sich aus der Zielsetzung der angestrebten Vernetzung. Selbstverständlich umfasst der Leistungsauftrag die höheren Fachschulen, die Lehre und Weiterbildung, nicht jedoch die Forschung. Dieses Lehr- und Weiterbildungsangebot gilt es ebenfalls in die Darstellung des Bündner Studienangebotes mit einzubeziehen. Bereits heute gibt es Projekte, in welchen höhere Fachschulen und Hochschulinstitutionen erfolgreich zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit soll durch den Einbezug der höheren Fachschulen gefördert werden.
Noch ein Wort zur Forschung und wo man Forschung betreibt. Sie sagen es zu Recht, Grossrat Feltscher, 4 Prozent ist schon eine Menge Arbeit für die Forschung. Und ich zähle mich zu denen, die Forschung vor allem an den Universitäten befürworten, ich zähle nicht zu denen, die zuerst eine gründliche Ausbildung garantieren wollen, bevor man zu forschen beginnt. Und die Forderung des Bundes, bis 17 Prozent des Umsatzes für Forschung auszugeben, betrachte ich als nicht nachvollziehbar. Wir müssen davon ausgehen, dass die Fachhochschulen, insbesondere die HTW, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten bekommen, die eine Berufsmaturität erlangt haben. Und diese gilt es, wirklich fundiert auszubilden und die Forschung ist dann noch etwas darüber hinaus. Im Prinzip bin ich, und ich bin nicht alleine, auch bei den Erziehungsdirektoren, wir haben das auch den Leuten vom Bund mitgeteilt, dafür. Zuerst muss man gründlich ausbilden in allen Fächern, dann kann man natürlich auch Forschung betreiben, nicht Grundlagenforschung, aber irgendwo, das hat Grossrat Feltscher auch gesagt, gehen auch die Forschungsobjekte aus. Man kann sich nicht vorstellen, dass man 17 Prozent des Umsatzes für die Forschung ausgibt, da sind wir uns einig.
Zu Grossrat Portner. Wir sind an 16. Stelle. Das ist alles andere als befriedigend. Eine kleine Befriedigung haben wir erhalten. Wir sind von der 17. Stelle in die 16. Stelle hinaufgestiegen, das genügt natürlich nicht und kann rein zufällig sein. Wir prüfen zurzeit gründlich, woran es liegen kann. Denn wir versuchen auch statistisch zu erheben, wie viele Maturanden überhaupt ein Studium machen. Wir versuchen herauszufinden, wie lange es geht, bis ein Studium abgeschlossen worden ist. Und das ist natürlich sehr interessant.

Wir sind hier, das ist eine Vorankündigung, wir sind hier schweizweit gar nicht in den vorderen Rängen. Ich frage mich, ob wir mit unserer neuen Maturität die richtige Richtung eingeschlagen haben. Insbesondere für Bündnerinnen und Bündner war die Verkürzung auf vier Jahre beziehungsweise auf sechs statt sieben nicht zwingend. Und hier können wir uns durchaus vorstellen, dass wieder etwas in die Richtung getan werden könnte, strenger zu werden in den Maturitätsschulen, aber auch allenfalls eine Verlängerung der Ausbildung wieder anzustreben. Diese Frage kann aber nicht losgelöst z.B. vom Schuleintrittsalter besprochen werden und auch von der Frage, wann eine Jugendliche oder ein Jugendlicher in die Mittelschule eintritt. Wir sind in diesem Bereich auch tätig. Etwas aber stimmt uns doch zuversichtlich, Graubünden hat rund eineinhalb Prozent der Schweizer Bevölkerung und an der ETH haben wir drei Prozent Schülerinnen und Schüler. Also, es gibt sie doch, diese guten Schülerinnen und Schüler, die ein schwieriges, ein aufwändiges Studium auf sich nehmen. Aber aus all diesen Informationen müssen wir ein Bild zusammensetzten. Aber ihre Sorge teilen wir auf jeden Fall.
Nun zur HTW. Sie bemängeln, Grossrat Dudli, unterstützt von Grossrat Feltscher, dass wir das nicht im Entwicklungsschwerpunkt aufgenommen haben. Ich stelle fest, dass diese Forderung auch nicht im Protokoll der Strategiekommission enthalten ist, und wir beide können uns zugute halten, dass diese Diskussion erst später entstanden ist. Sie haben zu Recht ausgeführt, dass aus St. Gallen gewisse Ideen ausgesendet werden und das weil man Geld sparen muss infolge des drohenden Austrittes des Kantons Zürich aus der Fachhochschule Rapperswil. Sie müssen etwas unternehmen, zumal andere Kantone, der Kanton Schwyz, der Kanton Glarus etc., drohen, vom Verband Rapperswil auszutreten. Ich habe grosses Verständnis, dass der Kanton St. Gallen Ideen entwickelt. Ich habe ein bisschen weniger Verständnis dafür, dass diese Ideen zu uns über Radio DRS kommen. Im Moment führen wir fundierte Gespräche, vom Bundesrat sind wir noch nicht eingeladen. Aber ich führe Gespräche mit allen. Wenn wir zu einem Entscheid kommen sollen, möchte ich eine Auslegeordnung haben, ich möchte auch mehrere Möglichkeiten, die man ergreifen kann, haben. Ich habe all die Ideen, die sie geäussert haben, gehört. Die Frage, ob sich für Chur eine Verselbständigung lohnen würde, kann nicht losgelöst von der Frage nach dem Studienangebot in Rapperswil zum Beispiel beantwortet werden, und bezogen jetzt auf Buchs dürfen wir und vor allem auch St. Gallen nicht vergessen, dass auch Liechtenstein dort Mitträger ist. Wie dem auch sei, wie viel Zeit haben wir? Wir möchten an sich von uns aus nichts ändern, oder wir haben keinen Druck, etwas zu ändern. Wenn andere Kantone eine Änderung vornehmen wollen, müssten sie, wenn wir nicht einverstanden sind, diesen Zusammenarbeitsvertrag kündigen. Eine Kündigung ist jeweils im September auf drei Jahre hinaus möglich. Und ich bin überzeugt, dass wir als Kanton Graubünden jetzt nicht in operative Hektik verfallen sollten, nur um eine gütliche oder weniger gütliche Lösung zu erreichen, sondern ich prüfe alle Optionen. Ich versuche, Unterlagen zu sammeln, ich werde beispielsweise noch diesen Monat mit dem neuen und alten Präsidenten des HTW Hochschulrates zusammenkommen. Wir werden zusammen eine Auslegeordnung machen und ich werde sie so Ende Monat informieren können, was ich bis dann gemacht habe. Sie können versichert sein, dass uns, und da meine ich wirklich die ganze Regierung, der Studienstandort Graubünden, insbesondere die HTW, wirklich teuer ist und wir möchten nichts machen und nichts präjudizieren im jetzigen Moment. Deswegen bitte ich Sie zu verstehen, dass ich die Strategie auch gegenüber dem Kanton St. Gallen nicht ausbreiten möchte. Wir haben eine Strategie, unter anderem zusammen mit dem Fürstentum Liechtenstein. Danke für ihr Verständnis.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Zum Votum von Grossrat Jäger betreffend Lehrlingsausbildung und Praktikumsplätze in der Kantonalen Verwaltung. Sie alle wissen, dass eine Lehrlingsausbildung, wenn man sie intensiv macht und ernst nimmt, Personalressourcen benötigt, dass wir darauf angewiesen sind genügend Personal zu haben um die Lehrlinge so auszubilden, wie wir es ihnen schulden. Und wir haben stark Personal abgebaut, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beziehungsweise Stellen abgebaut und es ist nun so, dass wir an sich nicht mehr im gleichen Mass in der Lage sind, Kräfte zur Verfügung zu stellen, um Lehrlinge wirklich gut betreuen zu können. Wenn wir es schaffen, mit den heutigen Mitarbeitenden gleichviel oder gar etwas mehr Lehrlinge auszubilden, was das Ziel für nächstes Jahr ist, und mehr Praktikumsplätze anzubieten, dann haben wir schon einiges getan, wir werden es versuchen. Aber wir werden uns weiterhin auch darum bemühen, dass die Lehrlinge bei uns eine gute Ausbildung bekommen und dass ihnen auch die notwendigen Personen zur Verfügung stehen. Viel mehr wird nicht möglich sein, mit der heutigen Anzahl Mitarbeitenden.

3: Kultur, Sprache und Sport

Portner: Zum Punkt 11/02. Ich habe nichts gegen die Vermarktung der Kultur, sofern sich die Kultur nicht nach dem Markt ausrichten muss, das einmal vorweg. Das zweite ist, dass Gefahr drohen könnte, dass das was eigentlich proklamiert wird, auf Seite A13, dass die breite Kultur, die Vielfalt, begünstigt werden muss. Nicht im Moment aber vielleicht mittel- und langfristig könnte diese gefährdet werden, wenn die Mittel dazu in geringem Masse fliessen. Ich habe zwar ein Schreiben von Regierungsrat Lardi auf meine Frage hin, wie es mit den Landeslotteriemitteln zugunsten der Kultur steht, wenn ein grösserer Teil abgezweigt werden muss, zugunsten des Sports, wogegen ich nichts habe, das betone ich, weil ich deshalb schon angegriffen wurde. Ich finde das richtig, dass der Sport mehr bekommt, aber dies darf nicht zulasten der Kultur gehen. Ich wäre froh, wenn man das hier nochmals betonen würde, es ist vor dem Budget, aber ich finde es hier besser bei den Grundsatzerklärungen, dass man alles daran legen wird, dass die Kultur in den Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden, nicht geschmälert wird.

Regierungsrat Lardi: Wenn wir einen Topf haben und wir aus diesem Topf etwas herausnehmen, ist weniger drin. Für das Jahr 2006 ist es so, dass wir im Bereich Kultur, weil mehr Mittel auf den Kanton Graubünden zukommen, keine Kürzungen vornehmen müssen. D.h. in Franken und Rappen sind gleich viel Mittel vorhanden wie im Vorjahr. Für das Jahr 2007 können wir hier keine Zusicherungen geben, aber Sie haben entschieden, dass von 100 Prozent nun mehr 27 Prozent zum Sport gehen. Und daran wollen wir uns auch halten. Die Diskussion ist geführt worden und deshalb meine ich, dass wir doch zufrieden sein sollen. Nominell, also in Franken und Rappen, wird im Jahr 2006 nicht weniger vorhanden sein für die Kultur, allerdings wird man für den Sport deutlich mehr aufwenden können. Für die Folgejahre kann ich mich in diesem Sinne nicht äussern.

6: Verkehr

Loepfe; Kommissionspräsident: Zu Entwicklungsschwerpunkt 15/16 Bedürfnisgerechte Ausstattung der Infrastrukturen. Dazu eine kurze Information aus den Beratungen. Bei der Vorberatung wurde die Thematik der Hochbaubrücke Chur für die Verbindung ins Schanfigg vermisst. Gemäss Ausführung der Regierungspräsidentin ist die Sache aber noch zu wenig konkretisiert, um ein solches Projekt bereits in die vorliegende Jahresplanung einzubinden. Es wurde jedoch in Aussicht gestellt, die Abklärungen soweit voranzutreiben, dass eine entsprechende Projektplanung allenfalls bereits im Jahresprogramm 2007 und die zugehörige Finanzplanung einbezogen werden könnte.

Feltscher: Der Kommissionspräsident hat schon angedeutet, dass ich zum Schwerpunkt 17/17 zu diesem Zusatz, den die Strategiekommission eingebracht hat, kurze Ausführungen machen werde. Ich werde mich kurz halten, weil sich bereits die Vorredner zum Thema Holz geäussert haben. Aber ganz kurz, warum sind wir zu diesem Zusatz gekommen? Wir sind der Meinung, dass Holz in ist und wir glauben, dass man diesem Aspekt….

Standespräsident Geisseler: Grossrat Feltscher, darf ich Sie unterbrechen, wir sind noch beim Punkt 6, nicht bereits bei Punkt 7. Beim Punkt 6 Verkehr, sind wir zurzeit.

Peyer: Ich habe eine Frage zum Punkt 15/16 Bedürfnisgerechte Ausstattung der Infrastrukturen. Dieser Punkt scheint mir doch ein bisschen mager geraten zu sein, insbesondere wenn wir schauen, was dann unter den fetten Titeln steht. Da beschränkt es sich dann ziemlich auf das Strassennetz. Aber die Infrastruktur in diesem Kanton besteht eigentlich eben zu einem wesentlichen Teil auch aus dem Schienennetz. Und dort finden wir dann zwar noch Förderung des öffentlichen Verkehrs, aber da beschränkt man sich dann auf die Realisierung der Porta Alpina, das mit dem bestehenden Schienennetz im Kanton an sich wenig zu tun hat. Im Gegenteil. Ein Teil der Bundesbeiträge geht zulasten des Schienennetzes der RhB. Die Anschlüsse an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz sind schön und gut, die wollen wir alle. Das Problem ist einfach, wenn's dann im Kanton nicht mehr so luxuriös weitergeht, dann ist das auch nicht attraktiv. Wenn wir eine Medienmitteilung von heute anschauen, da steht drin, ich zitiere: „Eine Analyse der Marktbedürfnisse des betrieblichen und technischen Handlungsbedarfs sowie der neuen Vorschriften zeigt erhebliche Defizite beim heute angebotenen Standard des Rollmaterials der Rhätischen Bahn." Deshalb plant man 170 Millionen Franken zu investieren. Das meiste Geld muss auf dem Kapitalmarkt beschafft werden. Und ein zweites Zitat aus der Medienmitteilung zum Budget 2006 der RhB, da heisst es: „Dass Substanzerhaltungsproblem bleibt damit ein dringendes zu lösendes Thema auch aus finanzieller Sicht." Wenn wir jetzt das alles anschauen und dann gleichzeitig weiter im dicken Buch, das wir jetzt beraten hinten schauen, dass wir bei der Strassenschuld 75 Millionen Franken abschreiben mit Beiträgen aus dem Golderlös, dann möchte ich die Regierung doch anfragen, wenn wir ein ähnlich positives Signal auch beim öffentlichen Verkehr und insbesondere bei der RhB erwarten dürfen.

Regierungsrat Engler: Grossrat Peyer sorgt sich um die Rhätische Bahn, das ist gut so. Die Rhätische Bahn hat heute bekannt gegeben, dass sie, um attraktiver zu werden, um am Markt auch neue Marktanteile zu gewinnen, dringend auf neues Rollmaterial angewiesen ist. Der Verwaltungsrat, hat eine offensive Strategie beschlossen, auch was den Ersatz und was die Anschaffung von neuem Rollmaterial betrifft. Diese sieht vor, in den nächsten Jahren Rollmaterial für rund 170 Millionen Franken neu zu beschaffen, die über den Kapitalmarkt zu finanzieren sind.
Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Rhätische Bahn bei der Regierung ein entsprechendes Gesuch gestellt hat, sich an der Finanzierung des Rollmaterials mitzubeteiligen und zwar ausserhalb der jährlichen Budgetmittel. Es sind immerhin zehn Millionen Franken, die der Kanton für technische Verbesserungen der Rhätischen Bahn jährlich ins Budget aufnimmt. Die Regierung wird sich zu gegebener Zeit mit diesem Gesuch befassen und überprüfen, in wie weit ein solches Beschaffungsprogramm den Voraussetzungen für Innovationsmittel erfüllt sind.
Wenn Sie die Strasse und die Schiene ins Spiel bringen, muss man sagen, dass der Kanton gegenüber der Rhätischen Bahn, was die Abschreibung von Verpflichtungen betrifft, über Jahre sehr grosszügig war. Die Darlehen, die der Kanton jeweils der Rhätischen Bahn ausgerichtet hat, hat er im Unterschied zum Bund, direkt abgeschrieben. Wenn die Bahnreform 2 verlangen würde, dass eine Entschuldung nur unter der Voraussetzung erfolgt, dass die angestandenen Darlehen in Beteiligungen abgelöst werden, müssten wir diesen Verzicht aufrechnen. Wir anerkennen die Bedeutung dieser Bahn als Rückgrad auch des öffentlichen Verkehrs in unserem Kanton in hohem Masse an und wollen auch im Rahmen unserer Möglichkeiten uns für sie verwenden.

7: Umwelt und Raumordnung

Entwicklungsschwerpunkt: 17/17 Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Substitution von Öl
Antrag Strategiekommission auf Abgabe folgender Erklärung:
Holz soll als nachhaltiger Rohstoff unseres Kantons profiliert werden.

Loepfe; Kommissionspräsident: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Sprecher bezüglich des Antrags der Kommission Grossrat Feltscher ist. Vorangehend möchte ich aber noch aus den Beratungen schnell berichten. Die Kommission hat sich mit den Fragen des Klimawandels als Bedrohung für das Leben und die Wirtschaft in den Berggebieten auseinandergesetzt. Die Kommission ist mit der Regierung der Auffassung, dass nebst den eigenen Tätigkeiten rund ums Gefahrenmanagement Waldpflege eine weitere staatenübergreifende Bewusstseinsbildung stattfinden müsse. Dies kann über die ARGE Alp und über die Konferenz der Umwelt- und Verkehrsdirektoren eingebracht werden. Eine Thematisierung im Rahmen eines WEF, wie das in der Strategiekommission intern vorgeschlagen wurde, wurde dagegen verworfen.

Feltscher: Wir haben gerade das Kapitel Infrastruktur verlassen und ich möchte der Regierung und insbesondere Departement Engler danken, dass die Infrastruktur in diesem Saal massiv verbessert worden ist. Ich habe es ausgetestet, das Wireless LAN funktioniert und man kann nun auch auf das Netz zugreifen und sich dort Informationen holen. Ich hoffe natürlich, dass das nicht dazu führt, dass hier gespielt wird.

Aber für die Informationsbeschaffung ist das gut, das nebenbei. Ich bin vorher etwas zu schnell gewesen, entschuldigen Sie das. Thema Holz, dieser Zusatz, das Holz als nachhaltiger Rohstoff profiliert werden sollte. Warum das? Holz ist in und wir meinen, dass man nicht nur Gutes tun sollte sondern davon auch reden sollte. Wir haben in unserem Kanton eigentlich zwei Rohstoffe Wasser und Holz und wir sollten diese beiden Rohstoffe entsprechend auch propagieren, ausbauen und entsprechend nutzen.
Warum Holz speziell? Ich denke zurzeit an den Heizölpreis, welcher auf hohem Niveau verharrt. Die Verknappung dürfte sich langfristig auswirken und die Preise dürften kaum mehr sinken, sondern tendenziell steigen. Das Kyoto-Protokoll zwingt uns im Bereich CO^2-Ausstoss etwas zu unternehmen und es ist wahrscheinlich, auch wenn es etwas dauern wird, dass eine CO^2-Abgabe eingeführt werden dürfte.
Dann denke ich aber auch an unseren Kanton, ganz speziell an die Holzernte. Graubünden hat viel Wald in dieser gebirgigen Landschaft und die Förster können, nachdem die Gelder von Bern nicht mehr fliessen oder nur noch sehr beschränkt fliessen, nicht mehr genügend Holz abbauen, wie das nötig wäre. Dann mangels geeigneter Infrastruktur lassen wir das Holz oft in Italien veredeln. Wir führen es als Rundholz über unsere Passstrassen nach Italien aus und es kommt dann als veredeltes Produkt wie z.B. Täfer wieder zurück. All das ist nicht nötig und wir freuen uns natürlich, dass die Bevölkerung von Ems dem neuen Sägewerk zugestimmt hat und es gut aussieht, dass dieses Werk realisiert werden kann. Aber auch dort wird z.B., wie in andern Sägereien, Sägemehl anfallen, das heute vernichtet wird, das man sinnvoll nutzen könnte. Denken wir auch an die Landwirtschaft; viele Bauern suchen eine zusätzliche Einkommensmöglichkeit. Die Arbeitsplätze an Skiliften sind zum Teil gefährdet und gehen eher zurück, weil rationalisiert wird. Hier bestehen Kapazitäten, um vielleicht im Bereich Holzernte etwas zu machen. Die Förster müssen sich nämlich auf den Erhalt von Bann- und Schutzwäldern beschränken. Das sind Grundlagen, die uns dazu geführt haben zu sagen, dass man eben diesem Aspekt Holz und vor allem dieses Holz auch propagieren als Rohstoff, Energieträger insbesondere eben besonderen Wert geben und die Regierung hat das positiv aufgenommen. Die Wertkette Holz soll also in Zukunft noch stärker propagiert werden.

Tscholl: Bei der Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien ist die Sonnenenergie aufgeführt. Sonnenenergie kann im Einzelfall eine Lösung sein, aber nie zur wesentlichen Substituierung anderer Brennstoffe oder Energien beitragen. Was ich vermisse, ist die Förderung der Erdwärme. Ich meine, dies ist im Trend. Wir heizen unser Einfamilienhaus seit 25 Jahren mit Erdwärme und es hat sehr gut funktioniert. Ich hätte darauf gerne eine Antwort, warum das nicht aufgeführt ist.

Stoffel: Ich spreche zum Entwicklungsschwerpunkt 17, zum letzten Satz, „Verstärkte Förderung von Energieholz, Sonnenenergie und Wasserkraft". Während die beiden ersten Punkte auf Aufträge aus dem Rat zurückgehen, möchte ich von Regierungsrat Engler gerne ein paar Erläuterungen hören, wie man sich die verstärkte Förderung der Wasserkraft vorstellt. Ist damit nur die grosse oder auch die kommunal oder lokal unter Umständen sehr wichtige Kleinwasserkraft gemeint? Ich wage zu behaupten, dass die Kleinwasserkraft mindestens ebenbürtig mit der Förderung für Sonnenenergie zu behandeln wäre.

Kleis: Ich habe eine Frage zum Entwicklungsschwerpunkt 17/17 Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Substitution von Öl. Im letzten Absatz geht es um die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien. Hierzu hat die Strategiekommission als Ergänzung vorgeschlagen, Holz soll als nachhaltiger Rohstoff unseres Kantons profiliert werden. Diese Ergänzung ist grundsätzlich lobenswert. Allerdings denke ich, dass Qualitätsholz als Rohstoff durchaus profiliert ist. Und zwar sowohl über die Kantons- als auch Landesgrenzen hinweg. Es geht deshalb wohl eher darum, neue Möglichkeiten zu schaffen, die der Verwertung von Energieholz dienen. Gerade jetzt im Hinblick auf den Bau des Grosssägewerkes müssen Absatzmöglichkeiten für Energieholz geschaffen werden, zumal wir in Zukunft unsere Wälder viel stärker bewirtschaften müssen um den Bedarf des Sägewerkes einigermassen abzudecken. Auch müssen wir ganz klar sehen, dass die Gemeinden als grösste Waldbesitzer im Kanton nur verstärkt bewirtschaften, wenn die Absatzmöglichkeiten insgesamt stimmen und da gehört eben das Energieholz dazu. Ich frage mich nun, ob die Formulierung der Strategiekommission so richtig ist und ob diese beim Entwicklungsschwerpunkt 17/17 am richtigen Ort steht, vor allem auch, weil die Ausführungen der Kollegen Loepfe und Feltscher eindeutig die Förderung von Energieholz beinhalten.

Regierungsrat Engler: Grossrat Feltscher, Ihre Komplimente für die Infrastruktur im Grossratsgebäude verdient die Pensionskasse und damit die Regierungspräsidentin, als Präsidentin auch der Pensionskasse. Was alles bezüglich der Förderung von Holz zu Energiezwecken gesagt wurde, stimmt. Ich habe mit der Beantwortung des Vorstosses von Grossrätin Kleis in der letzten Session angedeutet, dass sie auf der Linie der Regierung liegen, und wir eine Revision unseres Energiegesetzes eingeleitet haben mit dem Ziel Holzenergie nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Bereich fördern zu können. Ich lege viel Wert darauf, dass die Beiträge, die ausgerichtet werden, an der Wirkung gemessen werden. Alles was zum Holz gesagt wurde, kann ich unterschreiben. Sie werden im Verlaufe des nächsten Jahres Gelegenheit haben, sich mit der Revision des Energiegesetzes zu befassen. Grossrat Tscholl hat Recht, dass in der Frage, wie geheizt werden soll, differenzierte Systeme Anwendung finden sollen. Holzenergie ist ein System, das fossile Energieträger substituieren kann. Sonnenenergie, vor allem für Warmwasser, ist eine zweite Möglichkeit. Die Wärmepumpe eine weitere. Es gibt ungefähr 2500 Wärmepumpen im Kanton, welche die Wärme entweder dem Grundwasser, der Luft oder der Erde entziehen. Es ist ein sehr bewährtes System und vor allem deshalb sehr attraktiv, weil die Wärmepumpe um ein Mehrfaches soviel an Nutzenergie abgibt wie zum Antrieb der Wärmepumpe verwendet wird. In unseren Förderprogrammen besteht bereits heute die Möglichkeit Wärmepumpen zu subventionieren, allerdings nur im öffentlichen Bereich. Im Zusammenhang mit der Revision des Energiegesetzes wird man das gesamte Modell neu überprüfen.
Zur Frage der Wasserkraft. In erster Linie denkt man bei dieser Aussage an die grosse Wasserkraft. Es geht um die Konzessionsgenehmigungen von grossen Kraftwerken, es geht um mögliche Erneuerungen und Ausbauten von bestehenden grossen Kraftwerken. Allerdings sind ergänzend und im Sinne der Diversifizierung kleine Trinkwasserkraftwerke, wie sie beispielsweise kürzlich in Savognin in Betrieb genommen wurden, wünschenswerte Aktivitäten. Sie wissen,

dass bei diesen über Einspeisevergütungen sehr stark mitsubventioniert wird. Viele dieser Kleinkraftwerke sind nur deshalb interessant, weil sie davon profitieren, dass der Strom abgenommen werden muss und das zu relativ guten Konditionen, zu 15 Rappen je Kilowattstunde. Wir müssen im Moment abwarten, was der Bund aus dieser Regelung in Zukunft macht, ob er diese auch auf die öffentliche Hand als Produzentin ausweitet – und dann entscheiden, ob man es bei der Bundesförderung belassen will.

Standespräsident Geisseler: Sind noch weitere Wortmeldungen zu diesem Kapitel? Wenn nicht, stelle ich zuhanden des Protokolles fest, dass dem Zusatz gemäss Protokoll der Strategiekommission kein Widerstand erwachsen ist und dass wir weiter gehen.

Angenommen

8: Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

Loepfe; Kommissionspräsident: Im Rahmen der Vorberatung wurde die Frage aufgeworfen, zu welchen Resultaten die Umfrage bei den KMU zu den Belastungen durch administrative Lasten geführt habe. Gemäss Aussage der Regierungspräsidentin zeigen die bisherigen Auswertungen, dass die meisten administrativen Lasten für die KMU vom Bund auferlegt sind. Punktuell seien aber auch Verbesserungspotentiale für den Kanton erkenntlich geworden. Entsprechende Lösungsvorschläge befinden sich in Ausarbeitung.

Farrér: Ich spreche zum Entwicklungsschwerpunkt 20/13 Öffnung der Agrarmärkte. Zuerst möchte ich die Regierung zur Formulierung des Entwicklungsschwerpunktes ein Kompliment machen. Öffnung der Agrarmärkte, das klingt nicht nur gut, das klingt auch viel versprechend. Nun, hier ist unter anderem die Erarbeitung eines Alpkonzeptes zur Förderung einer zukunftsgerichteten Alpwirtschaft in Graubünden vorgesehen. Ich bitte die Regierung, um einige kurze Ausführungen betreffen Stand der Arbeiten, möglicherweise zum Fahrplan zu diesem Konzept.

Federspiel: Auf Seite 22 unten kann man lesen: „Verbessern der Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Standortattraktivität für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen." Die Sanierung der Kantonsschule wurde einem Generalunternehmer übergeben. Soweit ich orientiert bin, ist dies das dritte, grosse Objekt, bei dem das Verfahren gewählt wurde über die Generalunternehmung. Meine Fragen dazu: Warum wählte die Regierung dieses Vorgehen? Wird das der neue Trend sein im Kanton? Werden damit die KMUS's nicht beschnitten? Wird die Submission vollumfänglich dem GU überlassen? Domat/Ems war in den letzten Tagen mehrmals in den Medien. Der Souverän hat dem Begehren des Gemeindevorstandes und des Gemeinderates mit 45 zu 55 Prozent bei einer Stimmbeteiligung von 51 Prozent zugestimmt. In rund sechs Monaten ist es gelungen, was niemand für wahr gehalten hätte. Diese Arbeitsweise soll für künftige Projekte im Kanton wegweisend sein. Ich bedanke mich in diesem Saale bei der Regierung und den involvierten Amtsstellen für die sehr speditive und konstruktive Zusammenarbeit. Zu Grossrat Feltscher, wenn wir zu viel Sägemehl haben, dann werden wir dann ein Schwingfest durchführen.

Heinz: Ich spreche auf Seite A24 Neue Aufgabenteilung und territoriale Strukturen, vor allem zu Neuverteilung und Finanzierung der Aufgaben zwischen Kanton, Gemeinden und Regionen. Ich bin der Auffassung, dass im Finanzausgleich II das bisherige System zu überarbeiten ist, wobei in Zukunft nicht nur vor allem der Kanton und die Wasserzinsgemeinden diesen Finanzausgleich zu berappen haben. Denn viele unserer Wasserzinsgemeinden haben auch heute langsam Mühe den finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, beziehungsweise wir finden sie in den Finanzkraftgruppen drei und vier und bald einmal auch in fünf. Dazu kommt noch, dass sie teilweise einen grossen Nachholbedarf haben an den Infrastrukturen, weil sie konnten bis anhin nicht über den Finanzausgleich diese Infrastrukturen finanzieren. Umso wichtiger scheint mir, dass in Zukunft beim Lastenausgleich und beim Steuerkraftausgleich des Finanzausgleichs oder des Finanzausgleichs II sowie des neuen Finanzausgleichs auch ein topographischer und ein geographischer Ausgleich stattfindet und für die Finanzierung des Lastenausgleichs wie des Steuerausgleichs nicht nur die Steuereinnahmen der Wasserzinsen, sondern auch die juristischen Zinserträge und die Steuern der natürlichen Personen als Bemessungsgrundlage beigezogen werden.
In diesem Zusammenhang möchte ich Frau Regierungspräsidentin anfragen, ob sie die Finanzierung des zukünftigen interkommunalen Finanzausgleichs auch in die von mir erwähnte Richtung sieht. Zweite Frage: Ist bei einer Neuverteilung der Finanzierung der Aufgaben zwischen Kanton, Gemeinden und Regionen ein interregionaler Finanzausgleich beabsichtigt, beziehungsweise sollen die Wasserzinsen in Zukunft eine zwingende Abschöpfungskomponente für die Finanzierung der regionalen Verwaltungen beabsichtigen, was ich gar nicht hoffe, denn ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Kanton dazu bereit wäre, die Verwaltungen der Regionen zu finanzieren.

Donatsch: Der Präsident der Strategiekommission, Grossrat Loepfe, hat vorher ausgeführt, dass beim Entwicklungsschwerpunkt 19 bei der Entlastung der administrativen Belastung von KMU entsprechende Massnahmen in der Pipeline seien. Mich würde interessieren, ob konkrete Massnahmen geplant sind und wie deren Umsetzung und der Zeitplan aussehen.

Regierungsrat Trachsel: Grossrat Farrér fragt betreffend Entwicklungsschwerpunkt 20/13 Erarbeitung eines Alpkonzeptes zur Förderung einer zukunftsgerichteten Alpwirtschaft in Graubünden. Dieser Bereich umfasst zwei Vorstösse aus dem Grossen Rat. Einer für einen Bericht über das Alpwesen und einer von Grossrat Schmid, Vals, der noch bei meinem Vorgänger eingereicht wurde zum gleichen Thema. Wir werden im Sommer einen Bericht vorlegen, der sich mit der Entwicklung der Alpregion befasst. Es geht um ein Konzept, das wir mit den Betreibern, Kooperationen, Gemeinden usw. erarbeiten wollen. Wir streben bei der Alpbewirtschaftung eine Schwerpunktbildung an. Wir möchten ein Sanierungskonzept machen, damit wir sehen, was, auf welchen Alpen saniert werden muss, damit koordiniert saniert wird. In der Vergangenheit wurde punktuell saniert. Wir möchten es in Zukunft eher konzeptionell angehen. Es geht auch um die Auslastungsverbesserungen. Wir wissen, dass einige Alpen Probleme haben, ihre Anzahl Bestösse sicher zu stellen. Dann geht es um die ganze Beratung, Milch, Käserei. Denn die MIBD (Milchwirtschaftlicher Inspektions- und Beratungsdienst) sind ja in der Auflösung, die Nachfolgeorgani-

sation ist noch nicht gebildet. Da bilden die Alpen einen wichtigen Bestandteil für uns, weil im Moment es so aussieht, dass die starken Partner jeder seinen eigenen Weg gehen will und dann am Schluss die Alpen, die eigentlich von der Beratung am meisten Kosten verursachen, plötzlich als Rest die Leidtragenden sind. Das versuchen wir zu verhindern. Es geht auch darum, Mutterkuhhaltung auf der Alp zu regeln. Und dann hat auch der Tierseuchenfonds noch einen Bezug dazu. Gerade die Tierlieferanten stossen sich daran, dass sie zu Hause und bei uns in den Tierseuchenfonds einzahlen müssen.
Zur Anfrage Donatsch betreffend KMU. Dazu kann ich Ihnen folgendes mitteilen. Die Regulierungsfolgeabschätzung war bei den interessierten Verbänden und intern in der Verwaltung in der Vernehmlassung. Wir sind an der Auswertung und werden dann einen Bericht verfassen, den wir der Regierung vorlegen werden. Ich nehme an, dass das in den nächsten zwei bis drei Monaten der Fall sein wird. Betreffend der KMU-Umfrage zur Belastung. Damit sollte aufgezeigt werden, wo sich die KMU am meisten belastet fühlen. Dort ist es so, wie der Präsident der Strategiekommission gesagt hat, dass es vor allem auch die Bundesgesetzgebung ist, die belastet. Trotzdem der Bund eine Regulierungsfolgeabschätzung seit längerer Zeit kennt. Absoluter Spitzenreiter mit Abstand ist die Mehrwertsteuer. Ich kann Ihnen nur sagen, treten Sie für den Einheitssteuersatz ein. Denn wenn wir es fertig bringen, einen Einheitssteuersatz zu bekommen, dann werden die KMU's Ihnen sehr dankbar sein. Offensichtlich ist es fast eine Unmöglichkeit für Klein- und Mittelbetriebe eine Mehrwertsteuerabrechnung, auch wenn man es will, fehlerfrei zu machen. Sie haben ja vielleicht in den Medien auch vor kurzem wieder lesen können, dass dort immer wieder Beanstandungen auftauchen. Berater haben mir gesagt, dass in der Zwischenzeit die Auslegungshilfen mehrere Bundesordner füllen, was keine Hilfe mehr ist. Es gibt ein altes Rezept: Wenn Sie wollen, dass Sie etwas nicht mehr lesen, dann geben Sie dem Partner so viel Papier, dass er das, was er braucht, nicht mehr findet. Das gilt in etwa für die Mehrwertsteuer.
An zweiter Stelle, mit grossem Abstand, kommt das Gastgewerbe, das sich über eine Summe von kleineren Auflagen beschwert. Wobei ich auch feststelle, wenn wir sehen was im Nationalrat passiert ist, dass das Gastgewerbe auf der einen Seite wieder mehr Regulierung will. Sie sehen, auch dort wird es offensichtlich nicht ganz einfach sein, den für die KMU's goldenen Mittelweg zu finden. Wir werden aber auch mit den Verbänden der Gastwirtschaft zusammensitzen und über diese Problematik Gespräche führen.

Regierungsrat Engler: Grossrat Federspiel spricht die Rahmenbedingungen für unser Gewerbe, für die kleineren und mittleren Unternehmungen an und hat positiv erwähnt, dass es dem Kanton gelungen sei, einem Investor rasch und verlässlich die Voraussetzungen bekannt zu geben. Und tatsächlich haben hier unter der Federführung von Regierungsrat Trachsel und dem Amt für Wirtschaft und Tourismus viele Dienststellen aus allen Departementen mitgewirkt. Wenn wir von Standortattraktivität sprechen, so ist das auch ein Standortvorteil, wenn eine Verwaltung in der Lage ist, zusammen mit der Gemeinde die Voraussetzungen verlässlich und rasch zu definieren.
Grossrat Federspiel befürchtet, dass die Durchführung von Gesamtleistungswettbewerben, er hat dies am Beispiel des Projekts Sanierung Kantonsschule dargelegt, für das bündnerische Gewerbe ungünstig sei. Er impliziert damit, dass ein Vorgehen nach konventioneller Art, also zuerst Architekturwettbewerb, auch mit ungewissem Ausgang, mit anschliessender Projektierung in den Spezialbereichen und auftragsbezogene Arbeitsvergebungen, für das Gewerbe vorteilhafter sei. Ob diese Aussage stimmt, möchte ich zumindest in Frage stellen. Für das fragliche Projekt galt es aber nebst den Interessen des Bündnerischen Gewerbes auch die Interessen des Bauherrn zu berücksichtigen. Die Interessen des Bauherrn lagen darin, möglichst schnell ein fixfertiges Projekt, ein Projekt aus einem Guss, zu erhalten, bei dem eben auch der Preis verbindlich angeboten werden musste. Heute sind wir nach rund sechs Monaten in der Lage, ein solches Projekt mit verbindlichen Kosten präsentieren zu können und in das politische Verfahren zu bringen. Insofern galt es die Interessen des Bauherrn gegenüber den Interessen des Bündnerischen Gewerbes abzuwägen. Es gilt jetzt, den GU-Vertrag so auszugestalten, dass möglichst Bündner Subunternehmer zum Zug kommen in der Ausführung. Allerdings wissen wir, dass das auch seinen Preis hat. Es ist nicht so, dass GU-Wettbewerbe beim Kanton zum Standard würden. Es hängt von der Komplexität des Vorhabens ab, ob man diese Verfahrensart wählt, oder einem konventionellen Architekturwettbewerb mit anschliessender Vergebung des Projektes und der Ausführungsarbeiten gemäss Submissionsordnung. Man will als Bauherr je nach Komplexität und Aufgabenstellung die Möglichkeit haben, zwischen verschiedenen Varianten auswählen zu können. Ich glaube, dass für die Kantonsschule, als komplexes Sanierungsvorhaben, der GU-Wettbewerb ein taugliches und lösungsorientiertes Verfahren war, um möglichst rasch ein Projekt zu erhalten und dazu die Kosten dafür zu kennen.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Grossrat Heinz hat eine Frage gestellt zum Finanzausgleich II. Das wird im Jahre 2007 Thema sein. Wir werden uns dann darüber unterhalten. Vielleicht vorweg, das habe ich Ihnen bereits einmal gesagt: Wir wollen im Rahmen des Finanzausgleichs II den Ausgleich, bzw. die Bemessung, das Bemessungssubstrat für den Ausgleich neu regeln und einen Ressourcenausgleich und einen Lastenausgleich schaffen. Heute ist es ja so, dass die Steuern der juristischen Personen massgeblich dazu beitragen, dass der Finanzausgleichsfonds geäufnet werden kann. Die Steuern der natürlichen Personen spielen keine Rolle. Die werden nicht mitberücksichtigt. Wir möchten das ändern. Wir möchten die Basis verbreitern. Also die Steuern der natürlichen Personen und die Steuern der juristischen Personen mit einbeziehen, damit nicht nur Gemeinden in den Finanzausgleichsfonds zahlen, die starke juristische Personen haben, sondern auch solche, die einkommensstarke natürliche Personen haben. Dann stellt sich immer auch die Frage, die hat Grossrat Heinz auch aufgeworfen, der Wasserzinsen. Ob man Wasserzinsen, er sagt interregional, ich meine, er meint innerregional, also interkommunal bzw. überhaupt berücksichtigen soll. Hier sind wir in einer etwas unkomfortablen Situation, und zwar darum, weil wir auf Bundesebene ganz klar betont und uns auch durchgesetzt haben, dass Wasserzinsen ein Entgeld für eine Leistung, also nicht den Steuern gleich zu stellen sind. Das wurde in der NFA auch so berücksichtigt, d.h. in der NFA werden den Wasserkantonen die Wasserzinsen nicht als Ressourcen angerechnet. Jetzt hätten wir ein etwas gröberes Problem, wenn wir das im Kanton anders regeln wollten. Aber vielleicht finden wir hier einen Weg. Ich kenne ihn noch nicht. Wir werden das noch überprüfen müssen.

Die Frage innerregionaler oder interkommunaler Ausgleich in der Region. Das war bis heute kein Thema. Das haben wir in den Vorarbeiten zum FAG II auch noch nicht geprüft. Es wird aber eine Fragestellung sein, die wir angehen müssen und zwar auch darum, weil sie im Zusammenhang steht mit den in einer Region zu erbringenden Leistungen, auszuführenden Aufgaben und dadurch entstehenden Lasten. Dort werden wir uns dann die Frage des Lastenausgleichs und des Ressourcenausgleichs auch stellen. Wie die Antwort sein wird, das kann ich heute nicht sagen. Das hängt stark davon ab, welche Aufgaben von Regionen, an Stelle von Gemeinden, wahrgenommen werden. Diesbezüglich werden wir noch einiges zu diskutieren haben.

9: Finanzpolitik und Kantonshaushalt

Loepfe; Kommissionspräsident: Ich kann Ihnen berichten, dass die Strategiekommission in der Vorberatung Fragen des interkantonalen Steuerwettbewerbs und Vereinfachung des Steuersystems, wie es vorher von Regierungsrat Hansjörg Trachsel ausgeführt wurde, aufgegriffen hatte. Daneben haben wir natürlich auch die Sachen rund um den Fraktionsvorstoss der FDP zur Flat Tax in diesen Diskussionen einbezogen. Die Kommission ist mit der Regierung der Auffassung, dass es eigentlich wenig Sinn macht, hier via Standesinitiative eine Vereinfachung des Steuersystems auf Bundesebene anzugehen. Wir denken von der Kommission aus, dass unsere Regierungspräsidentin in den entsprechenden Arbeitsgruppen sowohl der Finanzdirektorenkonferenz wie des Bundes vertreten ist und so diese Vereinfachungsbegehren bereits an der richtigen Stelle eingebracht und behandelt werden.

Schlussabstimmung
Der Grosse Rat nimmt vom Jahresprogramm 2006 der Regierung mit 91 zu 0 Stimmen Kenntnis.

Loepfe; Kommissionspräsident: Lassen Sie mich zum Abschluss noch für die angeregte Diskussion danken. Es zeigt, dass die Jahresplanung der Regierung von grossem Interesse auch für unseren Rat ist. Ich danke insbesondere auch der Regierungspräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf, dann Kanzleidirektor Claudio Riesen und Stabsmitarbeiter Curdin König für die sehr angenehme Zusammenarbeit. Und insbesondere auch meinen Strategiekommissionsmitgliedern für die angeregte und intensive Arbeit bei dieser Beratung des Jahresprogrammes.

Budget 2006

Eintreten

Antrag GPK und Regierung
Eintreten

Pfenninger; Kommissionspräsident: Den von der Regierung für das Jahr 2006 ausgearbeitete Budgetentwurf hat die Geschäftsprüfungskommission im Sinne von Art. 16 des Reglements für die Geschäftsprüfungskommission geprüft. Die Gesamtkommission liess sich zudem durch die FMD-Vorsteherin über das Ergebnis des Budgetentwurfs der Regierung orientieren. Zur Vorbereitung verfügten alle GPK-Mitglieder über die Probeabzüge des Berichts der Regierung an den Grossen Rat, der Einzelheiten zum Budget, der Verwaltungsrechnung und der GRiforma Globalbudgets. Des Weiteren stand der GPK der regierungsrätliche GRiforma Controllingbericht per 31. August 2005 zur Verfügung. Sie haben den Bericht und die Anträge der Geschäftsprüfungskommission erhalten. Ich möchte versuchen, mich auf den formellen Teil und ausgesuchte Schwerpunkte zu beschränken. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass den Teil Verwendung des Kantonsanteils am Golderlös der Nationalbank, die Vizepräsidentin Barbara Janom Steiner ausführen wird. Nun, seit dem 1. Januar 2005 hat die Geschäftsprüfungskommission bekanntlich ihre Arbeitsorganisation nicht mehr in erster Linie auf thematische Prüfungsbereiche, sondern auf die Strukturen der Verwaltung ausgerichtet. Die Vorbehandlung des Budgets 2006 erfolgte demnach erstmals departementsspezifisch durch die entsprechenden Ausschüsse. Die verschiedenen Ausschüsse nahmen unter Beizug des GPK-Sekretariates und der Finanzverwaltung Einsicht in die einzelnen Budgetdetailakten und orientierten sich über die finanzielle Entwicklung und die wesentlichen Veränderungen. Aber auch über die im Budget 2006 umgesetzten Massnahmen im Zusammenhang mit der Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushaltes. Für das Vollzugscontrolling der Sanierungsmassnahmen standen wiederum von der Finanzverwaltung aufgearbeitete Listen mit den umgesetzten Sparmassnahmen 2006 zur Verfügung. Für die Beantwortung von offenen Fragen betreffend Umsetzung der Sparmassnahmen wurde die Finanzverwaltung um weitere Informationen gebeten. Zudem holten die verschiedenen Ausschüsse ergänzende Auskünfte ein und beauftragten die Finanzverwaltung und das GPK-Sekretariat mit näheren Abklärungen zuhanden der Gesamtkommission.
Die GPK-Geschäftsleitung, bestehend aus dem Präsidenten und den Vorsitzenden der vier Ausschüsse hat das Budget 2006 als Ganzes den Personalbereich und insbesondere den Entwurf des Budgetberichtes der Regierung und die übrigen im Bericht der Regierung enthaltenen Anträge vorbehandelt. Die Gesamtkommission hat die Anträge und die offenen Fragen der verschiedenen Ausschüsse und der Geschäftsleitung beraten. Über die wesentlichen Feststellungen und Anträge zum Budget 2006 führte die Gesamtkommission im Folgenden zusätzlich noch Aussprachen mit allen Departementsvorstehenden und mit der GRiforma-Projektleiterin durch. Zu den einzelnen Positionen erhielt die GPK auch noch zusätzliche schriftliche Stellungnahmen. Der ausgewiesene Ertragsüberschuss von 45,6 Millionen Franken wird von der GPK als sehr erfreulich beurteilt. Das gute Budgetergebnis 2006 ist die Folge der konsequenten Umsetzung der Struktur- und Sanierungsmassnahmen, der Kantonssteuererträge, des hohen Anteils am Reingewinn der Graubündner Kantonalbank, der berücksichtigten Verwendung des ausserordentlichen Ertrages der Schweizerischen Nationalbank, der Reduktion der Kantonalen Finanzkraft von 63 auf 58 Punkten, unter strikter Einhaltung der Vorgaben aus dem Regierungsprogramm und dem Finanzplan. Dazu kommen noch andere Punkte. Die GPK wurde zudem an der Budgetaussprache mit der FMD-Vorsteherin darüber informiert, dass die GKB im September 2005 entschieden habe, im ersten Quartal 2006 Dotationskapital im Umfang von nominal 20 Millionen Franken an den Kanton zurückzuzahlen. Zusammen mit dieser Rückzahlung erfolgt bekannterweise eine

Agiozahlung von zirka 100 Millionen Franken. Im Hinblick auf die konkreten Auswirkungen dieses anstehenden Geschäftes sind gemäss FMD-Vorsteherin verschiedene Punkte noch zu klären, weshalb die Dotationsrückzahlung wie auch die damit verbundene Agiozahlung im Budget noch nicht enthalten ist. Zudem handelt es sich bekanntlich um ausserordentliche Finanzerträge, welche eben dann auch für Sonderprojekte genutzt werden sollen.
Die GPK nimmt im Weiteren mit Befriedigung zur Kenntnis, dass alle finanzpolitischen Ziele eingehalten werden können. Die finanzielle Situation des Kantons Graubünden hat sich weiter verbessert. So zeigt auch der Finanzplan für die Jahre 2007 – 2010 relativ gute Perspektiven, wobei sich für die GPK allerdings die Frage stellt, ob die Finanzplanzahlen nicht hier etwas gar optimistisch ausgefallen sind. In diesem Zusammenhang seien insbesondere die Unsicherheiten mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen erwähnt, welche voraussichtlich auf den 1. Januar 2008 in Kraft treten werden. Nun, die GPK hat sich im Weiteren vertieft mit den Beitragspositionen an verselbständigte Institutionen auseinandergesetzt. Auch wenn bei der Behandlung des Budgets 2006 mehr und bessere Informationen vorhanden waren als noch im Vorjahr, ist eine Beurteilung dieser Beitragspositionen nach wie vor mit relativ grossen Schwierigkeiten verbunden. Problematisch ist insbesondere auch die fehlende Vergleichbarkeit. Die GPK gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass in diesem Bereich weitere Verbesserungen gemacht werden, die beispielsweise eine Vereinheitlichung im Bereich Rückstellungen beziehungsweise Rücklagen bei den verselbständigten Institutionen.
Der GPK wurde im Zusammenhang mit dem im August 2005 im Grossen Rat überwiesenen Kommissionsauftrag der Kommission für Gesundheit und Soziales betreffend Krebsregister und mit dem ebenfalls in der Augustsession 2005 gutgeheissenen Auftrag Perl betreffend Landeslotteriemittel zu Gunsten des Sportfonds vom Gesundheitsamt beziehungsweise vom EKUD Anpassungen unterbreitet. Die GPK beantragt die Annahme dieser Anträge. Für die konkreten Anträge und deren Begründung verweisen wir auf die Beilage beziehungsweise auf die Detailberatung. Dann werden auch die entsprechenden Ausschussvorsitzenden der Geschäftsprüfungskommission dazu noch Stellung beziehen. Nun, vielleicht etwas ausführlichere Worte noch zum Thema GRiforma. Der Grosse Rat hat in der Augustsession 2003 anlässlich der Beratung der Botschaft über den weiteren Verlauf der Verwaltungsreform den Beschluss gefasst, die Pilotversuchsphase von GRiforma um drei Jahre zu verlängern. Im Hinblick auf die Fortführung des Projektes hat der Grosse Rat der GRiforma-Projektleitung zudem für diese zweite Projektphase verschiedene Aufträge erteilt. Unter anderem soll die Frage beantwortet werden, wie der integrierte Aufgaben- und Finanzplan im Hinblick auf das Budgetverfahren umgesetzt werden kann. Mit der Berichterstattung der Regierung zuhanden des Grossen Rates werden gemäss GRiforma-Projektleitung umfassende und fundierte Konzepte vorgelegt, damit ein zukunftsgerichteter Entscheid über den weiteren Verlauf der Reform möglich ist. Der ebenfalls vorgesehene integrierte Aufgaben- und Finanzplan soll dabei für die GPK und den Grossen Rat die notwendige Transparenz in Bezug auf die mittelfristige Mittelverwendung erhöhen. Damit sie ihren Auftrag erfüllen kann, stehen der Geschäftsprüfungskommission über das Globalbudget hinaus nach wie vor weitere, detaillierte Unterlagen bis hin zu Informationen über die einzelnen Kontenpositionen zur Verfügung. Grundsätzlich muss noch festgehalten werden, dass das Globalbudget dazu beitragen soll, eben das Kostenbewusstsein und unternehmerisches Verhalten zu fördern und den Führungskräften Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Als Kontrollinstanz werden auch in Zukunft die bisherigen Hilfsmittel und dann neu eben auch der integrierte Aufgaben- und Finanzplan, verschiedene Kenn- und Vergleichszahlen, eine Kostenrechnung und eine Leistungserfassung zur Verfügung stehen. Und dazu möchte ich doch auch noch einige Ausführungen anschliessen.
Für die Geschäftsprüfungskommission bleibt die Kernfrage beziehungsweise die Kernproblematik vorläufig bestehen, mit welchen Kontrollinstrumenten, mit welchen Kontrollsystemen der Grosse Rat beziehungsweise die Geschäftsprüfungskommission die GRiforma-Ämter künftig überwachen beziehungsweise steuern soll. Nach Ansicht der GPK braucht es griffige und aussagekräftige Instrumente, die dem Grossen Rat beziehungsweise der GPK erlauben, ihre Überwachungsaufgaben wahr zu nehmen. Die GPK bedauert, dass sie die mit der flächendeckenden Einführung von GRiforma geplanten zusätzlichen Kontrollinstrumente nicht versuchsweise bereits anwenden und damit auch nicht deren Wirksamkeit überprüfen konnte. In der Aussprache mit der GRiforma-Projektleiterin diskutierten zusätzlichen Unterlagen und Kontrollinstrumente müssen so ausgestaltet sein, dass sie noch miliztauglich sind beziehungsweise mit vernünftigem zeitlichen Aufwand bewältigt werden können. Dazu möchte ich noch ergänzen, dass hier offenbar ein kleines Missverständnis bestanden hat. Ich habe mich mit Ratskollege Tremp noch darüber unterhalten. Es geht also nicht darum, dass sie in dem Sinn fachlich miliztauglich sein müssen, sondern es geht eben um den zeitlichen Faktor, dass man sie eben zeitlich noch bewältigen kann. Man muss sich da beschränken auf gewisse Hilfsmittel, weil wenn wir natürlich zusätzlich noch Materialen zu prüfen haben, wir als Miliz-Geschäftsprüfungskommission dann zeitlich in gewisse Schwierigkeiten geraten. Das geht nicht um die fachliche Miliztauglichkeit, hier brauchen wir sicher die entsprechend fachlich aufgearbeiteten Zahlen und Unterlagen. Aber wir müssen uns beschränken und diese Instrumente verwenden, die dann zeitlich zu bewältigen sind. Das müssen wir noch austesten und auch mit den entsprechenden Leuten in der Verwaltung ausdiskutieren in welcher Form wir das am besten bewerkstelligen können.
Nun weiter, gemäss Regierungsbeschluss vom 27. September werden im Budget 2006 die von der Regierung und dem Grossen Rat beschlossenen 220 Massnahmen auf Grund der Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushaltes insgesamt vorgabekonform umgesetzt. Sie führen zusammen mit dem zusätzlichen Stellenabbau auf Grund der Aufträge Feltscher zu einer Entlastung in der laufenden Rechnung des Jahres 2006 von 94,5 Millionen Franken und einer Reduktion der Nettoinvestitionen um 36,7 Millionen Franken. Die GPK hat von der konsequenten Umsetzung des Massnahmenpaketes zur Haushaltsanierung Kenntnis genommen. Die GPK-Geschäftsleitung hat anlässlich der Vorberatung des Budgets 2006 mit Vertretern des Personalamtes eine Aussprache durchgeführt, bei welcher die Entwicklung der Stellenstopprichtzahl, die Stellenentwicklung nach Kreditpositionen zwischen dem Budget 2005 und dem Budget 2006 sowie der auch schon zur Diskussion gestandenen Aushilfekredite zur Sprache kamen. Die Umsetzung der Aufträge Feltscher I und II führt insgesamt zu 69,5 Stellenstreichungen, gefordert waren 70. Davon betroffen sind 52 Stellenplanstellen und 17,5 Aushilfestellen. Dafür

wurde die Vorgabe gemäss Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushaltes übertroffen. Aufgrund der Umsetzung dieser SLSK und der Aufträge Feltscher aber auch auf Grund von Verselbständigungen und Auslagerungen Frauenspital Fontana, Pädagogische Fachhochschule etc. nimmt die Stellenstopprichtzahl per 2006 auf 2126 Stellen ab. Die GPK nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Vorgaben des Grossen Rates grösstenteils umgesetzt worden sind beziehungsweise deren Umsetzung geplant ist. Auch hat sich die GPK-Geschäftsleitung vertieft mit dem Aushilfekredit 2006 auseinander gesetzt. Für die verschiedenen Anpassungen beziehungsweise Erhöhungen im Aushilfekredit sind nachvollziehbare Begründungen vorhanden.
Nun zur Spitalfinanzierung. Die Geschäftsprüfungskommission hat die Ausführungen über die Festlegung der Werte und Kredite für die Betriebsbeiträge 2006 an die Spitäler im Kanton Graubünden vorgeprüft. Insgesamt stellen wir fest, die Berechnungen beziehungsweise die Festlegung der Werte und Kredite für Betriebsbeiträge 2006 an die Spitäler im Kanton Graubünden ist für die GPK schwierig nachvollziehbar, dies insbesondere auch auf Grund des Systemwechsels bei der Berechnung des CMI und beim Einbezug der Sparmassnahmen. Die GPK erwartet, dass bei der Behandlung des Budgets 2007 auf Grund der Erfahrungen der definitiven Rechnung 2005 aussagekräftigere und nachvollziehbarere Informationen zur Verfügung stehen. Nun, meine Damen und Herren, wir haben vor einem Jahr über Grundsätze der Budgetierung und der Rechnungslegung diskutiert, der Abgrenzungen und die Geschäftsprüfungskommission hat auch zugesichert, dass wir diese Fragen diskutieren und dann entsprechende Anträge stellen werden. Sie haben unsere grundsätzliche Stossrichtung im gelben Büchlein bereits in der Junisession erhalten, wo wir ja drei Hauptpositionen vertreten haben. Das ist einerseits die Formulierung der Grundsätze der Rechnungslegung, dann zweitens die Erhöhung der Transparenz ohne Verbuchungen und dann drittens eben die Auslegeordnung über diese verschiedenen Abgrenzungen und Bewertungen. Die zwei ersten Teile werden Sie in der Rechnung 2005 dann vorfinden. Das ist so bei der Regierung deponiert. Und wir haben auch die Zusicherung, dass dies in diesem Sinne umgesetzt wird. Der dritte Punkt, wie wir das bereits in diesem gelben Heft ausgeführt haben, erachten wir als sinnvoll, auf das jetzt in Revision stehende HRM-Modell zu warten. Es macht keinen grossen Sinn jetzt wieder über diese Abgrenzungen zu diskutieren und dann vielleicht Schritte zu vollziehen, die wir in zwei bis drei Jahren wieder revidieren müssen. Wir meinen von der GPK aus, dass wir diesen Schritt, wie wir es bereits in der Junisession im gelben Heft dargelegt haben, weiter führen sollten.
Zu den Anträgen auf Seite 7 unseres Berichtes möchte ich festhalten, dass wir keine Differenz zu den Anträgen der Regierung feststellen. Es gibt einzig beim Punkt 11 eine kleine formelle Präzisierung bei den GRiforma-Dienststellen, die wir ergänzt haben mit der Asylorganisation, die ja eben jetzt nicht mehr in dieser Dienststelle anzutreffen ist. Ich werde dann zu den Anträgen eigentlich keine Stellung mehr beziehen, weil ich davon ausgehe, dass es in diesem Sinne keine Differenzen zu den Anträgen der Regierung gibt.

Janom Steiner: Im Namen der GPK spreche ich zur Verwendung des Kantonsanteils am Golderlös der Schweizerischen Nationalbank. Der auf den Kanton Graubünden entfallende Anteil von 436,2 Millionen Franken am Golderlös der Schweizerischen Nationalbank über dessen Verwendung der Kanton, also wir, frei entscheiden können, soll in der Rechnung 2005 in einem separaten Konto unter der Rubrik „Anteile an Erträgnissen und Steuern des Bundes“ in der laufenden Rechnung gemäss den Bestimmungen des kantonalen Finanzhaushaltsrechtes, welches sich nach dem harmonisierten Rechnungsmodell ausrichten, erfasst werden. Dieser im Budget 2005 nicht berücksichtigte ausserordentliche Ertrag würde ohne zusätzliche Dispositionen zu einem entsprechend höheren Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung 2005 führen. Um einen sofortigen und nachhaltigen Abbau der Verschuldung im Umfang des erhaltenen Erlöses aus dem schweizerischen Nationalbankgold sicher zu stellen, sollen zu Lasten der Rechnung 2005 die Pensionskassenschuld, die Strassenschuld und die aktivierten Investitionsbeiträge abgeschrieben werden. Meine Damen und Herren, über die Verwendung des ausserordentlichen Ertrages aus dem schweizerischen Nationalbankgold wurde im Grossen Rat bereits verschiedentlich diskutiert. Anlässlich der Behandlung der CVP-Fraktionsanfrage in der Augustsession dieses Jahres betreffend die strategischen Absichten der Regierung zur Verwendung der ausserordentlichen Erträge aus der SNB-Vergütung und der GKB, also Auszahlung, wurde die Stossrichtung der Regierung, wonach die Mittel aus dem Schweizerischen Nationalbankgold für den Schuldenabbau verwendet werden sollen, mehrheitlich unterstützt. Dadurch wird die laufende Rechnung in den Folgejahren insbesondere bei den Abschreibungen entlastet, was für steuerliche Erleichterungen genutzt werden soll. Demgegenüber sollen die ausserordentlichen Finanzerträge aus der in Aussicht stehenden Rückzahlungen von Dotationskapital der GKB für die Finanzierung von innovativen Projekten eingesetzt werden. Das zeitliche wie auch das inhaltliche Vorgehen der Regierung bei der Verwendung des Nationalbankgoldertrages beurteilt die GPK als finanzpolitisch richtig und angemessen. Sie beantragt Ihnen auf Grund ihrer Prüfungen und Abklärungen darum, den kantonalen Anteil am Erlös aus dem Verkauf der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank im Jahr 2005 gemäss Antrag der Regierung zu verwenden.

Tscholl: Ich spreche zu verschiedenen Punkten. Einmal zu den Auswirkungen der Verschuldung, Entwicklung der ungedeckten Staatsschuld und damit zusammenhängend auf Seite A44 Finanzperspektiven. In der Aufstellung der ungedeckten Staatsschuld und deren Entwicklung über die Jahre 1996 bis 1. Januar 2005 wird von völlig falschen Basiszahlen beziehungsweise von Buchwerten ohne Aussagekraft ausgegangen. Ich habe bezüglich der Eigenkapitalsituation schon verschiedentlich auf diesen Mangel hingewiesen weil die nicht oder nur zum Teil im Anhang zur Jahresrechnung ausgewiesenen stillen Reserven auf liquiden Mitteln nicht berücksichtigt werden, also stille Reserven auf den verschiedenen Beteiligungen wie Dotationskapital Graubündner Kantonalbank, Kraftwerkbeteiligungen usw. ohne Reserven auf Liegenschaften im Finanzvermögen. Die langjährige Forderung meinerseits bei allen Aktienbeteiligungen die Kurswerte im Anhang aufzuführen, wurde bis heute leider nur teilweise erfüllt. Obwohl dies keinen Aufwand bringt, weil alle Aktiengesellschaften für das ordentliche Steuerverfahren bewertet werden. Da bin ich zum Glück etwas anderer Ansicht als der GPK-Präsident.
Auf Seite A34 wird einmal mehr ein Schreckensgespenst dargestellt, in dem versucht wird, eine Nettoschuld pro Kopf der Bevölkerung von 2'881 Franken, eine ziemlich exakte Berechnung, zu verkaufen. Es ist für mich ein leichtes und

jeder der sich die Mühe nimmt, kann das gleiche tun, die Zahl in Luft aufzulösen, ja das Gegenteil zu beweisen. In der Bilanz per 31.12.2004 werden im Anhang wie kurz angeführt, leider nur bei einem Teil der Beteiligungen, Reserven in Höhe von 305 Millionen Franken ausgewiesen. Es fehlen z.B. die Reserven bei allen Kraftwerkbeteiligungen mit Ausnahme der Rätia Energie. Das Dotationskapital der Graubündner Kantonalbank ist mit 240 Millionen Franken eingesetzt. Der wirkliche Wert, nach meiner Schätzung, beträgt mindestens eine Milliarde Franken. Der Handel der Partizipationsscheine der GKB am Markt, die jährliche Gewinnausschüttungen an den Kanton und die erwartete Rückzahlung des Dotationskapitals und Agio an den Kanton bestätigen diesen Wert. Auf Grund dieser Faktoren habe ich folgende Berechnung für die sogenannte ungedeckte Staatsschuld gemacht. Ungedeckte Staatsschuld zweite Stufe gemäss Berechnung Seite A34 minus 539 Millionen Franken, ausgewiesene Reserven gemäss Anhang Jahresrechnung 2004 305 Millionen Franken, stille Reserven auf dem Dotationskapital der Graubündner Kantonalbank 760 Millionen Franken, effektives Kapital 526 Millionen Franken. Somit ergibt sich eine Überdeckung der Staatsschuld pro Einwohner von 2800 Franken, wie schon aufgeführt, wird eine ungedeckte Staatsschuld von 2881 Franken pro Kopf ausgewiesen. Sie sehen, so dürftig sieht die Finanzlage des Kantons nicht aus. Die Ausfinanzierung des fehlenden Betrages der Pensionskasse ist hier nicht berücksichtigt. Allerdings auch nicht das Geld vom Nationalbankgold, welches ja für die Ausfinanzierung verwendet wurde. Mit diesen Ausführungen ist der Inhalt auf Seite A44 zu den Finanzperspektiven in wesentlichen Teilen neu zu schreiben.
Nur noch kurz, meine langjährige Forderung nach mehr Transparenz und Informationen tragen langsam Früchte, ja selbst beim Bund wird entschieden, dass eine in der Privatwirtschaft gebräuchliche Darstellung mit Erfolgsrechnung, Mittelflussrechnung, Bilanz und Anhang eingeführt werden soll.
Zu der Investitionsrechnung A40. Hier wird folgendes aufgeführt. Ins Gewicht fallen die Darlehen und Investitionsbeiträge von 14 Millionen Franken an das geplante Grosssägewerk der Stallinger GmbH. Dazu kann ich auch auf die Ausführungen A45 bei Einhaltung der finanzpolitischen Vorgaben und Seite 68 der Rechnung hinweisen. Für mich ist nicht klar, ja gerade unverständlich, dass ein Darlehen von 10 Millionen Franken in die Investitionsrechnung Eingang findet. Vielmehr ist das Darlehen im Finanzvermögen als Anlage einzuordnen, ausser der Kanton beabsichtigt schon heute, das Darlehen abzuschreiben. Dann ist dies aber auch klar zu kommunizieren. Diese Umbuchung beeinflusst auch das Budget. A49 Anpassungen der Verwaltungs- und Rechnungsorganisation Artengliederung. Es freut mich und ich danke der Regierung, dass sie meine Anregung betreffend Behandlung der Kinderzulagen in der Rechnung so schnell umgestellt hat. Ein Schritt mehr für Transparenz und Lesbarkeit und Budget und Rechnung. A 60 5.8.1 periodische Steuern. Wir können entnehmen, dass die Steuern 2005 und Nachträge aus früheren Jahren ausgewiesen werden, leider nur in einem Betrag. Ich habe im Rat die Regierung ersucht, in der Rechnung die Steuererträge nach Steuerjahren getrennt auszuweisen. Dies trifft natürlich auch auf das Budget zu. Bilateral wurde ich von der Steuerverwaltung im Auftrage von Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf mit den Zahlen 2004 bedient. Die Daten sind in der Buchhaltung enthalten. Darum die Bitte an die Regierung, meinem Begehren statt zu geben. Es hat sicher auch noch andere Grossräte, die daran Interesse haben. Dies auch in Anbetracht der Ausführungen auf Seite A81. Periodische Kantonssteuern werden laufend von Veranlagungskorrekturen aus früheren Jahren beeinflusst. Auch die Nachlass- und Grundstückgewinnsteuern hängen fast ausschliesslich von aktuellen, nicht voraussehbaren Faktoren ab.
A83 aktualisierte Finanzplanung 2007 – 2010, 10.3 Hochrechnung der Steuererträge. Die Steuergesetzesrevision soll auf 1.1.2008 in Kraft treten. Getroffen ist somit bei den Steuerpflichtigen das Rechnungsjahr 2008 und hat seinen Einfluss auf die Steuereinnahmen 2009 beim Kanton. Bei der Nachlasssteuer bin ich aber der Ansicht, dass bereits die Einnahmen 2008 beeinflusst werden und nicht erst 2009. Wenn jemand im Januar 2008 stirbt, wird die Nachlasssteuererklärung z.B. im Mai 2008 eingereicht und die Veranlagung folgt im Normalfall und hoffentlich bereits 2008. A86 10.7 Beurteilungen und Schlussfolgerungen. Die Schlussfolgerungen der Regierung kann ich nicht in allen Teilen stützen. Wenn die Teuerung ansteigt, steigen auch die Löhne und Einkommen, was zu höherem steuerbaren Einkommen führt mit der bekannten Folge, dass höhere Progressionssätze zur Anwendung gelangen und somit höhere Steuern abgeliefert werden müssen. Nachdem der Ausgleich der kalten Progression bereits eingeplant ist, stimmt die so gemachte Aussage nicht. Ich nehme an, dass GRiforma ein separates Traktandum ist und ich dann meine Ausführungen dort machen kann.

Capaul: Ich möchte anstandshalber schon jetzt etwas für morgen ankündigen. Mit dem Budget 2006 kann ich gut leben und vermutlich kann unsere Regierung dies noch besser. Nur beim Antrag 2.1 der Regierung auf Seite 135 werde ich beantragen, dass auch die Gemeinden und Schulverbände und dessen Arbeitnehmer ein moderater Teil des Nationalbankgoldes für die Abtragung der Pensionskassenschuld erhalten sollen. Somit sollen Gemeinden die Gelder aus anderen Verwaltungssparten, z.B. Waldwesen für diese Schuld heranziehen müssten, dies wieder zurückstellen können. Auch andere Kantone haben den Gemeinden einen Teil zukommen lassen. Ich bin natürlich für Eintreten.

Augustin: Ich mache drei kleine Bemerkungen. Erstens: Das, was Grossrat Tscholl gesagt hat, trifft voll und ganz zu. Darum wiederhole ich es nicht, sondern möchte nur beliebt machen, dass Sie ihn in seiner Sichtweise unterstützen und dass die GPK sich das auch zu Herzen nimmt und dafür sorgt, dass die Regierung das macht, was der Grosse Rat, hier gesprochen durch Grossrat Tscholl, wünscht und verlangt, auch umgesetzt wird. Dass die Regierung das nur tut, wenn man tatsächlich verlangt, das liegt in der Natur der Sache. Und darum möchte ich die Regierung nicht einmal kritisieren. Wir müssen aber das, was wir wollen tatsächlich verlangen und ich erwarte auch, dass jene Dokumente, die Grossrat Tscholl bilateral erhält, allen übrigen Mitgliedern dieses Grossen Rates zur Verfügung gestellt werden.
Zweite Bemerkung. Zur periodengerechten Verbuchung der Steuern. GPK-Präsident Pfenninger hat kurz darauf Bezug genommen. Und ich möchte nur daran erinnern, was wir letztes Jahr diesbezüglich hier diskutiert haben. Es lag ein Antrag Zanetti vor. Der wurde in etwa im Verhältnis 50 zu 30 abgelehnt, wobei sehr wesentlich für die Ablehnung des Antrages der Umstand war, dass die GPK zusicherte, durch mehrere Sprecher, durch den Präsidenten Pfenninger, durch Grossrätin Janom Steiner, durch Grossrätin Bühler, dass sie

das Problem erkannt habe, dass sie das an die Hand nehme, dass der Rat mit Lösungen, mit konkreten Lösungen rechnen könne und zwar nicht irgend wann mal in der Zukunft, sondern eigentlich recht bald. Ein Sprecher erkannte es könnte sogar möglich sein, letztes Jahr den Antrag Zanetti abzulehnen und trotzdem bereits heute das auf dem Tisch zu haben, was der Antrag damals, nämlich die periodengerechte Verbuchung der Steuereinnahmen, verlangte. Das ist nun nicht geschehen. Ich erwarte von der GPK, dass sie sich dieses Anliegens konkret annimmt und nicht einmal mehr wiederum unter Hinweis auf Diskussion und um ein Rechnungsmodell, das ganze auf der Zeitachse ad calendas grecas hinausschiebt.
Dritte Bemerkung. Zu den Spitälern und zur finanziellen Situation der Spitäler. Was GPK-Präsident Pfenninger gesagt hat, dass die Transparenz in diesem Bereich ein hohes Ding ist, das trifft natürlich auch für die Mitglieder der Kommission für Gesundheit und Soziales und selbst für jene in der Kommission zu, die sich beinahe täglich mit dem Gesundheitswesen oder den Spitälern in diesem Kanton beschäftigen. Immerhin möchte ich folgende kleine Anmerkung machen und einen Vergleich der finanziellen Situation der Spitäler in Graubünden mit jener in Zürich machen. Um Ihnen darzulegen, dass die Kostenseite der Spitäler in Graubünden durchaus nicht so rosig ist, wie das mitunter von den Spitälern selber behauptet wird. Ich nehme auf der Seite A96 die Tabelle und dort die Kolonne engere Betriebskosten 1, dividiere das durch den entsprechenden Aufwand, also ohne Abzug der Lehre und Forschung, weil das auch produzierter Aufwand ist, durch die stationären Fälle und dividiere das Resultat jeweilen wiederum mit den neu berechneten CMI, wobei wir einen neuen CMI erst letzten Freitag, oder ich heute auf den Tisch erhalten haben, weil die entsprechende Firma ja noch einen Fehler begangen hat. Wenn ich diese Rechnung mache, dann erhalte ich nicht einen geglätteten Aufwand der Spitäler, sondern ich erhalte pro Spital, bezogen auf den effektiven Casemix, den Aufwand pro 2004. Diesen vergleiche ich dann mit den publizierten Zahlen des Kantons Zürich und dann stelle ich folgendes fest: Im Kanton Zürich hat man Fallkosten ebenfalls CMI-bereinigt und ich gehe davon aus, dass es die gleiche Unternehmung war, nämlich Lenz, die den Kanton Zürich beraten hat. Herr Lenz war einmal dort angestellt und hat das ganze System eingeführt und nachher hat er sich verselbständigt und verkauft es nun dem Kanton Graubünden. Dass also die CMI-Bereinigung im Kanton Zürich die gleiche ist wie hier, dass auch im Kanton Zürich die Aufwendungen für Lehre und Forschung, wie dieser Zeitungsmitteilung zu entnehmen war, integriert sind. Und da erhält man Kosten je stationären Fall an den Zürcher Spitälern 2004 von 7089 Franken im Kantonsspital Winterthur. Das ist das „Billigste“ bis zum Universitätsspital mit 10'783 Franken. Die grosse Menge der Spitäler liegt bei Fallkosten zwischen 7'000 und 8'000 Franken. Soweit die Zürcher Zahlen.
Wenn ich nun diese Zahlen auf Graubünden umsetze, wie vorher erwähnt, dann erhalte ich nämlich effektiv die meines Erachtens, vergleichbaren Zahlen. Ich vergleiche dann eben nicht Äpfel mit Birnen, was gelegentlich ja durchaus auch gemacht wird. Dann erhalte ich in Graubünden Kosten pro Fall zwischen etwa 7'030 beziehungsweise 7'053 Franken für die Kleinspitäler im Süden, Val Müstair und San Sisto und das steigt dann sukzessive an bis zu einem Betrag von 9'180 Franken für das Kantonsspital Graubünden, also alle drei Churer Spitäler zusammengelegt, beziehungsweise 10'578 Franken für das teuerste Spital Oberengadin. Vom sogenannten Spital, das für mich kein Spital mehr ist, nämlich das Ospedale della Val Bregaglia will ich nicht sprechen, weil die hätten dann 19'682 Franken Fallkosten. Aber das ist ein Separatum. Darüber will ich nicht gross sprechen. Was folglich aus diesem Vergleich? Ich folgere, dass die Kostensituation, wie vorhin erwähnt, in Graubünden durchaus so hoch beziehungsweise höher ist als im Kanton Zürich. Und das notabene vor der Situation, dass die Lohnkosten in Graubünden anerkanntermassen tiefer sind, als im Kanton Zürich. Und zwar bei sämtlichen Kategorien von Personal. Angefangen bei den Stiftungsräten über die Direktoren, Chefärzte, andere Ärzte und Pflege- und Verwaltungspersonal. In Graubünden verdienen sie weniger als im Kanton Zürich und wir erhalten trotzdem Fallkosten, die zum Teil höher sind als in Zürich. Und das wiederum zeigt mir, die Spitäler haben hier durchaus noch, verglichen mit dem Kanton Zürich, einiges an Arbeit vor sich, die wir mit Aufmerksamkeit verfolgen. Und wenn ich sage wir, dann vor allem auch die Krankenversicherer, weil letzte Woche die Tarifverhandlungen mit den Spitälern pro 2006 beziehungsweise 2007 geplatzt sind.

Bucher-Brini: Das Budget sollte grundsätzlich das Jahresprogramm in Zahlen wiederspiegeln. Auf die Widersprüche wurde seitens der SP schon hingewiesen. Deshalb möchte ich direkt ein paar Aussagen zu einigen Anträgen machen. Erstens zu Punkt zwei Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank. Im Vorfeld wurden verschiedene Begehrlichkeiten gestellt. Ich erinnere z.B. auch an den Auftrag zur Bildung eines Fonds der CVP. Wir vertreten klar die Meinung, dass das Budget mehr zur Transparenz über die Mittelverwendung beiträgt als ein Fonds. Die SP war immer dafür mit den Mitteln aus den Goldreserven Schulden abzubauen und die Pensionskasse auszufinanzieren. Mit der Absicht der Regierung wird diesem Anliegen Rechnung getragen. Zweitens zu Punkt sechs Betriebsbeiträge 2006 an die Spitäler im Kanton Graubünden. Bezüglich der Betriebsbeiträge an die Spitäler fehlt uns ganz einfach die nötige Transparenz, damit die Zahlen überhaupt nachvollziehbar sind. Auch sind die Berechnungen betreffend den Fallpauschalen sehr schwer nachvollziehbar. Hier hätten wir uns mehr und detailliertere Auskunft von Seiten der Regierung gewünscht. Drittens zu Punkt acht interkommunaler Finanzausgleich. Punkt 8.1 Wir unterstützen die Beibehaltung der Zuschlagssteuer von 101 Prozent. Mit der geplanten Revision des Steuergesetzes kommen aber auf die Gemeinden grosse finanzielle Veränderungen zu. Die Gemeinden wurden, um ehrlich zu sein, in den letzten Jahren durch den tieferen Prozentsatz entlastet. Aus unserer Sicht ist es deshalb enorm wichtig, dass unter Punkt 8.2 der Prozentsatz von heute sechs Prozent auf wieder zehn Prozent erhöht wird, damit der Fonds auch in Zukunft seinen Zweck erfüllen kann. Viertens zu Punkt 12 GRiforma Planungsberichte. Im GPK-Bericht lesen wir auf Seite 4, dass sich die GPK immer noch nicht klar ist, mit welchem Kontrollsystem der Grosse Rat beziehungsweise die GPK selber die GRiforma-Ämter künftig überwachen beziehungsweise steuern kann. Wir unterstützen die Aussagen der GPK, dass es griffigere und aussagekräftigere Instrumente benötigt, um die Überwachungsaufgaben überhaupt wahr zu nehmen. Weil es in diesem Zusammenhang noch einige offene Fragen gibt, betrachten wir die flächendeckende Einführung von GRiforma schon auf das Jahr 2006 als problematisch. Wir erachten es nicht als sinnvoll, diesen Beschluss bereits 2006 zu fassen und unterstützen aus diesen Gründen die Ausführungen der GPK. Im Übrigen behalten wir uns vor, zu den einzelnen Budgetposi-

tionen Bemerkungen anzubringen. Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Pfenninger; Kommissionspräsident: Erlauben Sie mir noch eine kurze Replik auf die vermeintlichen Unterlassungssünden der GPK, so wie das Ratskollege Augustin unterschwellig unterstellt hat. Er ist jetzt nicht im Rat. Offensichtlich ist er auch im letzten Juni nicht im Rat gewesen, wenn ich das Protokoll durchschaue. Auf jeden Fall hat er zu unseren Ausführungen im bereits erwähnten gelben Heft auf Seite 20, wo wir unser Vorgehen im Detail dargestellt haben, nicht reagiert im Juni und wir durften davon ausgehen, dass auch Kollege Augustin mit diesem Vorgehen einverstanden ist. Diese Dreiteilung, wie ich sie in meinem Eintreten versucht habe darzulegen, ich möchte noch darauf hinweisen. Ich zitiere Grossrat Tscholl aus dem Protokoll der Dezembersession. Er sagt da unter anderem: „Wir erleben in den letzten Jahren laufend Umstellungen, Zusammenfassungen, Auslagerungen, GRiforma, neue Verbuchungen, Kontonummern, die nicht in allen Abteilungen gleich lauten usw. Wie soll da der Laie noch eine Beurteilung von Rechnung und Budget vornehmen können, wenn sich schon der Fachmann wundert." Zitat Ende. Gerade um diesen Punkt geht es eigentlich. Wenn wir jetzt hingingen und diese ganzen Abgrenzungen und Rechnungslegungsfragen eben bei den eigentlichen Verbuchungen jetzt vornehmen punktuell und wir in ein, zwei, drei Jahren dann wieder Korrekturen vornehmen müssen, dann macht das einfach keinen Sinn. Wir haben den Weg so gesehen, dass wir jetzt Transparenz in der Rechnung wollen, mit den entsprechenden Hinweisen, die aber noch keine Buchungen zur Folge haben. Und in einem zweiten Schritt, so wie wir das dargelegt haben, dann diese Korrekturen vornehmen in der Rechnungslegung. Diese aber auch auf das revidierte HRM-Modell abstimmen wollen.
Wir haben uns sehr intensiv in der GPK auch mit dem Stand der Arbeiten an diesem Projekt auseinandergesetzt und Sie informieren lassen. Und wir sind eigentlich der Meinung, dass es auf der Zeitschiene auf eine günstige Situation hinläuft. Dass nämlich die Einführung des NFA und die allfällige Umsetzung des revidierten HRM-Modells ziemlich genau aufeinander treffen. Wir meinen, das ist der Zeitpunkt, um diese Korrekturen in einer Gesamtschau vorzunehmen, wo wir dann nicht nur die positiven Abweichungen neu einbuchen, sondern auch die Rückstände z.B. im Behindertenbereich, diese Abrechnungen, die liegen dann jeweils ja zum Teil zwei, drei Jahre zurück und das würde dann auch zu einer Verfälschung führen. Wir empfehlen dringend, dieses Vorgehen, wie wir es vorgeschlagen haben, bereits im Juni weiterzuverfolgen.

Tscholl: Eine kleine Antwort an Grossrat Pfenninger. Diese Aussagen, die sind ja absolut inakzeptabel von einer Buchhaltung aus gesehen. Und wenn wir Abgrenzungen wollen, wollen wir positive und negative Abgrenzungen. Und wenn die GPK sich damit zufrieden gibt, dass man Grundsätze festlegt und diese nicht ausführt, dann können Sie katholisch sein und aus der katholischen Kirche austreten.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Ich werde auf die verschiedenen Anregungen verschiedener Grossräte eingehen. Zuerst ein paar grundsätzliche Ausführungen. Wir haben ein Budget, das aufzeigt, dass wir die mageren Jahre in der Defizitperiode von 1997 bis 2003 zumindest vorläufig hinter uns haben. Wir haben einen erfreulich hohen Ertragsüberschuss von 45 Millionen Franken. Ich hoffe, dass uns dieser Ertragsüberschuss nicht übermütig werden lässt. Denn das wissen wir alle, zum einen macht eine Schwalbe noch keinen Frühling und zum andern sind es vorab zwei nicht wiederkehrende Sonderfaktoren, welche massgeblich zu diesem Resultat beitragen. Im Budget 2006 profitieren wir von Steuererträgen in der Grössenordnung von rund 35 Millionen Franken auf Grund der kalten Steuerprogression, die wir nicht bereits in diesem Jahr, sondern erst im nächsten Jahr ausgleichen müssen und die dann entsprechende Ausfälle im Jahr 2007 bringen wird. Als zweites wurde der Kanton Graubünden auch in der interkantonalen Finanzkraft für die Jahre 2006 und 2007 um weitere fünf Indexpunkte zurückgestuft. Dieser Rückgang in der Finanzkraft verbessert unsere Rechnungen der beiden nächsten Jahre um durchschnittlich 15 Millionen Franken. Beide Faktoren zusammen führen zu einer Verbesserung des Budgets um gut 50 Millionen Franken. Mit anderen Worten, ohne diese beiden Faktoren würde das Budgetbild deutlich anders aussehen und befänden wir uns wieder im Bereich des Aufwandüberschusses.
Die genannten Ertragsfaktoren im Jahr 2006, die hohen Steuererträge und das Abfallen in der Finanzkraft haben einen engen Zusammenhang. Die Rückstufung der Finanzkraft ist ausschliesslich auf die im interkantonalen Vergleich stark gestiegene Steuerbelastung von Graubünden zurückzuführen. Einige Kantone haben ihre Steuern gesenkt. Dies hat bei gleich bleibender, beziehungsweise progressionsbedingt leicht ansteigender Steuerbelastung in Graubünden zu einer relativ starken Verschlechterung für unseren Kanton geführt. Der Gesamtindex der Steuerbelastung hat sich von einem Niveau von rund 91 Punkten in den Jahren 1997 bis 2000 auf einen Indexwert von 116,5 im Jahre 2004 erhöht. Der schweizerische Durchschnitt liegt bei jeweils 100 Punkten. Bei den juristischen Personen liegen wir mit einem Index zwischen 135 und 141 Punkten bereits seit Jahren abgeschlagen auf dem letzten Rang. Das ist uns bekannt. Dass die Steuererträge entsprechend hoch sind, verwundert daher nicht. Diese Fakten machen aber auch deutlich, dass es notwendig ist, dass im Steuerbereich gezielte Entlastungen rasch umgesetzt werden. Die vorgesehenen Korrekturen, mit der Steuergesetzrevision vorgesehenen Korrekturen sind in diesem Sinne eine wichtige Investition in die Zukunft.
Wesentlich zum guten Budgetergebnis beigetragen hat im Weiteren, das hat der GPK-Präsident erwähnt, die konsequente Umsetzung des umfassenden Massnahmenpakets zur Haushaltsanierung. Positive Auswirkungen haben auch die gute Ertragslage der Graubündner Kantonalbank und deren neues Gewinnausschüttungskonzept. Schliesslich erfahren das Budget 2006 und die nachfolgenden Jahre eine wesentliche Entlastung im Bereich der ordentlichen Abschreibungen, wenn Sie, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte damit einverstanden sind, die Mittel, die wir im Sommer 2005 aus dem Golderlös der SNB erhalten haben für den Schuldenabbau einzusetzen, so wie Ihnen dies die GPK und die Regierung beantragen. Mit dem Schuldenabbau auf Grund dieser Mittel, schaffen wir uns den für die Entwicklung unseres Kantons erforderlichen Handlungsspielraum. Die Details zu dieser beantragten Verwendung finden Sie in der Budgetbotschaft. Ich verzichte darauf, hier noch weitere Ausführungen zu machen. Die GPK-Vizepräsidentin hat dies ja bereits getan. Nicht im Budget erscheint der in Aussicht stehende Finanzertrag, das Agio, im Zusammenhang mit der Rückzahlung von Dotationskapital der Graubündner Kantonalbank. Dieser soll vollständig für innovative Projekte verwendet werden. Den Entscheid über eine solche Verwendung

kann der Grosse Rat im Rahmen eines Verpflichtungskredites treffen. Nach Auffassung der Regierung würde es wenig Sinn machen, dafür ein neues Gesetz, einen Fonds oder eine Spezialfinanzierung zu schaffen. Über die Verwaltungsrechnung mit entsprechend erhöhtem Eigenkapital kann die vom Grossen Rat festgelegte Verwendung dieser Mittel abgewickelt und auch transparent dargestellt werden. Die Rückzahlung des Dotationskapitals und die Auszahlung des Agios erwarten wir im Februar 2006. Bei der Budgetierung im August 2005 konnte dieses Geschäft aus rechtlichen Gründen noch nicht berücksichtigt werden. Es rechtfertigt sich meines Erachtens aber auch aus politischen Gründen, diese für Sonderprojekte zu reservierenden Sondermittel nicht ins ordentliche Budget aufzunehmen. Denn die Aufnahme dieser Erträge, die, wie von Ihrem Rat verschiedentlich gefordert, nicht in den allgemeinen Haushalt fliessen sollen, würde das Budgetbild verzerren. Wichtig ist es, dass es uns gelingt, weiterhin Mass zu halten. Mit anderen Worten, das aktuelle Zwischenhoch in den kantonalen Finanzen darf nicht zu einer Lockerung der Ausgabendisziplin oder einer Aufhebung von beschlossenen Sanierungsmassnahmen führen. Das Ausgabenniveau und die ergriffenen Strukturmassnahmen dürfen sich nicht nach den kurzfristigen Schwankungen der kantonalen Ertragslage richten.

Wir haben die Ausgabenseite glücklicherweise wieder einigermassen in den Griff bekommen. Im Budget 2006 können gegenüber dem laufenden Jahr 2005 sowohl die laufenden Aufwendungen als auch die Investitionsausgaben auf stabilem Niveau gehalten werden. Um längerfristig handlungsfähig zu bleiben und die geplanten Steuerausfälle – wenn ich geplante sage, ist mir bewusst, dass wir sie noch nicht beschlossen haben, aber immerhin sind sie von der Regierung geplant, die geplanten Steuerausfälle, die sich bis ins Jahr 2010, wenn Sie die Finanzplanung sehen, auf über 100 Millionen jährlich erhöhen werden – finanzieren zu können, sind die zu erwartenden Ertragsüberschüsse für den Wiederaufbau von Eigenkapital zu verwenden. Die aktualisierte Finanzplanung, die zwar auf optimistischen aber durchaus auch auf realistischen Annahmen beruht, zeigt zwar relativ gute Perspektiven auf. Ausfälle in der genannten Grössenordnung können wir aber kaum aus der laufenden Rechnung decken. Wir brauchen etwas Substanz.

Hier möchte ich doch auf die Anregungen von Grossrat Tscholl, unterstützt von Grossrat Augustin, kurz eingehen. Vorweg einmal, wir, d.h. die Kantonale Verwaltung aber auch die GPK, haben immer wieder Gelegenheit, mit Grossrat Tscholl Gespräche zu führen und diese Fragen zu besprechen. Das ist an sich auch erfreulich. Sie hätten, Grossrat Tscholl, auch in der Fraktion Gelegenheit gehabt, uns auf ein paar so grobe Fehler, wie Sie das heute nennen, hinzuweisen. Sie haben darauf verzichtet. Es ist mir daher nicht möglich, jetzt auf alle diese Punkte einzugehen, weil sie etwas zu schnell vorgetragen wurden. Ich möchte mich bei der Beantwortung an eine allgemeine Linie halten. Ich möchte vorwegschicken, Sie können davon ausgehen, dass auch im Finanzdepartement nicht nur Finanzdilettanten am Werk sind. Sie haben immer wieder darauf hingewiesen, dass wir gewisse Aussagen oder Angaben nicht machen würden. Ich habe mich einen Moment gefragt, ob wir uns bei der Behandlung der Rechnung oder bei der Behandlung des Budgets befinden. Wenn Sie von einer Bilanz sprechen, die fehlt, dann stellen Sie unschwer fest, dass das Budget keine Bilanz enthält. Die Bilanz ist in der Rechnung. Wenn Sie sagen, der Vermögensstatus müsse klar ausgewiesen werden, dann ist das auch eine Frage der Rechnung. Und in diesem Zusammenhang kann ich Ihnen auch noch einmal sagen, was ich Ihnen schon gesagt habe bei der Beantwortung der Anfrage von Grossrat Zanetti. Wir haben mit der GPK abgemacht, dass wir den Vermögensstatus als Anhang in der Rechnung 2005 ausweisen. Dass wir dort auch klar ausweisen, was die periodische Abgrenzung der Steuern bedeuten würde. Wir werden dort auch die Anlagen so einbuchen, wie wir sie in unserem Bewertungskonzept haben, das in einer Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz, das wir mit Ihnen einmal besprochen haben, Grossrat Tscholl, und das Sie damals als gut angesehen haben. Wir werden alle unsere Anlagen nach diesen Bewertungsgrundsätzen einbuchen werden. Wir werden versuchen, Ihren Anliegen so weit wie möglich, analog dem, was andere Kantone auch machen, nachzukommen. Dies in einem Anhang zum Budget, so wie das mit der GPK vereinbart wurde. Dann haben wir den Vermögensausweis mit den entsprechenden Bewertungen, eine vollständige Darstellung in der Rechnung. Sie haben darauf hingewiesen, dass das Darlehen an die Grosssägerei von 10 Millionen Franken zu Unrecht in der Investitionsrechnung und nicht im Finanzvermögen aufgeführt wird. In unserem Finanzhaushaltsgesetz steht, dass im Finanzvermögen nur Anteile sein dürfen, die einen entsprechenden Ertrag abwerfen und über die frei verfügt werden kann. Sie wissen, dass dieses Darlehen unter dem Titel Wirtschaftsförderung zinsvergünstigt gewährt wird, also zu günstigen Bedingungen und dem natürlich dann nicht entspricht. Aber das muss ich Ihnen nicht sagen, Sie sind ja auch Fachmann.

Zu den periodischen Steuern habe ich mich geäussert. Beurteilungen und Schlussfolgerungen, Sie weisen zu Recht darauf hin, dass, wenn wir von der Teuerung ausgehen und von einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent, auch die Steuern steigen werden, die Einnahmen steigen werden, die Wirtschaft generell zulegen wird. Davon gehen wir auch aus. Wenn Sie die Finanzplanzahlen anschauen, sehen Sie, dass wir damit gerechnet haben. Die GPK geht sogar so weit, das darf sie auch, uns zu sagen, wir seien zu optimistisch. Irgend wo in der Mitte wird die Wahrheit liegen. Dies werden wir in ein paar Jahren feststellen. Ich möchte mich bei Grossrat Capaul bedanken, dass er mich für die Diskussion von morgen vorgewarnt hat. Ich habe vermutet, dass so etwas kommen wird und wenn Sie mir erlauben, werde ich nicht vorweg schon Stellung nehmen, sondern morgen, wenn Sie den Antrag stellen. Wenn das für Sie so in Ordnung ist.

Wenn es uns gelingt, Mass zu halten und das wäre der Wunsch der Regierung, dann werden wir die Staatsquote mittelfristig stabilisieren und die Finanzpolitik entsprechend der Konjunkturlage gestalten können. Ich sage gestalten. Wir haben endlich einmal die Möglichkeit auch zu gestalten. Ertragsüberschüsse in finanziell guten Zeiten sind zur Deckung von Defiziten in finanziell schwierigeren Zeiten zu verwenden. Das ist das Prinzip der antizyklischen Finanzpolitik und die Grundlagen hierzu werden immer in guten Zeiten gelegt. Wir haben nun die Möglichkeit, mit dem Budget 2006 die Ausgangslage für einen langfristig gesunden Haushalt und eine nachhaltig höhere Leistungsfähigkeit zu schaffen. Ich möchte Sie bitten, da auch mit zu tun. Das Budget 2006 ist überraschend positiv ausgefallen. Überraschend in dem Sinn, dass es deutlich positiver ausgefallen ist, als die Finanzplanzahlen vermuten liessen. Es kann sein, dass einzelne von Ihnen davon ausgehen, dass vor wenigen Jahren die Finanzpläne entweder nicht seriös erarbeitet oder gar bewusst zu schwarz gemalt beziehungsweise zu rot eingefärbt wurden. Wenn Sie den Vergleich des Budgets 2006 mit

dem in der Junisession 2004 vorgelegten offiziellen Finanzplan machen, dann sehen Sie, dass dem nicht so ist. Sie werden dann feststellen, dass sich in dieser Zeit einiges sehr stark geändert hat. Die Verbesserungen in der laufenden Rechnung gegenüber der offiziellen Finanzplanung betragen insgesamt etwas über 110 Millionen Franken. Sie sind fast vollständig auf ergebniswirksame exogene Veränderungen zurückzuführen. Ich möchte Sie nur noch einmal an ein paar Positionen erinnern, wo wir wenig beigetragen haben. Das sind exogene Faktoren, so mit Bezug auf den Ausgleich der kalten Progression. Da können wir nichts dagegen tun und können wir nichts dafür. Ich wäre froh gewesen, dies wäre schon 2005 notwendig gewesen. Dann haben wir höhere Steuereinnahmen. Das ist erfreulich. Das hängt damit zusammen, dass die Wirtschaft etwas angezogen hat. Dann haben wir die Ausschüttung des Nationalbankgolderlöses. Das war auch nicht Gott gegeben, dass das erfolgen wird. Dann haben wir eine tiefere Finanzkraft, das bedaure ich an sich. Wenn ich aber die Einnahmenseite anschaue, ist es nicht ganz unerfreulich. In zwei Jahren, wenn wir die Steuern gesenkt haben, spielt die Finanzkraft keine Rolle mehr. Dann haben wir einen höheren Anteil am Reingewinn der GKB, übrige Vermögenserträge, die etwas verbessert wurden und ein geringeres Restdefizit an die Spitäler. Das macht dann insgesamt diese 109 Millionen Franken aus. Sie sehen, diesbezüglich hatten wir relativ wenig Handlungsspielraum. Es ist uns insofern gut gegangen. Der Aufwand der laufenden Rechnung im Budget 2006 bleibt insgesamt gegenüber der Finanzplanung unverändert. Wir stellen also fest, dass die Ertragsseite einmal mehr im Voraus schwer prognostizierbar ist. Wir stellen auch fest, dass die Faktoren, die ich Ihnen genannt habe, einmal, aber nicht wiederholt wirken.
Mit dem Budget 2006 entscheiden wir über einige wesentliche Massnahmen. Die entsprechenden Anträge liegen Ihnen vor. Dieses Budget ist ein Baustein in der gesamten politischen Weichenstellung für die künftige Entwicklung unseres Kantons. Und wir haben die Gelegenheit und sind gefordert, mit diesem Budget eine solide Grundlage zu schaffen, um heutige und künftige Herausforderungen zu meistern. Der Vollständigkeit halber möchte ich Ihnen bekannt geben, dass wir uns in allen Teilen den Anträgen der GPK anschliessen. Die GPK hat mit Bezug auf die GRiforma-Dienststellen etwas festgestellt, was wir übersehen haben. Selbstverständlich sind wir froh um diesen Antrag. Ich beantrage Ihnen im Namen der Regierung, auf das Budget 2006 einzutreten und die Vorlage zusammen mit den Anträgen der Regierung beziehungsweise der GPK zu verabschieden.

Regierungsrat Schmid: Ich möchte kurz zu den Fragen in Bezug auf die Spitalfinanzierung Stellung nehmen. Es wurde meines Erachtens zu Recht von Grossrat Augustin, von Grossrätin Bucher und vom Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission, Grossrat Pfenninger, darauf hingewiesen, dass in Bezug auf die Vergleichbarkeit, in Bezug auf die Transparenz im Bereiche der Spitalfinanzierung Verbesserungen möglich sein müssen und auch möglich sind. Ich teile diese Auffassung. Aber auf dieses Jahr hin war es nicht möglich, weil wir keine Vergleichszahlen haben, wo wir entsprechend auf ein Vorjahr zurückgreifen konnten. Das war bisher nicht möglich. Ich werde mich bemühen, auf das nächste Jahr hin Vergleichszahlen zu liefern.
In einem von ihm angestellten Vergleich hat Grossrat Augustin konkret darauf hingewiesen, dass sich die Situation unserer Spitäler nicht so gut darstelle, wie die Spitäler selbst immer auch gegenüber der Kommission Gesundheit und Soziales dies wahrmachen wollten. In Bezug auf das Departement sind wir zurückhaltend mit einer solchen Aussage, weil wir diese Vergleichsmöglichkeiten nach unserer Auffassung heute noch nicht haben. Die Kantone Zürich und Schwyz beschäftigen sich mit diesem System APDRG. Diese zwei Kantone haben auch die CMI-Daten aufgearbeitet. Nur werden nach unserer Auffassung teils noch andere Vergleichsparameter einbezogen. Ich habe dem Chef des Gesundheitsamtes, Dr. Leuthold, in seiner Zielvereinbarung den Auftrag gegeben, für nächstes Jahr einen interkantonalen Vergleich anzustellen, damit wir hier einmal Klarheit haben, wie gut unsere Spitäler im Kostenvergleich mit anderen Kantonen sind. Dies war auf dieses Jahr hin nicht möglich und deshalb mussten wir darauf verzichten.
Es geht aber nicht nur darum, dass nur ein interkantonaler, sondern auch ein innerkantonaler Vergleich angestellt werden kann. Wenn Sie die Zahlen des letzten Jahres analysieren, wie das auch Grossrat Augustin gemacht hat, dann können Sie als Grossrätin oder Grossrat aus Ihrer Region schon heute Schlüsse ziehen, ob Ihr Spital kostengünstig ist oder nicht. Wir werden aber die Trägerschaften im nächsten Jahr informieren, wenn wir die konkreten Rechnungsdaten des Jahres 2005 haben, und dann können wir auch die geforderte Transparenz schaffen. Es ist richtig, diese CMI-Berechnungen sind selbst auch für das Gesundheitsamt schwierig nachzuvollziehen. Denn bisher gibt es nur eine Unternehmung, die solche Berechnungen macht. Wir gehen aber davon aus, dass es ab nächstem Jahr auch dem Kantonsspital Graubünden möglich ist, eine Plausibilisierung dieser Zahlen vorzunehmen und deshalb werden auch die Risiken bezüglich der Berechnungen kleiner. Ich hoffe, dass diese Berechnungen dann nachvollziehbar werden.
In Bezug auf den Fallbeitrag hat der Grosse Rat die Möglichkeit, diesen zu erhöhen oder zu senken. Die Regierung ist sich aber auch bewusst, dass bei der Einführung der Spitalfinanzierung klar kommuniziert worden ist, dass wir ein beständiger Partner sein wollen, dass wir auch die ersten Erfahrungen mit diesem System abwarten müssen. Diese haben wir nächstes Jahr. Wenn wir im nächsten Jahr über den Fallbeitrag der Spitäler diskutieren werden, dann werde ich Ihnen diese Zahlen liefern. Für das Rechnungsjahr 2006 möchten wir Ihnen von der Regierungsbank aus empfehlen, die Beschlüsse, so wie wir sie Ihnen beantragt haben, gut zu heissen, damit dann auch die Daten aufgearbeitet werden können, und es wird sich zeigen, ob Sparpotenziale vorhanden sind. Denn man muss den bündnerischen Spitälern zu Gute halten, in Bezug auf die Kostensteigerungen vom Jahr 2003 auf das 2004 resultierte nur ein Kostenwachstum von ca.1,6 Prozent. Das ist im schweizerischen Vergleich äusserst tief. Ob wir aber auf Grund eines hohen Niveaus gestartet sind, und deshalb die Kostensteigerungen weniger hoch gewesen sind, kann ich heute nicht beantworten. Ich werde Ihnen diese Zahlen im nächsten Jahr liefern.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

1. Gesetzgebende Behörden, Regierung und allgemeine Verwaltung

Jäger: Ich stelle Ihnen einen Antrag zur Position 1100.3651 Beiträge für humanitäre und andere Hilfsaktionen. Ich stelle Ihnen den Antrag, die 90'000 Franken um 40'000 Franken zu erhöhen auf 130'000 Franken. Ich begründe meinen Antrag wie folgt. Bis ins Jahr 1998 hatten wir in dieser Position 130'000 Franken. Also wenn Sie meinem Antrag zustimmen, dann kommen wir zurück zum Status 1998. Man hat dann diese Position reduziert, weil es dem Kanton Graubünden sehr schlecht ging. Bei der Rechnung 1998, als der Kanton noch 130'000 Franken in der Rechnung hatte, schloss die Rechnung mit einem Minus von acht Millionen Franken ab. Sie wissen, dass heute wir in einer anderen Situation sind. Ich habe vor ungefähr drei Jahren schon einmal den Antrag gestellt, wieder auf 130'000 Franken zu gehen und man hat mir damals gesagt, noch geht es dem Kanton schlecht, aber wenn es dann wieder besser ginge, würde man wieder auf die alte Zahl zurückkommen. Ich stelle diesen Antrag heute relativ spontan, ausgelöst hat mir die Eröffnungsrede unseres Standespräsidenten, Sie haben es noch in Erinnerung. Wir haben alle seinen Worten geklatscht, weil wir mit ihm einverstanden waren. Ich denke, dass man dann aber auch entsprechend handeln soll. Und in diesem Sinne stelle ich den Antrag, wieder auf die Zahl zurückzukommen, die wir schon hatten. Und man sagt ja, so lange wir im Jammertal sind, müsse man zurückfahren. Schauen Sie, unser Kanton ist immer wieder, gerade bei den Unwettern, die wir wieder hatten im Herbst dieses Jahres immer wieder darauf angewiesen, dass wir von der Solidarität anderer leben. Und wenn wir um 40'000 hier auf 130'000 Franken hinaufgehen, um wieder so viel zu geben, wie wir ja bis 1998 selbst in unseren Voranschlägen drin hatten, dann bezeugen wir die Solidarität auch auf die andere Seite und das ist im Sinne des Standespräsidenten und seines Eingangsvotums. Die kleinen und die grossen Sorgen.

Janom Steiner: Ganz spontan im Namen der GPK bitte ich Sie, diesen Antrag abzuweisen. Und zwar genau aus diesem Grund. Wir haben nun eine erfreuliche Situation, welche natürlich auch Begehrlichkeiten weckt. Ich mahne Sie dazu, die Ausgabendisziplin nun doch einhalten zu wollen und in diesem Sinne nicht bereits in einer ersten Position den Reigen zu eröffnen und dieses Budget nun doch wesentlich zu ändern. Ich weiss, der Antrag, es ist nur ein kleiner Betrag. Aber gerade dies macht es aus, wenn wir all diesen Kleinbeträgen nun stattgeben auch in zukünftigen Positionen, dann werden wir das Budget erheblich verändern. Und das kann es nicht sein. In diesem Sinne bitte ich Sie dies abzulehnen.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Ich möchte Sie auch bitten, diese Position so zu belassen, wie wir sie budgetiert haben. Ich kann selbstverständlich der Begründung und den Ausführungen von Grossrat Jäger in allen Teilen folgen. Nur der Schlussfolgerung und dem Antrag nicht. Ich sage Ihnen auch warum. Diese 90'000 Franken, die hier eingestellt sind und auch für das Jahr 2005 eingestellt waren, haben wir im Rahmen unserer Kompetenzen dieses Jahr überschritten, weil wir als Folge des Tsunami und verschiedener anderer Unglücke mehr Bedarf hatten. Wir haben insgesamt, Irrtum vorbehalten, 140'000 Franken, also die 90'000 Franken plus im Rahmen des Kompetenzbereichs der Regierung 50'000 Franken, für solche Hilfsaktionen aufgewendet. Ich hoffe, dass das eine einmalige ausserordentliche Situation, ein einmaliges ausserordentliches Jahr war. Wir budgetieren hier die Beiträge, die wir jedes Jahr auf Grund unserer Erfahrungszahlen brauchen. Wenn wir dringend mehr brauchen, dann haben wir immer noch unseren Handlungsspielraum. Ich möchte Sie bitten, fangen Sie nicht an, Positionen jetzt schon zu verändern, wo wir ja doch noch etwas Handlungsspielraum haben, wenn Not am Mann oder an der Frau ist.

Jäger: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir bis 1998 jedes Jahr 130'000 Franken auf Antrag der Regierung hatten. Man hat dann gesagt, so lange es dem Kanton sehr schlecht ginge, würde man zwischenzeitlich da etwas zurückfahren. Geschätzte Damen und Herren, die Armut auf der Welt und die Not ist in den 90er Jahren nicht grösser gewesen als in den jetzigen Jahren. Und wir hatten es damals drin und ich glaube das steht uns recht an, jetzt wo es uns wieder besser geht, dass wir auf die alte Zahl zurückkommen, die wir in den 90er Jahren Jahr für Jahr zur Verfügung gestellt hatten.

Abstimmung
Der Grosse Rat lehnt den Antrag Jäger mit 50 zu 30 Stimmen ab.

1202 Drucksachen- und Materialzentrale
.4353 Verwaltungskostenentschädigung der Dienststellen
Antrag der GPK und Regierung
Erhöhung von 648'000 Franken um 70'000 Franken auf 718'000 Franken

Angenommen

2 Departement des Innern und der Volkswirtschaft

Laufende Rechung

2250 Amt für Wirtschaft und Tourismus

Jäger: Ich möchte zu 2250 Amt für Wirtschaft und Tourismus das Wort. Entschuldigung, dass ich draussen ein Momentchen aufgehalten wurde. Ich spreche zu Position 2250.364001 Beitrag an den Verein Graubünden Ferien. Graubünden Ferien macht grundsätzlich gute Arbeit. Die Werbung ist immer wieder wirklich innovativ. Das ist auch richtig so und wichtig. Und im Gegensatz zu meinem vorherigen Votum werde ich hier keinen Antrag stellen, den Beitrag zu erhöhen oder in einer anderen Weise zu verändern. Wir alle wissen, ich brauche das hier nicht zu wiederholen, Tourismus ist das wichtigste Standbein unserer Wirtschaft. Die Gästegruppen, die nach Graubünden kommen, will Graubünden Ferien „gluschtig“ machen, zu uns zu kommen. Und es ist auch wichtig, dass die Gäste, das weiss jeder Gastgeber, jede Gastgeberin, jeweils herzlich willkommen geheissen werden. Dies macht Graubünden Ferien unter anderem in der Autobahnraststätte Heidiland bei Maienfeld. Graubünden ist aber je länger je mehr, oder vielleicht kann man sagen, auch wieder auch ein Bahnreiseland. Es gibt viele Leute, die Graubünden mit dem öffentlichen Verkehr erleben und entdecken. Und der Bahnhof Chur ist die Drehscheibe des Bahnreiselandes Graubünden. Hier kann man mit dem Berninaexpress starten mit dem Glacierexpress. Hier beginnen viele wichtige Postautolinien, z.B. auf die Lenzerheide, Flims-Laax, ins Tessin über den San Bernardino usw. Der Bahnhof Chur ist neu gebaut. Und im Bahnhof Chur entsteht ein sogenanntes RIZ. Das ist ein Reiseinformationszentrum.

Für mich ist es unverständlich, dass der Vorstand von Graubünden Ferien hier nicht mitmacht. Ich zitiere aus einem Brief vom 12. Dezember 2005 an die Stadt Chur: „Anlässlich der GRF Vorstandssitzung vom 24. August 2005 haben wir die Zusammenarbeit RIZ Bahnhof Chur, also eben Reiseinformationszentrum Graubünden Ferien eingehend diskutiert. Der Vorstand von Graubünden Ferien anerkennt die hohe Bedeutung einer Informationsstelle im Bahnhof Chur.“ Und dann kommt das aber, dass man in diesem RIZ nicht tätig sein möchte. Ich finde das unverständlich und ich bin enttäuscht. Ich denke, dass was für den Automobilisten und für den Autoverkehr im Heidiland richtig ist, dass das Gleiche auch für den Bahnverkehr gilt. Die Begründung, dass es hier darum ginge, Touristen für die Stadt Chur zu empfangen, ist genau so unbegründet, wie es in Maienfeld darum geht, die Touristen für die Bündner Herrschaft zu empfangen. An beiden Orten werden grosse Verkehrsströme, die den ganzen Kanton betreffen, ankommen. Und das sind die wesentlichen Zentren, wo man dabei sein sollte. Es ist für mich einfach unverständlich, dass in diesem Punkt die Bahnkunden und die Gäste, die mit der Bahn kommen, anders behandelt werden, als man das bei den Automobilisten mit der A13 macht.

Tscholl: Ich möchte eine Vorbemerkung machen zu der GRiforma und dann auf einen Einzelfall eingehen. Die GPK hat in früheren Debatten, diverse Grossräte haben es auf den Punkt gebracht; die Kernproblematik der GRiforma-Ämter liegt in der Überwachung und Steuerung. Wer kann die Vorgaben machen, wer die Kosten- und Ertragskontrolle. Die rudimentären Leistungsziele können es wohl nicht sein. Nicht wie bei den ständigen Kommissionen, wo wir von einer Zweiklasseneinteilung der Grossratsmitglieder reden, sind wir bei der GRiforma in der fünften Klasse. Zuerst die Verwaltung, dann die Regierung, dann die FiKo, dann die GPK und am Schluss der Grosse Rat. Und wer hinterfragt diese Ausgaben?
Wenn ich nun zum Handelsregister komme, zu 2106, dann ist das Ziel eins: Eingehende Belege, die vollständig und eintragsfähig sind, gleichentags dem Tagebucheintrag zuweisen, 90 Prozent. Ziel zwei: Tagebuch vor 20.00 Uhr erstellen, 100 Prozent. Ziel drei: Das im Internet und Intranet zur Verfügung stehende Hauptregister der im Kanton Graubünden registrierten Rechtssubjekte ist täglich mit dem im SHAB publizierten Tagebucheintragungen aktualisiert, 100 Prozent. Beim Handelsregister fallen meines Erachtens sehr viele Arbeiten saisonal, zumindest unregelmässig an. Wenn alle Arbeiten bis zum Abend erledigt worden sind, stellt sich die Frage, ob der Personalbestand nicht zu hoch ist, wie die GPK hinterfragt.

Regierungsrat Trachsel: Zur Frage Graubünden Ferien. Sie haben gesagt, Sie wollen keinen Antrag auf Erhöhung stellen. Ich habe auch keinen gestellt. Sie wissen, wir arbeiten an einem Projekt über die Organisation des Tourismus. Heute Abend werden wir über den heutigen Stand orientieren. Ich glaube, dass wir aber Graubünden Ferien so oder so lassen müssen, dass sie selbständig über die Organisation entscheiden können. Ich glaube, das Schwierigste, was wir dem Tourismus antun können, ist, wenn wir ihm letztlich politisch sagen, wie er agieren muss. Ich möchte auch nicht Autogäste und Bahngäste gegen einander ausspielen. Ich kann das nicht. Ich bin auch nicht ein Profi. Ich sehe einen Unterschied. Die Bahngäste haben meist ein Billet gekauft, wo sie wissen, wo sie hingehen. Der Automobilist reist auf der Autobahn vorbei und sucht spontan, möglicherweise für eine Nacht, vielleicht für einen Kurzaufenthalt, noch ein Zimmer. Das ist sehr wahrscheinlich der Unterschied. Die Bahnkunden müssten ein Generalabonnement haben, zumindest für eine gewisse Zeit, die einfach spontan reisen und dann schauen, wo sie übernachten werden. Im Auto ist es häufiger der Fall. Das ist der Grund, wieso man sich darüber Gedanken macht, wo muss man den Gast, der nicht schon weiss, dass er zu uns kommt, empfangen. Auch im neuen Projekt werden wir uns darüber Gedanken machen, wo man den Gast empfangen muss. Bei demjenigen, der im Hotel gebucht hat, ist es am klarsten. Der meldet sich an der Rezeption. Schon ein bisschen unklarer ist es bei der Ferienwohnung, speziell in romanischen Gegenden, wo man nach Häusernamen suchen muss. Wenn man Gäste suchen sieht, Einheimische fragt, die meistens das Haus auch nicht kennen, hat man Zweifel, ob unser System noch stimmt. In dem Rahmen werden wir uns sicherlich auch mit den Fragen befassen müssen, wie empfangen wir die Gäste, wo empfangen wir die Gäste und wer empfängt den Gast. Wie gesagt, haben wir mit dem grossen Projekt erst angefangen. Wir können Ihnen die Lösung noch nicht sagen.
Zur Frage GRiforma. Ich glaube, diese Diskussion werden wir noch führen. Es ist so, wenn ich jetzt für mein Departement spreche. Man hat bewusst eine Dienststelle, wie das Handelsregisteramt gewählt, das vielleicht vom ersten Blick an nicht so prädestiniert ist. Ob wir die Aufgabe übererfüllen, ich meine, Tagebucheinträge sollten normalerweise am Tag passieren und nicht aus dem Gedächtnis erst eine Woche später, darüber kann man geteilter Meinung sein. Es ist klar, beim Plantahof ist GRiforma wirksamer als beim Handelsregisteramt. Daraus mache ich keinen Hehl. Aber es wird immer so sein bei GRiforma, dass wir Dienststellen haben, wo es als Führungsinstrument geeigneter ist, und Dienststellen, wo es eben ein bisschen weniger geeignet ist. Wenn ich in meinem Departement die beiden GRiforma-Dienststellen beurteilen muss, muss ich sagen, dass es schade wäre, wenn man den Plantahof nicht mehr nach GRiforma führen könnte. Ich bin auch überzeugt, dass es teurer wäre. Ich werde Ihnen dann die Beispiele auch aufzählen. Beim Handelsregisteramt bin ich der Meinung, dass man nach gleichen Systemen arbeiten sollte. Aber dort ist es sicherlich weniger dramatisch.

Investitionsrechnung

2250 Amt für Wirtschaft und Tourismus

Tscholl: Ich möchte doch noch einmal auf das Darlehen an die Grosssägerei zurückkommen. Frau Regierungspräsidentin hat aufgeführt, dass es nicht möglich sei, das Darlehen ins Finanzvermögen zu verbuchen. Beim Finanzvermögen müsse es eine Rendite abwerfen. Das Darlehen, wenn ich so recht im Hinterkopf gespeichert habe, wird mit 2,5 Prozent verzinst. Eine Rendite, die heute eigentlich recht gut ist, wenn man die Refinanzierung vom Kanton Graubünden ansehen kann. Und ein Darlehensvertrag wird auch vorhanden sein. Und für mich ist einfach nicht nachvollziehbar, dass das nun eine Investition ist.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Also noch einmal, das unter dem Titel Wirtschaftsförderung gewährte Darlehen ist zinsvergünstigt. Das ist ein fester Zins und zwar auf zehn Jahre, Irrtum vorbehalten. Ob dieser Zins dann, Grossrat Tscholl, in fünf Jahren noch als ertragsreiche Anlage gilt,

was notwendig ist, wenn wir etwas in das Finanzvermögen einstellen, wage ich zu bezweifeln, und das wissen auch Sie, dass dem nicht so sein wird. Das Darlehen ist hier sicher am richtigen Ort.

Standespräsident Geisseler: Wird das Wort zum DIV noch gewünscht? Dann schliessen die Verhandlungen für heute.
Schluss der Sitzung: 18.10 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

- Kommissionsauftrag GPK betreffend Bericht über Strategie, Einsitz- und Einflussnahme sowie Berichts- und Kontrollwesen bei Beteiligungen des Kantons, selbständigen Institutionen und weiteren Organisationen mit „öffentlichen“ Aufgaben

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:
Der Standespräsident: Hans Geisseler
Der Protokollführer: Domenic Gross

Dienstag, 6. Dezember 2005
Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler
Protokollführer:	Adriano Jenal
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder
	entschuldigt: Ratti
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

Budget 2006

Detailberatung *(Fortsetzung)*

3. Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement

Laufende Rechnung

3125 Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht
.3188 Betriebskostenanteil Infostar

Heinz: Ich habe eine Frage zu 3125, beziehungsweise zu 3188. Und hier geht es um den Betriebskostenanteil von Infostar. Hier haben wir eine Erhöhung um mehr als 100 Prozent, also um 54'000 Franken, beziehungsweise unten in 4364 kommt dann die Rückerstattung von den Gemeinden. Wenn ich mich zurückerinnere, als Infostar in der Einführungsphase war, ist der geschätzte Herr Mattmann wie ein Wanderprediger durch unsern Kanton gereist mit der Sekretärin, die ihm den Koffer getragen hat, und gesagt, wenn wir diesem Infostar zustimmen und das einführen, würde dann alles viel billiger und besser und man hätte denn eigentlich viel weniger Spesen, ausser gerade bei der Einführung.
Die Einführung ist vorbei und trotzdem haben wir eine grosse Kostensteigerung in diesem Bereich. Ich möchte den geschätzten Herr Regierungsrat anfragen, warum das so ist, beziehungsweise an die Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten. Sie werden das Ganze berappen und wenn wir dann jährlich eine derartige Steigerung haben, dann muss ich schon fragen, wo hier wieder die Professionalisierung ist, also hätte man's gescheiter beim Alten gelassen. Dazumal hat das irgendwie ein Bauer noch in der Stube gemacht und das hat dann unsere Gemeinde 2000, 3000 Franken gekostet und jetzt sehen Sie, welche Zahlen hier vorliegen. Darf ich die Frage an den Herrn Regierungsrat weitergeben?

Standespräsident Geisseler: Grossrat Heinz hat etwas sehr grosszügig nach vorne Fragen gestellt. Wir sind erst auf Seite 21. Darf ich bitten weiter zu verlesen.

3130 Strassenverkehrsamt
.4371 Bussen im Ordnungsbussenverfahren

Lemm: Gestern haben wir über Tourismus gesprochen und ich möchte gerne auf das Votum von Grossrat Jäger zurückkommen. Er hat gesagt, nicht alle Gäste kommen mit dem Auto, sondern sehr viele mit der Bahn nach Graubünden. Ich stelle fest, Grossrat Jäger, es kommen noch sehr viele mit dem Auto nach Graubünden und deshalb spreche ich zum Strassenverkehrsamt und zwar zu Position 4371.
Im vergangenen Jahr waren für Bussen im Ordnungsbussenverfahren 2,4 Millionen Franken budgetiert. In diesem Jahr sind ganze drei Millionen Franken dafür budgetiert. D.h. 600'000 Franken oder 25 Prozent mehr als im Vorjahr. Ich möchte von Regierungsrat Schmid gerne wissen, ob hinter dieser Erhöhung eine finanzpolitische Strategie steckt.
Ich meine, das kann nicht sein. Regierungsrat Trachsel hat gestern die Frage gestellt: „Wo muss man den Gast in Empfang nehmen?“ Ich meine, sicher nicht nach der Radarfalle. Ich bin nicht gegen Verkehrskontrollen, wenn sie der Verkehrssicherheit dienen. Aber wenn sie nur den Staatsfinanzen dienen sollen, dann bin ich dagegen und ich meine, Herr Regierungsrat, es reicht. Sie ärgern damit nicht nur unsere Gäste, Sie ärgern auch die Eingeborenen.

Regierungsrat Schmid: Infostar hat in diesem Rat schon viele Diskussionen ausgelöst, und ich war zu dieser Zeit auch noch Grossrat eines Kreises, der sich auch schwer getan hat mit der Einführung von Infostar. Ich kann aber heute feststellen, dass das System als solches jetzt funktioniert, dass es in unseren Bezirken und Kreisen eingeführt worden ist. Tatsache ist aber, dass jetzt vermehrt Gebührenerhöhungen stattgefunden haben, beziehungsweise der Kredit erhöht worden ist beim Kanton, aber auch entsprechend Mehreinnahmen generiert werden und dies per Saldo kostenneutral ist für den Kanton. Das liegt darin begründet, dass bei sehr vielen Familienregistern Nachführungen gemacht werden müssen. Diese Familienregister sind teilweise ungenau geführt worden und müssen jetzt überführt werden. Diese Einführungsphase, wie sie Grossrat Heinz erwähnt hat, ist noch nicht abgeschlossen, bis nicht sämtliche Register übertragen sind. Es ist auch so, dass wir zusätzliche Beiträge an den Bund leisten müssen. Der Kanton ist hier nur ein Durchlaufposten.
Ich versichere Ihnen aber, dass wir diesen Bereichen nachgehen werden und auch hier entsprechend die Kosten unter Kontrolle zu versuchen halten. Mit dieser Zusicherung müssen Sie leben können.
Zum Votum von Grossrat Lemm: Er fragt mich, ob die Regierung eine finanzpolitische Strategie entwickelt hätte, um Mehreinnahmen im Bussenverfahren zu erzielen. Das ist überhaupt nicht der Fall. Ich kann Ihnen hier versichern, Grossrat Lemm, es gibt keine Auflagen und keine Voraus-

setzungen bei der Polizei, dass sie eine entsprechende Bussenhöhe, ein Busseneinnahmeziel erreichen muss, wie das in andern Kantonen der Fall ist. Die Polizei soll im Kanton Graubünden entsprechend der Verkehrssicherheit Kontrollen durchführen, wo eben Unfallschwerpunkte sind. Die Einnahmen, die in diesem Jahr erzielt werden konnten im Bereich der Ordnungsbussen, sind stark angestiegen. Deshalb haben wir entsprechend auch diese Budgetierung vorgenommen. Ob diese Zahlen aber erreicht werden können, das ist eine andere Frage. Denn bei der Polizei haben wir zur Zeit mit sehr vielen vorzeitigen Pensionierungen zu kämpfen, beziehungsweise ist es eine Tatsache, dass sich der Bestand reduziert, weil die nächste Polizeischule erst im Jahre 2006 in Amriswil gestartet werden kann und diese Polizistinnen und Polizisten erst im Jahre 2007 für die Leistung von Polizeidiensten zur Verfügung stehen.
Ich möchte nochmals darauf hinweisen, das ist eine Zielgrösse. Es gibt keine Änderungen in der Strategie. Und ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen, dass die Polizei dort Kontrollen machen sollte, wo dies der Verkehrssicherheit dient. Ich möchte Ihnen aber auch nicht vorenthalten, dass das Radargerät, das wir im Misox aufgestellt haben, einen Kostendeckungsbeitrag liefert, dass hier diese Einnahmeposition erhöht werden konnte.

3212 Gesundheistamt
.3660 Beitrag an Private für Krankenversicherungsprämien
.3760 Durchlaufender Beitrag an Private für Krankenversicherungsprämien

Trepp: Ich komme nicht darum herum, zu Position 3660 und 3760 auf Seite 30 etwas zu sagen.
Dem Grossen Rat kommt ja die Aufgabe zu, die Ansätze der Krankenkassenprämienverbilligung festzusetzen. Wir haben auch in unserer Kommission Gesundheit und Soziales kurz darüber gesprochen. Dies, obwohl Grossrat Capaul es leid ist, sich jedes Jahr die gleichen Argumente seines Präsidenten anhören zu müssen. Ich selbst habe keine Probleme, seine Argumente und gelegentlich Rundumschläge anzuhören. Insbesondere, weil er manchmal sogar Recht und den Mut hat, eine eigene bürgerliche Meinung zu vertreten, die im schlimmsten Falle, wie unlängst zu Steuerfragen, mit unserer sozialdemokratischen Meinung mindestens teilweise übereinstimmt.
Am 16. November dieses Jahres hat der Bund 70 Millionen Franken für die Regionalpolitik in strukturschwachen Regionen gesprochen. Wir sind ja auch eine solche Region. Wir leiden vor allem an einem stagnierenden Binnenmarkt. Die Menschen, insbesondere der Mittel- und Unterschicht, leiden unter ihrer sinkenden Konsumkraft. Ein grosser Teil des Problems wird durch die stetig steigende Krankenprämienlast verursacht. Diese Last wird zwar durch unser sehr gutes neues Krankenkassenprämienverbilligungsgesetz, welches auf Druck der SP-Initiative entstanden ist, wesentlich abgefedert. Nichtsdestotrotz stagnieren oder sinken die zur Verfügung stehenden Mittel für die mittleren und unteren Einkommensklassen.
Nun, das ökonomische Potenzial der Krankenkassenprämienverbilligungen übersteigt ein Mehrfaches dieser wenigen Millionen Franken, die vom Bund für die Regionalpolitik zu uns fliessen werden. Es ist erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit wir für die reichsten fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung Steuerentlastungen in Millionenhöhe beschliessen werden und welch grosse Mühe es uns bereitet, unteren oder mittleren Einkommensklassen die Millionen von Franken zukommen zu lassen, die ihnen eigentlich zustehen würden. Hier gerät unsere Gesellschaft völlig aus dem Gleichgewicht. Ich wiederhole, was ich in der Kommission gesagt habe: Als Unternehmer oder CEO, wie man heute sagt, würde ich meinen Finanzminister oder meine Finanzministerin unverzüglich entlassen, falls er oder sie solche goldenen Gelegenheiten zur Finanzbeschaffung, wie sie das Krankenkassenverbilligungssystem bietet, verpassen würde. Dank dem Abstieg in die schlechteste Finanzklasse, können wir mit einem Franken Eigenmittel rund vier Franken Bundesmittel auslösen. Anderswo tun wir das ohne zu zögern. Hier aber lassen wir weiterhin Millionen von Franken, die in unseren Kanton einkommens- und konsumwirksam wären, in Bern brachliegen. Im Jahre 2006 wiederum etwa 26,2 Millionen Franken. Seit dem Jahre 2000 insgesamt immerhin etwa 228 Millionen Franken.
Ich weiss, Sie hören das nicht gerne, aber es stimmt. Rechnen Sie selbst nach und machen Sie selbst Anträge, um Ihre Wirtschaftskompetenz und Familienfreundlichkeit unter Beweis zu stellen. Falls dies nicht, wie mir ahnt, der Fall sein wird, hoffe ich wenigstens, dass wir im nächsten Juni bei der Revision des Gesetzes zur Krankenkassenprämienverbilligung eine fortschrittliche, grosszügige und familienfreundliche Lösung finden, die unsere Gesellschaft nicht weiter auseinanderdividiert. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

3212 Gesundheitsamt
.365060 Beitrag an andere Institutionen des Gesundheitswesens
Antrag der GPK
Erhöhung Beiträge von 55'000 Franken um 60'000 Franken auf 115'000 Franken

Plozza: Die GPK beantragt, die Budgetposition 3212, 365060, von aktuell 55'000 Franken um Fr. 60'000 auf neu 115'000 Franken zu erhöhen.
Eine sehr kurze Begründung: Nachdem der Grosse Rat in der Augustsession den Kommissionsauftrag der Kommission für Gesundheit und Soziales betreffend Krebsregister mit 49 zu 19 Stimmen im Sinne der Kommission überwiesen hat, soll der entsprechende Beitrag zur Führung der Krebsregister im Budget 2006 aufgenommen werden.

Angenommen

Regierungsrat Schmid: Ich bin Grossrat Trepp noch eine Antwort schuldig. Er hat darauf hingewiesen, dass er eine solche Finanzministerin entlassen würde, wenn sie diese Beiträge nicht ausschöpft. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass Sie als Grossrätinnen und Grossräte über eine Ausschöpfung der Beiträge entscheiden.
Jetzt vielleicht noch zum Inhaltlichen: Grossrat Trepp hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die steigenden Krankenkassenprämien eine grosse Belastung für die gesamte Bevölkerung darstellen und ich wage die Behauptung, nicht nur die Unterschicht leidet, wie Sie darauf hingewiesen haben, sondern es sind insbesondere auch die mittelständischen Familien, die darunter leiden. Es sind die mittelständischen Einkommen. Denn die unteren Einkommen, dort greift die Prämienverbilligung und auch beim Steuerrecht sind entsprechende Entlastungen schon vorgesehen, dass die staatliche Belastung auf ein Minimum gesenkt worden ist. Hingegen

greifen solche Entlastungen im Bereiche des Mittelstandes weniger.
Sie möchten uns eine höhere Ausschöpfung beliebt machen. Sie haben jedoch darauf verzichtet, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir eine höhere Ausschöpfung im jetzigen Zeitpunkt nicht anstreben sollten. Denn mit dem Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs auf den 1.1.2008, sofern dieser Zeitpunkt immer noch eingehalten werden kann, werden die Kantone zuständig und dann müssen diese Beiträge mehrheitlich aus der kantonalen Kasse geleistet werden und ich glaube, wir tun gut daran, eine umfassende Auslegeordnung vorzunehmen, damit wir nachher nicht in einem späteren Zeitpunkt den Bezügerkreis wieder einschränken müssen. Wenn Sie die Budgetposition anschauen, dann sehen Sie, dass wir für nächstes Jahr rund 5,5 Millionen Franken mehr Mittel für die Prämienverbilligung zur Verfügung stellen können und dass sich auch der Bezügerkreis wiederum ausdehnt. Wir gehen davon aus, dass im Jahr 2006 rund 37 Prozent unserer Bevölkerung in den Genuss der Prämienverbilligung kommen wird. Ich möchte materiell diese Diskussion hier nicht verlängern, aber darauf hinweisen, dass wir im nächsten Jahr, Grossrat Trepp hat zu Recht darauf hingewiesen, voraussichtlich in der Augustsession die Gelegenheit bekommen werden, uns nochmals umfassend über diese Prämienverbilligungsgesetzgebung zu unterhalten. Denn aufgrund der bundesgesetzlichen Vorgaben müssen wir ab dem 1. Januar 2007 die Prämien für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung zu mindestens 50 Prozent ermässigen und das führt zu einer umfassenden Revision der Prämienverbilligungsgesetzgebung. Sie werden auch Gelegenheit haben, dieses Gesetz nochmals umfassend zu analysieren, auch nochmals umfassend zu diskutierten, in welchen Bereichen eben Prämienverbilligung sinnvoll und wirksam ist.

Augustin: Eine kleine Entgegnung muss man Regierungsrat Schmid auf sein Votum zur Aussage von unserem Kommissionspräsidenten Trepp natürlich schon machen. Natürlich entscheiden wir im Ergebnis. Aber wir entscheiden in aller Regel auf Antrag der hochlöblichen Regierung und es war und ist immer die Regierung gewesen, die nicht einen derartigen Antrag gestellt hat, wie ihn Grossrat Trepp beliebt gemacht hätte und auch schon gemacht hat, konkret und auch ich meinerseits hier in diesem Rat schon entsprechende Anträge gestellt habe oder Anträge von Herrn Trepp unterstützt habe. Tatsache ist einfach – und das schleckt keine Geiss weg – dass in andern Bereichen, typischen Bereichen von Transferleistungen des Bundes an die Kantone, der bürgerliche Kanton Graubünden nie auf die Idee gekommen wäre die Gelder in Bern nicht abzuholen. Auch dann nicht abzuholen, wenn man noch einen Anteil an Kantonsgeldern auf das Ganze hätte hineinschiessen müssen. Ich erinnere an die Landwirtschaft. Es würde nie in den Sinn kommen, irgendwelche Subventiönchen – und wären es nur 50'000 Franken von Bern für die Landwirtschaft – nicht abzuholen. Ich erinnere an die Landwirtschaft. Es käme diesem bürgerlichen Parlament, diesem bürgerlichen Kanton nie in den Sinn, irgendwelche Subventionen, seien sie nun sinnvoll oder unsinnig, und es hat jetzt sehr viel unsinnige Subventionen gegeben, zum Beispiel für Waldstrassen oder in andere Waldprojekte. Es käme nie in den Sinn, solche Gelder nicht abzuholen. Aber in diesem typischen Sozialbereich, wo es keine grosse Interessenlobby gibt, wo die Einzelnen betroffen sind und die Einzelnen die Nutzniesser sind, wo es nicht konkret die Gemeinden sind, wo es nicht konkret irgendwelche Unternehmerlobbys sind aus den verschiedensten Wirtschaftsbereichen, da holt man die Gelder nicht ab. Das schleckt keine Geiss weg.

Regierungsrat Schmid: Grossrat Augustin hat einen heiklen Bereich angesprochen. Aber im Bereich der Krankenversicherung hat Ihr Rat die sozialpolitischen Zielsetzungen unterstützt und an diesen sozialpolitischen Zielsetzungen wurde klar festgehalten, dass nur entsprechend ein Drittel der Bevölkerung in den Genuss der Prämienverbilligung kommen sollte. Und ich möchte hier nochmals den Hinweis machen: wir haben im nächsten Jahr Gelegenheit, wo Sie die von Ihnen aufgestellten sozialpolitischen Zielsetzungen ändern können und dann wird Ihnen die Regierung einen entsprechenden Antrag unterbreiten. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir selbst auch alle Bundessteuerzahler sind und dass wir durchaus uns die Frage stellen dürfen und müssen, ob wir Bundessubventionen einfach abholen, auch wenn sie unsinnig sind. Ich glaube, in diesem Bereiche sind wir auch als Kanton gefordert. Denn mit der Neugestaltung des Finanzausgleiches wird die von Ihnen angesprochene Vergangenheit vermutlich nicht mehr die Zukunft darstellen.

Globalbudget 2006

3215 Sozialamt
.3626 Beiträge an Gemeinden für Unterstützungsleistungen und Alimentenbevorschussung

Noi: Ich muss zurückkommen auf das GRiforma-Globalbudget Sozialamt, Seite 31 und zwar auf die Position 3626 und ich möchte hier eine Frage stellen betreffend die neuen Ausführungsbestimmungen zum Unterstützungsgesetz. Sie sind erlassen worden von der Regierung am 15. November 2005. In der Ausgabe der „Südostschweiz“ vom 1. Dezember 2005 kritisiert Avenir Social die erlassenen Ausführungsbestimmungen und führt aus, dass anstelle von Verbesserungen weitere Verschlechterungen eingeführt werden. Er führt weiter aus, dass diese Veränderung vor allem Alleinerziehende, vorwiegend Frauen mit ihren Kindern sowie Kranke und leistungsschwache Menschen ohne genügenden Versicherungsschutz, treffen.
Jetzt meine Frage: Ich sehe hier auf dem Budget, dass die Summe erhöht wurde gegenüber dem letzten Jahr. Ich frage nur, ob es eine Sache der Verteilung ist, dass also diese Kritik vom Avenir Social die Verteilung von diesen Geldern betrifft oder es geht um etwas anderes?

Regierungsrat Schmid: Grossrätin Noi hat die Unterlagen äusserst genau studiert und hat einen Widerspruch festgestellt gegenüber der von Avenir Social geäusserten Kritik. Es ist in der Tat so, dass wir nicht davon ausgehen, dass mit den neuen SKOS-Richtlinien Einsparungen im Bereich der Sozialhilfe möglich sind. Wir haben auch im entsprechenden Regierungsbeschluss Mehrkosten in der Höhe von 94'000 Franken festgehalten. Es ist so, dass wir aber auch zugleich noch von steigenden Fällen ausgehen. Denn es ist der Trend in der Sozialhilfe, dass die Bezüger von Sozialleistungen immer noch ansteigen. Mit den revidierten SKOS-Richtlinien möchte die Regierung aber die Strategie verfolgen, dass wir in Zukunft die Leute möglichst wieder in das Erwerbsleben integrieren können. Die Zielsetzung unserer Sozialpolitik liegt darin, dass wir möglichst Sozialhilfeempfänger wieder

in den Erwerbsprozess integrieren können, weil damit letztlich natürlich Sozialhilfekosten gespart werden können. Es ist auch ein integratives Ziel, den Leuten Arbeit zu geben, dass sie auch ein eigenes Einkommen erzielen. Dass diese Verteilung zu Lasten der Leistungsschwachen geht, das ist nicht richtig. Diese Verteilung hängt aber in Zukunft vom Verhalten des einzelnen Sozialhilfeempfängers ab. Er wird in Zukunft mehr dazu beizutragen haben, um in den Genuss der vollen Leistungen zu kommen. Eine Integrationszulage beispielsweise erhält nur derjenige Sozialhilfeempfänger, der auch entsprechend an Beschäftigungsprogrammen teilnimmt oder der die von der Gemeinde ihm zugewiesenen gemeinnützigen Tätigkeiten ausübt. Das ist die Strategie der Regierung, dass wir möglichst Sozialhilfeempfänger dazu veranlassen, sich wieder in den Erwerbsprozess einzugliedern, und wir stellen auch entsprechende Integrations- und Beschäftigungsplätze im Werknetz zur Verfügung. Denn es ist im Interesse von uns allen, dass wir möglichst Sozialhilfeempfänger wieder in den Erwerbsprozess integrieren können.

3215 Sozialamt
.365019 Betriebsbeitrag an die Stiftung Frauenhaus Graubünden

Noi: Wenn ich schon so gut studiere – danke fürs Kompliment, ich kriege nicht viele – dann stelle ich noch die nächste Frage. Sie ist auf Seite 32 und betrifft die Position 365019, Beitrag an die Stiftung Frauenhaus Graubünden. Hier möchte ich fragen, ob die Subventionen des Kantons für das Frauenhaus aufrechterhalten bleiben auch noch nach dem Jahre 2006. Es darf keine Gelegenheit verpasst werden, um in Erinnerung zu rufen, dass unser Land und damit auch der Kanton Graubünden das Phänomen der häuslichen Gewalt an Frauen und Kindern kennt. Wir stehen sogar als Schweiz auf den ersten Plätzen unter den industrialisierten Ländern, was Gewalt an Frauen angeht. Weiter ist festzustellen, dass die psychischen Erkrankungen zunehmen, weshalb ein Frauenhaus ein unerlässlicher Zufluchtsort für Frauen und Kinder darstellt. Es scheint auch eine Tatsache zu sein, dass die neuen Polizeibestimmungen noch nicht überall greifen, so dass Frauen immer noch mit ihren Kindern ins Frauenhaus flüchten müssen. Diese Situation bedingt das Vorhandensein eines Frauenhauses und dessen Betrieb muss aufrechterhalten bleiben. In diesem Sinn bitte ich die Regierung, Ihre Aufmerksamkeit dieser wichtigen Institution nach wie vor zu widmen.

Regierungsrat Schmid: Grossrätin Noi kann ich ein wenig beruhigen. Es ist so, dass wir dem Sozialamt einen Auftrag gegeben haben, sämtliche Beitragsleistungen zu überprüfen und beim Sozialamt wurde festgestellt, dass die Übernachtungszahlen im Frauenhaus rückläufig sind und das bedingt natürlich, dass man entsprechend die Situation genauer analysiert. Es stellt sich auch die Frage, ob der Kanton nicht wie in anderen Bereichen zu einer leistungsbezogenen Finanzierung wechseln sollte. Wir kennen auch die Auswirkungen des neuen Polizeigesetzes nicht, wo entsprechend ein Wegweisungsartikel im Bereich der häuslichen Gewalt eingeführt worden ist. Und das Sozialamt wird entsprechend bis im Juni des nächsten Jahres einen Bericht zu unterbreiten haben, wie und in welcher Art in Zukunft der Kanton das Frauenhaus weiterhin finanziert.

Investitionsrechnung

Standespräsident Geisseler: Wird das Wort zur Investitionsrechnung des Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartements gewünscht? Nein, dann fahren wir fort. Seite 32, EKUD.

4. Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement

Laufende Rechnung

4250 Amt für Kultur
.3010 Gehälter des ständigen Personals
.3015 Entlöhnung der Aushilfen

Stiffler: Ich habe einmal mehr festgestellt, dass in fast allen Departementen gespart wird, nur in einem nicht. Ich habe mich schon mehrmals zu diesem Kapitel geäussert. Die Wirkung war gleich null. Ich stelle fest, dass im EKUD mit der grossen Kelle angerichtet wird. Ein Beispiel: Ich spreche zu Seite 41, 4250 Amt für Kultur. 3010 Gehälter des ständigen Personals, 6'768'000 Franken, 3015 Entlöhnung der Aushilfen, 1'343'000 Franken.
Ich kann Ihnen sagen, das ist mir einfach zu viel. Ich möchte Regierungsrat Lardi fragen: Sind Sie auch der Meinung, dass diese Geldausgeberei so nicht weitergehen kann und was gedenkt Regierungsrat Lardi zu tun? In diesem Zusammenhang richte ich auch an unsere GPK die Frage: Ist die GPK bereit, diese Angelegenheit zu analysieren? Wenn die Beantwortung meiner Frage nicht so ausfällt wie ich mir das vorstelle, kann ich Ihnen sagen, ich sage es als Metzger, es muss ein bisschen Fleisch am Knochen sein, sonst bin ich nicht zufrieden, dann werde ich einen Auftrag einreichen.

.318090 Übrige Dienstleistungen Dritter

Hardegger: Auch mir fällt auf, dass beim Amt für Kultur eine Kostensteigerung um rund 580'000 Franken gegenüber dem Budget des Vorjahres zu verzeichnen ist. Dies steht im krassen Widerspruch zu den allgemeinen Sparbemühungen, denen sich andere Abteilungen unterziehen müssen. Eine Anstossfrage an das Votum meines Vorredners in Bezug auf die Entlöhnung der Aushilfen. Ich möchte wissen, ob mit dieser Budgetposition der Stellenstopp unterlaufen wird und wie diese Budgetposition begründet wird? Dann habe ich eine Frage zur Position 318090, übrige Dienstleistungen Dritter: Dort ist ein Betrag von 881'000 Franken vorgesehen. Dies entspricht gegenüber dem Budget 2005 einer Kostensteigerung um 63 Prozent und gegenüber der Rechnung 04 einer solchen um 290 Prozent. Wenn es sich dabei allenfalls um die Restaurierung der historischen Lawinengalerie Splügen handelt, interessiert es mich zu wissen, wie hoch diese Kosten konkret sind und ob sich dieses Projekt sich über mehrere Jahre hinauszieht?

.365005 Verschiedene Beiträge

Butzerin: Ich spreche zu Amt für Kultur, zu der Position 365.005 auf Seite 42, zuoberst. Grossrat Portner hat gestern darauf hingewiesen, dass wir mit der Überweisung des Auftrages Perl zugunsten des Sports und zu ungunsten der Kul-

tur eine Verschiebung vorgenommen haben. Gestern wurde durch die Regierung angeführt, dass man mit Mehreinnahmen rechnet aus diesem Fonds, Wett-Fonds sag ich dem jetzt einmal, und dass das keine Mindereinnahmen für die Kultur gibt, oder keine Minderausschüttungen stattfinden. Ich nehme das so entgegen für das nächste Jahr, bin mir aber nicht sicher, ob tatsächlich diese Mehreinnahmen dann generiert werden können. Herr Regierungsrat Lardi hat gestern auch gesagt, für die weitere Zukunft könne er diesbezüglich noch keine Aussagen machen und meine Überlegungen oder meine Frage zielt nun dahin: Wir haben unter dieser Position, die ich vorhin erwähnt habe, verschiedene Beiträge und die Frage lautet nun: Was sind das für Beiträge und von wem können diese Beiträge ausgerichtet werden und an wen gehen die? Und entsprechend der Antwort, die ich dann bekomme, behalte ich mir vor, einen Antrag zu stellen, dass man auf dieser Position, denn das ist die einzige die ich gefunden habe, eventuell eine Aufstockung vornehmen könnte, damit diese Beiträge an die Kultur weiterhin, im bis anhin aufgelaufenen Rahmen gewährt werden können.

Farrér: Grossrat Stiffler möchte wissen, ob die GPK die Situation oder das Amt für Kultur analysieren möchte. Ich denke das ginge vielleicht zu weit, eine Analyse. Aber ich kann so viel in Aussicht stellen: Der zuständige Ausschuss der GPK hat einen Dienststellenbesuch beim Amt für Kultur auf den Januar angesetzt.

Pfenninger: Es ist von Grossrat Stiffler noch angesprochen die Geschichte mit den Aushilfekrediten. Ich habe bereits bei meinem Eintretensvotum darauf hingewiesen, dass wir diese Aushilfekredite sehr genau angeschaut haben, dass wir auch verschiedene Unterlagen dazu erhalten haben und den Vorsteher des POA auch bei uns hatten in der Geschäftsleitung der GPK. Wir konnten feststellen, dass es überall Begründungen gibt bezüglich der Verschiebungen innerhalb der Aushilfen und es liegt auch in der Sache, dass ja Aushilfen eben dort eingesetzt werden, wo es ausserordentliche Aufwendungen und Aufgaben zu bewältigen gibt und dass diese auch in der Regel nicht länger als zwei bis drei Jahre dann da auch angesetzt sind. Das ist die Regel und wenn Grossrat Stiffler mit einem Vorstoss, mit einem Auftrag droht, dann bin ich noch beruhigt. Als Metzgermeister könnte er auch noch mit anderen Dingen drohen.

Regierungsrat Lardi: Ich danke ihnen herzlich für die Zuneigung, die sie offensichtlich für die Kultur pflegen. Ich bin froh, weil es um einen sehr kleinen Budgetposten geht für diesen grossen Kanton mit dieser vielfältigen Kultur, die wir haben. Voraus, Herr Grossrat Stiffler, ich gewärtige ihren Vorstoss. Denn, meine Damen und Herren, die Regierung hat 170 Stellen abgebaut und zwar innerhalb der letzten zwei, drei Jahre. Sie haben die entsprechenden Unterlagen bekommen. Jetzt möchten wir, bitte verstehen sie, dass ich mich hier ein bisschen ereifere, jetzt möchten wir auch arbeiten können und zwar nicht in dem Sinne, dass man jetzt bei jeder Personalposition einen neuen Krieg entfachen muss.
Im EKUD wird nicht gespart. Diese Aussage stelle ich ganz klar in Widerrede. Es stimmt klar nicht, die Zahlen zeigen es. Im EKUD wird genau so gespart wie in allen anderen Departementen. Wir haben uns in der Regierung verständigt über Sparmassnahmen und wir haben diese alle, alle eingehalten. Und deshalb ist es nicht korrekt, es ist auch für meine Leute nicht motivierend, wenn pauschal gesagt wird, im EKUD werde nicht gespart. Dagegen wehre ich mich, dagegen wehre ich mich in aller Entschiedenheit.
Nun konkret zu den Positionen, die angeführt worden sind. Die Position, Entlöhnung der Aushilfen, 3015, wird in der Tat um 77'000 Franken erhöht. Warum? Wir möchten, beziehungsweise wir haben in unseren Museen die Mittagsaufsicht, also die Aufsicht auf die Mittagszeit auch ausgedehnt. Also wir möchten, dass die Museen in bestimmten Monaten auch über Mittag offen bleiben. Das entspricht offensichtlich dem Wunsch unserer Kunden, und wir möchten nicht zuletzt im Sinne der Ausführungen von Grossrat Trachsel zu der Volkswirtschaft und zum Tourismus auch in diesem Sinne unterstützend tätig sein. Die Erhöhung dieser Aushilfen beziehungsweise die Museumsöffnung über Mittag beträgt 75'000 Franken. Wir sind überzeugt, dass diese Erhöhung gerechtfertigt ist, damit alle Gäste von Graubünden auch über Mittag das ansehen können. Nochmals, in einer Position geht man mit 20'000 Franken zurück. Das ist die Position Gehälter des ständigen Personals, in der anderen Position wird man 77'000 Franken mehr ausgeben. Diese Position beinhaltet 65'000 Franken Mittagsaufsicht, beziehungsweise Museumsöffnung über Mittag und die übrigen Kosten steigen nach unserer Auffassung nicht.
Zur Frage nach der Erhöhung Dienstleistungen Dritter, Position 318090, das sind diese 341'000 Franken die mehr ausgegeben werden. Es ist in der Tat so, dass man einen Mehraufwand hat, weil man die Galerie Splügen, gemäss dem Entwicklungsschwerpunkt 11/02 restaurieren will. Die Kosten dieser Restauration sind 467'000 Franken. Es gibt aber auch Einnahmen des Bundes. Diese Arbeiten werden während mehreren Jahren durchgeführt und diese Position hier wird uns noch während mindestens zwei Jahren begleiten. Wir haben hier diese Verantwortung wahrgenommen. Wir sind nach Rücksprache mit den Bundesstellen der Auffassung, dass diese Galerien auf der Via Spluga sicher es verdienen, erhalten zu bleiben.
Zur Position von Herrn Grossrat Butzerin, verschiedene Beiträge: Im Vorfeld einige Erklärungen: Es sind nicht Positionen, die von Jahr zu Jahr wechseln müssen. Das sind Entnahmen aus dem Lalo-Fonds, und aus diesem Lalo-Fonds kann man vorübergehend auch mehr herausnehmen als was hineinkommt. Wir versuchen, das nicht zu machen, wir haben es auch im Budgetjahr 2006 nicht gemacht. Es ist nämlich so, dass die Leute viel mehr gespielt haben und dadurch erhöhen sich die Einnahmen in diesem Fonds und wir können mit gutem Gewissen mehr Geld aus diesem Fonds nehmen. Allerdings, sollte etwas Grösseres kommen, müssen wir immer noch etwas haben in diesem Fonds, aber von dem her ist es an sich klar, dass wir für dieses Jahr mit gutem Gewissen gleichviel für die Kultur ausgeben können wie im Vorjahr. Zu der Position von 86'000 Franken, 365005. Was ist darin enthalten? Das ist die Sprachförderung für Projekte, die in letzter Minute hineinkommen. Drei Viertel wird finanziert durch den Bund, ein Viertel wird finanziert durch den Kanton.

4271 Landeslotterie – Spezialfinanzierung
.3860 Einlage in Sportfonds
Antrag der GPK
Erhöhung Einlage von 1’320'000 Franken um 948'000 Franken auf 2'268'000 Franken

.4690 Anteil am Reingewinn der Landeslotterie
Antrag der GPK
Erhöhung Anteil von 6'000'000 Franken um 2'400'000 Franken auf 8'400'000 Franken

.4800 Entnahme aus Bestandeskonto der Spezialfinanzierung
Antrag der GPK
Erhöhung Entnahme von 1'748'000 Franken um 1'452'000 Franken auf 296'000 Franken

Farrér: Der Grosse Rat hat in der Augustsession 05 den Auftrag Perl betreffend Landeslotteriemittel zu Gunsten des Sportfonds gutgeheissen und der Regierung zur Umsetzung überwiesen. Mit dem Auftrag soll der jährliche Anteil des Sportfonds am Kantonsanteil des Reingewinns der Landeslotterie von 22 Prozent auf neu 27 Prozent ausgeschöpft werden. Damit erfährt das Budget der Rechnungsrubrik 4271 diverse Korrekturen.
Die GPK beantragt, folgende Korrekturen im Budget 06 vorzunehmen: Zur Kontonummer 3860, Einlage in Sportfonds, eine Erhöhung der Budgetposition von 1,32 Millionen um 948'000 auf neu 2,268 Millionen. Zur Kontonummer 4690, Anteil am Reingewinn der Landeslotterie, eine Erhöhung der Budgetposition von sechs Millionen um 2,4 Millionen auf neu 8,4 Millionen. Und zur Kontonummer 4800, Entnahme aus Bestandeskonto der Spezialfinanzierung. Eine Veränderung der Budgetpositionen von 1,748 Millionen um 1,452 Millionen auf neu 296'000 Franken.
Der Antrag mit Begründung ist im Übrigen auf Seite acht beziehungsweise neun des Berichts der GPK zum Budget 06 nachzulesen.

Angenommen

Standespräsident Geisseler: Wir haben somit beim EKUD die Laufende Rechnung und die GRiforma-Betriebe durchberaten, wir fahren fort auf Seite 71 bei der Investitionsrechnung.

Investitionsrechnung

Standespräsident Geisseler: Wir haben somit das EKUD behandelt. Möchte noch jemand auf eine Position zurückkommen? Scheint nicht der Fall zu sein. Wir fahren weiter Seite 45.

5. Finanz- und Militärdepartement

Laufende Rechnung

5110 Finanzverwaltung
.3010 Gehälter des ständigen Personal
.3180 Entschädigung an Beauftragte

Tscholl: Was war der Grund, warum die Aufsicht für die berufliche Vorsorge und Stiftungen an den Kanton St. Gallen übertragen wurde, mit dem Resultat, dass höhere Kosten anfallen. Wenn ich das Konto 3010 und 3180 ansehe, haben wir in der Rechnung 2004 einen Aufwand gehabt von 1,447 Millionen Franken und im Budget 1,630 Million Franken, also eine Zunahme innerhalb von zwei Jahren von 12,6 Prozent.

5135 Interkommunaler Finanzausgleich - Spezialfinanzierung
.4461 Finanzierungsbeitrag der Gemeinden

Heinz: Ich spreche zu 5135 beziehungsweise 4461. Ich gehe davon aus, dass es bei dieser Position um die Erhöhung der Abschöpfung der Wasserzinsen bei den Gemeinden um vier Prozent geht für den Finanzausgleich. Und dass ich daran keine Freude habe, das können sie sich vorstellen. Ein klärendes Gespräch mit der Finanzministerin hat mich beruhigt, so dass ich keinen Antrag in diesem Rat stelle, wobei ich feststellen kann, dass ich auch keine Chancen hätte. Aber zustimmen werde ich dann auch in Position 82 nicht. Ich frage mich schon immer wieder, warum genau immer wieder auf diese Wasserzinsen, denen geht man schon seit 50 Jahren ist man daran. Früher hatten wir keine anderen Abschöpfungsmöglichkeiten. Aber heute gäbe es natürlich ganz andere Quellen in diesem Kanton, wo man etwas wegnehmen könnte, beziehungsweise die etwas daran geben könnten. Oder noch anders gesagt: Warum könnten wir nicht auch ein bisschen von diesem Nationalbankgold in die Gemeindefusionen einstecken, anstatt dass man uns die Wasserzinsen wegnimmt und dazu werden wir dann am Schluss noch zwangsfusioniert. Da habe ich etwas Mühe. Aber wie gesagt, ich möchte nur dies einbringen und kann also dem Vorhaben nicht zustimmen, aber ich werde es nicht bekämpfen.

5150 Amt für Informatik, GRiforma, Pilotdienststelle

Tscholl: Wenn man das Amt für Informatik ansieht und die Entwicklung der Kosten, das ist beängstigend. Wenn man sieht in der Rechnung wurden 6,328 Millionen Franken Überschuss im Budget 2005 7,380 Millionen Franken, im Budget 2006 8,029 Millionen Frnaken. Das sind innerhalb von zwei Jahren Kostensteigerungen von 26,9 Prozent. Da frage ich mich, was hat die GPK hier geprüft, warum laufen diese Kosten uns so davon. Im Prinzip hat sich eigentlich die EDV verbilligt in den letzten Jahren und hier steigen die Kosten ins unermessliche.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Zuerst zur Frage betreffend Aufsicht über berufliche Vorsorge und klassische Stiftungen und warum diese Position etwas angestiegen ist. Sie ist nicht gewaltig angestiegen, aber sie ist angestiegen. Das hängt damit zusammen, dass die Aufsicht über die beruflichen Vorsorgeeinrichtungen, also BVG-Einrichtungen, sehr komplex, sehr schwierig geworden ist. Wir haben in diesem Jahr eine Trennung gemacht zwischen Aufsicht über klassische Stiftungen, die weiterhin im Kanton erfolgt und bei uns bei der Stiftungsaufsicht angesiedelt ist, und Aufsicht über die BVG-Einrichtungen, die wir nach St. Gallen abgegeben haben, in einem Auftragsverhältnis. Und zwar darum, weil ein Konkordat in der Ostschweiz im Entstehen begriffen ist. Wir werden darüber nächstes Jahr im Grossen Rat noch befinden. Wir wollen – alle Ostschweizer Kantone zusammen – die BVG-Aufsicht gemeinsam führen. Wir sind dazu an sich vom Bund her auch verpflichtet. Wir werden das tun und der Sitz wird in St. Gallen sein. St. Gallen hat bereits eine sehr weitgehend ausgebaute BVG-Aufsicht. Verschiedene Ostschweizer Kantone, unter anderem

Glarus und Graubünden, haben sich jetzt bereits mit einem Auftrag dort angeschlossen. Nächstes Jahr werden wir in diesem Zusammenhang über ein Konkordat beraten, so dass dann ab dem Jahr 2007 oder 2008 die Regelung spielen sollte, das heisst über das Konkordat die BVG-Aufsicht gesetzlich geregelt ist und die klassischen Stiftungen weiterhin der Aufsicht im Kanton unterstellt sind. Das gibt etwas Mehrkosten, weil die Aufsicht etwas intensiver ist. Dann zur Frage von Grossrat Heinz, die mehr eine Feststellung ist. Es ist nicht so, dass in diesen Beiträgen hier Finanzierungsbeitrag der Gemeinden und Finanzierungsbeitrag des Kantons für den Interkommunalen Finanzausgleich, dass hier bereits der Antrag der Erhöhung von sechs auf zehn Prozent berücksichtigt ist, das wird sich nämlich erst im Jahre 2007 auswirken, sondern hier ist allein die wirtschaftliche Entwicklung – wir rechnen mit etwas mehr Steuern, auch von den juristischen Personen – ist allein die wirtschaftliche Entwicklung, in diesen Positionen berücksichtigt. Sie sehen das auch, wenn Sie nachrechnen. Wenn man die Beiträge erhöht von sechs Prozent auf zehn Prozent, dann gäbe das hier ja einen höheren Betrag. Es ist wirklich nur die wirtschaftliche Entwicklung, die wir hier berücksichtigt haben.
Und dann noch zu Grossrat Tscholl betreffend GRiforma, Entwicklung der Kosten. Sie stellen auch fest, dass der Aufwand in Grenzen bleibt. Das sehen Sie auch. Sie sehen auch, dass der Ertrag etwas zurückgegangen ist beim AfI. Das AfI erbringt verschiedene Drittleistungen. Die Drittleistungen sind vor allem Leistungen für Gemeinden, die das AfI erbringt und die im Interesse der Gemeinden liegen, das kann ich hier auch sagen. Bei der Verrechnung der Kosten haben wir zuerst das richtige Mass finden müssen. Wir haben den Schlüssel so gelegt, dass in den letzten zwei Jahren etwas Gewinn resultiert hat, aber die kantonale Verwaltung ist ja nicht ein gewinnorientierter Betrieb und darum haben wir jetzt die Kostenverrechnung.
Aber noch einmal, beim Aufwand stellen sie fest, dass sich dieser sich in Grenzen hält.

Janom Steiner: Zur Frage von Grossrat Tscholl. Also ich kann Ihnen versichern, wir haben das Amt für Informatik auch geprüft. Wir konnten feststellen, dass im Bereich der zentral beschafften Mittel der Dienststelle höhere Software- und Wartungskosten entstanden sind und auch die Zunahme der Neuanschaffungen von Hard- und Software haben Mehrkosten verursacht. Dies war sicher ein Grund. Ein weiterer Grund, der doch Mehraufwendungen hervorrief, war die Absicht des AfI, den Kunden eine Lösung für das Dokumentenmanagement und die elektronische Archivierung zur Verfügung zu stellen. Diese entsprechenden Investitionsbeiträge sind in den Budgets 05 und 06 enthalten. Die Kostensteigerungen in der Produktegruppe Anwendungen ist vor allem auf die daraus folgenden Abschreibungen zurückzuführen. Und die Einnahmen fallen dann aber erst nach der Einführungsphase an. Ich glaube, dadurch lässt sich doch einiges erklären.

Tscholl: Ich möchte Sie doch nochmals um Aufmerksamkeit bitten. Wenn man die Entwicklung der Nettoinvestitionen sieht, im Jahre 2004 2'882'000 Franken, im Jahr 2005 4’119’000 Franken, im 2006 4'818'000 Franken; das ist eine Zunahme innerhalb von zwei Jahren von 67 Prozent. Und ich frage mich, wie geht der Trend weiter. Haben wir im 2006 nochmals eine Million mehr? Das sind doch Entwicklungen, die uns zu denken geben müssen, zumal wir ja eigentlich bei den GRiformaprojekten eigentlich kaum eine Einflussmöglichkeit haben. Und ich frage mich, ob letztlich dann der Pilot dieser Pilotprojekte nicht abstürzt, wenn das so weitergeht.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Zur Frage von Grossrat Tscholl, bzw. zu seiner Feststellung: Es ist richtig, dass im Investitionsteil die Ausgaben gestiegen sind. Das hängt damit zusammen, dass das AfI verschiedene EDV-Lösungen evaluieren und beschaffen muss, unter anderem für die Kantonspolizei, die Einsatzleitzentrale, und auch im Bereich Steuern, eine neue Steuerlösung, die im Übrigen auch von den Gemeinden gewünscht wird. Das sind grosse Projekte, die sehr viel Mittel absorbieren, das ist richtig. Das wird auch in den nächsten Jahren, wenn wir im EDV-Bereich ausbauen müssen, nicht anders sein. Die Beschaffungen, die laufen über das AfI und fallen in diese Positionen des AfI.

Capaul: Ich habe eine Verständigungsfrage. Ich habe gestern einen Antrag angekündet auf Seite 135. Jetzt muss ich fragen, ob ich vielleicht diesen Antrag schon bei den Abschreibungs hätte stellen müssen.

Standespräsident Geisseler: Also wir beraten jetzt das Budget und kommen nachher zu den Anträgen und dort wird Ihr Antrag in Position zwei gestellt und falls dieser angenommen wird, wird uns die Finanzministerin darauf hinweisen, welche Positionen in ihrem Departement allenfalls ändern.
Weitere Fragen zum FMD? Scheint nicht der Fall zu sein. Dann haben wir das so durchberaten.

6. Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement

Laufende Rechnung

6100 Hochbauamt
.3142 Baulicher Unterhalt der realisierbaren Liegenschaften

Tscholl: Die erfreuliche Nachricht für die Regierungsbank, ich melde mich das letzte Mal zum Budget. Ich habe eine Frage zur Position 3142, baulicher Unterhalt. Wir haben da gelesen, dass die Liegenschaft Loestrasse für 1,5 Millionen Franken saniert werden soll, das mit einer relativ umfassenden Sanierung. Wie sind die Kriterien, dass man allenfalls auch solche Positionen aktiviert und vor allem der Verwendungszweck dieser Liegenschaft nach der Sanierung interessiert mich.

6200 Tiefbauamt
.4341 Vergütung für Arbeitsleistungen des Strassenbaulabors

Montalta: Ich spreche auf Seite 58, 4341 Vergütung Arbeitsleistungen des Strassenbaulabors. Ich konnte dort keine weiteren Zahlen finden, darum meine Ausführungen über das Strassenbaulabor.
Ich glaube, dass die Leute in dieser Abteilung angestellt sind, um dem Unternehmer Knebel zwischen die Beine zu werfen. ARP sowie ANU haben in den letzten Jahren ihr Gebahren geändert, da sie gemerkt haben, dass ein Miteinander sprich

Behörden, Unternehmer und dergleichen mit ihren Ämtern von Vorteil sein kann. D.h. natürlich nicht, dass sie ihren Auftrag auf diese Weise nicht umsetzen können. Der VBBK, Verband Bündner Beton- und Kiesindustrie, sowie die SSB, Sammel- und Sortierplatzbetreiber des Kantons Graubünden, führen ein- bis zweimal jährlich Gespräche am Runden Tisch mit dem ARP, ANU, ALSV sowie dem TBA durch. Es sind interessante Gespräche, welche beiden Seiten dienlich sind um ihre Arbeiten bedarfsgerecht zu erledigen. Die Abteilung, welche schon seit längerer Zeit nicht den Weg an diesen Runden Tisch findet ist das Strassenbaulabor. Warum auch immer. Das Interesse an einem Miteinander ist sehr klein, ja ich möchte sagen, nicht vorhanden. Darum möchte ich eine Prüfung dieser Abteilung vorschlagen. In der Rechnung können keine Zahlen eruiert werden, da diese Abteilung irgendwo beim Tiefbauamt integriert ist. Auch ist mir der Auftrag des Strassenbaulabors im Bezug auf die gültigen Normen und Bestimmungen völlig unklar. Auf den 1.1.2005 wurde die neue Betonnorm SN EN 2061 eingeführt. Diese Einführung wurde dem Beton- und Kieslieferanten bereits Mitte 2004 mitgeteilt, mit der klaren Weisung, dass ab 2005 nur noch diese neue Norm angewendet, sprich nur normkonformer Beton für den Kanton geliefert werden kann. Sage und schreibe, das Tiefbauamt war nicht darauf vorbereitet und siehe da, der Beton wurde im Frühjahr grösstenteils nach alter Norm ausgeschrieben, sowohl wurden wir aufgefordert doch noch Beton nach alter Norm zu liefern, da dieser billiger sei und bei der Ausschreibensstelle nicht so weit sei. Das Verrückte an der Sache ist ja das, dass mit der neuen Norm die alte eigentlich aufgehoben wird. Fazit: Die Lieferanten haben ihre Aufgaben gemacht, das Tiefbauamt, sprich Strassenbaulabor, kocht scheinbar ihr eigenen Süppchen und die Suppe der Unternehmer wird noch kräftig versalzen. Und dazu kommt noch, dass das Strassenbaulabor die geltenden Normen auf ihre Weise interpretiert.

Regierungsrat Engler: Es sind zwei Fragen aufgeworfen zur Laufenden Rechnung des Bau-, Verkehrs- und Forstdepartementes. Ich erlaube mir bei der Frage von Grossrat Montalta anzufangen. Eine Frage zum Tiefbauamt:
Grossrat Montalta rechnet mit dem Strassenbaulabor des Kantons ab. Es kann durchaus sein, dass die Interessen, die einerseits durch das Strassenbaulabor, das verantwortlich dafür ist, dass die Qualitätsstandards beim Einbau von Material gewahrt bleiben, etwas anders sind als die Interessen der Materiallieferanten anderseits. Das schliesst allerdings nicht aus, dass eine bessere Verständigung untereinander angestrebt werden soll. Und ich möchte mich darum bemühen immer unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Sie wollen Kies und Material verkaufen, wir wollen gutes Kies und gutes Material, weil wir die Langfristigkeit und die Qualität unserer Strassen erhalten wollen. Ich habe Ihre Anregungen und Ihre Kritik gehört und werde mich um diese Angelegenheiten mal etwas vertiefter kümmern. Vor allem möchte ich in Erfahrung bringen, wo die Konfliktpunkte letztendlich sind.
Grossrat Tscholl erkundigt sich nach der Liegenschaft Loestrasse 26. Diese Liegenschaft an der Loestrasse 26 wurde bisher als Durchgangsheim für Asylbewerber genutzt. Zur Zeit steht es leer. Dafür gibt es betriebliche Überlegungen, die rückläufige Zahl an Asylsuchenden, und die Überlegung keine Asylbewerber-Unterkünfte im Stadtzentrum anzubieten. Sie wissen – oder auch nicht – dass das Hochbauamt im Moment daran ist, eine gesamtheitliche Überprüfung des Raumbedarfs der Kantonalen Verwaltung aufzunehmen, und Standards zu definieren. Es besteht die Absicht, allerdings ist das noch nicht abschliessend, dass das Gebäude an der Loestrasse 26, sofern es sich als ein Verwaltungsgebäude eignet, als Liegenschaft des Verwaltungsvermögens beizubehalten. Also Ihre Frage kommt zu einem Moment, in dem einiges in Angriff genommen wurde, aber noch keine abschliessenden Antworten gegeben werden können.

Tscholl: Ich danke für die Ausführungen. Ich gehe davon aus, dass man mit Renovationsarbeiten erst beginnt, wenn der Raumbedarf abgeklärt ist.

Standespräsident Geisseler: Wir haben nun das Departement Bau-, Verkehr- und Forstdepartement durchberaten. Möchte noch jemand auf eine Position zurückkommen? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann fahren wir fort mit der Detailberatung Seite 64, Richterliche Behörden.

Richterliche Behörden

Standespräsident Geisseler: Keine Wortmeldungen? Dann fahren wir fort auf Seite 66, Nachträge, Globalbereiche.

Nachträge, Globalbereiche

Standespräsident Geisseler: Ebenfalls Keine Wortmeldungen
Wir kommen zu den Anträgen. Die GPK hat unwesentliche Änderungen gegenüber den Anträgen der Regierung. Darum erlaube ich mir, die Anträge der Regierung vorzulesen, zu diskutieren und dann abzustimmen.

Antrag der GPK und der Regierung
2. Der kantonale Anteil am Erlös aus dem Verkauf der für Währungszwecke nicht mehr benötigten Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im Jahr 2005 von 436,2 Mio. Franken sei wie folgt zu verwenden:
   2.1 Vollständige Abschreibung der Pensionskassenschuld im Umfang von 283,3 Mio. Franken (erwarteter Stand Ende 2005);

Capaul: Ich beantrage, den Umfang der Abschreibung der Pensionskassenschuld auf 262,3 Millionen Franken zu reduzieren und stattdessen den Gemeinden und Verbänden die Summe von 21 Millionen Franken zurück zu erstatten, damit diese ihre Belastung aus der Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskasse vermindern können.
Meine Begründung: In ihrem Antrag zu Punkt 2.1 schlägt die Regierung selber vor, mehr als die Hälfte der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank für die Amortisationen der geleisteten Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskasse zu verwenden. Deshalb erachte ich es als mehr als gerecht, wenn auch die Gemeinden und auch deren Arbeitnehmer, sprich Lehrer und Förster, an diesem Volksvermögen mit einem bescheidenen Anteil partizipieren können.
Zweitens: Die beantragte Summe von 21 Millionen Franken zu Gunsten der Gemeinden und Verbände kann als moderat bezeichnet werden. Die Regierung beschloss im Jahre 2001, dass der Kanton bei der Abwälzung des Fehlbetrages an die Gemeinden vorweg einen Sechstel übernimmt, was diese 21 Millionen Franken ausmachte. Somit liegt dafür schon ein

Verteilschlüssel vor und folgedessen wird auch kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand mehr entstehen. Die Rückerstattung würde auf die effektive entstandene Belastung basieren und auch nicht zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden unterscheiden.
Drittens: Die Finanzministerin wird mir jetzt zu Recht entgegenhalten, der Kanton habe von den Gemeinden und von Verbänden schon einmal 21 Millionen Franken übernommen. Im Zeitpunkt dieser Beschlussfassung präsentierte sich der kantonale Finanzhaushalt aber in einem weit aus schwierigerem Umfeld als heute. Nicht zuletzt dank der Ausschüttung des Nationalbankgoldes hat sich die finanzielle Lage des Kantons in eine erfreuliche Richtung entwickelt. Auf Grund dieser verbesserten Ausgangslage wäre eine solche Geste gegenüber den Gemeinden angebracht und auch verkraftbar. Zudem verdüstern sich, im Hinblick auf die ausfallenden Steuerbeträge, die finanziellen Perspektiven bei den Gemeinden. Darum wäre es aus meiner Optik gerechtfertigt, wenn der Kanton einen kleinen Teil seines Goldsegens den Gemeinden zukommen lassen würde. Auch andere Kantone in der Nachbarschaft haben dies schon so beschlossen, die Gemeinden an dem Goldregen teilnehmen zu lassen. Z.B. Appenzell Ausserrhoden hat 123 Millionen Franken erhalten. 60 Millionen Franken hat der Kanton für den Schuldenabbau gebraucht und 50 Millionen hat der Kanton Appenzell an die Gemeinden weitergeleitet.
Viertens: Mit den Sparmassnahmen der vergangenen Jahren hat unbestritten eine Lastenverschiebung hin zu den Gemeinden stattgefunden. Deshalb möchte ich Ihnen, Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf, meinen Antrag beliebt machen und Sie bitten, ihn nicht zu bekämpfen. Wenigstens ein Teil der in den Jahren 1998 bis 2002 entstandene Mehrbelastung der Gemeinden von 50'000 Franken auf 83'200 Franken pro Stelle könnte so ausgeglichen werden. Dies wäre auch ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk der Regierung und des Grossen Rates an die Gemeinden. Gerade sie sind von den getroffenen Sparmassnahmen unmittelbar stark betroffen. Und zu guter Letzt könnte mit einem solchen Beschluss ein Schlussstrich unter die leidige Thematik der Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskasse gezogen werden. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung zu Gunsten der Bündner Gemeinden und danke Ihnen dafür.

Antrag Capaul zu Ziffer 2.1
Der Umfang der Abschreibung der Pensionskassenschuld auf 262,3 Mio. Franken sei zu reduzieren und stattdessen den Gemeinden und Verbänden die Summe von 21 Mio. Franken zurückzuerstatten, damit diese ihre Belastung aus der Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskasse vermindern können.

Janom Steiner: Nun, die GPK hat sich natürlich im Vorfeld auch darüber unterhalten, wie es denn wäre, wenn nun andere Anträge eingehen, anders lautende Anträge, als der Vorschlag der Regierung. Und die GPK ist zur Auffassung gelangt, dass diese, wie auch immer sie lauten, abzulehnen sind. Ich will Ihnen die Weihnachten, Ihnen und den Gemeinden, Weihnachten nicht vermiesen, Grossrat Capaul, aber im Namen der GPK bitte ich Sie doch diesen Antrag abzulehnen. Bereits im Rahmen der Pensionskassenausfinanzierung hat nämlich der Kanton einen wesentlichen Anteil der Gemeinden mitübernommen oder übernommen. Also, hier wurde den Interessen der Gemeinden bereits Rechnung getragen. Auch beim Finanzausgleich wurde den Interessen der Gemeinden Rechnung getragen und es wäre jetzt nicht korrekt, nun einen Betrag einem anderen Zweck als dem vorgesehenen zuzuführen. Zumal sich der Grosse Rat bereits zur Mittelverwendung ausgesprochen hat und mit der vorgeschlagenen Verwendung folgt die Regierung den Vorgaben des Grossen Rates beziehungsweise setzt sie um. Und in diesem Sinne unterstützt die GPK die vorgeschlagene Mittelverwendung.

Hartmann (St. Moritz): Ich bin ein bisschen überrascht über diesen Antrag von Kollege Capaul. Ich bin sehr für die Gemeinden und ich setze mich auch für die Gemeinden ein, aber ich glaube der Weg ist falsch, dass er jetzt mit so einem Antrag kommt. Er hätte das mindestens den Fraktionen beliebt machen sollen, dass man das diskutieren kann. Und ich muss leider sagen, wenn ich jetzt nicht aufstehe, tue ich dies nicht, weil ich gegen die Gemeinden bin sondern, weil ich die Linie beibehalten will und konsequent will bleiben. Wir müssen für die Gemeinden andere Lösungen suchen. Aber das ist jetzt ein falsches Zeichen. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Ich muss Sie bitten, und kann damit auf die Bitte von Grossrat Capaul nicht eingehen, ich muss Sie und will Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen. Es ist ja so, das hat Grossrat Capaul auch gesagt, der Kanton hat bereits einiges geleistet an den Anteil, den die Gemeinden für die Ausfinanzierung der Pensionskasse zu bringen haben, unter anderem 21 Millionen Franken Vorausanteil. Das ist richtig. Darüber hinaus haben wir einen Härteausgleich von sechs Millionen Franken geleistet und noch einen Sonderbedarfsausgleich von zwei Millionen Franken. Dies um die Belastung für alle Gemeinden generell zu mildern und dann auch um Härten auszugleichen und sonderbedarfsausgleichberechtigte Gemeinden auch zu entlasten. Also, ich denke der Kanton ist sich seiner Verantwortung hier durchaus bewusst. Wir haben diese Frage, darauf ist hingewiesen worden, verschiedentlich schon diskutiert, den Anteil des Kantons und auch die Verpflichtung des Kantons. Dies in Zusammenhang mit Vorlagen, die wir hatten, Pensionskassengesetz, Finanzhaushaltsgesetz und andere und wo wir uns auf diese Lösung geeinigt haben.
Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Die Gemeinden, die Verbände haben ja auch profitiert von dieser Lösung, von der unzureichenden Finanzierung der Pensionskassenleistungen. Nicht nur der Kanton hat davon profitiert, auch die Gemeinden. Und ich denke, wir haben jetzt auch miteinander dieses Problem glücklicherweise gelöst. Der Kanton hat in den letzten Jahren auch nicht die Gemeinden in ungebührlicher Weise mehr belastet oder zu Lasten der Gemeinden irgendetwas unternommen.
Ich nenne zwei Bereiche und ich sage Ihnen das darum, weil dann Vergleiche mit anderen Kantonen vielleicht etwas leichter zu machen sind. Wir haben in zwei Bereichen als Kanton Lasten übernommen, die in andern Kantonen von den Gemeinden getragen werden. Z.B. die individuelle Prämienverbilligung, die unseren Kanton nächstes Jahr 14,2 Millionen Franken kosten wird, zu Recht, das sind Leistungen, die notwendig sind. Aber in anderen Kantonen erbringen, zum Teil mindestens, die Gemeinden diese Leistungen. Dann haben wir den ganzen Bereich Sozialausgaben, Beiträge an Gemeinden für Unterstützungsleistungen und auch für Alimentenbevorschussung, das macht bei uns 7,6 Millionen Franken aus. Tendenz zunehmend. Das können Sie über die Budgets und Rechnungen verfolgen. Das

übernimmt der Kanton. Das ist in anderen Kantonen Aufgabe der Gemeinden.
Grossrat Capaul hat zu Recht auf Appenzell Ausserrhoden hingewiesen. Appenzell Ausserrhoden gibt einen Teil des Nationalbankgoldes den Gemeinden. Dort ist aber die Struktur eine andere und der Kanton hat dort auch andere Leistungen zu erbringen als die Gemeinden. Darum denke ich, kann das dort gerechtfertigt sein. Ich möchte Ihnen aber auch sagen, welche Regelung andere Kantone mit Bezug auf die Verwendung des Nationalbankgoldes getroffen haben: Basel-Landschaft, Basel-Stadt vollständig oder weitgehend für Schuldenabbau. Ausschliesslich für Schuldenabbau Genf, Glarus, Luzern, Nidwalden, Solothurn, Uri, Waadt. Ich zähle einfach die Kantone auf, die bereits Lösungen getroffen haben, andere sind noch dabei dies definitiv festzulegen. Also noch einmal, ich möchte Sie wirklich bitten, dabei zu bleiben und die Verwendung des Nationalbankgoldes so zu beschliessen, wie wir Ihnen das vorschlagen. Wir brauchen Handlungsspielraum und dann, das können wir Ihnen versichern, werden wir, wenn wir dann über den interkommunalen Finanzausgleich sprechen, wenn wir über die Zuteilung von Geldern aus der NFA sprechen, werden wir dann auch für die Gemeinden wieder etwas tun. Bleiben Sie hier konsequent und gehen Sie nun noch den letzten Schritt des Weges, den wir eingeschlagen haben.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 65 zu 17 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
2.2 Zusätzlicher Beitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Spezialfinanzierung Strassen zum Abbau der Strassenschuld im Umfang von 75 Mio. Franken (Stand Strassenschuld per 1.1.2005: 76, 3 Mio. Franken)

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 90 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
2.3 Vollständige Abschreibung der aktivierten Investitionsbeiträge per 1.1.2005 im Umfang von 78,1 Mio. Franken
Diese Mittelverwendung ist beim Abschluss der Staatsrechnung 2005 zu berücksichtigen. Sollte die Laufende Rechnung des Jahres 2005 keinen Ertragsüberschuss ausweisen, sind im Sinne von Art. 25 Abs. 2 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) entsprechend verminderte Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen vorzunehmen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 90 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
4. Der ordentliche Beitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Strassenrechnung gemäss Art. 84 Abs. 2 des Strassengesetzes sei auf Fr. 29'814'000.-- (45% der Verkehrssteuern) festzulegen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 91 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
5. Im Sinne von Art. 33 Abs. 2 VOzFHG sei folgender Verpflichtungskredit, welcher nicht dem Finanzreferendum zu unterstellen ist, zu genehmigen:
Hochbauamt
Kantonsschule Chur, Sanierung Sportanlagen Sand:
Verpflichtungskredit Fr. 5'500'000.--
(Stand Baupreisindex 108.6 Punkte am 1.10.2004)
Zeitlicher Anfall der Kosten 2006 Fr. 3'300'000.--
2007 Fr. 2'200'000.--
Staatsrechnungsposition Konto 6100.5034223 (Sperrvermerk 2006)

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 90 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
6. Werte und Kredite für die Betriebsbeiträge 2006 an die Spitäler im Kanton Graubünden:
6.1 der anerkannte standardisiere Fallaufwand sei auf Fr. 9'670.—festzulegen;
6.2 die maximale Hospitalisationsrate für die bis 64-jährigen Personen sei auf 110 stationäre Fälle je 1'000 Einwohner und für die 65-jährigen und älteren Personen auf 360 stationäre Fälle je 1'000 Einwohner festzulegen;
6.3 der Gesamtkredit für das Rettungswesen (inkl. Mesolcina-Calanca) sei auf Fr. 550'000.—festzulegen;
6.4 der Gesamtkredit für die Lehre und Forschung sei auf 5'960'000.—festzulegen;
6.5 die Abgabesätze auf dem anerkannten Fallaufwand seien wie folgt festzulegen:
6.5.1 für ausserkantonale Patienten auf 11,3 % für das Kantonsspital und 7,5 % für die übrigen Spitäler;
6.5.2 für Halbprivat- und Privatpatienten sowie Selbstzahler auf 15 % für das Kantonssspital und 10 % für die übrigen Spitäler;
6.6 der Gesamtkredit für das Bereitschaftswesen sei auf Fr. 3'040'000.—festzulegen.

Trepp: Die Kommission Gesundheit und Soziales hat am 16. November 2005 in Anwesenheit von Regierungsrat Schmid, Departementssekretär Candinas, Dr. Leuthold, Vorsteher des Gesundheitsamtes, Herrn Hehli, Vorsteher der Spitaldirektorenkonferenz, sowie Herrn Bachmann, ab 1. Januar 2006 Direktor des Kantonsspitals Graubünden, die Vorschläge der Regierung für die Betriebsbeiträge 2006 des Kantons an die Spitäler und die massgebenden Eckwerte durchberaten und eingehend diskutiert. Aus Sicht der Spitaldirektorenkonferenz sind die Berechnungen korrekt ausgefallen. Auch sie haben den schon gestern erwähnten Fehler bei der Berechnung des CMI nicht bemerkt. Dieser ist aber von untergeordneter Bedeutung. Allenfalls führt er zu Mehrkosten von etwa 1,35 Millionen Franken. Diese wären jedoch gebundene Ausgaben und liegen erst noch im Streubereich, so dass das Budget deswegen nicht angepasst werden muss.

Die Kommission schliesst sich der Meinung der Regierung an, dass im jetzigen Zeitpunkt, möglichst wenig Änderungen vorgenommen werden sollten, da mit dem revidierten Krankenkassenpflegegesetz noch zu wenig Erfahrungen gesammelt werden konnten. Da auch bereits wieder ein neues, verfeinertes Codierungssystem zur Berechnung der Fallschwere eingeführt wurde und die Spitäler in der Vergangenheit unterschiedlich codiert haben, ist bei Vergleichen und Überinterpretationen des vorhandenen Zahlenmaterials Vorsicht geboten. Der letzte Woche bekannt gewordenen Fehler, unterstreicht dieses Gebot nur noch zusätzlich.
Die Kommission schliesst sich einstimmig den Anträgen der Regierung an und bittet, diese zu befürworten.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 98 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
7. Kantonaler Steuerfuss für das Jahr 2006:
Der Steuerfuss für das Jahr 2006 – ertragswirksam im Jahr 2007 – sei auf 105 % der einfachen Kantonssteuer festzusetzen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 99 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
8. Steuerfuss und Beiträge für den interkommunalen Finanzausgleich:
(mit Auswirkung im Jahr 2007)
8.1 der gestützt auf das Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2006 zu erhebende Zusachlag zur Kantonsssteuer sei wie bisher auf 101 % der einfachen Kantonssteuer festzulegen;

Antrag der GPK und der Regierung
8.2 die Finanzierungsbeiträge des Kantons und der Gemeinden für den interkommunalen Finanzuausgleich seien für das Jahr 2006 von je 6 % auf neu je 10 % zu erhöhen;

Schmid: Ich habe zu Ziffer 8.2 zwei Fragen an die Regierung: In der Botschaft heisst es auf Seite A 118: Die Konsequenzen auf die Gemeinden, diese Erhöhung der Zuschlagssteuer, wirken sich erst 2007 aus. Wir beraten hier das Budget 2006. Was mir hier aber fehlt sind die konkreten finanziellen Auswirkungen für die Gemeinden.
Frage an die Regierung: Wie konkret hat diese Erhöhung der Finanzierungsbeiträge Auswirkungen auf die Steueraufkommen der Gemeinden? Ich denke, wir dürfen hier die Katze nicht im Sack kaufen. Ich hätte gerne eine Ausführung dazu, was sich da finanziell ändert. Selbstverständlich natürlich auch für den Kanton.
Frage zwei ist eher eine verfahrenstechnische Frage: Wir beraten in dieser Session das Finanzausgleichsgesetz und legen bereits jetzt im Budget den Satz fest. Ich verstehe das Prozedere auf Grund der Berechnungsperioden. Ich finde aber, das Vorgehen wäre noch überdenkenswert, ob man zuerst nicht die Mittelverwendung diskutieren sollte und dann die Mittelbeschaffung. Also zuerst die Ausgestaltung und dann die Finanzierung. Und vor allem auch im Zusammenhang mit Finanzausgleich II, das wurde schon angesprochen von Kollege Heinz, und auch im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Steuergesetzrevision im Zusammenhang mit der Senkung der Steuer für juristische Personen. Ich hätte dazu gerne Ausführungen der Regierung.
Ich komme erst jetzt damit, weil es nichts mit dem Budget zu tun hat, sondern weil hier ein Entscheid gefällt wird, der nachher ertragswirksam ist im Jahr 2007. Was jetzt noch nicht das Thema ist.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Zu dieser Frage: Die Konsequenzen dieser Erhöhung wirken sich erst im 2007 aus. Wenn Sie diese Beiträge so erhöhen, wie wir Ihnen das nun vorschlagen, wie wir das im Rahmen der Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes, des geltenden Finanzausgleichsgesetzes, tun, dann werden Sie dies in den Gemeinden das nächste Jahr so erheben und die Mehrausgaben dann im Jahr 2007 in Ihren Budgets haben. Das ist der Mechanismus. Also wir beschliessen heute, was nächstes Jahr sein soll oder sein wird. Es wird eine Erhöhung sein von sechs Prozent auf zehn Prozent, also im Rahmen, den das Finanzausgleichsgesetz vorsieht. Das Finanzausgleichsgesetz sagt ja klar, dass, wenn dieser Rahmen nicht ausgeschöpft ist, der Staat, der Kanton, keine zusätzlichen Leistungen aus der allgemeinen Rechnung, bzw. aus dem allgemeinen Budget geben kann. Wir müssen also zuerst diesen Rahmen ausschöpfen, diese zehn Prozent. Auswirkungen im Jahr 2007 für alle Gemeinden insgesamt: Rund drei Millionen Franken. Für den Kanton auch drei Millionen Franken, wobei die drei Millionen des Kantons natürlich auch an die Gemeinden gehen und damit, insbesondere für die finanzausgleichsberechtigten Gemeinden, leistet der Kanton hier auch einen Zusatzbeitrag. Für die Finanzierung dieses Finanzausgleichs. Wir möchten im Jahr 2007 den ganzen Finanzausgleich, das ist dann der FAG II, neu regeln, das habe ich gesagt. Neu regeln müssen werden wir vorab die Einnahmenseite, weil wir diese auf eine neue Basis stellen wollen. Und die Ausgabenseite werden wir diskutieren oder werden Sie dann bereits beim Gemeindegesetz, zum Teil, nicht abschliessend diskutieren. Das wird dann wiederum Thema sein bei der Diskussion über den Finanzausgleich II. Die Regelung, die wir heute haben, kann man so, bzw. sollte man so aufrechterhalten und jetzt nicht etwas ändern.
Ich habe aus Ihrer Frage geschlossen, dass Sie sich überlegen, ob man allenfalls im heutigen Finanzausgleichsgesetz noch etwas ändern sollte für die Übergangsphase, bis dann die Einnahmenseite auf eine neue Basis gestellt wird. Ich würde Sie bitten, das nicht zu tun, weil das für eine sehr kurze Zeit wäre, zum einen. Und zum anderen, weil es keinen Sinn macht und auch Ihr Argument nicht ganz stichhaltig ist, wenn Sie darauf hinweisen, dass die Gemeinden Mindereinnahmen haben durch die Steuergesetzrevision. Wenn alles so läuft, wie wir das hoffen, und wenn Sie mitmachen, wird das so laufen, dann werden wir die Steuergesetzrevision im Oktober des nächsten Jahres behandeln, das Gemeinde- und Kirchensteuergesetzes werden wir auch nächstes Jahr behandeln. Diese Erlasse sollten im Jahr 2008 in Kraft treten und werden wirksam sein mit den Mindererträgen, die vor allem natürlich die Gemeinden mit einer grösseren Zahl juristischer Personen spüren, im Jahr 2009. Und wir hoffen, dass wir bis zum Jahr 2009, weil wir dies ja im Jahr 2007 behandeln wollen, auch den Finanzausgleich auf eine neue Grundlage gestellt haben. So dass es dann nicht nur die Gemeinden mit den juristischen Personen sind, die den

Finanzausgleich finanzieren, sondern dass die Bemessungsgrundlage eine breitere ist. Das sollte zeitlich in etwa aufgehen.
Von daher stimmt die Argumentation, man müsse die Gemeinden etwas entlasten, die durch die Steuerausfälle, sagen Sie zu Recht, dann getroffen werden, in der zeitlichen Abfolge nicht ganz, weil eigentlich dies aufgehen sollte. Die Bemessungsgrundlage sollte dann eine breitere sein, und daher sollten nicht mehr ausschliesslich die Gemeinden mit starken juristischen Personen den Finanzausgleich finanzieren. Das zur Abfolge.
Ich möchte Sie bitten, nicht jetzt im Finanzausgleichsgesetz, Artikel zu ändern. Wir müssten dies ja hier tun, wenn man bei sechs Prozent bleiben wollte, und sagen würde, der Kanton müsse aus allgemeinen Mitteln den Rest finanzieren. Wir müssten zuerst die entsprechende Bestimmung, Artikel drei des Finanzausgleichsgesetzes ändern. Das kann man machen. Dann müsste man aber das gesetzliche Verfahren einhalten. Mit Vernehmlassungsfristen und allem. Das macht aber keinen Sinn, weil es in der zeitlichen Abfolge sowieso so ist, dass wir 2007 über diesen Finanzausgleich, im engeren Sinn, dann sehr breit diskutieren werden.

Schmid: Ich verstehe Ihre Argumentation nur teilweise. Die zeitliche Abfolge. Sie haben es selber gesagt. Sie haben es gut aufgezeigt, 2008, 2009, wann das Ganze in Kraft treten soll. Genau aus diesem Grund sehe ich nicht ein, warum man zum heutigen Zeitpunkt diesen Prozentsatz von sechs auf zehn Prozent erheben soll. Ich danke für die Zahl, es geht um drei Millionen Franken. Selbstverständlich, die kommen, also es geht um sechs Millionen Franken, je drei von Kanton und Gemeinden. Die kommen selbstverständlich den Gemeinden zu gut. Ich mag ihnen das gönnen. Aber es braucht auch jemanden, der das Ganze bezahlt. Und aus heutiger Sicht ist für Gemeinden mit starken juristischen Steueraufkommen, von juristischen Personen, ist nicht absehbar, was für Konsequenzen durch die Steuergesetzrevision auf sie zukommen. Es ist nur etwa ahnbar. Und aus diesem Grunde denke ich, wäre es falsch, wenn man in diesem Zusammenhang jetzt wieder bereits auf Vorrat einen Abgabensatz erhöht.
Erlauben Sie mir noch eine kleine Bemerkung zu Kollege Jäger von gestern. Schauen Sie, er wollte ja diesen Beitrag erhöhen von 90'000 auf 130'000 Franken. Er wollte eigentlich nur den ursprünglichen Zustand wiederherstellen. Das ging nicht. Und jetzt will man genau gleich auch wieder den ursprünglichen Zustand herstellen mit diesen zehn Prozent. Und jetzt soll es dann wieder gehen. Das vielleicht nur noch eine kleine Pointe.
Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, gerade auch jene Vertreter aus Gemeinden, die hohe juristische Steueraufkommen haben, agronomisch gesprochen sind das die Milchkühe hier in der Szene. Und eine Milchkuh muss man füttern oder zumindest ihr beste Ausgangslagen geben. Und was wir hier machen, denke ich, geht in eine falsche Richtung. Bevor wir wissen was für gewisse Gemeindegruppen in diesem Kanton auf sie zukommt im Teil Finanzausgleich II und auch im Teil Steuergesetzrevision.
Ich stelle Ihnen hiermit den Antrag, diesen Prozentsatz unverändert bei sechs Prozent zu lassen. Und ich bitte Sie um Ihre Unterstützung.

Antrag Schmid zu Ziffer 8.2
Die Finanzierungsbeiträge des Kantons und der Gemeinden für den interkommunalen Finanzuausgleich seien für das Jahr 2006 auf je 6 % zu belassen.

Loepfe: Wenn Sie sich damals erinnern an die Diskussion, die wir miteinander geführt haben, als die Herabsetzung dieser Werte von zehn auf sechs Prozent gefolgt ist, dann mögen Sie sich daran erinnern, dass ich mich heftig dagegen gewehrt hatte damals. Und eine meiner Begründungen, wenn Sie das nachschauen in den Protokollen, war, wenn wir das hinunter ziehen, werden wir das fast nicht mehr hinauf kriegen. Man hat mir damals versichert von der Regierungsbank, dass sei kein Problem, dass gehe dann schon. Das sei nur vorübergehend. Es gehe ja darum, diesen Fonds, der ein bisschen überdotiert war, lediglich auf die 20 Millionen hinunterfallen zu lassen. Und dann sei das dann schon gut, dann werde das gemacht werden. Und jetzt haben wir genau diesen Antrag von Schmid, Vals Ich kann Sie nur warnen, immer wenn Sie solche Sachen machen, ist es fast unmöglich, wieder zurück zu kommen. Und ich bin einfach der Meinung, wir sollten dies deshalb auch nie tun. Wenn wir ein funktionierendes System haben, dann müssen wir das funktionierende System belassen. Weil im System der Steuern und Abgaben müssen wir langfristig schauen. Wir dürfen nicht kurzfristig schauen. Das wichtigste, das wir machen müssen, auch für die Unternehmen und für die Gemeinden, ist, eine Kontinuität, eine Berechenbarkeit, eine Planbarkeit geben. Und jetzt haben wir damals beschlossen, eigentlich aus dem Grund um den Kanton zu entlasten. Es war nie, es war nie unser Ziel hier im Rat gewesen, sicher einzelner Leute hier vielleicht, aber es war nie das Ziel dieses Rates gewesen, die Gemeinden zu entlasten. Es war eine Sparmassnahme für den Kanton, weil man gesagt hat, dieser Fonds ist überdotiert. Jetzt ist er nicht mehr überdotiert und schon kommen jetzt die Gemeinden und sagen, das geht nicht, wir müssen es bei sechs Prozent belassen.
Ich bitte Sie, nehmen Sie Ihr Gedächtnis wieder hervor, denken Sie darüber nach, weshalb wir den gesenkt haben, diesen Ausgleichssatz von zehn auf sechs Prozent. Und seien Sie ehrlich, machen Sie das wieder gut, was Sie damals falsch gemacht haben. Bringen Sie den wieder auf zehn Prozent hoch. Sonst gefährden wir unser Finanzausgleichssystem. Ich bitte Sie darum, den Antrag Schmid abzulehnen.

Heinz: Ich erlaube mir, mein Gedächtnis hervor zu nehmen, wie das Grossrat Loepfe gesagt hat. Aber aus meiner Sicht war das schon ein bisschen ein anderer Fall. Grossrat Loepfe wollte nicht herunter senken, damit seine Gemeinden auch etwas vom Kuchen bekommen. Das war die Ausgangslage. Und ich war dazumal voll überzeugt, dass wir hier auch den Gemeinden entgegen kommen würden. Wenn ich mich noch zurück erinnere an die letzte Debatte, lieber Kollege Loepfe, haben Sie gesagt, wir seien Abzockergemeinden. Jetzt wo es ums bezahlen geht, jetzt sieht die Welt wieder anders aus. Ich habe sehr viel Sympathie für den Antrag Schmid und werde ihn auch unterstützen.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Grossrat Loepfe hat absolut Recht, wenn er darauf hinweist, dass eine intensive Diskussion darüber stattgefunden hat, ob man tatsächlich flexibel anpassen soll, was die Regierung befürwortet hat, weil an sich ja überall wo Mittel vorübergehend zu hoch sind in einem Fonds, man auch Anpassungen machen kann. Aber er hat auf die Sensibilitäten des Grossen Rates und der

Gemeindevertreter mehr Rücksicht genommen als wir in der Regierung, die wir das rein rechnerisch gemacht haben. Ich sehe, dass es Diskussionen geben kann, wenn man etwas wieder erhöht was man herunter gebracht hat. Es war aber damals trotzdem richtig, meine ich, sachlich richtig. Ob es politisch anders geregelt hätte werden können, darüber kann man diskutieren. Wir hatten im Finanzausgleichsfonds Mittel von 49 Millionen Franken und man sagt, dass nicht mehr als eine Jahrestranche als ständige Mittel in diesem Finanzausgleichsfonds bleiben sollte. Eine Jahrestranche das sind ungefähr 21, 22 Millionen Franken. Wir hatten also durchaus Gründe, diesen Fonds etwas zu reduzieren. Dann sind zusätzliche Aufgaben dazu gekommen, die wir über den Fonds abgewickelt haben. Und heute ist es so, dass wir, und das an die Adresse von Grossrat Schmid, heute ist es so, dass wir die Jahre 2007 und 2008 nicht finanziert haben. Wir haben mit den heutigen Beiträgen, weil uns ja auch der Anteil aus der Kulturlandverminderungsabgabe noch weggefallen ist, wir haben nicht mehr einen Fondsbestand von 20 Millionen Franken und mehr. Wir müssen aber wieder einen solchen erreichen. Wir können das nicht über die Laufende Rechnung, unter anderem weil dem das Finanzausgleichsgesetz, also das Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich entgegensteht, wo gesagt wird, dass solange nicht diese Limite von zehn Prozent ausgeschöpft ist, keine Leistungen aus der Laufenden Rechnung getätigt werden können. Insofern ist die Sachlage klar. Sie bringen das wieder in Verbindung mit den dannzumal anfallenden Mindereinnahmen aus Steuern, von denen Sie sagen, man könne sie nicht beziffern. Ich habe bereits in der Diskussion über den Steuerbericht gesagt, dass sich jede Gemeinde erkundigen kann. Wir haben die Hochrechnungen gemacht. Es gibt auch Gemeinden, die sich erkundigt haben und etwa wissen, was auf sie zukommt. Das wird im Jahr 2009 und folgende sein. Und bis dann werden wir, so hoffe ich, und ich gehe davon aus, dass Sie auch dieser Auffassung sind, die Bemessungsgrundlagen für den Finanzausgleich neu geregelt haben. Was wollen Sie dann in den Jahren 2007 und 2008 machen, wenn Sie dem Antrag der Regierung nicht zustimmen? Wollen wir in dieser Zeit keinen interkommunalen Finanzausgleich machen? Das kann ich mir nicht vorstellen. Wir haben aber rechtlich nicht die Möglichkeit, diese Mittel einfach aus dem kantonalen Haushalt einzuschiessen. Ich würde Sie daher doch bitten, diesen Mitteln für den Finanzausgleich zuzustimmen. Und schauen Sie, wenn Sie von Milchkühen sprechen, von den starken Gemeinden, Gemeinden mit juristischen Personen: Ich habe solche Diskussionen nicht gerne. Es geht in unserem Kanton wirklich darum, dass wir dafür sorgen, dass alle Gemeinden die Mittel haben, die sie brauchen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Das braucht eine gewisse Solidarität innerhalb unseres Kantons, wo wir auch sehr starke Gemeinden haben. Wir haben Gemeinden, die viel stärker sind als der Kanton. Und wir haben die schwachen Gemeinden. Es ist unsere Aufgabe, über ein gutes System einen sinnvollen Finanzausgleich sicherzustellen.
Das heutige System des Finanzausgleichs ist suboptimal und wir werden das ändern. Aber lassen Sie uns jetzt die Zeit dazu und schauen Sie oder helfen Sie uns mit, dass wir auch in den Jahren 2007 und 2008 noch einen vernünftigen interkommunalen Finanzausgleich finanzieren können.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 86 zu 8 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
8.3 der Satz für die Kürzung der Gemeindetreffnisse sei wie bisher bei 50 % zu belassen;
8.4 auf die Gewährung eines Zusatzbeitrages des Kantons gemäss Art. 3 Abs. 1 lit. e) und Art. 3 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes sei zu verzichten

Standespräsident Geisseler: Wird die Diskussion gewünscht? Dann bereinigen wir den Rest von Antrag acht, also Antrag 8.1, 8.3 und 8.4.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 102 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
9. Die Quellensteuerfüsse für das Jahr 2006 seien wie folgt festzulegen:
   9.1 Quellensteuerfuss für die Gemeinden auf 95 % der einfachen Kantonssteuer;
   9.2 Quellensteuerfuss für die Kirchen auf 13 % der einfachen Kantonssteuer.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 104 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
10. Die Aufträge Feltscher betreffend den zusätzlichen Stellenabbau in der kantonalen Verwaltung vom Juni 2003 (Kommissionsauftrag, Feltscher I) sowie betreffend konkrete Vorgaben im Stellenabbau der engeren kantonalen Verwaltung vom April 2004 (Feltscher II) gemäss den Ausführungen auf den Seiten A93 bis A95 der Budgetbotschaft der Regierung seien abzuschreiben.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 96 zu 0 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
11. Vom Strassenbauprogramm für die Jahre 2007-2008 (Seiten A129 bis A132) sei Kenntnis zu nehmen.

Parolini: Ich habe die Vorbemerkung zum Strassenbauprogramm 2007/2008 gelesen und auch die Auflistung, welche Arbeiten vorgesehen sind, wowohl bei den Nationalstrassen, Hauptstrassen und auch Verbindungsstrassen. Ich stelle dabei an sich fest, dass die Regierung auch der Meinung ist, dass zu wenig Mittel eingesetzt werden, vor allem für den Unterhalt und den Erhalt der Strassen im Kanton. Und, dass sie vor allem eine Verlagerung wollen von Bauten in Richtung Unterhalt. Ich bin auch der Meinung, wir müssen mehr Geld für den Unterhalt der Strassen aufwenden, aber es gibt auch einen riesigen Nachholbedarf bei Projekten in gewissen Regionen. Und von daher kann ich mit dem Vorgehen oder mit den vorgesehenen Arbeiten, die da im Programm 07/08 aufgeführt sind, nicht zufrieden sein. Meiner Meinung nach enthält das Programm zu wenig Projekte, die vorgesehen sind in den Jahren 07 und 08. Ich kann diesem Bericht nicht zustimmen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 86 zu 1 Stimmen zu.

Standespräsident Geisseler: Betreffend den GRiforma Pilotdienststellen haben wir sich divergierende Anträge. Wir verlesen hier den Antrag der GPK.

Antrag der GPK
12. GRiforma-Planungsberichte für Pilotdienststellen:
Die acht Planungsberiche der GRiforma-Pilotdienststellen seien zu genehmigen.
(Bemerkung GPK: Im Sinne einer Präzisierung von Ziffer 12 der Anträge der Regierung , Seite A 136 ihres Berichtes, soll auch der separate Planungsbericht 2006 der Asylorganisation genehmigt werden, da die Asylorganisation ab dem 1.1.2006 nicht mehr im Sozialamt enthalten sein wird.)

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 84 zu 1 Stimmen zu.

Antrag der GPK und der Regierung
13. Das kantonale Budget für das Jahr 2006 gemäss den Seiten 7 – 78 mit den Änderungen der GPK sei zu genehmigen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 96 zu 2 Stimmen zu.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Ich möchte mich nur noch ganz kurz äussern und mich ganz herzlich bedanken bei den beiden Kommissionen, die den Jahresbericht, das Jahresprogramm und das Budget vorbereitet haben, nämlich bei der Strategiekommission und der GPK. Sie haben sich sehr eingehend auseinandergesetzt mit dieser Vorlage und sich intensiv vorbereitet. Und ich bedanke mich speziell bei den beiden Präsidenten, die sich mit der Vorlage und mit uns sehr intensiv befasst und uns gefordert haben, im positiven Sinn. Ich möchte mich bei Ihnen allen ganz herzlich bedanken für die konstruktiven Diskussionen und Auseinandersetzungen hier. Und vor allem auch dafür, dass Sie den Anträgen der GPK und der Regierung gefolgt sind. Sie haben damit, da bin ich überzeugt, eine ganz wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung unseres Kantons gelegt.

Standespräsident Geisseler: Wird das Wort zum Budget noch gewünscht? Dann haben wir das so verabschiedet.
Erlauben Sie mir, dass ich an dieser Stelle unsere Gäste, die sich auf der Tribüne eingefunden haben, begrüsse. Wir dürfen feststellen, dass wir sehr, sehr viele Leute heute auf der Tribüne haben. Aber wir haben einige Gäste, die wir eingeladen haben.
Ich freue mich, Gemeinderatspräsident der Stadt Chur, Urs Schädler, Gemeinderatsvizepräsident Sandro Steidle, Stadtpräsident Christian Boner und Stadtschreiber Markus Frauenfelder bei uns zu begrüssen und Sie recht herzlich willkommen zu heissen. Selbstverständlich gehören zur Churer Stadtpolitik auch unsere langjährigen und geschätzten Kollegen, Grossräte Martin Jäger und Roland Tremp, die beide dem Stadtrat ebenfalls angehören. Der Grosse Rat des Kantons Graubünden tagt seit dem Umbau – 1957 bis 1959 – hier in diesem Gebäude, das bereits 1861 konzipiert als Zeughaus und Militärunterkunft gebaut wurde. Als markantes Zeitzeichen im Ratssaal darf sicher das Grosse Wandbild hinter mir bezeichnet werden. Der uns allen bekannte Künstler Alois Carigiet schuf dieses virtuose Kunstwerk mit dem Titel „Der Zusammenschluss der drei Bünde“ in den Jahren 1958 bis 1960.
Es ist für mich eine grosse Ehre und Freude, Sie hier bei uns willkommen heissen zu dürfen. Es freut mich ausserordentlich, euch für kurze Zeit bei uns zu wissen. Der Grosse Rat und die Regierung des Kantons Graubünden fühlen sich hier in diesem Saal, in diesem Gebäude und ebenso in euerer Stadt, äusserst wohl. Wir bedanken uns sowohl für die freundliche Aufnahme als auch für das Gastrecht, das wir hier in Chur geniessen dürfen. Zum Schluss bedanken wir uns für euren Besuch bei unseren Ratsverhandlungen. Die Mitglieder der Präsidentenkonferenz werden während der gemeinsamen Mittagspause Gelegenheit haben, mit euch den Gedankenaustausch zu pflegen. Herzlich willkommen.

Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung (B12/2005-2006, S. 993)

Eintreten

Antrag Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik
Eintreten

Nigg; Kommissionspräsident: Die Regierung unterbreitet uns in einer Botschaft sowohl eine Revision des Gemeindegesetzes als auch eine Revision des Finanzausgleichs. Die beiden Vorlagen zusammen bilden eine erste Umsetzungsetappe eines Strukturprojektes aus dem Regierungsprogramm 2005 bis 2008, welche eine territoriale Gemeindereform mit dem Finanzausgleich verknüpfen will. Die beiden Vorlagen rütteln in ihren grundsätzlichen Stossrichtungen an unseren föderalistischen Strukturen, welche heute auch den kleinsten Gebietskörperschaften eine grosse Autonomie und Selbstbestimmung zulässt. Wie diese vermeintlich lang gewachsenen Gemeindestrukturen verändert werden sollen, wird die Vorlage im Rat sicher stark umstritten sein. Zu den ersten Sätzen noch zwei Vorbemerkungen. Vermeintlich lang gewachsene Strukturen habe ich gesagt, weil bis vor nur 150 Jahren unser Kanton aus nur 48 Gerichtsgemeinden bestand. Ich erlaube mir hier den Hinweis, dass die Botschaft der Regierung einen hervorragenden Überblick über die Geschichte des Finanzausgleichs gibt. Von einer ersten Etappe habe ich darum gesprochen, weil heute schon eine so genannte Vorlage FAG II vorbereitet wird, welche einen Bündner NFA mit einer neuen Leistungs- und Aufgabenorganisation und unter Berücksichtigung der Erträge aus der Besteuerung der natürlichen Personen einen sogenannten Ressourcenausgleich bringen soll. Das ist dann wahrscheinlich auch der Zeitpunkt, wo die Anliegen, die wir vorher von Grossrat Schmid gehört haben, eingebracht werden können.
Bei der vorliegenden Strukturreform geht man, sehr vereinfacht ausgedrückt, von einer wünschbaren Gemeindegrösse von mindestens 300 Einwohnern aus. Persönlich bin ich diesem Anliegen vorerst sehr skeptisch gegenüber gestanden.

Ich habe eine Bündner Karte genommen und habe versucht, Gemeinden von mindestens 300 Einwohnern Grösse zu bilden. Bei der Strukturbereinigung auf meiner Bündner Landkarte musste ich dabei oft geographische Grenzen über Talschaften hinaus oder kulturelle und sprachliche Grenzen überwinden. Im Ohr waren mir aber immer auch die Voten zu Strukturreformen unserer Grossrätin Joos aus Tenna oder unserem Kollegen Heinz aus Avers oder Markus Stoffel aus Hinterrhein, um nur einige der cirka 30 Walser im Rat zu nennen. Und ich habe den Edy Walser als Ur-Walser nicht mitgezählt.
Diese Voten widerspiegelten doch auch heute noch, und erlauben Sie mir diesen kleinen Exkurs, den sprichwörtlichen Freiheitsdrang der Walser, welche sich vorab im 13. und 14. Jahrhundert in Graubünden niederliessen. Wirtschaftliche Gründe, aber auch der Gedanke vom Frei- und Unabhängigsein haben damals dazu geführt, dass so genannte Streusiedlungen gebildet wurden. Neben den erwähnten geographischen, kulturellen oder sprachlichen Grenzen sind es deshalb auch heute noch, vor allem der Geist und die Siedlungsart der Walser, welche eine territoriale Gemeindereform auf den ersten Blick als fast unmöglich erscheinen lassen. Nachdem wir aber mit einer neuen Steuergesetzgebung aber auch mit dem neuen Raumplanungsgesetz und den Gesetzgebungen und Aktivitäten im Bereich der Wirtschaftsförderungen die Grundlagen für eine tief greifende wirtschaftliche Strukturreform in unserem Kanton geschaffen haben, dürfen wir nun mit der Organisationsstruktur des Kantons nicht hinten anstehen. Damit wir unsere Talschaften und unsere Berggebiete als Siedlungsraum erhalten können, sind grundlegende Änderungen, auch wenn sie manchmal wehtun, unabdingbar. Wir machen das heute schon beispielsweise mit der Schaffung oder dem Versuch der Schaffung von grösseren und schlagkräftigen touristischen Destinationen. Wir versuchen für den Alpenraum geeignete Wirtschaftszweige zu fördern. Ich erinnere an die Holzwirtschaft mit der Grosssägerei. Und wir müssen Siedlungsraum oder Siedlungsfreiräume schaffen, ich erinnere an den kantonalen Richtplan. Ganz sicher müssen wir aber parallel dazu unsere organisatorischen Strukturen verändern. In einigen Kantonen ist man schon aktiv geworden und hat mit Zwangs- und Fördermassnahmen Gemeindereformen an die Hand genommen. Sogar der wirtschaftsstarke Kanton Zürich macht sich im Moment Gedanken über eine tief greifende Gebietsreform über den Finanzausgleich.
Wichtig scheint mir aber auch, ein Blick über die Grenzen in vergleichbare Alpenregionen zu tun. Ein grosser Teil des deutschsprachigen Alpenraums hat nicht zuletzt eben auch aufgrund der erwähnten Walserwanderung eine ähnliche Siedlungsstruktur wie wir in Graubünden. Sowohl im Südtirol, im Tirol, im Vorarlberg und im bayerischen Alpenraum haben aber vor allem umfassende Gebietsreformen mit der Schaffung von starken Gemeinden und vor allem auch von starken Verwaltungsstrukturen zu einem wirtschaftlichen Aufschwung geführt. Dort kann man heute ernten, was man früher mit der Bildung starker Strukturen geschaffen hat. In der Kommission für Wirtschaft, Abgaben, Staatspolitik war man sich nach einer grundsätzlichen Diskussion einig, dass nur eine grundlegende territoriale Gemeindereform die Grundlage zu einem wirtschaftlichen Aufschwung und somit auch die Grundlage für einen besiedelten, Alpenraum sein kann. Man kann sich, wenn man das Bekenntnis der KWAS zu starken Gemeinden hört, selbstverständlich – erlauben Sie mir auch diese Gedanken – einige Gedanken über die Zusammensetzung dieser Kommission Wirtschaft, Abgaben, Staatspolitik, machen. Grossrat Thomas Hess aus Fürstenaubruck mit etwas mehr als 300 Einwohnern war der Vertreter der kleinsten Gemeinde. Die übrigen Mitglieder kommen aus Ems, Schiers, Zizers, Davos, Disentis, Klosters usw. Es fehlte zur Behandlung dieses Geschäftes offensichtlich ein Vertreter einer Kleingemeinde in der KWAS. Das schlug sich dann auch, Sie werden es hören, auf die anschliessende Behandlung des Parlamentsgesetzes nieder, hätten wir nur zu gerne ad hoc-Mitglieder oder als Stellvertreter für ein ordentliches Mitglied ein Vertreter einer Kleingemeinde mit angehört. Weil das nicht möglich war, haben wir uns aber selbst Mühe genommen, die Anliegen der Kleingemeinden mit einzubeziehen.
Wie Eingangs erwähnt basiert das ganze Strukturbereinigungsprojekt im jetzigen Zeitpunkt auf zwei Gesetzesrevisionen. Nämlich der Revision des Gemeindegesetzes und einer Revision der Finanzausgleichsgesetzgebung. Für Strukturreformen gehören aber sicher dann auch die erwähnte FAG II Gesetzgebung, das neue Raumplanungsgesetz und das kommende neue Steuergesetz wie viele andere Gesetzesreformen mehr. Kernpunkt der vorliegend angestrebten Reform ist aber sicher das Gemeindegesetz. Im Zusammenhang mit den Gemeindezusammenschlüssen, werden Förderungs- und Zwangsmassnahmen statuiert. Der Grosse Rat erhält sogar – allerdings die begrenzte – Möglichkeit, die Mitwirkung einer Gemeinde bei einer Fusion zu erzwingen. Und im neuen Finanzausgleichsgesetz sollen die Anreize für die Gemeindezusammenschlüsse verstärkt und oder Hemmnisse beseitigt werden. Insbesondere wird ein neues Model beim Steuerkraftausgleich und eine Regelung beim Selbstbehalt für Beiträge an öffentliche Werke vorgeschlagen. Auf grundsätzliche Überlegungen zum vorgeschlagenen neuen Finanzausgleich werde ich in einem kurzen Eintreten vor der Beratung der gesetzlichen Bestimmungen zu sprechen kommen.
An dieser Stelle jetzt noch ein paar einführende Bemerkungen zum revidierten Gemeindegesetz: Wie eingangs erwähnt, bildet die neue Kantonsverfassung einerseits und die im Regierungsprogramm 2005 bis 2008 vorgesehene Strukturanpassungen andererseits den Hauptgrund der Teilrevision des Gemeindegesetzes. Die Hauptrevisionspunkte können etwa wie folgt zusammengefasst werden: Die Gemeindeautonomie als garantiertes, kantonales Verfassungsrecht soll im Gemeindegesetz verankert, aber der neuen Rechtsprechung angepasst werden. Bei der Gemeindeorganisation sieht das Gesetz eine Mindestanzahl von fünf Gemeindevorstandsmitgliedern vor. Die Regierung kann im Genehmigungsverfahren von Verfassungen allerdings davon abweichen. Die Vorschriften über das Rechnungswesen werden konkretisiert und ihr Geltungsbereich wird auf Gemeindeverbindungen und Bürgergemeinden ausgeweitet. Es werden, wie es die Kantonsverfassung vorschreibt, gesetzliche Regelungen für die Organisation der Regionalverbände aufgestellt. Diese sind in Zukunft zwingend öffentlich, rechtlich auszugestalten und ein Finanz- und Gesetzesreferendum ist bei ihnen vorzusehen. In der Detailberatung wird die Wahl der Organe zu Reden geben. Ebenfalls Uneinigkeit besteht oder bestand zumindest bei der Frage, in wie weit der Kanton die Regionalorganisation unterstützen soll. Die Detailberatung wird auch da Klarheit schaffen. Die KWAS empfiehlt Ihnen, auf die Botschaft einzutreten.

Jaag: Unser Kanton setzt sich heute aus 208 Gemeinden zusammen. Rund ein Drittel mit weniger als 200 oder rund die Hälfte unter 300 Einwohnern. Wer sich Überblick verschafft, welch vielfältige Aufgaben jede einzelne dieser Gemeinden

gemäss Gesetz zu erfüllen hat, der kommt kaum um die Feststellung herum, dass diese Situation nach Korrekturen ruft. Kleine und kleinste Gemeinden waren der hohen Berge und teilweise schwer erreichbaren Täler wegen für die dezentralen Organisationsaufgaben möglicherweise wahrscheinlich sinnvoll. Doch die Zeit bleibt nicht stehen. Zwei Beispiele: Auf gut ausgebauten Strassen lassen sich entlegene Gemeinden heute problemlos erreichen. Oder digitale Kommunikationskanäle überwinden hohe, topographische und besonders auch organisatorische Hürden spielend. Wenn ich die Gemeindevertreterinnen und -vertreter in diesem Rat richtig verstehe, immer wird darauf hingewiesen, wie der Druck auf die Gemeinden wächst. Da ist vorab der finanzielle Druck. Dieser wird in absehbarer Zeit noch massiv grösser. Wenn ich an die Wirkung der bevorstehenden Steuergesetzrevision denke. Sparübungen und Entlastungsprogramme werden allen gebetsmühlenartig vorgetragenen Beteuerungen zum trotz besonders stark auf die Gemeinden wirken. Es gibt eine Reihe von weiteren Faktoren, die ich, allerdings stichwortartig, erwähnen möchte: Die Erbringung von kommunalen Dienstleistungen im Kleinen und Kleinsten stösst an Grenzen, die Erwartungshaltung der Bevölkerung wächst, der Gesetzesvollzug wird kaum einfacher. Vielfach macht es Mühe, abtretende Amtsträgerinnen und Träger zu ersetzen. Die Aufgabenerfüllung in kleinsten Einheiten lässt Fragen offen bezüglich Qualität, Professionalität, Wirkung und Effizienz. Eine regionale oder sachliche Vernetzung spielt oft nur ungenügend. Der konstruktive Umgang mit diesen Erschwernissen führte zum Zauberwort Zweckverbänden, also zu überkommunalen Verbindungen, wo Aufgaben zwischen zwei oder mehreren Gemeinden respektive regional oder überregional angegangen und in vielen Fällen sehr sinnvoll gelöst wurden und werden.

Trotz respektablen Erfolgen bringt diese Entwicklung aber auch Nachteile mit sich. Situativ eingegangen Partnerschaften in Zweckverbänden führen zu einem eng ineinander verflochtenen Dickicht an interkommunalen Strukturen. Die Übersichtlichkeit leidet. Die Transparenz ist für Aussenstehende oft kaum mehr gegeben. Wer ist wohin delegiert? Dazu kommt die Frage, wer die Delegierten wählt? Einfach der Gemeinderat oder sinnvollerweise die Gemeindeversammlung. Einschränkung in der Ausübung von demokratischen Rechten, denn wo Delegierte entscheiden, entsteht Distanz zum Volk. Eine klare pragmatische Führung durch die Gemeindebehörde wird schwierig, weil Entscheidungskompetenz aufgesplittert, respektive delegiert wurde. Verbandsdelegierte haben zudem oft höhere Finanzkompetenzen wie Gemeinderätinnen und Präsidentinnen. Soweit einige Überlegungen, warum wir hier und heute akut gefordert sind, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich diese Strukturen Zeit und Zielgerecht verändern können.

Ich bin überzeugt, die Kleinheit unserer Strukturen, so schön sie sein mag, bringt uns riesengrosse Nachteile, die wir uns nicht mehr leisten können. Und zwar in demokratischer, finanzieller und in sachlicher Hinsicht. In verschiedensten Gemeinden, Talschaften und Regionen laufen derzeit Diskussionen um Strukturbereinigungen. Sie belegen eindrücklich, das Thema ist aktuell, Handlungsbedarf klar angezeigt. Wenn nun Veränderungen anstehen, die für jede Gemeinde Konsequenzen haben kann, dann sollten wir den Betroffenen auch angeben können, wohin der eingeschlagene Weg einer Fusion führen kann. Die Richtung ist sicher, wir brauchen grössere Gebilde, die auch mit knappen Ressourcen wirkungsvoller umzugehen versprechen. Was mir heute allerdings als wichtige Voraussetzung fehlt, ist eine verständlich ausformulierte Vorstellung, wie Graubündens Gemeindelandschaft in fünf, in zehn oder in zwanzig Jahren aussehen sollte. Hier schweigt sich die Regierung beharrlich aus und ich kann das nicht verstehen. Die SP hat sich die Mühe gemacht und fundierte, konkrete Überlegungen angestellt, wie die Bündner Gemeindestrukturen dereinst aussehen könnten. Nicht als verbindliche Vorgaben, sondern viel mehr als eine Orientierungshilfe. Ich weiss, dass sich auch die FDP mit den Zukunftsperspektiven von Gemeinden auseinander gesetzt hatte. Selbst der regierungsrätliche Hinweis, Fusionen müssten von unten nach oben erfolgen, entbindet nicht von der Pflicht, Klartext zu sprechen und zu sagen, in etwa welcher Grösse Gemeindezusammenschlüsse sinnvoll und auf Grund welcher Vorgaben solche anzugehen sind.

Eine zweite Frage betrifft das Tempo. Wie schnell sind die angestrebten Veränderungen zu vollziehen? Die vorliegende Revision des Gemeindegesetzes und stärker noch die technischen Leitplanken des Finanzausgleichsgesetzes schaffen zwar Anreiz, respektive bauen Kenntnisse ab. Um kleinen und kleinsten Gemeinden einen Zusammenschluss finanziell schmackhaft zu machen. Der in der Botschaft vorgesehene Druck auf Klein-Gemeinden wirkt nur schwach und verbaut noch keiner Kleinstgemeinde ihr Überleben. Ursprünglich war ich persönlich überzeugt, dass wir die Strukturbereinigung beschleunigen sollten. Dass wir also wirksamere Mittel nutzen sollten, um schnellere Veränderungen herbei zu führen. Heute teile ich dem gegenüber die Idee einer zurückhaltenderen Vorgehensweise, entsprechend der heutigen Botschaft. Es scheint mir aussichtsreicher, den Prozess in Gang kommen zu lassen, unter Einbezug aller Beteiligten. Die öffentliche Diskussion zum Thema ist weit herum lanciert. Dieser Entwicklung sollte, meines Erachtens, Raum geboten werden, ohne gleichzeitig den Druck so zu steigern, dass er auch kontraproduktiv wirken könnte. Aber es sind bereits heute Möglichkeiten abzusehen, diesen Prozess, sollte er nicht an Fahrt gewinnen, mit geeigneten Mitteln zu beschleunigen.

Die Gemeindefusionen von Splügen mit Medels und von St.Antönien/Ascharina mit St. Antönien decken sich auch nach dem erfolgten Zusammenschluss noch nicht mit meinem Bild einer künftig idealen Bündner Gemeinde. Ich erachte sie viel mehr als Etappe auf dem Weg zu zukunftsfähigen Gebilden. Ein solcher Zwischenschritt kann trotzdem Sinn machen. Aus dem Blickwinkel einer wirkungsorientierten Mittelverwendung für Fusionen muss allerdings gewährleistet werden, dass die in Aussicht gestellten Fördergelder, bei einem späteren Zusammenschluss mit weiteren Gemeinden, nicht zum zweiten Mal beansprucht werden können, respektiv, dass bereits einmal ausgeschüttete Fördergelder bei späteren, weiteren Fusionsschritten in Abzug gebracht werden.

Ein Wort noch zur Botschaft. Ich habe eine kleine Korrektur anzubringen und zwar auf Seite 1020, wo die Gemeinden, die fusionierenden Gemeinden aufgelistet sind. Ich möchte einfach zu Protokoll geben: Im Jahre 1901 hat sich die Gemeinde Schuders mit der Gemeinde Schiers fusioniert. Ich möchte den Verfassern aber ein Kompliment machen. Sie haben es vortrefflich verstanden, eine an sich komplizierte Thematik verständlich darzustellen und die vorbereitende Kommission zudem ergänzend und vorbildlich zu dokumentieren. Dafür danke ich und bin selbstverständlich für Eintreten.

Tuor: Wir befinden uns in einer Zeit rascher Veränderungen. Vieles, was während Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten Be-

stand hatte, wird heute in Frage gestellt, wird aufgehoben, wird teilweise oder vollumfänglich verändert und angepasst. Dabei ist es dann nicht so, dass die neuen oder veränderten Strukturen wiederum für Jahrzehnte und schon gar nicht für Jahrhunderte gültig wären und solange Bestand hätten. Viel mehr werden auch neue und geänderte Strukturen bereits nach kurzer Zeit wiederum angepasst. Dieser Umstand zwingt viele und vor allem erfolgreiche Unternehmen, sich diesen Veränderung, die stattfinden ob wir wollen oder nicht, anzupassen. Im Bereich der Gemeindestrukturen verläuft dieser Trend, ob glücklicherweise oder nicht will ich offen lassen, sehr viel langsamer. Das ist auch gut so. Denn nicht immer führen Veränderungen auch zu positiven Resultaten. Es ist aber unbestritten und unumgänglich, dass auch im Bereich der Gemeindestrukturen Veränderungen und Anpassungen stattfinden müssen.
Die vorliegende Revision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Eine Anpassung der Gemeindestrukturen an die heutigen Bedürfnisse und die heutigen Umstände ist unbedingt erforderlich. Man geht dabei vom Grundsatz aus, dass diese Reformen von unten nach oben erfolgen sollen. Dies ist richtig und soll unterstützt werden. Reformen sollen nicht von oben nach unten dekretiert werden, sondern während einer gewissen Zeit von unten nach oben angestrebt werden. Es ist aber auch Zeit nicht nur auf diesen Veränderungswillen von unten herauf zu warten, sondern auch von oben herab gewisse Rahmenbedingen zu setzen, die diesen Veränderungswillen unterstützen und verstärken. Wir wissen, dass hier eine gewisse Trägheit besteht und dass es viel einfacher ist mit dem bestehenden so lange wie möglich weiter zu fahren.
Mit der vorliegenden Revision wird ein gewisser Druck für Reformen ausgeübt. Es werden aber auch Anreize geschaffen für die nötigen Reformen. Es ist für für alle Beteiligten von Vorteil, wenn diese nötigen Reformen dann stattfinden, solange man noch über die Art und Weise und das Vorgehen bei diesen Reformen diskutieren und verhandeln kann, als wenn zu einem späteren Zeitpunkt nur noch die bedingungslose Umsetzung vorgenommen werden muss. Das wird dannzumal sehr viel mehr Probleme und Frust verursachen. In diesem Sinne geht die vorliegende Revision in die richtige Richtung. Die Teilrevision ist verträglich und schafft Rahmenbedingungen, um diese Reformen etwas dynamischer und sportlicher anzugehen. Und man sollte sie möglichst sachlich und ohne all zu grosse Emotionen diskutieren. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

Joos: Die Teilrevision des Gemeindegesetzes hat mich sehr beschäftigt. Und als Einwohnerin einer Kleingemeinde auch betroffen gemacht. Ich kann, wie von der Regierung auf Seite 1024 der Botschaft vorgeschlagen, eine aktive Förderung und Unterstützung mit Betonung auf, von unten initiierten Reformprozessen, befürworten. So finde ich es auch richtig, wenn für fusionswillige Gemeinden Hemmnisse beseitigt und Anreize geschaffen werden. Was mich aber an der vorliegenden Botschaft stört, ist, dass im gleichen Atemzug wie freiwillige Zusammenschlüsse propagiert werden Druck aufgesetzt wird und zwar ausschliesslich auf die kleinen Gemeinden. Dass dadurch Ängste hervorgerufen werden, ist mehr als verständlich. Schwächere Kleingemeinden sind meist am kürzeren Hebel. Deshalb hätte ich es begrüsst, wenn in der Botschaft an ein oder zwei Beispielen bisherige Erfahrungen bei Fusionen aufgezeigt worden wären. Welche Vor- und Nachteile, welche Kostenentwicklungen entstanden für die betreffenden Gemeinden? Erfolgten die bisherigen Fusionen aus einer Notlage heraus oder aus anderen Gründen. In der Botschaft wird auf die Vernehmlassung zum Gemeindegesetz hingewiesen. Die Mehrheit der antwortenden Gemeinden und Kreise äusserten sich gegen Vorschriften über die Grösse des Gemeindevorstandes, gegen die Verfügungen von Gemeinde-Zusammenschlüssen, gegen die Kürzung der Mindestausstattung „Heureka“ und gegen den pauschalen Selbstbehalt für öffentliche Werke. Weshalb sind diese Meinungen einer Mehrheit der direkt Betroffenen nicht in das Gesetz eingeflossen? Weshalb sind bei der Beratung der Vorlage keine direkt Betroffene einbezogen worden? Wie rechtfertigt sich der personelle und finanzielle Einsatz für eine Vernehmlassung, wenn Mehrheitsanliegen keine Beachtung finden?
Die Bemerkung auf Seite 1032 der Botschaft, dass die hohe Anzahl ablehnender Stimmen zu relativieren sei, weil sie in Anlehnung an die IG Kleingemeinden an Kreise oder Regionalverbände verfasst wurden, zeugt von wenig Demokratieverständnis. Argumentieren Sie auch so, wenn ein Volksentscheid oder das Ergebnis der Abstimmung in einer Partei nicht Ihrer Meinung entspricht. Die Zielsetzungen für die Zusammenlegung von Gemeinden sind für mich zu wenig klar. Die Einen streben starke Gemeinden, die Anderen starke Regionen an. Rivalitäten und Machtkämpfe sind vorprogrammiert, ausser wenn, wie in Davos, Gemeinde und Region identisch sind. Die Voraussetzungen für Gemeinde-Zusammenschlüsse sind sehr unterschiedlich. Vor allem in unserem Kanton mit seiner geographischen, kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Vielfalt. Mit offenen und in sich geschlossenen Talschaften und ganz unterschiedlicher Bevölkerungsdichte. Dazu kommt der Verfassungsauftrag der Erhaltung der dezentralen Besiedlung und des Föderalismus in unserem Land. Unser grösstes Problem ist die Abwanderung und dadurch das Fehlen von Arbeitsplätzen. Verlust von Schule, Laden, Post usw. Auch die laufenden Reformen in der Landwirtschaft fördern die Schwächung der Randregionen. Gerade die Bevölkerung dieser Randregionen leistet aber durch die Bewirtschaftung und Pflege der Landschaft, einen wichtigen Beitrag an den Tourismus und an den Schutz vor Naturgefahren. Fusionen um der Fusion Willen, lösen kein einziges dieser Probleme. Im Gegenteil, sie beschleunigen diese Prozesse.
Ob Fusionen als Sparmassnahmen wirksam sind, möchte ich ebenfalls in Frage stellen. Erfahrungen zeigen, dass Professionalisierung und Zusammenschlüsse nicht selten zu Kostensteigerungen führen. Grössere und kleine Gemeinden arbeiten seit langem als eigenständige Gebilde in verschiedensten Bereichen zusammen. Sollen sie auf eine Fusion eintreten, muss sie Sinn machen und allen etwas bringen. Sie muss auf die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden ausgerichtet und von der Bevölkerung mitgetragen und mitbestimmt werden. Die Gemeindegrösse darf nicht allein massgebend sein. Die Bedürfnisse der Bewohner sind in kleineren Kommunen einfacher wahr zu nehmen und umzusetzen. Das darf nicht unterschätzt werden. Anstatt jedoch zwei oder drei Klein-Gemeinden zu einer neuen Klein-Gemeinde zusammen zu schliessen, könnte ich mir auch grössere territoriale Einheiten vorstellen, die den kleinen Zellen noch eine gewisse Selbständigkeit lassen. Über Avenir Suisse haben wir uns aufgeregt. Je zentralistischer unsere Strukturen werden, je mehr näheren wir uns im Kanton diesem Bild.
Ich bin mir bewusst, dass wir uns bewegen müssen. Wir müssen dies aber miteinander, unter Einbezug der Betroffenen als gleichwertige Partner tun. Es stimmt für mich nicht,

wenn nur die Kleinen unter Druck gesetzt werden und diese als Direktbetroffene keine Möglichkeit hatten, ihre Anliegen in die Kommission einzubringen. Erzwungene oder gekaufte Fusionen werden sich spätestens dann rächen, wenn das Geld aufgebraucht ist.
Ursin Fetz schreibt am 12. Juli 2005 in der NZZ bei der Vorstellung des Leitfadens für Gemeindefusionen, den er zusammen mit Daniel Bühler über die HTW Chur heraus gegeben hat: „Wichtig ist, dass sich kein Partner benachteiligt fühlt. Auch die Anliegen kleiner Gemeinden müssen im Projekt ernst genommen werden. Gleichwertigkeit und Gleichbehandlung aller Partner sind Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit.“ Mir scheint, dass wir diese Grundsätze eines demokratischen Vorgehens auch als Parlament ernst nehmen sollten. Übrigens habe ich festgestellt, dass ich der Problematik von Gemeindeverbindungen, sprich Fusionen, nicht allein kritisch gegenüberstehe. In der NZZ vom 27. November schreibt Rainer Eichenberger, Leiter des Seminars für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg, dass Grossgemeinden schwerfällig seien und ein Demokratie-Defizit aufwiesen. Seine Forschungen haben gezeigt, dass der Zusammenhang zwischen Steuerbeitrag und Gemeindeleistung in fusionierten Grossgemeinden oft schwächer ist als in den zuvor unabhängigen Kleingemeinden mit Gemeindeversammlung. Dadurch sinken Eigenverantwortung und die Anreize zur sparsamen Verwendung der vorhandenen Mittel. Für Rainer Eichenberger sind kleine Gemeinden nicht generell zu klein, sondern nur für einzelne Aufgaben, welche sie zusammen mit anderen lösen können. Anstelle von Fusionen sieht er flexible, demokratische Zweckgemeinden. Auch das politische Entscheidungsträger knapp sind, ist für ihn kein Fusionsgrund. Sein Rezept, Zulassung von auswärtigen Kandidaten und gemeindeübergreifende Ämterkumulation –Beispiele gibt es in Kanton St. Gallen – dazu starke Rechnungsprüfungskommissionen. Den Zweckgemeinden widerspricht in der NZZ vom 29. November Regierungsrat Markus Notter. Für ihn sind Zweckgemeinden ein Denkfehler. Er akzeptiert aber, dass die Zürcher Kantonsverfassung die Struktur des Kantons mehr oder weniger unverändert lassen will und bedauert, dass das Regionenmodell nicht mehrheitsfähig war. Strukturschwache Gemeinden unter Druck zu setzen, in dem ihnen z.B. vom Kanton aus weniger finanzielle Mittel zugesprochen werden, findet er eine unehrliche Methode. In Lavaux scheiterte kürzlich ein Fusionsprojekt an Fragen der Identität und des Geldes. Deshalb lohnt es sich, verschiedene Modelle zu prüfen und dasjenige, das unseren Bedürfnissen am ehesten entspricht umzusetzen. Ich bestreite das Eintreten auf die Vorlage nicht, werde aber die Druckartikel ablehnen.

Casanova (Vignon): Malgrad tut ils suffels e vents politics essan nus fideivels e promts da habitar en nos vitgs e vitgets e tgirein e cultivein aschia la cultura e cuntrada muntagnarda. Jeu engraziel a tut quels che han quella perseveronza da habitar en nossas regiuns perfericas, els mantegnan aschia nossa identitad e diversitad.
Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. In einer Zeit mit viel Bewegung. Auch wir in den Gemeinden und Kleingemeinden, in den Regionen und Talschaften stehen vor neuen Herausforderungen. Diese Herausforderung muss für die Randgebiete, für die abgelegenen Talschaften und Gemeinden auch eine Chance sein. Diese Chance wollen wir miteinander anpacken, Ideen und auch Lösungen suchen, die von der betroffenen Bevölkerung akzeptiert werden. Dank intensiver Kooperation und Zusammenarbeit der Gemeinden in den letzten Jahren ist bis heute keine Gemeinde in finanzielle Not geraten. Die Finanzlage der Bündner Gemeinden hat sich positiv entwickelt und darf als gut bezeichnet werden. Auch Kleingemeinden funktionieren recht gut. So steht es auch in der Botschaft, Seite 1005. Die Gemeinden konnten bis heute ihre besonderen Stärken wie Bürgernähe und Identifikation erhalten, die Gemeindeautonomie und die Gestaltung der Zukunft selber weiter entwickeln. Trotz finanzieller Nachteile. Die langen Wege zu den Zentren, die hohen Gemeindesteuern und Gebühren, die hohen Lebenskosten und Treibstoffkosten, sind wir bereit auch weiterhin in den Bergdörfern zu wohnen.
Das bündnerische Finanzausgleichssystem ist zurzeit 50 Jahre alt. Im Jahre 1974, also vor 31 Jahren, haben die damaligen Politiker und Regierung Pioneerarbeit geleistet. Mit der Schaffung des neuen Gemeindegesetzes wurde eine sehr aktive Politik zur Stärkung der Gemeinden und Randregionen eingeleitet und mit Erfolg auch durchgesetzt. Mit der Garantie einer Mindestausstattung konnte über Jahrzehnte sichergestellt werden, dass die rund 100 finanzschwachen Gemeinden in unserem Kanton ihre Aufgaben erfüllen konnten. Der Erfolg war damals nicht durch Förderung von Gemeindefusionen gross, sondern durch Förderung dieser Solidarität zwischen den Gemeinden. Durch Förderung der Wirtschaft, der Landwirtschaft und des Tourismus. Die zusätzliche Unterstützung der Schweizer Patenschaft mit Sitz in Zürich, mit ehemaligen Bündner Politikern an der Spitze, wie alt Bundesrat Schlumpf, Ständerat Cavelty, der ehemalige Chef des Meliorationsamtes, Simon Wehrli, leisten heute noch hervorragende Arbeit zu Gunsten der Berggemeinden und zu Gunsten der Wirtschaft in den Bergregionen. Ich danke im Namen der Gemeinden und Kleingemeinden für diese Pionierleistungen, für diese Unterstützung und für diese Solidarität. Ich danke auch den finanzstarken Gemeinden für den Erhalt dieser Vielfältigkeit und Kultur in unserem Kanton. In den letzten 35 Jahren wurden somit Millionen in den Gemeinden und Talschaften investiert. Arbeitsplätze nicht nur für die Gemeinden und in den Regionen, sondern Arbeitsplätze auch für die Zentren und für die kantonale Verwaltung. Grosse Meliorationsprojekte wurden ausgeführt, Wasserversorgungen, Abwasserbeseitigung und Kläranlagen, Gemeindekanzleien wurden gebaut, Arbeitsplätze für Gemeindekanzlisten und Gemeindearbeiter wurden sogar auch in Klein-Gemeinden geschaffen. Diese aktive Berggebietspolitik des Bundes und des Kantons erlaubte die Infrastruktur der Gemeinde zu ergänzen und zu erneuern. Und somit ist die Attraktivität der Randregion, der Gemeinden und Kleinggemeinden gestiegen.
Auch der Gemeindeverband Surselva hat während 35 Jahren in unserer Region ebenfalls Pionierarbeit geleistet. Diese Investitionen waren keine Fehlinvestitionen. Diese Berggebietspolitik war richtig. Heute reden die Politiker und Wirtschaftsförderer nur über Geld und Gemeindefusionen und vergessen, dass die ausgeführten Investitionen der letzten 35 Jahre in diesen Gemeinden und Talschaften weiterhin Leute braucht, die gewillt sind, dort zu wohnen und dort zu leben. Wir brauchen weiterhin Leute, die diese Infrastruktur benutzen und unterhalten. Leute, die die Landschaft pflegen, die vorhandene Arbeitsplätze erhalten und weiter entwickeln und zusammen die Attraktivität der Talschaften fördern. Fusionen alleine schaffen noch keine Arbeitsplätze.
Ich bin nicht gegen Gemeindefusionen. Ich bin für neue Visionen und neue Ideen und unterstütze eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden. Ich unterstütze auch die Idee der Regierung, wenn sie die von unten initiierten Prozesse fördern und unterstützen will. Ich unterstütze

auch den Vorschlag, wenn mit finanziellen Mitteln Gemeindefusionen gefördert werden. Als Vertreter der Kleingemeinden hier in diesem Rat wehre ich mich jedoch vehement gegen die Kürzung der Mindestausstattung an 57 finanzschwache Gemeinden. Ich bin gegen Fusionsdruck und gegen Gesetze und Verordnungen, die sogar fusionswillige Gemeinden bestrafen, die Starken stärken und die Schwachen schwächen, nur um Fusionen zu erreichen. Ohne Rücksicht auf die geographische Lage, ohne Rücksicht auf die, momentan sehr gute Zusammenarbeit der Gemeinden, ist für die betroffenen Gemeinden in unserem vielfältigen Ferienkanton nicht akzeptabel. Ich hoffe, dass es den Gemeinden in unserem Kanton auch weiterhin mit oder ohne Fusion, gut geht.
Die durchschnittliche Grösse einer Bündner Gemeinde liegt bei rund 900 Einwohnern. Insgesamt 161 Gemeinden liegen unter diesem Wert. Und sogar 132 Gemeinden haben weniger als 500 Einwohner. In unserer Talschaft werden, trotz Fusionswille, mit der Kürzung der Mindestausstattung an sechs Gemeinden jährlich 222'000 Franken gespart. In der wirtschaftlich schwachen Region Surselva mit 45 Gemeinden, müssen in 16 Gemeinden 560'000 Franken eingespart werden. Dafür erhalten verschiedene Gemeinden mit mehr als 300 Einwohnern im Wirtschaftszentrum Graubünden, mit Autobahn-Anschluss, SBB und RhB-Anschluss mehr Geld aus dem Finanzausgleich. Es ist richtig, wenn diese Gemeinden mehr Geld erhalten, aber bitte nicht auf Kosten von wirtschaftsschwachen Regionen. Hier findet eine Geldumlagerung statt. Die zusätzliche Kürzung der Mindestausstattung an Gemeinden unter 300 Einwohnern, mit der vorgesehenen Abstufung ein Sechstel, zwei Sechstel und drei Sechstel, zerstört finanziell auch gut funktionierende Gemeinden. Ich bin jedoch auch für Sparen, auch bereit zu sparen. Aber diese Kürzung führt bei Kleingemeinden zu Zwangsfusionen und das ist das Ziel der Politik. Ich bin froh um die klare Aussage der FDP-Fraktion, dass keine Zwangsfusionen stattfinden sollen. Wenn wir aber Zwangsfusionen wollen, warum nicht auch Zwangsfusionen bei grösseren Gemeinden über 300 Einwohnern. Dort wäre nämlich Sparpotential vorhanden. 85 Gemeinden mit einer Steuerkraft unter dem kantonalen Mittel erhalten Beiträge aus dem Finanzausgleichsfond. Ein Sockel-Beitrag und eine Mindestausstattung. In den Genuss der vollen Mindestausstattung gelangen nur Gemeinden mit mehr als 300 Einwohnern. Für Gemeinden mit weniger als 300 Einwohnern wird der Beitrag gekürzt. Dies ist ungerecht und undemokratisch. Sämtliche finanzschwachen Gemeinden leben nicht in Überfluss, meine Damen und Herren. Und die Mindestausstattung ist auch kein Hindernis, kein Stolperstein und verhindert auch Gemeindefusionen nicht. Wenn Sie, meine Damen und Herren, hier 1,7 Millionen Franken sparen wollen und sparen müssen, wäre es demokratisch gerecht, wenn alle 85 Gemeinden diese Kürzung der Mindestausstattung in Kauf nehmen würden. Das Ziel, mehr Gemeindefusionen zu erreichen, muss anders erreicht werden. Talschaftslösungen und vor allem finanzielle Vor- und Nachteile der betroffenen Gemeinde, wie wir das machen im Val Lumnezia, müssen analysiert und gelöst werden. Die vorgeschlagene Gesetzesrevision und Verordnung dürfen, diese genannten Talschaftslösungen und Ziele nicht zerstören. Ich hoffe auf Solidarität und Weitsicht. Und ich hoffe, dass wir wissen, was wir sagen. Aber ich hoffe auch, dass wir wissen, was wir machen.

Loepfe: Die Strategiekommission hat sich ebenfalls mit dieser Vorlage befasst und einen Mitbericht zum Gemeindegesetz und zur Finanzausgleichsgesetzgebung, der Leitkommission KWAS zukommen lassen. Es handelt sich hierbei um den ersten Mitbericht, den die Strategiekommission seit ihrer Einsetzung erstellt hat. Es liegt nun in der Natur des Mitberichtsverfahrens, dass nur diejenigen Anträge der mitberichtenden Kommission Eingang in das Protokoll der Leitkommission finden, welche zumindest bei einer Minderheit der Leitkommission Unterstützung gefunden hat. Das rosa Protokoll widerspiegelt somit keinesfalls den Umfang des Mitberichts und die Anträge der Strategiekommission. Die Strategiekommission unterstützt grundsätzlich die Vorlage der Regierung. Insbesondere unterstützt sie die Strategie, keine zentralistische Planung von Gemeindezusammenschlüssen zu verfolgen, sondern auf eine aktive Förderung von unten initiierter Reformprozesse zu setzen. Diese können sich sowohl auf die Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit als auch auf dem Zusammenschluss von Gemeinden beziehen. Aus den Wortmeldungen der Strategiekommission im Rahmen der Beratung des letzten Landesberichts dürfte klar sein, dass die Strategiekommission dabei nicht nur den Gemeindefusionen ihre Aufmerksamkeit schenkt, sondern auch den Regionalorganisationen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit. Die Vorlage legt Forderungen an die Regionalorganisationen fest und reguliert sie. Das ist auch in den Augen der Strategiekommission richtig. Nur vermisst eine Kommissionsmehrheit ein dazugehöriges Förderungselement, welches allen Regionalorganisationen kantonsweit erlaubt, die ihr vorgegebenen Aufgaben und Ziele zeitgerecht und effektiv zu erreichen. Der Mitbericht der Strategiekommission zeigt denn auch gewisse Abweichungen zur Haltung der Regierung und der KWAS. Ohne auf die einzelnen Artikel hier einzugehen, kann diese Haltung der Mehrheit der Strategiekommission zur Vorlage insgesamt, wie folgt, wieder gegeben werden. Erstens: Nur dort bei den Gemeinden etwas zusätzlich regulieren, wo dies auch wirklich nötig ist. Zweitens: Fusionsdruck auch dort erzeugen, wo dies im Gesamtinteresse, nicht nur unabdingbar, sondern für die Allgemeinheit auch nützlich ist. Drittens: Die Regionalorganisationen in ihrer Entwicklung, sowohl als Führungselement als auch als Anreiz mit Kantonsmitteln fördern können.
Man könnte nun auf Grund des Protokolls schliessen, dass diese Haltung von der KWAS und der Regierung nur in einem sehr spärlichen Umfang mitgetragen wird. Bei gewissen Punkten wird die Strategiekommission auf ihren Mitbericht zurückkommen. Sie kann allerdings auf gewisse Anträge möglicherweise verzichten, auf Grund von Zusicherungen, von Protokollerklärungen. Dies ist natürlich auch in dem Lichte zu sehen, dass Sie es nicht im Protokoll haben, weil wir als Kommission grundsätzlich kein Antragsrecht in der Ratsdebatte haben, wenn wir nur mitberichten. Darum werden diese Anträge, die wir stellen werden von einzelnen Mitgliedern unserer Kommission ad personam in der Debatte gestellt werden.
Zu Ursulina Joos und Robert Casanova noch eine eigene Antwort meinerseits: Kleingemeinden müssen nicht einfach zu grösseren Gemeinden fusionieren um der Grösse willen. Diese Behauptung ist so nicht richtig und ich kann sie dem Gesetz nicht entnehmen. Viel mehr geht es darum, dass arme Kleingemeinden nicht länger auf Kosten der Allgemeinheit, ihre eigentlich auf Dauer nicht lebensfähige Struktur erhalten dürfen. Finanzkräftige Kleingemeinden können so bleiben wie sie sind. Im Gegensatz zu Ursulina Joos und Robert Casanova sehe ich nicht, dass diese Gesetzesvorlage zu Abwanderung führt. Die Wohnorte bleiben ja da, wo sie sind.

Es geht lediglich um die Zusammenfassung administrativer Strukturen zu einem grösseren Gebilde. Dort wo das, weil es sich nicht trägt, notwendig ist. Wir dürfen hier nicht zu emotional werden und den Teufel an die Wand malen.
Zu Robert Casanova noch: Ich habe ein anderes Verständnis von Demokratie als er. Demokratie heisst für mich, wenn die Mehrheit entscheidet und dabei in angemessenem Masse die Bedürfnisse der Minderheiten berücksichtigen. Demokratie heisst keinesfalls Giesskanne. Sein Verständnis war Giesskanne, dagegen wehre ich mich. In diesem Sinne und mit den Ausführungen als Präsident der Strategiekommission möchte ich diese Vorlage begrüssen und beantrage Eintreten.

Brüesch: Es handelt sich bei dieser Vorlage um eine zukunftsgerichtete Vorlage, welche eine mindestens minimale, jedoch dringend notwendige Strukturreform in unserem Kanton ermöglicht. Die Vorlage enthält schwergewichtige Bestimmungen zu den Fragenkomplexen Gemeindezusammenschlüsse und Regionalverbänden. Damit setzt die Vorlage im Wesentlichen das um, was im Rahmen der Debatte über die neue Kantonsverfassung erwartet und auch in der Verfassung verankert wurde. Ganz in diesem Sinn hat man auch die Territorialfrage im Rahmen der neuen Kantonsverfassung hier in diesem Parlament diskutiert und entschieden. Insbesondere ist man bereits damals zur Erkenntnis gelangt, dass Gemeindezusammenschlüsse einerseits und eine Stärkung der Regionalorganisationen anderseits sich gegenseitig nicht etwa ausschliessen, sondern sich ganz im Gegenteil weitgehend ergänzen. Starke Gemeinden für kleinräumigere Aufgaben und starke Regionalverbände jedoch für regionale Aufgaben und insbesondere zu Gunsten der regionalwirtschaftlichen Entwicklung.
Nun kein Glück ist vollkommen. Grossratskollege Loepfe hat das angetönt. Während in Art. 93 des Entwurfes für das Gemeindegesetz eine explizite Grundlage für die Förderung von Gemeindezusammenschlüssen vorgeschlagen wird, fehlt eine analoge Bestimmung für die Regionalverbände und die regionale Zusammenarbeit gänzlich. Die Regierung hält auf Seite 1161 der Botschaft ausdrücklich fest, dass sich die Bereitstellung von Förderbeiträgen, vorgesehen sind mindestens drei Millionen Franken pro Jahr, auf Gemeindezusammenschlüsse, beziehungsweise Abklärungen dazu beschränkt. Man vermisst eine gleich lautende Bestimmung für die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit und insbesondere der Regionalverbände als Instrumente der interkommunalen Zusammenarbeit. Nun wir werden in der kommenden Debatte nicht nur Freunde, sondern auch Gegner der Regionalverbände hören. Ich erlaube mir, diesen bereits an dieser Stelle ins Stammbuch zu schreiben: Wir müssen hier nicht erneut über die Existenzberichtigung von Regionalverbänden diskutieren. Wir haben sie. Und wir haben diese Regionalverbände explizit an prominenter Stelle in der Kantonsverfassung verankert. Sie sind dort aufgeführt. Zwar zu Recht nicht als selbstständige Verwaltungsebene mit starrer Gebietsabgrenzung und Steuerhoheit, aber man hat eine Stärkung der regionalen Strukturen in der Kantonsverfassung verankert und auch eine Förderung festgelegt. Diese damalige Grundsatzentscheidung im Rahmen der neuen Kantonsverfassung, hat sich auf Grund der neueren Entwicklung als offensichtlich richtig erwiesen. Bereits das kantonale Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung hat im Hinblick auf die neue Regionalpolitik, einen starken Miteinbezug der Regionalorganisationen vorgesehen. Und genau in diese Richtung geht auch die soeben erschienene Botschaft des Bundesrates über die neue Regionalpolitik, worin einerseits eine Konzentration auf Zentren in den Talschaften und Regionen gefordert wird, und anderseits die Regionen als Bindeglied zwischen Gemeinden und Kanton gesehen werden. Um insbesondere diesen Anforderungen an die Regionalentwicklung gerecht zu werden, sind gewisse finanzielle Anreize, insbesondere für die finanzschwachen Regionen unseres Kantons, unabdingbar.
Nun, der Botschaft lassen sich zum Thema regionale Wirtschaftsentwicklung an diversen Orten Aussagen entnehmen. Beispielsweise wird auf Seite 1072 folgende festgehalten, dass die Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen in einem regionalen Kontext erfüllt werden sollen. Nun, wie auch letztlich die gesetzliche Grundlage – und darüber werden wir auch noch diskutieren im Rahmen der Detailberatung – wie auch die gesetzliche Grundlage für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen aussehen soll, sei sie nun im GWE, sei sie im Gemeindegesetz oder in anderweitigen, sektoralpolitischen Erlassen, wir sollten uns insbesondere einig werden über die nachfolgenden Punkte: Einmal analog den Verhältnissen in anderen Kantonen beispielsweise Wallis und St. Gallen, sind eigentliche Netzwerke für die wirtschaftliche Entwicklung zwischen dem Kanton und den Regionen anzustreben und sinnvollerweise hat diese über die Regionalverbände zu erfolgen. Ein weiterer Punkt um die Regionalverbände im Bereich der regionalen Wirtschaftsentwicklung zu stärken, sind insbesondere für Projektbeiträge entsprechende Mittel bereit zu stellen. Und da es sich um neue Herausforderungen, Massnahmen und auch neue Gesetze handelt, insbesondere dann eben auch das Bundesgesetz über die neue Regionalpolitik, können die Sparmassnahmebeschlüsse hierfür auch kein Hindernis sein.
Und ein letzter Punkt in diesem Sinn, sind die regionalen Strukturen zu stärken. Hierfür müssen selbstverständlich aber auch die Regionalverbände selbst Hand bieten und gewisse Änderungen vornehmen. Und nicht nur die Regionalverbände, mit ihnen natürlich auch die Gemeinden. Und klagen allein nützt hier nichts. Auch für diese entsprechenden Änderungsprozesse in den Regionen und bei den Regionalverbänden sind entsprechende Anreize seitens des Kantons zu schaffen und hiefür die entsprechenden Mittel bereit zu stellen. Selbstverständlich natürlich immer nur unter der Voraussetzung der Erhöhung, der Kompetenz und Effizienz der Regionalorganisationen, insbesondere im Bereich der regionalen Entwicklung. Hier wird auch die Wahrnehmung einer gewissen Führungsverantwortung der Regierung unabdingbar sein. In diesem Sinn bin ich für Eintreten auf die Vorlage.

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Schluss der Sitzung: 12.05 Uhr

Für die Genehmigung des Protokolls

Durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Geisseler

Der Protokollführer: Adriano Jenal

Dienstag, 6. Dezember 2005
Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Geisseler
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 116 Mitglieder
	entschuldigt: Cavigelli, Meyer Persili, Parpan, Ratti
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Mitteilung des Standespräsidenten

Standespräsident Geisseler: Ich darf Sie zur heutigen Nachmittagssitzung recht herzlich begrüssen. Sie haben unschwer feststellen können, dass wir während unserer Mittagspause einen weiteren Besuch gehabt haben. Es sieht fast so aus, als ob der Samichlaus hier gewesen wäre. Da er heute noch sehr viele Besuche zu erfüllen hat und von vielen Kindern sehnsüchtig von andern aber bestimmt auch mit einem gewissen Unbehagen erwartet wird, ist er gleich wieder fortgezogen. Glücklicherweise aber hat er seine Bescherung hier gelassen. Zudem habe ich auf meinem Tisch eine Nachricht gefunden, die ich gerne vorlese: „Liebe Mitglieder der Bündner Regierung und des Grossen Rates. Nicht nur die Medien und die Öffentlichkeit, nein auch der Samichlaus verfolgt eure Arbeit sehr genau. Dabei darf ich feststellen, dass im Grossratssaal eine politisch offene Streitkultur herrscht, Demokratie gelebt wird, im Sinne der Sache und letztlich zum Wohle der Bündnerinnen und Bündner entschieden wird. Allerdings, oha, allerdings könnte der Grosse Rat die Effizienz noch steigern, indem bereits Gesagtes nicht nochmals und nochmals wiederholt wird. Und auch die Flut der Vorstösse könnte eingedämmt werden. Aber ansonsten muss ich sagen, macht weiter so“, so steht es da, „die zurückgelassene Bescherung habt ihr euch redlich verdient. Alles Gute und eine besinnliche Weihnachtszeit. Der Samichlaus“
Ich darf mich sicher im Namen aller beim Samichlaus für die lobenden Worte und die guten Wünsche bedanken. Wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier würden uns ja nie loben, aber wenn der Samichlaus uns gute Arbeit attestiert, mit kleinen Einschränkungen, wird es sicherlich auch stimmen. Die Anzahl der Vorstösse hat sich in den letzten Sessionen drastisch nach unten gesenkt, was ja aufzeigt, dass wir in diesen Angelegenheiten den Anregungen des Samichlaus folgen.
Grundsätzlich ist unser Ratssaal ein Arbeitsraum, wo nicht gegessen wird. Ich meine, dass wir heute eine Ausnahme machen dürfen. Bitte langen Sie zu und bedienen Sie sich an den Geschenken des Chlauses, die gleiche Aufforderung gilt an die Mitarbeiterinnen und der Mitarbeiter der Standeskanzlei und an die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sich während der Pause mit Süssigkeiten einzudecken. Soweit das, wir gehen zurück zu unserer politischen Arbeit.

Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung (B12/2005-2006, S. 993)

Eintreten *(Fortsetzung)*

Hanimann: Leider müssen wir wieder zurückkehren in diese irdische Welt, die doch etwas gepflastert ist nicht nur von Mandarinen und Süssigkeiten, sondern wo wir eine Gesetzesrevision zu diskutieren haben, die durchaus mit Steinen des Anstosses gepflastert ist. Liebe Kollegin Ursulina Joos, auch wir im Prättigau lesen Zeitungen, es wird nicht nur im Safiental die NZZ verteilt und wie es der Zufall so will, bin ich in den vergangenen Tagen in der nämlichen Zeitung auf einen Artikel folgenden Inhalts gestossen: „Der Kanton besteht aus zwölf Bezirken und 171 Gemeinden, darunter sind Kleinstgemeinen mit 294 oder mit 369 Einwohner, obwohl die Mehrzahl der Gemeinden problemlos funktioniert, sind in den vergangenen Jahren manche Gemeinden an die Grenzen ihres Leistungsvermögens gestossen. Mühe bereitet in vielen Gemeinden die Besetzung von Behördenämtern. Waren Wahlkämpfe für Schulpflege oder Gemeinderatssitze vor wenigen Jahren noch die Regel, ist man heute vielerorts froh, wenn überhaupt ein Kandidat zur Verfügung steht. In kleinen Gemeinden müssen geeignete Persönlichkeiten oft dazu überredet werden ein Amt anzunehmen. Behörden, die bereits bei Beginn der Amtszeit Vakanzen aufweisen, sind keine Seltenheit mehr.“ Zitat Ende.
Sie werden sich nun fragen, von welchem Kanton hier die Rede ist. Ich lüfte das Geheimnis und kann es Ihnen hier sagen, es geht nicht um den Kanton Graubünden, sondern man höre und staune, es geht um den Kanton Zürich, wo Gemeinden mit 200 bis 300 Einwohnern, wie gehört, als Kleinstgemeinden bezeichnet werden. Kleinstgemeinden, die Handlungsbedarf aufweisen. Wie viel mehr muss es diesen in unserem Kanton geben, wo rund die Hälfte aller Gemeinden weniger als 300 Einwohner aufweisen und wo dort nur noch über rund zehn Prozent eines Budgets eigenhändig verfügt werden kann. Die FDP nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass mit der heutigen Vorlage endlich, und ich betone endlich, ein erster Schritt in die Richtung von Reformen auf Gemeindeebene getan worden ist. Und damit erstmals wieder seit 150 Jahren mit einem gewissen Druck eine Reform auf diesem Gebiet vorangetrieben wird. Unsere Anliegen, die als Fraktionsvorstoss bereits vor anderthalb Jahren behandelt wurden, werden damit wenigstens zum Teil aufgenommen und in diesem unserem Sinne probiert umzusetzen. Allerdings ist die vorliegende Vorlage eine Politik der kleinen Schritte, die unserer Meinung nach nur bedingt zum Ziel führen, nämlich die Gemeinden als Institution zu stärken. Der aufgebaute Druck auf kleine und Kleinstgemeinden führt bei diesen unweigerlich früher oder später zu den von uns gewünschten Überlegungen in Richtung Kooperation oder so-

gar Fusion. Aber was bringen Fusionen von Kleinst- und Kleingemeinden?
Was nützt es, wenn die neuen fusionierten Gemeinden, wie z.B. Suraua, heute bereits nach wenigen Jahren wieder von neuen Fusionen reden? Bereits heute wieder einen Bedarf an Fusionen, an Verbindungen, an Zweckverbindungen besitzen? Was nützt es, wenn Kleinstgemeinden nicht in einem grösseren Rahmen aufgehen können, wenn erste Fusionen in Talschaften in kleinen Rahmen stattfinden, aber der Blick über den Tellerrand der Gemeinden in die Talschaften hinaus nicht stattfindet? Hier wäre die Führung des Kantons, ein ganzheitliches Modell mit einer gewissen Anzahl Gemeinden als Arbeitsgrundlage, dringend notwendig. Es genügt nicht, im Rahmen von Berichten eine samte, eine Auslegeordnung und eine Vielzahl von Varianten zu möglichen und unmöglichen Gemeindezusammenschlüssen zu publizieren. Es genügt auch nicht, immer nur davon zu sprechen, aber nie konkrete Modelle zu präsentieren, dem Top-Down-Ansatz abzuschwören und das Ganze von unten her wachsen zu lassen. Das Resultat dieser 150 jährigen Politik des geringsten Widerstandes kennen wir heute. Es fanden bisher ein knappes Dutzend Zusammenschlüsse statt und dies ohne jede übergeordnete Führung seitens des Kantons. Nach dem Motto: Wer wollte, der konnte, bezahlen tat es der Kanton. Und hier, gerade hier tritt die Schwäche dieser Vorlage zu Tage. Wir diskutieren heute Massnahmen und Umsetzungsmöglichkeiten, bevor wir die eigentliche politische Diskussion über das zugegebenermassen brisante Thema geführt haben. Und meine Damen und Herren, wir zäumen damit das Pferd am Schwanze auf. Genau das wollte die FDP mit ihrem bereits erwähnten Vorstoss verhindern. Sie wollte das Gegenteil bewirken, nämlich zuerst eine politische Diskussion und dann die Umsetzung in Form von Rahmenbedingungen, Massnahmen und Leitplanken führen, wie wir das ja bereits sehr gut, ausgiebig und zur Zufriedenheit aller im Rahmen der Steuergesetzgebung diesen Herbst getan haben.
Meine Damen und Herren, die FDP hat ihre Hausaufgaben in dieser Sache gemacht. Wir haben diese Diskussion geführt und wir haben im Gegensatz zur Regierung den Mut gehabt, eine anzustrebende Zahl von neuen Gemeinden als Arbeitshypothese zu nennen. Und damit das Modell von der Bildung von Talschaftsgemeinden auf dem Kreismodell als prioritäres Ziel diese Reform zu postulieren. Uns geht es hier also nicht um Zwangsfusionen von Kleinst- und Kleingemeinden, sondern es soll das zusammengelegt und gemeinsam erarbeitet werden, was im Sinne der Subsidiarität sinnvoll ist. Aber gerade dazu braucht es eine Führung, die sich Aktiv dafür einsetzt. Zugunsten von übergeordneten Lösungen. Ich wünsche, dass die Regierung diese Führungsaufgabe tatsächlich vermehrt wahrnimmt in dieser Sache. Wenn wir die politische Diskussion schon nicht geführt haben, erwarte ich, dass das Heft nun in die Hand genommen wird. Und ich begrüsse ausdrücklich eine ausgiebige Diskussion hier im Parlament in dieser Sache, und ich begrüsse auch, dass die Regierung hier ihre Führung wahrnimmt. Damit würde auch wieder Ruhe und Pragmatismus einkehren, bei den jetzt stark unter Druck stehenden und aufgescheuchten Klein- und Kleinstgemeinden. Sie ist nötig um diese gute Vorlage zügig umzusetzen, die Anreize schaffen und wo der Weg zum Ziel für starke, überlebensfähige Talschaftsgemeinden im Kreismodell sehr moderat gepflastert ist. Ich bin für Eintreten.

Thomann: Die vorliegende Botschaft Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichgesetzgebung zielt meines Erachtens in die richtige Richtung. Die Regierung möchte unter anderem, auch auf Druck von verschiedenen parlamentarierischen Vorstössen, die politischen Strukturen in unserem Kanton reformieren. Das ist richtig und dringend notwendig. Da sind sich die meisten in diesem Rat einig. Eines der wichtigsten Anliegen ist es, nicht die Gemeinden mit allen Mitteln zu fusionieren, wie gewisse Vorredner klar machen wollten, sondern die Gemeinden zu stärken. Das ist meiner Meinung nach das Hauptziel dieser Revision. Wie man der Grafik auf Seite 1006 entnehmen kann, zählen rund die Hälfte der Gemeinde weniger als 300 Einwohner. Im Durchschnitt ergibt das 70 Einwohner pro Gemeinde. Trotzdem - und das ist erstaunlich - geht die vorliegende Revision einigen Kollegen zu weit. Glücklicherweise gibt es aber auch einen Gegenpol, jene die weiter gehen möchten. Ich gehöre auch zu denen die gerne mehr Druck, vor allem aber mehr Anreize für die Strukturbereinigung erzeugen möchten.
Man kann der Botschaft auch entnehmen, dass es trotz Förderung von Zusammenschlüssen von 1977 bis heute nur gerade acht Gemeindezusammenschlüsse gab. Das ist zuwenig und zwingt uns mehr zu tun als bisher. Unbestritten ist aber, und das kann man der Regierung zu Gute halten, dass sie immer den Willen gezeigt hat, Zusammenschlüsse zu fördern. Dabei ist sie dem Leitsatz Fusionen Ja, aber immer von unten nach oben treu geblieben. Wenn es aber in den Gemeinden und Kreisen Gruppierungen gibt, die solche Zusammenschlüsse anstreben, und das sind im Kanton erfreulicherweise sehr viele, dürfte die Unterstützung grösser sein. Ich begrüsse, dass die Regierung vor allem bestrebt ist, fusionshemmende Gesetze anzupassen und auf der anderen Seite auch bereit ist, das zeigen die Fusionsbeiträge, Zusammenschlüsse zu fördern. Welche Fusionen in Zukunft gefördert werden sollen, darüber haben wir in diesem Rat öfters diskutiert. Nützt eine Fusion von zwei Kleinstgemeinden zu einer immer noch kleinen Gemeinde etwas oder haben wir immer noch eine schwache Gemeinde? Ich möchte in dieser Frage, trotz gewissen Problemen doch offen sein und auch Zusammenschlüsse von kleinen Gemeinden unterstützen. Das kann der erste Schritt zu einer grösseren Einheit sein.
Die Regierung möchte, und das hat sie immer wieder zum Ausdruck gebracht, ganze Talschaften zusammenschliessen. Das ist der richtige Weg. Im vorliegenden Gesetz fehlt mir aber ein Artikel, der das bekundet. Ich werde einen konkreten Antrag dazu machen und hoffe, dass ich die notwendige Unterstützung bekomme. Allgemein darf ich aber sagen, dass die Regierung uns eine gute Vorlage präsentiert hat, obwohl man meines Erachtens ohne weiteres noch einige Zacken zulegen könnte. Ich werde darum sämtliche Anträge, die in diese Richtung gehen, unterstützen und bitte auch Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, dies zu tun. In diesem Sinne danke ich der Regierung für die gute und ausführliche Botschaft und bin selbstverständlich für Eintreten.

Telli: Wenn ich jetzt einen kurzen Rundumschlag mache, mit etwas Kritik, richtet sich diese nicht an die Regierung, sondern an uns selbst. Bei der Justizreformvorlage vor sieben Jahren habe ich hier gegen die Politik der kleinen Schritte opponiert, und beantragt einen grossen Wurf zu tun. Die Kreise aufzuheben und die Bezirke zu Gunsten der Randregionen neu einzuteilen. Mein Antrag wurde mit 99 zu 1 Stimmen niedergeschmettert. Bei der Totalrevision der Kantonsverfassung haben wir nicht den Mut gehabt, die Bürgergemeinden anzutasten. Die heute, wie ich meine, ein grosses Hemmnis bei den Fusionen bilden. Wir haben nicht den Mut gehabt, die Frage der Gemeinde oder Regionalverbände zu hinterfragen, Grossrat Brüesch, und abzuschaffen.

Gerade wieder im Hinblick auf Gemeindefusionen wäre dies eine klärende Sache gewesen. Ich bin durchaus der Meinung, dass grosse Gemeindefusionen etwas bringen könnten, wenn wir eine Schiene befahren würden und wenigstens die Regional- und Gemeindeverbände aus der Agenda streichen würden und gewisse Aufgaben mit Zweckverbänden zu lösen versuchen würden.
In der vorliegenden Botschaft ist all dies wieder schön verpackt, so meine ich, im Gegensatz zu anderen Votanten. Wenn Sie Seite 1'037 aufschlagen, 1.3, so bekräftigt mich das. Nämlich da steht: „Der Gemeinde- und der Regionalverband als öffentlich-rechtliche Körperschaften, welche im Umfang ihrer Aufgaben gemäss Art. 56 Gemeindegesetz an die Stelle ihrer Mitgliedgemeinden treten, bilden die höchstentwickelten Formen öffentlich-rechtlicher Gemeindeverbindung.“ Das ist weiterhin die Zielgerade hin zum Staat. Grossrat Loepfe, das wäre eine sinnvolle Aufgabe einer Strategiekommission, einmal eine radikale Lösung zu bringen. Immerhin habe ich aus den Voten des Kommissionspräsidenten und auch von Grossrat Jaag teilweise entnehmen können, dass man mit der Lösung nicht ganz zufrieden ist. Dass man grössere Würfe, wenn ich so sagen kann, lieber hätte. Aber wir sind wieder auf dem Weg der kleinen Schritte. Ich werde keine Anträge stellen. Nicht jetzt auf Nichteintreten. Und auch bei der Detailberatung nicht. Man bekommt sowieso nie Mehrheiten. Aber denken Sie und lassen Sie meine Gedanken auch ein bisschen mitspielen.

Caviezel (Pitasch): Mit dieser Botschaft und der dazugehörigen Vollziehungsverordnung will die Regierung Anreize für Gemeindezusammenschlüsse stärken und fördern. Mit der neuen Ausrichtung der Regionalpolitik sollen neue Strukturen geschaffen werden, damit diese sich neu positionieren können. In den letzten Jahren wurden viele Gemeindeaufgaben wie Schulen, Feuerwehr, Forstwesen, Zivilstandsämter und Grundbuchämter unter den Gemeinden neu organisiert. Auch haben einige Gemeinden sich ganz zusammengeschlossen. Gemeindefusion ist heute kein Fremdwort mehr. Viele begrüssen die interkommunale Zusammenarbeit, andere stehen dieser Entwicklung pessimistischer entgegen.
Um nicht vieles zu wiederholen, möchte ich kurz auf ein Problem eingehen. Gemäss Art. 94 kann der Grosse Rat über Gemeindezusammenschlüsse verfügen, wenn Gemeinden Absatz a oder b erfüllen. Kann der Grosse Rat aber auch eine starke Gemeinde verpflichten, eine andere Gemeinde aufzunehmen. Ich sage bewusst aufzunehmen. Es ist nicht richtig nur über Gemeinden, welche ihre Pflichten nicht mehr nachkommen, eine Gesetzesgrundlage zu schaffen, um intervenieren zu können. Für alle Gemeinden sind Zusammenschlüsse nicht begrüssenswert. Ein Warnsignal sollte die Gemeindefusion Splügen-Medels im Rheinwald sein. Die starke Gemeinde Splügen hat diesem Zusammenschluss mit nur 56 gegen 31 Stimmen zugestimmt. Man erfährt hier seitens der Gemeinde Splügen eine kalte Heirat. Die kleine Gemeinde Medels im Rheinwald hat aber mit 17 gegen nur 1 Stimme zugestimmt. Eine andere Lösung gab es vermutlich für Medels nicht.
Die Förderung von Gemeindezusammenschlüssen gemäss Botschaft muss meines Erachtens ergänzt werden, damit der Grosse Rat auch über Gemeindeaufnahmen entscheiden kann. Grosse Gemeinden könnten einen Zusammenschluss aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen ablehnen. Wenn es um finanzielle Aspekte geht, wird auf Solidarität wenig Beachtung geschenkt. Oder verstehe ich dieses Gesetz falsch? In den nächsten Jahren werden noch mehr Klein- und Kleinstgemeinden eine Lösung suchen müssen, sollten meine Bedenken in dieser Sache richtig sein, möchte ich Art. 94 mit einem Abschnitt ergänzen. Und dieser würde wie folgt lauten: „Der Grosse Rat kann eine Gemeinde zur Aufnahme einer anderen Gemeinde verpflichten, welche infolge ihrer strukturellen und finanziellen Situation für eine Fusion unattraktiv ist.“ Doch bevor ich meinen Antrag nach vorne bringen möchte, möchte ich eine Erklärung über diese Sache von der Regierung hören. Weiter bin ich der Meinung, um der Fusionsvision und den Gemeinden gerecht zu werden, würde ein konkretes Konzept indem Klarheit geschaffen würde, den Gemeinden besser dienen. Ich bin für Eintreten.

Stoffel: Ich bin Gemeindepräsident einer Kleingemeinde mit knapp 100 Einwohnern. Wir sind in der Finanzklasse vier. Wir sind nicht Wasserzinsgemeinde und erheben einen Steuerfuss von 84 Prozent und beziehen keine Steuerkraftausgleichsbeiträge. Nein, keine Angst, ich beginne jetzt nicht zu klagen. Ich kann hinter der Stossrichtung dieser Gesetzesänderung stehen. Obwohl ich nicht überzeugt bin, dass gross automatisch auch gut heisst. Aber man lässt uns immer noch den Raum, wenn wir agieren und nicht nur reagieren wollen. Mein Votum zielt in eine etwas andere Richtung, nämlich Richtung Finanzausgleich. Warum musste unsere Gemeinde bisher nie vom Steuerkraftausgleich Gebrauch machen? Dies rührt daher, dass die Gemeinde seit den 60iger Jahren immer auch „in wirtschaftlichen Bereichen“ tätig war. Der Grundstein wurde mit dem Kiesverkauf für den Bau der A13 gelegt und noch derzeit vergeben wir eine Kiesabbau-, eine Deponie- und drei Steinbruchkonzessionen und betreiben ein eigenes Wasserkraftwerk. Diese ergibt pro Jahr die für eine kleine Berggemeinde nicht unerhebliche Einnahmensumme von 200'000 bis 250'000 Franken.
Was ist nun passiert? In den letzten Jahren stellen wir eine schleichende Tendenz fest, dass alle diese Aktivitäten zunehmend verunmöglicht werden, da so hohe gesetzliche Auflagen gemacht werden, dass kaum noch ein Unternehmen in der Lage ist, eine solche Konzession auch auszuüben. Ich könnte Ihnen drei aktuelle Beispiele im Detail schildern. Durch diese Entwicklung gehen der Gemeinde wichtige Einnahmequellen verloren und der Kanton wird via Finanzausgleich zunehmend belastet. Angesichts dieser Entwicklung könnten wir nun auch vor lauter Frust den Weg des geringsten Widerstands gehen und den Steuerfuss auf 120 Prozent erhöhen und vom Kanton 100'000 Franken kassieren. Noch bin ich bereit zu kämpfen. Wir haben noch zwei, drei Projekte, wie eine Gewerbezone oder ein weiteres Kleinwasserkraftwerk in Aussicht. Und ich hoffe sehr, dass uns der Kanton dabei unterstützt. Wir stehen nämlich an einem Scheideweg und ich erwarte von der Regierung eine Aussage, ob ein Beitrag zur Selbsthilfe geleistet wird oder ob man eine weitere Gemeinde im Steuerkraftausgleich wünscht. Geschätzte Anwesende, man könnte es auch wie folgt auf den Punkt bringen: Geben Sie uns nicht nur Prothesen und Krücken, sondern helfen Sie uns ein paar Steine aus dem Weg zu räumen.

Pfister: Ich glaube die Vertreter der Kleingemeinden werden falsch verstanden, wenn man davon ausgeht, dass sie gegen Fusionen sind. Vor allem auch, dass sie vielleicht für die Besitzstandswahrung seien. Ich anerkenne die Absicht, dass Reformen angesagt sind und auch durchgeführt werden müssen. Das einzig Störende für mich ist die Art und Weise, wie über Finanzschwache, vor allem kleine Gemeinden, hinweg gegangen wird. Das beginnt natürlich schon mit der Zusam-

mensetzung der Kommission, die das Geschäft behandelt hat. Präsident Grossrat Nigg hat das angesprochen. Es war kein Vertreter einer Kleingemeinde vertreten. Ich wäre der Ansicht, dass es möglich gewesen wäre, die Vertreter oder einen dieser Vertreter zu einer solchen Kommissionssitzung einzuladen. Andererseits stört mich dann das, wenn das Gesetz sich teilweise selber beisst. Also, wenn im Gesetz verankert werden soll, dass die Gemeindeautonomie verankert ist. Es gibt aber dann Möglichkeiten, Zwangsfusionen zu vollziehen. Da wird für mich die Gemeindeautonomie dann direkt untergraben.
Natürlich ist es so, wie Grossrat Schmid im vorangegangenen Geschäft gesagt hat, dass man zu den, agronomisch gesprochen, Milchkühen Sorge tragen muss. Wenn Grossrat Schmid eine Milchkuh ist, dann bin ich ein Kalb, das die Milch trinkt. Nur weil ich aber ein Kalb bin, heisst das noch nicht, dass ich schlecht bin. Und das Gefühl kommt jetzt bei mir ein wenig so über, dass, wenn man eine kleine Gemeinde ist, dazu noch finanzschwach, dass man das Gefühl bekommt, man habe nicht das Recht zu Überleben. Und da ist vielleicht das Votum von Grossrat Stoffel noch zu erwähnen. Es spielt eigentlich keine Rolle ob Hinterrhein finanzstark, mittelfinanzstark oder gar nicht finanzstark ist. Weil es so klein ist, hat es für mich ebenso nicht das Recht zu Überleben. Und das einzige Votum, dass mich jetzt heute Nachmittag oder am Vormittag sehr gestört hat, ist das von Grossrat Loepfe. Und es zeigt mir ein wenig die Tendenz, die anscheinend vorhanden ist. Also, wenn Grossrat Loepfe sagt, es könne nicht sein, dass finanzschwache Kleingemeinden auf Kosten der Allgemeinheit unterhalten werden, dann finde ich das, direkt gesagt, eine Frechheit. Weil ich finde, wenn finanzschwache Kleingemeinden nicht das Recht dazu haben, dann haben es entweder alle Kleingemeinden nicht oder dann auch die finanzschwachen Grossgemeinden nicht. Also, es wird jetzt alles auf die finanzschwachen kleinen Gemeinden abgewälzt und entweder müssen wir uns entscheiden, ob wir keine kleinen Gemeinden wollen oder ob wir keine finanzschwachen Gemeinden wollen. Und wenn wir dann wissen, was wir wollen, dann könnte ich für beide Seiten einstehen.
Ich bin, wie Grossrat Hanimann das ausgeführt hat, eigentlich der Meinung es wäre viel besser gewesen, wenn man da eine Strategie geführt hätte. Z.B. hat das Gemeindeinspektorat im Jahr 2000 so eine Vision herausgegeben, die beinhaltet 39 Gemeinden. Da wüsste man, was man will und in welche Richtung es geht. Und es wäre viel einfacher, so ans Ziel zu kommen. Und ich möchte einfach sagen, dass die Kleingemeinden nicht gegen Fusionen sind. Dass es aber nicht sein darf, dass schlussendlich nur die kleinen finanzschwachen Gemeinden, meine ich, sehr stark unter Druck kommen. Ich bin natürlich auch für eintreten.

Noi: Io posso dichiararmi favorevole alla fusione dei comuni e personalmente prediligo l'idea, che è poi anche quella del Governo, di lasciar nascere la volontà di fusione dal basso, dalla base della nostra popolazione e posso tranquillamente dichiarare di non veder volentieri le fusioni coatte. Se però l'intenzione è quella di spingere ad una fusione con metodi quali il premio – quei comuni che decidono la fusione con altri comuni vengono in una qualsiasi forma premiati, oppure peggio vengono castigati con la non sovvenzione di qualcosa o con altre misure d'ordine economico, vengono in pratica costretti con le spalle al muro se non fusionano. Allora in tal caso io non sarei più d'accordo. Anzi, a questo metodo preferirei decisamente una chiara, sincera ed eticamente sostenibile misura di fusione coatta.
Diese Diskussion enthält ganz klar einen ethischen Aspekt, den ich zu erklären versuche. Ich teile auch die Meinung der Regierung, dass die Gemeindefusionen von der Basis der Bevölkerung entstehen müssten. Wie eine schöne Pflanze, die gesetzt und nachher nur wachsen darf, falls sie Wasser bekommt. Wasser und Sonne, so metaphorisch betrachtet. Erzwungene Fusionen von Gemeinden widersprechen zutiefst meiner persönlichen Auffassung und sehr wahrscheinlich unserer Staatsauffassung, wollen wir weiterhin an unser Staatsgebilde der Freiheit und Demokratie glauben. Trotzdem, falls die Absicht besteht, Gemeinden zur Fusion zu bringen durch Belohnung oder noch schlimmer durch Bestrafung, indem man die Gemeinden anprangert, z.B. mit Kürzung von Subventionen oder anderen Mitteln, was ansatzweise in diesem Gesetzt vorkommt – ich beziehe mich hier auch auf das Votum von Kollege Robert Casanova – um das Ziel zu erreichen, dann würde ich dezidiert für Gemeindefusionen sein, welche vom Staat verfügt werden, wie es der Kanton Tessin bereits kennt. Dieser Weg wäre weniger demokratisch aber dafür ehrlich und ethisch vertretbar. Das vorliegende Gesetz enthält zudem notwendige Bestimmungen zu den zu bildenden Regionen. Ich bin für Eintreten.

Righetti: Mi dispiace di battere quello che è stato espresso da alcuni miei predecessori riguardo ai comuni piccoli. Io sono dell'opinione che è giusto esercitare un po' di pressione sui comuni piccoli che presentano difficoltà finanziarie. Oggi, tutta la nostra società vive sotto pressione, l'economia è sollecitata, molti datori di lavoro cercano altri Stato per produrre a prezzi concorrenziali. I contributi di queste aziende andranno altrove e mancheranno. I margini di guadagno si sono ridotti, di conseguenza anche la parte a favore dello Stato sarà ridotta. Se non rivediamo le strutture comunali al più presto a ancora oggi, quando molto va ancora bene, lo dovremo fare quando gli eventi ci costringeranno e allora sarà più complicato trovare le giuste soluzioni. Bisogna agire e non reagire. È stata portata via la parola dal Consigliere Stoffel. Ritengo quindi che un po' di pressione faccia almeno valutare quali siano le opportunità e di conseguenza si dedurranno le giuste decisioni. Senza pressione non succede niente e questo, nel nostro mondo in evoluzione, è sicuramente sbagliato. Sono quindi dell'opinione che tuttora le fusioni comunali siano il giusto passo per affrontare le nuove sfide. Credo che questa proposta di legge sia una buona cosa. Propongo quindi l'entrata in materia.

Pfenninger: Das von der SP schon vor längerer Zeit präsentierte Konzept, das Grössenordnung etwa 38 bis 40 Gemeinden im Kanton als sinnvolle Struktur bezeichnet hat, hat für uns immer noch Gültigkeit. Kreisgemeinden könnten dabei eine Orientierungsgrösse sein. Strukturelle Reformen in unserem Kanton sind dringend notwendig. Neben den unzähligen Verbänden mit in der Regel hohem Demokratiedefizit sind ein Teil der 208 Gemeinden kaum noch in der Lage die vielen Aufgaben und Anforderungen sach- und zeitgerecht zu erfüllen. Mit vorläufig also immer noch 208 politischen Gemeinden, dann Bürgergemeinden, verschiedensten Verbänden, Kreisen, Bezirken und Regionen sind wir insgesamt unglaublich überstrukturiert.
Neben den allgemein wachsenden Aufgaben und der Zunahme der Komplexität sowie der fachlichen Anforderungen kommt die zunehmende Dynamik im politischen Geschehen dazu. Die sehr kleinräumigen und vielschichtigen politischen

Ebenen verhindern oft eine effiziente und an die heutigen Erfordernisse angepasste Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. Nostalgie und schön reden hilft da nicht weiter. Die ganze Situation hat verständlicherweise sowohl historische wie auch kulturelle Hintergründe, ist aber auch zum Teil Ausdruck einer Tendenz zur Ignoranz oder Akzeptanz der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Die räumliche, verkehrstechnische und wirtschaftliche Ausrichtung der Bevölkerung werden in den politischen Entscheidstrukturen in keiner Weise mehr abgebildet und erschweren die Entscheidungsfindung, effektive Interessensvertretung und die auch allen Ebenen dringend notwendigen Reformen.
Der unbestrittenen, interessanten und fruchtbaren Vielfalt, stehen heute die ineffizienten Strukturen, die komplizierten Entscheidungswege und die teilweise unprofessionell agierenden und mindestens punktuell überforderten politischen Gemeinden gegenüber. Auf höherer politischer Ebene kommen zudem neue Herausforderungen dazu, wie neue Regionalpolitik oder neuer Finanzausgleich. Unsere politischen Strukturen, insbesondere im Bereich der Gemeinden werden nicht genügen, alle diese Herausforderungen zu meistern. Echte Gemeindeautonomie, die ich sehr befürworte, kann nur innerhalb gut funktionierender Strukturen mit einer entsprechenden Personaldecke gelebt werden. Dazu braucht es eine gewisse Grösse der Gemeinden, wobei es sicher nicht einen verbindlichen Referenzwert der Gemeindegrössen gibt. Ich bezweifle allerdings, dass wir mit der nun vorliegenden Vorlage genügend Anreize schaffen, um innert nützlicher Frist wirklich Bewegung in die Strukturfrage zu bringen. Bis jetzt wird vor allem über Gemeindefusionen diskutiert. Das ist gut. Irgendwann muss dann aber auch gehandelt werden. Es handelt sich also nur um eine Minimallösung, die aus unserer Sicht knapp akzeptiert werden kann, aber wohl kaum die notwendige Bewegung bringen wird. Es kann als erster Schritt gelten, weitere müssen allerdings folgen. Unter dem Gesichtspunkt, der doch bedeutenden Beiträge, die an diese Fusionen ausgerichtet werden, sind die gerade aktuellen Kleinstfusionen auch aus finanzpolitischen Überlegungen äusserst kritisch zu betrachten. Und das kann es sicher nicht sein, dieses Ziel wird also verfehlt. Aufgrund der schon sehr ausführlichen Diskussion, die wir hier geführt haben, möchte ich nicht auf weitere Details eingehen. Es ist mir einfach eine besondere Freude ausnahmsweise einmal mit den Ausführungen des FDP-Fraktionspräsidenten völlig im Einklang zu stehen. Ich verzichte in dem Sinn auf Wiederholungen über Ausführungen, die er bereits gemacht hat. Also, Gemeindefusionen sind sicher nicht das Allerheilmittel aber vernünftige Gemeindegrössen sind eine wichtige Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Graubünden. Und Politik heisst ja eben auch vorausschauen. Es heisst, an einer Gesamtsicht diese Problematik anzugehen. Mit lamentieren oder auch lavieren, kommen wir sicher nicht weiter. Wir erwarten weitere Reformschritte mit entsprechenden Anreizsystemen. Die angekündigte grundsätzliche Umgestaltung des Finanzausgleichs muss dazu genutzt werden. Zu grosse Zurückhaltung bei der Umsetzung muss vermieden werden. Ich denke, wir sollten uns davor hüten. Was wir jetzt brauchen, sind Reformen und warten wir nicht, bis es zu spät ist.

Heinz: Vorweg möchte ich dem Präsidenten danken für die Worte dahingehend zu dem Walsergebiet, zu den Walsern über die Struktur und die Siedlungsgegebenheiten. Das hat mir nach all den vielen Voten gut getan. Zweitens, kommt es drauf an, auf welchen Stuhl man sitzt. Wo man seine Arbeit hat, wo man sein Einkommen hat, wo man seine Familie hat, wo man den Lebensunterhalt bestreitet. Dann kann man gut lamentieren und sagen, ja ihr da, die Kleinen, die müssen wir da reorganisieren und so. Da sehe ich schon eine gewisse Problematik, dass man das ein bisschen mehr berücksichtigt. Nur noch zurück zu der Botschaft beziehungsweise zuerst zum Präsidenten und der Kommission. Wenn ich das angeschaut habe hier, so stellt man fest, die haben praktisch keine Abänderungsanträge gestellt. Ich weiss, Grossrat Nigg ist ein guter Präsident, der seine Kommission im Griff hat. Aber da hätte ich mir schon etwa einen Abänderungsantrag so ein bisschen mehr gewünscht.
Aber warum ist das so? Grossrätin Joos hat es gesagt. Von den 107 Gemeinden, die es vor allem betrifft und die weniger als 300 Einwohner haben, war nicht einer in dieser Kommission. Das ist doch nicht recht. Ich habe das Gefühl, wenn wir ein bisschen Demokratieverständnis haben, dass mindestens einer von diesen auch in diese Kommission hineingehört hätte und dann hätte man natürlich über gewisse Sachen ein bisschen diskutieren können. Das stört mich sehr. Zudem haben sich viele Kleingemeinden an den Vernehmlassungen beteiligt. Praktisch nichts ist eingeflossen von unseren Vernehmlassungen. Ja, die Parteien seien eben schon noch wichtig. Die Parteien sind schon gut, aber die Leute leben da oben in diesen peripheren Gebieten, nicht. Dann, gewisse Votanten möchten am liebsten uns herunterholen und das Gebiet der freien Natur überlassen, wenn ich so höre wie hier gesprochen wird. Nur, in diesem Saal sprechen ist einfach. Ich habe es schon gesagt. Aber, wenn man da oben wohnt, ist das Ganze etwas anderes.
Noch zwei Worte zu diesen Regionen. Diese Regionen, das weiss ich, Grossrat Brüesch, die sind jetzt in dieser Kantonsverfassung drin. Aber wie üppig wir sie ausgestalten, das ist eine andere Frage. Oder besser gesagt, der Auftrag Feltscher eins und zwei hat ja in der Verwaltung, was waren es, über 100 Stellen mussten wir abbauen. Einmal mindestens die 75 Stellen, die wir in seinem zweiten Auftrag überwiesen haben, die werden bald einmal wie Pilze aus dem Boden spriessen, aber in den regionalen Verwaltungen. Bezahlen wird das Ganze der Steuerzahler aber diesmal hilft der Kanton nicht mit, sondern bezahlt wird es über die Gemeindesteuern. Also, das ist Geld, das den Gemeinden fehlt. Ich bin für Eintreten, aber ich werde in einigen Punkten Abänderungsanträge stellen.

Tremp: Ich weiss, als einer der Vertreter der einwohnermässig grössten Gemeinde im Nachgang zu Grossrat Heinz zu sprechen, ist alles andere als einfach. Wenn allerdings Grossrat Heinz der Meinung ist, dass die Kommission sich nicht darum bemüht hat, um einen Vertreter von Kleingemeinden beizuziehen, kann ich das zwar nicht beurteilen. Ich war nicht in der Kommission. Klammerbemerkung: Immerhin ist es eine ständige Kommission und dieser Rat hat die ständigen Kommissionen gewählt. Also auch Grossrat Heinz war einer der Stimmenden. Ich denke aber, dass ein wichtiges Mitglied aus der Verwaltung mit Heimo Heisch als Vorsteher des Gemeindeinspektorates wahrscheinlich ein guter Repräsentant von Kleingemeinden ist. Das würde ich zumindest mal für ihn und auch für die Verwaltung in Anspruch nehmen. Nun, wenn ich mich hier äussere, so weiss ich, dass ich natürlich aus einer anderen Position rede. Das ist so. Ich mache mir deswegen kein schlechtes Gewissen. Ich möchte auch nicht all das wiederholen, was bereits gesagt ist, aber auf einige Voten, insbesondere auf zwei, diejenige von Ratskollegin Ursulina Joos und von Grossrat Casanova, möchte

ich noch in einzelnen wenigen Punkten eingehen, weil Sie für mich zumindest, aus Ihrer Optik sehr vieles, sehr Wesentliches gesagt haben, das auch für mich als Vertreter einer grossen Gemeinde gewisse Ängste zum Ausdruck bringt, die ich durchaus verstehe und auch akzeptiere. Und doch komme ich nicht darum mit möglichst rationalen Gedanken, mit objektiven Kriterien zu erwidern.
Zum einen. Es ist zutreffend, dass in den vergangenen 30 Jahren mindestens seit das FAG-Gesetz nämlich auch in Kraft ist, in zahlreichen Kleinst- und Kleingemeinden sehr viele Investitionsvorhaben von Kanton und Bund finanziert worden sind. Es ist aber wahrscheinlich unbestritten, auch von den Vertretern von Klein- und Kleinstgemeinden, dass gerade diese Infrastrukturen heute und in Zukunft nicht mehr durch den Bund unterhalten werden, sondern vor allem dann durch die betroffenen Gemeinden, allenfalls Regionen und vielleicht noch der Kanton. Diese Last, meine Damen und Herren, ist nicht zu unterschätzen. Die Infrastrukturvorhaben, die in diesen drei Jahrzehnten in diesem Kanton realisiert worden sind, ich sage es jetzt etwas pointiert, die brachten bezüglich Nachhaltigkeit von Arbeitsplätzen nur beschränkt etwas. Wenn Sie ein Feuerwehrdepot erstellten, dann hat das für den Bauunternehmer, für das Bauhaupt- und das Baunebengewerbe in dieser Zeit Arbeit gebracht. Wenn Sie eine Abwasserreinigungsanlage erstellen mussten, ich sage bewusst mussten, aufgrund geltender rechtlicher Erlasse, dann brachte das in der Zeit der Erstellung Arbeit für das örtliche oder allenfalls regionale Gewerbe. Oder wenn sie eine Mehrzweckhalle erstellten, dann war das vielleicht für einige Gemeinden oder für die Region sehr schön. Aber heute, meine Damen und Herren, heute drücken die Lasten dieser Infrastrukturbauten, nicht nur die Klein- und Kleinstgemeinden, auch Grosse.
Grossrätin Joos hat gesagt, „die Starken stärken und die Schwachen schwächen“. Ich zitiere das Votum etwas anders. Wir müssen die Starken stärken, zu dem stehe ich, damit die Gemeinden um die Starken herum davon profitieren können. Dazu gehören unter anderem auch die Regionszentren in den Regionen. Wie weit dann die Kleinstgemeinden oder Kleingemeinden daran partizipieren können, das ist tatsächlich sehr schwierig, heute und hier zu beantworten. Man kann sich durchaus fragen, was ist sinnvoller? Beiträge an starke Gemeinden mit positiven Auswirkungen auf das Umfeld zu finanzieren? Oder Beiträge an Klein- und Kleinstgemeinden oder auch Grössere oder so genannt schwache Gemeinden, die zwar überall etwas aber nirgends etwas Besonderes bringen. Für mich ist die Antwort klar.
Es ist auch auf das Thema Abwanderung hingewiesen worden. Es ist so, wenn Sie die demographische Entwicklung der vergangenen zehn, zwanzig Jahre anschauen und wenn Sie sich die Mühe nehmen, die demographische Entwicklung der nächsten zehn bis zwanzig Jahre zu hinterfragen und sich zu überlegen, was das heisst, dann behaupte ich, dass die demographische Entwicklung in diesem Land, in diesem Kanton, wesentlich stärkere Auswirkungen auf die regionale Entwicklung und auf die Gemeinden haben wird, als alle Massnahmen, die wir hier versuchen zu treffen. Es ist etwas eine gewagte Aussage, aber ich behaupte, dass es in diese Richtung gehen wird.
Es ist so, in Talschaften, die nicht stark besiedelt sind, selbst mit einer relativ guten Erschliessung, wo Sie nur ein kleines Arbeitsplatzangebot haben, das dann erst noch eingeschränkt ist in der Vielfältigkeit, haben Sie zwangsläufig eine Abwanderung von jungen Leuten, weil sie nicht das Umfeld finden, das sie sich wünschen, selbst wenn sie in diesen Gemeinden gerne wohnen würden. Ich bin überzeugt, dass diese Gemeinden und auch diese Regionen eine ungenügende Zukunftsentwicklung haben, nicht einmal objektiv gesehen, sondern sehr subjektiv betrachtet, aus Sicht derjenigen jungen Generation, die in diesen Gemeinden, in diesen Regionen zu Hause sind und ihre Zukunft planen müssen und planen wollen.
Die Gemeindezusammenschlüsse, wie immer wir sie auch hier behandeln, sind immer das Ergebnis von drei Elementen: Politischer, kultureller und betriebswirtschaftlicher Art, um es mal vereinfacht zusammenzufassen. Politisch kann man sehr unterschiedlicher Ansicht sein, was „klein“ bedeutet. Sie haben das Votum von Ratskollege Hanimann gehört über den Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung. Den habe ich auch gelesen. Wo die kleinste Gemeinde ja so gross ist, wie bei uns 50 Prozent sämtlicher Gemeinden nicht einmal erreichen. Aus kultureller Sicht ist es durchaus nachvollziehbar, dass selbst innerhalb von Regionen oder von Talschaften unterschiedliche Gewichtungen gefasst werden, wer wo zusammengehört. Und hier, meine Damen und Herren, könnte man sich ja durchaus überlegen, weshalb kommen wir nicht zurück auf das Jahr 1851, als 48 Gerichtsgemeinden aufgrund der damaligen neuen übergeordneten Rechtsetzung sich anpassen mussten und dann über 200 politische Gemeinden entstanden sind? Vielleicht ist dieser Schritt gar nicht so schlecht. Und wenn ich die Voten sowohl der sozialdemokratischen Partei wie auch der freisinnigen demokratischen Partei mir zu Gemüte führe, stelle ich fest, es geht tatsächlich in diese Richtung. Ich weiss, eine betriebswirtschaftliche Überlegung von Finanzklassen, von durchschnittlichen Steuererträgen, die ist relativ einfach mit Zahlen zu belegen. Aber Zahlen allein, und da gebe ich sowohl Grossrat Casanova wie Grossrätin Joos Recht, können noch nicht der Massstab sein, für das Ja oder Nein von Gemeindezusammenschlüssen. Allerdings – und da bin ich überzeugt, auch aufgrund meiner früheren beruflichen Tätigkeit in zahlreichen Kleinstgemeinden – behaupte ich, dass die Bevölkerung sehr oft offener und toleranter ist für neue Lösungen, dass aber politische Entscheidungsträger ab und zu diesen Lösungen im Wege stehen. Unsere Debatte hier im Rat empfinde ich als wertvollen Reifeprozess. Einen Reifeprozess, den es braucht. Und die Vorlage, die die Regierung uns unterbreitet, ist eine gute Grundlage, um darauf aufzubauen. Ich wünsche uns allen, diesen Weg weiter zu gehen.

Michel: Wir haben es fertig gebracht, in den letzten 150 Jahren von 220 Gemeinden auf 108 Gemeinden zu reduzieren. Also aufgerundet all zehn Jahr eine Fusion. Die Gründe dafür sind vielfältig, aber die Hauptgründe sind: Erstens, der Kanton gleicht aus. Der Kanton gleicht finanziell aus mit dem Lastenausgleich für die schwächeren Gemeinden. Der Kanton gleicht auch in struktureller Beziehung aus. Seien es zusätzliche Verwaltungsaufgaben, die er übernimmt oder sei es, dass er eine Gemeinde unter Kuratel stellt. Weiter gilt auch bei den Gemeinden das Trägheitsgesetz. Wir haben das gehört. Der persönliche kurzfristige Vorteil wird allemal hinter einer langfristigen allgemein positiven Lösung gestellt. Das gilt für die Bevölkerung und selbstverständlich auch für deren Vorsteher. Die Folgen davon sind Defizite. Defizite, indem gewisse Aufgaben nicht erfüllt werden, indem beispielsweise der Service Public, Schalteröffnung usw. nicht gewährleistet werden kann. Und vor allem auch, dass Kosten zunehmen, dass Wettbewerbsnachteile entstehen. Was – wie wir vorher gehört haben – auch zu Abwanderungen führen kann. Und was auch eine Folge davon ist, dass

Ersatzstrukturen beispielsweise Regionalverbände – nicht immer – aber zum Teil auch darum entstehen, weil die Gemeinden zu klein sind, zu wenig schlagkräftig. Die Lösung könnte eine technokratische Lösung sein, indem sich die Gemeinde sagt, beispielsweise 40 oder 35 Gemeinden sind genug und einfach das verordnet. Das wäre für unser Demokratieverständnis der falsche Weg. Die Gegenlösung wäre dann so eine populistische Nichtlösung, indem wir davon sprechen und darauf vertrauen, dass all zehn Jahr eine Fusion stattfindet. Wir haben das gehört und ich führe es nicht weiter aus, was Kollege Tremp gesagt hat. Das kann ich voll und ganz unterstreichen. Die wirtschaftliche Grosswetterlage hat sich geändert. Wir müssen uns anpassen. Das was die Regierung hier vorschreibt, ich würde es mal so umreissen, ist der Weg der allseitigen mittlerer Unzufriedenheit hin zu einer pragmatischen, tragfähigen auch realistischen Lösung. Und darum bin ich für Eintreten.

Giacometti: Ich habe das Gefühl, dass wir das Thema Fusionen allzu stark verpolitisieren, so dass wir alle betroffenen Gemeinden, die jetzt über Fusionen reden, sehr wahrscheinlich auch verärgern. Ich habe auch das Gefühl, dass hier alle Anwesende Experten sind in dieser Sache. 120 Experten haben wir hier, die alle das gleiche Rezept haben. Betrachten wir doch das Ganze als ein normaler Prozess. Als ein Zusammenwachsen und wir stellen mit dieser Vorlage die Rahmenbedingungen und die sind meiner Meinung nach in Ordnung. Für mich sind Gemeindefusionen nicht das Hauptsächlichste in diesem Kanton. Wir haben sicher noch andere Probleme, vielleicht auch grössere Probleme zu lösen. Für mich ist es wichtig, dass man die Rahmenbedingungen stellt und dass wir Fusionen so gut als möglich unterstützen. Ich möchte aber das Thema nicht überstrapazieren.

Feltscher: Ich spreche zuerst die Kolleginnen und Kollegen an, die in einer Gemeindebehörde arbeiten oder vielleicht auch einmal gearbeitet haben. Ich hoffe, Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich selbst nach neun Jahren Gemeindepräsidium und sechs Jahren Beratung von Kleingemeinden die Tätigkeit und Bedeutung der Gemeindevorstände etwas kritisch beleuchte. Ich frage Sie, ist ein Gemeindepräsident einer Gemeinde mit 300 Einwohnern nicht ein wenig ein Eunuch? Gemeindepräsidenten nehme ich hier bewusst aus, sie bewegen nämlich durchaus mit ihrer etwas anderen Denkweise zumeist noch etwas. Die Hauptaufgabe des Gemeindevorstandes einer Kleingemeinde ist, ehrlich gesagt, zu sitzen. Entscheiden kann er wenig. Die Schule ist beim Schulverband, die Feuerwehr beim Feuerwehrverband, der Zivilschutz beim Bezirk, das Grundbuch beim Kreis, der Forst in einem Verband, die Steuerveranlagung in Chur oder beim Verband, das Abwasser beim Verband und diverse Aufgaben beim Regionalverband. 90 Prozent der Ausgaben sind gesetzlich oder vertraglich gebunden. Sind das die Strukturen eines Kantons, der volkswirtschaftlich endlich den Turn-Around schaffen will? Der mit einem Grosssägewerk, einer Porta Alpina, einigen touristischen Projekten – ich erwähne jetzt solche, wo ich gerade tätig bin: im Surses, mit einem Surses Alpin oder einem Tube – endlich wieder mal etwas Aufbruchstimmung aufkommen lassen.
Alle reden oft und sehr gerne von Gemeindeautonomie und der Gemeinde als Urzelle unseres Staates. Leider sind fast 90 Prozent unserer Gemeinden nicht oder nur sehr beschränkt in der Lage ihre zentralen Aufgaben wirklich zu erfüllen und damit die Abwanderung aus den Tälern zu stoppen. Attraktiv für Zuwanderer zu sein. Sie halten sich mit Kantonsgeldern finanziell über Wasser und verhindern, dass die Kantonsgelder konzentriert in Talschaften, nicht nach Chur, Kollege Heinz, sondern in die Talschaften dezentral für die dezentrale Besiedlung eingesetzt werden können. Ich habe durchaus Verständnis, dass Vertreter von Kleingemeinden Angst vor diesen Veränderungen haben. Natürlich aus Ihrer vielleicht etwas subjektiven Sicht, sehen Sie natürlich Nachteile.
Wir haben von Grossrat Casanova gehört, dass den Kleingemeinden die Finanzen abgeklemmt werden. Ich glaube nicht, dass es um ein Abklemmen geht, sondern es geht eher um die Frage, die man umdrehen müsste. Wie viel haben wir in der Vergangenheit zu viel in ineffiziente Strukturen investiert? Bis jetzt wurde in unserem Kanton die Kleinheit belohnt und die Effizienz bestraft. Mit dem heutigen System ist ein Gemeindepräsident, der in einer Kleinstgemeinde eine Fusion anpackt, zumindest ein Visionär. Ich würde aber eher sagen ein Kamikaze. Welches ist die ideale Grösse einer Gemeinde im Kanton Graubünden? Ich sage zu Kollegin Joos, wir reden nicht von Grossgemeinden, die sie hier zitiert hat. Grossgemeinden haben wir im Kanton Graubünden drei oder vier. Untersuchungen unseres Zentrums für Verwaltungsmanagement an der HTW im Zusammenhang mit dem zitierten Leitfaden, der auch schon erwähnt wurde, haben ergeben, – das haben auch schon andere Hochschulinstitute erhoben – dass bezogen auf die durchschnittlichen Kosten pro Einwohner, Gemeinden in der Schweiz etwa zwischen 2'000 und 7'000 Einwohner am effizientesten arbeiten. Unter 2'000 werden sie rasch überproportional teurer pro Einwohner. Und über 7'000, das stimmt dann für die Grossgemeinden, von denen wir aber hier nicht sprechen im Kanton Graubünden, werden dann die Kosten pro Einwohner auch wieder höher. Das ist richtig.
Wo stehen wir heute? Elf Prozent der Gemeinden haben mehr als 2'000 Einwohner, würden also in diese effiziente Gruppe gehören. Ein Drittel hat über 500 Einwohner. Wir stehen – ähnlich wie bei den Steuern juristischer Personen – bei den Einwohnerzahlen, wie Sie in der Botschaft lesen konnten, an zweitletzter Stelle. Zwei Drittel der Finanzausgleichsleistungen gehen in Gemeinden unter 300 Einwohner. Wichtiger aber scheint mir einfach, sich zu vergewissern, was die zentralen Aufgaben einer Gemeinde sein sollten. Zuerst kommt für mich die Volksschule. Gemeinden, welche sechs Klassen Primarschule und möglichst auch eine moderne Oberstufe mit Schulleitungen anbieten können – diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die heute Mittag im Calvensaal waren, haben gesehen, was etwa auf die Schulen zukommt – besitzen Faktoren, die einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort ausmachen. Eine wirklich funktionierende Gemeinde sollte zudem mindestens folgende Aufgaben autonom erledigen können: Werk- und Forstdienst, Polizei und Feuerwehr, Wasserversorgung und vor allem die aktive Ansiedlung von Einwohnern und Betrieben organisieren können.
Damit die Strukturen sich in unserem Kanton wirklich grundlegend verändern, braucht es noch mehr als diese beiden Vorlagen. Das haben einige Vorredner schon erwähnt. Der indirekte Finanzausgleich der letzten 25 Jahre hat zwar unsere Bauwirtschaft gestärkt aber zum Stopp der Abwanderung haben aber die heute oft leerstehenden Gemeinden und Schulhäuser und sechs Meter Fahrbahnen wenig bis nichts beigetragen. Dieser indirekte Finanzausgleich gehört besser heute als morgen abgeschafft. Die Verteilung der Wasserzinsen muss überdacht werden. Ich meine damit überhaupt nicht, dass der Kanton mehr bekommen soll. Aber ich meine, dass die Gelder nicht mehr in Kleinstgemeinden fliessen dür-

fen und dort allenfalls zum Teil halt auch verschleudert werden, wenn man die Strukturen anschaut, sondern dass die Gelder der Talschaft zugute kommen sollen. Ab einem gewissen Zeitpunkt müsste der Kanton das Heft in die Hand nehmen und gewisse Zusammenschlüsse im Sinn von Talschaftsfusionen anordnen.
Jetzt komme ich zu einer heiklen Position. Die Kantone Schaffhausen, Luzern, Freiburg und Tessin haben ihren Gemeinden acht bis zehn Jahre Zeit gegeben, den Weg von unten nach oben, den ich durchaus auch als gut ansehe, zu machen. Danach wollen diese Kantone aber selbst handeln. Wäre das nicht auch der richtige Ansatz für Graubünden? Unsere Fraktion hat nur dies – und da wurden wir völlig falsch verstanden – verneint. Wir wollen keine Frist setzen. Ich persönlich könnte mir eine solche Frist aber durchaus vorstellen. Vielleicht kommt man in einigen Jahren auch wieder darauf zurück
Zur Vorlage Gemeindegesetz. Die Vorlage ist ein guter erster Schritt. Mit der Bestimmung von mindestens fünf Vorstandsmitgliedern entsteht Strukturdruck. Die Anreize sind mit dem Ausbau der Fusionsbeitragsmechanismen verbessert worden. Der Druck auf Kleinstgemeinden wird mit dem neuen Steuerertragskraftsystem Heureka und der Möglichkeit des Grossen Rates, einzelne Kleinstgemeinden in einem Tal auch zu einer Fusion zu zwingen, wenn dies für die Talschaft wichtig ist, sinnvoll ausgebaut. Trotzdem ist diese Vorlage nach wie vor ein Kompromiss zwischen Befindlichkeiten in Kleinstgemeinden und den Ansprüchen des Gesamtwohls dieses Kantons. Ich bin hier der Meinung, wie die Kollegen Jaag und Hanimann, dass die Regierung hier durchaus hätte Ziele setzen dürfen und dass darüber auch eine politische Diskussion hätte geführt werden müssen. Auf Probleme im FAG gehe ich dann im entsprechenden Eintreten ein. Dort müssen wir nämlich durchaus den einen oder anderen Pflock einschlagen.
Fazit: Wenn Sie diesem Kanton innert nützlicher Frist Strukturen verleihen wollen, die eine volkswirtschaftliche Entwicklung möglich machen sollen, wenn Sie für starke Gemeinden als Urzelle unserer Gesellschaft sind, wenn Sie gegen tausende von unübersichtlichen Verbänden sind und wenn Sie als Grossräte wirklich in dieser langfristigen Frage daran denken, dass wir in einem Bündner Boot sitzen und nicht in einem Tenner oder Vignogner Boot, dann werden Sie diese Vorlage annehmen und an einigen Stellen noch etwas konkreter werden. Ich bin für Eintreten.

Jeker: Als Mitglied der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik bin ich wirklich der festen Überzeugung, dass die Vorlage ausgewogen ist. Sie lässt flexible Lösungen zu, insbesondere eben unter Rücksichtnahme auf die geographischen Gegebenheiten und das scheint mir sehr zentral zu sein. Die heutige Diskussion in diesem Rat zeigt aber auch die Sensibilisierung für die Thematik Fusionen, ist sehr wertvoll, tut gut, ist aber auch unerlässlich. Der Prozess der Fusionen ist im Gange. Leider noch nicht in allen Köpfen. Wir wissen alle gut genug, wenn wir etwas verändern wollen, dann muss es zuerst im Kopf stimmen. Das Gesetz sichert jetzt einmal die Rahmenbedingungen. Aber wir müssen uns im Klaren sein, die Ziele müssen sein: Starke Gemeinden, starker Kanton.
Es ist nicht möglich, einen starken Kanton zu haben, der auch in Bern den entsprechenden Druck ausüben kann, wenn die Gemeinden schwach sind. Starke Gemeinden ergeben einen starken Kanton. Warum? Starke Gemeinden können so die Gemeindeaufgaben zukunftsgerichtet, langfristig umsetzen. Es sind Beispiele genannt worden. Ein starker Kanton kann eben kantonale Aufgaben zukunftsgerichtet, langfristig gesichert, umsetzen und dazu gehören natürlich nicht nur Strassen. Wir wissen alle, der Druck vom Bund auf die Kantone nimmt massiv zu. Wir sind noch nicht am Ende. Also, bereiten wir uns darauf vor, auf den Stufen Kanton und auf den Stufen der Gemeinden. Dann machen wir sicher keine Fehler. Aber in einem bin ich sicher, Zeit in Hülle und Fülle haben wir nicht. Ich bin für Eintreten.

Regierungsrat Trachsel: Ich danke Ihnen, dass Sie alle für Eintreten sind, das freut uns natürlich, dass wir dieses Geschäft miteinander behandeln dürfen. Ich bin der Meinung, diese Diskussion war wertvoll. Sie musste so geführt werden, weil es doch um eine wichtige Vorlage geht. Es geht darum, unsere Strukturen zu überdenken. Das hat immer auch mit Sachpolitik zu tun, aber es hat auch mit Emotionen zu tun. Dafür habe ich sehr viel Verständnis. Es war für mich auch nicht überraschend, dass bei verschiedenen Punkten die Meinungen auseinander gehen. Auch das habe ich erwartet. Ich komme mir so ein bisschen vor, wie der Steuermann auf einem Segelboot. Bei den Segelbooten ist es so, wenn der Wind am stärksten bläst, ist es am stabilsten. Das Boot ist dann unstabil, wenn sie keinen Wind haben. Ich bin im Moment in einer relativ stabilen Position. Etwas mehr zu denken hat mir ein Votum eines Ihrer Kollegen in der Mittagspause gegeben, der gesagt hat, man könnte eigentlich das Referat von gestern Abend von Herr Föger, Tirol, nur „Tourismusstrukturen“ mit „Gemeindestrukturen“ ändern. Ich würde sagen, da hat er Recht. Was mir zu denken gibt: Herr Föger hat gesagt, dass er nach neun Jahren vor allem weisse Haare und rote Augen habe. Wenn ich mir vorstelle, dass wir an zwei Strukturprojekten sind, eines für die Gemeinden und eines für die Tourismusstrukturen, dann werde ich sehr wahrscheinlich wie ein Winterhase sein, schneeweiss und rote Augen. Aber Spass bei Seite, wir haben zuerst die Teilrevision des Gemeindegesetzes zu behandeln und dann das Finanzausgleichsgesetz. Dies wurde Ihnen in einer Botschaft unterbreitet, weil es direkt zusammenhängt.
Es geht darum, die neue Kantonsverfassung umzusetzen. Wir haben aus diesem Grunde auch nur eine Teilrevision gemacht, weil zu einer Totalrevision die Zeit schlicht und einfach nicht gereicht hat und weil es wichtig ist, vor allem auch für die Regionalverbände, rechtzeitig die nötigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Mit dieser Botschaft haben wir auch versucht, Vorstösse Ihres Rates umzusetzen. Es waren Vorstösse der Grossräte Cavigelli, Hanimann und Zegg, die die Regierung aufgefordert haben, bei den Gemeindestrukturen Vorlagen vorzubereiten, die diese Strukturen vereinfachen und effizienter machen. Es ist aber auch so, dass im Moment beim Bund viele Veränderungen stattfinden, die in den ganzen Bereich Gemeinden stark hineinspielen. Einerseits die sich regelmässig wiederholenden Entlastungsprogramme. Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf hat bei der Behandlung des Budgets gesagt, dass es dem Kanton bis jetzt zu einem grossen Teil gelungen ist, die Mehrlasten selbst zu übernehmen. Es ist aber sicherlich auch so, dass wir Ihnen nicht versprechen können, dass das auch immer so sein wird. Wir müssen uns auch auf Situationen vorbereiten, in denen nicht mehr alle Lasten vom Kanton aufgefangen werden können. Andererseits spielt die neue Regionalpolitik des Bundes eine wichtige Rolle. Der Bundesrat hat die Botschaft verabschiedet. Sie wird nächstes Jahre im National- und Ständerat behandelt werden und wird insbesondere im Bereich Gemeinden im ländlichen Raum eine ganz wichtige

Rolle spielen. Hinein spielt ferner die Agglomerationspolitik des Bundes, wo neu Finanztöpfe mit doch recht grossen Beträgen gefüllt werden und wovon auch Gemeindegruppen in unserem Kanton betroffen sind. Nicht zuletzt die Umsetzung des neuen Finanzausgleiches Bund, Kanton, wo in unserem Bereich rund 33 Erlasse angepasst werden müssen. Beim Kanton betrifft es die Bereiche Richtplan, kantonales Raumplanungsgesetz, Gesetz für die wirtschaftliche Entwicklung, Gemeindesteuergesetz, Steuergesetz, Finanzausgleich II. Sie haben in der Endphase der Budgetdiskussion die ganzen Diskussionen zur Frage miterlebt, wie finanzieren wir den Finanzausgleichsfond der Gemeinden.
Sie sehen, es ist eine recht vernetzte Vorlage, die wir behandeln dürfen und spätestens morgen entscheiden werden. Setzen Sie auch Pflöcke für die Weiterbearbeitung in unserem Kanton bei der Gesetzgebung. Um was geht es uns? Was sind unsere Ziele? Wir möchten einerseits die interkommunale Zusammenarbeit auf eine bessere gesetzliche Grundlage stellen, insbesondere sollen auch die Rechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gestärkt werden, indem Referendumsfragen geregelt werden. Wir werden dies in den Artikeln 50 bis 62 besprechen. Die Grossräte Brüesch und Loepfe haben darauf hingewiesen, dass die Regionen wichtige Aufgaben zu erfüllen haben, ich bin gleicher Meinung. Ich bin aber auch ganz klar der Meinung, dass die Regionen Gefässe der Gemeinden sind. Es wurden diverse Kantone zitiert, wobei man meinen zweiten Heimatkanton wohlweislich nicht zitiert hat, den Kanton Bern. Dort wären es die Statthalterämter, die zum Kanton gehören. Ich glaube, es ist nicht die Meinung in unserem Kanton, dass wir Statthalterämter schaffen, die vom Kanton finanziert werden, indem der Kanton auch Gemeindeaufgaben übernimmt, sondern Regionalverbände werden primär weiterhin Gemeindeaufgaben übernehmen, und wir werden uns darüber noch im Detail unterhalten. Ich werde bei den einzelnen Voten vertieft darauf eingehen.
Uns geht es darum, die Zusammenarbeit der Gemeinden zu stärken. Es ist uns klar, wenn wir keine Gemeindeverbindungen zulassen würden – auch Zweckverbände sind letztlich Gemeindeverbindungen, auch wenn sie anders genannt werden – wären die Gemeinden gezwungen zu fusionieren. Das ist keine Frage, weil viele Kleingemeinden, das wurde von verschiedenen Votanten erwähnt, gar nicht in der Lage wären, die Gemeindeaufgaben allein wahrzunehmen. Also mit der Schaffung der Möglichkeit von Gemeindeverbänden und –verbindungen im Jahre 1974 hat man ein Instrument geschaffen, mittels welchem auch Kleingemeinden in Kooperation mit ihren Nachbargemeinden Gemeindeaufgaben ordentlich und gut erfüllen können. Wir dürfen auch feststellen, dass dieses Ziel erreicht wurde. Sehr viel zu reden hat, vor allem bei den Vertretern von Kleingemeinden, die Frage der Mindestausstattung gegeben. Man hat seinerzeit neben einem klassischen Steuerkraftausgleich und Beiträgen an Werke eine Mindestausstattung geschaffen. Diese Mindestausstattung hat man geschaffen, um Kleinstgemeinden erhalten zu können. Ein klassischer Finanzausgleich würde anders aussehen. Man würde z.B. hier diskutieren, wie viel Prozent des durchschnittlichen Steuereinkommens der Gemeinden jede Gemeinde haben soll. Vielleicht würde man sich auf 80 Prozent einigen und man würde einen horizontalen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden schaffen, so dass auch die schwächsten Gemeinen etwa 80 Prozent des durchschnittlichen Steuerertrages hätten. Dann würde man sehr wahrscheinlich Ausgleiche für besondere Lasten schaffen wie die Weite, also weit auseinander liegende Streusiedlungen, Naturgefahren usw. Dann wäre der Finanzausgleich eigentlich theoretisch sauber. Und auf eine Mindestausstattung würde man verzichten. Aber dann, auch Vertreterinnen und Vertreter der Kleingemeinden, haben wir keine Kleingemeinden mehr. Grossrat Feltscher hat es aufgeführt, zwei Drittel des Finanzausgleiches gehen heute an Kleinstgemeinden. Man hat damals bewusst ein Gefäss geschaffen, um diese Kleinstgemeinden finanzieren zu können. Das war mit ein Grund, das wurde hier auch erwähnt, dass Fusionen sich nur zögerlich ergeben haben, weil sich bei Fusionsgesprächen immer wieder gezeigt hat, dass man dann Mindestausstattung verliert. Sie wissen ja bekanntlich, wenn Sie Geld verlieren, dann sind die Anreize weg. In unserem Kanton ist es wie es in anderen politischen Gremien, das stärkste Führungsinstrument ist Geld. Darüber müssen wir uns keine Illusionen machen. Es ist klar, wenn wir bei den Mindestausstattungen keine moderate Kürzung –ich bin überzeugt, der Vorschlag von uns ist eine moderate Kürzung, wir können dann beim Eintreten zum Finanzausgleich im Detail darüber sprechen –machen würden, dann hätten wir Hemmnisse für Fusionen. Im Grundsatz sind wir uns alle immer einig, aber im Detail geht es eben nicht, weil in meinem speziellen Fall es eben jetzt genau anders ist. Das ist das Problem. Ich glaube, wir müssen hier Farbe bekennen. Wir müssen es gemeinsam lösen und ich glaube, es ist richtig, dass wir diese Frage diskutieren und hier entscheiden. Sie werden entscheiden. Ich werde meinen Antrag vertreten. Ich werde dann auch noch einmal meine Argumente ausbreiten.
Zu reden gegeben hat auch der Zwangsartikel. Grossrätin Christ und Grossrat Caviezel haben ihn angesprochen. Hier möchte ich folgendes festhalten: Es gab schon bisher einen Zwangsartikel. Wir haben ihn etwas verstärkt, mehr vielleicht symbolisch als in der Wirkung. Er soll auch aufzeigen, in welche Richtung der Grosse Rat gehen will. Wenn Sie den streichen, gehen Sie Schritte zurück, das ist ein klares Zeichen. Wenn Sie ihn so lassen, wie wir ihn vorschlagen, dann zeigen Sie auch, dass Sie weiter gehen wollen als dies in der Vergangenheit der Fall war. Wenn Sie ihn verschärfen, dann befinden Sie sich bei den Turbos. Das ist so in etwa eigentlich eine Zeichensetzung. Sie müssen sich im Klaren sein, Sie werden über den Zwangsartikel entscheiden und Sie werden dann auch entscheiden, wann es zum Zwang kommt. Nicht die Regierung, es wird immer der Grosse Rat sein. Sie werden sehen, wir werden den Zwangsartikel behutsam anwenden.
Zu Grossrat Caviezel. Er hat mir eine Frage gestellt, die er hier beantwortet haben möchte, weil er sich einen Antrag allenfalls vorbehält, wenn eine nicht mehr funktionsfähige Kleingemeinde mit einer grösseren, finanzstärkeren Gemeinde fusionieren möchte und die Grössere wegen der Übernahme von finanziellen Lasten ablehnt. Art. 94 Abs. 2 besagt, dass wenn beteiligten Gemeinden aus einer solchen Massnahme Vermögensnachteile erwachsen, so ist im Sinne von Art. 93 eine Augleichssumme zuzusprechen. Wenn wir einen solchen Fall haben, dann werden wir über diese Last sprechen und wir werden diese Last ausgleichen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine grosse Gemeinde nein sagt, wenn der Kanton die Last, die übernommen werden muss, ausgleichen wird. Wir haben diesbezüglich Beispiele, sofern die Gemeinde Trimmis und Says sich einig werden in den nächsten Monaten, werden Sie nächstes Jahr eine Botschaft haben, wo es in etwa in diese Richtung geht. Aber wir haben dort Instrumente, wo wir, glaube ich, diese Probleme lösen können, ohne den Artikel verschärfen zu müssen. Um was es uns aber ganz sicher bei dieser Vorlage geht, das möchte ich

besonders betonen, wir möchten starke Gemeinden, wir möchten Gemeindeautonomie. Starke Gemeinden sind für mich Gemeinden, die ihre Aufgaben wahrnehmen können und in denen die Stimmbürgerin und der Stimmbürger über möglichst alle Geschäfte, die die Gemeinde betreffen, mitreden. Da liegt das Problem. Wenn sie – das trifft auch auf Kleingemeinden zu – in 13, 14 Gemeindeverbindungen sind, Grossrat Feltscher hat die Beispiele aufgezählt, wo sie überall ihre Aufgaben delegieren müssen, dann haben sie sicherlich als Gemeindepräsidentin oder Gemeindepräsident noch die Übersicht. Wenn Sie gut und engagiert sind und Zeit haben, sind Sie in vielen von diesen Gemeindeverbindungen persönlich delegiert. Aber Hand aufs Herz, wie viele ihrer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wissen, wie man bei diesem Verband eingreifen kann. Welche Mitspracherechte man hat? Wer hat diese Verbandsregelemente alle zu Hause? Sind wir ehrlich, die meisten haben sie nicht. Es ist mir auch einmal so gegangen. Der Kehrichtverband Oberengadin wollte in Bever für etwa 80 Millionen eine Verbrennungsanlage bauen, ohne Volksabstimmung. Selbst wir Grossräte haben relativ lange überlegen müssen, wie wir eingreifen können. Also Sie sehen, die Verbandsdemokratie ist nicht eine Gemeindedemokratie. Ich sage es jetzt ein bisschen salopp, nehmen Sie mir das nicht übel, ich war auch einmal Gemeindepräsident, es ist eine Gemeindepräsidentenautonomie, weil sie der Gemeindeversammlung sagen können, Entschuldigung, aber das wurde schon im Verband erledigt. Ich habe es auch so gemacht. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, aber es ist ja meist so. Es wäre unmöglich beim Budget noch einmal auf diese Position zurückzukommen, alles an den Verband zurückzuspielen und sagen, wir müssen noch einmal über die Bücher. Wer macht das schon? Zwischen Recht und Praxis klafft hier eine Lücke und es geht uns natürlich auch darum, Strukturen abzubauen.

Im Vorfeld habe ich immer wieder gehört, das wird bestens und ehrenamtlich gemacht, die Delegierten in all diesen über 400 Verbänden kosten nichts, mag sein. Ich akzeptiere das auch und Sie wissen, ich bin ein Vertreter der freiwilligen Arbeit. Ich schätze diese Arbeit. Ich möchte allen danken, die diese Arbeit verrichten. Aber diese Arbeit hat einen Wert. Wenn Sie ausrechnen und pro Delegiertenstunde 50 Franken einsetzen würden – das ist ein bescheidener Unkostenbetrag, wenn Sie Lohn, Spesen, Sozialleistungen alles rechnen – dann kommen horrende Beträge zusammen. Die Frage ist, brauchen wir diese Strukturen, die wir mit Freiwilligenarbeit zwar finanziell günstig, aber mit grossem Aufwand abwickeln? Wir möchten nicht, dass diese Leute nicht mehr für die Öffentlichkeit arbeiten. Aber weniger nach innen und dafür vielleicht mehr nach aussen. Ich glaube, unsere Aufgabe wird es sein, in Zukunft gemeinsam nach aussen stärker zu sein, eben Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich bin nicht der Meinung, dass Gemeindefusionen zu einer Entvölkerung führen, sondern zu einer Stärkung einer Region, die sich gegen aussen stärker präsentiert, die gemeinsam nach Chancen sucht, die von aussen kommen und sich nicht mit Problemen beschäftigt, die wir uns intern machen. Das muss doch unser Ziel sein. Freisetzung von Ressourcen, diese Ressourcen nach aussen einsetzen und bessere Positionierung bei neuen Aufgaben. Es wurde auch gesagt, die Gemeinden haben auch die Aufgabe, zu schauen wo ihre Wirtschaft besser positioniert ist, wo Möglichkeiten bestehen. Für das brauchen sie personelle Ressourcen. Holen sie die bei ihren Verbänden, wenn sie fusionieren.

Die Frage, die von verschiedenen Ratskolleginnen und Ratskollegen diskutiert wurde, wieso haben wir keine Zahl genannt. Gestern Abend habe ich eine Zahl genannt bei den Destinationen. Der Vorwurf kam prompt, wieso haben Sie schon eine Zahl genannt, wenn Sie das Ziel nicht erreichen, wird es immer kritisiert. Die Zahl habe ich genannt bei einer Diskussion über wirtschaftliche Strukturen, die eigentlich keiner Emotionen bedürfen. Da geht es darum, Gäste zu holen. Wir müssen optimieren, dort nenne ich eine Zahl, ich stehe dazu. Wenn wir sie nicht erreichen, dann sagen Sie mir dann später, ich hätte die Aufgabe nicht erfüllt, das ist mir egal. Man hat mir heute auch den Vorwurf gemacht, ich brauche sechs Monate mehr, das ist mir auch egal. Tirol hat neun Jahre gebraucht. Wenn ich Ihnen eine Zahl nennen würde, dann würden Sie die nächste Frage stellen: wie sieht der geographische Perimeter aus? Dann würden wir uns darüber unterhalten, wohin Mutten gehört. Wohin gehört Wiesen usw.? Diese Diskussion wollte ich nicht führen. Ich gebe das zu. Das Zweite. Wenn Sie wollten, dass wir eine verbindliche Zahl nennen, dann müssten Sie uns auch die Instrumente geben. Dann ist es aber nicht mehr ein Prozess von unten nach oben. Dann wäre es ein Prozess von oben nach unten.

Bei den Tourismusstrukturen, wenn ich von einem Tourismusgesetz spreche, geht es ansatzweise in diese Richtung. Aber ohne Messer zu kämpfen ist etwas unangenehm, weil Sie werden dann ständig an etwas gemessen, das Sie gesagt haben, aber Sie haben keine Hände, um daran zu arbeiten. Das geht einfach nicht. Darum haben wir keine Zahlen genannt. Intern ist es anders, ob das Gemeindeinspektorat einmal 39 gesagt hat, weiss ich nicht, zumindest nicht in den letzten elf Monaten. Aber es ist klar, intern sprechen wir über Zahlen. Wir werden diese aber geheim halten. Damit haben wir uns auch nicht zum Tempo geäussert, weil wir nicht die Möglichkeit hätten, diese Ziele umzusetzen. Andernfalls hätten wir dieses Gesetz anders aufbauen müssen. Aufgrund der Vernehmlassungen waren wir der Meinung, dass die Vorlage mehrheitsfähig sein wird.

Das Gemeindegesetz ist auch die Grundlage für den Finanzausgleich II. Sie setzen hier Pflöcke, die wir brauchen, um den Finanzausgleich II vorzubereiten. Es wäre nicht möglich gewesen, das in ein Paket hineinzupassen. Wir stellen fest, dass die finanzielle Situation der Gemeinden in der Summe etwas besser ist, als die des Kantons, also nicht schlecht. Aber wir stellen auch fest, dass die Schere auseinanderklafft zwischen den starken und den schwachen Gemeinden. Wir stellen ferner auch fest, dass die schwachen Gemeinden, sofern sie nicht Wasserkraftgemeinden sind oder sehr unternehmerische Gemeindepräsidenten oder –präsidentinnen haben, bei den Kleingemeinden zu suchen sind. Wenn die Kleingemeinden sich nicht bewegen, dann wird es im Finanzausgleich zwei schwierig sein, die starken Gemeinden dazu zu bewegen, mehr Beiträge zu leisten. Dies muss man sich vor Augen halten. Es gibt Zahler und es gibt Empfänger. Die Bibel sagt zwar, Geben ist heiliger als Nehmen, aber in der wahren Welt ist es einfacher wenn wir nehmen können.

Grossrätin Joos hat gesagt, Hemmnisse abbauen ja, Druck ausüben nein. Das ist eine Wertungsfrage, ob die kleine Reduktion der Mindestausstattung Abbau eines Hemmnisses oder ob es richtiger Druck ist. Es ist auch der einzige Druck, den wir aufbauen können bei dem Zwangsartikel, wie gesagt, das ist mehr symbolisch, als dass wir das einsetzen. Das ist klar, es ist ein Abbau eines Hemmnisses. Wir erhoffen uns damit, dass sich grössere Gemeinden, nicht Grossgemeinden, bilden.

Grossrat Heinz hat die Frage, wie wir die Vernehmlassungen der Kleingemeinden gewichtet haben, angesprochen. Sie können sagen, 50 Vernehmlassungen von Kleingemeinden, die ähnlich lauten, hätten mehr Gewicht als die einer grossen Partei. Wir haben die Botschaft so gemacht, wie wir glauben, dass der Grosse Rat in etwa entscheiden wird. Weil es ist so, dass eine Botschaft nur dann einigermassen aus einem Guss ist, wenn ein Grossteil der Paragraphen mehr oder weniger so überwiesen wird. Wenn wir Extrempositionen vertreten hätten – das gilt natürlich auch für die Vernehmlasser, die mehr Dampf geben wollten, Sie haben sich hier auch geäussert FDP, SP – dann hätten wir das auch von der andern Seite befürchten müssen. Wir haben versucht, die Vorlage so auszuarbeiten, dass sich die Änderungen noch in ein harmonisches Konzept einpassen werden.
Grossrat Casanova hat ähnlich wie Grossrätin Joos argumentiert. Ich glaube nicht, dass wir Kleingemeinden in Not bringen wollen, aber es ist so, eine Gemeinde kann im Kanton Graubünden nicht Konkurs gehen. Sie können aber Mitspracherechte verlieren. Also wenn sie in der Notfallstation des Gemeindeinspektorates landen, dann haben sie keine grosse Gemeindeautonomie mehr. Wenn sie ein bisschen mehr wollen als die Strasse kehren und die nötigen Pflichtaufgaben erledigen, müssen sie das Gemeindeinspektorat fragen. Aber kaputt gehen sie nicht, sie haben alles bekommen. Ich höre auch die Vorwürfe der Gemeinden in der Mitte, die sagen, uns geht es bei der Infrastruktur fast schlechter als den Gemeinden in der fünften Finanzklasse. Auch diese Voten muss man ernst nehmen. Wo ich aber mit Grossrat Casanova sehr einverstanden bin und ich möchte mich hier seinem Dank anschliessen, das ist die Hilfe für das Berggebiet, die Patenschaften aus dem Unterland, die haben den Gemeinden sehr geholfen. Ich finde dies sehr wichtig. Ich möchte diesen Dank an diese Hilfsorganisationen weitergeben. Ich hatte letzte Woche ein Telefonat mit der Basler Zeitung betreffend Gemeinden Riehen und Mutten, die haben die Eröffnung der Strasse zum Anlass genommen, mich zu fragen, darf man das machen. Sie haben mich auch gefragt, mit welcher Gemeinde ich Mutten fusionieren möchte, drum konnte ich sagen, ich weiss es nicht. Ich habe grössten Respekt vor diesen Leuten, die auf solchen Sonnenterrassen schön wohnen, aber bis heute im Winter Strassen in Kauf nehmen mussten, die alles andere als komfortabel waren. Wir sind auf diese angewiesen. Auch diese Gemeinden befassen sich mit der Frage, sind unsere Mittel sinnvoll eingesetzt, oder erhalten wir Strukturen, die man nicht mehr erhalten sollte.
Wenn ich versuche herauszufinden, welche Hochschule oder welcher Professor sich am besten mit dieser Frage befasst hat, dann stosse ich eigentlich immer wieder auf einen Namen: Professor Riederer. Ein Bündner aus Vals, der uns gut kennt, der immer wieder feststellt, dass wenn man in den Talschaften Arbeitsplätze schaffen will, müsse man die regionalen Zentren fördern, da diese die Motoren der Talschaften seien. Weil die Bevölkerung dann noch von den abgelegenen Dörfern pendeln kann, weil sie in der nötigen Distanz Arbeit findet. Professor Riederer ist auch der Meinung, dass Strukturerhaltung in den periphersten Gebieten letztlich nicht zum Ziele führt. Grossrat Tremp hat auch in diese Richtung gesprochen, und ich muss Ihnen sagen, ich habe zumindest bis jetzt nichts Besseres gefunden. Wenn Sie bessere Literatur haben, und Sie wissen ja, man findet solche für jede Aussage, die man machen will, aber ich habe zumindest meine Quelle genannt und es ist eine Bündner Quelle, jemand der unsere Situation sehr gut kennt.
Grossrat Brüesch hat über die Finanzierung der Gemeindeverbände gesprochen. Ich bin ganz klar der Meinung, dass wir im Gemeindegesetz über die Finanzierung der Gemeindeverbände keinen Artikel brauchen und zwar, weil ich nicht annehme, dass Sie der Meinung sind, dass wir über den Finanzausgleichsfonds Gemeindestrukturen finanzieren sollen, sonst müssten Sie mir das sagen. Aber es wäre dann sehr wahrscheinlich keine Vereinfachung im Finanzausgleich II. Ich bin auch der Meinung, dass wir eigentlich auch keine Artikel brauchen, weil im Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung, und diesen Artikel 17 hat Grossrat Brüesch zitiert, steht: „Der Kanton kann Aktivitäten regionaler Organisationen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen unterstützen.“ Den Artikel haben wir. Gesetzgeberisch müssen Sie nichts machen. Wo Sie mit mir kämpfen müssen ist, wie viel Geld wir bei diesem Artikel budgetieren. Das sind allgemeine Steuermittel. Wir haben beim Strukturbereinigungspaket die Beiträge an die Regionen gekürzt. Dieser Artikel wurde nachher geschaffen. Wir haben bis jetzt nichts budgetiert. Wir können gemeinsam darüber sprechen, bei welchen Projekten in diese Richtung wir Gelder sprechen können. Es ist aber auch so, dass ich noch keine Not sehe, weil die IHG-Gelder bis 2007 noch fliessen. Die Regionalsekretariate kriegen vom Bund jährlich weiterhin 500'000 Franken, von uns 300'000 Franken. 500'000 Franken werden verteilt nach Fläche, Einwohner und Anzahl Gemeinden. Wenn Sie das Erzeugen von Kindern nicht als eine Leistung zur regionalen Förderung betrachten, ist es eigentlich nicht leistungsabhängig, sondern es ist verteilt nach dem Giesskannenprinzip. Dann haben die Regionalsekretariate zumindest zwei Jahre Zeit, sich auf diese Aufgabe neu auszurichten, sich vorzubereiten und wie gesagt, wir werden die Gespräche führen und unter diesem Artikel schauen, wo Not am Manne oder an der Frau ist. Aber wie gesagt, ich bin ganz klar der Meinung, es wurde hier auch gesagt, Regionalverbände sind primär Organisationen der Gemeinden. Die Gemeinden führen diese Verbände über ihre Delegierten und sie haben dafür zu sorgen, dass diese Verbände in der Lage sind, diese zukünftigen Aufgaben zu übernehmen. Wir werden helfen, aber der Lead liegt bei den Gemeinden, weil sonst wären wir bei den Statthalterämtern.
Grossrat Hanimann hat die Frage aufgeworfen, ob wir Kleinfusionen dulden sollen. Wir werden anschliessend an dieses Geschäft über die Fusion Splügen und Medels sprechen. Wir haben uns mit dieser Frage natürlich beschäftigt. Wir haben uns gesagt doch, und zwar weil wir glauben, dass es Vorbildfunktion hat. Wir müssen das von Fall zu Fall anschauen, ob die andern Gemeinden in dieser Talschaft, die wir natürlich gerne dabei hätten, fusionswillig sind oder ob die einfach aufgrund ihrer Ausstattung, keinen Grund haben zu fusionieren. Wir sagen aber auch klar, dass man nicht zweimal kassieren kann, zumindest nicht innerhalb einer gewissen Zeitperiode. Wir werden das nicht ins Gesetz aufnehmen, wie gross wir diese Zeitperiode sehen, aber es werden etwa 15 Jahre sein. Wenn wir im Surses über Fusionen sprechen, schauen wir nicht mehr, was haben wir seinerzeit Rona, Tinizong bezahlt, sondern irgendwann ist es geheilt. Wenn es aber innert 15 Jahren zu Ketten von Fusionen führt, werden wir das berücksichtigen und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil Fusionen auch die Gemeinden Geld kosten und es unsinnig wäre, wegen den Beiträgen solche Kaskadenfusionen zu provozieren.
Mehr Anreize für Strukturbereinigungen hat Grossrat Thomann gesagt. Wir haben soviel Geld, wie im Topf ist. Sie haben Gott sei Dank der Erhöhung auf zehn Prozent zuge-

stimmt. Wir werden jährlich in der Grössenordnung 21 bis 22 Millionen Franken zu verteilen haben und wenn Sie der Botschaft von uns folgen, werden etwa 14 bis 15 Millionen Franken in den Steuerkraftausgleich fliessen. Für Einzelobjektfinanzierung, also Infrastrukturfinanzierungen und Fusionen, haben wir dann noch etwa fünf bis sechs Millionen Franken zur Verfügung. Sie sehen, irgendwo sind uns dann die Hände gebunden.
Grossrat Stoffel hat gesagt, nehmen Sie uns nicht die Fischrute weg und geben Sie uns einen Fisch, ich bin seiner Meinung. Ich habe ihm aber schon in der Fraktion gesagt, bei mir weiss er, wie die Antwort ausfällt. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn wir diesen Gemeinden die Ressourcen wegnehmen. Wenn Hinterrhein keinen Steinbruch betreiben kann, wenn sie kein Kleinwasserkraftwerk bauen können, ich glaube, dann kostet uns der Finanzausgleich bedeutend mehr. Lassen wir doch diesen Regionen ihre Spielräume. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, wegen des Steinbruchs ist Hinterrhein keine schöne Gemeinde. Hier ist Vernunft nötig. Ich weiss aber auch, dass es oft die Bundesgesetzgebung ist, die uns hier einengt.
Grossrat Pfister hat die Frage der Empfänger und der Zahler aufgeworfen. Ich habe das kurz angesprochen. Wir sind in einer Demokratie und Sie werden diskutieren, wo Sie den goldenen Mittelweg sehen. Wir haben einen Vorschlag gemacht, von dem wir glauben, dass er ausgewogen ist. Wir haben die Vernehmlassungen gewertet, aber es sind persönliche Wertungen, die Sie in die Gesetzgebungsvorlage werden einfliessen lassen. Sie haben den Ball aufzunehmen und zu entscheiden, ob Sie unserer Meinung sind oder ob Sie finden, dass wir unausgewogen waren.
Grossrat Tremp hat Herrn Heimo Heisch, Vorsteher des Gemeindeinspektorats, angesprochen. Ich bin ihm dankbar dafür. Ich kann Herrn Heisch den Dank weitergeben. Herr Heisch ist ein Chefbeamter, der mit Leib und Seele Gemeindevertreter, insbesondere Vertreter der Kleingemeinden ist. Ich glaube, es wäre völlig falsch zu sagen, er hätte die Interessen der Kleingemeinden nicht vertreten. Er lebt für sie, würde ich sogar sagen, und er hat viel dazu beigetragen, dass es unseren Kleingemeinden heute so gut geht. Ich bin dankbar, dass ich einen Berater habe, der dieses Geschäft so gut kennt. Ich selber hätte das Wissen, das ich Ihnen hier vortrage, nicht. Ich bin darauf angewiesen, dass ich diese Informationen aus den entsprechenden Amtsstellen bekomme.
Grossrat Tremp hat ein weiteres Thema angesprochen, das uns stark beschäftigt, die IH-Finanzierung. Die Investitionshilfe in Berggebieten des Bundes hat sehr viel bewirkt bei uns. Wir haben heute fast flächendeckend gute Infrastrukturen. Wir haben sogar Infrastrukturen, wo wir uns im Unterland sagen lassen müssen, dass wir sie eigentlich gebaut haben, aber nicht brauchen: Gemeindehäuser, Schulhäuser, in Zukunft vielleicht Werkhöfe. Ich glaube, wir hätten grösste Probleme Hilfe von anderen Kantonen zu erwarten, wenn wir hier nicht auch einsehen, dass wir das Ziel erreicht hätten, vielleicht sogar über erreicht haben.
Sorge bereitet uns der Unterhalt. Den Unterhalt müssen wir, müsst Ihr in den Gemeinden finanzieren und dazu brauchen wir tragfähige Gemeindestrukturen und einen Finanzausgleich II. Ich sage es noch einmal, es geht heute primär nicht mehr um Erstellen von Infrastruktur. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, die heute vorhandene Infrastruktur weiter unterhalten zu können. Ich glaube, dass sind so in etwa die Antworten, die ich auf Ihre Voten geben kann. Ich hoffe, ich habe niemanden vergessen und danke Ihnen nochmals, dass Sie für Eintreten sind.

Nigg; Kommissionspräsident: Nach dieser engagierten Debatte und diesen engagierten Voten bleibt mir als Schlusswort nicht mehr sehr viel zu sagen, aber zwei, drei Dinge möchte ich trotzdem noch dazu beitragen. Es ist gesagt worden vom Präsidenten der Strategiekommission, dass die Strategiekommission einen Mitbericht für unsere Kommission gemacht hat, dass dieser aber vielleicht zu wenig in das Protokoll aufgenommen wurde. Das ist richtig. Die Strategiekommission hat im Sinne ihrer Aufgabe einen Mitbericht gemacht, hat auch ihre Bemerkungen gemacht, was ihre Planungsziele seien, vor allem in Sachen Regionalpolitik. Und es ist ein Mangel an unserem System, möchte ich sagen, dass eben diese Mitberichte der Strategiekommission, die sich mit der Zukunft unseres Kantons befassen, vielleicht etwas zu wenig miteinbezogen werden können mit der jetzigen Art der Protokollführung.
In der ganzen Debatte waren wir uns einig, glaube ich, feststellen zu können, dass die Berggebiete und der Alpenraum nur mit Strukturverbesserungen als Siedlungsraum überhaupt erhalten werden können und dass nur so die Lebensbedingungen in diesen Berggebieten verbessert werden können. Einig war man sich auch, dass planerische, wirtschaftliche und organisatorische Strukturverbesserungen Hand in Hand gehen sollen. Wie man diese organisatorischen Strukturverbesserungen machen sollte, da stelle ich eine gewisse Uneinigkeit fest. Die einen wollen die Regionen und Regionalverbände stärken und verstärkt mit Mitteln ausstatten, die Mehrheit der Sprecher, glaube ich, es waren immerhin 21, die sich zu Wort gemeldet haben, die wollen die Gemeinden stärken.
Wir haben diese Grundsatzfrage in der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik auch diskutiert und sind, genau wie die Mehrheit der Sprecher, zum Schluss gekommen, dass es vordergründiges Ziel dieser Gemeindegesetz- und Finanzausgleichsreform sein soll die Gemeindestrukturen und, ich betone das, die Verwaltungsstrukturen zu verbessern. Wir haben die Diskussion ja schon beim Art. 72 oder bei den Artikeln in der Kantonsverfassung geführt und dort dann auch klar in der Kantonsverfassung festgehalten, dass die Regionalverbände nur die Aufgaben erfüllen, die ihnen durch den Kanton, die Kreise oder die Gemeinden übertragen werden. Ich glaube, für die übertragenen Aufgaben kommen den Regionalverbänden, auch aus der Spezialgesetzgebung, insbesondere den Wirtschaftsförderungsbestimmungen, genügend Mittel zu.
Man war sich einig, dass die Gemeinden gestärkt werden sollen. Die Gemeinden sollen gestärkt werden, einerseits weil das für die Wirtschaft wichtig ist. Die Wirtschaft braucht Behörden, die effizient entscheiden, die entscheidungsfreudig sind und die auch mehr oder weniger richtig entscheiden, wenn man das so sagen kann. Es sind ja immer nur 50 Prozent der Entscheide richtig. Die Behörden brauchen aber auch eine starke Verwaltung, das möchte ich betonen, da möchte ich anschliessen an ein Votum von Ratskollege Pfister, es geht hier nicht um kleine oder um finanzschwache Gemeinden, es geht tatsächlich nur um starke Gemeinden. Ich habe gesagt, die Gemeinden brauchen starke Verwaltungen, dass ist möglich mit grösseren Gemeinden. Wir brauchen starke Verwaltungen damit diese den Verbänden, auch dem Kanton, als orientierte, dokumentierte und ernst zu nehmende Gesprächspartner gegenüber stehen und nicht, wie das jetzt häufig der Fall ist, nur als Bittsteller.
Wir waren uns in der Diskussion uneinig, wie das geschehen soll. Die einen wollen die Fusionen oder starke Gemeinden mit mehr Druck, schneller oder weniger schnell machen, es

stehen, wenn ich das so feststelle, die SP- und FDP-Turbos den Vertretern der Kleingemeinden gegenüber. Wir haben uns, auch wenn der Kommission vielleicht zu Recht vorgeworfen wurde, dass sie keine Vertreter der Kleingemeinden hatte, stark mit dem befasst. Es wird dann vor allem beim Finanzausgleich zum Tragen kommen, wo wir ein System HEUREKA wie es vorgeschlagen wird, unterstützen, obwohl wir auch andere Systeme prüfen liessen, auch Systeme, wie es z.B. von der Strategiekommission vorgeschlagen wird. Systeme wo man bei 400 Einwohnern die Mindestausstattung zulässt. Wir haben aber gefunden, dass wir ein System haben sollen, und da sind wir eben mit der Regierung einig und auch mit dem Gemeindeinspektorat, das diese Systeme berechnet hat, das die Kleingemeinden auch leben lässt. Das haben wir jetzt in dieser Vorlage. Es ist ja auch der Sinn dieser Beratungen hier, dass wir ein Konsens finden, ein Konsens zwischen den Interessen der Grossen und der Kleinen, der Minderheiten und der Mehrheiten.
Es ist gesagt worden, man hätte zuerst eine politische Diskussion führen sollen, wie viel Gemeinden wir überhaupt wollen. Die Regierung hat sich entschlossen, diese Diskussion nicht zu führen. Sie hat sich damit entschlossen, kein Zwangsfusionssystem einzuführen, sondern ein Anreizsystem. Ich glaube, die Regierung hat hier eine Führungsrolle übernommen und das ist richtig so. Die Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik unterstützt die Art und Weise, wie die Regierung ihre Führungsrolle mit dem Anreizsystem wahrnimmt.

Standespräsident Geisseler: Darf ich davon ausgehen, dass zum Eintreten zu diesem Gesetz alles gesagt ist? Ich darf, somit darf es zu Handen des Protokolls festhalten, dass der Grosse Rat Eintreten beschlossen hat.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Art. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Portner: Ich spreche zu Art. 2 unter dem Titel „Wendepunkt, Autonomieverlust oder Etikettenschwindel". Ich stelle den Antrag auf Streichung von Art. 2. Ich gehe davon aus, dass Avenir Suisse in der Lagebeurteilung Recht hat und damit auch die Regierung mit ihrem neuen Konzept. Was ich nicht akzeptieren kann bei Avenir Suisse sind die Lösungsvorschläge. Wieso sind wir an einem Wendepunkt? Bisher waren wir stolz auf die Gemeindeautonomie. Wir haben die Gemeindeautonomie quasi behandelt als ein Souveränitätsrecht. Obwohl nach Professor Zaccharia Giacometti Souveränität nicht einmal den Kantonen zukommt, sondern nur dem Bund. Weil Souveränität heisst, Kompetenz-Kompetenz. Den Pur suveran in dieser Art gibt es auch immer weniger. Nicht nur in der Landwirtschaft findet dort eine Erosion statt, sondern auch in der Politik. Dieser Wendepunkt sollte meines Erachtens unterstrichen werden, indem man sich nicht noch ausdrücklich an prominenter Stelle, nämlich in Art. 2 eine Autonomie betont, das wurde heute auch von Grossrat Feltscher angetönt und auch von anderen, eine Autonomie, die es praktisch nicht mehr gibt.
Man betreibt Etikettenschwindel, wenn man das so hinstellt. Ich bin dafür, die Stossrichtung der Regierung ist richtig. Aber wir müssen mit offenem Visier kämpfen, den Leuten sagen, um was es geht, wohin der Zug fährt. Ich vermisse etwas, das wurde auch angetönt, die Strategie. Wir sprechen ständig von Strukturen. Es heisst in der Betriebswirtschaft, Organisationslehre, ganz klar, die Struktur folgt der Strategie. Wie will man Strukturen umbauen, wenn man nicht eine klare Strategie hat. Aber das sei verziehen. Es ist vielleicht schon richtig, dass man schrittweise, schleichend vorgeht. Das könnte sich rächen, wenn die Leute plötzlich merken, dass der Zug schon lange abgefahren ist. Dies einmal bis hierher zu diesem ganzen Problem. Es geht nicht um das Was, es geht um das Wie, wie wir das machen wollen. Wir können nicht einfach alte Kleider anlegen und unten eine neue Person gewissermassen damit anziehen. Wir können auch sagen, einfach neue Kleider anlegen und etwas vortäuschen. Sonst haben wir am Schluss eine Vogelscheuche und das wollen wir ja auch nicht. Ersatzloses Streichen wird Regierungsrat sagen. Es gibt Gemeinden, die haben noch Autonomie, z.B. die finanzstarken Gemeinden. Aber wie wir ja hörten, sind das vielleicht in der Grössenordnung von etwa zehn oder 15 oder so Prozent. Also eine vernachlässigbare Grösse. Ein Streichen würde auch den Prinzipien der Vereinfachung und Verwesentlichung der Gesetzgebung entsprechen. Auch von dort her wäre das fundiert. Ich bin überzeugt, dass die Aufgabenerfüllung, die Gesetzgebungskompetenz und alles in Art. 3 ff. klar festgelegt ist. Wir brauchen nicht etwas zu deklamieren, hinter dem nichts oder praktisch nichts ist. Zusammengefasst nochmals, stimmen Sie mir zu, seien Sie mutig, signalisieren Sie um was es geht, kämpfen Sie mit offenem Visier, sind wir für das Streichen von diesem Art. 2.

Antrag Portner
Streichen

Nigg; Kommissionspräsident: Grossrat Portner macht den Vorschlag, den Art. 2 über die Gemeindeautonomie zu streichen. Er hat das wie gewohnt in philosophisch gefärbten Worten begründet. Und ich gebe ihm Recht darin, dass die Gemeinden tatsächlich einen Autonomieschwund miterleben im Moment. Wir haben aber die Gemeindeautonomie in der Verfassung Art. 65 Abs. 2 gewährleistet. Und ich meine es ist nur folgerichtig, wenn im Gemeindegesetz eben auf diesen Art. 65 Bezug genommen wird. Und im Rahmen der Gesetzgebung, dass wir eben die Gemeindeautonomie weiterhin gewährleisten. Also ich glaube, um die letzte Gemeindeautonomie wollen wir auch noch weiterhin kämpfen und in diesem Sinne meine ich, müssten wir diesen Art. 2 beibehalten.

Regierungsrat Trachsel: Ich schliesse mich dem Kommissionspräsidenten an. Grossrat Portner hat die Antwort von mir schon zitiert, bevor ich sie gegeben habe, dass eben finanzstarke Gemeinden in unserm Kanton eine beträchtliche Autonomie haben. Auch wenn wir feststellen müssen, dass vor allem auch durch Bundesrecht Autonomien eingeschränkt werden, Grossrat Stoffel hat auch darauf hingewiesen, dann ist es doch so, dass es wohl kaum einen zweiten Kanton gibt, bei dem die Gemeinden so viele autonome Rechte haben.

Vor allem auch im ganzen Planungs- und Baugesetzgebungsbereich sind die Gemeinden in unserem Kanton sehr autonom. Auch im Schulbereich usw. Das wurde auch hier im Rat ja schon eigentlich negativ erwähnt, dass eben die Gemeinden in verschiedenen Bereichen zu viel Autonomie hätten. Ich glaube, es wäre ein falsches Zeichen, diesen Artikel 2 zu streichen, weil man ja dann sagen wollte, wir möchten noch weniger Autonomie. Ich glaube, es wäre ein falsches Zeichen. Das Gemeindegesetz ist die Fortführung der Verfassung, die die Gemeindeautonomie garantiert.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 56 zu 13 Stimmen zu.

Art. 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Jäger: Auch ich möchte Ihnen beliebt machen, etwas aus dem Gesetz zu streichen. Mein Antrag ist bedeutend harmloser als der Antrag von Ratskollege Portner. Ich möchte Ihnen beliebt machen, in der Marginale III. Aufgaben, dann das was folgt, nämlich 1. im Allgemeinen zu streichen. Also streichen, 1. im Allgemeinen. Ich begründe das wie folgt. Auf Seite 1121 dieser Botschaft sehen Sie das geltende Recht. Im ersten Kapitel Allgemeine Bestimmungen sehen Sie I. dann II. der Art. 2, den wir jetzt eben stehen gelassen haben, dann III., d.h. neu Aufgaben, dann 1. im Allgemeinen, 2. im Besonderen, und dann geht es wieder römisch weiter. Art. 4 wird gestrichen, so dass es eben kein im Besonderen mehr gibt, dann braucht es auch das Allgemeine nicht. Und deshalb ist dieses im Allgemeinen nicht notwendig.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Angenommen

Art. 4
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 4a Marginalie
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 5 Marginalie
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 6
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 7
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 8
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Nigg; Kommissionspräsident. Ich habe im Eintreten darauf hingewiesen, dass ich auf Artikel, die die Strategiekommission (STRAK) beantragt hat aber die Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik (KWAS) nicht aufgenommen hat, mindestens teilweise darauf hinweisen werde. Hier wollte die STRAK Abs. 2 in Art. 8 streichen. Das würde bedeuten, dass die Gemeinden für die Einberufung von Gemeindeversammlungen ein Quorum einführen könnten. Die KWAS, die war einstimmig der Meinung, dass auch die Nichtteilnahme an einer Versammlung oder eben auch die Nichtteilnahme an Abstimmungen ein demokratisches Recht sei. Sie will deshalb, dass die Durchführung an die Gemeindeversammlung nicht an eine Voraussetzung gebunden werden darf.

Loepfe: Nur zur Klärung der Situation, so wie sie Kommissionspräsident, Ernst Nigg, richtig eingebracht hat, die Strategiekommission hat sich entschlossen, diesen Antrag nicht in den Rat einzubringen.

Angenommen

Art. 9 lit. a, e, i und k
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 10 Abs. 1 lit. a, e und f sowie Abs. 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 11 Abs. 1 und 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 12 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 14 Abs. 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Casanova (Vignogn): In einigen Bündner Gemeinden und auch in Chur besteht der Gemeindevorstand aus drei Mitgliedern. In der Botschaft auf Seite 1041 ist erwähnt, dass für eine kleine Mitgliederzahl die grössere Effizienz spricht. Dies kann ich aus praktischer Erfahrung in den letzten Jahren auch bestätigen. Hier spielt die Grösse der Gemeinde überhaupt keine Rolle. Probleme bei Zerstrittenheit bei Ausstandsgründen unter den Vorstandsmitgliedern sind durch Stellvertretungen lösbar. Auch Stellvertreter, vor allem in Kleingemeinden, müssen über ihre Funktion und Auftrag informiert sein. Schlussendlich haben auch Kleingemeinden eine Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Das Problem der Meinungsbildung ist vor allem in Kleingemeinden mit Informationsveranstaltungen mit Erfolg praktiziert worden. Auch hier kein Problem. Die operative Tätigkeit und Verteilung der Aufgaben braucht neue Ideen und Lösungen. Für diese Lösungen sind wir selber verantwortlich und wir brauchen viel Raum und keine Vorschriften, die gute Lösungen verhindern. In der Vernehmlassung ist der Vorschlag der Regierung mehrheitlich abgelehnt worden. Ich stelle folgenden Änderungsantrag zu Art. 14 Abs.3: Er besteht aus mindestens drei Mitgliedern.

Antrag Casanova (Vignogn)
Ändern wie folgt:
Er besteht aus mindestens drei Mitgliedern.

Heinz: Ich unterstütze meinen Vorredner voll und ganz und bin froh, dass er bereits den Antrag stellte. Denn sehen Sie, alleine die Tatsache, dass es in einer Gemeinde nur drei Vorstandsmitglieder gibt, sollte nicht dazu missbraucht werden können, um eine Gemeinde als nicht funktionierend zu bezeichnen und damit sie dann der Grosse Rat über den Artikel 94 zu einer Zwangsfusion zwingen kann. Ich unterstütze voll Grossrat Casanova und bitte Sie auch.

Trepp: Ich habe auch einen harmlosen Antrag. Ich möchte Ihnen beliebt machen, ‚in der Regel' zu streichen. Meine Begründung. Wir streben ja alle grössere und professioneller geführte Gemeindestrukturen an. Dies bedingt umfassende Kenntnisse der immer komplexer werdenden Gesetzgebung. Solche Kenntnisse sind, ob wir das gut oder schlecht finden, nur durch eine gewisse Spezialisierung zu erreichen. D.h. die Last muss unabhängig von der Gemeindegrösse auf mehrere Schultern verteilt werden. Wenn wir schon ein neues Gesetz machen, muss es klar und für alle Gemeinden gleich und gleich verbindlich sein. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Antrag Trepp
Streichen
…in der Regel…

Pfister: Ich hätte hier eigentlich eine Verständigungsfrage. Ich muss sagen, für mich wäre das jetzt ein Artikel wo vor allem auf die kleinen Gemeinden etwas Druck aufgesetzt werden könnte, wenn man jetzt den Antrag Trepp unterstützen würde, indem man ‚in der Regel' streicht. Für mich besteht die Frage, was heisst in der Regel. Also die Regel müsste für mich klar definiert werden, damit man weiss, was das heisst. Also so wie es hier darstellt, habe ich das Gefühl, könnte das Arbeit für Juristen geben. Nämlich dann, wenn eine Gemeinde drei Mitglieder haben will und es steht in der Regel fünf und man sich mit dem Kanton streitet, ob man jetzt in diese Regel passt oder nicht. Ich habe das Gefühl bekommen, dass man das hineingenommen hat, um die Gemeinde Chur berücksichtigen zu können. Vor allem weil die Gemeinde Chur drei Mitglieder hat und weil man da nicht Kosten verursachen will. Ich unterstütze den Antrag Casanova. Denn mit diesem Antrag können wir auch die Gemeinde Chur berücksichtigen.

Feltscher: Ich bitte Sie, den Antrag Casanova abzulehnen. Gerne hätte ich Kollege Trepp unterstützt, den Antrag gestellt, das ‚in der Regel' zu streichen. Dies würde allerdings die sinnvolle Ausnahme der Stadt Chur verunmöglichen. Ich bin überzeugt, dass ein Dreiervorstand in Kleinstgemeinden undemokratisch ist. Da wird oft aus der Not eine Tugend gemacht. Weil man nicht mehr genügend Behördenmitglieder findet, reduziert man auf drei. Bei jedem zehnten Geschäft muss dann ein Vorstandsmitglied in den Ausstand, weil in den kleinräumlichen Verhältnissen oft Interessenskonflikte entstehen. Ich frage die Regierung an, ob sie im Sinne des Strukturwandels bereits sein wird, hier bei der Kleingemeinde die fünfköpfigen Vorstände auch durchzusetzen und dieses ‚in der Regel' wirklich der Spezialfall Chur ist. Sollte dies nur eine Wunschformel sein, wie es Grossrat Pfister angedeutet hat, dann müsste Art. 14 Abs. 3 ergänzt werden. Und ich behalte mir vor, dann einen Antrag zu stellen, der heissen würde: Gemeinden ohne Haupt- oder vollamtlichen Gemeindevorstand mit drei Vorstandsmitgliedern müssen innert einer von der Regierung angesetzten Frist die Vorstandsmitgliederzahl auf fünf erhöhen.

Zegg: Vorerst hätte ich auch gerne von Herrn Regierungsrat gehört, wenn wir mit diesem Formulierung weiter fahren, was gilt dann für die Stellvertreter. Ist eine Gemeinde mit drei Mitgliedern und zwei Stellvertretern möglich? Wird das akzeptiert? Oder ist das nicht möglich? Zum zweiten, ich bin einer der Erfahrung auf diesem Gebiet hat. Wir im Samnaun haben eine Gemeindeverfassung mit drei Vorstandsmitgliedern und einem Gemeinderat. Und die ganze Exekutivgewalt ist beim Vorstand. Der hat relativ grosse Kompetenzen. Das ist richtig. Man hat kleine Behörden mit grossen Kompetenzen gemacht. Das war eigentlich sinnvoll. Und das war früher auch richtig.
Aber früher hatten sie in den Gemeindevorständen vorwiegend Landwirte, Lehrer, solche Leute, da gab es keine Probleme mit dem Ausstand. Heute haben wir in den Vorständen Unternehmer, Dienstleister, Architekten, Bauherren, Schlosser usw. Und da ergeben sich in einem ersten Bereich, bei der Submissionsverordnung, bereits sehr grosse Nachteile, weil Ausstände vorhanden sind. Bei jeder Arbeitsvergabe, bei Architekturvergabe usw. muss man in den Ausstand treten. Wenn einer auch nur einen Bruder hat, der Architekt ist, das trifft bei uns zu, muss er in den Ausstand treten. Die Frage ist dann auch, wenn einer in einem grossen Unternehmen arbeitet, wie bei den Bergbahnen, muss er dann in Ausstand treten, wenn ein Baugesuch der Bergbahnen vorliegt? Das gibt sehr viele Probleme. Ein zweiter Bereich ist das Baugesetz. Dort gibt es ähnliche Probleme. Auch dort, wenn Einsprachen zu beurteilen sind und verwandtschaftliche Beziehungen existieren oder Arbeitgeber irgend wo in einem Betrieb oder einer ist Unternehmer in diesem Betrieb, der ei-

nen Auftrag zu erwarten hat, auch dann stellt sich die Frage des Ausstandes. Aus diesem Grunde haben wir jetzt eine neue Verfassung in der Ausarbeitung mit fünf Gemeindevorständen.
Wir glauben aber auch, dass diese Zahl fünf auch noch andere Vorteile bringt. Heute ist es so in den Gemeinden, dass der Präsident eine relativ hohe Stellenbesetzung, etwa 60 bis 80 Prozent hat, die Übrigen Vorstände haben grundsätzlich 30 bis 40 Prozent. Sie kriegen fast keine Leute mehr, denen der Arbeitgeber gestattet, so viel Zeit ausserhalb zu arbeiten, es sei denn sie sind von Staatsbetrieben. Dort ist das noch möglich. Wenn wir fünf Vorstände haben, so ist es möglich, mit einer Stellenbesetzung von 15 bis 25 Prozent zum Teil solche Leute zu kriegen. Wir kriegen also mehr Leute. Ein weiterer Grund der dafür spricht, dass wir auf fünf gehen, ist die relativ grosse Kompetenz des Vorstandes. Und da ist es auch besser und einfacher, besonders dann, wenn kein Gemeinderat da ist, kein Gemeindeparlament, wenn das auf fünf Leute verteilt ist. Ich mache Ihnen also beliebt, diesem Antrag gemäss Botschaft zu folgen.

Christoffel: Es hat sich beinahe erledigt. Meine Frage zielte darauf hin, bei drei ordentlichen Mitgliedern, müssten wir dann nicht die Stellvertretung auch regeln? Also in unserer Gemeinde sind es fünf ordentliche Mitglieder und wir haben keine Stellvertreter mehr. Aber ich denke, in einem Parlament, wo nur noch drei Mitglieder sitzen, müsste man nicht die Stellvertretung regeln?

Regierungsrat Trachsel: Wir sind der Meinung, dass fünf Vorstandsmitglieder richtig wären oder allenfalls auch sieben. Das wird ja unterschiedlich gehandhabt. Wir haben hier geschrieben ‚in der Regel', weil wir der Meinung sind, dass es grössere Gemeinden vielleicht in Zukunft ähnlich machen wie Chur. Dass sie Vollämter schaffen. Das kann auch in Zukunft bei Tourismusgemeinden sinnvoll sein. Und wenn sie drei Vollämter haben, sind die Ausstandsgründe sehr viel mehr eingeschränkt, als wenn sie Leute haben, die noch in der Wirtschaft verankert sind. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir Ihnen den Vorschlag machen, fünf in der Regel, weil wir eben sehen, dass es sinnvoll sein kann, gerade für die grösseren Gemeinden, ich meine Kurortsgemeinden. Diese darf man nicht nur an der Einwohnerzahl messen, sondern auch an der Infrastruktur, die sie mit ihren Fremdenbetten haben, so dass das für diverse Gemeinden eine gute Regelung sein kann. Die möchten wir nicht verbauen.
Auf die Frage von Grossrat Feltscher. Es ist klar, wenn eine Gemeinde Probleme hat, weil sie mit drei Vorstandsmitgliedern nicht mehr beschlussfähig ist und im Extremfall ein Kurator braucht, dann werden wir Druck aufsetzen. Wenn Verfassungen revidiert werden, werden wir darauf hinweisen und auch Druck aufsetzen. Wir werden aber keine Gemeinde zwingen, wegen der Regel die Verfassung zu ändern. Das ist klar, einige werden vielleicht deswegen keine Verfassungsänderung machen. Das ist auch denkbar. Aber ich bin der Meinung, dass drei ordentliche Vorstandsmitglieder ergänzt mit Stellvertretern keine gute Lösung ist. Schauen Sie, Sie haben einen starken Präsidenten und zwei Vorstandsmitglieder, einer tritt noch in den Ausstand und Sie holen dann einen Stellvertreter. Ob Sie den für die ganze Sitzung oder nur für dieses Geschäft holen, ist schon die erste Frage, die Sie beantworten müssen. Ob es dann noch sehr demokratisch ist, wenn Sie dem Stellvertreter zuerst erklären, wieso Sie ihn jetzt holen oder wieso man jetzt hier dafür oder dagegen sein muss, da habe ich meine Zweifel. Ich bin der Meinung, dass, wenn Sie drei effektive Vorstandsmitglieder und zwei Stellvertreter finden, dann finden Sie auch fünf Vorstandsmitglieder. Diese sind dann auch über die Geschäfte einer Amtsperiode im Bild, wissen um was es geht, kennen die Zusammenhänge, und ich glaube, wir machen den Gemeinden damit einen grossen Gefallen. Darum bitte ich Sie, unserem Vorschlag zuzustimmen. Sie lassen die professionelle Ausnahme zu. Sie lassen auch zu, dass Gemeinden, die heute gut funktionieren und keine Änderungen vornehmen, nicht sofort zu einer solchen gezwungen werden, aber dass wir längerfristig zu fünf Vorstandsmitgliedern kommen.

Heinz: Ich habe Ihre, vor allem die Aussagen von Herrn Regierungsrat zu Herzen genommen. Sollte unser Antrag nicht durchkommen mit drei, wären Sie eventuell bereit, in den Übergangsbestimmungen am Schluss, zu sagen, für den Übergang haben die Gemeinden fünf oder zehn Jahre Zeit.

Joos: Ich möchte den Antrag Casanova unterstützen, damit die Klarheit besser ist. Nämlich gemäss Botschaft, Seite 1071 soll den Gemeinden, vorab solchen ohne Gemeindeparlament eine Mindestzahl an Vorstandsmitgliedern vorgeschrieben werden. Es darf nicht sein, dass die Anzahl von fünf Vorstandsmitgliedern nur nach oben, aber nicht nach unten angepasst werden kann. Kleingemeinden, welche mit drei Mitgliedern im Gemeinderat während Jahren gute Arbeit geleistet haben, sollen dies auch weiterhin tun können. Wie in Chur drei Stadträte sollten auch in einer kleinen Gemeinde drei Vorstandsmitglieder möglich sein. Die Begründung mit dem Gemeindeparlament finde ich nicht stichhaltig. Die direkte Demokratie ist durch die Gemeindeversammlung mindestens so gut, wenn nicht besser gewährleistet, als durch ein Parlament. Dann möchte ich noch beifügen, so schlecht, wie die meisten immer meinen, sind die kleinen Gemeinden auch nicht. Filz finden wir bei den Grossen auch.

Regierungsrat Trachsel: Wenn Sie in den nächsten zehn, 15 Jahren keine Verfassungsrevision machen und nicht in die Situation kommen, dass sie nicht mehr beschlussfähig sind, dann werden wir keinen Druck ausüben. Aber wenn Sie in die Situation kommen, dass Sie nicht mehr beschlussfähig sind, weil Sie es selber ausstandsgrundmässig nicht können oder weil plötzlich Ihre GPK Sie darauf aufmerksam macht, dass Sie Verschwägerungen nicht korrekt befolgen, dann müssen wir einschreiten, dann werden wir fünf verlangen. Es kann einfach nicht sein, dass wir für einzelne Sachgeschäfte Kuratoren einsetzen müssen. Wir haben solche Erfahrungen gemacht. Ich glaube, wir müssen auch praktisch denken. Es geht hier nicht darum, grosse oder kleine Gemeinden zu strafen. Es geht auch darum, Probleme zu lösen.

Lemm: Regierungsrat Trachsel hat soeben gesagt, es geht mit dieser Lösung darum, Probleme zu lösen. Daraus könnte man ableiten, dass man in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder Probleme gehabt hätte mit Gemeindevorständen, die nur aus drei Mitgliedern bestehen. Ich kenne diese Probleme nicht und im alten Gesetz war auch keine Regelung enthalten. Sie haben selbst gesehen. Es gibt Probleme bei kleinen Gemeinden. Es kann auch bei grösseren Gemeinden Probleme geben. Sie haben die Stadt Chur angesprochen. Ich nenne ein weiteres Beispiel. Die Gemeinde St. Moritz hat drei Vorstandsmitglieder. Einer davon, der Gemeindepräsident, ist im Vollamt, die anderen beiden nicht. Einmal wie Chur, also das wäre dann noch eine speziellere Regelung. Sie sehen, das ist individuell. Und wenn Sie jetzt schon be-

schlossen haben, Art. 2 in dieses Gesetz aufzunehmen oder zu belassen mit der Gemeindeautonomie, geben Sie doch den Gemeinden diese Autonomie. Das hat bis heute funktioniert. Regeln Sie nicht Sachen, die nicht geregelt werden müssen. Ich stelle Ihnen den Antrag, streichen Sie diesen Abs. 3, dann haben wir keine Probleme. Wir haben Sie bis heute nicht gehabt. Die Gemeinden wissen am aller besten was für sie gut oder schlecht ist. Regeln Sie nicht, streichen Sie.

Antrag Lemm
Streichen

Hartmann (Champfér): Ich möchte berichtigen, St. Moritz hat einen Präsidenten und vier Vorstandsmitglieder, das gibt fünf Personen.

Nigg; Kommissionspräsident: Dieser Artikel hat auch in der Kommission zu reden gegeben, obwohl er eigentlich für die Funktionsfähigkeit einer Gemeinde nicht so wichtig ist, wie man jetzt meinen möchte. Wir haben auch darüber diskutiert, ob man unterscheiden solle zwischen Gemeinden mit Parlament und ohne Parlament, ob man eben das ‚in der Regel' streichen solle oder nicht. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass es tatsächlich Gemeinden gibt, wo man Schwierigkeiten hat mit nur drei Mitgliedern, dass es aber andere Gemeinden gibt, auch Kleingemeinden, wo es mit drei Mitgliedern im Vorstand hervorragend geht. Nach der Erklärung, die Regierungsrat Trachsel auch in der Kommission abgegeben hat, dass dieser Artikel nicht als Zwangsartikel für Fusionen gebraucht wird, sondern dass man dort, wo es eben geht, dass man diese drei Mitglieder belässt, hat die Kommission entschieden, dass man sich mit der Fassung, wie sie vorgeschlagen ist, einig gehen könnte. Ich bitte Sie, dieser Fassung zuzustimmen und alle anderen Anträge abzulehnen. Im Weiteren erlaube ich mir nur noch einen Hinweis, ich habe gesehen, dass der Standespräsident eine ganze Reihe von Anträgen auf dem Tisch hat und es heisst irgendwo im Art. 53 der Geschäftsordnung, man könne oder man solle diese Anträge wenn möglich auch dem Regierungsrat und dem Kommissionspräsidenten geben. Es würde vielleicht die Arbeit etwas vereinfachen.

Standespräsident Geisseler: Es ist richtig. Die einen hamstern Mandarinen und anderen hamstern Aufträge oder neue Anträge. Aber ich war der Meinung, dass Regierung und Kommissionspräsident ebenfalls damit bestückt ist. Und sonst machen wir das noch, also ich halte jetzt fest. Grossrat Trepp stellt den Antrag, in der Regel zu streichen. Wir haben die Botschaft, die möchte in der Regel belassen und spricht von fünf Mitgliedern. Wir haben Antrag Casanova, der will nur drei Mitglieder und dann haben wir noch den vierten Antrag zu diesem Artikel, Lemm. Er möchte diesen streichen. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor. Wir stellen zuerst die Fassung gemäss Botschaft dem Antrag Trepp gegenüber. Der obsiegende Antrag wird dem Antrag Casanova gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag stellen wir dem Antrag Lemm. Soweit einverstanden. Gut.

Nigg; Kommissionspräsident: Entschuldigung, also ich getraue mich fast nicht reinzureden. Aber ich würde zuerst den Antrag Lemm dem Antrag gemäss Botschaft gegenüberstellen und dann, entweder gewinnt der oder sonst müsste man den Antrag der Botschaft den Eventualanträgen gegenüber stellen.

Standespräsident Geisseler: Ich erhalte gewisse Zustimmung zu meinem Vorgehen. Wenn Sie nicht grosse Einwände haben, machen wir das so, Herr Kommissionspräsident.

1. Abstimmung
Der Grosse Rat gibt dem Antrag der Kommission und Regierung gemäss Botschaft gegegnüber dem Antrag Trepp mit 88 zu 6 Stimmen den Vorzug.

2. Abstimmung
Der Grosse Rat gibt dem Antrag der Kommission und der Regierung gemäss Botschaft gegenüber dem Antrag Casanova mit 63 zu 37 Stimmen den Vorzug.

3. Abstimmung
Der Grosse Rat gibt dem Antrag der Kommission und der Regierung gemäss Botschaft gegenüber dem Antrag Lemm mit 65 zu 39 Stimmen den Vorzug.

Art. 16
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 18 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 21
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 22
Antrag Kommission und Regierung
Abs. 1 wie folgt ändern:
Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie, Geschwister, Ehegatten und Personen, die zusammen in eingetragener Partnerschaft oder faktischer Lebensgemeinschaft leben, dürfen nicht gleichzeitig derselben Gemeindebehörde angehören.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich habe eine Bemerkung zu machen. Bei der Änderung geht es um eine Anpassung an die Bundesgesetzgebung bezüglich der neuen partnerschaftlichen Ordnungen, die dort vorgesehen sind.

Trepp: Keine Angst, ich habe nichts gegen diesen Artikel, zumal ja eine Motion von mir in dieser Richtung überwiesen wurde. Ich habe nur eine scheue Frage, bräuchte es nach der Logik der vergangenen Oktobersession nicht eine Zwei-Drittels-Mehrheit auf diesen Artikel eintreten zu können? Falls dem so ist, möchte ich Sie bitten, darüber abstimmen zu lassen und bitte Sie, auf den Artikel einzutreten und ihn auch so zu verabschieden. Falls dem nicht so ist, möchte ich Sie um einige juristische Belehrungen bitten.

Regierungsrat Trachsel: Ich habe die gleiche Frage der Standeskanzlei gestellt. Sie sind der Meinung gewesen, weil das ja in der Zwischenzeit vom Bund beschlossen wurde und dann in allen Gesetzen angepasst werden muss, es brauche keine Zweidrittelsmehrheit. Das war die Auslegung. Ich bin nicht Staatsrechtler. Mir ist es auch egal, ob Sie die Zweidrittelsmehrheit vorher wollen. Es ist einfach so, wir haben das jetzt nachgezogen, weil wir es jetzt so bereinigen können und dann dieses Gesetz Ihnen nicht noch einmal vorlegen müssen. Es wird aber so sein, dass Sie wegen des neuen Partnerschaftsrechts viele andere Gesetze im Rahmen einer Sammelbotschaft bereinigen müssen. Und weil das quasi ein Nachvollzug von beschlossenem Recht sei, brauche es keine Zweidrittelsmehrheit. So habe ich das entgegen genommen. Aber ich habe genau die gleiche Frage gestellt, weil ich auch keinen Formfehler machen wollte.

Trepp: Danke für die juristischen Belehrungen. Ich glaube, Sie sind akzeptabel.

Angenommen

Art. 23
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 26 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 49 Abs. 2 und 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 50 Abs. 1 lit. a und b sowie Abs. 4 und 5
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 50 Abs. 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Heinz: Ich spreche zu Art. 50 Abs. 3. Und dort möchte ich ein Kann einführen. Ich begründe warum. Wer entscheidet, was in Zukunft von regionaler Bedeutung ist. Sind das die Gemeinden, sind das die Regionen selbst oder ihre Darsteller, bezahlen tun es sowieso die Gemeinden. Um irgend welche zukünftige Rechtsstreite zu entschärfen oder vorweg zu verhindern, müsste dieser Absatz hier in der Kannformulierung umschrieben werden. Andernfalls, wenn irgend ein Auftrag kommt, der nicht ganz klar ist, ist das Region, ist das Gemeinde, dann wird die Region sofort, wenn sie etwas wenig Arbeit hat, sagen, das ist unser Auftrag, den übernehmen wir und die Gemeinde sagt nein, das möchten wir übernehmen. Im Sinne von ein bisschen Ausgewogenheit und der Gemeindeautonomie möchte ich hier das Wort ‚können' einfügen. Die Bestimmung würde dann wie folgt lauten: „Aufgaben von regionaler Bedeutung können von einem Regionalverband erfüllt werden."

Antrag Heinz
Andern wie folgt:
Aufgaben von regionaler Bedeutung können von einem Regionalverband erfüllt werden

Brüesch: Ich beantrage Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben seinerzeit in der Beratung der Kantonsverfassung beschlossen, einen Art. 69 aufzunehmen mit dem Wortlaut, dass sich die Gemeinden für die Erfüllung regionaler Aufgaben zu Regionalverbänden zusammenschliessen. Und dort wurde in diesem Sinn ausdrücklich festgehalten, dass eben die Erfüllung regionaler Aufgaben durch die Regionalverbände vorzusehen ist. Das ist hier nichts anderes als ein Nachvollzug respektive eine Ausführung der Bestimmung in der Verfassung. Grossratskollege Heinz, welcher damals in der Vorberatungskommission war, müsste das eigentlich noch wissen. Aber es ist klar, dass er nicht immer die Verfassung in der Tasche hat.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich kann mir der Meinung meines Vorredners anschliessen. Wenn wir schon Regionen und Regionalverbände haben, dann ist es auch zwingend notwendig, dass wir Aufgaben, die die ganze Region betreffen, dem Regionalverband zuweisen. Andere Aufgaben, die können ja weiterhin von den Gemeindeverbänden gelöst werden. Ich nenne da Beispiele: die Musikschulen im Kreis oder in der Region Bündner Rheintal, die werden durch Gemeindeverbände gelöst, weil es unmöglich wäre, solche Aufgaben regional zu lösen. Aber es gibt eben auch Musikschulen, die durch Regionalverbände gelöst werden. Ich glaube, da muss man diese Lösung vorsehen, wie sie vorgeschrieben ist, dass, wenn eine Region betroffen ist, etwas in der Region gelöst werden soll oder gelöst werden kann, dass man dann auch diesen Regionalverband heranzieht und nicht noch einen zweiten Gemeindeverband gründet, der sich über das gleiche Territorium erstreckt.

Regierungsrat Trachsel: Die Befürchtung von Grossrat Heinz, dass man nicht unterscheiden kann zwischen Gemeinde und Verband, die besteht nicht. Ich meine, wenn es die Gemeinde alleine löst, ist es klar. Aber wenn die Gemeinde es nicht alleine lösen kann, und es einem übergeordneten Verband übergeben muss, dann möchten wir, dass es im Regionalverband gelöst wird, der auch eine gewisse demokratische Struktur hat. Es darf nicht mehr sein, dass man dann einen Zweckverband wählt, damit man die Bevölkerung in ihren Rechten beschneiden könnte. Das ist der Hintergedanke. Und darum bitte ich Sie, diesen Antrag Heinz abzulehnen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 72 zu 4 Stimmen zu.

Standespräsident Geisseler: Wird das Wort noch gewünscht? Dann bereinigen wir diesen Antrag Heinz. Erlauben Sie mir noch schnell zwei Bemerkungen, bevor wir mit der Detailbe-

ratung fortfahren. Erstens: Ich gedenke, die Beratungen heute bis gegen 18.30 Uhr fortzusetzen, da, so meine ich, wir dem Programm leicht nachhinken. Zweitens: Ich habe Ihnen heute diese Karte vom Samichlaus vorgelesen. Das Kleingedruckte habe ich nicht vorgelesen. Das habe ich erst jetzt gesehen. Hier steht nämlich noch, die besten Wünsche und Grüsse an Grossrat Hans Telli. Er feiert heute einen runden Geburtstag. Herzliche Gratulation und alles Gute.

Art. 51
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 52 Abs. 1 lit. a bis k
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 52 Abs. 1 lit. l
Antrag Kommission und Regierung
Ändern:
…und der Stimmberechtigten gegen Beschlüsse der Regional- oder Delegiertenversammlung insbesondere welche…

Angenommen

Art. 52 Abs. 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Beck: Ich spreche zu Art. 52 Abs. 2. Der Abs. 2 lautet: „Die Statuten können im Übrigen weitere der Erfüllung des Zweckverbandes dienende Vorschriften enthalten." Wir haben in der Strategiekommission die Diskussion geführt, ob es zweckmässig wäre, unter Umständen auch Subregionen zu bilden. Und es gibt Situationen, da das wichtig wäre, dass man solche bilden könnte. Wir haben dann aber von fachkundigen Mitgliedern erfahren, dass das grundsätzlich möglich sein soll, auch ohne, dass dies in der Gesetzesvorlage explizit erwähnt ist. Ein Beispiel: Im Schanfigg diskutieren wir zur Zeit die Abgrenzung des Verbandes. Wir haben heute den Regionalverein Pro Schanfigg, der aus dem Kreis Schanfigg plus Tschiertschen-Praden besteht. Heute geht die Diskussion darum, ob wir uns der Region Bündner Rheintal oder wie sie dann schliesslich heissen wird, anschliessen sollen, falls die uns überhaupt nehmen. Da gibt es Aufgaben, die durchaus Sinn machen würden, wenn wir uns diesem grossen Verband angliedern würden. Ich denke an die Spitalversorgung, an die Altersheime, an den Verkehr, Tourismus, Ortsplanung usw. Dann gibt es aber natürlich auch Aufgaben, die eher von lokalem Interesse sind. Denken wir an den Werkdienst, an den Forstdienst, da wird z.B. die Bündner Herrschaft sich kaum darum interessieren, was die Schanfigger da droben machen und der Verband wird vielleicht auch nicht daran interessiert sein, diese Aufgaben zu lösen. Da könnte es Sinn machen, dass man eine Subregion bilden würde. Nun möchte ich Regierungsrat Trachsel anfragen, ob der Abs. 2 von Art. 52 auch in diesem Sinne zu interpretieren ist, dass man in den Statuten eines Verbandes auch Subregionen vorsehen könnte. Wenn dem so ist, wäre das Anliegen erfüllt.

Regierungsrat Trachsel: Diese Frage wurde schon vorher mit mir diskutiert. Ob in einem Fall, wo wir eine grosse Region haben, wie das Bündner Rheintal mit Schanfigg, ob dort Unterregionen gegründet werden können, bin ich der Meinung ja. Aber natürlich nicht in den Kleinregionen. Also wenn Sie die Kleinregion Puschlav in zwei Verbände unterteilen wollen, würde ich dann sehr wahrscheinlich nein sagen.

Angenommen

Art. 53 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Jäger: Die Art. 51 bis 56 betreffen Gemeindeverbindungen mit Rechtspersönlichkeit. Bereits in der Eintretensdebatte wurde unter anderem von Grossrat Jaag darauf hingewiesen, dass Delegiertenversammlungen von Gemeindeverbänden oft äusserst grosse Kompetenzen haben, oft viel grössere Kompetenzen als Gemeindevorstände. Und Regierungsrat Trachsel, Sie haben in Ihrem Eintretensvotum als Beispiel die Kehrichtdeponie in Bever als, wenn ich das so salopp zitieren darf, schlechtes Beispiel von Demokratiemöglichkeiten erwähnt. In diesem Saal hier tagen oft die Delegierten des GEVAG, des Gemeindeverbandes für Kehrichtentsorgung von sehr vielen nord- und mittelbündnerischen Gemeinden. Ich selbst war während einiger Zeit GEVAG-Delegierter. Die GEVAG-Delegierten können und haben schon Kredite von über 100 Millionen Franken bewilligt. Von über 100 Millionen Franken. Dabei werden die GEVAG-Delegierten z.B. nicht vom Volk gewählt. Wir, der Bündner Grosse Rat, wir sind stolz darauf, an sich formell das oberste Organ dieses Kantons zu sein, abgesehen von der Gesamtheit der stimmberechtigten Personen. Wir, der Bündner Grosse Rat, haben klar fixierte Kompetenzen. In Art. 16 der neuen Kantonsverfassung steht: „Der Volksabstimmungen werden unterstellt. 1. Änderungen der Kantonsverfassung", dann 2. ich zitiere nicht alles, 3. und dann 4. „Beschlüsse des Grossen Rates über neue einmalige Ausgaben von mehr als 10 Millionen Franken und über neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als einer Million Franken". Geschätzte Damen und Herren, schon 1997 habe ich ein Postulat eingebracht, das darauf hingewiesen hat, dass der Grosse Rat weniger Finanzkompetenzen hat, als manche Delegiertenversammlungen, die nicht einmal vom Volk gewählt sind. Dieses Postulat wurde vom Rat überwiesen und jetzt geht es ganz zentral darum, dieses Postulat nun auch umzusetzen. Das Postulat ist im Zusammenhang mit der Revision der Kantonsverfassung abgeschrieben worden.
Ich habe meinen Antrag, den ich heute stelle, schon einmal angekündigt. Ich habe hier das Protokoll vom 27. August 2002, als wir über die Kantonsverfassung diskutierten. Ich habe ungefähr dasselbe schon gesagt und habe dann, damals war Frau Regierungsrätin Widmer-Schlumpf Sprecherin der Regierung, folgende Frage an Regierungsrätin Widmer-Schlunpf gestellt. Ich zitiere: „In diesem Sinne möchte ich eine ganz konkrete Frage an Regierungsrätin Widmer stellen. Bei den demokratischen Mitwirkungsrechten hat der Grosse Rat bei der neuen Kantonsverfassung die Frage des obligato-

rischen respektive des fakultativen Referendums behandelt." Und dann weiter unten habe ich gesagt: „Wenn nun das Gesetz in Zukunft regeln soll, wie die demokratischen Spielregeln in den Gemeindeverbänden auszuführen seien, frage ich Sie, Regierungsrätin Widmer, ob die Minimalstandards so anzusetzen seien, dass Gemeindeverbände nicht höhere Kompetenzen haben können, als unser Rat, der immerhin, mindestens an Festansprachen als neben dem Volk höchstes Organ dieses Kantons angesehen wird." Regierungsrat Trachsel, per Zufall haben gleich Sie nach mir gesprochen. Damals noch als Grossrat. Ich zitiere Ihren ersten Satz: „Grossrat Jäger hat mir meine Aufgabe erleichtert. Ich stosse in die gleiche Richtung. Ich kann jedes seiner Worte eigentlich nur übernehmen." Und dann weiter unten haben Sie gesagt: „Aber die Struktur ist hat halt eine ganz, ganz gravierende Schwäche. Grossrat Jäger hat darauf hingewiesen. Das Mitspracherecht des Volkes ist fast nicht zu verwirklichen." Und Regierungsrätin Widmer hat zu meiner Frage folgende Antwort gegeben: „Grossrat Jäger hat zu Recht darauf hingewiesen, dass verschiedene Ausgabenbeschlüsse in den Gemeindeverbänden unter demokratischen Gesichtspunkten natürlich etwas problematisch sind. Die Frage lautete, ob die Bestimmung in den Artikeln, die wir vorsehen für das obligatorische und das fakultative Referendum bei Ausgabenbeschlüssen eine Lösung seien, die man auch auf Regionalverbände anwenden könnte. Ich denke, wir werden das dann bei der Revision des Gemeindegesetzes, die notwendig wird, wenn wir die Kantonsverfassung einführen, sicher diskutieren." Ein Schnitt, ein Zwischenwort, das tun wir ja heute. Und darum stelle ich den Antrag. Regierungsrätin Widmer sagte dann weiter. „Es gibt da verschiedene Bestimmungen, die man hinterfragen und auch neu regeln muss. Meine ganz persönliche Meinung ist, dass die Grenzen, die wir in der Kantonsverfassung festlegen, auch die Grenzen sind, die für die Regionalverbände gelten sollen. Aber das habe ich nicht in der Regierung abgesprochen. Ich gebe das zu Protokoll. Das ist meine persönliche Meinung auf diese Frage."
Geschätzte Damen und Herren, ich stelle nun den Antrag, dass wir bei diesem Art. 53 noch eine zusätzliche lit. d ansetzen. Und dann würde es heissen, oben Art. 53 Abs. 1: „Folgende Befugnisse dürfen der Gesamtheit der Stimmberechtigten nicht entzogen werden:" Und dann eben noch als zusätzliches Kriterium d: „Beschlüsse über Ausgaben, deren Höhe die finanziellen Kompetenzen des Grossen Rates übersteigen." Geschätzte Damen und Herren, es ist, wie es Regierungsrat Trachsel damals als Grossrat gesagt hat, unheimlich schwierig für die ganz unterschiedlichen Gemeindeverbände eine generelle Lösung zu finden. Aber ich denke, da wo für uns als Grosser Rat das Ende der Fahnenstange ist, da muss auch das Ende der Fahnenstange der finanziellen Kompetenzen von Delegiertenversammlungen sein. Und darum bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen, damit wir hier die gleichen Kompetenzen, die wir haben, bei den Delegiertenversammlungen als Grenze für Ausgaben setzen, wenn Sie höher sind, dass das Volk automatisch und obligatorisch darüber abstimmen muss.

Antrag Jäger
Einfügen einer neuen lit.d:
Beschlüsse über Ausgaben, deren Höhe die finanziellen Kompetenzen des Grossen Rates übersteigen.

Regierungsrat Trachsel: Ich habe meine Meinung nicht geändert. Sie wird auch so gehandhabt. Sie sehen im Art. 51, dass Statuten von der Regierung genehmigt werden müssen. Und es ist unsere ganz klare Meinung, dass das die obere Latte ist. Das Problem ist, wenn Sie es eben so festlegen, dass dann für alle Verbände das als obere Latte gelegt wird. Und das möchten wir nicht. Wir sind auch der Meinung, dass es in gewissen Verbänden absolut gerechtfertigt ist, tiefere Grenzen anzusetzen. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, dass dies nicht nötig ist. Aber wir werden selbstverständlich Statuten, die diese Referendumsgrenzen nicht einhalten, auch nicht genehmigen. Von mir aus gesehen, können Sie diesen Artikel ablehnen. Es ändert sich nichts. Wir möchten einfach nicht suggerieren, dass man immer auf diese obere Grenze geht. Es gibt verschiedenste Gemeindeverbindungen, wo diese Grenze massiv überhöht ist, wo auch tiefere Grenzen richtig sind. Wenn wir das so hier reinschreiben, dann suggerieren wir quasi, dass der Grosse Rat gewünscht hat, dass man diese Grenze wählt. Das wollten wir nicht. Aber es ist klar, ich halte mich an meine Aussagen. Wir werden keine Statuten genehmigen, die höhere Werte als die, die für den Grossen Rat gelten, vorsehen.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich kann mich den Ausführungen von Regierungsrat Trachsel anschliessen. Wir haben auch kurz darüber diskutiert. Aber die Bedürfnisse in den verschiedenen Gemeindeverbänden oder Regionalverbänden sind so unterschiedlich, dass man auch ihre finanziellen Kompetenzen sehr unterschiedlich beurteilen muss. Wenn ich mir einen Gemeindeverband vorstelle, der, wie schon gesagt, eine Musikschule zur Zwecksetzung hat, so hat der eben ganz andere Bedürfnisse und braucht nicht die finanziellen Kompetenzen, die diejenigen des Grossen Rates übersteigt. Also z.B. ein GEVAG hat, bei dem diese Kompetenz sogar zu klein sein könnte, weil dann die Delegierten über gar nichts mehr bestimmen können.

Jäger: Ich bin an sich inhaltlich nicht gleicher Auffassung, wie Regierungsrat Trachsel. Wenn dieser Art. 53 sagt, dass folgende Befugnisse der Gesamtheit der Stimmberechtigten nicht entzogen werden dürfen, dann können die Statuten von Verbänden, die in der Regel bedeutend kleinere Ausgaben haben, natürlich bedeutend tiefere Limiten setzen. Hier geht es wirklich nur um die Festlegung des Endes der Fahnenstange. Aber ich habe sehr genau gehört, dass Regierungsrat Trachsel hier gesagt hat, das wird im Protokoll stehen, dass die Regierung den Antrag, so wie ich ihn formuliert habe, anwenden will. Und darum verzichte ich auf eine unnötige Abstimmung.

Jäger zieht seinen Antrag zurück.

Angenommen

Art. 53 Abs. 2 und 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 54 – 56
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 57 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Tramèr: Ich spreche zu Art. 57 Abs. 1. In der Botschaft konnten Sie auf Seite 1049 die Ausführungen der Regierung zum Kreis Oberengadin nachlesen. Wie Sie daraus ersehen, wies die Regierung dem Kreis Oberengadin einen so genannten Modellcharakter zu. Ich danke stellvertretend für unseren Kreis der Regierung für diese Blumen. Unsere Kreisverfassung wird zur Zeit überarbeitet und dabei ist der Ausbau des Kreises zu einem Regionalverband im Sinne von Art. 72 der Kantonsverfassung vorgesehen. Das ist an sich nichts Neues bei uns, sondern nur die Legalisierung oder die Fixierung eines bereits bestehenden Zustandes im Kreis Oberengadin. Denn unser Kreis nimmt bereits heute typische regionale Aufgaben wahr. Ich sehe jetzt aber einen kleinen Widerspruch zu Art. 57 Abs. 1, wo statuiert wird, dass jede Gemeinde einem Regionalverband anzugehören hat. In diesem Sinne und auch unter Verweis auf die Ausführungen in der Botschaft Seite 1049 bitte ich um eine Protokollerklärung der Regierung, dass in Ausnahmefällen, d.h. nämlich genau dort, wo der Kreis bereits Träger regionaler Aufgaben ist, dass in solchen Fällen auf die Bildung eines Regionalverbandes als zusätzliche Parallelorganisation verzichtet werden kann, und in diesem Sinne auch der Wortlaut von Art. 57 Abs. 1 etwas zu relativieren ist.

Regierungsrat Trachsel: Ich kann Ihnen diese Zusicherung machen. Es ist klar, wir wollen ja nicht Organisationen aufeinander legen, die den gleichen geographischen Perimeter haben und gleich politisch organisiert sind. Es drängt sich im Oberengadin sicherlich nicht die Frage auf, wenn die Region identisch mit dem Kreis ist, etwas Spezielles zu erfinden. Die Frage im Oberengadin hätte sich ein bisschen anders gestellt, nämlich, ob die Fraktion Maloja oder die Fraktion Brail einem Regionalverband Oberengadin beitreten dürften. Diese Frage haben wir geprüft. Darum beantworte ich sie auch gleich, damit Sie die Antwort haben. Fraktionen dürfen nicht einem Regionalverband beitreten. Es müssen ganze Gemeinden sein.

Angenommen

Art. 57 Abs. 3
Antrag Kommission und Regierung
Ändern wie folgt:
In Ausnahmefällen kann sich eine Gemeinde für die Erfüllung bestimmter Aufgaben einem anderen Regionalverband anschliessen mit den Rechten und Pflichten, welche sich auf diesen Aufgabenbereich beschränken.

Nigg; Kommissionspräsident: Bei diesem Abs. 3 war auf Anregung der STRAK die Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik sowie der Regierung der gleichen Meinung, dass eben die Wahl der Zugehörigkeit zu einem Regionalverband nicht zu einer Rosinenpickerei werden soll. Die Zugehörigkeit zu einem anderen Verband für bestimmte Zweckerfüllungen, soll eben darum nur in Ausnahmefällen zulässig sein.

Angenommen

Art. 58
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 59 Abs. 1, 2, 3 und 5
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 59 Abs. 4
Antrag Kommissionsmehrheit (8 Stimmen; Sprecher: Nigg) und Regierung
Gemäss Botschaft

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme; Sprecher: Jaag) und Strategiekommission
Ändern:
Die Statuten haben die Wahl des Regionalvorstandes durch die Gesamtheit der stimmberechtigten Verbandseinwohner vorzusehen.

Nigg; Kommissionspräsident: Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass nur der Präsident des Regionalverbandes vom Volk gewählt werden soll. Der Regionalvorstand soll nämlich in erster Linie nicht parteipolitisch zusammengesetzt sein. Minderheiten müssen schon aufgrund des Verfassungsauftrages in den Regionen berücksichtigt werden. In einer Region aber mit nur einer grossen Gemeinde, und solche Regionen haben wir, garantiert eine andere Regelung mit einer Wahl des Vorstandes durch das Volk diesen Minderheitenschutz im Vorstand nicht mehr. Sogar der bevölkerungsreiche Regionalverband Bündner Rheintal würde ganz klar und ganz eindeutig von Chur dominiert werden. Ein Regionalverband, den wir, wie wir im Eintreten schon festgestellt haben, vorab organisatorische Aufgaben zu erfüllen hat, Aufgaben, die ihm von den Gemeinden oder von den Kreisen oder dem Kanton übergeben worden sind, kann zwar politisch zusammengesetzt sein. Politisch aber in dem Sinne, dass die regionale Politik in diesem Regionalvorstand vertreten ist und nicht die Parteipolitik. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Jaag: Die Kommissionsminderheit und die Mehrheit der Strategiekommission beantragen Ihnen, die folgende Änderung im Art. 59 Abs. 4 vorzunehmen. Ich zitiere: „Die Statuten haben die Wahl des Regionalvorstandes durch die Gesamtheit der stimmberechtigten Verbandseinwohner vorzusehen.“ Ich begründe das wie folgt. Gemäss Art. 57 haben alle Gemeinden einem Regionalverband anzugehören. Währenddem einem eine Gemeinde naturgemäss näher steht, ist der Regionalverband für viele wesentlich abstrakter. Doch ein Regionalverband nimmt der Gemeinde verschiedene Aufgaben ab, löst diese regional und zum Wohl aller Einwohner. Gemeinden und StimmbürgerInnen verfügen im Regionalverband über ein Initiativ- und Referendumsrecht. Das gesamte Stimmvolk befindet über seine Statuten und über finanziell betreffliche Ausgaben. Die Wechselbeziehungen zwischen Gemeinde und Regionalverband einerseits und den StimmbürgerInnen andererseits sind stark. Im Sinne einer möglichst hohen Transparenz der demokratischen

Strukturen und angesichts der geschilderten wichtigen Wechselbeziehungen muss der Regionalverbandsvorstand unbedingt vom Volk gewählt werden.
Wahlen bieten immer die Möglichkeit, Kandidatinnen und Kandidaten vorzustellen, mit ihnen in Kontakt zu treten. Da zudem verschiedentlich auch die Verbandsdelegierten nicht immer vom Volk, d.h. von den Gemeindeversammlungen gewählt, sondern vom Gemeindevorstand bestimmt werden, macht die Wahl des gesamten Regionalverbandsvorstandes noch mehr Sinn. Diese Massnahme verursacht praktisch keine Mehrkosten, da die Wahl des Verbandspräsidenten, der Verbandspräsidentin gemäss Verfassung, bereits heute zwingend an der Urne erfolgen muss. Mit nur kleinem Mehraufwand lässt sich die demokratische Legitimität des gesamten Vorstandes und damit des Regionalverbandes erhöhen und hilft mit, die Distanz zum Volk abzubauen. Ich bitte Sie in diesem Sinne der Minderheit der KWAS sowie einer Mehrheit der Strategiekommission zu folgen und diesem Antrag zuzustimmen.

Loepfe: Es ist richtig, die Strategiekommission hat mit einer Mehrheit von fünf zu drei Stimmen sich auf die Seite der Kommissionsminderheit geschlagen. Ich ergreife hier das Wort, um die Minderheit der Strategiekommission zu vertreten. Ich bekenne mich zu diesen dreien. Ich habe mich deshalb zu diesen dreien geschlagen, weil ich die ganze Diskussion, die wir anlässlich der Kantonsverfassung geführt haben, noch im Kopf habe. Die Diskussion damals war ja, dass wir gesagt haben, der Regionalverbandspräsident, der werde vom Volk gewählt und wir überlassen das den Statuten der jeweiligen Regionalorganisationen, wie sie das handhaben wollen. Wir haben das, wie das Kommissionspräsident Nigg richtig ausgeführt hat, in erster Linie deshalb getan, weil wir den Minderheitenschutz garantieren wollten. Wir wollten auch, und das wurde damals auch gesagt, dies nicht zu einem freien Spielplan der Parteien werden lassen, sondern dass das in erster Linie eine Frage der Gemeinden sei. Und die Gemeinden hätten auch hier entsprechend ihre Vertretung sicher zu stellen. Wir haben da beispielsweise genannt, dass es durchaus möglich sein könnte oder sollte, möglich sein sollte, dass die Statuten Stellvertretungen festlegen, beispielsweise der Kreise, in die Regionalorganisationen hinein. Wenn man das jetzt nun so in einem voll demokratischen Modell machen wollte, wie das der Kommissionsminderheitssprecher angibt und man gleichzeitig die Minderheitenvertreter sichern wollte, müsste man eigentlich ein solches Modell, wie wir das anlässlich des so genannten Bündner Modells diskutiert haben, Frage Majorz versus Proporz, müsste man das Bündner Modell auf Regionalorganisationsebene anwenden. Das ist einfach viel zu kompliziert. Das macht einfach keinen Sinn, um hier diesen Minderheitenschutz zu gewährleisten. Deshalb bitte ich Sie, vermeiden Sie solche komplizierten Lösungen. Stehen Sie dazu, was wir damals anlässlich der Kantonsverfassung diskutiert haben und setzen Sie das jetzt so auch im Gesetz um.

Dudli: Wenn wir mit den Regionalvorständen eine dritte Ebene zwischen Gemeinde und Kanton einführen wollen, die regionale Aufgaben in Verantwortung mit den notwendigen Kompetenzen wahrnehmen sollen, müssen deren Vorstände von den stimmberechtigten Verbandseinwohnern gewählt werden. Alles andere ist undemokratisch. Oder wollen Sie den gleichen, nicht befriedigende Zustand wie bei den heutigen Zweckverbänden, wie Spitalregionen, Kehrichtverbände, wo Entscheide gefällt werden, die sich der Mitbestimmung durch die Bürger entziehen, wenig transparent sind und mehrheitlich auch durch persönliche Interessenverflächtungen gefällt werden. Wenn wir das wollen, wollen wir den Status Quo beibehalten und müssen hier nicht grosse Worte über nicht funktionierende Regionalverbände verlieren. Die Begründung des Kommissionspräsidenten Nigg, dass eine grosse Gemeinde dominieren könnte, kann man durch ein entsprechendes Wahlverfahren ganz klar regeln. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Jaag und den Kommissionsantrag der Mehrheit der Strategiekommission zu unterstützen und hier ein Zeichen zu setzen, dass wir hier weiter kommen.

Bär: Ich bekenne mich ebenfalls zur Kommissionsminderheit und möchte Ihnen empfehlen, den ganzen Vorstand der Regionalverbände durch das Volk wählen zu lassen. Wir möchten doch nicht eine Zweiklassengesellschaft. Der Präsident ist wichtig in einem Regionalverband. Den müssen wir durchs Volk wählen lassen. Die Vorstandsmitglieder, die sind nicht so wichtig. Die können das Delegiertensystem, die Gemeindevorstände oder wer denn das bestimmt, eventuell auch die Gemeindeversammlung machen. Das ist keine Demokratie. Ich empfehle Ihnen deshalb, stimmen Sie der Kommissionsminderheit zu.

Brüesch: Erlauben Sie mir als Vizepräsident der damaligen Vorberatungskommission für die Totalrevision der Kantonsverfassung, auf dieses Thema einzugehen. Um es vorweg zu nehmen, möchte ich Ihnen beliebt machen, den Minderheitsantrag Jaag zu unterstützen. In der Botschaft zum Gesetz über die politischen Rechte, welches hier in diesem Jahr behandelt wurde, wurde in der Regierungsbotschaft ausgeführt, dass diese Thematik, welche wir hier diskutieren, erst im Rahmen der Teilrevision des Gemeindegesetzes geregelt werden soll. An sich zu unrecht. Es hätte bereits dort diskutiert und auch entsprechend entschieden werden müssen. Dies wurde auch in der Junisession bei der Beratung des Gesetzes über die politischen Rechte bemängelt. Jetzt ist aber der Ort, diese entsprechende Regelung vorzunehmen. Um einfach in Erinnerung zu rufen, die Vorberatungskommission für die Totalrevision der Kantonsverfassung hat sich seiner Zeit klar für die Volkswahl des gesamten Vorstandes ausgesprochen. Ich zitiere aus dem Grossratsprotokoll, aus der Beratung über die Kantonsverfassung. Dort wurde ausgeführt: „Bereits der Ausschuss IV der Kommission hat ganz klar eine Volkswahl des Vorstandes befürwortet und ebenfalls in der Gesamtkommission hat Einigkeit geherrscht, dass die Vorstände der Regionalorganisationen durch das Volk gewählt werden. Es wurde aber eine Regelung auf Gesetzesstufe als genügend erachtet.“ Zitat Ende. Insbesondere wollte man dies der Ausführungsgesetzgebung überlassen, um gewisse Minderheitsschutzbestimmungen vorzusehen. Und Sie haben hier im Abs. 5 auch einen Hinweis darauf, dass eben bei der Wahl der Verbandsorgane die verschiedenen Teilgebiete angemessen berücksichtigt sein sollen.
Gestützt auf diese Bestimmung wiederum haben Sie die Möglichkeit, in den Statuten der einzelnen Regionalverbände auf die Regionen zugeschnittene Lösungsmöglichkeiten für die Berücksichtigung der regionalen Minderheiten vorzusehen und entsprechend auch festzulegen und einzuführen. Und es gibt einfachere Lösungen, als das Grossratskollege Loepfe gesagt hat, um eine angemessene Vertretung – eine absolute Gerechtigkeit gibt es ja auch hier nicht – der verschiedenen Verbandsgemeinden und Gebiete zu gewährleisten. Aus diesen Gründen wurde von einer Verankerung der Volkswahl in der Kantonsverfassung abgesehen. Trotz dieses

Versprechens, ich denke, es war ein Versprechen, wurde ein Gegenantrag abgelehnt, welcher zum Inhalt hatte, dass bereits in der Verfassung die Volkswahl des Vorstandes des gesamten Vorstandes verankert werden soll. Dieser Antrag wurde mit 54 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Und auch das zeigt, dass, wenn sich damals die Kommission für eine Verankerung der Volkswahl in der Verfassung ausgesprochen hätte, dass das auch so angenommen worden wäre. Man kann jetzt im Nachhinein bedauern, dass man dort die Gunst der Stunde nicht ausgenutzt hat und wir jetzt diese Diskussion hier wieder führen müssen. Die Gründe dazu, die wurden genannt. Den wesentlichsten Grund hat Grossratskollege Dudli gesagt.
Ein Aspekt war ja vor allem die Demokratisierung dieser Verbände. Das war ein ganz wichtiges Anliegen, nebst dem Wildwuchs der Zweckverbände, dass man hier sagte, in diesen Zweckverbänden, respektive auch vor allem eben diesen Regionalverbänden, soll eine Demokratisierung erfolgen und dementsprechend soll auch die Wahl des Vorstandes durch das Volk erfolgen. Das ist ein Aspekt. Ein weiterer Aspekt war und ist auch heute noch, dass damit eben auch die Regionen und die Regionalorganisationen im Bewusstsein der Regionalbevölkerung verankert werden kann. Das ist heute ja ein offensichtlicher Mangel. Verschiedene Teile der Bevölkerung wissen eigentlich nicht so recht, was die Regionalverbände eigentlich sind. Das wäre auch ein Mittel, hier das Bewusstsein vermehrt zu fördern und in diesem Zusammenhang auch überhaupt das regionale Denken zu fördern. Ich denke, das wäre an sich auch ein Anliegen, welches insgesamt die einzelnen Regionen weiter bringt und letztlich auch ein Grund. Wenn schon diese Volkswahlen durchgeführt werden für den Präsidenten, dann macht es tatsächlich wenig Sinn, das ganze Wahlprozedere in einer Region lediglich für einen Präsidenten durchzuführen. Man stelle sich vor, in der Gemeinde würde nur der Präsident vom Volk gewählt und die übrigen Vorstandsmitglieder vom Gemeindeparlament. Das ist an sich auch kaum vorstellbar. Und wenn man dann bedenkt, dass hier das Wahlverfahren auf die ganze Region ausgedehnt würde oder wird nur für den Präsidenten, dann geht das im Gleichen, wenn der ganze Vorstand zugleich vom Volk mitgewählt wird. Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen, der Minderheit zuzustimmen.

Noi: Es wird sich hier niemand wundern, dass ich den Antrag Jaag sehr unterstütze. Wer die Diskussion am 27. August 2002 über die Kantonsverfassung im Rat verfolgt hat, der weiss, dass ich damals vorgeschlagen habe, auch die Wahl des Regionalvorstandes in der Verfassung zu verankern. Mein Vorschlag ist damals mit 54 zu 40 Stimmen unterlegen, mit allerdings der Fast-Versprechung, die Wahl des Regionalvorstandes im Gesetz aufzunehmen. Diesbezüglich möchte ich die prominente Meinung von Grossrat Brüesch, damals Kommissionsvizepräsident, wiedergeben. Er hat es bereits gesagt, aber ich sage es trotzdem, weil ich mich vorbereitet habe. Ich zitiere, sie lautet wie folgt: „Grundsätzlich befürwortet die Vorberatungskommission eine Volkswahl des Vorstandes, wobei entsprechende Vertretungsgarantien für die kleinen Gemeinden und die Randgebiete in der Region zwingend sein werden, anders als dies bei den Bezirksgerichten der Fall ist. Diese Frage soll aber nicht in der Verfassung, welche lediglich die Minimalstandards festlegt, sondern gestützt auf Ziffer 4 auf Gesetzesstufe geregelt werden. Einigkeit besteht darüber, dass eine demokratische Legitimation der Wahl des Vorstandes erfolgen muss. Dem wird durch eine Regelung auf Gesetzesstufe Genüge getan."
Ich möchte drei wichtige Aussagen von Grossrat Brüesch zitieren. Die erste Aussage ist: „Wir müssen auf Gesetzesebene die Wahl des Vorstandes regeln. Und auf Gesetzesebene, ich sehe nur diese Möglichkeit, im Gemeindegesetz." Und es ist auch tatsächlich passiert. Die Regierung und die Kommission schlagen auch vor, diese Wahl aufzunehmen. Nur, der Vorschlag lautet nicht in einer verbindlichen Form, kein Imperativum, sondern eine Kann-Formulierung. Das darf natürlich nicht sein. Zweite Aussage: „Die Vertretung garantiert für die kleinen Gemeinden und die Regionen." Also Vertretungsgarantien sind bereits verankert im Art. 59. Bei der Ziffer 5. Bei der Wahl in die Verbandsorgane sind die verschiedenen Teilgebiete angemessen zu berücksichtigen. Also, diese Garantie, wenn wir so sagen wollen, muss richtig kommuniziert werden. Die Parteien müssen vorschlagen, Personen auf die verschiedenen Teilgebiete oder auf die verschiedenen Gemeinden usw. Und es muss auch dem Volk richtig kommuniziert werden. Die dritte Aussage von Grossrat Brüesch ist die demokratische Legitimation. In meiner Region, glaube ich, wird es niemand verstehen können, wenn es für den Regionalvorstand keine Volkswahl gibt. Alle wissen es, aber ich weise trotzdem auf die Möglichkeit des fakultativen Referendums hin. Also wir haben die Möglichkeit das Referendum zu ergreifen. Das kann auch eine Tatsache werden, falls die Leute mit dieser Lösung sich nicht einverstanden fühlen können.

Tuor: Vorerst möchte ich Sie bitten, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen. Schauen Sie, einerseits steht hier in diesem Abs. 4 die Statuten können die Wahl des Regionalvorstandes vorsehen. Es ist aber eine Kann-Form. Es ist den Regionen durchaus überlassen, diese Regelung in ihren Statuten selbst zu treffen. Diese Statuten werden ja in den Regionen ausgiebig diskutiert und auch dort beschlossen. Und wenn eine Region die Volkswahl des gesamten Vorstandes will, so steht es ihr frei, diesen Entscheid zu treffen. Aber zwingen Sie nicht jede Region, das in jedem Falle durchführen zu müssen. Wenn ich mir die Situation in der Region Surselva anschaue, wir haben 45 Gemeinden und haben sieben Vorstandsmitglieder mit dem Präsidenten zu wählen. Wenn Sie in der Region Surselva auf die Strasse gehen würden und fragen würden, wer sind nebst dem Präsidenten die sechs Mitglieder des Vorstandes, Sie würden wahrscheinlich nicht sehr viele Leute finden, die diese, einen oder mehrere davon nennen könnten. In der Region ist der Präsident eine Galionsfigur. Die ist bekannt. Der oder die repräsentiert die Region nach Aussen.
Wenn man in einer Region mit 45 Gemeinden eine Volkswahl von sechs Mitgliedern machen muss, dann bringt das Schwierigkeiten mit sich und vor allem werden die Minderheiten bös unter die Räder kommen. Weil die grösseren Gemeinden können absolut ihre Vertreter in den Vorstand einbringen, währenddem das den kleineren Gemeinden fast nicht möglich ist, ausser man würde bereits im Vorfeld eine Selektion treffen und schlussendlich nur so viele Kandidaten aufstellen, wie dann auch freie Posten zu besetzen sind. Da soll mir ja niemand sagen, dass das ein demokratisches Verfahren wäre. Aus diesen Überlegungen würde ich Ihnen wirklich empfehlen, diese Volkswahl nicht zwingend vorzuschreiben, sondern es den Regionen zu überlassen, ob sie das wollen oder nicht.

Standespräsident Geisseler: Offensichtlich habe ich Grossrätin Noi das Wort abgeklemmt. Ich bitte um Entschuldigung und erteile Ihnen nochmals das Wort.

Noi: Wir können eine Regelung abmachen. Wenn ich fertig bin, sage ich immer Danke, weil ich gut erzogen worden bin. Aber es war nicht ganz mein Schlussvotum. Also mein Schlussvotum kann natürlich nur sein, dass man dem Minderheitsantrag Jaag zustimmt, das ist klar und auch hätte ich gerne, wenn man schon etwas sagt im Rat und Fast-Versprechungen macht, dass man sich auch treu an diese Aussagen hält. Der Rat sollte konsequenter sein und nachher auch gewähren, was er verspricht.

Heinz: Ich habe dem Votum von Grossrat Tuor interessiert zugehört und ich möchte dies voll unterstützen. Sehen Sie, wenn wir eine Volkswahl machen, dann geht das Parteiengerangel los. Also, da kommen die Parteien zum Zug, man muss Geld in die Hand nehmen, man muss an Veranstaltungen gehen und weiss ich was alles. Wer hat noch diese Zeit? Viele Leute haben diese Zeit nicht. Und was nicht ganz recht ist, Parteilose haben dann praktisch keine Chance in so einen Vorstand gewählt zu werden. Und ich meine, die müssen auch eine Chance haben. Was neu ist bei den Regionalverbänden; nach den Statuten werden die Gemeindepräsidentinnen oder Gemeindepräsidenten in diesem Regionalparlament sitzen. Und aus deren Mitte wird dann jemand in den Vorstand gewählt. Aber diese Leute bringen schon Erfahrung aus ihren Gemeinden mit, wie man so eine Gemeinde leitet oder so einen Regionalverband leiten könnte. In den Vernehmlassungen hat das niemand kritisiert, ausser die Junge SP, dass das nicht gut sei, wie es in der Botschaft vorgeschlagen ist. Also, d.h. die Leute sind zufrieden. Überlassen wir doch das den Regionalverbänden, jeder Verband kann das lösen wie er es will. Und öffnen wir nicht Schlupflöcher für sogenannte Möchtegernpolitiker, die man sonst nirgends brauchen kann.

Caviezel (Pitasch): Nachdem Grossrat Tour gesprochen hat, hätte ich mich eigentlich nicht mehr melden sollen. Aber wie Grossrat Tour gesagt hat, im Gemeindeverband Surselva wählen die Delegierten den Vorstand. Würde die Bevölkerung diese Wahl vornehmen, wären die Vertreter der Gemeinden Safien und Flims ganz sicher nicht im Vorstand. Eine Umfrage bei der Bevölkerung hat Grossrat Tour auch angetönt und ich kann Ihnen sagen, wie diese ausfallen würde. Würden wir in der Surselva die Bevölkerung fragen, welche Leute sind im Vorstand des Regionalverbands Surselva, würden nur Namen der Cadi fallen. Die Delegierten haben dieses Können, dass alle Regionen, dass alle Gemeinden im Turnus einbezogen werden in diese Verpflichtung. Und ich meine, das ist richtig. Ich bitte Sie, den Kommissionsantrag der Minderheit abzulehnen.

Regierungsrat Trachsel: Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Gleich wie Sie entscheiden, haben Sie richtig entschieden. Ich habe Mühe, wenn man Abstimmungsentscheide nicht akzeptieren kann. Sie haben die Kantonsverfassung hier verabschiedet. Das Volk hat zugestimmt. Das ist richtig. Wir haben dort festgelegt, dass wir diese Frage auf Gesetzesebene regeln wollen. Ist auch richtig. Aber wir haben nicht gesagt auf kantonaler oder auf regionaler Ebene. Diese Frage haben Sie hier zu entscheiden. Sie haben zu entscheiden, ob Sie den Regionen in ihren Statuten das Recht geben wollen, für sich richtig zu entscheiden, oder ob wir ihnen zwingend vorschreiben wollen, dass die ganzen Regionalvorstände vom Volk gewählt werden müssen. Das ist die Frage.
Es ist unbestritten, dass Sie diese Frage auf Gesetzesebene regeln müssen. Und darum wehre ich mich dagegen, wenn man sagt, Versprechungen sind nicht eingehalten, wir wollen die Verfassung nicht einhalten. Diese Diskussion haben Sie auch eingehalten, wenn Sie es auf Statutenebene lösen. Auch das ist eine gesetzliche Ebene. Zumindest verstehe ich das so. Es war auch unbestritten bei der Verfassungsdiskussion, dass man keine dritte Ebene will. Ich sage das hier ausdrücklich, diejenigen, die hier sitzen und dabei waren, wissen, dass ich auf der anderen Seite war. Ich wollte die dritte Ebene, man wollte sie nicht. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Ich akzeptiere auch diesen Entscheid. Es ist auch klar, dass man den Präsidenten oder die Präsidentin vom Volk wählen muss, weil hier es ja eigentlich keine Rolle spielt, ob sie Regionalproporz spielen oder nicht. Aber es kann für einen Regionalverband entscheidend sein, dass man vielleicht Gemeindepräsidenten delegiert, weil die Entscheide dann von den Gemeinden getragen werden müssen. Und es zeigt sich immer wieder, dass wenn die Gemeindepräsidenten Entscheide nicht mittragen, Abstimmungen schwierig zu gewinnen sind. Das möchten wir den Regionen überlassen. D.h. nicht, dass sie dann ihre Delegierten vom Volk wählen wollen. Aber sie sollen das abwägen können, weil sie sich das überlegen müssen.
Von der Regierung und von der Kommissionsmehrheit aus sind wir der Meinung, dass Regionalverbände Gemeindeaufgaben übernehmen und z.B. Gemeindepräsidenten sicher immer und in jedem Fall vom Volk gewählt sind und für viele die richtigen Repräsentanten sind. Es muss nicht in jedem Fall so sein. Aber wenn Sie jetzt der Minderheit zustimmen, verunmöglichen Sie solche Lösungen. Das müssen Sie sich überlegen. Ich glaube, wie Sie auch immer entscheiden, das was wir bei der Verfassungsdiskussion versprochen haben, nämlich es auf Gesetzesstufe zu lösen, ist in beiden Fällen gewährleistet. Es geht nur darum, wollen Sie, dass wir es kantonal regeln oder überlassen Sie es der betroffenen Bevölkerung und den Stimmberechtigten der Region.

Zindel: Als damaliges Mitglied der Verfassungskommission ist mir die Diskussion noch in guter Erinnerung. Und wenn Sie jetzt, Herr Regierungsrat, sagen, dass man damals gesagt hat, man werde das dann auf Gesetzesstufe regeln und Sie das jetzt auf die untere Ebene transponieren, dann ist das wirklich relativ tricky. Sie sind sonst nicht als tricky-Trachsel bekannt, sondern ich denke, dass hier der Vizepräsident der damaligen Kommission wirklich den Sachverhalt richtig wieder gegeben hat. Vielleicht noch etwas persönliches. Mir ist der heutige Nachmittag eigentlich eingefahren in dem Sinn, dass ich so Voten wie von meiner Kollegin zur Linken oder von den Grossräten Pfister und Heinz, da habe ich irgendwo auch etwas von Trauerarbeit gespürt, die wir in unserem Kanton machen. Dass wirklich gewisse Gemeinden und Regionen wirtschaftlich, demografisch an Bedeutung verlieren, dass wir das jetzt hinterher politisch sehr sanft justieren und gerade damit verbunden, müssten wir die Regionalverbände unbedingt politisch legitimieren und es soll bitte dann niemand das Zweiklassenparlament morgen in den Mund nehmen.
Es soll auch niemand mehr sagen, dass das Volk nicht die richtige Meinung vertritt. Es irritiert mich, dass Vertreter, die sonst sehr stark die Stimme des Volkes mit der Stimme Gottes gleich setzen, jetzt plötzlich sehr zurückhaltend sind. Und im Sinne gerade der Transparenz, dass der Präsident der Regionalverbände nicht die Galionsfigur ist, sondern im Sinne der Transparenz und im Sinne der politischen Aufwertung und Legitimierung möchte ich Sie bitten, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Claus: Ich war auch Mitglied der oft zitierten Kommission und möchte nun doch noch Kollege Brüesch ein bisschen widersprechen. Wir haben zwar wohl festgestellt, dass es wünschenswert wäre eine demokratische Legitimation für diese Regionalverbände anzustreben. Wir haben aber auch und sehr ausführlich und lange darüber diskutiert, ob es überhaupt machbar ist. Wie wirkt es sich aus? Wie sind die Wahlen, ist es praktikabel? Und deshalb haben wir uns damals schon für dieses ‚Können' entschieden. Das zeigt sich im Nachhinein als richtig. Die Praxis bis jetzt hat nämlich ergeben, dass selbst im Prättigau zehn Prozent der Stimmbürger sich für die Wahl eines Präsidenten eines Regionalverbandes interessieren.
Machen wir uns hier nichts vor. Wie ist es dann mit den übrigen Mitgliedern? Was Wahlen bedeutet mit vielen Wahlgängen, mit vielen Kandidaten, das wissen wir in Chur bestens. Das wird den Regionalverbänden auch blühen. Ich möchte also davor warnen, dies für alle Regionalverbände vorzuschreiben. Das haben wir auch damals in der Kommission festgehalten. Richtig ist es hier zu sagen, man kann es tun. Die Regionalverbände, wo es möglich ist, sollen es auch tun. Ich sehe das durchaus ein. Aber schreiben wir es nicht flächendeckend vor. Es ist nicht praktikabel im Kanton. Ich möchte Sie bitten, hier der Mehrheit und der Regierung zu folgen.

Beck: Ja ich möchte nur kurz festhalten, diese Diskussion, die wir jetzt schon seit langem heute führen, die haben wir im Zusammenhang mit der Kantonsverfassung in etwa demselben Stil bereits geführt. Damals haben wir uns dafür entschieden, dass wir diese Entscheidung den Regionen überlassen. Das ist Fakt. Von Versprechungen, verschiedene Votanten haben von einem Versprechen gesprochen, ich denke, ich kann mich an kein Versprechen erinnern, das der Grosse Rat abgegeben hat, bei der Gesetzgebung dann das Gegenteil zu beschliessen, als bei der Verfassung. Es handelt sich wahrscheinlich eher um einen Versprecher.

Zegg: Ich gehörte damals auch dieser Kommission an und wir haben damals so beschlossen, dass wir das Ganze in die Gesetzgebung dann überführen. Wir haben diskutiert, ob der ganze Vorstand durch das Volk gewählt wird oder nur der Präsident. Und wir haben uns so entschieden, wie es hier jetzt drin ist und was Regierungsrat Trachsel ausgeführt hat trifft zu. Mir ist es auch viel sympathischer, wenn die Regionen selber bestimmen können, als wenn der Kanton diktiert, wie zu wählen ist. Dann ist ein Präsidialsystem sicher nicht schlecht. Es ist ein Zeichen von Effizienz. Und das ist gerade das, was wir bei den Regionen brauchen. Ich bitte Sie, also der Kommissionsmehrheit zuzustimmen gemäss der Botschaft.

Noi: Ich möchte gleich noch erwähnen, was Grossrat Brüesch gesagt hat. Es würde niemandem in den Sinn kommen, auf Gemeindeebene eine Gemeinde den Präsidenten wählen lassen, die anderen Mitglieder der Gemeinde. Also das ist für mich sehr wichtig. Bezüglich Versprechen kann man diskutieren, ob es wirklich ein Versprechen war, darauf beharre ich wirklich nicht. Aber wenn man hier sagt, alle sind einverstanden, dass wir das auf Gesetzesebene regeln, was wir nicht in der Verfassung regeln. Wenn ich von Gesetz rede, dann denke ich wirklich an unsere kantonalen Gesetze. Und ein Statut einer Regionalorganisation und auch eine andere Form auf lokaler Ebene kann nicht ein Gesetz auf kantonaler Ebene ersetzen. Sie wissen genau, wie es läuft. Wichtig ist, was wir wirklich im Gesetz haben. Sonst ist es einfach nicht gültig auch in dieser Form. Es hat nicht die gleiche Kraft. Dies möchte ich noch zu bedenken geben.
Und ich höre jetzt der Diskussion zu und ich möchte nicht, wirklich nicht das Instrument, sicher nicht der Erpressung anbringen. Das würde ich nicht machen. Ich habe das gar nicht gerne. Aber ich bin bereit zu überlegen, was man machen soll, ich weiss es nicht. Grossrat Claus, da in Chur kann er gut reden. Die haben total andere Situationen, als wir es in der Peripherie haben. Wir haben andere Situationen und ich frage mich, wer hilft den Leuten in der Peripherie, wenn sie sich nicht demokratisch äussern können. Mit demokratisch meine ich, an der Urne. Bitte, geben Sie der Peripherie diese Möglichkeiten, weil sonst sehe ich wirklich nicht, wie man andere Konsequenzen vermeiden kann. Also, bitte überlegen Sie es sich gut. Es ist etwas einfach für den Grossen Rat. Für uns ist es eine wichtige Sache.

Stoffel: Ich kann nicht verstehen, wieso Grossrätin Noi als Parteilose sich hier zur Minderheit bekennt. Bei uns haben die Bezirksgerichtswahlen letztes Mal exemplarisch gezeigt, was mit Parteilosen passiert. Die Bezirksgerichtswahlen sind verpolitisiert worden, die Parteien haben sich, wenn ich das so sagen darf, diese ganze Sache unter den Nagel gerissen. Es hatte eine parteilose Kandidatin, die kandidiert hat und sie hatte nicht den Hauch einer Chance.

Jaag: Ich kann mich dazu bekennen, dass ich nicht in der Verfassungskommission bin und mich drum an dem orientieren kann, wie die Situation für mich heute ist, obwohl ich durchaus der Meinung bin, dass die Rechtsprechung konsequent sein soll. Und wenn ich Kollege Brüesch zuhöre, dann macht mir das schon Eindruck und bestärkt mich in der Aussage. Es geht um wenige Punkte. Ich möchte sie nochmals sagen. Es geht um Transparenz in der Region, es geht um eine demokratische Legitimierung und ich denke, die muss nicht im Widerspruch stehen zur Effizienz. Das dünkt mich jetzt ein Beschluss, der so nicht zulässig ist. Aber es ist ganz wichtig, dass unsere Regionalverbände nahe beim Volk sind. Mit diesem Wahlprozedere, wenn man nur den Präsidenten wählt, das interessiert weniger. Hingegen wenn man den Vorstand hat, der verteilt ist über die ganze Talschaft, dann kann man sicher mehr Leute mobilisieren. Das Bewusstsein der Regionalbevölkerung und die Förderung des regionalen Denkens kann man mit der verbindlichen Form ganz bestimmt fördern. In diesem Sinn möchte ich Sie ganz herzlich bitten, der verbindlichen Form zuzustimmen und mit der Kommissionsminderheit zu stimmen.

Nigg; Kommissionspräsident: Grossratskollege Dudli hat es auf den Punkt gebracht. Er hat gesagt, wenn wir die Regionen als dritte politische Ebene im Kanton einführen wollen, dann müssten wir den Vorstand vom Volk wählen lassen. Wenn wir das aber nicht wollen, dann dürfen wir den Vorstand nicht vom Volk wählen lassen. Dass wir das in der Mehrheit nicht wollen, das haben wir schon in der Diskussion zur Kantonsverfassung gesagt, als wir diese Regionalverbände für nichts anderes als für die Erfüllung von übertragenen Aufgaben des Kantons, der Kreise und der Gemeinde herangezogen haben. Ich glaube, das hat auch kürzlich eine Umfrage, ich schaue zu Kollege Tremp, gezeigt, die er unter den Verbandsgemeinden unseres grossen Regionalverbandes gemacht hat.
Die Gemeinden wollen eben gar nicht die Regionen als dritte politische Kraft einführen. Wenn wir das machen würden,

oder und nicht mehr Gemeindeorgansvertretern in den Posten hätten, würde auch die Zusammenarbeit zwischen den Regionen und den Gemeinden viel weniger klappen. Also ich meine, es ist wichtig, dass wir das den Regionen überlassen. Ich meine, es ist eine, sogar eine Konzession an die Regionen, die das wollen, dass wir das ihnen überlassen. Aber wir dürfen nicht das festsetzen hier, dass wir die Vorstände durch das Volk wählen lassen. Sonst setzen wir eben die Region als dritten politischen Faktor, als dritte politische Ebene in diesem Kanton fest. Dass wir das nicht wollen, davon müssten, glaube ich, auch einmal die sogenannten Regional- oder Regionsverbandsturbos Kenntnis nehmen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Regierung mit 74 zu 24 Stimmen zu.

Lemm: Ich habe doch noch eine Bemerkung zu Art. 59. Bitte beachten Sie in Abs. 1 heisst es, die ordentlichen Organe des Verbandes sind die Gesamtheit der stimmberechtigten Verbandseinwohner. Und dann heisst es in Abs. 4, die Statuten können die Wahlen des Regionalvorstandes durch die Gesamtheit der stimmberechtigten Verbandseinwohner vorsehen. Und jetzt zu meinem Erstaunen in Abs. 3 heisst es dann nur noch. An Stelle der Regionalversammlung kann ein in freier Wahl aus allen Regionseinwohnern gebildetes Regionalparlament treten. Also nicht mehr der stimmberechtigten Regionseinwohnern. Ich nehme an, das ist ein Fehler und sollte ergänzt werden. Sie wissen schon, was ich meine. Sonst gibt es dann unsinnige und lange Diskussionen. Also sonst habe ich es falsch verstanden. Aber ich meine, wenn es schon in beiden Abschnitten heisst, die stimmberechtigten, muss es auch in Abs. 3 heissen, sonst kann es wirklich zu Missverständnissen kommen. Oder ich habe es falsch verstanden.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich schaue relativ hilflos auf die Tribüne, aber sehe auch keine Regung. Ich nehme an, Grossrat Lemm hat Recht, es muss auch in den Abschnitten 3 etc. die ‚stimmberechtigten' heissen.

Regierungsrat Trachsel: Die Frage ist, ob man schreiben will, an Stelle der Regionalversammlung kann ein aus allen Gemeindeeinwohnern des Verbandsgebietes gebildetes Regionalparlament treten. An und für sich sagen wir klar, die Statuten regeln den Wahlmodus.

Lemm: Ich meine, so wie die Formulierung in Abs. 3 von Art. 59 hier aufgenommen worden ist, könnte man davon ausgehen, dass bei den Regionseinwohnern auch die ausländische Wohnbevölkerung dazu gehört. Das meine ich nicht. Weil sonst schreiben Sie immer Stimmberechtigten.

Standespräsident Geisseler: Darf ich einen Vorschlag machen? Wir kommen heute mit der Beratung nicht fertig. Dürfen wir das noch der Kommission und Regierung mit auf den Weg geben und morgen auf diesen Artikel zurückkommen? Grossrat Cavigelli.

Cavigelli: Ich denke, die Lösung ist einfach gefunden. Es ist nämlich so, dass das Gesetz über die politischen Rechte sagt, wer stimm- und wahlberechtigt ist und dass wir das hier nicht regeln müssen. Das versteht sich von selbst in Auslegung zusammen eben mit diesem Gesetz.

Lemm: Ja, Grossrat Cavigelli, genau darum geht es. Die Gemeinden können ja das Stimm- und Wahlrecht auch für Ausländer einführen. Aber hier, bei den Regionseinwohnern müssen wir uns entscheiden. Und darum meine ich, es muss ausdrücklich heissen, die ‚stimmberechtigten'. Es könnte ja in einer Region Gemeinden geben, wo eben dieses Stimm- und Wahlrecht eingeführt worden ist. Dann haben wir den Salat perfekt. Genau deshalb habe ich diese Bemerkung gemacht.

Standespräsident Geisseler: Ich schlage vor, dass wir die Verhandlungen für heute unterbrechen, dass wir gescheiter werden bis morgen früh und dass wir morgen die Verhandlungen an dieser Stelle fortsetzen.

Schluss der Sitzung: 18.25 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:
- Anfrage Claus betreffend der langfristigen Entwicklung der militärisch genutzten Areale in Chur und Umgebung
- Anfrage Meyer Persili betreffend Alimentenbevorschussung und -inkasso
- Anfrage Robustelli betreffend Situation der Anbieter familienergänzender Kinderbetreuung nach der Einführung des Gesetzes zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Geisseler

Der Protokollführer: Domenic Gross

Mittwoch, 7. Dezember 2005
Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler
Protokollführer:	Adriano Jenal
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder
	entschuldigt: Ratti
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

Nachtragskredite

Antrag der GPK
Kenntnisnahme von der Orientierungsliste der GPK über die bewilligten Nachtragskreditgesuche zum Budget 2005.

Pfenninger: Sie haben die Orientierungsliste der ersten bis achten Serie der Nachtragskredite zum Budget 2005 als Auszug erhalten. Die achte Serie hat die Geschäftsprüfungskommission am 29. November behandelt und bewilligt. Ich erläutere ganz kurz die verschiedenen Kredite:
Es geht bei der Position 31203170 um Reise- und Spesenentschädigung bei der Kantonspolizei Graubünden, 80'000 Franken. Es wurde offensichtlich zu tief budgetiert auf Grund tiefer Zahlen im Jahre 2003. Dann die Position 4210362510 beim Amt für Volkschule und Sport. Dabei geht es um Beiträge an die Besoldung von Hilfskräften im Kindergarten, 63'000 Franken. Dies ist die sprachliche Förderung fremdsprachiger Kinder und für die Betreuung behinderter Kinder. Dann haben wir beim 62103149, Tiefbauamt Graubünden Unterhalt der Nationalstrassen, Winterdienst. Auf Grund der tiefen Temperaturen brauchte es bedeutend mehr Streumittel im letzten Winter, 232'000 Franken Nachtragskredit. Dann beim 62113131, ebenfalls Tiefbauamt Graubünden, Unterhalt der Kantonsstrassen. Die Treibstoffe sind bekanntermassen bedeutend teurer geworden dieses Jahr, 150'000 Franken. Dann beim 62113142, wieder Tiefbauamt Graubünden, dabei geht es um baulicher Unterhalt und Erneuerung der Kantonstrassen. Das sind eigentlich Unwetterschäden im August 05, 2,05 Millionen Franken. Dann beim 62113149, Unterhalt Kantonsstrassen Winterdienst, nochmals beim Tiefbauamt, 800'000 Franken für ebenfalls mehr Streumittel. Also, wir haben hier bei der letzten Position eigentlich analog wie beim 62103149, dort bei den Nationalstrassen, hier bei den Kantonsstrassen diese zusätzlichen Streumittel aufgrund der tiefen Temperaturen. Insgesamt sind das Nachtragskredite in der achten Serie von 3,375 Millionen Franken.

Standespräsident Geisseler: Ich stelle zuhanden des Protokolls fest, dass der Grosse Rat von der Orientierungsliste, erste bis achte Serie Kenntnis genommen hat.

Der Grosse Rat nimmt von der Orientierungsliste der GPK über die bewilligten Nachtragskreditgesuche zum Budget 2005 Kenntnis.

Wahl eines Mitglieds in die Kommission für Bildung und Kultur für die Amtsdauer 2005-2006 (Ersatzwahl)

Dudli: Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen als Ersatz für Gian Duri Ratti in die Kommission Bildung und Kultur Anita Christoffel vor.

Standespräsident Geisseler: Werden weitere Vorschläge gemacht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann stimmen wir ab.

Wahl
Anita Christoffel-Casty wird mit 101 zu 0 Stimmen gewählt

Standespräsident Geisseler: Wir gratulieren Ihnen recht herzlich, Grossrätin Christoffel, und wünschen Ihnen viel Befriedigung in diesem neuen Amt.

Fragestunde

Farrér: Ich habe eine Frage zum Entscheid des Bundesamtes für Landwirtschaft zum AOC-Rechtsstreit. Im Streit um das Walliser Monopol auf die Bezeichnung „Raclette“ hat der Kanton Graubünden definitiv kein Beschwerderecht. Das Bundesgericht hat die Beschwerden der Kantone Bern, Freiburg und Graubünden abgewiesen. Das Bundesamt für Landwirtschaft hatte Ende 2003 entschieden, dass nur noch Käse aus dem Wallis den Namen „Raclette“ tragen darf. Es lehnte 50 Einsprachen gegen die zuvor erfolgte Ursprungsregistrierung AOC für die Bezeichnung „Raclette“ ab. Der Kanton Graubünden und rund ein Dutzend andere Einsprecher wandten sich daraufhin mit einer Beschwerde an die Rekurskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements. Diese trat mit der Begründung der Nichtbeschwerdeberechtigung auf die Rekurse nicht ein.
Mit den aktuellen Urteilen aus Lausanne ist der Streit um die Bezeichnung „Raclette“ nicht definitiv entschieden. Beim EVD sind in dieser Sache noch zahlreiche Beschwerden hängig. Diese wurden jedoch bis zum Vorliegen der aktuellen Entscheide aus Lausanne sistiert. In meiner Anfrage zum BLW-Entscheid beantwortete die Regierung im März 2004 die Frage, wie die Auswirkungen des Entscheides auf den Käsereistandort Landquart und die Bündner Milchwirtschaft einzuschätzen wären wie folgt, Zitat: „Sollte ab 2010 wider aller Erwartungen die Bezeichnung „Raclette“ nicht mehr verwendet werden dürfen, muss sich die Emmi Käse AG in

Landquart neu orientieren. Die Regierung wird alles daran setzen, dass dieser Verarbeitungsbetrieb, der heute als Musterbetrieb im „Raclette"-Sektor und einziger Käserei-Betrieb in dieser Grössenordnung in der Ostschweiz gilt, erhalten bleibt."
Aufgrund der neusten Entwicklungen in diesem Rechtsstreit bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen. Erstens: Wie beurteilt die Regierung die aktuelle Situation aufgrund des Entscheides des Bundesamtes für Landwirtschaft, dies bezogen auf den Milchverarbeitungsbetrieb Landquart? Zweitens: Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, sollte wider erwarten ab ca. 2010 die Bezeichnung „Raclette" für den Verarbeitungsbetrieb Landquart nicht mehr verwendet werden dürfen, um den Betrieb im Kanton Graubünden zu erhalten?

Regierungsrat Trachsel: Die Verneinung der Beschwerdelegitimation der Kantone Graubünden, Bern und Freiburg durch das Bundesgericht ändert weder an der materiellen Rechtslage, noch der Einschätzung, wie sie die Regierung in der Antwort auf die im März 2004 gestellte Frage Farrér über die Auswirkung des Bundesamtes für Landwirtschaft-Entscheides auf den Käserei-Standort Landquart und die Bündner Milchwirtschaft vorgenommen hat, etwas. Das Verfahren in der Sache selbst ist nach wie vor bei der Rekurskommission des EVD hängig. Delegierte des Walliser Milchverbandes und der Raclette Suisse diskutieren zudem nach wie vor über den Rahmen einer Co-Existenz-Vereinbarung. Der Bundesgerichts-Entscheid hat auf die Milchverarbeitungsbetriebe in Landquart damit keine Auswirkungen. Sollte wider erwarten aufgrund der noch zu fällenden Entscheide ab dem Jahre 2010 die Bezeichnung „Raclette" nicht mehr verwendet werden dürfen, wird sich die Regierung, wie bereits ausgeführt, für die Erhaltung dieses Betriebes einsetzen. Bevor konkrete Schritte geprüft werden können, sind allerdings die entsprechenden Rekurs-Entscheide abzuwarten.

Farrér: Ich bedanke mich für Ihre Ausführungen. Das Ganze ist ja nicht nur ein rechtlicher Fehlentscheid, es ist auch ein volkswirtschaftlicher Fehlentscheid. Sie haben die Diskussionen um die Co-Existenz-Vereinbarung erwähnt. Diese werden meines Wissens im Rahmen der Landwirtschaftsdirektorenkonferenz geführt. Nun ich meinte, es sollte doch möglich sein, dass sich der Kanton Wallis mit einem Anteil an der Produktion von 13 Prozent im Verhältnis zur übrigen Schweiz mit 87 Prozent, dass man hier eine Lösung findet. Ob jetzt das Wallis für Raclette mit dem Matterhorn wirbt und die übrige Schweiz nicht, es könnte doch in diese Richtung gehen. Können Sie mir sagen wie weit diese Verhandlungen für eine solche Vereinbarung fortgeschritten sind?

Regierungsrat Trachsel: Also, auf Stufe der Landwirtschaftsdirektoren wurde dieses Problem noch nicht behandelt. Die Verhandlungen laufen zwischen Raclette Suisse und dem Milchverband des Kantons Wallis. Das sind die direkt Interessierten, die zusammen verhandeln. Wir sind gleicher Meinung. Ich schliesse mich natürlich Ihrer Meinung an. Wir sind auch der Auffassung, dass man das im heutigen Zustand, den wir ja alle gekannt haben, gelebt haben, dass der eigentlich weiter möglich sein soll. Natürlich, das Wallis hat im Moment natürlich eine bessere Waffe, weil sie sagen können, wenn wir gewinnen, dann sind wir exklusiv. Aber ich glaube auch, es müsste eigentlich in der Schweiz möglich sein, miteinander zu sprechen und Lösungen zu finden, die gegenseitig anerkannt werden können. Ich kann Ihnen aber nichts versprechen.

Noi: Also, meine Frage befasst sich mit Radonkontrollen in den Häusern. Also, es scheint so, dass unsere Südtäler besonders betroffen sind von diesem radioaktiven Gas, das immerhin 240 Tote in der Schweiz verursacht hat im letzten Jahr und es stellt eine gewisse Gefahr dar. Der Kanton Tessin ist bereits dran an dieser Messung, und zwar systematisch. Also, alle Häuser werden gemessen. Ich frage nun unseren Kanton, unsere Regierung an, ich habe drei konkrete Fragen: Die erste ist: Wie sind die Verhandlungen mit dem Bundesamt für Gesundheitswesen, wie laufen diese Verhandlungen? Sind Verhandlungen überhaupt im Gang? Zweite Frage ist: Sollte nicht der Kanton schon jetzt die Gemeinden orientieren über diese Radonproblematik und einfach so informieren, dass auch bei Verteilung der Baubewilligung für neue Häuser bereits diese Frage des Radons angeschaut wird von den Leuten, die bauen wollen oder von den Ingenieuren? Und die dritte Frage befasst sich mit den Kosten: Warum kostet im Allgemeinen in der Schweiz so eine Kontrolle 60 Franken? Was zahlen die Tessiner für diese Kontrolle? In unserem Kanton, ich weiss von einer Messung, die durchgeführt wurde in Roveredo und die Leute haben über 135 Franken bezahlt.

Regierungsrat Trachsel: Der Kanton Graubünden hat durch das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit zwischen 1993 und 2003 mit Unterstützung des Bundes Radonmessungen über das ganze Kantonsgebiet durchgeführt. Und zwar in zwanzig Wohnungen pro Gemeinden oder Wohnhäusern pro Gemeinden und in allen öffentlichen Gebäuden, sprich Schulhäuser, Kindergärten, Gemeindehäuser. Dieser Kataster erlaubte eine Einteilung in Gebiete mit höherer und geringerer Radonbelastung. Insgesamt wurden im Kanton Graubünden zirka 5000 Wohngebäude und 800 öffentliche Gebäude auf Radon gemessen. 67 der 208 Gemeinden gelten als Radongebiet. Das Bundesamt für Gesundheit unterstützt gestützt auf die Strahlenschutzverordnung eine Fach- und Informationsstelle Radon. Diese Fachstelle informiert die Öffentlichkeit regelmässig über die Radonproblematik in der Schweiz. In verschiedenen Schreiben hat das Bundesamt für Gesundheit auch Baufachleute und Architekten im Kanton Graubünden laufend über die Radonproblematik informiert. Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit hat im Rahmen jeder Radonmessung die Gemeinden über die Radonbelastungen informiert und darauf hingewiesen, dass in Radongebieten Neu- und Umbauten so erstellt werden müssen, dass der Richtwert von 400 Bq/l pro Kubikmeter nicht überschritten werden und bei der Bewilligung von Baugesuchen Neu- und Umbauten, die Gemeinden den Bauherrn darauf aufmerksam zu machen haben. Im Musterbaugesetzentwurf für Bündner Gemeinden ist vorgesehen, dass den Baugesuchen in Radongebieten eine Bestätigung beigelegt werden muss, welche belegt, dass die erforderlichen Massnahmen zum Schutz gegen Radon getroffen worden sind. Es wird der Artikel 37 Abs. 2 sein.
Das Bundesamt für Gesundheit ist zuständig für die Anerkennung von Messstellen für die Radonbestimmungen. Die Messstellen sind verpflichtet, die Resultate der Messungen den zuständigen kantonalen Stellen mitzuteilen. Die Messstellen im Kanton Graubünden sind privatrechtliche Betriebe Böhm/Bleuer in Chur, beziehungsweise Ingenieur- und Planungsbüro Ghielmetti in Chur. Die beiden Betriebe ver-

langen für eine Radonmessung, ein Dosimeter, 70 bis 65 Franken. Bei Böhm/Bleuer kosten drei Radonbestimmungen, drei Dosimeter, 135 Franken. Pro Radonmessung also 45 Franken. Im Rahmen der Radonmessungen werden die Gemeinden und Wohneigentümer über die Radonergebnisse und über die kostenlose Beratung des Amtes für Lebensmittel und Tiergesundheit informiert.
Oder vielleicht anders gesagt: Wir haben die Messungen einige Jahre früher gemacht als der Kanton Tessin, drum sind auch die Medienmeldungen früher erfolgt als im Kanton Tessin.

Noi: Ich bedanke mich für die Antwort. Trotzdem habe ich festgestellt, dass unsere Gemeinde, wo ich wohne, keine Informationen hat. Ich möchte bitten, zum das machen, wenn das möglich ist, weil ich erachte das noch als wichtig.

Regierungsrat Trachsel: Ich habe nicht alle Gemeinden überprüft, aber ich habe, war auch Gemeindepräsident, ich habe diese Meldung bekommen. Sie müssen wissen, die Untersuchungen sind zwischen 1993 und 2002 erfolgt. Wenn Ihre Gemeinde 1993 an der Reihe war, dann müssen Sie dann auch prüfen, ob ihre Gemeinde 1993 eine Meldung bekommen hat.

Noi: Bei meiner zweiten Frage geht es um eine ganz kurze Frage. Also, es geht um Leute, die mit Minergie bauen, also mit dieser Methode der Minergie und das ist erkannt, die leisten einen Beitrag für den Umweltschutz, weil sie verbrauchen viel weniger Energie. Meine Frage ist hier: Warum müssen diese Leute, die nach Minergie bauen oder mit Minergie-Material, eine Taxe von mehr als 800 Franken bezahlen? Ich glaube, das ist für die Zertifizierung. Trotzdem, es gibt Kantone, die im Sinne vom einfach fördern diese Art von Bauten auch selber schon sogar ein Beitrag leisten an die Leute. Der Kanton Tessin hat letzthin mehr als vier Millionen zur Verfügung gestellt für diese Bauten. Meine Frage ist: Ist das sinnvoll, dass die Leute diese Taxe in unserem Kanton bezahlen?

Regierungsrat Engler: Frau Grossrätin Noi kritisiert die Höhe der Gebühr, die der Kanton für die Zertifizierung einer Minergiebaute beim Ersteller erhebt. Wer gutes tut, so die Forderung von Grossrätin Noi, sollte nicht noch dafür bezahlen müssen. Wer freiwillig heute ein 40 jähriges Gebäude durch ein Minergiehaus ersetzt, braucht danach vier Mal weniger Öl und es bleibt im Inneren gleich warm. Minergie liegt also im hohen Masse im wirtschaftlichen Interesse des Gebäudeeigentümers selber und ist auch unter ökologischen Gesichtspunkten selbstverständlich sehr zu begrüssen.
Der Kanton Graubünden ist Mitglied geworden des Vereins Minergie. Dieser Verein bestimmt einheitlich für das ganze Land die Höhe der Zertifizierungsgebühr. Eine Gebühr die beim Leistungsempfänger, beim Verursacher, erhoben wird und zwar für die Ausstellung des Zertifikats, für die Registrierung, für die Projektüberprüfung und auch für Stichproben, die damit verbunden sind. Die Gebühr liegt derzeit bei 807 Franken für ein Einfamilienhaus, wovon ein Drittel davon dem Verein Minergie zur Finanzierung der Qualitätssicherung und zur Weiterentwicklung des Standards dient. Der Rest deckt den Aufwand, den der Kanton mit der Registrierung, mit der Projektüberprüfung, mit den Stichproben hat. Auch der Kanton fördert Minergiebauten, indem sein Fördermodell sich darauf abstützt. Je höher die erzielte Wirkung an Energieeffizienz, umso höher sind die Beiträge, die der Kanton leistet. Kommt dazu, dass der Kanton auch in der Information und in der Beratung der Hauseigentümer tätig ist. Und nochmals, letztendlich dient ein besserer Energiestandard, höhere Energieeffizienz dem Gebäudeeigentümer, es kommt ihm wirtschaftlich direkt zu gut, wenn er tiefere Heizkosten hat und gelegentlich führt das auch zu einer günstigeren Baufinanzierung. Zusammenfassend und zum Schluss: Es besteht auch keine Pflicht sein Minergiehaus zertifizieren zu lassen. Ganz im Sinne von: Tue Gutes und behalte es für dich.

Noi: Ich werde diesen Satz vom Regierungsrat Engler aufschreiben. Es ist ein guter Satz.

Perl: Ich habe eine Anfrage betreffend Nachdruck des Dicziunari, Wörterbuch Puter-Deutsch. Der oben erwähnte Dicziunari ist vergriffen. Ein Nachdruck ist dringend notwendig. In den Schulen, im Beruf und im Privaten wird der Dicziunari rege gebraucht. Dies erklärt auch, wieso die letzte Auflage, bereits kurz nach ihrem Erscheinen ausverkauft war. Zwar mag die Einführung von Rumantsch Grischun als Schulsprache andere Akzente setzen, aber Puter wird weiterhin gelehrt, gelesen, gesprochen und geschrieben. Ein Wörterbuch, ein aktuelles Nachschlagewerk ist darum unverzichtbar. Nach wie vor liegt die Verantwortung zur Herausgabe von geeignetem Schulmaterial in den Idiomen beim Kanton. Der Dicziunari hat jetzt und auch in Zukunft, ob in mit oder ohne Rumantsch Grischun als obligatorische Schulsprache, eine wichtige Bedeutung für unsere Schulen. Gegenwärtig sind sämtliche Vorarbeiten für eine Neuauflage geleistet. Das Layout für den Neudruck ist gemacht. Jetzt ist aus dem Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement zu vernehmen, dass der Kanton in Änderung der bisherigen Praxis neu lediglich noch cirka 15 Prozent der Kosten für einen Neudruck bezahlen will. Bislang trug der Kanton die Kosten zu 100 Prozent. Weshalb ist die Regierung nicht mehr bereit, die vollen Kosten der Neuauflage des Dicziunari zu bezahlen? Wer hat nach Ihrer Ansicht für die verbleibenden Kosten aufzukommen?

Standespräsident Geisseler: Diese Frage richtet sich an den Departementchef des EKUD. Regierungsrat Lardi ist nicht hier, weil er an einer Beerdigung ist. Ich muss ihn entschuldigen für seine Abwesenheit. Dafür gibt es aber Stellvertreterlösungen und ich darf Regierungsrat Schmid das Wort erteilen.

Regierungsrat Schmid: Die Regierung hat in dieser Frage keinen Ermessenspielraum, nachdem sie sich für die Einführung von Rumantsch Grischun in der Schule ausgesprochen hat und vom Grossen Rat im Jahre 2003 beauftragt wurde, neue Rätoromanische Lehrmittel ab dem Jahre 2005 nur noch in Rumantsch Grischun herauszugeben. Dieser Auftrag ist für die Regierung bindend und gilt nach wie vor für alle Lehrmittel, die neu konzipiert oder überarbeitet werden. Soweit es sich bei der geplanten Herausgabe des Dicziunari Puter nicht um eine unveränderte Auflage handelt, sondern um eine Überarbeitung, greift somit der Auftrag des Grossen Rates von Jahre 2003. Die Herausgabe von idiomatischen Wörterbüchern, welche nicht zu Lehrmitteln zu zählen sind, kann auch in Zukunft via Kultur und Sprachenförderung durch den Kanton mit Beiträgen unterstützt werden. Hierbei handelt es sich gemäss Art. 2 Abs. 6, des Kulturförderungsgesetzes um subsidiäre Beiträge, welche die von privaten In-

stitutionen, Gemeinden und anderen öffentlich rechtlichen Körperschaften geleisteten Beiträge ergänzen.

Feltscher: Ich habe eine Frage betreffend Arbeitsplätze der Armee in Chur und auch im Rest des Kantons. Die Armeelogistik in Chur wird massiv abgebaut. Andere Nutzungsformen, die unter Umständen wertschöpfender sein könnten, werden in unserer Region diskutiert. Die Schweizer Armee ist Eigentümerin des Rossbodens und an einem Waffenplatz Chur weiterhin sehr interessiert. Bundesrat Samuel Schmid versucht mit einer Beruhigungsstrategie den Abbau der Arbeitsplätze in Chur zu verharmlosen. Gemäss Medieninformation des VBS vom 21. Juli 2005, sollen in Chur weiterhin cirka 50 Arbeitsplätze bestehen bleiben. Diese Zusicherungen haben die Regierung wohl veranlasst, gute Miene zum bösen Spiel aus Bern zu machen. Betrachtet man konkret die Organisationsplanungen des VBS der letzten Monate, beginnt man an der Aufrichtigkeit dieser Zusicherungen zu zweifeln. Instandhaltungswerkstätten sollen zur Beruhigung noch bis 2008 weitergeführt werden. Und dann? Die Infrastrukturplanung sieht für Chur und Luziensteig zusammen noch 15 Personen vor. Die Retablierungsstelle des Waffenplatzes Chur soll ab 2011 in Mels sein. Ich frage mich, was denn langfristig wirklich in Chur bleibt.
Was kann die Regierung über die nachhaltige Sicherung des VBS von wenigstens 50 Arbeitsplätzen in Chur, 100 im Kanton und über das Stationierungskonzept Rheinwald sagen? Was unternimmt die Regierung zur Erhaltung dieser minimalen Zusicherungen des Bundes? Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, wenn diese an sich schon problematischen Restbestände auch noch unterschritten werden sollten? Entschuldigen Sie, dass ich hier meine Notizen ein wenig vom PC genommen habe, ich habe heute gemerkt, dass ich die entsprechenden schriftlichen Unterlagen zu Hause liegen gelassen habe.

Regierungsrätin Widmer-Schlumpf: Ich hatte bereits im Oktober 2005 Gelegenheit, auf eine Anfrage von Grossrat Hartmann hin, Stellung zu nehmen zu den militärischen Betrieben im Kanton Graubünden. Ich habe mich damals berufen auf Angaben, auf Zahlen die wir im Februar, März dieses Jahres anlässlich von Konferenzen erhalten haben. Leider ist es so, dass sich noch nichts geändert hat, d.h dass wir noch keine genauere Zahlen haben. Wir haben Ende November ein Mail erhalten mit den sogenannt aktualisierten Zahlen, die aber genau übereinstimmen mit dem was wir bereits im Februar und März hatten, und immer noch Ungefährzahlen sind. Ich möchte diese einfach noch einmal ganz kurz wiederholen und dann auf die Fragen von Grossrat Feltscher eingehen: Standort Chur, das ist eine Aussenstelle, da werden nach Angaben der Logistik 23 bis 36 zivile Arbeitsplätze sein. Dann kommen dazu die Arbeitsplätze im Bereich betriebliche Werkstätten, also Instandhaltung für Radfahrzeuge und Radschützenpanzer, da sind zehn bis 15 Mitarbeitende bis im Jahr 2008 zugesichert. Ich werde darauf noch zurückkommen. Hinzu kommen die so genannten grünen Stellen, die mit mindestens 20 Arbeitsplätzen beziffert werden, heute sind es aktuell 33 grüne, die wir auf dem Platz Chur haben. Also insgesamt, wenn Sie das zusammenzählen, sind es 53 bis 71 Arbeitsplätze, inklusive diese grünen Stellen. Im übrigen Kanton bleibt es bei dem, was wir schon wissen, das wurde auch wieder bestätigt: Hinterrhein vier bis sechs zivile und fünf bis acht grüne, Brigels drei zivile, S-chanf drei bis fünf zivile und ein bis zwei grüne, Luzisteig sieben bis zehn zivile und neun bis elf grüne. Sie können zusammenzählen, was das alles in allem gibt. Das gibt zusammengefasst 75 bis 101 Stellen im militärischen Bereich. Diese Zahlen sind seit Februar und im Militär seit März bekannt und insofern besteht in diesem Bereich zumindest eine gewisse Konstanz, was ja für die heutige Situation etwas ungewöhnlich ist.
Was aus Sicht der Regierung überhaupt nicht befriedigt und wo wir uns dagegen wehren, mit der Stadt Chur, ich möchte das betonen, das ist, dass die zehn bis 15 Stellen im Bereich Instandhaltung Radfahrzeuge und Radschützenpanzer bis 2008 in Chur bleiben, dann aber nach Hinwil verschoben werden sollen. Es ist absolut nicht ersichtlich, warum Fahrzeuge von Hinwil aus instandgehalten werden sollen, die hier sind, und wo wir ja die notwendige Garageninfrastruktur in Chur auch haben. Ich habe das auch moniert gegenüber dem CdA und er hat anlässlich eines Treffens im Februar auf meine Frage schriftlich bestätigt, ich zitiere: „dass auf stark genutzten Waffenplätzen gewisse Werkstätten für Wartungsarbeiten bestehen bleiben." Dass Chur ein intensiv genutzter Waffenplatz ist, das wissen nicht nur die Churer, das wissen auch die Felsberger. Das steht ausser Frage. Und es wurde uns von den für die Stationierung zuständigen Mitarbeitenden des VBS auch bekannt gegeben, dass die Belegung in den nächsten Jahren noch um ungefähr 20 Prozent zunehmen könnte. Das ist eine gewaltige, intensive Belegung. Und wir sind der Auffassung, dass Wartungsarbeiten hier vor Ort ausgeführt werden müssen, wenn die Belegung so intensiv ist. Wir sind auch, die Regierung und der Stadtrat von Chur, der Auffassung, dass man sich an die obere Grenze der zivilen Arbeitsplätze, also die 36 Arbeitsplätze zu halten hat, dass von den mindestens 50 Arbeitsplätzen nicht eine Mehrzahl grüne Stellen sein können. Das sind nämlich nicht wirklich auf die Dauer in Graubünden bestehende Arbeitsplätze. Wir werden darauf bestehen, dass es mindestens 36 zivile – und wenn es dann noch 30 grüne dazu sind, dann ist es uns Recht – dass es mindestens 36 zivile Arbeitsplätze sind.
Zu den Fragen von Grossrat Feltscher: Vielleicht zuerst die Feststellung, dass die Retablierungsstelle des Waffenplatzes Chur ab 2011 in Mels sein wird. Dies trifft in dieser Form nicht zu. Wir haben Informationen und auch eine schriftliche Bestätigung, dass die Retablierungsstelle in Chur bleiben wird. Wir gehen davon aus, dass dem so ist.
Dann zu den Fragen: Die Instandstellungswerkstätten sollen zur Beruhigung noch bis 2008 weiter geführt werden. Ich habe gesagt, wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Teil dieser Arbeitsplätze hier bleibt, weil wir da auch die entsprechenden Fahrzeuge und den Lärm hier haben. Dann die Frage, welche Teile längerfristig in Chur bleiben, die habe ich beantwortet. Wie kann die Regierung zur nachhaltigen Sicherung von wenigstens 50 Arbeitsplätzen in Chur, zu den 100 Arbeitsplätzen im Kanton beitragen und was kann die Regierung zum Stationierungskonzept im Rheinwald sagen. Ich habe bereits verschiedentlich gesagt, wir haben eine Vielzahl von Sitzungen mit Vertretern der Armeespitze gehabt. Diese Sitzungen wurden alle protokolliert. Und wir gehen nach wie vor davon aus, dass mindestens 50 Arbeitsplätze in Chur und insgesamt im Kanton mindestens 100 Arbeitsplätze bleiben. Man macht uns immer wieder darauf aufmerksam, dass Sparrunden im Bund auch Auswirkungen auf die VBS-Stellen haben würden. Das wird so sein, kann aber nicht sein im Kanton Graubünden, wo wir eine intensive zusätzliche Nutzung haben. Im Rahmen der erwähnten Konferenzen wurde uns zum einem zugesichert, dass die Instandhaltung, zum Teil in einer Werkstätte in Chur stattfinden soll. Das habe ich gesagt. Und dann wurde uns auch zu-

gesichert, dass die Truppenunterkunft in Splügen gebaut wird. Man hat uns nur noch nichts über den definitiven Zeitpunkt gesagt, obwohl wir auch hier immer wieder insistieren. Vielleicht zu der Bemerkung von Grossrat Feltscher, wir hätten gute Mine zum bösen Spiel gemacht. Ich denke in dieser Form ist es nicht richtig. Aber was man uns vielleicht vorwerfen kann ist, dass wir davon ausgegangen sind, dass das was man uns mündlich zusichert und schriftlich bestätigt, auch eingehalten wird, wie das üblicherweise der Fall ist unter erwachsenen Leuten. Aber das gilt offensichtlich nicht für alle Beteiligten in diesem Spiel, wenn ich dieses Wort gebrauchen darf.
Was unternimmt die Regierung zur Erhaltung dieser minimalen Zusicherungen des Bundes? Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, wenn diese an sich schon problematischen Restbestände auch noch unterschritten werden? Das ist die letzte Frage dieser Anfrage. Ich habe bereits erwähnt, dass hier die Regierung, aber auch der Stadtrat von Chur, das Verhältnis zwischen zivilen und grünen Arbeitsplätzen, wie sie nun vorgesehen sind, als unbefriedigend erachtet. Wir, die Regierung zusammen mit dem Stadtrat von Chur, wir werden alternative Nutzungsmöglichkeiten des Schiess- und Waffenplatzes gemeinsam prüfen. Und dabei denken wir, und das an die Adresse von Grossrat Claus – ich habe gesehen, dass wieder eine Anfrage oder ein Auftrag hier eingegangen ist – dabei denken wir nicht nur an See und Wellness. Es gibt durchaus noch andere Möglichkeiten. Wir haben im Sinn und wir haben das auch signalisiert, mit dem Bund entsprechende Gespräche zu führen.

Feltscher: Frau Regierungspräsidentin, herzlichen Dank für die klaren Worte. Nur zwei kurze Abschlussbemerkungen. Dass Verhandlungen mit der Armee manchmal nicht mal so viel wert sind, wie das Papier, das darauf geschrieben ist, haben wir leider, die Stadt Chur und die Gemeinde Felsberg, auch erleben müssen. Ich würde der Regierung noch empfehlen, im Bezug auf die Anzahl Arbeitsplätze, sich einmal Organigramme geben zu lassen mit dem momentanen Stand. Schlussbemerkung: Schiessen mehr, schaffen weniger, danke.

Pfiffner: Meine Fragen betreffen das WEF 2006 und hierzu die aktuellen und kurzfristigen Informationen, der von den Sicherheitsvorkehrungen und Ausschreitungen betroffenen Bevölkerung. Ende Januar, findet das WEF in Davos statt. Alle Jahre wieder wird die Bevölkerung von Landquart und Umgebung sowie das Prättigau, durch diesen Anlass in ihrem Alltag betroffen, durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, durch präventive Sicherheitsmassnahmen und durch befürchtete oder effektive Demonstrationen oder Ausschreitungen von WEF-Gegnern. Insbesondere am WEF-Wochenende sind die Auswirkungen für die Bevölkerung sehr stark, wobei die Betroffenheit massgebend vom Umstand verstärkt wird, dass man nicht weiss, was vorgeht, wie man sich zur Vermeidung von Schaden verhalten sollte etc. Nicht alle können, wollen und dürfen zur fraglichen Zeit das Gebiet verlassen.
Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen: Was ist vorgesehen, vor und während des WEF 2006, um das legitime Informationsbedürfnis der betroffenen Bevölkerung von Landquart und Umgebung, so wie des Prättigau zu befriedigen? Ist es für die Regierung vorstellbar, für aktuelle und kurzfristige Informationen, z.B. bei Stau auf der Prättigauerstrasse, bei Zugsverspätungen oder nicht planmässiger Abfahrt von Zügen von Landquart nach Davos oder umgekehrt, sowie bei Ausschreitungen die Möglichkeiten der neuen Kommunikationstechnologie anzuwenden? Z.B. durch Kurzmeldungen mittels SMS an Personen, die sich für diese anmelden.

Regierungsrat Trachsel: Seit dem WEF 2003 wird dem Informationsbedürfnis der einheimischen Bevölkerung, der Gäste, der Tagestouristen und der Medien grosse Beachtung geschenkt. Im Vorfeld der Veranstaltung werden insbesondere die Gemeindevorstände des Prättigaus, des Albulatals sowie Landquart und Chur von der Kantonspolizei und vom kantonalen Führungsstab über die zu erwartenden Sicherheitsvorkehrungen und die allenfalls dadurch verursachten Einschränkungen, für die Bevölkerung informiert. Am 11. Januar 2006 findet in Davos wie jedes Jahr eine öffentliche Bevölkerungsinformation durch den WEF-Ausschuss, die Landschaft Davos und das Forum statt. Im Weiteren werden die Tourismusverbände über Graubünden Ferien www.graubuenden.ch, mit den notwendigen Informationen zu den Reiserouten, den besten Anfahrtszeiten und allenfalls eingeschränkten Verkehrsachsen, informiert. Der WEF-Ausschuss unterhält zudem eine Homepage www.wef.gr.ch, auf der jeweils die aktuellsten Informationen nachgefragt werden können. Darauf abrufbar sind auch die häufig gestellten Fragen mit den Antworten, die jährlich vom Bund, vom Kanton und vom Forum auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sind. Die Kantonspolizei und der WEF-Ausschuss unterhalten spätestens eine Woche vor Beginn der Veranstaltung sogenannte Hotlines, über die Anfragen direkt beantwortet werden.
Das WEF 2005 ist ruhig und ohne nennenswerte Einschränkungen für die Bevölkerung verlaufen. Für die Veranstaltung im Jahre 2006 wird mit einem ähnlichen Verlauf gerechnet. Die SMS-Kurzmeldungen wurden bereits anlässlich des WEF 2005, allerdings an einen eingeschränkten Personenkreis, erfolgreich versandt. Damit die Kosten und der administrative Aufwand tief gehalten werden können, wird diese Technologie zurückhaltend eingesetzt. Demgegenüber informiert die Kantonspolizei über Radio, Verkehrsinformationen, Bahnhoflautsprecher, Internet, www.stauradio.ch, und Medienmitteilungen laufend über allfällige Ereignisse oder Einschränkungen. Der WEF-Ausschuss betreibt in Davos während der Veranstaltung ein eigenes Medienzentrum.

Hanimann: Ich habe eine Frage bezüglich des Turmbaus zu Davos. In Davos, auf der Schatzalp, soll ein von Privaten realisiertes innovatives und in Form eines Turms realisiertes Bauprojekt erstellt werden. Dazu wurde am 31. Oktober letzten Jahres eine Zonenplanänderung vor das Volk gebracht und von diesem angenommen. Damit wurde vor mehr als einem Jahr eine Hauptvoraussetzung zur Realisierung dieses in die Zukunft weisenden Baus geschaffen. Und trotzdem herrscht Stille und es kann nicht weiter gearbeitet werden am Projekt. Der Grund liegt in den Einsprachen, die nun seit längerer Zeit hängig sind, von Seiten des Kantons als noch nicht behandelt, in Pendenz liegen und damit das Projekt blockieren. Dazu stellen sich zwei Fragen: Warum dauert die Behandlung der Einsprachen so lange? Zweitens, wann kann mit einem Entscheid gerechnet werden?

Regierungsrat Trachsel: Ich kann Herrn Grossrat Hanimann die Antwort wie folgt geben: Für die Beurteilung der Verfahrensdauer in dieser Sache sind die folgenden drei Aspekte

von Belang: Die Ortsplangenehmigung und der Turm Schatzalp ist eingebettet in eine Ortsplanung, ist also nicht eine Teilrevision der Ortsplanung, sondern eine gesamte Ortsplanung. Wie Grossrat Hanimann gesagt hat, wurde sie Ende Dezember 2004 eingereicht. Sie umfasst aber nicht nur die Schutz- und Nutzungsplanung Schatzalp, bei der zwei Beschwerden eingegangen sind, sondern weitere Revisionspunkte, wie unter anderem Nutzungsplanung Schmelzboden und die Totalrevision der Gefahrenzonen mit drei zusätzlichen Beschwerden. Der Nutzungsplan Schatzalp ist relativ komplex. Es geht um einen 105 Meter hohen Turm, mit Zweitwohnungen in den Alpen. Oberhalb einer Siedlung. Das wirft natürlich schwierige Fragen auf und ist damit kein alltägliches Geschäft. Das haben Sie ja auch betont. Die Vorlage wurde zudem noch mit zwei schwierigen Beschwerden bekämpft, die zum ganzen Problembereich Infrastruktur, Verkehrskonzept im Bereich der Talstationen Fragen aufwerfen. Und damit natürlich ein viel grösseres Gebiet umfasst als nur die Frage, ob man einen 105 Meter hohen Turm in den Berg bauen kann. Und das macht die ganzen Beschwerdefälle kompliziert. Und auch der Schriftwechsel war dementsprechend. Kommt dazu, dass von einer Seite bereits angekündigt ist, dass wenn wir die Beschwerde ablehnen, dass er die Gerichte bemüht. Das ist auch bekannt. Das ist die Situation zum Spezialfall in Davos.
Dann haben wir im Moment eine sehr hohe Geschäftslast beim Amt für Raumplanung, die aussergewöhnlich ist. Wir haben natürlich, wie andere Amtsstellen auch, Personal abbauen müssen. Sie wissen ja, das Amt für Raumplanung ist im Grossen Rat kein Lieblingssamt und Stellenabbau in diesem Amt ist politisch zumindest beliebt, wirkt sich aber bei solchen Spitzen aus. Ich möchte Ihnen sagen, wieso kein Normalzustand vorliegt. Wir haben im Moment das Kantonale Raumplanungsgesetz umzusetzen, entsprechend auch die Raumplanungsverordnung gemacht und verabschiedet. Wir haben die Gemeinden zu beraten, wie sie das Recht, das neue Recht, vor allem den Teil, der direkt anwendbar ist, umzusetzen haben. Wir sind an der Mitarbeit mit der Bündner Vereinigung für Raumplanung am Musterbaugesetz und an entsprechenden Formularen, die den Gemeinden helfen, ihre Aufgabe besser abzuwickeln. Und wir sind daran, an einer Verfahrenskoordination innerhalb des Kantons, weil ja jetzt verbindlich Termine vorgegeben sind. Auch diese Aufgabe ist nicht ganz einfach. Zudem haben wir natürlich normale Ortsplanungsvorlagen in der gleichen Abteilung, eine war auch aus Davos, wo es darum ging, die Beschneiungsanlage in einer Nutzungsplanung beschleunigt zu behandeln. Das ist ja immer der Wunsch der an uns herankommt, wir sollen die Überholspur wählen. Wir können natürlich nicht für alle Projekte, vor allem nicht für alle Projekte einer Gemeinde, immer die Überholspur nehmen, weil sonst zu Recht die andern Gemeinden sich benachteiligt fühlen.
Ich kann Ihnen auch sagen, dass uns natürlich die Porta Alpina beschäftigt hat, Kollege Engler hat es ja gesagt, es ist sein Geschäft, aber als es darum ging, dem Bundesrat die nötigen Informationen über die räumliche Auswirkung zu liefern, war auch das Amt für Raumplanung kurzfristig gefordert und auch das Sägewerk, das gebe ich auch zu, hat natürlich Kapazitäten im Amt für Raumplanung gekostet. Wir haben letzten Montag die Ortsplanungen von Ilanz, Cazis, Safien und Splügen genehmigt. Sie sehen, wir sind am aufräumen und ich kann Ihnen sagen, dass wir davon ausgehen, dass bis Februar, März 2006 der Fall Schatzalp behandelt ist bei uns.

Hanimann: Ich bedanke mich für die Antwort und hoffe, die ausstehende Zeit kann genutzt werden, dass diese Einsprache dann endgültig erledigt würden und wir somit trotz alledem noch einen Vorsprung auf eine gewisse Zeittabelle vielleicht damit erreichen könnten.

Fleischhauer: In der Südostschweiz vom 30. September 2005 konnte man lesen: Tschiertschener Pilzsuppe bringt 16 Holländer ins Spital." Es war einer Reisegruppe aus Holland eine aus vermeintlichen Steinpilzen zubereitete Suppe serviert worden. Diese Hotelgäste wurden nach dem Genuss dieser Suppe von starkem Durchfall, Unwohlsein und Übelkeit befallen. Die Betroffenen wurden noch im Hotel von der Rettung Chur notfallmässig versorgt und anschliessend in die Notfallstation des Kantonspitals Chur gefahren. Wie die Kantonspolizei Graubünden in einer Medienmitteilung schreibt, haben sich nach Auskunft der behandelnden Ärzte jedoch keine Personen in Lebensgefahr befunden. Für unseren Tourismuskanton eine sehr schlechte Werbung.
Am 4. Oktober 2005 dann die Medienorientierung betreffend Vergiftung Tschiertschen vom Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit Graubünden. Darin heisst es wie folgt: „Über die Ursache der am Mittwochabend in Tschiertschen bei insgesamt 16 niederländischen Hotelgästen aufgetreten Erkrankung kann folgendes ausgesagt werden: Untersuchung: In der Nacht der Einlieferung der Patienten wurden im betroffenen Betrieb auch Reste der verzehrten Pilzsuppe, welche einheimische getrocknete Pilze enthielt, sichergestellt. Aufgrund der ersten Symptome der Patienten und der kurzen Latenzzeit der Erkrankung musste anfangs von einer schweren Pilzvergiftung ausgegangen werden. Die sichergestellte Suppe wurde daher bereits während der Einlieferung der Patienten von einer erfahrenen amtlichen Pilzkontrolleurin auf toxische Fremdpilze untersucht. Das Ergebnis: Es konnten keine toxischen Fremdpilze nachgewiesen werden. Die klinischen Befunde des Kantonsspitals weisen ebenfalls auf keine Pilztoxikation hin. Der Verlauf der Erkrankung deutet auf eine Lebensmittelvergiftung hin. In der Pilzsuppe wurden stark verschimmelte Pilze nachgewiesen. Festzuhalten ist, dass es sich aufgrund der vorliegenden Fakten nicht um eine Pilztoxikation handelt, sondern um eine Lebensmittelvergiftung.
Gemäss Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, Lebensmittelverordnung, Art. 1, obliegt der Vollzug der Lebensmittelkontrolle dem Kanton. Das Kantonale Laboratorium erhebt und untersucht Proben. Es nimmt die Kontrolle im Aussendienst durch die Lebensmittelinspektoren und die Lebensmittelkontrolleure wahr. Sie führen gemäss Art. 6 der Lebensmittelverordnung in den kontrollpflichtigen Betrieben die Lebensmittelkontrolle durch.
Dazu meine Fragen: Erstens: Gemäss Art. 6 der Vollziehungsverordnung müssen die kontrollpflichtigen Betriebe mindestens einmal pro Saison, Jahresbetriebe mindestens zweimal jährlich kontrolliert werden. Wird dieser Kontrollrhythmus in der Praxis eingehalten und welches sind gemäss Gesetz kontrollpflichtige Betriebe, beziehungsweise welche Betriebe sind nicht darunter zu subsumieren? Zweitens: Gibt es Betriebe, die durch die Lebensmittelkontrolleure besonders kontrolliert und im Auge behalten werden müssen? Werden Betriebe mit Beanstandungen häufiger kontrolliert als Betriebe, die bei früheren Kontrollen keine Beanstandungen aufwiesen? Drittens: Sind die Kontrollen in unserem Tourismuskanton aus Sicht der Regierung genügend wirk-

sam? Viertens: Ist auch nach Abschaffung der obligatorischen Wirteprüfung sichergestellt, dass z.B. Quereinsteiger genügend auf die Wichtigkeit der hygienischen Fallbehandlung sensibilisiert werden?

Regierungsrat Trachsel: Ich kann die Fragen von Grossrätin Fleischhauer wie folgt beantworten: Ich, die Regierung bedauert natürlich, dass Gäste, die zu uns in den Urlaub kommen, krank werden. Das sollte nicht passieren. Aber mit aller Kontrolle wird es uns nie gelingen zu verhindern, dass z.B. eben Pilze falsch gelagert werden. Das ist ja ein Lebensmittel, das sehr schnell verdirbt, wenn es falsch gelagert wird. Und so eng können wir die Kontrollen natürlich nicht machen, dass wir alle Betriebe so eng kontrollieren. Und ich möchte aber die Fragen von Frau Fleischhauer wie folgt beurteilen: Bei den kontrollpflichtigen Betrieben handelt es sich im Wesentlichen um alle Betriebe, welche Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände produzieren, lagern, verkaufen und bearbeiten. Darunter fallen z.B. Gastwirtschaftsbetriebe, Bäckereien, Kliniken, Spitäler, Lebensmittelgeschäfte, Molkereien, Käsereien, Alpen, Schlachtbetriebe, Metzgereien, Selbstkelterer, Trinkwasserversorgungen, Kioske und Selbstvermarkter. Mit den Kontrolltätigkeiten können die cirka 4000 Betriebe im Kanton Graubünden risikobasiert nach dem gemäss Art. 6 der Vollziehungsverordnung vorgeschriebenen Intervallen und bereits im Sinne der ab 1.1.2006 gültigen Gesetzgebung kontrolliert werden.
Zweitens: Zur Bewältigung der Vollzugsaufgaben werden die kontrollpflichtigen Betriebe im Rahmen einer Inspektion nach dem zu erwartenden Risiko (Gefahrenermittlung) eingeteilt und die Kontrollfrequenzen entsprechend differenziert festgelegt. Die Einteilung der Betriebe in vier Gefahrengruppen ermöglicht eine auf die Gesamtgefahr des Betriebes abgestimmte Kontrolltätigkeit. Diese risikobasierte Inspektionstätigkeit ist in Art. 53 der Verordnung über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände festgehalten. Kontrollen sind regelmässig, mit angemessener Häufigkeit durchzuführen. Sie erfolgen auf Risikobasis. Die Lebensmittelkontrolle ist keine integrale Kontrolle wie bei der Fleischschau, sondern eine Stichprobenkontrolle. Die Gefahreneinteilung ermöglicht der Lebensmittelkontrolle eine dem Betriebsrisiko angepasste Inspektionstätigkeit, welche im Kanton Graubünden eine hohe Lebensmittelsicherheit gewährleistet.
Quereinsteiger können auch ohne Vorkenntnis Gastwirtschaftsbetriebe übernehmen. Im Rahmen der Änderung des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt wurde im Differenzbereinigungsverfahren am 1. Dezember 2005 vom Nationalrat auch eine Änderung im Lebensmittelgesetz Art. 15 Abs. 4 beschlossen. Der Bundesrat kann neu für Personen, die Speisen und Getränke zum Konsum an Ort und Stelle abgeben, Mindestanforderung für die Ausbildung im Hygienebereich vorsehen. In dem Sinne ist sichergestellt, dass bei Bedarf entsprechende Sensibilisierungen durch Ausbildung im Hygienebereich erfolgen können. Wie der Bundesrat das im Detail machen wird und ob es dann auch für sogenannte Torkelbesuche gilt usw., werden wir sehen. Ich nehme aber an, wenn er das sehr detailliert macht, dass zumindest von der Gegenseite auch reagiert wird.

Fleischhauer: Ich bin mit der Antwort zufrieden und danke dem Regierungsrat.

Peyer: Ich stelle eine Frage betreffend der Abbaupläne bei SBB Cargo. Das SBB Cargo Management hat am 28. Oktober dieses Jahres angekündigt, gegen die Hälfte ihrer Cargo Bedienungspunkte schliessen zu wollen. Diese Pläne haben Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur, die Raumplanung, die Umwelt und vor allem auch für Industrie und Gewerbe. Ganze Regionen verlieren ohne Bahngüteranschluss auch Standortattraktivität und Arbeitsplätze. So hat beispielsweise die bernische Verkehrsdirektorin mitgeteilt, dass sie den angekündigten Abbau nicht zu akzeptieren bereit ist. Sie fordert die Prüfung von Alternativen und die Mitsprache der Kantone. Die Pläne der SBB Cargo widersprechen zudem vollständig dem in verschiedenen Abstimmungen betreffend Verkehrspolitik bestätigten Volkswillen, nämlich: Für Güter die Bahn.
Ich stelle deshalb vier Fragen. Erstens: Ist die Regierung der Auffassung, dass das Ziel, den Güterverkehr in grösstmöglichem Ausmass auf der Schiene zu befördern, nach wie vor Gültigkeit hat? Welche Auswirkungen haben die Abbaupläne von SBB Cargo auf den Wirtschaftsstandort Graubünden aktuell, und allenfalls in Zukunft, z.B. für ein Grosssägewerk in Domat/Ems? Welche Auswirkungen haben die Abbaupläne der SBB Cargo für den Güterverkehr der RhB? Ist die Regierung bereit, zusammen mit anderen Kantonen, gegen die Abbaupläne der SBB Cargo zu intervenieren?

Regierungsrat Engler: Die kritisierte Halbierung der Anschlusspunkte im Wagenladungsverkehr der SBB wird sich tatsächlich auf die Verkehrspolitik in diesem Land auswirken. Davon betroffen sind Bahnunternehmungen, davon betroffen ist das Personal dieser Unternehmungen, davon betroffen ist aber vor allem auch die verladende Wirtschaft, die darauf angewiesen war.
Die Regierung teilt die Ansicht, dass namentlich im Fernverkehr, also auf lange Distanzen, der Güterverkehr im höchst möglichem Umfang auf der Schiene befördert werden soll. Graubünden ist mit nur 19 Kilometer SBB-Strecke von den Abbauplänen von der SBB nur am Rande betroffen. Gemäss aktuellem Planungsstand der SBB sollen die normalspurigen Anschluss- und Bedienungspunkte in Graubünden, Landquart, Zizers, Untervaz, Felsberg und Ems, aufgrund der guten Wirtschaftlichkeit beibehalten werden. Als Folge davon sind, nach heutigem Wissensstand, für Graubünden und für die Rhätische Bahn im Moment keine nennenswerten Auswirkungen von diesen Abbauplänen zu erwarten. Im Rahmen der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs hat sich auch der Kanton Graubünden gegen den Rückzug aus der Flächenbedienung ausgesprochen, insbesondere wurde verlangt, dass die Kantone, dass die Wirtschaft, dass vor allem aber auch die Anschlussgleise-Besitzer in die Diskussionen um diese Abbaupläne miteinbezogen werden und Alternativen geprüft werden.

Jäger: Ich stelle eine Frage zur angekündigten Einstellung der Alpvieh-Transporte durch die Rhätische Bahn. Auf Nachfrage der Forst- und Alpverwaltung der Stadt Chur bestätigte die Rhätische Bahn mit Schreiben vom 9. November 2005, dass die Alpvieh-Transporte ab 2006 bei der Rhätischen Bahn eingestellt würden. Die aus diesem Entscheid resultierende Verlagerung der Viehtransporte von der Schiene auf die Strasse ist grundsätzlich negativ zu beurteilen. Vor allem die angekündigte Einstellung der Alpvieh-Transporte auf der Linie Chur – Arosa ist für mich kaum nachvollziehbar. Erst vor rund einem Jahr hat die RhB zur Verladung des Churer Viehs, welches seit Jahrzehnten per Bahn ins Schanfigg geführt wird, am Bahnhof Haldenstein eine neue Rampe gebaut. Erst vor einem Jahr. Dies war unter anderem auch

der gesamtschweizerischen, in allen Zügen aufliegenden Zeitschrift „Via“ unter dem Titel „Der Alpabzug von Arosa“ eine mehrseitige, in der ganzen Schweiz beachtete Bild- und Textreportage wert.
Seit Jahren werden von den Churer Landwirtschaftsbetrieben jährlich rund 500 Stück Vieh mit der Arosabahn auf die Alpen im Schanfigg transportiert. Die Transportkosten der Rhätischen Bahn dürfen dabei als moderat bezeichnet werden. Der Wegfall der umweltfreundlichen Transportmöglichkeit mit der Bahn, bedeutet für die Landwirtschaftsbetriebe nicht nur logistische Probleme und Mehrkosten. Der Strassentransport ist auch verkehrspolitisch, ich denke an die Sicherheit, an Bewilligungen usw., vor allem aber auch aus der Sicht der Tiere, die eindeutig schlechtere Lösung.
Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner folgenden drei Fragen: Erstens: Teilt die Regierung die Auffassung, dass die Aufgabe der Viehtransporte der Rhätischen Bahn grundsätzlich zu bedauern ist? Zweitens: Ist die Regierung bereit, bei der Rhätischen Bahn generell zu intervenieren oder zumindest für die Strecke Chur – Arosa eine Sonderlösung zu erreichen? Warum für die Strecke Chur – Arosa? Auf dieser Strecke ist kein Rückgang der Viehtransporte zu verzeichnen, im Gegensatz zu anderen Strecken. Wenigstens so lange sollte diese Sonderlösung doch möglich sein, als noch eine gewisse Anzahl Viehtransportwagen zur Verfügung stehen und auf einzelnen Strecken eben ein grösseres Bedürfnis noch vorhanden ist. Drittens: Was unternimmt die Fachstelle Öffentlicher Verkehr konkret in dieser Angelegenheit?

Regierungsrat Engler: Grossrat Jäger bedauert und kritisiert die Einstellung des Viehtransports durch die Rhätische Bahn, im Speziellen auf der Schanfigger-Linie. Die Regierung bedauert grundsätzlich, wenn Viehtransporte, die bisher auf der Schiene erfolgten, in Zukunft auf der Strasse erfolgen sollen. Die Regierung hat sich bei der RhB nach den Gründen dafür erkundigt, will aber nicht in das operative Geschäft der Rhätischen Bahn eingreifen. Nach der vorliegenden Information stimmt es nicht, dass die Rampe im Bahnhof Haldenstein wegen des Alpvieh-Transports umgebaut wurde. Richtig ist, dass im Zuge des Gesamtausbaus diese Rampe angepasst wurde. Der Grund für die Anpassungen ist mehr in der Automatisierung zu suchen. Für die Viehtransporte ganz speziell investierte man einen Betrag von rund 3000 Franken, die für das Verladen des Viehs dort notwendig waren. Es ist also nicht richtig, wenn gesagt wird, man hätte in Haldenstein wegen des Viehtransports eine Rampe umgebaut und sehr viel Geld in die Hände genommen.
Die Rhätische Bahn hat sich aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Viehtransport zurückgezogen. Seit dem Jahre 2000 hat sich der Alpvieh-Transport von 210 – das betrifft den ganzen Kanton – auf 94 Wagen, und damit um mehr als die Hälfte reduziert. Die Kostendeckung des Viehtransports auf der Schiene beträgt heute weniger als 50 Prozent und ist deshalb stark unwirtschaftlich, selbst wenn man die Fixkosten, die für das Vorhalten der 24 Schanfigger-Viehwagen notwendig würden, nicht miteinbeziehen. Eine massiv rückläufige Nachfrage, ersatzbedürftiges Rollmaterial und eine stark ungenügende Kostendeckung führen zur Einstellung des Viehtransportes durch die Rhätische Bahn.
Man könnte vom Kanton allenfalls verlangen, so wird bei Frage vier die Fachstelle für Öffentlichen Verkehr angesprochen, dass er im Rahmen seiner Bestellung, die Viehtransporte explizit bestellt und bereit ist, die Differenz zwischen den effektiven Kosten und dem Verkehrsertrag zu decken. Die vorhandenen Möglichkeiten, aber auch die Priorisierung der verfügbaren Mittel lassen diese Variante allerdings nicht zu. Die Priorisierung der Mittel bevorzugt den Personenverkehr vor dem Rindviehverkehr. Der Rindviehverkehr kann wohl nicht als Service public verstanden werden, für den die öffentlich Hand im Rahmen des Bestellverfahrens Defizite zu tragen hätte. Eine Alternative allerdings, und damit möchte ich eine kleine Türe öffnen, eine Alternative, die auch von der Rhätischen Bahn als prüfens- und verfolgenswert erachtet wird, wäre die Umrüstung bestehender Wechselbehälter für Viehtransporte. Diese Wechselbehälter würden dann auf Tragwagen gehievt. Das allerdings setzt das Kundeninteresse voraus und ein Gespräch zwischen den Kunden und der Unternehmung, in wie weit die Kunden bereit wären, sich an dieser Umrüstung von Wechselbehältern zu beteiligen. Es sind also ausschliesslich wirtschaftliche Gründe, die bedauerlicherweise dazu führen, dass dieses unrentable Geschäft, nicht mehr weitergeführt werden kann. Es sei denn, die Kunden interessieren sich und beteiligen sich beispielsweise an der Umrüstung bestehender Wechselbehälter.

Standespräsident Geisseler: Somit haben wir die Fragestunde erledigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zu machen zu der Fragestunde. Gemäss unserer Geschäftsordnung, Art. 85 Abs. 2, sind Fragen an die Regierung spätestens eine Woche vor dem Sessionsbeginn dem Ratssekretariat schriftlich einzureichen. Wir mussten feststellen, dass diese Fragen relativ kurzfristig eingetroffen sind. Die Präsidentenkonferenz hat wieder einmal eine Spielregel festlegen müssen: Spätestens Montag, 24.00 Uhr oder Mittwoch, 24.00 Uhr, wenn die Session am Mittwoch beginnt, also eine Woche vorher, Montag, 24.00 Uhr, respektive Mittwoch, 24.00 Uhr, muss die Frage beim Sekretariat eingetroffen sein. Wie Sie die Frage zukommen lassen, ist egal, ob Post, ob Mail oder Meldeläufer. Mittwoch vor Sessionsbeginn oder Montag vor Sessionsbeginn 24.00 Uhr.

Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung (B 12/ 2005-2006, S. 993)

Detailberatung (Fortsetzung)

Art.59 Abs. 3
Antrag Kommission und Regierung
Erster Satz wie folgt ändern:
Anstelle der Regionalversammlung kann ein in freier Wahl aus allen stimmberechtigten Verbandseinwohnern gebildetes Regionalparlament treten.

Regierungsrat Trachsel: Beim Art. 59 hat gestern Abend Grossrat Lemm die Frage gestellt, ob wir beim Stimm- und Wahlrecht nicht Präzisierungen vornehmen müssen. In diesem Artikel 59, Abs. 1, lit. a sowie in Abs. 4 steht im gleichen Artikel, dass die stimmberechtigten Verbandseinwohner zuständig sind. In Abs. 3 steht nur „Regionseinwohner“. Das war der Grund, wieso Grossrat Lemm interveniert hat. Wie ist nun dieser Abs. 3 zu interpretieren. Sind damit allenfalls die stimmberechtigten Verbandseinwohner gemeint? Besteht ein qualitativer Unterschied zwischen stimmberech-

tigten Verbandseinwohnern und Regionseinwohnern? Die Antwort wurde im Rechtsdienst abgeklärt. Die kommen zu folgendem Schluss: Es besteht kein Unterschied. Die beiden Abs. 2 und 3 regeln die zwei unterschiedlichen Formen einer Regionalversammlung. Abs. 2, Gemeindepräsidenten beziehungsweise Gemeindevorstandsmitglieder nehmen zwingend Einsitz in die Regionalversammlung, Abs. 3, im Regionalparlament können alle Regionseinwohner Einsitz nehmen. Es versteht sich von selbst, dass mit dem Begriff Regionseinwohner die stimmberechtigten Verbandseinwohner gemeint sind. Damit diesbezüglich Klarheit herrscht, soll der Begriff Regionseinwohner durch den Begriff stimmberechtigte Verbandseinwohner ersetzt werden. Es stellt sich nun die Frage, wer die stimmberechtigten Verbandseinwohner sind. Wir sind folgender Meinung: Es ist die Summe der Stimmberechtigten in Kommunalangelegenheiten oder die Stimmberechtigten in Kantons-, Bezirks- und Kreisangelegenheiten. Das könnte man sich noch fragen. Wir sind der Meinung in der Regierung, die Regionalverbände sind Gemeindeorganisationen. Es wurde ja schon gestern mehrmals diskutiert, dass die Antwort wie folgt lautet: Stimmberechtigt sind die Wahlberechtigten nach den Regeln der einzelnen Mitgliedsgemeinden. Oder ein bisschen ausgedeutscht: Wenn in einem Regionalverband eine Gemeinde den Ausländern das Stimm- und Wahlrecht gibt, dann sind diese Ausländer dieser Gemeinde eben auch wahlberechtigt bei den Regionalverbänden. Eben in dem Sinne, dass die Regionalverbände ja primär Gemeindeaufgaben wahrnehmen. Das ist unsere Auslegung. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, auf Seite 1092, Absatz 3, den Begriff Regionseinwohner durch stimmberechtigte Verbandseinwohner zu ändern.

Standespräsident Geisseler: Das ist der Vorschlag der Regierung. Ich frage den Kommissionspräsidenten an, ob er damit einverstanden ist.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich habe diesen Vorschlag, der gemacht wurde vom Gemeindeinspektorat und vom Rechtsdienst des DIV auch gerade auf den Tisch bekommen und ich kann mich damit einverstanden erklären. Das schafft in dem Sinne Klarheit. Auch die Erklärung, die Regierungsrat Trachsel jetzt zu den stimmberechtigten Gemeindeeinwohnern abgegeben hat.

Lemm: Ich danke Regierungsrat Trachsel für diese Präzisierung und ich meine, dass man mit dieser Formulierung doch mehr Klarheit geschaffen hat. Persönlich, und das möchte ich hier auch zu Protokoll geben, bin ich mit der Lösung natürlich nicht unbedingt zufrieden. Sie wissen noch aus der Verhandlung damals über die Kantonsverfassung, ich habe damals den Antrag gestellt, den Gemeinden das Geschenk, selber entscheiden zu dürfen, ob sie das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer einführen wollen, nicht zu geben. Ich habe damals die Meinung vertreten, dass die Gemeinden dieses Recht gar nicht wollen und das sei nichts anderes, als den Gemeinden den Schwarzen Peter zugespielt. Heute stelle ich fest, wenn ich aus der Presse lese, wie die Verhandlungen in einzelnen Gemeinden geführt werden, dass ich Recht hatte. Denn die Gemeinden tun sich grösstenteils schwer mit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer. Es sind nur ganz wenige im Kanton Graubünden, die bis heute von diesem Recht Gebrauch gemacht haben. Man könnte fast meinen, dass mit dieser Lösung hier jetzt ein gewisser Anreiz geschaffen werden sollte, dass die Gemeinden eben dann tatsächlich dazu übergehen, damit sie auch in Verbandsangelegenheiten mehr Stimmkraft haben. Das meine ich damit. Hier stellt sich für mich einfach die Frage, wollen wir den Stimmberechtigten auf Gemeindeebene dieses Recht einräumen oder wollen wir es den Stimmberechtigten auf Kantonsebene einräumen. Und jetzt können Sie sich selber ausmalen, was das für ein Bild gibt. Stellen Sie sich vor, die Stadt Chur würde das Stimm- und Wahlrecht jetzt für Ausländer einführen. D.h. in Verbandsangelegenheiten könnten Churer, ich sage jetzt Ausländer und nicht Schweizer Bürger, dürften mitstimmen und auch selbst gewählt werden. In Zizers nicht. Also, wenn Sie dort in der Praxis sich überlegen, was das für Auswirkungen hat, dann spreche ich jetzt die Gemeindevertreter, insbesondere die Gemeindepräsidenten an und frage: Ist das das, was Sie wollen? Also, das gibt eine ungleiche Situation, verfälscht das Bild. In unserer Region, z.B. im Oberengadin, wenn St. Moritz das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer einführt, dann haben diese Ausländer, es sind mehr als die Einwohner von Madulain oder von Sils z.B., wollen Sie das? Also, ich habe meine Mühe. Ich habe damals den Antrag gestellt, bei der Verfassung. Vielleicht stellt heute ein Anderer diesen Antrag. Ich bin nach wie vor gleicher Meinung, es wäre nicht notwendig gewesen. Wir haben dort ganz andere Instrumente und Möglichkeiten, diesen Leuten das Stimm- und Wahlrecht zu geben. Sie können sich heute erleichtert einbürgern lassen. Ich habe, wie gesagt, meine Mühe mit diesem Absatz. Wenn es Ihrem Willen entspricht, dann ist diese Präzisierung richtig und notwendig gewesen.

Jäger: Zunächst möchte ich Grossrat Lemm danken, dass er mit seiner gestrigen Intervention nun zur Klarheit mitgeholfen hat. Es ist gut, dass wir diese Frage über Nacht klären konnten und ich danke der Regierung und dem Department Trachsel für die gute Lösung, die wir heute erhalten.
Zum Zweiten: Grossrat Lemm hat Mühe, seine Niederlage von damals noch zu verarbeiten. Ich stelle einfach fest, dass es vorerst gar nicht unbedingt die grossen Gemeinden, die Städte sind, die das Ausländerstimm- und –wahlrecht eingeführt haben, sondern es kleine Gemeinden. Z.B. die Gemeinde des ehemaligen Standespräsidenten Gieri Luzi. Er hat das in seiner Gemeinde in vorbildlicher Weise eingeführt. Ich stelle als Zweites fest, dass man eben Zeit braucht. Grossrat Lemm hat darauf hingewiesen, dass es noch wenige Gemeinden sind. Es ist immerhin – möchte ich feststellen – die Bündner Gemeinden sind in diesem Bereich schneller, als damals, als es darum ging, das Frauenstimmrecht einzuführen. In diesem Bereich sind die Bündner Gemeinden schneller.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, also ich habe das befürchtet, dass Grossrat Lemm nochmals diese Diskussion heraufbeschwören will. Aber es wäre aber natürlich auch unlogisch, wenn man nicht nach Gemeindeangelegenheiten wählen würde. Es wäre ja unlogisch, wenn z.B. irgendjemand in einem Gemeindevorstand sitzen könnte, aber im Regionalparlament nicht. Das wäre der Fall, wenn man die Lösung, die jetzt Grossrat Lemm anstrebt, wenn man diese finden würde. Ich schlage Ihnen deshalb vor, dass man dies so auslegt, wie das die Regierung gemacht hat. Dass man also Art. 4 des Gesetzes über die politischen Rechte heranzieht und dort die stimmberechtigten Verbandsgemeinden nach Gemeindeangelegenheiten wählt.

Standespräsident Geisseler: Weitere Wortmeldungen? Dann stelle ich fest, dass die Regierung in Abs. 3 das Wort „Regi-

onaleinwohner“ ändern will mit „stimmberechtigten Verbandseinwohner“. Dass die KWAS nichts dagegen hat und auch der Grosse Rat sich diesbezüglich nicht dagegen gewehrt hat. Wir haben das dementsprechend so festgelegt.

Angenommen

Art. 60
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 60bis (neu)
Antrag Keller
Neuer Art. 60bis einfügen
Der Kanton fördert die Entwicklung der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit mit Förderbeiträgen. Art und Umfang werden in einer grossrätlichen Verordnung geregelt.

Keller: Ich erlaube mir hiermit die Einführung eines neuen Art. 60bis mit der Marginale „Förderung durch den Kanton“ vorzuschlagen. Diesen Artikel hatte die Strategiekommission in ihrem Mitbericht der KWAS aufgeführt. Die KWAS hat ihm aber nicht zugestimmt und in ihren Vorschlägen an den Grossen Rat nicht integriert. Der Artikeltext lautet wie folgt: „Förderung durch den Kanton. Der Kanton fördert die Entwicklung der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit mit Förderbeiträgen. Art und Umfang werden in einer grossrätlichen Verordnung geregelt.“
Im Grunde genommen geht es dabei um die Diskussion über die Finanzierung der Regionenprojekte ausserhalb der Wirtschaftsförderung. Aus dem durch das Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden herausgegebenen Bericht über die regionale Wirtschaftsentwicklung, in Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen, ergeben sich die folgenden Aufgabenkategorien der Regionen: Erstens: Regionale Entwicklung. Zweitens: Vom Kanton delegierte Aufgaben. Drittens: Weitere delegierte beziehungsweise übertragene Aufgaben. Ich zitiere aus diesem Bericht: „Um die Mittel der Wirtschaftsförderung zweckentsprechend einzusetzen, drängt sich ein eigentlicher Systemwechsel auf. Die Basis- und Sekretariatsbeiträge zugunsten der allgemeinen Verwaltungsführung sind zu reduzieren und vermehrt und gezielt für den Aufbau des Bereiches regionaler Entwicklung bei allen Regionalorganisationen vorzusehen. Überdies sind entsprechende Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung nicht ausschliesslich für die IH-Regionen und potenzial-arme Räume einzusetzen und vorzusehen, sondern vermehrt auch für die Erhaltung der wirtschaftsstarken Regionen des Kantons. Damit die Regionalorganisationen in jeder Hinsicht und insbesondere auch für den Kanton zu funktionierenden und verlässlichen Partner werden oder es bleiben, sind aufgrund der Verfassungsaufträge von Art. 64 und 82, Abs. 4 Kantonsverfassung auch im weiteren Tätigkeitsbereich der Regionalorganisationen bereitzustellen. Entsprechendes Handeln und die Einhaltung der Verfassungsaufträge sind daher notwendig.“
Heute werden die Regionen zum Teil durch die Gemeinden und zum Teil aufgrund der Gesetze über Investitionshilfe für Berggebiete, IHG, zur Verfügung gestellte Bundes- und kantonale Beträge finanziert. Die eidgenössischen Beiträge werden nur noch zwei Jahre lang zur Verfügung stehen. Dann werden sie eingestellt. Es besteht somit die Gefahr, dass die Regionen nicht mehr über die finanziellen Mittel zur Vorbereitung institutioneller und politischer Reorganisationsprojekte verfügen und sich nur bestehenden, bereits ausgearbeiteten Projekten widmen können, für welches sie Beiträge im Rahmen der Leistungsaufträge erhalten können. Man darf aber dabei nicht vergessen, dass ein Projekt erst unterstützt wird, nachdem es ausgearbeitet und hinsichtlich politischer, beziehungsweise wirtschaftlicher Machbarkeit sowie Finanzierung und Erfolg vor- und überprüft worden sind. Die Gemeinden sind bestimmt gehalten, die eigenen Regionen finanziell zu unterstützen. Doch ist dabei auch von der kantonalen Wirtschaft und von Projekten kantonaler oder nationaler Bedeutung die Rede. Daher ist neben der kommunalen Finanzierung auch eine Finanzierung durch den Kanton unabdingbar. Nur so wird es den Regionen möglich sein, im Rahmen von Projekten überkommunalen Interesses, ihre institutionelle Aufgabe zu erfüllen. Aus diesen Gründen ersuche ich Sie, den Vorschlag zur Einführung eines neuen Artikels 60bis zu unterstützen.

Loepfe: Strategiekommissionsmitglied Fabrizio Keller hat Ihnen den Antrag so gestellt, wie er im Mitberichtsverfahren von der Strategiekommission eingebracht wurde. Ich möchte nun das Anliegen in zwei Teile trennen.
Zum Ersten müssen wir uns nämlich fragen, ob die Förderung der Entwicklung von Regionalorganisation berechtigt ist. Falls dies vom Rat zu bejahen wäre, kommen wir zum zweiten Teil des Antrags mit der Frage, ob das Gemeindegesetz dazu das richtige Gefäss ist. Ich möchte mich nun mit dem ersten Teil zuerst befassen, nämlich mit der Berechtigung des Anliegens. Zu dieser Frage haben wir in der Junisession bei der Beratung des Landesberichts bereits diskutiert. Damals waren wir uns, d.h. die Regierung und die Strategiekommission, insofern einig, als das die Frage, ob die Entwicklung von Regionalorganisationen kantonal gefördert werden kann und soll, auf diese Dezembersession zu verschieben sei. Ich möchte Sie nun an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass es einer weiteren Intervention der Strategiekommission bedurfte, um diese Frage tatsächlich hier in den Rat hineinzubringen. Dass die Regierung Gemeindefusionen gegenüber der Regionalentwicklung grundsätzlich priorisiert, ist bereits damals klar geworden. Die Mehrheit der Strategiekommission hatte bereits damals die grundsätzliche Priorisierung der Regierung gestützt, aber auch darauf aufmerksam gemacht, dass die Regionalentwicklung parallel dazu angegangen werden müsse und der Kanton bei der Umsetzung des Verfassungsauftrags sehr wohl eine Führungsrolle einnehmen könne. Es sind nämlich nicht alle Regionen bereits so gut organisiert wie die Surselva, oder haben dazu kaum Bedürfnisse, wie das Rheintal oder das Oberengadin. Die restlichen Regionen haben teilweise keine Ressourcen, teilweise keine Zielrichtung, wie sie den Verfassungsauftrag umsetzen können. Und hier, meine ich, hat der Kanton einen Führungsauftrag, so wie er sich den Führungsauftrag bei den Gemeindezusammenschlüssen gegeben hat. Führen lässt sich am besten mit zielgerichteter Förderung. Und Förderung geht am besten mit Geld. Regierungsrat Trachsel, das haben Sie selbst vorgestern in der Puls-Veranstaltung gesagt und Sie haben es gestern in der Ratsdebatte zu den Anreizen bei Gemeindefusionen gesagt. Bereits in der Junisession und hier in der Eintretensdebatte ist der Vorwurf aufgekommen, die Regionalorganisationen wollen sich weiterhin Stellenprozente der Regionalsekretäre

vom Kanton bezahlen lassen. Die Strategiekommission ist nun klar der Auffassung, dass wir keinen Strukturerhalt finanzieren sollten. Sie lehnt also die Finanzierung bestehender administrativer Strukturen von Regionalverbänden klar ab. Dafür müssen die Regionalgemeinden selbst aufkommen. Die Mehrheit der Strategiekommission ist aber der Auffassung, dass die Entwicklung der Regionalorganisationen unterstützt werden können muss. Das sind Projekte mit planbarem Anfang und Ende. Und mit einem definierten Anfangs- und einem definierten Endzustand. So ist beispielsweise die Überführung von Zweckverbänden in die Regionalorganisationen anzustreben, um dem Demokratisierungsgedanken der Verfassung Rechnung zu tragen, Synergien wahrzunehmen und die Effizienz zu steigern. Es ist allerdings keine Wirtschaftsentwicklung im engeren Sinne. Dort, wo das aufgrund von Ressourcenmangel nicht möglich, aber sinnvoll und gewünscht wird, muss der Kanton mit Fördermittel einspringen können. Wenn wir dies nun also als wünschbar erachten und dem Kanton dabei eine Führungsrolle zugestehen wollen, dann müssen wir die Berechtigung des Antrags bejahen.
Dies lässt mich nun zum zweiten Teil des Anliegens kommen. Gesetzten Falles, der Grosse Rat bejaht die Entwicklungsförderung von Regionalorganisationen, fragt sich mit welchen gesetzlichen Mitteln die Förderung erfolgen kann und aus welchem Budget die Fördermittel stammen. Da es sich beim genannten Beispiel der Zusammenführung von Zweckverbänden mit Regionalorganisationen um Service Public und weniger um Wirtschaftsentwicklung geht, ist nicht klar. Ob wir heute die rechtlichen Voraussetzungen haben, Fördermittel einzusetzen. Daher der Antrag hier im Gemeindegesetz. Mir persönlich ist absolut egal, woher die Fördermittel stammen. Ob über eine gesetzliche Regelung im Gemeindegesetz, also Art. 60bis oder im Wirtschaftsentwicklungsgesetz Art. 17. Sollte nun in der Debatte glaubhaft gemacht werden können und als Protokollerklärung vorhanden sein, dass wir mit den bestehenden gesetzlichen Instrumenten die Entwicklung von Regionalorganisationen fördern können, könnte der Antrag somit meines Erachtens zurückgezogen werden. Andernfalls ist auf dem Antrag zu bestehen.

Brüesch: Grossratskollege Keller greift mit seinem Antrag, Sie haben es gehört, jenen der Strategiekommission an die KWAS im Mitberichtsverfahren auf. Dies ist sowohl von der Sache her als auch juristisch konsequent und richtig. Grundsätzlich ist eine explizite und separate gesetzliche Grundlage für die interkommunale und insbesondere regionale Zusammenarbeit, insbesondere deren Förderung gänzlich unabdingbar. Dies war seinerzeit auch die Meinung des Verfassungsgebers. Ich möchte aber nicht eine detaillierte verfassungsrechtliche Auslegungsdiskussion provozieren, aber dennoch anmerken, dass man natürlich nicht sagen kann, wir fördern im Gemeindegesetz nur den Zusammenschluss von Gemeinden, nicht aber die interkommunale Zusammenarbeit, nachdem in Art. 64 der Kantonsverfassung gleichwertig in demselben Satz die Förderung sowohl der Gemeindezusammenschlüsse als auch der interkommunalen Zusammenarbeit gefordert wird. Und noch weniger kann man natürlich sagen, gemäss Art. 93 des Entwurfes zum Gemeindegesetz fördern wir mit namhaften finanziellen Mitteln von mindestens drei Millionen Franken pro Jahr, den Zusammenschluss von Gemeinden, bei der interkommunalen Zusammenarbeit aber soll dieselbe Förderungsbestimmung von Art. 64 der Verfassung nicht etwa schnöden Mammon und damit eine finanzielle Förderung beinhalten, sondern vielleicht höchstens ein paar gute Gedanken an die Regionalverbände. Oder vielleicht noch einige schöne Worte. Im ganzen Kontext der Vorlage geht es schon von der Logik nicht auf, da braucht es auch keine juristischen Kunstgriffe und Auslegungsakrobatik.
Nun, ich habe schon beim Eintreten gesagt, ausschlaggebend – und da möchte ich auch das Votum von Grossratskollegen Loepfe aufgreifen – ausschlaggebend ist letztlich nicht die Art und der Ort der gesetzlichen Grundlage. Wesentlich ist aufgrund der heutigen wirtschaftlichen Situation in einzelnen Regionen, dass kantonale Mittel für die Innovation und Wertschöpfung in den einzelnen Regionen bereitgestellt werden. Letztlich nützt ja die schönste gesetzliche Grundlage nichts, wenn dieser Wille, tatsächlich Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht vorhanden ist. Und diese Mittel, welche Anreize und Unterstützung für die Regionen, welche sich bewegen, mit Betonung auf bewegen, bilden sollen, sind gänzlich unabdingbar, wenn die Regierung ihre Verantwortung für die wirtschaftliche Situation und die Entwicklung diverser Talschaften und Randgebiete unseres Kantons wahrnehmen will. Wir wissen es zur Genüge, Graubünden hat verloren in den letzten Jahren. Die Beschäftigten und Geburtenzahlen in diversen Regionen sind stark rückläufig. Dies entspricht auch nicht einer konjunkturellen Schwankung, sondern es ist eine anhaltende Entwicklung im ländlichen Raum. Die Konzentration auf Zentren und entsprechend eine schlagkräftige Wirtschaftsentwicklung insbesondere auch in den Talschaften und Regionen ist zwar nicht ein Allheilmittel, aber der tauglichste Versuch nicht nur zu retten, was zu retten ist, sondern eine wirtschaftliche Entwicklung systematisch an die Hand zu nehmen und voran zu treiben.
Regierungsrat Trachsel, Sie haben mit der beabsichtigten Bereinigung der Tourismusstrukturen bewiesen, dass Strukturbereinigungen im wirtschaftlichen Bereich nötig und sinnvoll sind und etwas bringen können, sonst würden Sie es auch nicht propagieren. Wir haben es vorgestern im Titthof gehört. Man kann den Strukturwandel nur bedingt sich selbst überlassen. Strukturvorgaben und Zeitlimiten sind bisweilen unumgänglich. Und dies haben wir in der Kantonsverfassung bei den Regionalverbänden getan. Wir haben dort und in den vorliegenden Bestimmungen gesagt, wie sich die Regionalverbände zu organisieren haben und bis wann dies zu tun ist. Und Sie, respektive wir, haben nun die Chance, mit finanziellen Anreizen den Akteuren in den Regionen, welche Initiativen ergreifen und Projekte entwickeln, den Rücken zu stärken. Und nicht etwa in überholte Verwaltungsstrukturen zu investieren, sondern eben wirtschaftsfördernde Massnahmen zu ergreifen und diese entsprechend zu unterstützen. Das Land Tirol hat nicht unbedingt grössere Gemeinden, aber insbesondere seit Jahrzehnten eine erfolgreiche Regionalpolitik betrieben und für die regionale Wirtschaftsentwicklung Regionalmanager eingesetzt. Wir können den Begriff des Regionalmanagers ablehnen oder vielleicht auch belächeln oder was auch immer. Tatsache bleibt aber, wenn wir nicht Gegensteuer geben, wird die heute wirtschaftliche Entwicklung auf internationaler und nationaler Ebene entsprechende Randgebiete unseres Kantons gnadenlos überrollen. Und ich denke nicht, dass man bei dieser Entwicklung einfach sagen kann, ja, das mit den Regionen und den Regionalverbänden, das ist ausschliesslich Sache der Gemeinden. Das sollen sie selbst erledigen und sie sollen die Mittel entsprechend allein aufbringen. Wenn sich vor allem auch ein expliziter Förderauftrag aus der Kantonsverfassung und dem Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung ergibt. Wir müssen auch sehen, dass die Sekretariatsbeiträge des Bundes

unter dem Titel Investitionshilfe-Gesetzgebung ab 2008 wegfallen. Bereits diese halbe Million Franken, welche dann wegfallen wird, wird seitens der Gemeinde finanziert werden müssen. Umso mehr sind daher kantonale Mittel nötig. Nicht für die Verwaltung, nicht für die ganze Administration aber um die regionale Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln.
Bevor ich mich bezüglich Antrag Keller entscheide, würde ich daher gerne die Auffassung der Regierung hören, ob sie auch einen Handlungsbedarf bezüglich Regionalentwicklung sieht, ob sie das Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung, wie darin vorgesehen, im regionalen Kontext und im Sinne eines Netzwerkes Kanton - Regionen anzuwenden gedenkt, dass sie hierfür auch namhafte Mittel einzusetzen, bereitzustellen gedenkt und insbesondere auch entsprechende Budgetpositionen vorschlagen wird. Und dass eben diese Mittel dann entsprechend auch für die Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung eingesetzt werden sollen. Ohne den Sinn und die administrative Wirksamkeit von Gemeindefusionen in Frage stellen zu wollen, vertrete ich die Auffassung, dass Gemeindefusionen in wirtschaftlicher Hinsicht, mindestens kurz- bis mittelfristig, rein gar nichts bringen. Schon gar nicht punktuelle Fusionen von kleinen und Kleinstgemeinden. Wenn man bedenkt, dass hierfür jedes Jahr drei Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden sollen, erscheint ein Betrag für die Regionalentwicklung, für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Regionen von mindestens einer Million Franken pro Jahr als nicht übertrieben. Damit kann auch tatsächlich regionale Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit der kantonalen Wirtschaftsförderung betrieben werden, was dringend nötig ist. Und man muss sich bei diesen Beträgen ja auch vor Augen führen, dass diese Mittel in Form von Wertschöpfung, Arbeitsplätzen usw. mehrfach zurückkommen werden. Zwar nicht direkt zur zahlenden Stelle, aber in die Regionen und Talschaften und der Kanton ist ja letztlich die Summe, nichts anderes als die Summe der Regionen. Und selbstverständlich kann man für die effiziente Verwendung dieser Mittel auch entsprechende Bedingungen und Kriterien in Richtlinien und dergleichen verankern, und man kann selbstverständlich auch ein entsprechendes Controlling einführen, damit auch die Gewissheit und die Gewähr besteht, dass diese Mittel auch wirklich und tatsächlich im Sinne der Wirtschaftsförderung eingesetzt werden. Aber eine entsprechende Hilfe zur Selbsthilfe und eine minimale Führungsrolle des Kantons ist unabdingbar.

Regierungsrat Trachsel: Ja, ich habe mich gestern beim Eintreten zur Auslegung vom Art. 17 Wirtschaftsentwicklungsgesetz geäussert. Ich sehe keinen Bedarf, meinerseits, hier noch eine Präzisierung zum Wirtschaftsentwicklungsgesetz nachzugeben. Wir diskutieren hier auch nicht über das Wirtschaftsentwicklungsgesetz, wir diskutieren über das Gemeindegesetz und man könnte auch salopp sagen, es ist ja für uns nicht unangenehm, wenn Sie hier, wenn Sie schon unbedingt Gemeindesekretariatsbeiträge sprechen wollen, wenn Sie das über den Finanzausgleichsfonds machen wollen, weil dann die Gemeinden, vor allem auch die starken Gemeinden, zumindest 50 Prozent mitfinanzieren. Einfach so als Nebenbemerkung. Es wäre ja für die Regierung angenehmer, wenn Sie das unbedingt wollen, wenn dann auch die Gemeinden bereit sind, hier wesentlich mitzufinanzieren. Wo ich gleicher Meinung bin mit Grossrat Loepfe, es entspricht absolut meiner Meinung, wir sind nicht mehr bereit, Strukturen zu erhalten und mitzufinanzieren. Und da sehe ich ein Gegensatz zu Grossrat Brüesch, trotzdem Sie in der gleichen Kommission sitzen. Er spricht vom Ersatz von Sekretariatsbeiträgen und dann auf der anderen Seite von Managementaufgaben. Managementaufgaben im Sinn des Wirtschaftsentwicklungsgesetz, hab ich gesagt, wie die aufzulösen sind. Wir haben das auszuhandeln, in welcher Grössenordnung, was namhaft ist, ist möglicherweise auch noch eine Differenz. Aber die müssen wir im Detail ausdiskutieren. Was ich sicherlich sagen kann, die Regierung hat sich wiederholte Male hier in diesem Saal zu dieser Frage geäussert. Die Gelegenheit darüber zu diskutieren war da, Sie kennen die Meinung. Wir sind der Meinung, dass primär für die Organisation, die Struktur der Regionalverbände die Gemeinden zuständig sind, dass wir im Rahmen von Projekten, eben vor allem zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit mitfinanzieren können. Diese Antwort haben wir Ihnen gegeben in der Aprilsession bei der Beantwortung der Frage von Grossrat Heinz. Diese Frage haben Sie so beantwortet, bei der Struktur- und Leistungsüberprüfung, Sanierung des Haushalts, weil Sie die Beiträge an die Regionalsekretariate gekürzt haben. Wir haben dort eine ausgiebige Diskussion geführt. Diese Diskussion haben wir geführt beim Wirtschaftsentwicklungsgesetz. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen dann noch einiges daraus zitieren. Diese Diskussion haben wir geführt beim Regierungsprogramm 2005/2008. Und diese Diskussion haben wir das letzte Mal geführt beim Landesbericht 2004, da hat vor allem auch die STRAK über Grossrat Loepfe, den Präsidenten, sich dazu geäussert, im ähnlichen Sinn wie heute. Grossrat Feltscher hat eine andere Meinung vertreten, Regierungspräsidentin Widmer hat die Haltung der Regierung aufgezeigt, und ich habe dies damals ergänzt. Also, es ist nicht so, dass wir jetzt das erste Mal Gelegenheit hätten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Sie müssen sich einfach im Klaren sein, alles wird abgeleitet auf Art. 64 der Kantonsverfassung, da steht drin: „Der Kanton fördert die interkommunale Zusammenarbeit und den Zusammenschluss von Gemeinden um die zweckmässige und wirtschaftliche Erfüllung ihrer Aufgaben sicher zu stellen.“ Für die Gemeindezusammenschlüsse ist klar das Gemeindegesetz die einzige, ich betone, die einzige rechtliche Grundlage. Bei der interkommunalen Zusammenarbeit haben Sie in der Sektoralpolitik viele gesetzliche Grundlagen. Also, wenn sich die Kehrichtverbände zusammenschliessen wollen, haben die überhaupt kein Problem, das zu finanzieren, weil ich kenne keinen Kehrichtverband in unserem Kanton, der Defizit macht. Weil die ja über Gebühren alles abwälzen können. Wenn Sie im Schulbereich Verbände zusammenschliessen, ist das EKUD zuständig, wenn Sie Musikverbände zusammenschliessen, ist das Kulturförderungsgesetz zuständig und wenn Sie in der Spitex zusammen schliessen, ist das Gesundheitsgesetz zuständig. Also, wenn Sie dann die Regionalverbände nehmen, haben Sie verschiedene gesetzliche Grundlagen und es wäre dann noch zu prüfen, habe ich nicht gemacht, ob die Beiträge wirklich so vernachlässigbar klein sind, wie diese, all diese Gemeindeverbindungen, auch aus der kantonalen Schatulle erhalten. Im Wald, bei der Feuerwehr usw., ich könnte Ihnen andere Beispiele aufzählen. Da müssen Sie dann schon auch einmal diese Beträge zusammen zählen und ich würde sagen, Sie würden vielleicht noch zur Erkenntnis kommen, dass die allein schon namhaft sind. Das ist für uns die Ausgangslage. Darum sind wir der Meinung, dass in diesem Gesetz das nicht hinein gehört. Auch wegen der Finanzierung.
Ich hätte ein schlechtes Gewissen, den finanzstarken Gemeinden diese Aufgabe auch noch aufzubürden, auch wenn der Kanton hier auch mitbezahlt. Es ist auch nicht so einfach, dann die Kriterien in einer Departementsverfügung festzule-

gen. Weil wir 208 Gemeinden haben und da wissen wir in etwa, was sie tun. Aber wir haben 448 Gemeindezusammenschlüsse unterschiedlichster Art und dann hier einen gerechten Schlüssel zu finden, wer was bekommt, das ist dann ein bisschen eine JEKAMI-Übung. Zumindest würden Sie mir dann, oder in einem Jahr, meiner Kollegin zur Rechten, einen rechten Handlungsspielraum geben müssen, weil das festzulegen, für welchen Verband dann wie viel und wie viel Zusammenschlüsse, die Frage, wenn zwei zusammen gehen, ob das schon reicht, ob es dann vier braucht, das wäre sicherlich nicht ganz einfach. Wir haben uns dazu die Gedanken gemacht und wir kommen einfach zum Schluss, lehnen Sie diesen Antrag bei diesem Gesetz hier ab.

Standespräsident Geisseler: Wir haben den Antrag von Grossratskollege Keller vernommen. Wir haben auch seine Begründung gehört. Wir haben insbesondere jetzt auch die Meinung der Regierung erhalten. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass wir Art. 63 unserer Geschäftsordnung haben, die immer noch gültig ist. In dieser steht, ich zitiere: Liegt kein begründeter Antrag der Regierung oder bei Vorlagen über Anträgen auf Direktbeschluss und parlamentarischen Initiativen der zuständigen Vorbereitungskommission vor, kann Eintreten nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.
Ich beziehe mich jetzt auf diesen Artikel und möchte abstimmen, ob wir die Zweidrittelmehrheit erlangen um diesen Artikel auszudiskutieren und über diesen abzustimmen. Vorher erteile ich noch das Wort dem Kommissionspräsidenten.

Nigg, Kommissionspräsident: Wir haben ja gehört, dass die STRAK diesen Vorschlag gemacht hat und die KWAS ihn diskutiert hat, und dann einstimmig abgelehnt hat. Es geht hier nämlich um die grundsätzliche Frage, die jetzt der Rat, nochmals zu entscheiden hat. Die Frage, die der Rat ja gestern schon entschieden hat. Die Frage, ob eben die Regionen als dritte politische Kraft und Gebietskörperschaft eingesetzt werden sollen oder nicht. Wie schon bei der Wahl des Regionalvorstandes hat sich die KWAS, und haben Sie sich gestern ja auch ganz klar mit 74 zu 24 Stimmen dafür ausgesprochen, dass der Regionalverband nur ein organisatorischer Zusammenschluss von Gemeinden zur Erfüllung gewisser Aufgaben bleiben soll. Auf keinen Fall soll die Region eine dritte politische Ebene im Kanton bilden, deren Verwaltung und Organisation vom Kanton mitfinanziert werden. Mit dem vorliegenden Gemeindegesetz haben wir uns ganz klar dazu bekannt, wo wir in erster Linie die Gemeinden stärken. Den Regionen fliessen, wir haben es aus den Ausführungen von Regierungsrat Trachsel gehört, auf der Spezialgesetzgebung genügend kantonale Mittel zu. Ich denke da beispielsweise, ich habe es auch schon gesagt, an die Spitex, die Musikschulen, die Schulen usw. Für die wirtschaftliche Entwicklung, es ist auch erwähnt worden, haben wir die Grundlagen im Wirtschaftsförderungsgesetz, Art. 17, damit Beiträge ausgerichtet werden können. Die KWAS ist ganz klar der Meinung, dass der Kanton keine Beiträge an die Organisation oder Verwaltung einer Region bezahlen soll. Im entsprechenden Artikel 60bis, wie das vorgeschlagen wird, wäre das aber der Fall. Ich bin ja nicht, wie Sie sehen, nicht allem was aus dem Tirol kommt, abgeneigt, aber wir sind ganz klar, und da haben wir uns auch in der KWAS ausgesprochen, gegen vom Kanton finanzierte Regionalmanager. Es haben im Vorfeld dieser Debatten Gespräche statt gefunden. Es haben Gespräche statt gefunden, wie Art. 17 auszulegen sei und es scheint mir auch, wie das auch gesagt worden ist, dass diese Gespräche von den verschiedenen Mitgliedern der STRAK unterschiedlich ausgelegt werden. Wir sind nämlich uns einig geworden, dass die Region für Entwicklung im sektoralen Bereich im Art. 17, dass den Regionen solche Beiträge ausgerichtet werden können. Es heisst also, wenn es ein Projekt gibt für Schulzusammenschlüsse, für einen Zweckverband, dann können diese unter Art. 17 ausgerichtet werden. Es geht aber nicht darum, dass namhafte Mittel für die Organisation der Verbände ausgerichtet werden sollen. Ich bitte Sie deshalb, auf diesen Artikel nicht zurück zu kommen und nicht einzutreten.

Standespräsident Geisseler: Ich schliesse hier die Diskussion und möchte die Bereinigung vornehmen gemäss Art. 63. Möchten wir auf diesen Antrag Keller eintreten, ja oder nein? Wir benötigen die Zweidrittelmehrheit. Ich frage Sie an, wer auf den Artikel eintreten will, möge das anzeigen mit aufstehen. Wer nicht eintreten will, möge das ebenfalls anzeigen mit aufstehen.

Abstimmung
Eintreten auf den Antrag Keller wird mit 62 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Keller: Also, um nicht zurück zu kommen auf dieses Thema, aber ich bin mit dem Verfahren nicht einverstanden. Also, im Prinzip, wenn eine mitberichtende Kommission einen Antrag stellt, dann brauchen wir nicht eine Zweidrittelmehrheit um zu dieser Sache noch mal in diesem Rat zu debattieren. Sonst wäre es so, dass die mitberichtende Kommission kein Antragrecht hätte an die Hauptkommissionen. Also, im Vorfeld wurde die Sache schon diskutiert. Dass eine Kommission das nicht übernommen hat, bedeutet eben nicht, dass die Sache nicht diskutiert worden ist und im Prinzip, gemäss Geschäftsordnung, Zweidrittelmehrheit muss man erreichen, falls die Sache zum ersten Mal im Grossen Rat zur Diskussion steht. Und die Regierung hatte über diesen Antrag Kenntnis und für die Zukunft wäre ich froh, dass wir diese Sache abklären. Sonst sehe ich eine Entleerung vom Gewicht der mitberichtenden Kommissionen in einem solchen Verfahren.

Standespräsident Geisseler: Nehme ich zur Kenntnis.

Jäger: Es ist meiner Meinung nach dringend notwendig, dass wir bezüglich dem noch geltenden Art. 63 der Geschäftsordnung, in der neuen Geschäftsordnung werden es dann die Art. 49 und Art. 50 sein, eine Regelung haben, die für alle verständlich ist. Aus meiner Sicht war es notwendig, dass wir hier bei diesem zusätzlichen Antrag die Zweidrittelmehrheit brauchen, nach den Erfahrungen, die wir in der letzten Session gemacht haben, nach dem Entscheid der Präsidentenkonferenz für mich eindeutig, aber eigentlich auch aufgrund der langjährigen Erfahrung. Schon gestern war für mich die Begründung der Standeskanzlei, weshalb bei Art. 22, glaube ich war es, die Zweidrittelmehrheit nicht notwendig sei, nicht ganz nachvollziehbar. Denn ob etwas auf eidgenössischer Ebene nun passiert ist, das nachzuvollziehen sei oder nicht, der Art. 63, der hat keine solche Ausnahmebestimmungen, dass wenn auf eidgenössischer Ebene etwas in Bewegung ist, dass man dann Art. 63 nicht anwenden muss. Unser Rat ist vernünftig, unser Rat ist vernünftig und wenn wie bei diesem Art. 22 gestern, die Zweidrittelmehrheit gefragt worden wäre, ich bin überzeugt, dann wäre die Zweidrittelmehrheit ohne Probleme zu Stande gekommen.

Ich erinnere Ratskollege Keller an die letzte Session. Damals ging es um diesen Antrag, nicht der mitberichtenden Kommission, sondern der federführenden Kommission. Die federführende Kommission hat ja einen zusätzlichen Artikel eingefügt, in jenes Gesetz, Sie erinnern sich, an die Rauchfreiheit in öffentlichen Räumlichkeiten. Im Vorfeld der Session wurde dieser Artikel äusserst breit diskutiert, in jeder Fraktion wurde er diskutiert. Und man hat sehr wortgetreu dann gesagt, liegt kein Antrag der Regierung vor, dann brauche es die Zweidrittelmehrheit. Und was ich heute einfach noch sagen möchte, es ist nicht richtig, dass man beispielsweise letztes Mal nicht einmal diskutieren konnte und heute, bei diesem Antrag Keller, bevor wir die Abstimmung gemacht haben, wir ungefähr eine halbe Stunde darüber diskutiert haben. Auch das entspricht nicht der Geschäftsordnung.
Ich bitte die Ratsleitung, und für die Zukunft, auch die zukünftigen Ratsleitungen, wenn die Artikel, so wie sie vorgesehen sind, genau gleich bleiben, dass man das auch generell und konsequent einhält. Es ist sehr unbefriedigend, wenn wir beim einen Mal, wie in der letzten Session, den Artikel so anwendet und heute, man zuerst die Diskussion laufen lässt und nachher dann erst die Abstimmung macht, nach dem schon der Regierungsrat und der zuständige Kommissionspräsident auch noch gesprochen haben.
Noch etwas zu uns gewöhnlichen Ratsmitgliedern. Wir haben diese Papiere. Mitberichtende Kommissionen, wie hier die Strategiekommission, auch wenn Sie Anträge stellen, für die gewöhnlichen Ratsmitglieder, das ist hier nicht auf dem Papier. Und dass man dann, wenn schon die antragstellende Kommission das nicht machen darf, Ratskollege Keller, dass man dann das sogar für die mitberichtende Kommissionen verlangt, das verstehe ich wirklich nicht.

Loepfe: Also, insgesamt möchte ich mitteilen, dass ich die Auffassung von Ratskollege Jäger teile. Ich möchte nur dann darum bitten, dass es dann beispielsweise beim Zusatzprotokoll der KWAS, das wir dann für das Parlamentsgesetz haben, die Geschäftsordnung auch so angewendet wird. Also, wenn schon, dann ziehen wir alles wirklich sauber durch. Also, die Auffassung teile ich.
Ich möchte aber trotzdem noch schnell eine persönliche Aussage machen. Der Kommissionspräsident, Ernst Nigg, hat eine Protokollerklärung zur Interpretation von Art. 17 Wirtschaftsentwicklungsgesetz gegeben. Ich bestehe darauf, dass diese Protokollerklärung übernommen wird und auch so entsprechend vom AWT beziehungsweise vom Departement angewendet wird. Ansonsten möchte ich, dass der Regierungsrat eine entsprechende Erklärung abgibt.

Casanova (Chur): Ich bin der Ansicht, wir wenden Art. 63 ohnehin falsch an. Und das haben wir schon anlässlich der letzten Session getan. Wenn ich Art. 63 lese, dann heisst es hier ganz klar: „Bei Sachvorlagen behandelt der Rat zunächst die Eintretensfrage." Es geht also um ein Paket, um eine Sachvorlage, um die gesamte Vorlage. Nur dort gilt die Zweidrittelmehrheit. Wenn wir nachher weiterlesen im Abs. 2 heisst es: „Ist Eintreten beschlossen, geht der Rat zur Artikel oder Abschnittsweisen Beratung über. Eine Verlesung findet dabei in der Regel nicht statt." Also, wir haben zuerst das Grundprinzip, wollen wir über eine Sachvorlage diskutieren, treten wir darauf ein und wenn wir eingetreten sind, dann behandeln wir das Geschäft. Und dann wird artikelweise das Geschäft behandelt und wenn ein Ratsmitglied der Ansicht ist, es muss ein neuer Artikel in das Gesetz eingefügt werden, dann hat er das Recht, einen Antrag zu stellen. Wenn wir das Gesetz oder die Geschäftsordnung so, wie es jetzt ausgelegt wird, dann auch vorlegen, dann müssten wir bei jedem Antrag konsequenterweise zuerst fragen, gibt es eine Zweidrittelmehrheit, ja, dann diskutieren wir darüber und dann stimmen wir ab. Und ich meine, das war und ist nicht Sinn der Gesetzgebung.

Regierungsrat Trachsel: Ich habe natürlich nicht jedes Wort ganz genau aufgeschrieben, das der Kommissionspräsident gesagt hat. Und ich bin der Meinung, Protokollerklärungen, die die Regierung binden, kann man nur zu dem Gesetz machen, das wir jetzt behandeln. Und ich habe im Eintreten die Meinung der Regierung zum Art. 17 gesagt. Natürlich, wir haben ständige Kommissionen. Und wenn die KWAS mit uns eine Diskussion will über die Auslegung von Art. 17 Wirtschaftsentwicklungsgesetz, biete ich jederzeit Hand. Es geht ja nicht darum jetzt, irgend auf welchen Grundsätzen zu beharren, weil der Hund liegt ja dann im Detail. Ja, ich würde auch sagen, wir haben schon diverse Male darüber diskutiert, unsere Meinungen sind nicht meilenweit auseinander. Ich habe den Eindruck, in der STRAK gehen die Meinungen der einzelnen Mitglieder weiter auseinander als unsere beiden Meinungen. Darum sage ich, wenn das gewünscht wird, würde ich eher den Weg sehen, dass die KWAS, wenn sie das will, mit uns, auch mit dem zuständigen Amt, es ist dann nur noch eines, das AWT , diese Frage ausdiskutiert und festlegt. Weil wir müssen dann ins Detail gehen und sagen, wann gibt es für was Geld. Wir sind uns ja beide einig, und das ist die Hauptsache, wir wollen keine Strukturerhaltung finanzieren, wenn das die Gemeinden wollen, sollen sie es selbst finanzieren, weil sie entscheiden auch, welche Leute sie für diese Aufgabe auswählen. Denn dort liegt letztlich sehr wahrscheinlich der entscheidende Punkt. Wenn die Regionalsekretäre ausgetauscht werden oder wenn sie sich entwickeln zu Regionalmanagern, dann haben wir sehr wahrscheinlich gemeinsam mit der ganzen Diskussion schon einiges erreicht.

Nigg: Ich möchte nur noch festhalten, dass ich nicht glaube, dass irgendein Mitglied dieses Rates Protokollerklärungen abgeben kann, die dann für die Regierung verbindlich wären. Ich habe einzig erklärt, wie das Resultat unserer gemeinsamen Gespräche war, dass wir uns in der Auslegung von Art. 17 einig waren. Aber eine Protokollerklärung gebe ich hier als Mitglied dieses Rates, auch als Kommissionspräsident, sicher nicht ab.

Art. 75
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 77 Abs. 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 81 lit. f
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 87
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 88
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 89 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 90
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 91 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 92
Antrag Kommissionsmehrheit (7 Stimmen, Sprecher: Nigg) *und Regierung*
Gemäss Botschaft

Antrag Kommissionsminderheit (3 Stimmen, Sprecher: Tuor)
Streichen

Nigg; Kommissionspräsident: Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass die Konsultativabstimmung in der Gemeinde eine Ausnahme bilden soll. Hingegen kann die Konsultativabstimmung selbstverständlich auf dem Weg zu Gemeindezusammenschlüssen ein wertvolles Instrument zur Meinungserforschung, aber auch zur Information und zur Meinungsbildung sein. Weil aber die Konsultativabstimmung die Ausnahme bilden soll, wird sie im Gemeindegesetz für Gemeindezusammenschlüsse explizit erwähnt. Zu Sachfragen, Kreditvorlagen usw. sollten nämlich, wenn immer möglich, keine Konsultativabstimmungen, sondern abstimmungsreife Vorlagen vorgelegt werden können. Dies ist übrigens auch die Ansicht des Bundesgerichtes, das sich mehrmals zu Konsultativabstimmung geäussert hat und eindeutig darauf hingewiesen hat, dass die Konsultativabstimmung im Gesetz vorgesehen werden muss, d.h. auch im Gesetz vorgesehen werden muss, wann sie durchgeführt werden soll. Wir haben im Übrigen auch andere Möglichkeiten, um konsultativ oder fast-konsultativ etwas zu Fragen, indem wir eben einen Alternativ- oder einen Gegenvorschlag machen. Im Vorfeld zu dieser Debatte ist noch die Frage aufgetaucht, wie eine Konsultativabstimmung durchzuführen sei. Und für mich ist ganz klar, dass sie sich nach den Regeln der Gesetzgebung im Gesetz über die politischen Rechte und im vorliegenden Gemeindegesetz zu halten hat. Dies erfordern auch die entsprechenden Bundesgerichtsentscheide.
Ich bitte Sie, im Sinne der Rechtssicherheit, dass eben die Konsultativabstimmungen nur im Ausnahmefall zugelassen werden, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Tuor: In Art. 92 wird festgehalten, dass im Rahmen von Projekten und Verhandlungen über einen Gemeindezusammenschluss auch Konsultativabstimmungen durchgeführt werden können. Eine Kommissionsminderheit stellt Ihnen den Antrag, diesen Artikel ersatzlos zu streichen. Der Streichungsantrag wird nicht gestellt, weil man den Gemeinden im Zusammenhang mit einem Gemeindezusammenschluss die Möglichkeit einer Konsultativabstimmung nicht gewähren will. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Gerade in so einem Fall kann eine Konsultativabstimmung sehr wichtig und nötig sein. Das Problem liegt anderswo. Die kantonale Gesetzgebung regelt nirgends die Möglichkeiten von Konsultativabstimmungen. Bisher enthielt das Gemeindegesetz dazu keine Bestimmung. Es blieb also den Gemeinden vorbehalten, eine entsprechende Regelung in ihrer Verfassung oder in einem Gesetz aufzunehmen. Wenn hingegen der vorgesehene Art. 92 in der vorgeschlagenen Form bestehen bleibt, wird der so interpretiert werden, dass Konsultativabstimmungen in Gemeinden nur noch im Zusammenhang mit einem Gemeindezusammenschluss möglich sind. Konsultativabstimmungen zu anderen für die Gemeinde wichtigen und sie selbst betreffenden besonderen Themen oder Fragen wären dann nicht mehr zulässig. Damit wird den Gemeinden auf diesem Weg die rechtliche Kompetenz abgesprochen, Konsultativabstimmungen selbst zu regeln und durchführen zu können. Diese Interpretation ist auch von Regierungsrat Trachsel in der KWAS explizit bestätigt worden. Ich habe es zu mindestens so verstanden.
Die Regierung will also den Gemeinden auf diesem Weg verbieten, zu anderen Themen als dem einer Gemeindefusionen Konsultativabstimmungen vorzunehmen. Ich erachte dies als eine klare und vor allem unnötige Einschränkung der Gemeindekompetenzen. Wenn dieser Artikel gestrichen wird, so steht es den Gemeinden wie bis anhin frei, Konsultativabstimmungen sowohl und selbstverständlich bei einer allfälligen Gemeindefusion, aber auch zu anderen aktuellen Themen vorzunehmen. Zumindest ist es nicht ausdrücklich ausgeschlossen. Dies hat auch das kantonale Gemeindeinspektorat mit einem Schreiben an die Gemeinden im Jahre 2004 bestätigt. Aufgrund einer rechtlichen Beurteilung sind die kantonalen Rechtdienste zum Schluss gekommen, dass die alte wie auch die neue Kantonsverfassung die Möglichkeit von Konsultativabstimmungen nicht vorsieht, dass das kantonale Recht aber auch nicht ausschliesst, das die Gemeinden im Gemeinderecht das Institut der Konsultativabstimmung vorsehen können. Die Gemeinden haben von der Möglichkeit von Konsultativabstimmungen bisher nicht übermässig Gebrauch gemacht und sie werden es auch in Zukunft nicht tun. Es wäre aber fatal, dieses Instrument der

Konsultativabstimmung auf diesem Weg, der vielleicht ein bisschen versteckt und getarnt erfolgen sollte, zu verbieten. Ich bitte Sie deshalb den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Pfister: Ich stelle den Antrag, Teile dieses Artikels zu streichen, nämlich über einen Gemeindezusammenschluss zu streichen. Somit würde der Satz dann heissen: "Im Rahmen von Projekten und Verhandlungen können Konsultativabstimmungen vorgenommen werden." Mit dieser Formulierung besteht die Möglichkeit, die Konsultativabstimmungen durchzuführen und wir vermeiden an sich die Begründungen, die von der Mehrheit und von der Minderheit verhindert werden sollen. Gerade im Zusammenhang mit Rumantsch Grischun waren ja die Konsultativabstimmungen ein grosses Thema. Viele Gemeinden der Rumantschia haben hier ungesetzmässig Konsultativabstimmungen durchgeführt. Unsere Gemeinde auch. Wie sie wissen, wurde ja Rumantsch Grischun bei uns sogar noch angenommen. Ich meine, wir müssen uns entscheiden, ob wir das wollen oder nicht und wenn wir das wollen, dann soll man es für alle Geschäfte möglich und offen halten und wenn man es nicht will, dann soll man es streichen. Ich vertrete die Meinung, dass man diese Möglichkeit haben sollte und mache darum diesen Vorschlag. Bitte um Unterstützung.

Antrag Pfister
Wie folgt ändern:
Im Rahmen von Projekten und Verhandlungen können auch Konsultativabstimmungen vorgenommen werden.

Standespräsident Geisseler: Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen eine kurze Mitteilung mache. Ich habe eben einen Zettel zugeschoben erhalten, dass der Nationalrat offensichtlich mit 106 gegen 71 Stimmen der Vorinvestition durch den Bund für die Porta Alpina seine Zustimmung erteilt hat.
So, jetzt liegt es wieder an uns, dass wir unsere Knochenarbeit erledigen. Wir sind immer noch bei Art. 92. Kommissionsmehrheit und Regierung möchten diesen so rüberbringen. Die Kommissionsminderheit will diesen streichen und Grossrat Pfister will die drei Wörter „über einen Gemeindezusammenschluss“ streichen.

Heinz: Mit diesen Konsultativabstimmungen habe ich generell etwas Mühe. Aber ich kann eigentlich aus dem Gesetzesartikel nicht heraussehen, ob diese, wenn eine solche Abstimmung durchgeführt wird, ob sie auch traktandiert sein werden muss. Ich kann Ihnen zwei Beispiele sagen, wo es ganz schlecht oder im Sinne der Vorsitzenden ausging. Da wurden wir eingeladen an eine Orientierungsversammlung zu Regionsgründungen und dann irgendwie am Schluss hat man gesagt, jetzt macht man noch eine Konsultativabstimmung. Einmal ging's ja gar so weit, dass man gesagt hat, jetzt machen wir eine schriftliche Konsultativabstimmung und die Gemeinden mögen noch den Namen darauf schreiben. Ich habe mich dann gewehrt und dann hat man dann offen abgestimmt. Diese Konsultativabstimmung wurde aber nachher in der Presse veröffentlicht, inklusiv wurde sie in der Botschaft dann für die Verbandsgründung auch aufgenommen und hat man gesagt, dazumal haben die Gemeindepräsidenten oder die Gemeindevertreter so abgestimmt.
Ich muss Ihnen einfach sagen, wenn gewisse Leute zum Voraus gewusst hätten, dass es eine Konsultativabstimmung gibt, dann wären wir ja nie an die Orientierungsversammlung gekommen und das trifft ja auch bei Gemeindefusionen zu. Also, wichtig ist, dass ich zum Voraus weiss, es gibt heute auch noch eine Konsultativabstimmung. Wenn ich dreimal die gleichen Voten oder den gleichen Referenten gehört habe, dann gehe ich wahrscheinlich nicht mehr an diese Orientierungsversammlung. Ausser, es gibt eine Konsultativabstimmung. Meine Frage geht dahin: Wie sehen Sie das, muss das irgendwo publiziert oder bekannt gegeben werden oder ist das sogar selbstverständlich, wenn es eine Konsultativabstimmung gibt, dass sie traktandiert ist?

Regierungsrat Trachsel: Ich glaube, es geht hier um eine Frage, die wir eingehend prüfen müssen. Bei der Konsultativabstimmung geht es darum, den Ratschlag oder die Meinung der Bevölkerung einzuholen. Rechtlich unverbindlich für die Stimmbürger. Aber, und das müssen wir hier auch ganz klar sehen, politisch verbindlich für die Behörden. Um das geht es. Ich glaube, es wird sich keine Behörde leisten, über ein Ergebnis einer Konsultativabstimmung hinweggehen zu können. Es müssen dann schon ganz schwierige Fälle sein, die man gut begründen kann. Die Konsultativabstimmung sollte auch einen gewissen Vorlauf haben, damit sie eben dann nicht so verbindlich ist für die Behörde gegenüber der definitiven Abstimmung. Konsultativabstimmungen kann man machen, wenn man noch nicht alle Details kennt. Weil man eben nicht einen grossen Verwaltungsaufwand in Gang setzen will, um eine komplexe Frage zu prüfen. Das sind die Problemkreise, die man hier beachten muss und das hat auch dazu geführt, dass in diversen Streitfällen das Bundesgericht zu diesem Instrument Stellung nehmen musste. Und dazu komme ich schon zum Antrag der Kommissionsminderheit. Wenn Sie dem zustimmen, sind keine Konsultativabstimmungen bei Gemeindefusionen möglich. Das Bundesgericht verlangt zwingend eine gesetzliche Grundlage. Zwingend. Es gibt einen Ausnahmefall. Im Falle Wädenswil hatte die Gemeinde zu befinden, wo sie denn die Schiessanlage, die sie ja pflichtgemäss erstellen muss, wo sie die bauen soll. Es ist etwa so schwierig wie einen neuen Waffenplatz zu machen. Und sie ist dreimal gescheitert. Weil natürlich immer die Betroffenen dann an die Urne gingen und die Nichtbetroffenen elegant zu Hause blieben oder das schöne Wochenende genossen haben. Und nachdem praktisch sich so eine Pattsituation ergeben hat, hat die Gemeinde Wädenswil zum Mittel der Konsultativabstimmung gegriffen ohne rechtliche Grundlage, weil auch das Militärdepartement eingegriffen hat. Und dagegen wurde Einsprache erhoben bis ans Bundesgericht und das Bundesgericht hat in diesem Ausnahmefall die Gemeinde geschützt, weil die gesagt haben, wenn eine Gemeinde eine Pflichtaufgabe hat und praktisch nicht mehr handlungsfähig ist durch die demokratischen Rechte, dann darf sie das verletzen. Aber Sie sehen, wenn Sie der Minderheit zustimmen, werden Sie bei Gemeindefusionen nie in diese Situation kommen. Es gibt kein übergeordnetes Recht, das Sie zwingt. Also, aus diesem Grunde lehnen Sie die Kommissionsminderheit ab.
Zur Frage Pfister: Wenn Sie seinem Antrag folgen, dann müssen wir zuerst die Frage diskutieren, wir sind hier im Gemeindegesetz, also, es müssen ja dann sinngemäss Projekte und Verhandlungen im Zusammenhang mit Gemeinden sein. Ich nehme ja nicht an, dass er jetzt über diesen Artikel die Verfassung ergänzen möchte. Also, Diskussion über Rumantsch Grischun wäre dann nicht ein Thema der Gemeindegesetzgebung. Also, wir müssen jetzt einfach aufpassen, dass wir nicht plötzlich hier eine Verfassungsdiskussion führen. Ob es andere Themen gibt zwischen Gemeinden, die Sie hier lösen müssten, an die Ihr denkt, sehe ich eigentlich nicht. Ich bin eigentlich der Meinung, man kann den auch

ablehnen. Was ich Ihnen aber noch sagen will. Wenn mich offensichtlich Grossrat Tuor in der Kommission falsch verstanden hat, vielleicht habe ich mich auch falsch ausgedrückt, ich hatte natürlich noch nicht die gleichen Unterlagen wie heute. Es ist unserer Meinung nach klar, dass Gemeinden mit ihren Gesetzen die Möglichkeit haben, in Bereichen, wo sie zur Gesetzgebung befugt sind, auch Bestimmungen aufzunehmen und Konsultativabstimmungen durchzuführen. Dazu dient der Art. 9 des Gesetzes über die politischen Rechte oder im neuen Gesetz wird es dann Art. 1 Abs. 2. Es ist also klar, Gemeinden können auch, wenn sie eine gesetzliche Grundlage schaffen, in Bereichen, wo sie zuständig sind, Konsultativabstimmungen durchführen. Das Problem von Grossrat Pfister mit Rumantsch Grischun ist dann immer noch nicht gelöst. Weil, es ist klar, wenn die Regierung oder wenn der Grosse Rat darüber zu befinden hat, können die Gemeinden nicht Konsultativabstimmungen durchführen, die eben den Grossen Rat oder die Regierung binden. Eben und um diese Frage geht es ja. Konsultativabstimmungen müssen wie Abstimmungen strengen Regeln genügen, weil sie in den meisten Fällen praktisch behördenverbindlich wirken, nicht rechtlich sind, aber wirken. Weil gegen eine Konsultativabstimmung eine Behörde praktisch handlungsunfähig wird, und damit zu Grossrat Heinz. Konsultativabstimmungen sind aus diesem Grunde nur erlaubt, wenn die Statuten dies vorsehen und die Statuten sehen sicherlich auch vor, über welche Geschäfte abgestimmt werden kann oder nicht. Also, ob sie traktandiert sein müssen oder nicht, aber sie brauchen auch in diesem Fall eine gesetzliche Grundlage. Genau aus diesem Grunde. Es darf ja nicht sein, dass Sie als Ratsvorsitzende oder Ratsvorsitzender sagen, ich sage nichts und mache dann am Schluss eine Konsultativabstimmung, so aus dem Hosensack heraus, um plötzlich alle zu binden. Das ist nicht Demokratie. Das lässt das Recht nicht zu und aus diesem Grunde bitte ich Sie, für diesen Fall der Gemeindezusammenschlüsse, das ein komplexes Projekt ist, Konsultativabstimmungen zuzulassen und dafür in diesem Artikel die gesetzliche Grundlage zu schaffen. Stimmen Sie aus diesem Grund der Kommissionsmehrheit und der Regierung zu.

Pfenninger: Der Antrag von Ratskollege Pfister zu Art. 92 würde dann heissen: "Im Rahmen von Projekten und Verhandlungen" – ich betone – "Projekten und Verhandlungen können auch Konsultativabstimmungen vorgenommen werden." Ich denke einfach, dass das für eine Gemeindebehörde tatsächlich eben im Rahmen von Verhandlungen und Projekten eine sehr hilfreiche Sache sein kann, wenn Konsultativabstimmungen stattfinden können und ich unterstütze deshalb den Antrag Pfister, weil ich denke, dann haben wir eine klare Regelung für die Gemeinden und ich teile eigentlich die, sage ich mal, relativ enge Auslegung von Regierungsrat Trachsel, in diesem Punkt nicht.

Parolini: Bezüglich diesen Konsultativabstimmungen, ich habe da schon etwas meine Mühe. Es hat angefangen mit diesem Brief des Gemeindeinspektorates vor zwei Jahren, als der alle rätoromanischen Gemeinden darauf hingewiesen hat, dass Konsultativabstimmungen gar nicht rechtens sind, dass solche nicht durchgeführt werden können bezüglich Rumantsch Grischun. Natürlich, Rumantsch Grischun ist eine Frage, die auf kantonaler Ebene gelöst werden muss. Aber wenn eine kommunale Behörden wissen will, wie sie sich verhalten soll in einer Frage, wie die Bevölkerung dieser Gemeinde sehr stark betrifft, dann, wieso sollte es verunmöglicht werden, dass diese Behörde das in Erfahrung bringt durch eine Konsultativabstimmung, obwohl es dann eben eine kantonale Angelegenheit ist schlussendlich und keine kommunale. Und von daher, ob es Bundesgerichtsentscheide gibt und der Kanton, die Regierung dagegen ist, vielleicht Bundesbern auch dagegen ist, ja, was will der Kanton, was will der Bund, was will Lausanne dagegen unternehmen, wenn eine Gemeinde eine Konsultativabstimmung macht? Wie will sie das überhaupt verhindern? Ich weiss, jemand kann Rekurs einlegen. Aber die Abstimmung ist dann bereits durchgeführt. Also, ich frage mich, ob wir da nicht uns einfach in juristische Spitzfindigkeiten verstecken. Ich bin der Meinung, diese Freiheit sollten wir den Gemeinden lassen und die Autonomie der Gemeinden nicht auch in diesem Bereich noch beschneiden. Ich unterstütze den Antrag von Aldo Tuor, diese Formulierung zu streichen, eventuell auch den Antrag von Reto Pfister, also ich unterstütze beide. Auf alle Fälle unterstütze ich nicht den Vorschlag der Regierung und der Kommissionsmehrheit. Man soll diese Möglichkeit den Gemeinden lassen.

Feltscher: Ich bin nicht einverstanden mit meinen Gemeindepräsidentenvorrednern. Ich bin der Meinung der Regierung, nämlich Konsultativabstimmungen sollten nur für diesen Spezialfall möglich sein, bei Fusionen. Weil, da löst man einen Prozess aus, der ein, zwei, drei Jahre dauern kann und auch einiges an Geld kosten kann und deshalb sollte dort diese Möglichkeit bestehen. In allen übrigen Geschäften bin ich der Meinung, dass ein Gemeindevorstand den Mut haben muss, eben eine Vorlage zu bringen, auch wenn er noch nicht ganz genau weiss, wie dann wirklich die Stimmbürger stimmen werden. Konsultativabstimmungen, insbesondere wenn sie in Gemeindeversammlungen durchgeführt werden, können ja durchaus auch zu Zufallsresultaten führen. Bei der nächsten Gemeindeversammlung ist die Zusammensetzung wieder etwas anders und dann stimmen die Leute anders. Also, das bringt nicht viel. Man muss den Mut haben, ein Gesetz oder eine Vorlage zu bringen und dann halt auch den Mut haben, einmal zu verlieren und wenn wir diesen Mut haben, dann brauchen wir keine Konsultativabstimmung.

Augustin: Jetzt weiss ich nicht, wer das Gesetz, so wie es die Regierung und die Kommissionsmehrheit möchte, richtig interpretiert und im Sinne des Gesetzgebers, ob es nun Regierungsrat Trachsel ist oder Kollege Feltscher. Weil, zwischen den beiden Interpretationen bestehen meines Erachtens erhebliche Divergenzen. Regierungsrat Trachsel hat das für mich an sich einleuchtend so dargelegt, dass er die Bestimmung in Art. 92 als eine besondere Vorschrift des kantonalen Rechtes für alle Gemeinden geltend interpretiert und dass diese Bestimmung nicht e contrario dahingehend ausgelegt werden könnte, dass darüber hinaus die Gemeinden auf der Stufe des Gemeinderechtes Konsultativabstimmungen ermöglichen könnten, sondern im Gegenteil, formuliert, wenn die Gemeinden das wollen, dann können sie das, allerdings müssen sie das per Gesetz machen, so wie das die bundesgerichtliche Rechtsprechung will. Und Kollege Feltscher interpretiert nun das einengend, Konsultativabstimmungen auf Gemeindeebene nur in diesem besonderen Fall gemäss Art. 92 und ansonsten von Kantonsrechts wegen verboten und das ist, glaube ich, nicht unsere Meinung. Wenn wir diese Meinung von Herrn Feltscher hätten, dann müssten wir klarerweise dem Antrag der Kommissionsminderheit Tuor zustimmen und das Ganze streichen und dann auch für den Bereich des speziellen Tatbestandes der Gemeindefusionen, das Ganze dem Gemeinderecht überlassen. Aber ich glaube, es

ist sinnvoll, von der Sache her, an sich dem Antrag der Regierung der Kommissionsmehrheit zuzustimmen, in Kenntnisnahme, dass wir, die Mehrheit, vielleicht gibt es eine Mehrheit, aber die Mehrheit hier die Ansicht vertritt, dass diese Bestimmung nicht in dem Sinne ausgelegt werden darf, dass es damit in anderen Bereichen den Gemeinden verboten wäre, per Gesetz, Konsultativabstimmungen zu ermöglichen.

Loepfe: Ich möchte die Diskussion noch um einen weiteren Aspekt bereichern und zwar, der Vorschlag von Ratskollege Reto Pfister geht meiner Meinung nach nicht oder jedenfalls nicht so wie er denkt und deshalb funktioniert wahrscheinlich das auch nicht, was Ratskollege Johannes Pfenninger will. Weil, Art. 92, um den wir jetzt sprechen, steht unter dem Titel "Gemeindegrenzen und Zusammenschluss von politischen Gemeinden". Und wenn Sie die Abfolge hier dieser Paragraphen anschauen, ist es in sich selber klar, dass es hier nur um diese Angelegenheit geht. D.h., wenn Sie dem Antrag von Reto Pfister folgen oder es einfach streichen, fällt es nicht weg. Inhaltlich geht es immer noch um Gemeindezusammenschlüsse.

Regierungsrat Trachsel: Ja, ich glaube, Grossrat Augustin hat es klar erklärt. Das ist genau unsere Meinung. Man kann schon sagen, das Bundesgericht interessiert uns nicht. Ich finde es ein bisschen salopp. Also, wir sind in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat und wenn wir Recht nicht setzen, ist es das Bundesgericht, das eben Recht auslegt und damit auch Recht setzend wirken darf und an diese Spielregeln haben wir uns zu halten. Genauso wie im Sport, wo wir halt auch die Regeln beachten müssen und nicht, wenn Sie in einem Final für die WM-Ausscheidung plötzlich eigene Regeln einführen. Das scheint mir eigentlich schon klar. Also, wenn wir an diesen Eckpfeilern unseres Landes kratzen, dann kratzen wir an den tiefen Fundamenten und darum geht es jetzt darum, die Grundlagen zu schaffen, dass bei Gemeindezusammenschlüssen, die eben komplex sind, mindestens so komplex wie die Diskussion über ein Gemeindegesetz, man frühzeitig Konsultativabstimmungen machen kann und dass die auch bundesgerichtskonform sind. Und ich bin hier ganz klar der Meinung von Ratskollege Augustin. Die Gemeinden dürfen in ihrem Recht, für die Bereiche wo sie zuständig sind, genau gleiche Paragraphen aufzuführen und dann können sie in ihren Bereichen auch Konsultativabstimmungen durchführen. Und es geht eben hier darum, dass Konsultativabstimmungen in der Wirkung für die Exekutive halt doch grosse Verbindlichkeit haben und wir brauchen mit diesem Instrument keinen Wildwuchs, sondern wir brauchen klare Regeln, weil es geht hier um Demokratie. Hier kann man nicht spielen, hier muss man mit klaren Leitplanken arbeiten.
Ich bitte Sie, lehnen Sie die Minderheit ab, weil, wir brauchen die Konsultativabstimmung. Lehnen Sie aber auch den Antrag Pfister ab, weil sehr wahrscheinlich die Auslegung dann von Grossrat Loepfe greifen wird, wo ist der Paragraph eingeordnet und dann nur Diskussionen hätten, kann man das jetzt auch auf andere Bereiche anwenden. Schaffen Sie klare Bedingungen, stimmen Sie der Mehrheit und der Regierung zu.

Pfister: Die Begründung von Kollege Loepfe hat mich, im Gegensatz zu gestern, heute überzeugen können, weil der Obertitel ja grundsätzlich sagt, um was es sich handelt, spielt es grundsätzlich keine Rolle, ob diese drei Wörter enthalten sind oder nicht. Ich ziehe daher meinen Antrag zurück.

Der Antrag Pfister wird zurückgezogen.

Tuor: Ich habe in meiner Begründung ja ausdrücklich ausgeführt, warum dieser Streichungsantrag eingereicht worden ist. Die Kommissionsminderheit ist ja nicht gegen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, einer kantonalen Grundlage, dass die Gemeinden im Zusammenhang mit Gemeindefusionen, mit Gemeindezusammenschlüssen Konsultativabstimmungen machen können. Der Streichungsantrag wurde allein deshalb eingereicht, weil im Rahmen der Diskussion in der Kommission von Seiten von Regierungsrat Trachsel, wie gesagt, zumindest der Anschein erweckt wurde, dass damit den Gemeinden die Möglichkeit genommen werde, selbstständig Konsultativabstimmungen durchführen zu können. Mir ist klar, dass natürlich auch die Gemeinden die entsprechenden Regelungen in ihrem Gesetz aufnehmen müssen und wenn den Gemeinden aufgrund der Erklärung von Regierungsrat Trachsel, aufgrund der Erklärung der Regierung, den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird in ihren Gesetzen auch für ihre Bereiche diese Konsultativabstimmungen zu regeln, dann ist das Ziel an sich erreicht und aus diesem Grund kann der Minderheitsantrag in dem Sinn zurückgezogen werden.

Der Antrag der Kommissionsminderheit wird zurückgezogen.

Nigg; Kommissionspräsident: Nachdem der Antrag zurückgezogen worden ist, gibt es keine Kommissionsmehrheit mehr. Ich möchte nur noch vielleicht der Vollständigkeit darauf hinweisen, die Ausführungen von Grossrat Augustin, die haben eigentlich das Wesentliche gesagt. Wir haben ja im Grossen Rat die Möglichkeit, Konsultativabstimmungen aufgrund von Art. 19 der Kantonsverfassung durchzuführen und aufgrund einer ähnlichen Gesetzesbestimmung kann natürlich auch jede Gemeinde Konsultativabstimmungen durchführen.

Standespräsident Geisseler: Gut. Dann darf ich feststellen, dass wir in Art. 92 keine Anträge mehr haben nebst dem Hauptantrag. Dann haben wir das so bestimmt und beschlossen.

Antrag gemäss Kommissionsmehrheit und Regierung angenommen.

Art. 93 Abs. 1
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Loepfe: Erschrecken Sie nicht. Ich werde hier keinen Antrag einbringen. Es geht hier um die Förderung von Zusammenschlüssen von Gemeinden. Ich komme nochmals auf das Thema Förderung von Regionalorganisationen kurz zurück. Allerdings ohne Sie hier lange versäumen zu wollen. Es ist so, dass die Diskussion um Art. 60bis eigentlich keine Klarheit gebracht hat, und das Schlimmste in der Politik ist immer, wenn wir etwas tun, das keine Klarheit bringt. Die Gemüter haben sich in der Zwischenzeit ein bisschen abgekühlt, d.h., in der Wandelhalle wurde eine gute politische Lösung gefunden, meines Erachtens, an der wollen wir, dass Sie teilhaben können, d.h. die STRAK hat mit Regierungsrat Trachsel den Rank gefunden und wir wollen dies Ihnen auch als politisches Zeichen bekannt geben, was das ist. Ich bitte Re-

gierungsrat Trachsel eine entsprechende Protokollerklärung abzugeben.

Regierungsrat Trachsel: Es ist so. Wir haben in der Pause darüber gesprochen. Weil, wir haben ja nur einen Artikel bekämpft. Die Regierung bekennt sich natürlich auch zu den Regionen, zu Zusammenschlüssen von Regionalorganisationen und wir sind klar der Meinung, dass in der Sektorpolitik, also in den einzelnen Ämtern, diese Politik von Zusammenschlüssen von solchen Strukturen unterstützt werden soll und im Rahmen ihrer Budgets und Möglichkeiten auch finanziert und ich bin auch bereit, für das Jahr 2007 im Budget des Amtes für Wirtschaft und Tourismus unter Art. 17 50'000 Franken zu budgetieren für Fälle, wo wir eben keine andere rechtliche Grundlage haben. Damit ist auch die obere Latte fixiert.

Thomann: Ich möchte Ihnen beliebt machen, in Art. 93 Abs. 1 folgenden Zusatz einzufügen: Der Kanton fördert den Zusammenschluss von Gemeinden, insbesondere zu Talschaftsgemeinden."
Begründung: Gestern, anlässlich der Eintretensdebatte, wollten einige Grossräte wissen, welche Anzahl Gemeinden dass die Regierung als Zielvorstellung sieht. Regierungsrat Trachsel hat dann begründet, warum er keine Zahl nennen will. Ich kann seine Begründung verstehen. Beim Eintreten konnte man auch von verschiedenen Seiten eine gewisse Skepsis gegenüber Fusionen von Klein- und Kleinstgemeinden hören. Diesen Bedenken könnte man mit dem Zusatz, den ich vorschlage, entgegenwirken und zwar indem man Gemeinden zu grösseren Einheiten zusammenschliesst ohne genaue Zahlen festzulegen. Zudem hat die Regierung immer wieder betont, dass sie Talschaftsfusionen besonders unterstützen möchte. Mit diesem Vorschlag würde man ein klares Zeichen setzen für alle Talschaften, dass sie sich in diese Richtung orientieren sollen. Es werden denn auch geographisch sinnvolle und zusammengehörende Fusionen realisiert. Oft wird in den Talschaften bereits auf vielen Ebenen eng zusammengearbeitet und das ist eine ausgezeichnete Voraussetzung für Talschaftsfusionen. Die Umsetzung einer Fusion, auch von Kleinstgemeinden, erfordert sehr viel Arbeit. Mit grösseren Talschaftsfusionen könnten so viel Arbeit und viele unnötige Kosten eingespart werden. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich habe schon im Eintreten gesagt, dass ich versucht habe, auf einer Bündner Karte Gemeinden zu bilden mit dieser 300-Einwohnergrenze und ich habe auch gesagt, dass ich dabei oft an geographische Grenzen gestossen bin. Ich bin aber zum Teil auch an kulturelle oder an sprachliche Grenzen gestossen. Ich meine, zu Talschaftsgemeinden führt allein schon in vielen Bereichen die Geographie unseres Kantons, die eben aus 150 Tälern besteht und eben dann dazu führt, dass eben oft Talschaftsgemeinden gebildet werden oder gegründet werden. Ich meine aber, dass sich der Kanton auf keinen Fall diesen Unterschied leisten kann, dass er Talschaftsgemeinden besonders fördert und andere Gemeinden, die anders sich zusammenschliessen, dann weniger fördert als andere. Also, hier machen wir einen Unterschied, wo kein Unterschied sein kann und ich bitte Sie in diesem Sinne, diesen Antrag abzulehnen.

Regierungsrat Trachsel: Ja, Grossrat Thomann, ich kann Ihnen, zumindest hier, eine klare Protokollerklärung abgeben, damit Sie sehen, wir wollen. Es ist so, wir unterstützen Talschaftsgemeinden speziell. Aber man könnte natürlich diesen Antrag auch umgekehrt auslegen, dass wir nicht Talschaftsfusionen ablehnen müssten oder eher behindern müssten und das werden wir nicht tun. Also, wir werden ja heute noch über Splügen-Medels sprechen und wir haben die nicht abgelehnt. Ich hab Ihnen beim Eintreten auch gesagt wieso, und das möchten wir auch in Zukunft nicht. Aber es ist so, dass Talschaftsfusionen einen Sonderbeitrag bekommen. Wir gehen sogar so weit, dass die ersten drei Talschaftsgemeinden noch einem Bonus bekommen. Das kann ich Ihnen hier zu Protokoll geben und ich wäre froh, wenn Sie mit dieser Protokollerklärung zufrieden sind und dass Sie dann den Antrag zurückziehen könnten.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 53 zu 24 Stimmen zu.

Art. 93 Abs. 2 und 3
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Caviezel (Pitasch): Betreffend Art. 93 Förderung durch den Kanton, habe ich eine Verständnisfrage. Meine Bedenken könnten im Abs. 2 oder 3 zutreffen. In Ihrer Antwort haben Sie, Herr Regierungsrat, gestern während der Eintretensdebatte betreffend meiner Frage und Bedenken einer Aufnahme von Gemeinden unter Zuweisung Art. 94 Abs. 2 vom geltenden Recht erwähnt. Dieser Abs. 2 kommt im neuen Gesetz nicht mehr vor. Ich zweifle nicht daran, dass die Regierung alles unternehmen wird, mit den Gemeinden eine gute Lösung zu finden. Kann die Regierung den Zweck und Sinn des alten Art. 94 Abs. 2 mit dem neuen Art. 93 in schwierigen Situationen auch anwenden, wenn nur Nachteile für eine Partnergemeinde aus Massnahmen erwachsen sollten? Eine Protokollerklärung wäre für mich genug. Nur dann ist eine Ergänzung mit einem neuen Absatz überflüssig. Anreize müssen geschaffen werden, damit eine Gemeinde zur Aufnahme einer anderen Gemeinde, welche wegen der strukturellen oder finanzieller Situation für eine Fusion unattraktiv ist, bereit ist. Der Bevölkerung müssen Vor- und Nachteile kritisch vorgelegt werden. Nicht Regierung und nicht Gemeindebehörden haben das letzte Wort. Die Bevölkerung kann eine Abstimmung auch ablehnen. In der Realität sieht es so aus. Ich erlaube mir eine Gemeindefusion zu erwähnen, die 1977 stattgefunden hat. Damals fusionierte die Gemeinde Strada mit der Stadt Ilanz. Ilanz hat die kleine Gemeinde Strada im Oberland mit offenen Armen aufgenommen. Damals wussten die Ilanzer, dass die Kraftwerke Ilanz eins und zwei auf Gemeindegebiet von Strada gebaut werden. Auch könnte die Gemeinde Schnaus der ehemaligen Gemeinde Strada folgen und mit Ilanz fusionieren. Schnaus profitiert auch von Ilanz eins und zwei. Anders würde es in Ilanz vermutlich tönen, wenn z.B. die Gemeinden Riein und Pitasch Ilanz um einen Tanz für Annäherungsversuche bitten würden. Zwei Gemeinden mit vielen Kilometern Alpflur und Waldstrassen. Zum Teil in einem schlechten Zustand. Ein grosses Waldgebiet, das nur per Helikopter oder Seiltransporte bewirtschaftet werden kann. Darum in den letzten Jahren nur Defizite. Wegen der geographischen Lage hat jede Gemeinde eine eigene Kläranlage und dazwischen noch die Fraktion Signina, welche nur per Seilbahn erreicht werden kann. Hier entsteht wohl kaum eine Fusionsliebe. Hier wäre die Regierung als Heiratsvermittlungsinstitut gefordert, wenn

nicht sogar überfordert. Dieses Beispiel zeigt klar auf, dass die Gemeinden wirtschaftlicher denken als auch schon. Dass Ilanz sich nicht für unattraktive Gemeinden stark macht, begreife ich und möchte es auch nicht kritisieren. Die Gemeinden Riein und Pitasch haben sich damals auch nicht um die Fraktion Signina gerissen. Ich bitte hier um eine Protokollerklärung.

Regierungsrat Trachsel: Grossrat Caviezel, ich kann Ihnen sagen, machen Sie den Annäherungsversuch. Die Rollenverteilung im Kanton ist ein bisschen anders. Heiratsvermittler ist das Gemeindeinspektorat. Wenden Sie sich an den Heiratsvermittler und die Regierung hat eher die Aufgabe der fürsorglichen Eltern, die den Bräutigam oder die Braut finanziell so auszustatten hat, dass sie heiratsfähig wird. Das ist die Rollenverteilung. Wir haben diese Rolle auch schon gespielt. Wir werden sie weiter spielen. Sie können versichert sein, das wird auch mit dieser gesetzlichen Grundlage möglich sein.

Angenommen

Art. 93 Abs. 4 (neu)
Die Regierung berichtet jährlich dem Grossen Rat über Umfang und Erfolg der Förderung.

Marti: Ich stelle den Antrag, einen neuen Abs. 4 einzufügen und zwar mit folgendem Wortlaut: "Die Regierung berichtet jährlich dem Grossen Rat über Umfang und Erfolg der Förderung."
Ich begründe dies wie folgt: Der Art. 93 verpflichtet ausdrücklich den Kanton, und damit die Regierung, zur Förderung und Unterstützung, auch in finanzieller Natur für Gemeindezusammenschlüsse. Damit nimmt der Artikel auch sehr stark Bezug auf die vielen Voten und Diskussionen an verschiedenen Ratssitzungen hier und insbesondere auch beim Eintreten auf diese Vorlage. Es ist nun aber nicht klar, wie diese Förderung dann auch wirklich geschehen soll und wie darüber berichtet wird. Ich denke, dass die Information darüber im Interesse aller Beteiligten liegt. Sowohl der Befürworter von Gemeindefusionen als auch der Gegner, wenn ich beispielsweise an das Votum von Ratskollegin Joos denke, die hier ein spezielles Augenmerk darauf hat, wie die Förderung geschehen könnte oder eben auch nicht erfolgen sollte. Eine gesetzliche Verankerung der Informationspflicht anstelle der freiwilligen, unterstreicht auch die hohe strategische Bedeutung dieses Anliegens und gibt uns die Gewähr, dass wir hier im Rate auch Massnahmen zur Kenntnis nehmen können und nicht erst Vollzug. In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung dieses neuen Abs. 4 und danke Ihnen dafür.

Parolini: Ich bin erstaunt über diesen Antrag und frage mich, ob das wirklich nötig ist. Jedes Jahr gibt es einen Landesbericht und die Regierung wird ganz bestimmt in diesem Landesbericht über Fusionen berichten. Sie hat ein grosses Interesse, darüber zu berichten und wir wollen ja schlanke Gesetze. Ich bin der Meinung Abs. 4 ist wirklich nicht nötig. Und wenn es im Landesbericht nicht drin sein sollte, dann können Sie eine schriftliche Anfrage starten und erhalten die Antwort. Ich bin der Meinung, das ist nicht nötig.

Regierungsrat Trachsel: Ich hätte auch den Vorschlag gemacht. Es ist selbstverständlich. Wir werden im Landesbericht jährlich darüber berichten, wir werden im Zusammenhang mit dem Finanzausgleichsfonds ja auch darüber berichten, was uns finanziell das gekostet hat. Dann kommt dazu, dass jede Gemeindefusion letztlich eine Grenzbereinigung ist und damit in der Hoheit des Grossen Rates, und dass Sie über jede Fusion sowieso abschliessend befinden werden. Also, Sie werden über den Lauf der Verhandlung, Sie werden über das Ergebnis der Verhandlungen informiert werden und Sie werden auch immer am Schluss darüber abstimmen, ob Sie der Fusion zustimmen, ja oder nein. Ich bin auch der Meinung, im Sinne der Entschlackung von Gesetzen braucht man diesen Artikel nicht. Ich kann Ihnen sagen, Sie werden sicherlich darüber orientiert, weil Sie ja das Interesse der Regierung kennen, hier vorwärts zu machen.

Nigg, Kommissionspräsident: Als heute Morgen Grossrat Marti mir diesen Wortlaut in die Hand gedrückt hat, hat er gesagt: „Da wirst Du wohl nichts dagegen haben."
Ich habe etwas dagegen, weil ich eigentlich dagegen bin, dass man Überflüssiges noch in Gesetzen regelt. Es ist gesagt worden, wir haben den Landesbericht, wir haben heute Nachmittag die Geschäftsordnung des Grossen Rates, wo wir Möglichkeiten haben, diese Berichterstattung über Fusionen zu regeln oder dass wir es erfahren, wie der Stand der Fusion ist. Ich möchte nur noch eines an Ihre Adresse richten: Sie können natürlich nicht überall den Abbau von Personal fordern und dann bei ersten Gelegenheit wieder eine Sonderberichterstattung einführen. Also, das eine oder das andere geht nicht. Ich bitte Sie deshalb diesen Antrag abzulehnen.

Peyer: Ich glaub, Herr Nigg steht Herrn Marti in Sachen Personalabbau in keiner Art und Weise nach. Und ob dann Anfragen hier so viel schlanker sind, sonst werden wir ja immer gerügt, wenn wir Anfragen machen, wir sollen nicht eine solche Anfragenflut einreichen. Aber ich habe eigentlich nur eine Verständnisfrage: Wenn wir GRiforma flächendeckend einführen, meine ich, dass dann der Landesbericht immer dünner wird, bis er dann ganz weg ist. Wie wird dann die Berichterstattung sein, wenn wir GRiforma flächendeckend haben und eben keinen Landesbericht mehr?

Regierungsrat Trachsel: Ich habe noch nie darüber etwas gehört und ich bin selber noch nie auf die Idee gekommen, dass wenn wir GRiforma einführen würden, den Landesbericht streichen. Oder dann müsste man dann halt im GRiforma-Bericht, der würde dann zum Landesbericht, aber nicht, dass wir weniger berichten. Ich kann ja nur für mich antworten, Sie haben mich vorher nicht über die Frage orientiert, ich kann nicht sagen, wie die Regierung denkt. Darum sage ich, es ist meine Meinung, ich möchte nur das einschränken. Es ist nicht meine Meinung, dass man das Parlament weniger orientiert unter GRiforma. Das dürfte es nicht sein. Also, GRiforma sollte ja dazu dienen, dass wir flexibel führen können und dass das Personal kostenorientierter seine Ressourcen nutzt. Aber es sollte nicht dazu da sein, dass die Verwaltung nicht mehr Auskunft gibt, über das was sie leistet. Und ob sie das nun in einem Landesbericht oder in einem GRiforma-Bericht macht, sollte der Umfang und der Inhalt mindestens so sein, wie er heute auch ist. Ich möchte so die Antwort geben. Das ist meine ganz persönliche Meinung. Anders darf es nicht sein.

Loepfe: Ich kann hier vielleicht Grossrat Peyer eine Antwort darauf geben, als Mitglied des GRiforma-Ausschusses. Es ist tatsächlich so, wie Regierungsrat Trachsel sagt, der Landes-

bericht wird zwar als eigenstehendes Büchlein abgeschafft. Aber wir integrieren denselben Aussageumfang im Wesentlichen dann in die Rechnung. Es entstehen ja dann eigentlich integrierte Aufgaben und Finanzpläne und dementsprechend auch die Rechnungslegung. Und dann ist die Information gleich zum entsprechenden Zahlen und Kennzahlen dann zugeordnet. Aber die Informationstiefe, die wird nicht abnehmen. Wir haben einfach nicht mehr ein eigenständiges Büchlein dazu. Insofern kann ich Ihr Ängste ausräumen.

Marti: Die Ausführung gegen diesen Antrag waren ja eigentlich sehr schlüssig und führten eigentlich letztlich nur dazu, dass Klarheit herrscht, dass darüber berichtet wird. Und wo darüber berichtet wird. Also, insofern bin ich einverstanden und ziehe den Antrag zurück. Nur noch eine Bemerkung. Es ist natürlich nicht so, dass es mehr Arbeit gibt. Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, aber war eben nicht geregelt und vorher nicht klar, dass darüber auch berichtet wird, wenn man einen Auftrag zur Förderung gibt. Aber das haben Sie jetzt geklärt mit der Bekämpfung meines Antrages und damit hat es sich.

Der Antrag Marti wird zurückgezogen.

Angenommen

Art. 94
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Joos: Ich beantrage, Art. 94 b zu streichen. Wenn wir nicht mehr in der Lage sind als Gemeinde zu existieren, ist es klar, dass wir einen Weg suchen müssen und eine Verbindung eingehen. Damit genügt Art. 94a. Hingegen, wenn es nicht gelingt, eine Gemeinde mit guten Argumenten von einer Fusion zu überzeugen, ist der Zwang das schlechteste Mittel. Sollte mein Streichungsantrag abgelehnt werden, müsste wie bei den Regionalverbänden, Seite 1075 der Botschaft, mindestens eine Zweidrittelmehrheit vorausgesetzt werden. Es würde dann lauten: „Sofern mindestens eine Zweidrittelmehrheit der anderen betroffenen Gemeinden usw." Aber vorerst ein Streichungsantrag.

Antrag Joos I
Streichen Art. 94 Abs. 1 lit. b

Feltscher: Ich spreche zu Art. 94 Ziff. a und zu einer neuen Ziff. c, die ursprünglich im Vernehmlassungstext enthalten war. Gemäss Botschaft will man mit diesem Artikel vermeiden, dass eine einzelne Gemeinde eine Fusionslösung vetomässig verhindern kann, hinter der vielleicht die Mehrheit der Bevölkerung eines Tales steht. Ein entscheidender Artikel, denn fast in jedem Tal gibt es eine Gemeinde mit Steuerfinanzklasse eins oder zwei. Ohne diesen Artikel und ohne den Mut von Regierung und Grossem Rat, wird es nach meinem Gespür fast keine Talschaftsfusionen geben, und dass Zusammenschlüsse von zwei, drei kleinen Gemeinden ja nicht unser Hauptziel sein kann, dass wurde in dieser Debatte schon oft wiederholt und da sind wir uns, glaube ich, einig. Art. 94 ist ein gutes Beispiel für den in meinem Eintreten kritisierten, nicht so mutigen Vorschlag der Regierung. Aus diesem Artikel spüre ich etwa folgenden Geist: „Mein Gott, sind wir mutig, wenn wir dem Grossen Rat die Möglichkeit geben, eine oder einige Kleinstgemeinden in einer Talschaft zum Zusammenschluss zu zwingen."
Diesen Mut müssen wir sofort wieder abwürgen, in dem wir so viele unmöglich zu erfüllende Bremsklötze einbauen, dass der Grosse Rat sowieso nie dieses Mittel einsetzen wird. Dem Vernehmlassungsvorschlag hat man dann auch noch einen Zahn gezogen, nämlich den erwähnten Art. c, der damals im Vernehmlassungstext geheissen hat, also gleicher erste Satz: „Grosser Rat kann verfügen, wenn" und das hat es geheissen „der Zusammenschluss, die fehlende Finanzausstattung eindeutig verbessert und damit langfristig eine effiziente und gesetzeskonforme Aufgabenerfüllung ermöglicht."
Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht sein, dass der Grosse Rat eine Fusion in offensichtlich egoistisch geprägten Fällen, nicht anordnen kann. Ich nehme jetzt bewusst ein nicht so aktuelles Beispiel, damit man da nicht irgendetwas hinein interpretiert von möglichen Fusionen. Ich sage mal, es wäre eine Fusion Rheinwald, Schams und Avers zusammen. Alle Gemeinden würden zustimmen, ausser Sufers und Ausserferrera, weil die Einwohner dieser Gemeinden mehr Steuern zahlen würden bei einer Fusion. Vielleicht gar noch unethische Vergünstigungen erhalten vor der Fusion. Es kann doch nicht sein, dass der Grosse Rat dann auch noch mit Wörtern wie „dauernd" in der Ziffer a arbeitet. Weil dieses „dauernd" ist ja letzten Endes überhaupt nicht beweisbar. Was heisst „dauernd"? „Dauernd" heisst für immer und ewig. Also dann kann man diese lit. a gar nicht brauchen zum Zwingen, weil man kann nie abschätzen, ob etwas „dauernd" sein wird oder nicht. Also dieses Wort „dauernd" das muss unbedingt raus. Der Grosse Rat kann das nicht beurteilen, ob eine Gemeinde „dauernd" nicht funktionsfähig ist. Er kann nur beurteilen, ob im Zeitpunkt der Fragestellung die Funktionsfähigkeit gewährleistet ist oder nicht.
Bei diesem fehlenden Art. c, der eben in der Vernehmlassung noch drin war, geht es um den so genannten Rosinenpicker-Artikel. Eine reiche Kleingemeinde, ich habe als Beispiel Sufers genannt, es könnte aber auch Marmorera oder Rongellen heissen, dürften es schwierig haben, ihre Einwohnern von einer Fusion zu überzeugen. Wenn nachher der Steuersatz vielleicht um 30 oder gar um 50 Prozent höher ist. Reiche Kleingemeinden sollten deshalb vom Grossen Rat zur Fusion auch gezwungen werden können. Das die Regierung diesen Artikel ohne klare Begründung raus genommen hat, erkläre ich mir so: Der ganze Artikel 94 war bei den Kleingemeinden verständlicherweise stark bekämpft. Also muss man aus Kompromissgründen irgendetwas heraus nehmen aus dem Artikel, und natürlich das, was dem Kanton am wenigsten weh tut. Denn der Kanton hat natürlich rein finanziell ein Interesse, dass die super reichen Kleingemeinden nicht fusionieren. Die zahlen nämlich erkläckliche Beiträge in den Finanzausgleichstopf. Wenn wir aber Talschaftsgemeinden fördern wollen, sind gerade diese Zahlungen aus der Region nach Chur hinunter, ein wichtiger Trumpf. Das Geld soll eben nicht nach Chur geschickt werden, sondern im Tal bleiben. Und wenn Sie den Ansatz der Talschaftsfusion unterstützen wollen, dann befürworten Sie den Art. 94 Abs. 1 Ziffer c, zuzufügen, der da, ich wiederhole es, weil er wird etwas kompliziert formuliert, es lautet: „Der Grosse Rat kann verfügen, wenn der Zusammenschluss die fehlende Finanzausstattung eindeutig verbessert und damit langfristig eine effiziente und gesetzeskonforme Aufgabenerfüllung ermöglicht."

Antrag Feltscher I
Art. 94 Abs. 1 lit. a
Streichen: „dauernd“

Antrag Feltscher II
Art. 94 Abs. 1 lit. c (neu)
Einfügen:
der Zusammenschluss die fehlende Finanzausstattung eindeutig verbessert und damit langfristig eine effiziente und gesetzeskonforme Aufgabenerfüllung ermöglich.

Loepfe: Ich mache Sie auf ein Problem aufmerksam. Ich hoffe dann, der Kommissionspräsident geht noch darauf ein. Und zwar kehre ich zurück zu einer Aussage von Herrn Regierungsrat bei der Eintretensdebatte. Er hat nämlich auf Art. 94 Abs. 2 des alten Gemeindegesetzes oder des aktuell gültigen Gemeindegesetzes hingewiesen und hat dort richtig vorgelesen: „Erwachsen beteiligten Gemeinden aus einer solchen Massnahme Vermögensnachteile, so ist im Sinne von Art. 93 eine Ausgleichssumme zuzusprechen. Jetzt ist das aber so, wenn ich das richtig interpretiere, dann wird Art. 94 Abs. 2 durch Art. 94 Abs. 2 neu „die betroffenen Gemeinden sind vorgängig anzuhören“ überschrieben. D.h. Art. 94, da kein Antrag gestellt ist, dass der ehemalige Abs. 2 neu zu Abs. 3 wird, verschwindet. Und das wäre natürlich nicht gut, weil im Sinne der Ausführungen von Markus Feltscher ist es natürlich schon so, wir müssen auch für diese reiche Gemeinde, die dann die hässliche Braut nicht unbedingt übernehmen möchte, müssen wir die Möglichkeit geben, mit Anreizen, hier das möglich zu machen, dass ihr kein Schaden daraus erwächst. Also, in diesem Sinne, bitte eine Präzisierung des Kommissionspräsidenten, ob Art. 94, Abs. 2 alt tatsächlich gestrichen werden soll oder ob der überleben soll? Weil dann müssen wir die Antragsstellung entsprechend machen.
Zweitens möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Strategiekommission im Mitberichtsverfahren genau diese Anträge von Markus Feltscher gestellt hat und dort auch unterlegen ist und deshalb liegen Ihnen diese Anträge nicht vor. Entsprechend wären dann die Limiten zu setzen beim Eintreten. Ich möchte hier aber auch ergänzend noch sagen, dass ich persönlich die Meinung von Grossrat Feltscher teile. Nach meiner Auffassung ist es so, dass das Wort dauernd in Art. 94 Abs. 1 a mehr Unsicherheit als Klarheit schafft, weil eigentlich ein unklarer Zeitbegriff verbunden ist. So wird kaum eine funktionsunfähige aber auch fusionsunwillige Gemeinde für sich in Anspruch nehmen, dass dieser Zustand dauernder Natur sei. Sie wird sagen, dass sei nur vorübergehender Natur. Man kann ja immer hoffen, dass nächstes Jahr eine reiche Grossfamilie zuzieht. Dann hat man genug Leute und genügend Steuereinnahmen. Also, hier ist schon ein Problem, dass wir mit dem Wort „dauernd“ einfahren und deshalb ist es besser zu streichen.
Dann zu lit. c, die vorgeschlagen wurde. Hier denke ich, diese ist berechtigt. Die Regierung hat sie ja dann auch vorgeschlagen gehabt im Vernehmlassungsverfahren. Nachher aufgrund der Vernehmlassung wurde diese lit. c gestrichen. Unter anderem mit den Ausführungen, hier auch in der Botschaft, dass der lit. c grösster Widerstand erwachsen sei. Hier ist natürlich auch darauf hinzuweisen, dass dieser Widerstand grundsätzlich war und von diesen Gemeinden kam, die natürlich grundsätzlich gegen den Fusionsartikel waren. Und insofern, wenn die Regierung tatsächlich der Auffassung ist, dass diese Zwangsfusionen gemäss Art. 94 diese Kriterien gelten sollen, dann kann man auch lit. c aufnehmen. Die ist so gut und so schlecht wie lit. a und b auch.
Hier ist auch zuzüglich noch zu sagen, es ist natürlich schon so, wie es Grossrat Feltscher gesagt hat. Mit dieser Litera können wir nicht nur – das was ich vorher angetönt habe mit dem Reichen, der dann übernehmen muss – also die traurige Braut übernehmen muss, die nicht so schöne Braut übernehmen muss. Aber wir können mit diesem Artikel auch noch etwas anderes machen. Wenn sich nämlich abzeichnet, dass die Braut hässlich wird, dass man das bereits mit diesem Artikel hier zugreift, bevor dann nachher die Braut so hässlich ist, dass sie wirklich niemand mehr will. Und ich denke deshalb, wir sollten diesen Artikel wirklich wieder ins Gesetz aufnehmen.
Den Kleingemeinden möchte ich noch sagen, mir bleibt das Votum von Ratskollege Reto Pfister noch im Kopf, wo er mich dann ein bisschen auch gerügt hat. Er kann natürlich schon sagen, es ist nicht gut, wenn wir hier nur auf die Grösse gehen. Es müsse auch Zwangselemente geben für grössere Gemeinden, die nicht die entsprechende Finanzausstattung hat. Wenn er sein Votum aber Ernst meint, dann muss er genau zu dieser lit. c Ja sagen. Es ist nämlich so, dass das eines der wesentlichen Kriterien ist, die es erlaubt, grössere Gemeinden bis über 1'000 Leute, die nicht eigens lebensfähig sind, die dauernd am Sonderbedarfstopf hängen würden, über diese lit. c eben zwangs zu fusionieren. Also, wenn die Kleingemeinden auch mit dem Votum von Ursulina Joos tatsächlich dafür sind, dass die Grösse alleine kein Kriterium sein kann für Zwangsfusionen, dann müssen Sie genau dieser lit. c zusagen.

Thomann: Ich teile zwar die Meinung, dass wir mit dem Zwang zu Fusionen sehr zurückhaltend sein sollten und diese Artikel nur in Ausnahmefällen anwenden sollten. Die Möglichkeit dies zu tun, sollte aber meines Erachtens unbedingt im Gesetz verankert sein. Nehmen wir z.B. eine Region mit mehreren Gemeinden, die Mehrheit würde einem Zusammenschluss zustimmen und eine einzige Gemeinde stellt sich gegen die Fusion. Es darf doch nicht sein, dass diese Gemeinde die Fusion gefährdet oder verhindert. In einem solchen Fall muss der Grosse Rat den Zwangsartikel anwenden können. Ich kann Ihnen beim Projekt Surses konkret bekannt geben, wie wir das versucht haben zu lösen. Wir wollten ein Quorum vorschlagen, indem das von den neun Gemeinden mindestens sechs zustimmen müssen, damit die Fusion für diese sechs zustimmenden Gemeinden gilt. Erstaunlicherweise stellten sich gerade aber die vehementesten Gegner der Fusion gegen diesen Artikel und wollten, dass alle der Fusion zustimmen. Das bedeutet, dass eine Gemeinde mit 25 Einwohnern eine Talfusion von neuen Gemeinden mit 2'500 Einwohnern verhindern kann. Das darf es wohl nicht sein. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Antrag von Markus Feltscher zuzustimmen und den Antrag Joos abzulehnen.

Pfister: Ich möchte Sie vielleicht nur darauf aufmerksam machen, was man mit diesem Abs. b dann wirklich bewirkt. Vielleicht gleich mit der Aussage von Grossrat Thomann. Also, Sie müssen davon ausgehen, dass wenn Sie diese Gemeinde mit 25 Einwohnern zwangsfusionieren, dass sich diese 25 Leute für die nächsten 25 Jahre nicht kooperativ zeigen werden. Und, wenn es nur 25 Leute sind, geht das schon. Aber wenn da eine grössere Gemeinde in einer Talschaft sich dagegen setzt, dann haben wir oder könnte man da sehr grosse Probleme verursachen. Ich meine, es wäre einfacher, wenn es möglich wäre, diese Gemeinde, die da

nicht fusionieren will, links liegen zu lassen, weil die dann in zwei Jahren ohnehin keine andere Möglichkeit mehr hat, als auch einzusteigen.
Zu den anderen Artikeln, vielleicht zu a, da unterstütze ich grundsätzlich die Aussagen, die gemacht wurden von Grossrat Feltscher. Ich denke schon, wenn man einen gewissen Druck machen will, dann soll man „dauernd" streichen. Also, da muss ich sagen, wenn auch eine Kleingemeinde nicht im Stande ist über auch kürzere Zeit die Sache nicht Recht zu machen, dann soll es möglich sein. Und auch die lit. c, die Grossrat Loepfe angesprochen hat, muss ich sagen, die kann ich unterstützen, weil es muss auch sein, dass auch grosse Gemeinden zwangsfusioniert werden können.

Keller: Ich bekämpfe den Antrag von Kollegin Joos und das eben aus der Sicht von den Kleingemeinden. Wir müssen hier daran erinnern, dass bei Zusammenschlüssen von mehreren Gemeinden, jede Gemeinde hat praktisch ein Vetorecht. Es genügt nämlich, dass sich in einer Volksabstimmung eine Gemeinde gegen die Fusion ausspricht, damit wird der Zusammenschluss auch für alle anderen Gemeinden gegenstandslos. Und eben für die Kleingemeinden wollen wir heute die Talschaftsfusionen befürworten. Wollen wir Fusionen erreichen, die für eine bestimmte Zeit die Strukturen verbessern und wollen wir nicht der Meinung der Mehrheit der Gemeinden befürworten aber Vetorecht für kleine Gemeinden, die eine zentrale Rolle spielen, könnten in der Fusion z.B. wegen ihrer geographischen Position befürworten. Und das kann eben nicht der Sinn sein, von einem – sagen wir – modernen Gesetz. Der Sinn muss sein, dass Talschaftsfusionen zu befürworten sind und falls wir Talschaftsfusionen befürworten wollen, dann müssen wir das Vetorecht von den Gemeinden abbauen und auch in diesem Zusammenhang der Mehrheit, dem Votum der Mehrheit, die Wünsche der Mehrheit der Gemeinden befürworten. Deswegen, bitte ich Sie dringend aus der Sicht der Kleingemeinden diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Zegg: Ich glaube, die beste Variante ist die, die die Kommissionsmehrheit und die Regierung vorschlägt. Die ist überlegt, ist einfach und jeder kann es nachvollziehen. Diese Gemeindefusion, diese Zwangsfusionen können wir zum vornherein vergessen. Wir können auch nicht all die Gemeinden über einen Kamm scheren. Das ist völlig falsch. Ich unterscheide, wenn wir bei diesem Thema bleiben, drei Kategorien. Die eine Kategorie ist die Liebesheirat, die haben füreinander Sympathie. Die werden fusionieren. Dann gibt's die zweite Kategorie. Da wird die Vernunft spielen. Da geht es um Geld. Die werden allenfalls auch fusionieren. Und die dritte Kategorie, die will nicht. Die müssen wir doch nicht zwingen dazu. Die bleiben aussen und werden sehen, wie sie alleine weiterkommen. Und die werden mit der Zeit auch vernünftig werden. Es ist völlig falsch, hier solchen Druck auszuüben und alle Details schon hier reinzubauen. Die könnten im Fall eintreten, ich muss sagen, wer um fünf Ecken sieht, ist gerade aus blind. Wir müssen das einfach gestalten, so wie es hier die Kommission und Regierung vorschlägt. Und die ganzen Zusatzanträge sind eigentlich mehr eine Verschlimmbesserung.

Heinz: Ich möchte die Voten von Grossrätin Joos unterstützen. Ich möchte diesen Artikel eigentlich streichen. Wenn das nicht möglich ist, müssten wir das Quorum ein bisschen erhöhen. D.h. dann, es ist ja nicht richtig, wenn von fünf, drei Ja sagen, dann müssen die anderen zwei auch mitziehen. Das finde ich eigentlich nicht gut. Denn den genannten Schwellenwert gilt es zu heben. Gerade den Walsergemeinden mit ihrer Kultur und Tradition können solche Machenschaften natürlich sehr, sehr wehtun. Und zudem ist in der Kantonsverfassung in Art. 64 eigentlich nur von einer Förderung von kommunalen Zusammenschlüssen die Rede. Die Regierung hat sich oft auch dahin ausgesprochen, von Hemmnissen abbauen und Anreize zu schaffen. Und jetzt wird es plötzlich ganz anders.
Und jetzt noch etwas zu den Worten von Kollege Feltscher. Also, ich überlege mir, wenn denn das nächste Mal Geld für die HTW aus diesem Raume gesprochen werden soll, dann, ja, mache ich mir dann meine Gedanken dazu. Ich nenne genau das Beispiel, das er gesagt hat. Da hinten, südlich von der Viamala. Eine Gemeinde Schams ist beschlossen. Hinten dran ist das Avers. Und dann meint der Grosse Rat, ja das Avers, das integrieren wir gerade auch noch in Schams. Obwohl das Avers an den Finanzausgleich bezahlt. Jährlich 40'000, 50'000 Franken. Mit dem Geld sollen wir dann nach dem Artikel zwangsfusioniert werden, einverleibt werden und hätten dann nichts mehr zu sagen. Dazu kommt noch, wenn Sie das Avers in das Schams integrieren, heisst das, wir werden keine Schule mehr dort haben. Die Post wird nur noch vereinzelt dort hineinfahren. Der Laden geht ein. Die Kanzlei wird geschlossen. Wer wird dann für die Schneeräumung aufkommen? Ja, wenn man dann in Andeer geräumt hat, kommt man dann noch ins Hochtal schnell usw. Glauben Sie doch nicht, dass dort dann noch eine junge Familie wohnen will. Dann gehen alle runter. Da müssen wir ehrlich sein und sagen, solche Gebiete wollen wir entvölkern. Ich meine, diese Probleme aus Sicht von Chur sieht man die nicht. Aber das sind effektive Probleme bei uns. Wir können nicht mehr Dominosteine wegnehmen einiger Talschaften, sonst können wir nicht mehr dort leben.
Sehen Sie, meine Damen und Herren, der Regierung traue ich alles zu, also vieles im positiven Sinn zu, aber diesen Rat, den ich erlebt habe, in den letzten Sitzungen, er schwankt einmal so, einmal so. Und darum habe ich grosse Angst und es betrübt mich dann ein bisschen, wenn dann dieser Rat entscheidet, ob Avers zum Schams gehört oder nicht. Ich bitte Sie, Grossrätin Joos zu unterstützen.

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Schluss der Sitzung: 12.15 Uhr

Für die Genehmigung des Protokolls

Durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Geisseler

Der Protokollführer: Adriano Jenal

Mittwoch, 7. Dezember 2005
Nachmittag

Vorsitz: Standespräsident Hans Geisseler/Standesvizepräsidentin Agathe Bühler-Flury

Protokollführer: Domenic Gross

Präsenz: anwesend: 109

entschuldigt: Arquint, Augustin, Federspiel, Hess, Hübscher, Maissen, Plozza, Ratti, Righetti, Rizzi, Schmid

Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung (B12/2005-2006, S. 993)

Detailberatung (Fortsetzung)

Art. 94

Standespräsident Geisseler: Wir sind vor der Mittagspause stehengeblieben bei Art. 94. Darf ich kurz wiederholen. Beim Abs. 1a haben wir einen Streichungsantrag, der das Wort dauernd streichen möchte. Das ist Grossrat Feltscher. Grossrätin Joos möchte b streichen und Grossrat Feltscher möchte wiederum eine neue Ziffer einfügen, die heisst: „Der Zusammenschluss, die fehlende Finanzausstattung eindeutig verbessert und damit langfristig eine effiziente und gesetzeskonforme Aufgabenerfüllung ermöglicht." Jetzt möchte ich bitten, dass noch mehr Ruhe einkehrt. Was jetzt besprochen wird, ist keine Wiederholung, sondern ist aktuell.

Casanova (Vignogn): Nur kurz. Ich unterstütze den Antrag von Grossrätin Joos. Art. 2 haben wir angenommen. Somit wollen wir Demokratie und keine Diktatur. Aquila und Bignasco werden gegen den Willen der Bevölkerung zwangsfusioniert und das Bundesgericht hat eine Beschwerde von Ausserbinn gegen die Zwangsfusion abgewiesen. Ich frage mich, ist das noch Demokratie. Das Ziel, mehr Gemeindefusionen zu erreichen, muss wirklich anders gelöst werden. Auch der Kanton Schaffhausen sagt nein zu Zwangsfusionen.

Regierungsrat Trachsel: Sie sind zum Herz oder zur Seele dieser Botschaftsvorlage vorgestossen oder anders gesagt, Sie sind bei Herz- und Blutartikel. Die FDP-Fraktion hat richtig festgestellt, wir haben in der Vernehmlassung mehr oder weniger den Text vorgelegt, den Sie jetzt vorschlagen. Wir haben das gemacht, was in anderem Zusammenhang Grossrat Löpfe gesagt hat. Demokratie ist, wenn die Mehrheit entscheidet und auf die Minderheit Rücksicht genommen wird. Das haben wir gemacht. In der Vernehmlassung waren es nicht nur die Kleingemeinden, es waren so ziemlich alle Gemeinden, die emotionell von einem Zwangsartikel Angst hatten, die sich über die Gemeindeautonomie geäussert haben. Aufgrund dieser Vernehmlassung haben wir gesagt, wir möchten Emotionen abbauen. Ich glaube, auch diesen Artikel sollte man ohne Emotionen diskutieren können. Man sollte ihn zurücknehmen auf die Bedeutung, die er hat. Es ist sicherlich nicht so, wie Grossrat Feltscher gesagt hat, dass es uns darum geht, die kleinen Wasserzins-Gemeinden im Finanzausgleich zu halten, weil sonst würden wir nicht darüber sprechen, dass wir im Jahre 2007 einen neuen Finanzausgleich II wollen, der dann möglicherweise anders aussieht.
Ich möchte zu Grossrat Heinz und zu den anderen kleinen Wasserwerkskönigen so sagen: Wenn diese Kleingemeinden mit Vetos oder mit anderen Möglichkeiten vernünftige Fusionen verhindern, ist es sehr wahrscheinlich die steilste Vorlage, die man denjenigen geben kann, die wollen, dass der Wasserzins nicht mehr zur Gemeindehoheit gehört, sondern möglicherweise Talschaftshoheit wird. Ich finde, das Problem müssen wir nicht hier behandeln. Soviel Bedeutung hat dieser Artikel in dieser Frage nicht. Die kleinen Kraftwerksgemeinden müssen sich selber überlegen, was vernünftig ist. Was ich aber sagen kann, ist, dass mit Talschaftsfusionen dieses Problem gemildert wird. Weil, wenn sich Talschaften, die an einem Gewässer sind, fusionieren, dann gibt es einen Ausgleich innerhalb dieser Talschaft, was wir als vernünftig anschauen. Aber wie gesagt, für mich war es nie eine Steuerfrage und Finanzfrage, wann man diesen Zwangsartikel anwenden soll. Ich würde es anders nennen. Es ist auch nicht so, dass ich glaube, dass solche Gemeinden Fusionen verhindern können. Wenn eine solche Gemeinde, auch wenn sie Quoten schaffen und sagen 100 Prozent zwei Gemeinden eine Fusion verhindern können in einer ersten Abstimmungsrunde, dann wird es so sein, dass sich die anderen fusionswilligen Gemeinden einer Talschaft finden werden, weil sie alle Grundlagen der Fusion erarbeitet haben und mit drei- oder sechsmonatiger Verspätung das machen, was sie für sich wollen. Machen Sie sich diesbezüglich keine Illusionen, wenn Sie so etwas verhindern wollen. Sie müssen sich auch eine andere Frage stellen, nämlich: Wie kann ich mit der fusionierten Gemeinde weiterhin regional zusammenarbeiten? Darin sehe ich der Kern des Zwangsartikels. Wenn eine Talschaft fusionieren will und eine Gemeinde, gleichgültig aus welchem Grund, macht nicht mit und verhindert, dass man die Regionalverbände auflösen kann und nicht bilateral mit ihr eine Lösung findet, und wir dann trotz fast fusioniertem Tal alle Strukturen erhalten müssen, dann werde ich Ihnen die Botschaft vorlegen, dass wir diese Gemeinde zwingen. Das muss das Ziel sein. Strukturen bereinigen, vereinfachen, unnütze Arbeit abschaffen. Sie wissen, der Fusionsartikel wirkt schon, wenn man ihn nicht anwendet. Das weiss

ich natürlich auch. Das zeigt ja auch, dass der alte Fusionsartikel nie angewendet wurde. Also an all die Leute von den Kleingemeinden. Die Latte ist sehr hoch, der Grosse Rat muss entscheiden. Das würde hier mindestens eine so ausführliche Diskussion auslösen wie jetzt das ganze Gesetz zusammen. Dessen bin ich mir auch bewusst. Dessen werden sich auch meine Nachfolger bewusst sein.
Was sagt der Artikel, den wir Ihnen vorlegen und der auch die Kommission unterstützt. Er sagt, geringe Einwohnerzahl. Wir sind der Meinung, geringe Einwohnerzahl ist eine Worthülse. Die Einwohnerzahl müsste sehr wahrscheinlich unter 100 liegen. Betrifft also 32 Gemeinden. Und dann müssen gleichzeitig kumulierend unzureichende personelle Ressourcen – also Vorstand nicht besetzen – oder unzureichende eigene finanzielle Ressourcen gegeben sein.
Wir haben das Wort ‚dauernd' nicht rausgenommen. Da kann ich die Antwort Grossrat Feltscher geben, weil wir gesagt haben, wenn Sie das ‚dauernd' rausnehmen, heisst das: Wenn eine Gemeinde einmal in finanzielle Schwierigkeiten gerät, wird sie fusioniert. Wenn es ‚dauernd' heisst, hat sie die Chance, mit eigenen Mitteln sich wieder daraus zu befreien. Es hat natürlich immer wieder finanzschwächere Gemeinden gehabt, die wegen eines Ereignisses eine notwendige Investition tätigen musste und die in eine Notfallsituation geriet, aber sich mit Hilfe des Finanzausgleiches in vernünftiger Zeit wieder herausarbeiten konnte. Diese Motivation wollten wir geben, aber wie gesagt, es ist letztlich vielmehr eine politische Frage, als eine Auswirkungsfrage, auch wenn wir jetzt hier vor allem über Auswirkungen diskutiert haben. Es ist eher eine Frage, will man eben nach dem Zitat von Grossrat Löpfe auf die kleinen Rücksicht nehmen, ihnen helfen, die Emotionen etwas abzubauen, etwas Dampf wegzunehmen, um sich etwas weniger unwohl zu fühlen und dann stimmen Sie der Mehrheit zu.
Grossrat Loepfe hat mich noch zu Abs. 2 gefragt. Wir haben das im Art. 93 eingepackt. Ich habe Grossrat Caviezel diesbezüglich eine Protokollerklärung abgegeben. Sie haben dort nichts zu befürchten. Also noch einmal, ich bitte Sie, die Anträge Feltscher und Joos abzulehnen. Es wäre ein falsches Zeichen zu sagen, es bleibt alles, wie es will. Lassen Sie den drohenden Wink an der Wand, so dass wir ihn nie brauchen müssen. Stimmen Sie der Mehrheit und der Regierung zu.

Nigg; Kommissionspräsident: Zuerst vielleicht eine Erklärung wie Sie von Grossrat Löpfe verlangt wurde zu Art. 94 Abs. 2 des alten Gesetzes. Meiner Meinung geht Art. 94 Abs. 2 des alten Gesetzes, wo an Fusionen beteiligte Gemeinden unterstützt oder Ausgleichssummen bekommen können, auf im neuen Art. 93 in Verbindung mit Art. 19 Finanzausgleichsgesetz, wo eben diese Fördermassnahmen und Beiträge statuiert und vorgesehen sind. Zum Art. 94. Wir sind beim Zwangsartikel angekommen. Und wie nicht anders zu erwarten war, gehen die Meinungen dazu diametral auseinander. Wir haben einerseits die Anträge der Strategiekommission beziehungsweise von Grossrat Feltscher, der einmal das ‚dauernd' streichen will und dann mit einer neuen lit. c Gemeinden auch bei der fehlenden Finanzausstattung zur Fusion zwingen will. Wir haben auf der anderen Seite den Antrag von Grossrätin Joos, welche mit der Streichung von lit. b fast jede Zwangsmöglichkeit aus dem Gesetz streichen will. Ich habe eingangs erwähnt, die Regierung hat sich mit ihrem Strukturänderungsprogramm für ein Anreizsystem entschieden und nur ausnahmsweise, ich betone, ausnahmsweise Gemeinden zur Fusion gezwungen werden können. In diesem Sinne bildet der Artikel, so wie er hier steht, ein Kompromiss. Ein Kompromiss, der von der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik eingehend diskutiert wurde. Ein Kompromiss zwischen den Fusionsturbos wie wir sie kennen oder wie sie sich zu erkennen gegeben haben und den Vertretern der Kleingemeinden. Es ist nämlich auf der einen Seite nicht so, dass mit einer Einführung von lit. c auch grosse Gemeinden betroffen sind. Es sind nämlich vor allem die Gemeinden, nehme ich an, in der Finanzkraftklasse fünf, die betroffen wären. Und eine richtig grosse Gemeinde in Finanzkraftklasse fünf ist wahrscheinlich einzig Truns mit über 1'000 Einwohnern.
Umgekehrt muss der Grosse Rat respektive, ja muss der Grosse Rat die Möglichkeit haben eine Gemeinde zur Fusion zu zwingen, wenn sie mit ihrer Haltung, mit ihrer vielleicht renitenten Haltung, wenn ich das so ausdrücken darf, jede ordentliche Entwicklung einer Talschaft beispielsweise oder eben auch einer Kleinregion zu einer Gemeinde verhindert. Der Zwang, der ist ja in dem Sinne nicht so gross als er nur auf dem ordentlichen parlamentarischen Weg erfolgen kann. Wir wissen ja, wie die parlamentarischen Mühlen langsam malen.
Grossrätin Joos hat die Kleingemeinden beim Eintreten mit viel Herzblut vertreten. Ich habe Verständnis für die Anliegen der Kleingemeinden. Wo ich kein Verständnis habe, ist wenn diese Kleingemeinden mit einer Streichung von lit. c auch jede ordentliche Entwicklung, wenn sie eben eintrifft, verhindern wollen. Ich bitte Sie daher alle Anträge abzulehnen. Vielleicht noch ein Wort zum dauernd, das auch gestrichen werden soll. Das haben wir auch diskutiert. Wir haben gefunden, dass eine Gemeinde kurzfristig, ich schaue auf meinen Kollegen geradeaus, kurzfristig in finanzielle Nöte kommen kann. Z. B. dann, wenn Sie von Unwettern betroffen sind, aber vielleicht auch aus anderen Gründen. Es soll aber kein Grund sein, um Sie dann schnell zu einer Fusion zu zwingen. Also man muss einer Gemeinde auch die Gelegenheit geben sich aus eigenem Antrieb wieder aus ihren Schwierigkeiten zu finden und ihre Schwierigkeiten zu überwinden. Ich hab eingangs gesagt, dieser Art. 94 ist letzten Endes ein Kompromiss. Wir sind ja da im Rat, um Konsens zwischen den verschiedenen Meinungen zu finden und ich bitte Sie in diesem Sinne, dem Art. 94 wie er da steht, zuzustimmen.

Loepfe: Ich glaube, es ist ein bisschen ein Missverständnis, wenn wir hier über diese Kriterien reden, weil Sie hier so tun oder es wird von gewissen Exponenten teilweise so getan, wie falls diese Kriterien zutreffen, dann müsse eine Fusion durchgeführt werden. Aber das steht da nicht. Das sind die Kriterien, wann sich der Grosse Rat mit einer solchen Situation befasst. Nachher, wenn sich der Grosse Rat damit aufgrund dieser Kriterien befasst, werden wir hier eine politische Diskussion führen. Dann werden wir entscheiden. Und dann werden wir alle Aspekte anschauen. Und wenn jetzt vorgebracht wird aufgrund dieser Kriterien, weil ja beispielsweise das Wort dauernd da wäre, würden wir dann aufgrund eines Unwettervorfalles automatisch beschliessen, die Gemeinde zu fusionieren. Ich sehe meine Funktion als Grossrat hier in diesem Gross Rat anders. Wir sind vernünftige Leute. Und wir wissen was wir tun in der Regel. Also nochmals, diese Kriterien sind eigentlich nichts anderes als Eintrittskriterien, dass wir uns überhaupt mit der Materie befassen und nicht mehr und nicht weniger. Es ist keine automatische Zwangsfusion. Bitte missinterpretieren Sie diesen Artikel nicht.

Abstimmung zum Antrag Feltscher I
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 57 zu 30 Stimmen zu.

Abstimmung zum Antrag Joos I
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 83 zu 9 Stimmen zu.

Abstimmung zum Antrag Feltscher II
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 52 zu 32 Stimmen zu.

Joos: Wie schon gesagt, möchte ich bei Art. 94 b, dass es so steht, „sofern mindestens eine Zweidrittelmehrheit der anderen betroffenen Gemeinden den Zusammenschluss zugestimmt hat."

Antrag Joos II
„…sofern mindestens eine Zweidrittelmehrheit der anderen betroffenen Gemeinden den Zusammenschluss zugestimmt hat."

Regierungsrat Trachsel: Ich glaube, wir haben in den übrigen Abstimmungen einen Mittelweg gefunden. Ich bin auch hier der Meinung, man sollte beim Mittelweg bleiben und nicht wieder Hürden einbauen. Es ist von uns aus gesehen ein Kompromiss, der allen dient, aber es soll auch ein klares Zeichen sein, dass man in einer Talschaft eine Gemeinschaft ist und nicht hohe Hürden aufbauen soll, um etwas zu verhindern. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Heinz: Ich unterstütze Grossrätin Joos. Ich möchte Regierungsrat Trachsel ein bisschen widersprechen. Sehen Sie, wenn in einer Talschaft eine Fusion gemacht wird und wir haben nicht die zwei Drittel drin, also es ist noch die Frage der Bevölkerung oder der Gemeinde, dann kann dann praktisch eine Gemeinde die anderen dazu zwingen. Ich möchte mir hier etwas Spielraum lassen. Also zwei Drittel der Gemeinden möchte ich drin haben. Auch bei der Gründung der Regionalverbände ist diese Zwei-Drittels-Mehrheit auch irgendwo drin. Und ich würde das an und für sich nicht anders als richtig finden, wenn wir zwei Drittel haben. Sehen Sie, wenn wir von fünf, sagen drei wir machen, dann müssen die anderen gezwungenermassen mitmachen. Oder Sie können auch ein anderes Beispiel nehmen mit der Höhenzahl. Also ich bitte Sie, Grossrätin Joos zu unterstützen.

Nigg: Kommissionspräsident: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Schon allein darum, weil er völlig unpraktikabel ist. Ein Gemeindezusammenschluss ist eine Sache von drei oder vier oder fünf Gemeinden, dann verlangen Sie noch die zwei-Drittels-Mehrheit. Im Übrigen ist es natürlich so, wenn es mehrere Gemeinden sind, die nicht für einen Zusammenschluss sind, dann wird der Grosse Rat sich kaum dazu bewegen können, dass er eine Gemeinde oder zwei Gemeinden verknurrt sich zusammenschliessen. Dann ist der Zusammenschluss einfach nicht zusammen gekommen. Ich finde diesen Vorschlag eigentlich nicht richtig und nicht praktikabel.

Abstimmung zum Antrag Joos II
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 84 zu 11 Stimmen zu.

Art. 95 – 101
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Standespräsident Geisseler: Darf ich feststellen, dass wir somit diesen Art. 94 erledigt haben und weitergehen zu Art. 95. Diskussion? Art. 96, Art. 97, Art. 98, Art. 99, Art. 101. Wird das Wort verlangt? Wenn nicht, haben wir das Gesetz so durchberaten.

Christoffel-Casty: Ich vermisse die sprachliche Gleichstellung in diesem Gesetz. Und ich möchte die Redaktionskommission bitten, dies in der kreativen Form nachzuholen. Danke.

Regierungsrat Trachsel: Ja ich möchte einfach noch eine kurze Erklärung abgeben, wieso wir es nicht gemacht haben. Es ist bei Teilrevisionen nicht üblich. Es ist nämlich dann nicht mehr lesbar. Die kreative Form verwenden wir nur bei Totalrevisionen.

Christoffel-Casty: Darf ich etwas darauf erwidern. Es handelt sich um höchstens drei Artikel. Und da denke ich, es wäre lesbar auch die kreative Form zu wählen.

Standespräsident Geisseler: Gut. Die Begründung hat Herr Regierungsrat Trachsel gegeben. Dürfen wir zu den Anträgen auf Seite 1'084 der Botschaft kommen.

Schlussabstimmung
Der Grosse Rat stimmt der Teilrevision des Gemeindegesetzes mit 90 zu 3 Stimmen zu.

Teilrevision des Gesetzes über den interkantonalen Finanzausgleich und der dazugehörigen Vollziehungsverordnung (B12/2005-2006, S. 1145)

Eintreten

Nigg; Kommissionspräsident: Kurz zum Eintreten im Finanzausgleichsgesetz. Im Finanzausgleichgesetz wird ein Anreizsystem geschaffen mit dem man eben die territoriale Gemeindreform, wie das jetzt mehrmals gesagt wurde, fördern oder beschleunigen will. Der Anreiz zu Zusammenschlüssen erfolgt beim Steuerkraftausgleich. Dieser unterscheidet neu die zwei Stufen Sockelbeitrag und Mindestausstattung. Für den Sockelbeitrag entfallen im neuen Finanzausgleichsystem sämtliche Schranken, wie der Steuerfuss, die Finanzkraftgruppe oder die Einwohnerlimite und stattdessen wird eine minimale Ausgleichschwelle von 55 Prozent der kantonalen Mittel eingesetzt. Im Botschaftsentwurf werden für den jetzigen Zeitpunkt immer 50,5 Prozent vorgeschlagen. Dieser Sockelbeitrag wird durch eine so genannte Mindestausstattung für die ersten 300 Einwohner ergänzt. Bei weniger Einwohnern wird die Mindestausstattung gekürzt und zwar bis abgestuft bis zu drei Sechstel oder ein Zweitel für Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnern. Durch die stufenweise Kürzung entsteht sogar bei Kleinstgemeinden ein Anreizsystem zu Zusammenschlüssen.

Das vorgeschlagene System HEUREKA, wie es genannt wird, basiert wie gesagt auf einer Ausgleichschwelle für den Sockelbeitrag von 57,5 Prozent des kantonalen Mittels für den Steuerkraftausgleich. Es basiert im Weiteren darauf, dass nur noch Gemeinden mit 300 oder mehr Einwohnern in den Genuss der vollen Mindestausstattung kommen. Im Vorschlag HEUREKA und diese Aussage, scheint mir für die Beratung sehr wichtig zu sein, wird zudem auf die vorhandenen Mittel im Finanzausgleichsfonds Rücksicht genommen. Das System HEUREKA ist das Ergebnis verschiedenster Modellrechnungen, diese wurden im Auftrag der KWAS und auf Anregung auch der Strategiekommission, mit verschiedenen Varianten und mit verschiedenen Mindestausstattungen, für mehr oder weniger Einwohner ergänzt. Die KWAS ist aber nach intensiver Beratung der verschiedenen Systeme zum Schluss gekommen, dass das vorgeschlagene System HEUREKA als ausgewogendste Variante dem Grossen Rat zur Beschlussfassung empfohlen werden kann. Es ist darum ausgewogen, weil es die Bedürfnisse der meisten Gemeinde abdeckt und die verfügbaren Mittel berücksichtigt. In diesem Sinne werden wir auch alle Anträge auf Abänderungen ablehnen. Erwähnt werden muss noch die Übergangsregelung bei Gemeindezusammenschlüssen, wo nach die Einwohnerbegrenzung für die Mindestausstattung für die Dauer von 15 Jahren teilweise aufgehoben werden kann.
Ich möchte in diesem Zusammenhang auch nochmals auf Art. 93, Gemeindegesetz hinweisen wie ich es vorhin getan habe. Bei denen der Kanton fusionswillige Gemeinden mit Beiträgen ausstatten kann, im Sinne von Art. 19, Finanzausgleichgesetz. Ebenfalls zum neuen Finanzausgleichsystem gehört die Neuregelung des Selbstbehaltes für öffentliche Werke. Dieser wird nicht mehr nach Einwohnerzahl berechnet, sondern beträgt einheitliche … 100'000 Franken. Ich bitte Sie auf die Revisionsvorlage einzutreten.

Keller: Allorché si parla oggi nel nostro Cantone di perequazione fiscale e di fondo di conguaglio intercomunale si pensa immediatamente alle riforme in corso ed a quelle desiderate a livello comunale. Non dobbiamo dimenticare qui che siamo nei Grigioni e che nel nostro Cantone le aggregazioni comunali seguono un loro processo, hanno caratteristiche proprie, in buona parte diverse da quelle che si conoscono negli altri Cantoni della Svizzera. Un'autonomia comunale forte che in passato ha costituito una caratteristica invidiata del comune grigionese rischia oggi di frenare i processi di riorganizzazione comunale e conferisce nei processi di aggregazione a livello di valle un vero e proprio diritto di veto ai comuni. Il nostro Cantone non può e non deve immaginare delle fusioni coatte ed è pertanto necessario nel processo di revisione della legge, in particolare quella sul conguaglio intercomunale, che le soluzioni siano ampiamente condivise a livello comunale, così da creare quelle premesse indispensabili che quel clima positivo possa portare con sé per permettere di lavorare a livello locale su dei progetti di riorganizzazione che crescano e si concretizzino direttamente nelle valli, nei circoli e nelle regioni. Il progetto di riforma parziale oggi in discussione ha sollevato ampio malumore e grande resistenza nei comuni che fanno capo al fondo di conguaglio ed è perciò necessario che nella futura riforma prevista già nel corso dei prossimi due anni si riesca a ricreare un clima positivo di lavoro soprattutto per i piccoli comuni.
Es ist notwendig den Grossen Rat darauf aufmerksam zu machen, dass die in Zusammenhang mit dem Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen Massnahmen in den kleinen Gemeinden Unzufriedenheit ausgelöst haben. Dies darum, weil die aktuelle Reform nur negative Auswirkungen für die kleinen Gemeinden vorsieht, die sich nicht zusammenschliessen wollen, dafür aber keine reellen Fusionsanregungen enthält. Im Rahmen der zuvorkommenden zweiten Finanzgesetzrevision wird es also künftig nötig sein, Ansporne zur Entstehung eines positiven Arbeitsklimas vorzusehen. Es ist wirklich darauf hinzuweisen, wie heute Morgen schon diskutiert bei Art. 94, dass bei Zusammenschlüssen mehrerer Gemeinden, gemäss der Regierung, richtigerweise die Talschaftsfusionen zu begünstigen sind. Es genügt nämlich, dass sich in einer Volksabstimmung eine Gemeinde gegen die Fusion ausspricht, dann ist der Zusammenschluss auch für alle anderen Gemeinden gegenstandslos. Und zwar auch wenn alle anderen Gemeinden einem Zusammenschluss zugestimmt haben. Es ist demnach unentbehrlich alle Gemeinden zu motivieren und zur Fusion anzuregen und gleichzeitig der Fusion entgegenwirkende Nachteile zu vermeiden. Ich bin für Eintreten, aber ich bin der Meinung, dass sich in der zweiten Revision des Finanzausgleichsgesetzes ausschliesslich auf die Anregungen zu konkretisieren hat.

Feltscher: Was braucht es für eine erfolgreiche, und ich spreche bewusst, Talfusion? Es sind weiche Faktoren, z.B. eine gemeinsame Schule, gemeinsame Vereine, Dienstleistungen, die man bereits gemeinsam erbringt, wie im Bereich Feuerwehr oder Grundbuch. Das sind alles Sachen, die wir hier mit dieser Gesetzgebung kaum beeinflussen können, und auch der Grosse Rat kaum einen Einfluss darauf hat. Aber es gibt auch harte Faktoren, die stimmen müssen damit eine Fusion zu Stande kommt. Da würde ich einmal erwähnen die Wirtschaft beziehungsweise der wirtschaftliche Druck, der in einer Region vorhanden ist, die Strukturen zu verbessern. Das sind insbesondere Regionen, die touristisch ihre Wertschöpfung erzielen. Dort ist entsprechend ein Druck vorhanden, der aber auch wieder von der Region ausgeht und durch uns nicht beeinflusst werden kann. Dann gibt es aber auch Probleme, die wir mindestens teilweise über die Finanzausgleichgesetzgebung beeinflussen können.
Ein grosses Problem, und das dürfen wir hier einfach nicht vergessen, sind unsere doch sehr, sehr unterschiedlichen Steuerbelastungen in Gemeinden. Wenn Sie eine Gemeinde haben wie Marmorera mit 50 Prozent Steuersatz und nachher eine Gemeinde haben mit 100, 110 Prozent dann ist es sehr schwierig. Was wir hier tun können, ist sehr beschränkt. Wir können – und da meine ich, hat die Regierung auch sehr gute Ansätze entwickelt – über den Fusionsbeitrag das etwas abmildern. Aber eine Gemeinde zu überzeugen, dass sie jetzt plötzlich 30, 40, 50 Prozent mehr Steuern bezahlen muss, das ist nicht einfach. Wir haben aber auch Hindernisse in unserer ganzen Finanzausgleichsgeschichte, die einige Jahrzehnte alt sind. Wir haben eine Übersubventionierung von Kleinstgemeinden. Das haben wir in der Eintretensdebatte zum Gemeindegesetz schon gehört von verschiedenen Rednern. Ich denke, dass das HEUREKA-Modell hier ein guter Ansatz ist und eine gewisse Korrektur bringt.
Wir haben aber auch Dinge, die noch nicht gelöst sind. Wir haben z.B. keine Leitplanken für sehr reiche Kleinstgemeinden, die für Wasser, Abwasser keine Gebühren verlangen. Obwohl das Bundesgesetz schon lange eine kostendeckende Verrechnung solcher Leistungen vorschreibt. Da haben wir kleine Hemmnisse aber sie summieren sich und führen dazu, dass eben einige Gemeinden überhaupt kein Interesse an einer Fusion haben können, auch wenn sie vielleicht nicht mehr ideal funktionieren.

Nun, was hätte man in dieser Finanzausgleichsteilrevision, dieser relativ kleinen Teilrevision, vielleicht ändern können? Man hätte zusätzlich vielleicht noch den Mut haben können, eine Einwohnerlimite zu erhöhen. Vielleicht, bringt jemand einen solchen Vorschlag noch ein. Diskutiert wurde er im Vorfeld, 400, 500. Man hätte auch den Selbstbehalt für öffentliche Werke erhöhen können auf 200'000 Franken, statt auf 100'000 Franken und ich werde in keinen dieser Fälle einen Antrag stellen, aber ein Punkt möchte ich erwähnen, wo ich auch einen Antrag eingereicht habe, ein störendes Element haben wir bei den Talschaftsfusionen. Das ist leider im Gesetz nicht explizit ersichtlich, aber es ist so, dass der, man sieht's in der Botschaft ist es erwähnt, dass im Zusammenhang mit dem Fusionsbeitrag pro Einwohner ein Betrag bezahlt wird, von 500 Franken pro Einwohner, dieser Betrag aber begrenzt ist auf 1'000 Einwohner und damit eigentlich eine obere Grösse definiert wird, die nicht sinnvoll ist, weil ideale Grössen 2'000 und mehr Einwohner wären. Und ich verstehe nicht ganz, warum man diese Praxis nicht ändert. Da sollte man wirklich, das auch belohnen, dass eben eine Gemeinde ideal wäre, wenn sie 2'000, 3'000 oder 4'000 Einwohner hat. Ich werde im Detail darauf kommen, dass ich durchaus eine Grenze nach oben sehe, nämlich im Zusammenhang wenn jetzt eine Stadt mit einer kleinen Ortschaft fusioniert, dann würde das sehr, sehr teuer für den Kanton. Ich werde beim entsprechenden Artikel das noch etwas genauer ausführen. Ich bitte Sie, auf die Revision einzutreten und ein ich sage mal, ein FAG I plus als ersten Schritt zu sehen, Das ist ein guter Schritt, es braucht natürlich wie es Herr Regierungsrat schon gesagt hat, dann relativ rasch noch einen griffigen FAG II.

Regierungsrat Trachsel: Ich kann mich relativ kurz fassen. Beim Haupteintreten wurde ja teilweise auch schon auf den Finanzausgleich zurückgegriffen und darüber gesprochen. Hauptpunkt ist hier die Frage der Mindestausstattung der Kürzung. Die Unzufriedenheit der kleinen Gemeinden hat Grossrat Keller erwähnt. Schauen Sie, das ist eine Frage, ob dies ein absolutes Recht ist. Diese Mindestausstattung hat man damals eingeführt, weil man die Kleinheit finanzieren wollte. In der Zwischenzeit haben sich die Meinungen geändert. Es hat sich gestern und heute im Rat auch gezeigt und da muss man auch das Recht haben, solche geschenkten Rechte, sage ich jetzt mal, weil das Geld ja von den andern Gemeinden kommt, in Frage zu stellen, vor allem, wenn sie Hemmnisse darstellen. Es geht nicht darum, jemanden zu bestrafen, es geht darum, Hemmnisse abzubauen.
Wie gesagt, ein sauberer Finanzausgleich hätte nur einen Steuerkraftausgleich, unbesehen von der Grösse und einen Lastausgleich zur Folge. Wenn wir bei einer Mindestausstattung geblieben sind, respektieren wir, dass es bei uns weiterhin Kleingemeinden geben wird, die nicht fusionieren wollen. Und wir wollen auch ihnen die Existenz sichern. Wir sind auch der Meinung und das hat diese Berechnung ergeben, dass wir mit der so genannten HEUREKA-Lösung Kürzungen bei unter 300 Einwohnern eine Lösung gefunden haben, die zwar klar in die richtige Richtung geht, Stärkung der Regionen, der stärkeren Ortschaften in den Talschaften, ohne die kleinen allzu stark zu strafen. Und die Grösse 300 hat nichts damit zu tun, welche Gemeindegrösse wir als richtig anschauen. Das war eine reine Berechnungsgrösse, das möchte ich hier noch einmal sagen. Es ist ja so, dass wir bei Fusionen Beiträge zahlen pro Gemeinde, pro Einwohner. Grossrat Feltscher hat schon bereits angekündigt, wo er eingreifen will. Ich möchte hier schon sagen, ich werde es bekämpfen. Er ist das gewohnt von mir, wir kämpfen bei jeder oder bei jeder zweiten Fusion. Es ist natürlich so, dass man nicht immer den Bereich ausdehnen kann, weil sonst müssen wir dann auch über die Finanzierung sprechen. Wir können nicht Geld ausgeben, das wir nicht haben. Sonst müssten wir den Sockelbeitrag senken. Weil wir irgendwo das Geld brauchen, müssen wir es hereinnehmen. Man kann nicht kumulieren Talschaftsfusionen, Talschaftsbonus zusätzlich für Einwohner. Irgendwo müssen Sie mir dann sagen, wo ich das Geld hernehmen soll. Grossrat Schmid hat sich beim Budget nicht unbedingt erfreut erklärt, wenn die Beiträge der Gemeinden erhöht werden müssen. Also, es hat ja bei jeder Ausgabenseite auch eine Einnahmenseite. Und dann bleibt eigentlich noch ein gewisser Bereich, den Grossrat Feltscher als positiv gewürdigt hat, wofür ich ihm danke; das ist der Ausgleichsbeitrag, der Spielraum lässt, auf die individuellen Probleme einzugehen. Das war auch die Protokollerklärung von Grossrat Caviezel, dass man eine Braut, die etwas finanziell schmalbrüstig ist, wieder auf die Beine helfen kann. Ich glaube, je mehr Sie Beiträge zuteilen, umso weniger kann ich dann der Protokollerklärung folgen. Ein Topf hat so viel, bis er leer ist. Denken Sie einfach auch an diese Lösung. Ich danke Ihnen, dass Sie bereit sind einzutreten. Ich freue mich auch hier auf die Diskussion.

Joos: Ich bitte Sie noch einmal um ein wenig Verständnis. Bei Wanderungen in unserem Kanton freue ich mich immer wieder an den schönen, schmucken Dörfern. Das ist nicht von ungefähr so, es hat gekostet. Viel Geld ist zu uns geflossen, hat unsere Strukturen verbessert und uns eine gute Lebensqualität ermöglicht und dafür sind wir dankbar. Viel Geld ist aber auch für Projekte, Bauarbeiten usw. wieder in die Zentren geflossen und hat dort Arbeitsplätze und Verdienst geschaffen. Hinter den schönen Dörfern steckt viel Einsatz, Arbeit, Kultur und Liebe zum Detail. Dahinter stehen Menschen, die sich für ihre Gemeinde einsetzen. Das waren und sind nicht nur Strukturerhalter, sie verdienen Respekt. Lösungsvorschlag für den neuen Steuerausgleich erscheint mir höchst ungerecht. Dass an Gemeindezusammenschlüsse Kantonsbeiträge ausgerichtet werden, finde ich richtig. Nicht richtig finde ich hingegen, dass dieser Aufwand nicht auf allen Gemeinden gleichmässig verteilt wird und die kleinen bestraft werden. Sollen sie dadurch zu Fusionen ermuntert, sprich gedrängt werden? Wird darunter von unten initiiert denn Fusion verstanden?
Ich möchte hier Regierungsrätin Karin Keller, St. Gallen, zitieren, die sich bei einer Verteilkampfdiskussion folgendermassen geäussert hat: „Die grossen tun gut daran, zu den kleinen Sorgen zu tragen." Meine Philosophie dazu, bildlich dargestellt: Ein gesunder Baum lebt nicht nur von dem was man sieht. Viele kleine Wurzelhaare haben etwas dazu beigetragen. Kränkeln diese oder schneiden wir sie ab, verändert sich der Baum entsprechend. Ist denn die Zahl 300 eine ideale Gemeindegrösse? Darüber haben wir uns gestern schon unterhalten. Halten Sie an dieser Zahl fest oder ist in Kürze ein nächster Schritt vorgesehen, wo bereits 500 oder gar 1'000 Einwohner vorgesehen sind? Ich denke an Suraua und Donat, die fusionswillig waren, belohnt wurden und immer noch weniger als 300 Einwohner zählen. Sind Sie wirklich der Meinung, dass eine willkürlich festgesetzte Einwohnerzahl die Lebendigkeit, den guten Dorfgeist und die Funktion einer Gemeinde ausmacht? Ob gross oder klein, es sind Menschen, die eine Dorf- oder Stadtgemeinschaft bilden, das Umfeld prägen, Verantwortung tragen, ein sozi-

ales Netz bilden, wo Bürger und Bürgerinnen sich wohl fühlen. Denken Sie daran, dass auch wir in den Kleingemeinden Menschen sind und es gar nicht lustig finden, x-mal zu fusionieren.
Ich weiss, dass wir mit dem vorgelegten Vorschlag HEUREKA noch leben können. Privat richte ich mich schliesslich auch nach den Möglichkeiten meines Budgets. Verzichte sind nicht immer schlecht, sie können gar eine Chance sein. Ich hoffe, dass wir uns nicht vom Geld blenden lassen und dabei zu Grunde gehen. Wir haben heute Ziele erreicht, die schwierig zu überbieten sind. Es wird eine der grössten Herausforderungen an die Politik sein, eine Balance zum Wohle aller herauszufinden. Aus denselben Gründen wie beim Gemeindegesetz bestreite ich Eintreten nicht. Ich stehe aber dazu, dass diese Vorlage mich nicht befriedigt und ich möchte gleich hier sagen, dass ich zu Art. 16 Abs. 4 und letzter Satz bei Abs. 5 und bei der Vollziehungsverordnung Art. 4a und 4b keine Anträge stellen werde, um die Zeit nicht unnötig zu verlängern, weil ich weiss, dass ich da in der Minderheit bin.

Standespräsident Geisseler: Weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Ich gehe davon aus, dass die Wortmeldungen erschöpft sind. Darum stelle ich zu Handen des Protokolles fest, dass wir Eingetreten sind.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Art. 15
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 16
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Casanova (Vignon): Der Finanzausgleich wird nur gewährt, wenn die Gemeinden der Finanzgruppe vier und fünf angehören und einen Steuerfuss von mindestens 120 Prozent der einfachen Kantonssteuer anwendet. Wenn wir die Abwanderung und wenn wir vor allem junge Familien motivieren wollen in einer kleinen Gemeinde Wohnsitz zu nehmen, müssen wir auch Lösungen suchen, damit mehr Leute in peripheren Gemeinden Wohnsitz nehmen. Auch hier muss der Spielraum einer Steuererhöhung oder einer Steuersenkung in einer ausgleichsberechtigten Gemeinde variabel sein. Jedoch nicht unter dem Satz der einfachen Kantonssteuer. Dieser Vorschlag soll eine Steuererleichterung für junge Familien und Privatpersonen sein, soll Leute und Steuerzahler motivieren auch in einer Berggemeinde oder Kleingemeinde Wohnsitz zu nehmen. Dies fördert die dezentrale Besiedlung gemäss neuer Kantonsverfassung.
Lassen wir diesen Spielraum den Gemeinden, lassen wir diese Gemeindeautonomie den Verantwortlichen und somit lautet mein Antrag Art. 16 Abs. 2 und 3 gemäss Botschaft, Abs. 4 zweiter Satz als Ergänzung „in peripher gelegenen Gemeinden mit weniger als 500 Einwohner mit einem Steuerfuss von mindestens 100 Prozent der einfachen Kantonssteuer“. Dritter Satz streichen und Abs. 5 „der Grosse Rat bestimmt die Bandbreiten für den Ausgleich der relativen Steuerkraft“, die Fortsetzung ist zu streichen.

Antrag Casanova (Vignogn) zu Art. 16 Abs.4
Streichen dritter Satz und ergänzen zweiter Satz:
…in peripher gelegenen Gemeinden mit weniger als 500 Einwohner mit einem Steuerfuss von mindestens 100 Prozent der einfachen Kantonssteuer.

Antrag Casanova (Vignogn) zu Art. 16 Abs. 5
Streichen:
…sowie die Einwohnerzahl für die Begrenzung und Kürzung der Mindestausstattung. Er kann die Berechtigung an weitere Bedingungen knüpfen.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich habe schon beim Eintreten gesagt, dass wir jegliche Anträge zur Abänderung dieses ausgewogenen Finanzausgleichsystems bekämpfen wollen. Und Grossrat Casanova, wenn Sie die Steuerkraft der Gemeinden, bei den natürlichen Personen mit einbeziehen wollen, dann warten Sie auf die Vorlage FAG II, dort wird nämlich ein Ressourcenausgleich gebracht, der auch die Steuerkraft der natürlichen Personen berücksichtigt. Ich meine, man kann jetzt im Moment nicht abrücken vom jetzigen Finanzkraftsystem, das eben auf die Finanzkraftgruppen abstellt und nicht auf die Einwohnerzahl. Vielleicht auch noch zum Wort ‚periphere’ Einwohner. Ich erinnere mich daran, dass einmal der podestà von Poschiavo, es war der Vorgänger von unserem Kollegen Zanetti, zum Stadtpräsidenten von Maienfeld gesagt hat: „Weisst du, was bei uns gemeinsam ist, wir sind beide Vertreter von peripheren Gemeinden.“ Also was ‚peripher’ heisst in diesem Kanton ist schwierig zu beurteilen, darum ermahne ich Sie einfach nicht solche Worte in unsere Gesetze hineinzubringen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen, ebenso abzulehnen den neu formulierten Art. 5, weil er dann dem Grossen Rat die Freiheit nimmt auf geänderte Verhältnisse Einfluss zu nehmen.

Regierungsrat Trachsel: Ja, ich bitte Sie auch, diesen Antrag abzulehnen. Ich glaube, wir können Mehrausgaben nur diskutieren, wenn wir auch über die Mehreinnahmen diskutieren und die müssten ja dann die andern Gemeinden finanzieren. Darum stört mich eigentlich an der Aussage nur, wenn man sagt, Gemeindeautonomie ist, wenn man mehr will, aber man sagt nicht den andern Gemeinden, dass sie es auch geben müssen. Das wäre ja dann das Problem im Finanzausgleich. Ich verstehe natürlich, dass die Gemeinden gerne auch ihre Steuern senken möchten, aber es ist bestehendes Recht. Es ist heute so und diese Gemeinden bekommen beträchtliche Beiträge aus dem Finanzausgleichsfonds, der auch durch andere Gemeinden und dem Kanton mitfinanziert wird. Und dann darf man auch erwarten, dass sie ihre Ressourcen soweit als möglich ausschöpfen. Ob deswegen Familien wegziehen, ist fraglich. Man muss sehen, die Gemeindesteuer ist ein Teil des gesamten Steuerbetrages. Und wenn sie wenig verdienen, haben sie fast keine Bundessteuer, dann ist es etwa vielleicht die Hälfte. Also Sie sprechen ja von einer Senkung bis 15 Prozent, dann wären es 7,5 Prozent. Also sie müssen schon relativ gute Einkommen haben, bis sie sagen, wegen 7,5 Prozent weniger Steuern verlasse ich eine Ortschaft. Das sind andere Gründe, da bin ich mit Grossrat Casanova im Eintreten einverstanden. Das sind andere Gründe, die er auch erwähnt hat, die dazu führen, ob man in einer Gemeinde bleibt oder nicht. Lehnen Sie bitte diesen Antrag ab.

Abstimmung I
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung zu Art. 16 Abs. 4 mit 82 zu 2 Stimmen zu.

Abstimmung II
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung zu Art. 16 Abs. 5 mit 83 zu 2 Stimmen zu.

Art. 19 Abs. 2
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 19a
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Feltscher: Der Regierungsrat hat schon eine Vorantwort gegeben auf meinen Antrag. Es ist mir auch bewusst, dass der Topf beschränkt ist, dieser Finanzausgleichstopf. Und ich verstehe das selbstverständlich. Aber ich möchte hier auch darauf hinweisen, dass Frau Regierungspräsidentin, Finanzchefin im Zusammenhang mit dem Goldsegen aus Bern gesagt hat, dass Sie Schulden abbauen will, das haben wir auch gestützt. Dass aber die Zinseinsparung irgendwo so im Bereich von elf bis 15 Millionen Franken für das eine oder andere innovative Projekt gebraucht hat und sie hat explizit z.B. auch Strukturbereinigungsmassnahmen genannt. Und da wäre durchaus noch ein bisschen, vielleicht auch etwas drin, wenn der andere Topf nicht reicht, das kann ich nicht beurteilen. Bis jetzt richtete der Kanton als Anreiz für Fusionen Beiträge unter verschiedenen Aspekten aus. Herr Regierungsrat hat das schon angetönt, wie beispielsweise die Förderpauschale, dann Ausgleichsbeiträge und Sonderleistungen. Sie finden die entsprechenden Beschreibungen in der Botschaft auf Seite 1054 bis 1058.
Das Instrumentarium ist aus meiner Erfahrung wirklich gut ausgereift, es ist ein sehr gut funktionierender Vorschlag. Es hat aber einfach noch diesen kleinen Fehler bei der Förderpauschale von 500 Franken pro Einwohner, welche eben auf 1'000 Einwohner limitiert ist. Ich denke, dass man diese Limitierung auf 1'000 etwas historisch erklären könnte. Bei den Fusionen Tinizong, Rona, Suraua und Donat war diese Beschränkung ja auch unproblematisch, weil die Gemeinden weniger als diese 1'000 Einwohner hatten. Jetzt aber reden wir alle von Talschaftsfusionen fördern. Und diese werden vielfach eben auch Grössenordnungen von 2'000 bis 5'000 Einwohner haben, was ja auch aus Effizienzgründen sehr sinnvoll ist. Und ich meine vor allem psychologisch ist diese 1'000er Limite wirklich ungeschickt, weil irgendwo kommt das bei jeder Fusion dann zur Diskussion, ja wieso nur 1'000, wir wollen doch grössere Fusionen und dann ist diese Beschränkung drin.
Natürlich ist mir bewusst, dass dann die Talschaft wieder ein Talschaftsbonus bekommt. Ja vielleicht müsste man das auch ein bisschen austarieren und einfach diese psychologische Hürde hier wegschaffen. Sollen nämlich grössere Fusionen durch diese 1'000er Limite bestraft werden, da entsteht einfach dieser Eindruck, wenn man damit arbeiten muss. Die Bedenken der Regierung, die liegen wohl heute eher bei möglichen Fusionen von sehr grossen Gemeinden. Da habe ich volles Verständnis. Also wenn jetzt Felsberg mit Ems fusionieren würde oder Chur mit Haldenstein, dann ist mir klar, dann gibt es eine teure Geschichte. Wenn man die 500 Franken einfach unbeschränkt für jeden Einwohner zahlen müsste. Da muss es eine Beschränkung geben, das ist mir ganz klar. Es käme viel zu teuer zu stehen. Deshalb schlage ich vor, dass die Regierung die Einwohnerzahl zwar selber festlegen kann, wie das auch jetzt eigentlich vorgesehen ist oder wie sie das heute praktiziert, aber dass eine untere Limite gesetzt wird bei 4'000 Einwohner. Mein Vorschlag also ein Art. 19a Abs. 4, der lautet: Der Pauschalbeitrag pro Einwohner soll Talschaftsfusionen fördern und darf nicht unter 4'000 Einwohner limitiert werden.

Antrag Feltscher
Einfügen neuer Abs. 4:
Der Pauschalbetrag pro Einwohner soll Talschaftsfusionen fördern und darf nicht unter 4'000 Einwohner limitiert werden.

Thomann: Ich unterstütze selbstverständlich den Antrag Feltscher. Es ist tatsächlich so, dass es ein unverständliches Hemmnis für grössere Zusammenschlüsse ist. Mit der eingeschlagenen Praxis, diese Limite von 1'000 Einwohner ist es so, dass man kleine Fusionen gegenüber grössere bevorteilt. Man kann nicht immer sagen, dass kleine Zusammenschlüsse nichts oder wenig bringen und auf der anderen Seite nicht bereit sein diese Limite zu erhöhen. Ich bitte Sie darum, den Antrag Feltscher zu unterstützen und die Limite zu erhöhen.

Regierungsrat Trachsel: Ich bitte Sie, diesen Vorschlag abzulehnen. Ich habe gesagt, Grossrat Feltscher ist bei vielen Gemeinden Berater. Wir haben diverse Male Diskussionen zu führen, für was man noch Beiträge auszahlen könnte. Wasserzählerbeiträge waren auch schon in Diskussion. Jetzt kommt die 4'000er Limite. Es ist halt einfach so, je mehr Sie regeln, um so weniger Spielraum haben wir bei den Ausgleichsbeiträgen, die wir individuell auch auf diese Fusionen anwenden können. Und das Argument, wir fördern damit Talschaftsfusionen, gilt so nicht, weil wir ja eben genau für das Instrument Talschaftsfusionen Beiträge haben und auch noch einen Bonus ausgesetzt haben. Und dort, wenn wir sehen, dass wir bei Talschaftsfusionen die Beiträge allenfalls anheben müssen, ist es viel besser, wir heben den Beitrag an als die Einwohnerlimite. Grossrat Feltscher hat es gesagt, dass wenn Haldenstein mit Chur zusammengeht oder eine andere Gemeinde, dann ist der Sockel 2 Millionen Franken. Wiesen/Davos 2 Millionen Franken, Oberengadiner Gemeinden 2 Millionen Franken. Wollen Sie das? Ja, aber dann dürfen Sie nicht eine untere Grenze von 4'000 setzen. Das war unsere Überlegung, darum haben wir uns auf 1'000 beschränkt, weil wir dann eher auf Probleme eingehen, dass wir eine verschuldete Gemeinde in einer Talschaft ausfinanzieren, und das mit Ausgleichsbeiträgen, die natürlich im Ermessen liegen.
Es hat sich bei den bisherigen Gesprächen gezeigt, dass wir das einigermassen sinnvoll anwenden, auch wenn wir uns jedes Mal lange überlegen, welchen Präzedenzfall wir damit schaffen. Ich weiss natürlich, wenn ich irgendwo für etwas einen Beitrag gesprochen habe, dann sind die Computer heute so, dass sie das gespeichert haben. Und ich hätte gerne, dass in Beraterbüros ab und zu der Computer abstürzen würde. Aber dann bleibt vielleicht das Papier trotzdem erhalten und einen Brand wünsche ich keinem. Spass bei Seite, wir brauchen Spielraum. Wir müssen uns anpassen können und drum wäre ich froh, wenn Sie uns nicht binden und dem

Antrag der Kommission und der Regierung folgen können und eine 4'000er Limite ablehnen.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich möchte im Voraus noch etwas wegen der Finanzierung sagen. Die Finanzierung dieser Gesetzesvorlage, dieses Finanzausgleichgesetzes, basiert auf den Verhältnissen, wie wir sie heute haben. Wir haben Gespräche geführt, auch über zukünftige Fusionen wie das wäre und wir können andere Fusionsmodelle, wo eine Erhöhung dieser Pauschalbeiträge, die können wir im Augenblick einfach nicht finanzieren. Das braucht einfach, wie leise angetönt wurde vom Kollegen Feltscher, dann Sonderbeiträge in den Finanzausgleichsfonds. Wie schwierig der Finanzausgleichsfonds zu finanzieren ist, haben wir in der Diskussion schon gehört, die wir beim Budget hatten. Über Talschaftsfusionen, dass wir die nicht speziell behandeln wollen, das haben wir vor dem Mittagessen bereinigt. Im Übrigen scheint mir schon von den Votanten her, dieser Antrag etwas gar projektbezogen zu sein.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 71 zu 3 Stimmen zu.

Pfister: Ich möchte einfach noch festgehalten haben, dass jetzt die kleinen Gemeinden ihren Beitrag leisten an die Möglichkeit, dass Fusionen stattfinden können. Ich hoffe jetzt natürlich, dass die finanzstarken Gemeinden ihren Anteil bei FAG II dann auch noch leisten und auch solidarisch sind. Ich darf wieder einmal meinen Namensvetter Grossrat Reto Loepfe rügen. Weil ich hoffe, dass bei FAG II die finanzschwachen Gemeinden nicht als hässliche oder unattraktive Bräute dargestellt werden. Es ist für mich ein klein wenig verletzend, weil ich ja direkt betroffen bin, wenn solche Äusserungen fallen und bitte einfach um Kenntnisnahme.

Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (VVzFAG)

Art. 4a
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Casanova (Vignon): Zum letzten Mal. Wenn wir sparen wollen und sparen müssen, ist diese Kürzung wie bereits gesagt auch von Frau Joos, auf alle finanzausgleichberechtigten Gemeinden der vierten und fünften Finanzklasse zu verteilen. Von den 85 Gemeinden, welche im heutigen Zeitpunkt Anspruch auf Finanzausgleichsbeiträge haben, werden 57 mit dieser Kürzung der Mindestausstattung bestraft. 63 Gemeinden lehnen diese Kürzung ab. Diese zusätzliche Kürzung der Mindestausstattung an Gemeinden mit weniger als 300 Einwohnern mit der vorgesehenen Abstufung ein Sechstel, zwei Sechstel, drei Sechstel zerstört finanziell auch gut fusionierende Gemeinden. Dieses Malus-System ist ungerecht und undemokratisch. Hier in diesem Saal hat Ende Oktober ein Referat stattgefunden: „Die Freuden und Leiden eines Gemeindepräsidenten". Der Referent war ein Gemeindepräsident mit mehr als 500 Einwohnern. Dieser Präsident hatte nur Freude, denn bei ihm findet keine Kürzung statt, sondern eine 100-prozentige Erhöhung. Über Nacht ist meine Gemeinde ungewollt in der Kategorie B abgestürzt. D. h. 52'337 Franken weniger in der Gemeindekasse. Heute über Mittag habe ich eine Sitzung mit dem Lebensmittellieferanten. Resultat: kein Mitzins für die Lokalitäten. D. h. 14'000 Franken weniger in der Gemeindekasse. Grossrat Schmid hat gesagt, ich bin eine Milchkuh. Grossrat Pfister hat gesagt, ich bin ein Kalb. Ich bin wahrscheinlich ein Esel. Mein Antrag lautet, dieser Artikel ist ersatzlos zu streichen.

Antrag Casanova (Vignogn)
Ersatzlose Streichung

Standespräsident Geisseler: Gut, Grossrat Casanova, Sie haben bereits zu Art. 4a gesprochen, den Sie streichen möchten. Wenn ich da meine Zettel so richtig ordne, haben wir zu Art. 4 Abs. 2 einen Antrag Loepfe.

Art. 4
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Loepfe: Ja, danke, dass ich auch noch vorher drankomme. Vorab persönlich, also das ist natürlich so, dass wir hier in Bildsprache sprechen, ich habe nicht angefangen in Bildsprache zu sprechen wegen den Bräuten. Ich habe nur die Bildsprache übernommen, deshalb glaube ich nicht, dass die Rüge am richtigen Platz angekommen ist.
Jetzt aber zu meinem Antrag. Ich beantrage Ihnen in Art. 4 Abs. 2 die Mindestausstattung für 400 Einwohner zu gewähren. Es wurde ja bereits in der Eintretensdebatte schon darauf hingewiesen, dass die Kommission dies entsprechend bekämpfen wird. Die Strategiekommission hatte diesen Antrag mit vier gegen vier Stimmen und Stichentscheid des Präsidenten im Mitbericht an die Leitkommission eingebracht. Der Antrag wurde jedoch von der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik und der Regierung verworfen.
Ich erlaube mir deshalb, den Antrag persönlich nochmals einzubringen. Ich möchte ihn begründen: Wie Sie aus der Botschaft insbesondere Seite 1052 bis 1058 ersehen können, wurden verschiedene Lösungsansätze für den Finanzausgleich geprüft. Dabei wurde eine Anhebung der Limite für den Steuerkraftausgleich auf 500 Einwohner geprüft. Diese Zahl war in der Vernehmlassung mehrfach gefordert worden. Die Berechnungen des Gemeindeinspektorats haben nun ergeben, dass durch eine Anhebung auf 500 Einwohner zusätzlich 2,5 Millionen Franken benötigt würden. Diese zusätzlichen Mittel würden aber keine zusätzlichen Fusionsanreiz erzeugen, sondern nur bei wenigen Ausgleichsgemeinden viele zusätzliche Mittel bringen. Ich teile diese Auffassung. Mein Antrag geht deshalb nun auf verschiedene Elemente hier ein, die man bemängelt hat und versucht hier eine Brücke zu bauen. Auch bezüglich des Mittelbedarfs und dessen Verteilung auf ein erträgliches Mass zurückzubringen, was auch für den Ausgleichsfonds tragbar sein sollte.
Zur Beruhigung der Kleingemeinden sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in meinem Antrag die Kürzungsschwelle für die Mindestausstattung nicht erhöht wird. Damit anerkennt der Antrag auch die Tatsache, die von Kommissionspräsidenten Nigg mehrmals schon angebracht worden ist, dass teilweise territoriale und kulturelle Limiten herrschen, die die Bildung von Gemeinden von 400 Einwohnern und mehr verunmöglichen. Ich stimme darin mit ihm überein. Der Mehrbedarf an Ausgleichsmittel beträgt in diesem Falle 1,3 Millionen Franken gegenüber der Botschaft. Hier ist auch darauf hinzuweisen, dass das Modell, das die Kommission

gerechnet hat, auf 400 nicht meinem Antrag entspricht, weil in diesem 400er-Modell auch die Kürzungsschwelle auf 400 angehoben wurde, gemäss Art. 4a. Das ist in meinem Antrag nicht der Fall.
Wie Sie dem Budget entnehmen können, beträgt das für 2006 vorgesehene Defizit des Fonds 5,5 Millionen Franken. Ab 2007 werden die Ansätze für die Finanzierungsbeiträge der Gemeinden und des Kantons wieder von sechs auf zehn Prozent angehoben. Das haben wir zum Glück so beschlossen. Der zusätzliche Mittelzufluss beträgt dann sechs Millionen Franken, also ein bisschen mehr als für die Stabilisierung des Fonds benötigt wird. Berücksichtigt man, dass durch eine Erhöhung der Einwohnerlimite auch der Bedarf an Sonderausgleichsmitteln reduziert wird, sieht man durch eine einfache Addition, dass der Ausgleichsfonds in der Balance ist und es diese zusätzlichen Mittel zu tragen vermag. Eine Überbeanspruchung des Fonds kann also nicht ein Ablehnungsgrund für meinen Antrag sein. Nun ist natürlich die Frage, wer von einer Erhöhung der Einwohnerlimite auf 400 profitieren würde. Aufgrund der Zahlen des Gemeindeinspektorats kann dies errechnet werden. Es handelt sich hierbei um insgesamt 22 Gemeinden. Von diesen haben heute 15 oder zwei Drittel einen Steuerfuss von 130 Prozent. Also, zur grossen Mehrheit Gemeinden, welche diese zusätzlichen Ausgleichmittel auch benötigen. Insgesamt befinden sich 16’218 Einwohner in diesen Steuerkraftausgleichsberechtigen Gemeinden über 300 Einwohner oder 8,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Das ist doppelt so viel, wie Einwohner in steuerkraftausgleichsberechtigten Gemeinden unter 300 Einwohnerleben. Hier haben wir zumindest ein Gleichbehandlungsproblem aus der Sicht der einzelnen Einwohner.
Nach Gemeindegrössen sortiert, kann man kurz folgende Aussage machen: In der Grössenordnung 300 bis 399 Einwohner profitieren vier Gemeinden mit 66'000 Franken, Grössenordnung 400 bis 499 Einwohner fünf Gemeinden mit 253'000 Franken, 500 bis 799 Einwohner vier Gemeinden mit 285'000 Franken und in der Grösse 750 bis 1'000 Einwohner sind es vier Gemeinden mit insgesamt 194'000 Franken und zuletzt in der Grössenklasse über 1'000 Einwohner sind es fünf Gemeinden mit insgesamt 415'000 Franken. Die Kritik der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik und des Gemeindeinspektorats zielt nun nach meinem Verständnis in erster Linie auf diese fünf letztgenannten Gemeinden. Es handelt sich dabei um Cazis, Luzein, Rhäzüns, Seewis im Prättigau und Trun. Diese Gemeinden würden jeweils einen Zusatzausgleichsbetrag von ca. 85'000 Franken erhalten. Es muss nun mit Nachdruck gesagt werden, dass diese fünf Gemeinden alle eine Steuerkraft von der Hälfte des kantonalen Durchschnitts haben. Zwei dieser Gemeinden haben einen Steuerfuss von 130 Prozent. Es ist mir deshalb schleierhaft, weshalb man zur Aussage kommen könnte, dass diese Gemeinden diese zusätzlichen Ausgleichsbeiträge nicht benötigen würden. Glauben Sie ernsthaft, diese Einwohner zahlen gerne und unnötigerweise 130 Steuerprozente?
Auch wenn die Aussage richtig ist, dass mit einer Einwohnerlimite von 400 kurzfristig keine zusätzlichen Fusionsanreize gemacht werden, so ist dennoch festzuhalten, dass die Attraktivität für Fusionen zusätzlich steigt, weil die Steuerausgleichskomponente stärker wiegt, als bei 300 Einwohner. Wir setzen zudem ein Zeichen, welche Mindestgrösse eine Gemeinde in Zukunft in etwa haben sollte oder grösser. Die Grösse 400 ist ganz klar sinnvoller als 300. In den bestehenden Gemeindestrukturen werden nur Gemeinden entlastet, die dies auch benötigen. Im Hinblick auf Finanzausgleich II nach dem Vorbild des NFA im Sinne eines Ressourcen- und Lastenausgleiches kann klar gesagt werden, dass genau diese Gemeinden in Zukunft stärker ausgeglichen werden müssen. Wir machen also bei Annahme meines Antrages nichts falsch, sondern denken lediglich ein bisschen weiter voraus als wir dies mit dem Vorschlag gemäss Botschaft tun.
Mein Vorschlag nimmt den Kleingemeinden nichts Zusätzliches weg gegenüber der Botschaft, weil er eine Kürzungsschwelle bei 300 Einwohnern belässt. Der zusätzliche Mittelbedarf ist für den Fonds tragbar. Ich bitte Sie, seien Sie deshalb mutig und gerecht und stimmen Sie meinem Antrag zu.

Antrag Loepfe
Ändern:
Die Mindestausstattung wird für die ersten 400 Einwohner gewährt.

Regierungsrat Trachsel: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Grossrat Loepfe hat richtig gesagt, das Modell, das wir gerechnet haben mit 400, hätten Kürzungen bei 400 angefangen. Er hat dann auch gesagt, das hätte 1,3 Millionen Franken mehr Mittel benötigt. Sein Modell, das er vorschlägt, braucht noch mehr Mittel. Doch, doch, weil Sie ja dann zwischen 300 und 400 nicht kürzen. Ich habe hier die Berechnung, dass wir dann halt eben noch einmal mehr Mittel brauchen und d.h., dass diese für die Ausgleichsbeiträge bei den Fusionen fehlen. Das ist so. Der Kommissionspräsident hat es angetönt. Ich kann noch ein bisschen lauter sagen, die Regierungspräsidentin sitzt jetzt neben mir, die ja dann Ende nächstes Jahr den Ball übernehmen wird. Wir haben in der Regierung schon auch diskutiert, dass wir sehr wahrscheinlich zusätzliche, kantonale Mittel für Fusionen in den Finanzausgleichsfonds bezahlen müssen. Dessen sind wir uns bewusst. Aber je mehr Mittel Sie jetzt anderweitig verteilen, umso weniger haben Sie dort wieder oder umso mehr Mittel brauchen Sie wieder. Ich glaube, auch hier gilt, wir können das Geld nur einmal ausgeben.
22 Gemeinden würden profitieren, aber Sie schaffen damit keinen Anreiz für Fusionen. Das war eigentlich unser Ziel bei der Botschaft. Wir haben alle Varianten durchgerechnet. Es gibt sogar Grössenordnungen, wo dann eine dieser profitierenden Gemeinden plötzlich sagt, jetzt geht es uns eigentlich ganz gut. Weil Sie sprechen jetzt nur von den Mehrbeträgen. Aber die Gemeinden, die Sie aufgezählt haben, kriegen ja zum Teil stattlich mehr Mittel als heute. Da geht es dann nicht um 50'000 Franken mehr, sondern es geht um einige 100'000 Franken mehr. Also, Sie profitieren auch schon bei der HEUREKA 300-Lösung beträchtlich und ob man jetzt diese Verbesserung nochmals verstärken will, ist eine politische Frage. Ich bin der Meinung Nein, weil jede Gemeinde Ihnen sagen wird, dass sie mehr Geld brauchen kann. Das ist auch etwas, was wir natürlich wissen. Aber ich glaube, wenn wir jetzt schon für diese Gemeinden etwas getan haben, sehe ich nicht ein, wieso wir noch mehr tun wollen und dann möglicherweise diese Gemeinden sogar sehr abweisend wirken auf kleine Gemeinden, die sie eigentlich aufnehmen könnten und dann natürlich im Ausgleich wieder mehr Ausgleich geschaffen werden muss, wie es Grossrat Caviezel geschildert hat, damit überhaupt Fusionen zustande kommen. Das sind unsere Bedenken, die wir bei dem Modell haben, wieso wir der Meinung sind, man darf das nicht machen. Ich sage es noch einmal, mit der HEUREKA 300-Lösung haben wir nicht gesagt, dass 300

Einwohner die ideale Gemeinde ist, sondern die 300er-Lösung ist herausgekommen aus x Berechnungen auf dem Computer des Gemeindeinspektorates. Welcher Teil können wir uns leisten, wo bestrafen wir die Kleinen nicht so, dass wir sie in ihrer Existenz gefährden, dass sie auch ohne Fusion weiter existieren können und wo stärken wir zwar die regionalen Zentren aber nicht einfach nach dem Motto, kann es noch ein bisschen mehr sein 85'000 oder 70'000 Franken mehr wären ja noch besser als einige 100'000. Ich glaube, das war die Überlegung, darum bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Nigg; Kommissionspräsident: Mir sind die detaillierten Berechnungen von Grossrat Loepfe nicht bekannt, aber die Nachrechnung des Gemeindeinspektorates. Offensichtlich ist es so, wenn er auf die Kürzung bis 300 belässt macht er bei seinem Modell keine neuen Anreize zu Investitionen, aber er braucht mehr Mittel für seine 400er Anzahl, die er setzen will. Ich gebe zu, die Zahl 400, die wäre ein Signal für eine ideale Gemeindegrösse. Es ist schon gesagt worden und ich möchte das nochmals ganz stark betonen, da hat die Kommission eben auch sehr Wert darauf gelegt, schon dieses Ausgleichsmodell, wie wir jetzt haben, ist im Moment, wenn wir nicht Mittel einschiessen, in Zukunft nicht finanzierbar. Wir werden uns damit befassen müssen, dass wir in Zukunft noch andere Mittel einschiessen, damit das Modell finanzierbar oder weiterhin finanzierbar ist. Erst am Rande ist es ausgerichtet auf den Finanzausgleichsfonds, wie wir ihn im Moment haben. Und darum meint die Kommission mit der Regierung, müssten wir es im Moment bei diesem Modell HEUREKA 300 belassen, weil es ein ausgeglichenes Modell ist, auf die Mehrheit der Gemeinden Rücksicht nimmt und eben finanzierbar ist.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 64 zu 15 zu.

Standespräsident Geisseler: Wir gehen weiter zu Art. 4a. Hat die Kommission hier Bemerkungen. Nein, dann wiederhole ich, dass Grossrat Casanova hier bereits den Antrag gestellt hat, diesen Artikel ersatzlos zu streichen.

Regierungsrat Trachsel: Ich bin auch hier der Meinung, dass Sie ihn ablehnen müssen. Es geht hier um eine Übergangsregelung. Ich glaube, über das haben wir schon so viel gesprochen, da brauche ich kein Wort mehr zu verlieren.

Abstimmung zum Antrag Casanova zu Art. 4a
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und Regierung mit 65 zu 1 Stimmen zu.

Art. 4b
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Caviezel (Thusis): Mit der Teilrevision des Gemeindegesetzes, sowie der Finanzausgleichgesetzgebung sollen die Gemeinden zu Fusionen angeregt werden. Dieses Ziel ist unbestritten. Ein Viertel der Gemeinden muss bei Inkrafttreten des Gesetzes beachtliche Kürzungen der Mindestausstattung gewärtigen. Viele dieser Gemeinden sind strukturschwach und haben wenig Handlungsspielraum. Ganz egal, ob bestraft für ihre Kleinheit oder bedroht für die noch fehlende Realisierung einer Fusion scheint mir die Zeit für die von einer Kürzung der Mindestausstattung betroffenen Gemeinden zu kurz um auf die veränderten Rahmenbedingungen reagieren zu können. Der berühmte Wink mit dem Zaunpfahl ist erkannt. Aber zu massiver Druck, zeitlicher und finanzieller Art, wird sich negativ auf sinnvolle Fusionsprozesse auswirken. Wie Regierungspräsidentin Widmer gestern um genügend Zeit zur Gestaltung des Finanzausgleichs II geben hat, bitte ich nun um etwas Zeit für die Gemeinden um ohne erhöhten Finanzdruck auf die veränderten Rahmenbedingungen reagieren zu können. Deshalb beantrage ich folgende Übergangsregelung. In Art. 4b soll ein dritter Absatz eingefügt werden, der lautet: Eine allfällige Kürzung der Mindestausstattung wird für eine Gemeinde erstmals drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Teilrevision wirksam.

Antrag Caviezel (Thusis)
Einfügen neuer Abs. 3:
Eine allfällige Kürzung der Mindestausstattung wird für eine Gemeinde erstmals drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Teilrevision wirksam.

Regierungsrat Trachsel: Ja, Sie haben ja jetzt fast zwei Tage diskutiert. Sie haben gesehen, dass sehr viele Emotionen im Spiel sind, dass Emotion oft stärker ist als die Sachfrage und drum zweifle ich daran, dass eine Verzögerung um drei Jahre etwas bringt, Offensichtlich ist dann der Emotionsdruck so gross, dass man erst in drei Jahren überlegt, was man jetzt tun soll. Darum stimmen Sie diesem Antrag nicht zu. Machen Sie schon jetzt ein bisschen Druck. Wir haben ja betont, die kleinen können damit weiter leben, aber sie müssen es von Anfang an spüren. Wenn man es nicht spürt, macht man nichts und hofft immer noch, dass der Schreck, der einen erwartet hat, nie eintritt. Darum bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Nigg; Kommissionspräsident: Ich möchte Sie auch bitten diesen Antrag abzulehnen. Ich glaube, wir haben jetzt ein Gesetz diskutiert und wir können nicht hingehen und Teile dieses Gesetzes zweieinhalb oder drei Jahre später nach dem übrigen Gesetz in Kraft treten lassen damit es eben Wirkung zeigt. Wir müssen das Gesetz als Ganzes gleichzeitig in Kraft treten lassen. Im Übrigen verweise ich nochmals darauf hin, dass fusionswillige Gemeinden eben aus diesem Art. 19 Beiträge bekommen aufgrund von diesem Art. 19 und wenn eine Gemeinde oder wenn Gemeinden sich entschliessen, die sonst die Kürzung der Mindestausstattung in Kauf nehmen müssten, wenn sie entschliessen Fusionsverhandlungen aufzunehmen, bekommen sie entsprechende Beiträge. Ich bitte Sie nochmals im Sinne auch einer geordneten Inkrafttretung und gleichzeitigem Inkrafttreten auf diesen Antrag zu verzichten, nicht darauf einzutreten.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 79 zu 6 Stimmen zu.

Art. 5
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 8
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Schlussabstimmung
2. Der Grosse stimmt der Teilrevision des Gesetzes über den interkommunalen Finanzausgleich mit 88 zu 3 Stimmen zu.

3. Der Grosse Rat stimmt der Teilrevision der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich mit 93 zu 3 Stimmen zu.

4. Der Grosse Rat nimmt von der Erledigung des Postulates Zegg betreffend Reform der Gemeindestrukturen GRP 98, 99 Seiten 307, 473 und 630, sowie vom Fraktionsauftrag Hanimann betreffend Gemeindereform in Graubünden GRP 203, 204 Seiten 449, 727 und 782 mit 94 zu 0 Stimmen Kenntnis.

5. Der Grosse Rat nimmt von der Umsetzung der Massnahme 205 der Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushaltes, Botschaft der Regierung Heft Nr. 2 2003 bis 2004, Seite 141 mit 88 zu 0 Stimmen Kenntnis.

Nigg; Kommissionspräsident: Wir haben während anderthalb Tagen eine sehr komplexe Materie durchberaten. Wir haben uns ausgesprochen darüber, wie wir die Regionalverbände sehen, wie wir die Organisation der Regionalverbände sehen und wir haben vor allem, meine ich, und das ist für die Zukunft unseres Kantons ausserordentlich wichtig, haben wir die Weichen für eine strukturelle, Territorialreform in unserem Kanton gestellt. Wir haben dabei, und das war sehr wichtig in der ganzen Diskussion, auch die Anliegen der Kleingemeinden gehört und wir werden diese Anliegen auch in Zukunft hören und sie bei der Umsetzung dieses Gesetzes auch eben wahrgenommen zu haben. Die Vorlage war von der Regierung sehr gut vorbereitet. Sie war von der Regierung und speziell möchte ich auch erwähnen von den Verantwortlichen im Gemeindeinspektorat sehr gut vorbereitet. Und ich möchte dem verantwortlichen Regierungsrat Trachsel und vor allem auch Herrn Heisch, der uns während einiger Zeit auf die Vorlage vorbereitet hat, recht herzlich für die grosse Arbeit danken.

Loepfe: Als Präsident der mitberichtenden Kommission möchte ich für die Zusammenarbeit mit der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik danken, und auch dass sie eigentlich mehr als das Protokoll es ursprünglich gezeigt hat, auf unsere Anliegen eingetreten ist. Unser Leistungsausweis hier bei dieser Vorlage ist allerdings ein bisschen gemischt, dennoch danke ich meinen Kommissionsmitgliedern für die Mitarbeit. Ich danke auch Herrn Heisch für das sehr kurzfristige Versorgen mit dem notwendigen Zahlenmaterial und ich danke auch der Verwaltung im Allgemeinen für die Hilfe, die wir jeweils bekommen.

Regierungsrat Trachsel: Ja, ich möchte es auch nicht unterlassen, insbesondere der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik und ihrem Präsidenten Grossrat Nigg ganz herzlich zu danken für die Vorbereitung dieses Geschäftes und dafür, wie er das Geschäft im Rat geleitet hat. Es war auch von Ihnen eine sehr engagierte Diskussion. Ich danke allen, die mitdiskutiert haben. Ich habe viel Verständnis für alle Voten. Ich war mir bewusst, einen Zwei-Fronten-Krieg zu führen. Es wurde dann gar zu einem Drei-Fronten-Krieg. Als General wäre man damit sicher als Verlierer vom Platz gegangen, in der Politik ist das komfortabler, wenn sich zwei streiten, freut sich die Mitte. Und ich habe mich in der Mitte eigentlich immer recht wohl gefühlt.

Zusammenschluss der Gemeinden Splügen und Medels i. Rh. zur Gemeinde Splügen (B11/2005-2006, S. 977)

Eintreten und Detailberatung

Standespräsident Geisseler: Ich habe eine Vorbemerkung zu machen, gehen Sie nicht davon aus, dass wir heute 18.00 Uhr aufhören werden. Wir sind eher hinten nach unserem Programm und möchten ja morgen unsere Beratungen beenden. Wir gehen also weiter zum nächsten Geschäft Zusammenschluss der Gemeinden Splügen und Medels zur Gemeinde Splügen. Ich darf die beiden Gemeindepräsidenten auf der Tribüne recht herzlich bei uns begrüssen. Es sind dies der Gemeindepräsident von Splügen, Herr Walter Mengelt und der Gemeindepräsident von Medels, Herr Andreas Allemann. Herzlich willkommen bei uns und wir freuen uns, dass Sie diese Verhandlungen mit uns miterleben.

Thomann; Kommissionspräsident: Nach der tagelangen Theorie dürfen wir nun zur Praxis übergehen. Wir dürfen heute im Parlament erfreulicherweise über einen Zusammenschluss von Gemeinden beraten. Es ist keine spektakuläre Fusion, sondern eine sinnvolle Heirat einer Kleingemeinde mit einer Kleinstgemeinde. Es geht um den Zusammenschluss der Gemeinden Splügen und Medels im Rheinwald. Auch ich darf die beiden Herren Gemeindepräsidenten zu unseren Verhandlungen recht herzlich begrüssen. Im Namen der Vorberatungskommission beantrage ich Ihnen, das gesamte Geschäft in einer allgemeinen Eintretensdebatte zu beraten und auf eine Detailberatung zu verzichten. Wir haben gestern und heute bei der Beratung des Gemeindegesetzes und des Finanzausgleichgesetzes ausführlich über Gemeindezusammenschlüsse und politische Strukturbereinigungen gesprochen, so dass ich auf allgemeine Ausführungen zu diesem Thema verzichten kann. Ich möchte vielmehr auf die zur Sprache stehende Fusion zwischen den Gemeinden Splügen und Medels eingehen.
Vorerst darf ich Ihnen die beiden Gemeinden kurz vorstellen. Splügen befindet sich am Knotenpunkt des Splügen- und San Bernardinopasses an der wichtigen Nord-Süd-Achse A13. Markante Bürgerhäuser zeugen von der wirtschaftlichen Blüte Splügens zur Zeit des Transitverkehrs. Die Eröffnung der Gotthard-Bahn machte dem Passdorf schwer zu schaffen. Erst der Bau der Skiliftanlagen und der Bau des San Bernardinotunnels in den 60gern Jahren liessen das Dorf wieder aufblühen. Heute zählt die Gemeinde rund 400 Einwohner. Die meisten Erwerbstätigen, gut zwei Drittel, finden im Dienstleistungssektor Arbeit und Verdienst. Die Gemeinde verfügt über eine gut ausgebaute Infrastruktur, obwohl die Selbstfinanzierungsmittel nur die dringend notwendigen Investitionen zuliessen. Der Finanzplan für die nächsten fünf Jahre weist einen beachtlichen Investitionsbedarf, vor allem im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung auf. Splügen gehörte in den letzten Jahren meistens der

Finanzklasse zwei an und kann darum als finanzstark bis finanzmittelstark eingestuft werden. Der Steuerfuss liegt bei 88 Prozent der einfachen Kantonssteuer.
Die Gemeinde Medels im Rheinwald ist eine typische Streusiedlung und besteht aus der Hauptsiedlung Dörfli und der Fraktion Nühus. Die rund 40 Einwohner von Medels leben vor allem von der Land- und Forstwirtschaft. Durch die Gesamtmelioration wurde die Existenzgrundlage für die Bauernfamilien deutlich verbessert. Auch Medels verfügt über eine gut ausgebaute Infrastruktur. Die geringe Leistungsfähigkeit zwang die Gemeinde den Steuerfuss stets hoch zu halten. Im Moment sind es 120 Prozent der einfachen Kantonssteuer. Medels ist in der Finanzgruppe fünf eingeteilt und hat Anspruch auf Steuerkraftausgleichsbeiträge.
Beide Gemeinden kooperieren heute in verschiedenen Bereichen. Das sind sicher sehr gute Voraussetzungen für den Zusammenschluss. Seit 1995 bilden sie einen Kindergarten-, Primar- und Oberstufenschulverband. Beide Gemeinden gehören zudem dem gleichen Forstverband an. Weitere Aufgaben werden im Verbund mit den übrigen Gemeinden im Hinterrhein oder auf Ebene des Regionalverbandes Regio Viamala gelöst. Die beiden Gemeinden sind in einem vielfältigen Geflecht von überkommunalen Beziehungen eingebunden. Daran wird sich auch nach dem Zusammenschluss nichts ändern. Eine weitere Kooperation im Rheinwald ist kaum mehr möglich, so dass die logische Konsequenz der Zusammenschluss von Gemeinden ist.
Der Anstoss für den Zusammenschluss der beiden Gemeinden ist von der Gemeinde Medels ausgegangen. Die niedrige Einwohnerzahl, die bescheidene Finanzkraft und die gute Zusammenarbeit mit Splügen führen zu diesem Schritt. Man hat im Rheinwald in Zusammenhang mit der Fusionsabsicht der Gemeinden auch abgeklärt, ob eine Talfusion möglich wäre. Die anderen Gemeinden sind für diesen sicher wünschenswerten Schritt leider noch nicht bereit. Eine Arbeitsgruppe mit je drei Vertretern der beiden Gemeinden und einem externen Berater haben die notwendigen Vorabklärungen und die Vorgehensweise für den Zusammenschluss aufgezeigt. Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigten, dass ein Zusammenschluss sich vor allem in Bezug auf Synergien und Finanzen positiv auswirkt. Die Arbeitsgruppen und beide Vorstände waren auch bemüht die Öffentlichkeit rasch nach Vorliegen der ersten Resultate zu informieren. Es dürfte allgemein bekannt sein, dass die Information und Kommunikation für die Zustimmung von Fusionen sehr wichtig sind. Anlässlich von Gemeindeversammlungen in Splügen und Medels beantragte die Kommission und die Vorstände den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Vorbereitung der Vereinigung der Gemeinden weiterzuführen. Beide Gemeinden folgten mit grosser Mehrheit diesem Antrag.
Als schwieriger Verhandlungspunkt kristallisierte sich, wie bereits beim Zusammenschluss der Gemeinden Donat und Patzen/Fardün auch hier die Regelung der Weiderechte und des Pachtlandes. Man überlässt gemäss Vereinbarungen diese Zuteilung den Fraktionen und fand so eine Lösung, die für alle Beteiligten akzeptiert wurde. Es zeigt sich immer wieder, dass man solche unkonventionelle und den örtlichen Gegebenheiten angepasste Lösungen suchen muss, um ans Ziel zu gelangen. Sehr sinnvoll scheint mir auch, dass die neue Gemeinde weiterhin Splügen heisst und auch, dass das Wappen der Gemeinde Splügen übernommen wird. Das zeugt von Toleranz und zeigt, dass man auch über Zusammenschlüsse von Gemeinden ganz sachlich ohne Emotionen entscheiden kann. Diese Sachlichkeit wünsche ich mir auch bei weiteren Zusammenschlüssen von Gemeinden.
An den gleichzeitig durchgeführten Gemeindeversammlungen im August 2005 stimmten beide Gemeinden mit deutlichen Mehrheiten der Vereinigungsvereinbarung zu. Aufgrund des Abstimmungsresultates darf man hier nicht von einer Liebesheirat reden, sondern eher von einer Vernunftsehe. Gerade aus diesem Grund darf man aber erwarten, dass sie für immer hält.
Nun darf ich noch einige Bemerkungen zur Patenrolle des Kantons bei diesem feierlichen Anlass machen. Die ganze Arbeit wurde natürlich auch vom Gemeindeinspektorat begleitet und unterstützt. Die Regierung hat dann mit Beschluss vom 5. Juli 2005 an einem eventuellen Zuammenschluss der Gemeinden Splügen und Medels einen Fusionsbeitrag von 780'000 Franken zugesichert. Bei der Einteilung der Finanzgruppen für die Jahre 2006/2007 wurden die bestehenden Gemeinden noch separat eingestuft. Proberechnungen haben ergeben, dass die neue Gemeinde Splügen wahrscheinlich in die Finanzgruppe zwei eingeteilt würde. Diese Einteilung würde den Finanzhaushalt der neuen Gemeinde belasten und die guten Startbedingungen schmälern. Aus diesem Grund hat die Regierung unter Anwendung der Ausnahmeregelung den Verbleib der Gemeinde Splügen in der Finanzgruppe drei für die Jahre 2006/2007 und 2008/2009 in Aussicht gestellt. Aufgrund der letzten Zusammenschlüsse von Gemeinden hat die Regierung eine meines Erachtens sehr gute Praxis für die Berechnung der Fusionsbeiträge erarbeitet. Diese Beiträge werden unter zwei Titeln berechnet. Nämlich unter einem Förderungsbeitrag und einem Finanzausgleichsbeitrag. Der Förderungsbeitrag besteht aus einer Pauschale von 150'000 Franken pro fusionierte Gemeinde und 500 Franken pro Einwohner. Der Finanzausgleichsbeitrag gleicht die Unterschiede unter den Gemeinden betreffend Steuerfuss und Ausfall der Infrastruktur aus und berücksichtigt die Finanztransfers zwischen Kanton und Gemeinden. Ob der errechnete Beitrag gerechtfertigt ist, kann man sich selbstverständlich immer fragen. Dabei muss man aber erstens die Kosten der fusionswilligen Gemeinden anschauen. Die Gemeinden zahlen Projektkosten, Kosten für Umadressierungen, Anpassungen der EDV, eventuell Zusatzkosten für bauliche und betriebliche Einrichtungen der Kanzlei und Kosten für die Gebietserweiterung. Zweitens muss man sich fragen, welche Einsparungen resultieren für den Kanton und übergeordnete Instanzen. Diese kann man unter folgenden Punkten aufzählen: Verringerung des administrativen Aufwandes durch Reduktion der Anzahl Adressaten, Aufwandminderung durch Reduktion von Beratungs- und Betreuungseinsätzen und Einsparung von Effizienzsteigerung durch Verbesserungen der Kanzleistrukturen. Zudem spart der Kanton beim Finanzausgleich und bei den Kantonsbeiträgen. Im ersten Moment mögen diese Fusionsbeiträge sehr hoch erscheinen, wenn man aber bedenkt, dass es einmalige Zahlungen sind, der Kanton aber langfristig davon profitiert, kann man ohne weiteres sagen, dass diese Fusionsbeiträge gute Investitionen für die Zukunft sind.
Abschliessend möchte ich allen Beteiligten, vor allem den Gemeindepräsidenten, den Gemeindevorständen und der Fusionskommission, für die gute Arbeit, die sie geleistet haben danken und zum gelungenen Zusammenschluss gratulieren. Ihnen darf ich im Namen der einstimmigen Kommission beantragen, auf die Vorlage einzutreten und den Zusammenschluss der beiden Gemeinden Splügen und Medels im Rheinwald zur neuen Gemeinde Splügen zuzustimmen.

Caviezel (Chur): Die Position der SP dürfte bekannt sein. Die Gemeinde Splügen hat neben der politischen Gemeinde

auch eine Bürgergemeinde, die 40 Medelser kennen nur die politische Gemeinde. Ich war echt erstaunt als die beiden betroffenen Gemeinderäte uns wissen liessen, dass für die Fusion die Bürgergemeinde von Splügen das grösste Problem darstellte. Die ursprünglichen Bürger von Splügen wollten natürlich nicht auf ihre Privilegien verzichten. Dank einem Genossenschaftsvertrag konnte eine Lösung gefunden werden. Bürgergemeinden schaffen in jedem Dorf eine Zweiklassengesellschaft. Gerade am Beispiel von Splügen wird das wieder offensichtlich. Deshalb vertrete ich weiterhin die Meinung, dass Bürgergemeinden der Vergangenheit angehören sollten. Die neue Gemeinde Splügen wird übrigens einen prominenten Bürger erhalten, Grossrat Trepp. So wie ich ihn kenne, wird er Ihnen dazu selber noch etwas sagen. Ich empfehle Ihnen dem Zusammenschluss trotz allem zuzustimmen, da es sich um den Willen der betroffenen Bevölkerung handelt.

Trepp: Gestatten Sie mir als direkt Betroffener, ich bin Bürger von Medels und Nufenen, einige Bemerkungen zu dieser Vorlage. Ich habe in diesem Jahr sowohl meinen Führerausweis als auch meine Identitätskarte erneuern müssen. Beim Führerausweis heisst es jetzt Medels im Rheinwald GR/Nufene. Das letzte „n“ hat man wahrscheinlich aus Spargründen weglassen müssen. Bei der Identitätskarte stellte man mich kurzfristig vor die Wahl zwischen Medels und Nufenen auszuwählen. Für zwei Gemeinden hätte es nicht mehr Platz. Weil für mich sparen am richtigen Ort kein Tabu ist und Medels nur sechs, Nufenen aber sieben Buchstaben aufweist, wählte ich kurz entschlossen Medels.
Nun, wie das Schicksal halt so grausam zuschlägt, werde ich nun mit Splügen fusioniert. Dass ich jetzt Bürger der gleichen Heimatgemeinde unseres lieben Regierungsrats Schmids und des Gründungsstifters eines berühmt berüchtigten Fonds gleichen Namens werde, ist mir eigentlich egal. Nicht egal ist mir aber, dass ich jetzt ungefragt einer Bürgergemeinde beitreten soll. Ich möchte deshalb dem hier anwesenden Gemeindepräsidenten von Splügen nach Annahme der Fusion schon jetzt mitteilen, dass ich mich nur mit der politischen Gemeinde Splügen fusionieren lassen möchte. Ich verzichte auf all die Privilegien einer undemokratischen Bürgergemeinde. Vielleicht erleichtert das den Splügnerinnen und Splüglern auch etwas einem heruntergekommenen Medelser Asyl zu gewähren.
Was ich allerdings schwer hoffe ist, dass wenn ich in zehn Jahren meine Ausweise wieder erneuern muss, ich keine Wahl mehr habe zwischen Splügen und Nufenen, sondern es nur noch eine Gemeinde nämlich die Gemeinde Rheinwald gibt. Es kann nicht sein, diese Mini-Ehen jedes Mal mit 780'000 Franken zu subventionieren und den Fusionstechnikern die Taschen zu füllen. In diesem Sinne empfehle ich, der Fusion zuzustimmen, trete aber als direkt Betroffener freiwillig in den Ausstand.

Telli: Nachdem die beiden vorhergehenden Geschäfte gemäss Botschaft über die Bühne sind, erübrigt sich eine längere Diskussion. Ich vermisse aber in der Botschaft etwas, und zwar dies: Wir haben vor vier Jahren die erste Fusion beschlossen. Ich hatte dort meine Bedenken. Wir haben dort eine Million Franken gesprochen. Ich habe dem Regierungsrat Huber damals vorgerechnet, wenn Trin und Flims fusionieren würden, also wenn ich die Einwohner hochrechne, würde dies dem Kanton 13,8 Millionen Franken kosten. Nun meine Frage Herr Regierungsrat: Hat sie, und das vermisse ich in der Botschaft, hat die erste Fusion den Fraktionen von Suraua etwas gebracht auch in finanzieller Hinsicht?

Regierungsrat Trachsel: Jede Fusion ist ein Spezialfall. Das hat sich auch hier in der Situation Splügen/Medels gezeigt. Es mussten immer individuelle Probleme bearbeitet werden. Grossrätin Caviezel hat auf eines hingewiesen. Man muss nach Lösungen suchen, die die Fusion nicht verhindern. Ich glaube, das ist jedes Mal eine neue Herausforderung. Es stellte sich hier auch die Frage, will man nicht auf eine Talschaftsfusion drängen und quasi sagen, dass es für zwei Gemeinden keine Beiträge gibt, was in der Kompetenz der Regierung gewesen wäre. Wir haben uns nicht dafür entschieden. Wir waren der Meinung, dass eine Talschaftsfusion Hinterrhein im Moment keine Chance hat, auch mittelfristig nicht. Und dass die Fusion Splügen/Medels als Vorbild für andere dienen kann. Ich glaube, da kann man zweierlei Dingen sagen. Einerseits eben als Fusion in diese Region. Sie sind die ersten beiden Gemeinden in dieser Region, die fusionieren. Und zweitens weil sie das ganze Fusionsgeschäft in gut einem Jahr abgewickelt haben. Auch dies ist eine hervorragende Leistung. Die meisten brauchen bedeutend länger und es zeigt, wenn man will, dann kann man auch komplexe Aufgaben speditiv im Gespräch lösen. Und ich möchte sagen, es ist trotzdem eine Liebesheirat gewesen. Dies im Gegensatz zum Präsidenten der Kommission, der von einer Zweckehe spricht. Ich glaube, wenn man es in gut einem Jahr schafft, hat es eben doch viele Gemeinsamkeiten der Liebe, wie in einer alten Ehe, die man vielleicht nicht mehr zeigt, aber auf die man bauen kann, wenn es drauf ankommt. Interessant war auch bei der Kommissionssitzung die Erfahrungen der beiden Gemeindepräsidenten, Herr Mengelt aus Splügen, Herr Allemann aus Medels, zu hören, die darauf hingewiesen hatten, was es braucht, wo es Kompromisse braucht, die auch Toleranz brauchen. Sie haben aber auch gesagt, und das war für mich auch wichtig, dass sie jetzt nicht ohne weiteres sofort wieder eine weitere Gemeinde aufnehmen würden. Der nächste Schritt müsste dann schon die Talschaftsfusion sein.
Das zeigt eines. Auch in den Gemeinden, die fusionieren, muss Arbeit geleistet werden, sind die Behörden gefordert. Und es zeigt, dass die Gefahr von sogenannten Kaskadenfusionen wegen den Beiträgen relativ gering ist. Ich habe letztes Mal beim Gemeindegesetz gesagt, dass wir sagen, wenn innerhalb von 15 Jahren weiter fusioniert wird, dass man dann über die schon gesprochenen Beiträge auch sprechen muss und dass man die angemessen auch mitberücksichtigen muss.
Nachdem sich niemand gegen Eintreten ausgesprochen hat, darf ich annehmen, dass Sie der Fusion zustimmen werden und ich erlaube mir aus diesem Grunde schon vorher, noch einmal zu sprechen und dann am Schluss nicht mehr. Ich danke auch hier der Kommission, dem Präsidenten. Es war eine interessante Diskussion, weil wir weniger über das Geschäft, das mehr eine Formalität ist, wegen der Grenzbereinigung und dem übergeordneten Recht, als vielmehr über Fusionen, Probleme, Beiträge gesprochen haben. Es war interessant für mich, auch weil doch in der Kommission einige Mitglieder waren, von denen ich weiss, dass sie auch in Gesprächen sind und wir konnten so sicherlich interessante Diskussionen austauschen. Es ist mir aber auch ein Anliegen, der neuen Gemeinde Splügen mit der Fraktion Medels alles Gute zu wünschen. Ich wünsche Ihnen gemeinsam eine erspriessliche Zukunft.

Standespräsident Geisseler: Wird das Wort zum Eintreten noch gewünscht? Scheint nicht der Fall zu sein, dann stelle ich zu Handen des Protokolles fest, dass wir Eingetreten sind, obwohl der Kommissionspräsident nach Rücksprache mit mir gesagt hat, dass wir grundsätzlich keine Details mehr besprechen möchten, möchte ich Sie anfragen, ob jemand auf einen Teil der Botschaft zurückkommen möchte. Das scheint nicht der Fall zu sein, dann kommen wir zu den Anträgen. Grossrat Telli, Ihre Frage ist noch nicht beantwortet.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Regierungsrat Trachsel: Grossrat Telli, ich kann Ihnen sagen, dass Sie bei Ihren Überlegungen einen Rechnungsfehler gemacht haben. Wenn die Gemeinde Flims mit Trin fusioniert, werden sie gemäss dem heute beschlossenen Gemeindegesetz für die ersten 1'000 Einwohner 500 Franken bekommen. Also 500'000 Franken und für zweimal eine Gemeinde je 150'000 Franken, 300'000 Franken, 800'000 Franken zusammen und weil ich jetzt, ohne das im Detail nachgeprüft zu haben annehme, dass beide Gemeinden finanziell gut ausgestattete Bräute sind, die fürsorglichen Eltern nicht in die Tasche greifen wollen, würde es bei diesem Beitrag bleiben.
Sie haben mir noch die Frage gestellt, ob die am Schluss fusionierten Gemeinden nun bessere Erträge haben. Ich habe mit ihnen nicht gesprochen. Ich habe aber positive Signale, weil wir mit diesen Gemeinden in anderem Zusammenhang tätig sind. Es gibt natürlich auch Gemeinden, die sich früher zusammengeschlossen haben und ich habe eigentlich von keiner Gemeinde, die sich zusammengeschlossen hat, gehört, dass sie ihre Aufgaben heute schlechter löst als vorher.

Telli: Also Trin und Flims werden in den nächsten Jahren nicht fusionieren. Aber auf 13,8 Millionen Franken bin ich 2001 gekommen, also den Beitrag Suraua hochgerechnet.

Angenommen

Schlussabstimmung
Der Grosse Rat setzt den Zusammenschluss der beiden Gemeinden Splügen und Medels im Rheinwald zur neuen Gemeinde Splügen mit 88 zu 0 Stimmen auf den 1. Januar 2006 in Kraft.

Standespräsident Geisseler: Im Namen des Grossen Rates wünschen wir Ihnen alles Gute, gute Zusammenarbeit und ein gutes Gelingen. Dann haben wir dieses Traktandum beendet wir kommen zum nächsten. Ich habe noch eine Korrektur zur Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den interkantonalen Finanzausgleich. Bei Art. 4, Antrag Casanova, haben wir das Abstimmungsresultat von 65 zu 1 Stimmen verkündet. Das richtige Resultat ist 75 zu 2 Stimmen. Es ändert nichts, aber ist sicher richtig, wenn es so ins Protokoll kommt.

Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für den Erlass eines Grossratsgesetzes und für die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 19. September 2005

Eintreten

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Wir kommen nun zu einem sozusagen eigenen Geschäft. Es geht um den Erlass eines Grossratsgesetzes und um die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates. Weil das das Gesetz des Grossen Rates ist, wird nicht die Regierung hier sitzen, sondern Standespräsident Hans Geisseler wird als Sprecher der Präsidentenkonferenz da sein. Sprecher für die KWAS, für die Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik ist Grossrat Zegg.

Zegg: In Absprache mit der Standesvizepräsidentin führen wir die Eintretensdebatte über beide Vorlagen gemeinsam. Nach dem Eintretensentscheid werden wir zur Detailberatung gehen. Zuerst das Gesetz und anschliessend die Geschäftsordnung Wir haben mittlerweile ein Zusatzprotokoll erhalten. Es wurde heute früh ausgeteilt. Wir haben festgestellt, dass der Minderheitsantrag zurückgezogen wurde, der über die Sessionszeiten im Oktober ursprünglich gestellt wurde. Nun, mit dem Inkrafttreten der neuen Kantonsverfassung am 1. Januar 2004 ergibt sich auch für die Parlamentsgesetzgebung Handlungsbedarf. Inhaltlich zwar nur wenig, zeitlich aber besteht dringender Handlungsbedarf, weil die Änderungen bereits auf die kommenden Grossratswahlen 2006 vorgenommen werden müssen.
Konkret geht es um folgende Neuerungen: Verlängerung der Amtsdauer des Grossen Rates von drei auf vier Jahre, Verschiebung des Beginns der Amtsperiode auf den 1. August, Beteiligung des Grossen Rates an die Vorbereitung wichtiger interkantonaler und internationaler Verträge. Daneben sind eine Reihe hängiger Revisionspostulate umzusetzen. Sodann ergibt sich auch ein formeller Anpassungsbedarf aufgrund der Neuordnung der Rechtszuständigkeiten in der neuen Kantonsverfassung. Die letzte umfassende Revision der Parlamentgesetzgebung fand in den Jahren 1995 und 2002 statt. Also vor nicht allzu langer Zeit. Sie haben den Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz im violetten Büchlein zu diesem Geschäft vorliegen. Zu bemerken ist dazu, dass es sich nicht um eine Botschaft der Regierung handelt, wie wir es sonst gewohnt sind, sondern um einen Revisionsantrag der Präsidentenkonferenz, dem Leitungsorgan des Grossen Rates. Wir können daher davon ausgehen, dass in dieser Revision die Interessen des Parlamentes, die bisherigen Erfahrungen in der Praxis des Parlamentsbetriebes, die Erfahrungen mit den ständigen Kommissionen und die juristischen Aspekte weitgehend im Sinne des Grossen Rates berücksichtigt sind. Unsere Kommission hat dann auch nur wenige Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen.
Die wichtigsten Revisionspunkte dieser neuen Gesetzgebung: Erstens, formell und materiell steht hier die Zusammenfassung der bisherigen fünf Parlamentserlasse zu einem Gesetz und einer Geschäftsordnung im Vordergrund. Die bisherigen fünf Parlamentserlasse, nämlich das Gesetz über die Vertretung der Kreise im Grossen Rat vom 4. Juni 1972, die Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 29. Mai 1956, das Regelement für die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates vom 26. September 1994, das Regelement für die Justizkommission des Grossen Rates vom 5. Oktober

1998, sowie die grossrätliche Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates vom 31. Mai 1972. Diese fünf Erlasse werden nun zu zwei Erlassen, nämlich einem Grossratsgesetz und einer Geschäftsordnung des Grossen Rates zusammengefasst. Die beiden Erlasse haben auch eine stärkere Gliederung erfahren und sind sehr übersichtlich. Das Grossratsgesetz enthält die grundlegende Bestimmung über die Wahl und Konstituierung des Rates, Organisation des Rates, die Informationsrechte der Ratsmitglieder und der Kommissionen sowie das Amtsgeheimnis. Die allgemeine Verfahrensordnung, die Verhandlungsgegenstände sowie Bestimmungen über den Geschäftsverkehr zwischen Regierung und dem Grossen Rat. Die Geschäftsordnung, enthält die detaillierten Regelungen über: Erstens Sessionsordnung, zweitens die Organisation der Präsidentenkonferenz und der Kommissionen, drittens die Entschädigung der Ratsmitglieder und der Fraktionen und viertens die Ratsdienste und die Protokollführung. Fünftens die allgemeine Verfahrensordnung, sechstens das Verfahren bei parlamentarischen Vorstössen und Wahlen. Diese formellen und materiellen Änderungen haben bei der Vernehmlassung weitgehend Zustimmung gefunden. Sie dürften also kaum bestritten sein.

Bereits bei der Vernehmlassung hat sich aber gezeigt, dass die mit der letzten Parlamentsrevision geschaffenen ständigen Kommissionen, eine zentrale Rolle beim vorliegenden Geschäft spielen. Die ständigen Kommissionen wurden von der FDP, von der SVP und der SP kritisiert. Bemängelt wird vor allem, dass nur rund zwei Drittel der Ratsmitglieder einer Kommission angehören würden und somit eine Zweiklassengesellschaft geschaffen würde. Zudem wäre die Auslastung sehr unterschiedlich. Die Kommissionen wären nach Meinung der FDP zu gross. Und die Anzahl der ständigen Kommissionen sollte nach Auffassung der SVP zugunsten von Ad-hoc-Kommissionen reduziert werden. Die SP kritisiert neben anderem auch das Zweiklassenparlament. Die CVP ist im Grossen und Ganzen damit einverstanden und hält es nicht für opportun und für angebracht, sich erneut mit der Frage der ständigen Kommissionen zu befassen, weil dies im Jahre 2002 bereits entschieden wurde und für eine Neubeurteilung mehr Zeit erforderlich wäre.

Zur Thematik der ständigen Kommission, der Auslastung und des Arbeitsbereichs haben sich sodann insbesondere die Kommission für Justiz und Sicherheit und die Strategiekommission geäussert. Und dazu natürlich auch die Regierung. Weitere Kritikpunkte können Sie im Bericht auf Seite acht und folgende nachlesen. Ich beabsichtige in meinen Ausführungen zum Eintreten insbesondere auf die Thematik Parlamentsbetrieb, ständige Kommissionen, auf die Kritik des Zweiklassenparlaments einzugehen. Diese Punkte bilden die Kernbereiche der Kritik. In der Detailberatung werde ich dann auf die anderen Anträge und Kritiken eingehen, sofern das gewünscht und nötig ist. In der Zeitschrift Parlament, es handelt sich dabei um das Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen, stellt Professor Ulrich Zimmerli fest: „Unser hochkomplexes Staatsleitungssystem lebt von einer distanzierten Partnerschaft zwischen Regierung und Parlament“. Zimmerli, ich werde ihn später noch mehrmals zitieren, ist nicht irgendwer, sondern er gehörte während zwölf Jahren dem Ständerat an, präsidierte diesen und hatte im Bundesparlament die Einführung und Arbeit der ständigen Kommissionen als SVP-Politiker mitgestaltet und mitgeprägt. Er ist auch noch Professor für Staatsrecht. In der Novemberausgabe dieser Zeitschrift Parlament befasst sich Frau Ruth Lüthi, – welche ihre Dissertation in dieser Richtung gemacht hat. Die Dissertation lautet: „Die Legislativkommissionen der Schweizerischen Bundesversammlung. Institutionelle Veränderungen und das Verhalten von Parlamentsmitgliedern“ – in einem Aufsatz mit der etwas provokativen Frage: Stärkere Parlamente dank ständigen Kommissionen? In meinen Ausführungen stütze ich mich unter anderem auf diesen Bericht. Nun, was für das Bundesparlament gilt und Sinn macht, muss zwar nicht, kann aber sehr wohl auch für die Kantonalparlamente sinnvoll sein.

Immerhin haben von 26 Kantonen deren 19 ständige Kommissionen. Dabei ist die Anzahl Kommissionen sehr verschieden. Von 24 Kommissionen im Kanton Genf bis drei Kommissionen im Kanton Wallis. Mit drei Kommissionen begnügt sich allerdings nur mehr der Kanton Wallis und der Kanton Jura. Alle anderen haben mehr. Im schweizerischen System der Gewaltentrennung sind beide Gewalten, Parlament und Regierung insofern unabhängig, als beide Behörden für eine feste Amtsdauer gewählt sind. In den Kantonsparlamenten werden beide vom Volk gewählt und weder kann die Regierung das Parlament auflösen noch kann das Parlament die Regierung absetzen. In einem solchen System, man bezeichnet das als Arbeitsparlament, ist es notwendig, dass das Parlament als Institution seine Aufgaben als kritisches Organ gegenüber der Regierung wahrnimmt. Regierung und Parlament ringen sozusagen miteinander um die Details der Gesetzgebung. Das hat zur Folge, dass sich in unserem Kanton z.B. die Mitglieder des Grossen Rates intensiv mit den konkreten Gesetzesentwürfen auseinander setzen müssen. Sie können sich nicht wie das z.B. in Deutschland und England der Fall ist, als Mitglied der Regierungsfraktion auf die Regierung abstützen oder als Oppositionspolitikerinnen oder -politiker die Vorschläge der Regierung kritisieren. Für jeden einzelnen Artikel des Gesetzes muss im Rat eine Mehrheit gefunden werden, wobei sich diese Mehrheiten bei den verschiedenen Artikeln in demselben Gesetz durchaus verschieden zusammensetzen können. Das haben wir heute erfahren. Dieses Feilschen um Details, welche häufig wichtiger sind als man denkt, findet in den Kommissionen statt. Die Kommissionen sind das Zentrum der parlamentarischen Arbeit. In den schweizerischen Parlamenten, sei das beim Bund oder in den Kantonen, sind eben nicht die Fraktionen dominant, sondern meistens werden in den Kommissionen die besten parteiübergreifenden Lösungen erarbeitet. Weil diese Kommissionsarbeit so wichtig ist, muss unser Parlament institutionell so ausgerüstet sein, dass es seine Funktionen als starkes Parlament gegenüber der Regierung wahrnehmen kann.

In Bezug auf die Kommissionen, müssen wir uns fragen, verfügen die Kommissionen über die geeigneten, institutionellen Voraussetzungen, um ihre Funktion wahrnehmen zu können? Diese Funktionen sind erstens Entlastung des Plenums. Zweitens, kritische Würdigung der Regierungsvorlagen sowie drittens selbständiges Erarbeiten von Vorschlägen. Dabei ist es weniger von Bedeutung, ob es sich um eine ad hoc-Kommission oder um eine ständige Kommission handelt. Wesentlich für die Arbeit einer Kommission ist vielmehr das Vorhandensein der entsprechenden Rechte gegenüber dem Plenum. Insbesondere gegenüber der Regierung und der Verwaltung. Im Bundesparlament ging es in den neunziger Jahren bei den Reformen, neben organisatorischen Fragen, aber in erster Linie darum, mit ständigen Kommissionen parlamentarische Ansprechpartner der Regierung zu schaffen, welche permanent, ich wiederhole, permanent am Ball sind und von der Regierung und Verwaltung ernst ge-

nommen werden. Ständige Kommissionen sollen es also ermöglichen, dass das Parlament sein Selbstbefassungsrecht überhaupt wahrnehmen kann. Dabei geht es bei der parlamentarischen Arbeit, wie alt Ständerat Zimmerli ausführt, nicht bloss um die Gestaltung spezifischer Gesetzesvorlagen, sondern immer mehr auch um die Mitwirkung bei der politischen Planung. Und um ein proaktives parlamentarisches Controlling. Es braucht dafür ständige Legislativen und Aufsichtskommissionen, deren Mitglieder über ausreichend Fachwissen und über die spezifische Sensibilität verfügen, um nachhaltig als Partner im politischen Prozess wahrgenommen zu werden.
Wesentlich also für ein starkes Parlament und starke Kommissionen sind erstens, die entsprechenden Rechte. Das sind a) ausgebaute Informationsrechte gegenüber der Regierung und Verwaltung. b) Initiativrecht des Parlaments. Das Parlament kann nicht nur Aufträge erteilen, sondern auch selber die Federführung über einen Gesetzgebungsprozess übernehmen. c) das Selbstbefassungsrecht. D.h. die Kommissionen sollen ohne Ermächtigung durch das Ratsplenum die Möglichkeit haben, eine Frage zu traktandieren und allenfalls einen Gesetzgebungsprozess zu initiieren.
Ein zweiter, wichtiger Punkt ist auch eine gerechte Verteilung der Kommissionssitze. Weil es sich um eine trockene Materie handelt, muss ich etwas Valserwasser trinken. Auch eine gerechte Verteilung der Kommissionssitze ist von ausschlaggebender Bedeutung. Arbeitet ein Parlament nur mit wenig ständigen Kommissionen und daneben vielleicht noch mit ad hoc-Kommissionen können nicht alle Parlamentsmitglieder in einer ständigen Kommission Einsitz nehmen. Das führt dann dazu, dass nicht alle Parlamentsmitglieder in gleichem Masse an der Parlamentsarbeit beteiligt werden. Wir haben dann das Zwei-Klassen-Parlament, das in der Vernehmlassung zu diesen Gesetzesvorlagen zu Recht heftig kritisiert worden ist. In einem Arbeitsparlament, wie unser Grosser Rat, ist es aber wichtig, dass alle Parlamentsmitglieder ungefähr die gleiche Chance haben, überhaupt in einer Kommission mitzuarbeiten.
Beim System der ständigen Kommissionen ist es drittens zudem unerlässlich, dass die Kommissionsmitgliedschaft zeitlich begrenzt wird damit eine politische Rotation unter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern stattfindet. Ansonsten droht auch von dieser Seite her die Entstehung eines Zwei-Klassen-Parlaments, weil die Kommissionsmitglieder einen Wissensvorsprung haben und die politischen Weichen in der Regel bereits in den Kommissionen gestellt werden. Ein gewöhnliches Ratsmitglied kann dann im Plenum selber kaum noch eine Debatte erwirken.
Viertens. Auch die Arbeitslast der einzelnen Kommissionen kann und muss optimiert oder präziser formuliert werden. Die Zuteilung der Arbeit an die einzelnen Kommissionen muss verbessert werden und zwar in der Art und Weise, dass die Arbeitslast auf möglichst viele Grossrätinnen und Grossräte verteilt wird. Organisatorisch wäre es meiner Meinung nach von grossem Vorteil, wenn die Termine der verschiedenen Kommissionen durch die Präsidentenkonferenz bereits am Jahresende für das Folgejahr festgelegt und koordiniert werden, so wie das in Bern auch gemacht wird. Mit einer zusätzlichen Kommission und koordinierten organisatorischen Massnahmen wird auch Gewähr geboten, dass sich die Anzahl der Kommissionssitzungen im Rahmen halten und sich die Regierung und die Kommissionsmitglieder frühzeitig organisieren und einteilen können. Dann ist die zeitliche Beanspruchung für die oder den Einzelnen nur so gross, dass sich die Mitgliedschaft in einer Kommission mit jeder politischen Tätigkeit einigermassen vereinbaren lässt. Wenn das eintrifft, ist das System auch miliztauglich.
Nun, die von der Präsidentenkonferenz ausgearbeitete Vorlage berücksichtigt, die von mir aufgestellten Forderungen, die sich notabene auf den Aufsatz von Frau Lüthy und auf die Ausführungen von alt Ständerat Zimmerli beziehen. Auch der in der Vernehmlassung geäusserten Kritik wird mit dezidierten Massnahmen begegnet und so den Anregungen in weiten Teilen entsprochen.
Erstens sind in diesen neuen Parlamentserlassen die Rechte weitgehend vorhanden. So verfügen die Kommissionen über die in Abschnitt drei geregelten Informationsrechte gegenüber der Regierung und Verwaltung.
Zweitens verfügt das Parlament laut Art. 51 über das Initiativrecht. Das Parlament kann nicht nur Aufträge erteilen, sondern auch selber die Federführung über einen Gesetzgebungsprozess übernehmen.
Laut Art. 20 lit. a der Geschäftsordnung, können drittens auch die Kommissionen das parlamentarische Initiativrecht in ihrem Bereich ausüben. Das Selbstbefassungsrecht, welches bedeutet, dass die Kommissionen ohne Ermächtigung durch das Ratsplenum die Möglichkeit haben, eine Frage zu traktandieren und allenfalls einen Gesetzgebungsprozess zu initiieren, ist zwar nicht separat aufgeführt, ist aber eng mit dem Initiativrecht verbunden und kann über dieses wahrgenommen werden.
Viertens. Eine gerechte Verteilung der Kommissionssitze wird mit der Bildung einer zusätzlichen Kommission für Staatspolitik neben der Strategiekommission gewährleistet. So wie dies die Kommission Ihnen vorschlägt. Dieser Vorschlag beruht auf der Überlegung, dass es beim Grundsatz der gerechten Verteilung der Kommissionssitze darum geht, dass alle Parlamentsmitglieder ungefähr die gleiche Chance haben, ob sie dies dann nutzen oder nicht ist nicht so wichtig. Sie müssen die gleiche Chance haben in einer ständigen Kommission Einsitz zu nehmen und somit dann im gleichen Masse im Parlament mitzuwirken. Bisher zählen wir acht ständige Kommissionen mit insgesamt 85 Mitgliedern. Laut dem Vorschlag der Kommission werden wir mit einer zusätzlichen Kommission bereits 96 ständige Kommissionsmitglieder haben. Rechnet man die durch die Fraktionen in bestimmten Fällen zusätzlich zu wählenden Stellvertreter und Stellvertreterinnen gemäss Art. 18 Abs. 3 hinzu und allenfalls noch die Mitglieder einer ad hoc-Kommission, so wäre eine der wichtigsten Voraussetzungen erfüllt, alle 120 Parlamentsmitglieder haben dann ungefähr die gleiche Chance in einer ständigen Kommission Einsitz zu nehmen und sind somit in gleichem Masse an der Parlamentsarbeit beteiligt. Mit dem wird auch der Kritik in der Vernehmlassung Rechnung getragen. Eine zusätzliche Kommission führt auch nicht zu Mehrkosten. Das ganze ist kostenneutral, weil eine andere Kommission dann entsprechend weniger Arbeit hat. Fünftens, die Arbeitslast der einzelnen Kommissionen, die in der Vernehmlassung auch kritisiert wurde, wird bereits durch eine zusätzliche Kommission besser verteilt. Konkret wird die Arbeit von derzeit 85 neuen, inklusiv Stellvertreter auf circa 115 Grossrätinnen und Grossräte verteilt. Die angebrachte Kritik über die Auslastung, wonach die einen zu viel Arbeitslast und die andern keine Arbeit hätten, ist im Übrigen auch zu relativieren. In dieser Legislaturperiode, das sind bisher 30 Monate oder 131 Wochen, war die Arbeitslast nach Angaben des Ratsbüros wie folgt: Kommission Gesundheit und Soziales 20 Sitzungen, Kommission Wirtschaft, Abgaben, Staatspolitik 20 Sitzungen, drei Mitberichte, Kommission Umwelt, Verkehr, Energie 16 Sitzungen, ein Mitbericht,

Kommission Bildung, Kultur zwölf Sitzungen, Kommission Justiz und Sicherheit elf Sitzungen, zwei Mitberichte, Kommission Strategie zehn Sitzungen, einen Mitbericht und verschiedenen Hearings. Im Durchschnitt also hat die Kommission Gesundheit und Soziales und die Kommission Wirtschaft, Abgaben, Staatspolitik alle sieben Wochen eine Sitzung, die Strategiekommission alle 14 Wochen, wobei die Hearings nicht berücksichtigt sind. Wenn wir diese zusätzlichen Hearings berücksichtigen, so dürfte auch die Strategiekommission zwischen zwölf und 15 Sitzungen durchgeführt haben. Zudem darf diese Legislaturperiode nicht als Durchschnitt angenommen werden, weil sich die Geschäfte im Zusammenhang mit der neuen Kantonsverfassung etwas akkumulierten. In Zukunft dürfte sich die Anzahl Sitzungen in etwa ausgeglichen auf die Kommissionen verteilt, auf tieferem Niveau einpendeln. Damit ist das System auch miliztauglich.
Die Strategiekommission beklagt sich in der Vernehmlassung insbesondere über zu wenig Arbeit. Es wäre nun in der Tat eine vertane Chance, würden wir das offensichtlich bei der Strategiekommission vorhandene Potential an Fachwissen und zeitliche Verfügbarkeit nicht beachten und nicht nutzen. Die Arbeit der Strategiekommission wird in Art. 20 definiert. Dabei handelt es sich vorwiegend um Aufgaben der Planung, Koordination und Controlling, wie sie das jetzt im Zusammenhang mit dem Finanzplan und dem Regierungsprogramm auch gemacht hat und tätig wurde und zum Teil vielleicht auch zu viel tätig ist. Sie ist der Regierung zu nahe an den Karren gefahren. Diese Arbeit fällt natürlich nur zyklisch an. Die Arbeit wird aber von allen Beteiligten, von Seiten der Regierung aber auch von übrigen Grossräten als sehr hoch und fachlich sehr hoch eingeschätzt. Die Strategiekommission kann darüber hinaus aber auch alle in Art. 20 den Kommissionen zugewiesenen Aufgaben wahrnehmen. Zum einen kann die Präsidentenkonferenz ihr laut Art. 20 Ziffer b auch direkte Aufgaben zuweisen. Das wird sie in Zukunft sicher tun. Und zum andern kann die Strategiekommission die parlamentarische Initiativfunktion wahrnehmen, wie beispielsweise die Kommission Gesundheit und Soziales bereits mehrmals getan hat. So kann die Strategiekommission beispielsweise mit der neuen Gesetzgebung auch Strategien im Voraus entwickeln und diese etwas weiter spinnen und gestützt auf Art. 20 Buchstabe a einen Gesetzgebungsprozess initiieren. Wenn die Strategiekommission diese Aufgaben, die die Geschäftsordnung eigentlich bietet, wahrnimmt, so dürfte es ihr wahrlich nicht an Arbeit fehlen.
Mit der Beschränkung schliesslich der Kommissionsmitgliedschaft auf acht Jahre und jener der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten auf zwei Jahre, wird schliesslich auch die geforderte politische Rotation gewährleistet. Sowohl die Präsidentenkonferenz als auch die Kommission Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik sind der Auffassung, dass für eine Neubeurteilung der ständigen Kommissionen der Zeitraum noch zu kurz ist und noch zu wenige Erfahrungen vorliegen. Wenn aber heute 19 von 26 Kantonen solche ständigen Kommissionen haben, und 17 davon haben mehr als drei, so dürfte es auf der Hand liegen, dass die ständigen Kommissionen unbestritten ein wichtiges parlamentarisches Instrument sind.
Unter diesem Aspekt und unter Berücksichtigung aller Vor- und Nachteile sprechen sich sowohl die Präsidentenkonferenz als auch die Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik für die Beibehaltung der ständigen Kommissionen aus, wobei allerdings einige Anpassungen vorgenommen werden. Die Präsidentenkonferenz hat die Aufsplittung des Arbeitsbereichs der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik vorgeschlagen. Die Kommission Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik soll den Bereich Staatspolitik abgeben, dieser soll neu der Strategiekommission zugeschlagen werden. Die Kommission Wirtschaft und Abgaben ist nun noch einen Schritt weiter gegangen, um der Kritik des Zwei-Klassen-Parlaments Rechnung zu tragen und der Praxis in den übrigen kantonalen Parlamenten auch zu folgen, schlagen wir nun vor, neben der Strategiekommission noch eine eigene Kommission für Staatspolitik zu bilden. Die Frage der Auslastung oder Arbeitsverteilung kann dann optimal geregelt werden.
Ich komme nun zum Schluss und führe noch einige wichtige Neuerungen auf. Neu gilt für alle Kommissionen ein Quorum von zwei Dritteln für die Beschlussfähigkeit. Somit ist denn auch gewährleistet, dass die gewählten Kommissionsmitglieder im Normalfall an den Kommissionssitzungen teilnehmen. Neu wird aber in Art. 18 Abs. 3 des Grossratsgesetzes stipuliert, dass die Fraktionen ein Ersatzmitglied bestimmen, wenn ein ständiges Kommissionsmitglied verhindert ist. Diese Regelung gilt für alle ständigen Kommissionen mit Ausnahme der Geschäftsprüfungskommission. Es ist wie beim Fussball, wenn sie elf Spieler im Feld haben und einer fällt aus, muss ein Ersatzspieler rein. Neu kann der Grosse Rat auch ad hoc-Kommissionen einsetzen. Namentlich dann, wenn das Geschäft nicht in den Aufgabenbereich einer ständigen Kommission fällt oder um eine ausgewogene Auslastung zu erzielen. Mit all diesen Massnahmen, mit der Schaffung einer zusätzlichen Kommission für Staatsaufgaben, der Bestimmungen eines Ersatzmitgliedes durch die Fraktion im Verhinderungsfall und die Erleichterung zur Einsetzung einer ad hoc-Kommission gehen wir davon aus, dass beinahe alle Ratsmitglieder die Chance haben, während ihrer Amtszeit in einer Kommission Einsitz zu nehmen. Damit ist ein sehr gewichtiges Anliegen dieser Revision erfüllt und die Kritik hat man beherzigt.
Neu gibt es, ich gehe davon aus Sie unterstützen unsere Anträge, dann neun ständige Kommissionen. Ich werde in der Detailberatung noch Ausführungen machen, wie viele Kommissionen die andern Kantone haben und was für Arbeitsbereiche wir uns für die Staatskommission und für die Strategiekommission vorstellen können. Ich komme aber jetzt zum Schluss meiner Ausführungen. Wichtige Verbesserungen und Optimierungen sind hier vorgenommen worden, beim gesamten Parlamentsbetrieb und der Kritik wurde Rechnung getragen. Parlamentsreformen sind aber nie abgeschlossen. Es gilt auch dort, das Bessere ist der grösste Feind vom Guten. Ich bitte Sie also auf die Vorlage einzutreten und unsere Anträge zu unterstützen.

Jaag: Als Privilegierter, der in einer solchen Kommission mitarbeiten darf, spreche ich zum Eintreten. Das Grossratsgesetz trägt primär den Anforderungen der neuen Kantonsverfassung Rechnung. Darin berücksichtigt sind aber auch verschiedene, weitere hängige Revisionspostulate. Die nachfolgende Diskussion soll schliesslich auch dazu dienen, Schwachstellen im Status quo als solche zu erkennen und auch zu korrigieren. Mich erstaunt gleich zu Beginn der Umstand, dass für die Verteilung der Grossratssitze auf die Kreise heute nur die schweizerische und nicht die gesamte Wohnbevölkerung massgebend sein soll. Ich weiss, dass dieser Rat über dieses Thema in den Jahren 1995 und 1972 bereits ausführlich debattiert hat. Ich werde mir im Rahmen der Detailberatung erlauben, Ihnen meine Überzeugung aus heu-

tiger Sicht aufzuzeigen und auch entsprechend Antrag zu stellen.
Bezüglich der ständigen Kommissionen bin ich der Auffassung, dass sich dieses Instrument im Grundsatz bewährt hat und deshalb nicht vorschnell abgeschafft werden soll, dass Details aber durchaus korrigiert werden können. Ich denke vorab an die ungleiche Arbeitsverteilung der verschiedenen Kommissionen oder die Einführung einer möglichen Stellvertreterlösung. Verschiedene Artikel des Grossratsgesetzes und der Geschäftsordnung beziehen sich auf die Regelung des Verteilschlüssels von Parteivertretungen. Es gibt im Grossen Rat bekanntlich unterschiedliche Posten zu vergeben. So z.B. Standespräsidien, Bankräte, Präsidien und Sitze von ständigen Kommissionen etc. Und es gibt in diesem Parlament vier Fraktionen in unterschiedlicher Grösse. Ich spreche als Vertreter der kleinsten Fraktion. Aufgrund des geltenden Wahlsystems kann unsere Partei für dieses Parlament halt nicht entsprechend den 25 Prozent links-grünen Wählerstimmen im Kanton 30 Grossrätinnen oder –räte stellen, sondern nur 14. Es ist der falsche Moment darüber zu wettern, aber es geht darum, dass die SP bis heute zu oft einfach übergangen wurde, vom Bankrat völlig ausgeschlossen bleibt und bei der Nomination des Standespräsidiums nicht in dem Turnus berücksichtigt wird, der ihr im Verhältnis ihrer Mandate in diesem Parlament zustehen würde. Wenn wir hier im Gesetz Regeln neu aushandeln, so geht es nicht an, dass unsere Minderheit weiterhin stillschweigend übergangen werden kann. Nehmen Sie uns in die Pflicht, aber schauen Sie dazu, dass auch wir zu dem Recht kommen, das uns aufgrund unserer Zahl zusteht. Parlamentsgesetz und Geschäftsordnung dienen diesem Rat einen auch von aussen nachvollziehbaren, klar geregelten Betrieb sicher zu stellen. Daran haben wir alle ein Interesse. Ich unterstütze Eintreten.

Jeker: Ich betrachte die Vorlage als relativ ausgewogen, befasse mich beim Eintreten primär nur mit dem quasi Hauptthema, das auch unser Kommissionsvizepräsident angetastet und einige deutliche Ausführungen gemacht hat, zur Thematik der ständigen Kommissionen. Das frühere Kommissionssystem, da bin ich überzeugt, das war besser. Anpassungen sind nötig, die Vernehmlassungen zeigten es deutlich in jeder Session war das ein Thema. Man ist unzufrieden, mindestens ich. Bevor wir die fixen Kommissionen hatten, daS wissen wir alle, wohin es gegangen ist. Nun, immerhin die Vernehmlassungen führten zu Anpassungen in der jetzigen Vorlage. Ich habe lange gerungen mit diesen Verbesserungen. Schlussendlich habe ich mich durchgerungen und unterstütze die Vorlage wie sie heute auf dem Tisch ist. Aber die jetzige Vorlage beinhaltet für mich das Minimum an Anpassungen, das Minimum an Abfederungen. Ich meine, man könnte es so vier weitere Jahre versuchen. Ich unterstütze den Kompromiss, weil sich alles nie regeln lässt. Das alte System ist trotz allem noch nicht Schnee von gestern. Die jetzige Vorlage ist knapp Schnee von morgen aber sicher nicht von übermorgen. Und deshalb bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und den minimalen Abfederungen zuzustimmen.

Loepfe: Ich hatte eigentlich nicht vor zum Eintreten zu sprechen. Allerdings hat Kollege Zegg ein paar Ausführungen gemacht, die ich so nicht teile und deshalb meine Meinung hier darlegen möchte ohne bereits in die Detaildiskussion einzusteigen, das werde ich an der entsprechenden Stelle nämlich bei Art. 19 GGO dann tun. Hier ein paar Gedanken vorweg. Was Grossrat Zegg von Herrn Ulrich Zimmerli erzählt hat, da bin ich auch ziemlich orientiert. Ich war nämlich mit Kollegin Maria Meyer in Bellinzona und wir haben das ganze dort vor Ort gehört an einer entsprechenden Fachtagung. Und was man dazu sagen muss, ist: Beim System der ständigen Kommissionen hat unser Kanton gewisse Eigenheiten, die nicht vergleichbar sind, die eigentlich in der Parlamentsreform, die wir durchgeführt haben, auch spezifische Gedanken hatte. Ich möchte an diese Gedanken erinnern. Die Gedanken, die wir damals hatten und wo die Regierung auch sehr stark eingewirkt hat, waren die: Man wollte nicht, dass mit ständigen Kommissionen eine Art Schatten- oder Nebenregierung entstehen soll. Deshalb haben wir damals die Frage dieses Selbstfassungsrechts und des Selbstinitiativrechts – zu Recht aus meiner Sicht damals – sehr eng gehalten und hier haben selbstverständlich in andern Kantonen die ständigen Kommissionen eine ganz andere Bedeutung. Ich glaube, die Regierung kann sich heute im Allgemeinen nicht beklagen, dass die ständigen Kommissionen hier Schattenregierungen gebildet haben. In diesem Sinne hat die Parlamentsreform von damals, so wie sie gedacht war, eigentlich ihr Ziel erreicht.
Wir haben damals gesagt, es entsteht ein Zwei-Klassen-System, aber lassen Sie mich bitte zu diesem Zwei-Klassen-System folgendes ausführen: Wir hatten es vorher und wir werden es nachher haben. Vorher hatten wir es deshalb, weil wir eine sehr starke GPK und eine Justizkommission hatten, das waren auch ständige Kommissionen. Wenn man der GPK angehört hat, war man ein hochwertiger Grossrat, müssen wir ehrlich gestehen. Nachher ist es jetzt so, dass wir nach Vorstellung der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik in Abweichung der Botschaft 96 Mitglieder in den Kommissionen haben. Wir sind aber immer noch 120 Mitglieder. Das bedeutet, es sind immer noch nicht alle drin. Also, das Zwei-Klassen-Parlament war immer schon und wird auch durch diesen Vorschlag weiter bleiben.
Es ist ein offenes Geheimnis, denke ich, dass ich diesen Vorschlag der Kommission namens der Strategiekommission bekämpfen werden muss. Ich möchte aber auch noch auf einen klaren Fehler in der Interpretation der Vorlage und des bisherigen Rechts von Grossrat Zegg drauf hinweisen, wenn wir nämlich gemäss Vorschlag der Kommission und auch nach bisherigem Recht Art. 19 in der Kombination mit Art. 20 paaren, dann werden Sie sehen, dass nach Vorschlag der Kommission erst ab Art. 19 Abs. 1 lit. d alle Rechte zur Verfügung stehen, nämlich die Ausübung parlamentarischer Initiativfunktion, vorberaten der Ihnen von der Präsidentenkonferenz zugewiesenen Geschäfte, Koordination usw. Aber Litera d ist ab Kommission Justiz und Sicherheit. D.h. die Aussage von Grossrat Zegg, dass der Strategiekommission nach ihrem Vorschlag hier eine Sachvorlage zugewiesen werden kann, ist ganz klar nicht richtig. Und ich kann Ihnen auch sagen, dass wir das bereits im bisherigen Recht schon einmal erlebt haben. Wir haben uns nämlich mit der Präsidentenkonferenz schriftlich unterhalten, wem das Geschäft für das Gemeindegesetz und das Finanzausgleichsgesetz zugewiesen wird und wir hatten damals genau mit diesem Artikel Schwierigkeiten. Die Präsidentenkonferenz hat gesagt, nach diesem Artikel geht das gar nicht. Und es ist immer noch so, es geht gar nicht. Und dementsprechend muss ich schon sagen, es fällt mir schwer zu glauben, dass die Kommission hier Vorschläge macht, wie die Strategiekommission arbeiten soll, wenn sie dann das pure Gegenteil in ihren Protokollen darlegt. Nochmals, ich werde diesen Vorschlag der weiteren zu-

sätzlichen Kommission bekämpfen, werde das aber bei Art. 19 ausführlich begründen. In diesem Sinne bin ich auch für Eintreten.

Lemm: Grossrat Zegg, auch die SVP-Fraktion hat sich eingehend mit dieser Vorlage auseinandergesetzt und sich insbesondere mit der Zukunft der ständigen Kommissionen befasst. Ich muss aber auch gleichzeitig zugeben, wir haben nicht mit Herrn Zimmerli gesprochen. Sie erinnern sich bestimmt noch an die Diskussion anlässlich der letzten Parlamentsreform im Jahre 2002. Es war nämlich die SVP-Fraktion, welche die Schaffung zusätzlicher ständiger Kommissionen klar abgelehnt hat. An dieser Haltung hat sich auch nach drei Jahren Erfahrung mit den ständigen Kommissionen nichts geändert. Eine Analyse über Stärken und Schwächen der heutigen Lösung hat gezeigt, dass die Schwächen überwiegen. Die SVP-Fraktion zweifelt grossmehrheitlich nach wie vor an der Tauglichkeit ständiger Kommissionen. Wie Recht hatte doch Altstandespräsident Gieri Luzi, als er damals in der März-Session 2002 den Fraktionsantrag der SVP auf die Schaffung zusätzlicher ständiger Kommissionen zu verzichten vertrat. Er hat bereits damals gewarnt ein Zwei-Klassen-Parlament zu schaffen und genau dies ist heute der Fall. Neben ein paar wenigen Milizparlamentarier gibt es nun neu Insider, welche irgend einer ständigen Kommission angehören.
Grossrat Zegg hat auf die Problematik des Zwei-Klassen-Parlamentes bereits hingewiesen und darauf hingewiesen, dass in Bezug auf dieses Problem Handlungsbedarf besteht. Aber nein, nicht genug damit, mit der heute vorgeschlagenen Lösung sollen nun weitere ständige Kommissionen und auch noch Stellvertreter eingesetzt werden. Damit schaffen wir eine dritte Kategorie von Parlamentarier, die sogenannten Möchte-gern-Insider. Wie Recht hatte damals im Jahre 2002 Altstandespräsident Christian Möhr als er behauptete, dass mit der Einführung zusätzlicher ständigen Kommissionen die Miliztauglichkeit des Parlamentes in Frage gestellt wird. Genau dies ist heute der Fall. In der gleichen Debatte hat Grossrat Jeker vor Profilierungsgelüsten übereifriger Kommissionspräsidenten gewarnt. Heute überlasse ich es Ihnen, diese Warnung zu werten. Verschiedene Votanten hatten schon damals Recht, wenn sie behaupteten, dass die Parlamentsarbeit auch mit ständigen Kommissionen nicht an Effizienz gewinnen wird. Das hat übrigens gestern auch der Samichlaus geschrieben.
Als überzeugter Gegner dieser Kommissionen und als Nicht-Mitglied einer ständigen Kommission habe ich mich ernsthaft gefragt, ob es nicht angebracht wäre, einen Antrag auf Nicht-Eintreten auf diese Vorlage zu stellen und das Geschäft an die Präsidentenkonferenz zurückzuweisen mit dem Auftrag eine Vorlage ohne ständige Kommissionen auszuarbeiten. Grosrat Zegg, keine Angst, ich verzichte darauf. Ich sage auch warum. Die SVP-Fraktion hat in ihrer Vernehmlassung zu dieser Vorlage verlangt, dass die ständigen Kommissionen zugunsten von ad hoc-Kommissionen reduziert werden. Mit der Neufassung von Art. 19, Grossrat Zegg hat darauf hingewiesen, wird nun neu dem Wunsch nach einem Abbau der hohen Schranken für die Konstituierung nicht ständiger Kommissionen entsprochen. Offenbar haben nun auch die Befürworter ständiger Kommissionen eingesehen, dass ad hoc-Kommissionen durchaus Sinn machen und geben nun endlich der SVP Recht. Wichtig ist aber, dass von dieser Möglichkeit auch rege Gebrauch gemacht wird. Damit können Kommissionen wieder aus Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche über ein entsprechendes Fachwissen oder über ein spezielles Interesse verfügen. Grossrat Zegg, wenn ich heute Ihre Ausführungen gehört habe, wie viele Sitzungen die einzelnen Kommissionen im vergangenen Jahr abgehalten haben und wenn ich die Korrekturbemerkungen zu Ihren Ausführungen von Grossrat Loepfe aufmerksam mitverfolgt habe, dann ziehe ich daraus zum Schluss folgendes Fazit: Die Zukunft gehört den nicht ständigen Kommissionen.

Kessler: Es ist schön als Kommissionsmitglied so ein Prozess, ein Werdegang eines Denkprozesses zweimal miterleben zu dürfen. Nämlich einmal in der Kommission und häufig dann ein zweites Mal im Rat. Es hat genau so getönt, wie es jetzt tönt zum Eintreten in der Kommission. Die Skepsis war sehr gross bei einigen Mitgliedern und mit zunehmender intensiver Diskussion ist man dann zum vernünftigen Entschluss gelangt, dass es doch etwas früh ist über etwas zu urteilen, das erst gute drei Jahre existiert. Es würde ein bisschen einer Hüst- und Hot-Politik gleichen, wenn man nach drei Jahren ständigen Kommissionen bereits wieder sagt, es ist nichts, Ziel nicht erreicht, wir gehen wieder zurück. Ich meine, wir sind verpflichtet, diesem System eine etwas längere Chance zu geben und anstatt jetzt einfach wieder auf den Kopf zu stellen oder abzuschaffen, versuchen zu verbessern. Es ist logisch, alles hat Verbesserungspotential und das Bessere ist noch immer der Feind des Guten gewesen. Und ich meine mit diesen vorgeschlagenen Verbesserungen, ich verzichte darauf, die jetzt aufzuführen einzeln, ich möchte nur die Stellvertrerregelung und auch die Bildung einer zusätzlichen Kommission erwähnen, trägt man diesen, vor allem in der Vernehmlassung, gehäuft und verstärkt vorgetragenen Bedenken sehr stark Rechnung. Ich bitte euch – ich glaube, dass es überflüssig ist euch da inständig darum zu bitten denn auch die grössten Gegner wollen die ständigen Kommissionen noch nicht abschaffen – die Kommissionsvorschläge zu befolgen.

Koch: 2002 wurden die ständigen Kommissionen eingeführt, wo 80 Mitglieder eingebunden wurden, 40 gingen leer aus, somit hört man jetzt immer wieder von einem Zwei-Klassen-Parlament. Dazu muss ich sagen, dass diese ständigen Kommissionen viel Geld kosten, obwohl jedes vom Volk gewählte Mitglied die gleichen Rechte in unserem Rat haben muss, ob Fraktionsmitglied oder nicht. In der Zwischenzeit hat sich eine sehr ungleiche Belastung der verschiedenen Kommissionen gezeigt. Trotz massivster Überlast einzelner Kommissionen haben sich diese nicht mit dem Entlastungseinsatz einer ad hoc-Kommission befasst. Trotz heftiger Kritik seitens der SVP, FDP und SP sind in dieser Vorlage weiterhin wenig ad hoc-Kommissionen vorgesehen. Dabei müssen zur Verbesserung der derzeitigen Unzufriedenheit unbedingt vermehrt ad hoc-Kommissionen gebildet werden.
Vor Jahren hat man fraktionslose Mitglieder turnusgemäss in Vorberatungskommissionen eingebunden. Neuerdings spricht man all zu oft von Minderheitenschutz aber hat weiterhin keinen Platz für Fraktionslose. Bringt diese Vorlage in den erwähnten Belangen nicht eine massive Verbesserung, muss man diese Ungerechtigkeiten vor den nächsten Wahlen dem Wahlvolk mitteilen, womit ich überzeugt bin, dass die Fraktion der Unabhängigen nach den Wahlen keine Mühe mehr hat mit einer starken Fraktionsbildung. Mit der Bildung einer neuen ständigen Kommission ist unser Problem nicht gelöst. Ich habe es mit Kollege Lemm als Schlusswort: die ad hoc-Kommissionen gehören zu unserer Zukunft.

Noi: Ich wollte auch nicht intervenieren aber Grossrat Loepfe hat mich in Bellinzona nicht gesehen. Ich bin anscheinend wirklich zu klein. Aber etwas muss ich sagen, es könnte auch interessant sein. Ich habe etwas mehr gemacht als Grossrat Loepfe. Ich bin dieses Jahr nach Bern gegangen an die Versammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen und ich bin jetzt auch Mitglied dieser Gesellschaft. Dieses Jahr war das Thema die ständigen Kommissionen und es waren Mitglieder aus den verschiedenen Kantonsparlamenten von allen Kantonen, mit Ausnahme natürlich von Graubünden; also ich war von Graubünden aber sonst war niemand aus dem Kanton Graubünden dort anwesend. So habe ich auch sehr frei reden können über dieses Parlament übrigens, weil niemand da war, um in Abrede zu stellen, was ich eventuell gesagt habe. Fazit: Alle Seiten haben sich über die ständigen Kommissionen dahingehend geäussert, dass diese nicht das Maximum an Demokratie seien, das muss man zugeben aber der Vorteil der ständigen Kommission ist eindeutig die Fachkompetenz, das muss man auch zugeben. Auf der Rückfahrt im Zug habe ich überlegt, ich muss wieder zum hippokratischen Prinzip und zwar, wir müssen immer den Weg des kleineren Übels wählen. Nehmen wir die Lösung, die uns am wenigsten schadet und anscheinend ist der Weg, der uns im Parlament weniger schadet wirklich der, der ständigen Kommissionen. Ich finde, man müsste auch zugeben, dass dies nicht das Beste ist, das es gibt. Wir müssen das eigentlich einfach so tolerieren, wenn nicht akzeptieren. Auf alle Fälle ist vielleicht auch eine Lösung im Sinne von mehr Demokratie möglich. Mit den ad hoc-Kommissionen wäre, meine ich, auch etwas in diese Richtung getan. Ich finde nur, es ist besser, dass wir das eingestehen: Es ist nicht das Beste!

Augustin: Vier kleine Bemerkungen zur Sache. Zunächst zu Grossrat Jeker, dein Wort Leo sei ja-ja oder nein-nein. Ich sage dir als ehemaligen Klosterschule-Komilitonen von Disentis. Dein Wort sei nicht ja-aber oder nein-aber. Zweitens zu Herrn Kollege Lemm, in aller Freundschaft, in aller Achtung kollegialer Natur neige ich dazu die Äusserungen des Kollegen Lemm, der ja auf Ende der Legislatur abtritt, so etwas wie als Schwanengesang zu interpretieren. Er hat zwei hervorragende Standespräsidenten für seine Meinung zitiert. Ich könnte Ihnen drei andere nennen, die bereits in der Vor-Vor-Revisionsphase bei der ad hoc-Kommission damals, geleitet von einem SVP-Mitglied, nämlich dem ehemaligen Fraktionschef Pleisch, dabei waren und damals schon, allerdings im Ergebnis dann doch erfolglos, sich für ständige Kommissionen eingesetzt haben, nämlich alt Standespräsident Carl, SVP, alt Standespräsident Heinz, FDP und alt Standespräsident Schwarz, CVP. Mitunter waren sie allerdings, das sei der Ehrlichkeit halber erwähnt, erst zu späterem Zeitpunkt Standespräsidenten.
Nun, Grossrat Lemm hat gesagt, die Zukunft gehört den ad hoc-Kommissionen. Das darf so nicht stehen gelassen werden. Vielmehr gilt das Umgekehrte, nämlich die Zukunft gehört ganz klar, das haben wir ja bereits bei der letzten Revision so dokumentiert, den ständigen Kommissionen. Wir Parlamentarier, ob auf der Ebene der Gemeinden, des Kantons und auch des Bundes, haben drei Defizite als Milizparlamentarier. Wir haben Zeitnot. Diese Zeitnot haben allerdings durchaus auch Profis. Auch diese haben mitunter mit dem Zeitmanagement ihre liebe Mühe, die einen weniger, die anderen mehr. Wir haben Sachkundenot und wir haben daraus hervorgehend eine Bewertungsnot. Wir haben Sachkundenot, weil wir als Milizler und Bewertungsnot wegen fehlender Sachkunde. Als Milizler deshalb, weil wir in ständigem Kontakt und in der Distanz, die sich gebührt gemäss unserem Präsidenten, zur Regierung, die Profis sind. Zu einer Verwaltung, die aus Vollprofis besteht. Und wenn wir da nur einigermassen mithalten wollen, dann müssen und können wir dann, das nur indem wir uns ständig in etwa mit den gleichen Geschäften in einer ständigen Kommission beschäftigen.
Ich frage Sie, wie wäre es für Sie, wie wäre es für uns, wenn wir nicht einigermassen in einer ständigen Kommission uns mit der Spitalpolitik beschäftigen, möglich, der GPK-Präsident hat es beim Budget erwähnt, die ganzen Diskussionen, um das Beitragswesen an die subventionierten Spitäler nur einigermassen nachvollziehen zu können, was ein CMI, ein Case-Mix-Index, überhaupt ist und ob er richtig berechnet wurde oder nicht. Selbst die Regierung hat nicht erkannt, was die Spezialisten falsch gerechnet haben. Also, Sie sehen, die hochkomplexen Sachen, die nehmen nicht ab, die Komplexität der Materie nimmt zu. Und von daher ist Abhilfe nur einigermassen – wenn überhaupt – möglich und in der Tendenz im Milizsystem nur im Ansatz möglich mit ständigen Kommissionen, aber sicherlich nicht mit ad hoc-Kommissionen. Letzte Bemerkung, zu Kollege Loepfe noch. Ich meine, er interpretiert die Geschäftsordnung falsch, wenn er sie so darlegt, dass die Strategiekommission kein Initiativrecht hätte. Ebenfalls kann ich das nicht so lesen, denn die Strategiekommission ist ja eine Kommission gemäss Art. 19 lit. c dieses Entwurfes und diesen sämtlichen, ständigen Kommissionen stehen die Aufgaben, aber auch die Rechte gemäss Art. 20 lit. a, b und c zu, also auch das Initiativrecht.

Jeker: Ich möchte zu Grossrat Augustin nochmals wiederholen, was ich gesagt habe. Ich habe ganz deutlich gesagt, unterstützen Sie die Vorlage. Ich habe gesagt, dass ich mich durchgerungen habe zur Vorlage zu stehen und zwar im Interesse der Sache, das dopple ich jetzt nach, im Interesse der Sache empfehle ich Ihnen die Vorlage zu unterstützen. Ich habe ausdrücklich gesagt, die jetzige Vorlage ist für mich das Minimum an Anpassungen, das Minimum an Abfederungen. Und ich habe auch gesagt, das alte System ist nicht ganz Schnee von gestern, eben in Anspielung auf die vermehrte Nutzung von ad hoc-Kommissionen. Man muss im Rat mit so hochstehenden Politikern vermutlich doch nicht alles sagen, was der Vorredner schon ausgeführt hat.

Augustin: Eine kleine Anmerkung. Wenn das Gesetz über die Teilrevision des Jagdgesetzes noch in der Periode mit Grossrat Lemm zu beraten wäre, dann würde ich vorschlagen, dass wir zusammen in einer ad hoc-Kommission diese Revision, wie schon damals die grosse Revision des Jagdgesetzes, mitarbeiten würden.

Standespräsident Geisseler: Nachdem die Präsidentenkonferenz die Aufgabe erhielt die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung im Bereich Parlamentsgesetzgebung sicher zu stellen, wurde der vorliegende Bericht ausgearbeitet. Es kommt mir als Standespräsident die Aufgabe zuteil, dieses Geschäft im Auftrag der Präsidentenkonferenz hier im Rat zu vertreten. Die letzten umfassenden Revisionen der Parlamentsgesetzgebung gehen auf die Jahre 1995 und 2002 zurück. Die Präsidentenkonferenz stand nun zu Beginn der Arbeit vor der Frage, wollen wir die geforderten Neurungen und allenfalls hängige Revisionspunkte respektive Verbesserungen der Parlamentsreform 2002 in das neue Papier ein-

bringen oder wollen wir wieder bei Adam und Eva beginnen und den Versuch wagen das Rad neu zu erfinden?
Die Präsidentenkonferenz sprach sich klar dafür aus, die Forderungen gemäss neuer Kantonsverfassung umzusetzen, vor allem diese Forderung umzusetzen, die da sind: Verlängerung der Amtsdauer des Grossen Rates von heute drei auf neu vier Jahre festzulegen, Verschiebung des Beginns der Amtsperiode auf den 1. August, Beteiligung des Grossen Rates an der Vorbereitung wichtiger interkantonaler und internationaler Verträge. Daneben wurden die folgenden Revisionspunkte umgesetzt. Einberufung des Grossen Rates durch die Ratsorgane, Regelung der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der GPK mit der Einsitznahme von Institutionen, welche der Oberaufsicht des Grossen Rates unterstehen und damit die Motion von Grossrat Tscholl umgesetzt wird, neue Kompetenzregelung für die GPK beim Entscheid über die Nachtragskredite.
Anlässlich der Sitzung vom 8. November 2004 hat die Präsidentenkonferenz die Vorlage zur Vernehmlassung freigegeben. Innert Frist reichten alle Fraktionen, die GPK, die Kommission für Justiz und Sicherheit, die Strategiekommission, die Regierung sowie ein Grossrat und eine Grossrätin Stellungnahmen ein. Entgegen der Idee mit der Vorlage primär die Umsetzung der Kantonsverfassung sicherzustellen, wurden von den Vernehmlassungsadressaten zahlreiche Anträge und Wünsche zu materiellen Änderungen vorgebracht. Folgende Anregungen fanden in der überarbeiteten Fassung noch Eingang: Einschränkende Umschreibung der Aufgaben der ständigen Kommissionen, zweijährige Amtsdauer der Kommissionspräsidentinnen und –präsidenten, Neukonstituierung der Strategiekommission als Sachkommission mit erweitertem Aufgabenbereich der Staatspolitik, Berücksichtigung der Stimmenthaltungen bei der Schlussabstimmung über wichtige Geschäfte. Weitere Anliegen, wie sie in der Botschaft den Seiten 14 und 15 aufgelistet sind, meint die Präsidentenkonferenz nicht oder noch nicht berücksichtigen zu wollen.
Die Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik hat anlässlich von drei Sitzungen die Vorlage durchberaten und nur wenige Änderungsanträge gegenüber der Fassung der Präsidentenkonferenz gemacht. In Art. 18 schlägt die Kommission einen neuen Absatz vor, dass bei einer Verhinderung eines ständigen Kommissionsmitgliedes eine Ersatzregelung getroffen werden kann und soll. Die Präsidentenkonferenz wehrt sich nicht gegen diese Neuerung. Im Namen der Präsidentenkonferenz muss ich hier aber ganz klar festhalten, dass für die Präsidentenkonferenz diese Regelung nur im Ausnahmefall und nur bei einer echten Verhinderung angewendet werden darf und soll. Die Kommission hat auch einige redaktionelle Änderungen gemacht, die wir als Verbesserung betrachten und darum auch unsere Zustimmung geben können.
Wenn ich jetzt, nachdem ich sehr interessiert der Eintretensdebatte zugehört habe, sind vor allem zwei Punkte mehrmals aufgetaucht: Zwei-Klassen-Parlament. Ich bin der Meinung, wir hatten immer und wir haben auch heute ein Zwei-Klassen-Parlament und wenn wir davon ausgehen, was auch immer geschieht, dass wir in Zukunft weiterhin zumindest eine GPK und eine Justizkommission haben, so haben wir einfach verschiedene Kolleginnen und Kollegen, die mehr arbeiten, sich mehr einsetzen, mehr einsetzen müssen und andere, die sich weniger engagieren müssen. Lesen Sie den Bericht der GPK des letzten Jahres. Ich zitiere auf Seite sechs: "Durchschnittlich hat jedes Kommissionsmitglied gut einen Arbeitsmonat für die Finanz- und Verwaltungsaufsicht eingesetzt." Wir Grossrätinnen und Grossräte ohne Kommissionsarbeit sind so quasi einen Monat politisch beschäftigt im Grossen Rat, die GPK zwei Monate, somit doppelt so lang wie wir. Ich wiederhole mich, wir hatten, wir haben und wir werden weiterhin ein Zwei-Klassen-Parlament haben. Darum ist dies für mich nichts Negatives. Zweites Stichwort, das heute gefallen ist: Ständige Kommissionen. Bemühen Sie sich nicht um Argumente, im Protokoll vom Montag, 25. März 2002, ist alles schön aufgelistet, wer, was gesagt hat. Hier bekommen Sie genug Argumente dafür und dagegen. Dies ist die dritte Parlamentsreform, die ich mitmachen darf. 1995 und 2002 war ich ein vehementer Gegner von ständigen Kommissionen. Gegen meinen Willen quasi wurden die ständigen Kommissionen eingeführt und heute bin ich ein absoluter Befürworter dieser Kommissionen. Wir kommen dann in der Detailberatung sicher darauf zurück. Wir haben etwas aufgegleist, was jetzt zu früh ist auf den Kopf zu stellen und ich meine persönlich, was wir aufgegleist haben, ist nicht so schlecht wie es immer gemacht wird.
Mit dem vorliegenden Entwurf des Grossratsgesetzes und der Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates werden insgesamt fünf Parlamentsgesetzgebungen obsolet. Auf die Frage, ob das was jetzt hier vorliegt, ein Flickwerk oder ein grosser Wurf sei, möchte ich persönlich zweimal mit Nein beantworten. Es ist kein Flickwerk, sondern ein gutes Konzentrat aus einer handvoll Erlassen, gebündelt in ein Gesetz und eine Verordnung. Die Vorlagen sind sicher unspektakulär, aber der Weg der kleinen und der stetigen Schritte auch in die richtige Richtung. Selbstverständlich bin ich für Eintreten und ich bitte Sie, die Anträge der Präsidentenkonferenz zu unterstützen.

Zegg: Ich möchte Ihnen zuerst eine kleine Korrektur bekannt geben. Wir haben eine Meinungsverschiedenheit gehabt. Wenn Sie das Protokoll Seite acht Art. 20 nehmen, da haben wir in der Kommission darüber gesprochen, dass wir da Buchstabe c bis i nehmen. Wir haben nie gesagt, dass wir d bis i nehmen. Das hat zur Differenz geführt zwischen Grossrat Loepfe und mir. Also, die Meinung ist da Buchstabe c bis i und damit hat die Strategiekommission auch das Recht das Initiativrecht zu nutzen.
Ich möchte im Übrigen auf die Einwände eingehen, die man in der Eintretensdebatte gemacht hat, ich glaube die Zukunft gehört den ständigen Kommissionen. Das ist ganz klar und wir haben auch die andern Kantone, wenn man das anschaut, wo haben diese ständige Kommissionen, dann haben die meisten Kantone sehr viele ständige Kommissionen. Ich kann Ihnen sagen, wie das ausschaut. Beispiele: Zürich hat zehn ständige Kommissionen bei einem Parlament von 180 Mitgliedern, Aargau hat 14 ständige Kommissionen mit 200 Mitglieder, und sogar der Kanton Appenzell Innerrhoden mit nur 49 Parlamentsmitglieder hat sechs ständige Kommissionen. Der Kanton Uri mit 64 Parlamentsmitglieder hat immerhin acht ständige Kommissionen auch mit je elf Mitglieder, der Kanton Solothurn hat sieben ständige Kommissionen, der Kanton Obwalden hat vier ständige Kommissionen, der Kanton Luzern mit 120 Parlamentsmitglieder, wie wir, hat zehn ständige Kommissionen, Nidwalden mit nur 60 Parlamentsmitglieder hat sieben ständige Kommissionen, der Kanton Glarus mit 80 Parlamentsmitglieder hat neun ständige Kommissionen und der Kanton Baselland mit 89 Mitglieder hat neun ständige Kommissionen. Ich glaube, die andern Kantone sind auch nicht auf den Kopf gefallen, die wissen auch warum sie ständige Kommissionen haben, Grossrat Lemm.

Ständerat Zimmerli, ein erfahrener Politiker, und es spielt keine Rolle von welcher Partei er kommt, der zudem Staatsrechtler ist, hat das Ganze untersucht und sagt, es ist gar nicht mehr möglich in einem Milizparlament ohne ständige Kommissionen zu arbeiten. In Bern ist jedes Parlamentsmitglied mindestens in zwei Kommissionen vertreten, d.h. gemäss Geschäftsordnung darf er nicht mehr als in zwei Kommissionen Einsitz nehmen. Die Hauptarbeit spielt sich also auch dort bei den Kommissionen ab.
Ein weiterer Punkt. Es sammelt sich natürlich sehr viel Fachwissen bei den ständigen Kommissionen an. Das werden alle Mitglieder der Kommissionen bestätigen. Wenn Sie jetzt über Strategie sprechen wollen, dann wollen Sie wahrscheinlich neben mit meinem Kollegen Loepfe auch mit Grossrat Dudli oder mit Grossrat Feltscher sprechen. Wenn Sie Fragen haben zu Justiz und Sicherheit, werden Sie mit Grossrätin Cahannes oder mit Grossrat Tramèr sprechen. Wenn Sie etwas über Bildung und Kultur wissen wollen, dann werden Sie zu Grossrat Butzerin oder zu Grossrat Bischoff gehen, sie haben Erfahrung. Oder wenn Sie was von Gesundheit und Soziales wissen müssen, werden Sie auch zu Kommissionspräsident Grossrat Trepp gehen oder allenfalls zu Grossrätin Robustelli oder zu Grossrat Augustin. Auch wenn es um Umwelt und Verkehr geht, haben wir unsere Fachleute im Grossen Rat. Sie werden zu Grossrat Donatsch oder zu Grossrat Berther oder zu Grossrat Conrad gehen, die verstehen davon was, sie haben da Erfahrung. Das Gleiche gilt für die Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik. Überall, das ist bei den ständigen Kommissionen das Wesentliche, sammelt sich Fachwissen an. Die Regierung hat nicht jedes Mal einen andern Partner, wo sie wieder machen kann was sie will, wo sie viel leichter verhandeln kann, sondern das sind Leute, die wissen um was es geht, die kennen das Geschäft.
Es kommt drauf an, dass wir permanent am Ball sind, nicht einmal der und einmal der und wieder der. Und die Nostalgiker, glaube ich, diese Zeit ist vorbei, die schönen alten Zeiten sind vorbei, Grossrat Lemm. Wir müssen uns der heutigen Zeit anpassen. Das ist wirklich nötig. Also, es gibt keinen Grund da mit diesen ad hoc-Kommissionen zu spielen. Wenn Sie wieder ad hoc-Kommissionen wollen, dann wäre das, wie wenn Sie ihr Jagdgesetz ändern und das Zielfernrohrverbot wieder einführen, das ist etwa dasselbe. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und der Kommission zu folgen. Es ist dieselbe Kommission, die das Gemeindegesetz bearbeitet hat und Sie haben uns dort auch das Vertrauen geschenkt. Diese Vorlage haben wir auch sehr seriös bearbeitet und zudem, das muss man auch noch wissen, es ist keine Vorlage der Regierung, die auch sehr gute Vorlagen macht, aber hier kommt die Vorlage von der Präsidentenkonferenz. Und die Präsidentenkonferenz, das sind Ihre Leute, das sind Ihre besten Leute sogar. Das sind Vier- und Fünf-Stern-Parlamentarier. Da können Sie schon darauf vertrauen, dass Sie eine seriöse, gute Vorlage haben, die aufgrund von Parlamentserfahrung geschaffen wurde. Und Standespräsident oder -vizepräsidentin würden hier nicht so leicht eben zu Fraktionschefs. Da genügen schöne blaue Augen nicht mehr. Da braucht's auch Fachkunde. Ich bitte Sie auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen zu folgen.

Lemm: Nur ganz kurz, weil ich mehrmals zitiert worden bin. Grossrat Zegg, Sie haben die guten alten Zeiten angesprochen, das stimmt schon, aber Tatsache ist, und das können Sie nicht in Abrede stellen, in dieser Vorlage ist jetzt neu Art. 19 aufgenommen worden und dieser Artikel gibt ausdrücklich die Möglichkeit ad hoc-Kommissionen einzusetzen, was ich sehr begrüsse und was übrigens dem Anliegen der SVP-Fraktion in der Vernehmlassung entspricht. Also, das heisst, so ohne nichts stehen wir schon nicht da, weil andere Leute Vier- und Fünf-Stern-Politiker offenbar gemerkt haben, dass man eben dieses Instrument braucht. Ich begrüsse das und noch einmal, machen Sie von dem regen Gebrauch. Sie haben auch gesagt, Grossrat Zegg, mit wem wir sprechen sollen, wenn wir Fragen um dieses oder um das andere Gebiet haben. Sie werden mir dann vielleicht nach der heutigen Sitzung sagen, bei wem ich die Fragen deponieren soll, wenn es um den Neubau der Kantonschule geht.
Sie haben auch über die anderen Kantone gesprochen. Sie wissen ganz genau, dass im Jahre 2002 verschiedene Hearings mit Vertretern anderer Parlamente geführt worden sind und dass diese Hearings nicht nur Positives zu den ständigen Kommissionen gebracht haben. Es sind auch kritische Stimmen gefallen, die sind übrigens auch im Protokoll vom Jahre 2002 enthalten, also es ist nicht so, wie es jetzt heute dargelegt worden ist und ich bin froh, dass es auch Leute gibt in diesem Saal, die gegenüber der heutigen Lösung kritisch sind und die bestimmen, ob ich dann noch in diesem Saal dabei bin oder nicht, bestimmt darauf pochen werden, dass ad hoc-Kommissionen eingesetzt werden.
Nicht für das Jagdgesetz, das behandeln wir im Februar, Grossrat Augustin, ich war in der ausserparlamentarischen Kommission schon dabei, als wir es eben ausgearbeitet haben. Ich habe dort meine Anliegen einbringen können und habe dort manchmal für mich gedacht, wie schön war es, als wir diese ad hoc-Kommissionen hatten. Für Art. 19 danke ich Ihnen, und das ist der Grund, warum ich keinen Antrag gestellt habe auf Nicht-Eintreten, auch ich bin für Eintreten.

Casanova (Chur): Ich möchte nur die heute gültige Geschäftsordnung des Grossen Rates zitieren: "Wir haben schon einen Art. 37 mit der Marginalie ‚nicht ständige Kommissionen'. Und, wenn man dort nachliest, dann ist dieser Artikel fast identisch mit dem heutigen Art. 19. Also, es ist nicht etwa so, dass jetzt aufgrund der Intervention der SVP dieser Artikel neu eingefügt worden ist. Der war schon da.

Butzerin: Die Frage von Kollege Lemm, die möchte ich grad beantworten. Er darf auch bei der Sanierungsvorlage für die Kantonsschule die Bildungskommission fragen. Es ist wohl in der Tat so, dass bei der ersten Vorlage uns hier von Leuten, die die ständigen Kommissionen jetzt in alle Lüfte heben wollen, unterstellt wurde, wir seien nicht kompetent genug gewesen, diese Vorlage hier im Rat und nachher auch vor dem Volk zu vertreten. Ich bin natürlich froh, dass auch der Sprecher der Kommission jetzt zur Einsicht gekommen ist, dass in diesen ständigen Kommissionen, so wie wir sie gewählt haben, eben Fachleute sind und dass er auch zum Schluss gekommen ist, dass wir die richtige Meinung gehabt haben seinerzeit bei dem Geschäft der Kantonsschule, denn wir sehen jetzt, jetzt sind Spezialisten dahinter gewesen, nicht mehr wir. Wir nehmen jetzt die Sache auf und auch diese Bauspezialisten kommen jetzt nicht umhin, uns eine Vorlage dann später zu unterbreiten. Wir werden dann über diese hier diskutieren, die bezüglich der Finanzen nicht günstiger zu stehen kommt.
Es geht mir ein bisschen wie Grossrat Kessler. Ich bin ein Skeptiker dieser ständigen Kommissionen und dies als Präsident einer solchen. Ich bin immer noch skeptisch. Aber mit diesem Loblied über die ständigen Kommissionen, dass

Grossrat Zegg gesungen hat, hat er mich tatsächlich auch soweit gebracht, dass ich diese Vorlage, wie sie vorliegt, akzeptieren kann und zu einzelnen Positionen dann vielleicht in der Detailberatung noch einige Anmerkungen machen werde. Ich bin selbstverständlich auch für Eintreten.

Peyer: Ich habe nur zwei kleine Anliegen. Grossrat Augustin hat von Zeitnot gesprochen, ich wäre froh, wenn all die Details, die jetzt in der Eintretensdebatte schon ausgebreitet wurden, morgen nicht nochmals ausgebreitet werden. Zweitens. Wenn ich unsere Präsenz anschaue, es ist ja immerhin unser Gesetz, das wir da verhandeln, dann kann ich nur sagen 80 sind genug. Man kann ab Januar die gleichlautende Initiative unterschreiben.

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Sind noch Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall. Dann stelle ich zu handen des Protokolls fest, dass Eintreten unbestritten und damit beschlossen ist.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

I. Wahl und Konstituierung

Art. 1
Antrag Kommissionsmehrheit (9 Stimmen; Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme; Sprecher: Jaag)
Ändern:
Für die Verteilung der Grossratssitze auf die Kreise ist massgebend (…) die Wohnbevölkerung der Kreise…

Zegg: Grossrat Jaag stellt bei Art. 1 den Antrag anstelle die schweizerische Wohnbevölkerung nur Wohnbevölkerung zu nennen. Die Kommissionsmehrheit lehnt diesen Antrag ab. Wir möchten das bisherige System beibehalten beim Grossen Rat und lehnen das ab. Es hätte die Verschiebung von rund zehn Mandaten zur Folge, wenn man anstelle der schweizerischen Bevölkerung die Wohnbevölkerung nähme. Vor allem in den Tourismusregionen gäbe es Verschiebungen. So würde Davos einen Sitz mehr haben, Disentis einen weniger, Fünf-Dörfer einen weniger, Klosters einen mehr, Lugnez einen weniger, Misox einen weniger, Oberengadin einen Sitz mehr, Rhäzüns einen Sitz mehr, Ruis einen Sitz weniger und Schanfigg einen Sitz mehr. Also keine weltbewegende Änderung aber aus Prinzip ist die Kommissionsmehrheit der Meinung, wir lassen das System wie bisher.

Jaag: Also, ich spreche zu Art. 1 und es kriegt eine zweite Formulierung nachher in Art. 2, da geht's inhaltlich ums gleiche. Art. 1 gibt vor, dass die schweizerische Wohnbevölkerung für die Verteilung der Grossratssitze auf die Kreise massgebend ist. In anderen Worten, die Anzahl Grossratsmandate beruht einzig auf der Anzahl Schweizer Bürger unabhängig von der Anzahl ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner, die ebenfalls da wohnen. Diese Praxis steht im Widerspruch zu den Nationalratswahlen, wo die gesamte Wohnbevölkerung zur Berechnung des Sitzanspruchs herangezogen wird. Es gibt hier zwei Aspekte. Zum Ersten, es ist schwer verständlich, warum die zwei wichtigsten Wahlen, nämlich die Grossrats- und die Nationalratswahlen, auf unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen basieren sollen. Bei der Bestellung beider Parlamente geht es darum, durch die Sitzverteilung die Bevölkerung angemessen zu repräsentieren. Nicht schweizerische Einwohnerinnen und Einwohner dürfen doch nicht einfach übergangen werden. Wenn uns Transparenz in der Politik wichtig ist, dann muss sich die Verteilung der Grossrats- und Nationalratssitze auf die gleiche Zahlenbasis abstützen.
Wir Grossrätinnen und Grossräte vertreten unsere Regionen. In unseren Regionen wohnen zuerst einmal Menschen; Frauen, Männer, Junge, Alte, Gerade, Schräge, Arme, Reiche, Eingeborene, Zugewanderte, Ortsbürgerinnen, Ausländerinnen etc. Dieses Gemisch an Personen braucht eine funktionstüchtige Verwaltung, eine Schule, eine angemessene Wasser- und Abwasserversorgung, ein Alterszentrum, die Raumplanung, ein gerechtes Steuersystem, zukunftsfähige Gemeindestrukturen usw. All dies sind Anliegen, die die Gesamtheit aller Bewohnerinnen miteinander teilt, unabhängig vom Alter, Geschlecht, Nationalität etc. Als Grossrätinnen und Grossräte vertreten wir unsere gesamte Bevölkerung mit all ihren Anliegen. Wir stellen hier im Grossen Rat die Weichen. Wir entscheiden hier über die Grundzüge künftiger Entwicklungen, die die gesamte Wohnbevölkerung betreffen, auch die Infrastrukturen, die von allen benutzt werden. Ich verstehe nicht, warum der Kanton Graubünden hier einen Sonderzug fährt und seine Grossratsmandate einzig auf die schweizerische Wohnbevölkerung abstellen soll.
Noch ein Wort zum Minderheitenschutz. Falls Sie jetzt entsprechend früheren Verhandlungen sagen, kleine oder abgelegene Kreise bräuchten in unserem Kanton mehr wirksamen Minderheitenschutz, so ist das hier nicht stichhaltig, einmal abgesehen davon, dass wir in diesem Rat bekanntlich auf grössere Strukturen hinarbeiten. Ein extrem wirksamer Minderheitenschutz besteht bereits. Während Sie, Kollege Robert Heinz, für Ihre Wahl im Avers gerade mal 183 Stimmen brauchen oder Grossrätin Joos im Safiental 341, wir anderen Grossrätinnen und Grossräte im kantonalen Durchschnitt für einen Sitz im Grossen Rat aber immerhin 1343 Stimmen benötigen, dann bedeutet diese Tatsache eine Stimmkraftgewichtung in einer Bandbreite von eins zu zehn zugunsten von kleinen und kleinsten Kreisen. So gesehen besteht aus meiner Sicht überhaupt kein zusätzlicher Bedarf mehr unsere Minderheiten auch auf diesem versteckten Weg zu schützen. Grossratswahlen dürfen getrost auf die ganze Wohnbevölkerung abgestützt werden. Aufgrund dieser Ausführungen stelle ich Ihnen somit den Minderheitsantrag der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik, nämlich das Wort schweizerisch zu streichen.

Heinz: Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber Grossrat Jaag hat mich dazu aufgefordert, denn es gibt Grossräte, die werden im Prättigau gewählt, und die verdienen ihr Brot im Schamserberg in einer Kleingemeinde. Und diese Kleingemeinden möchten sie noch abschaffen. Jetzt zurück zu meinem persönlichen Anliegen. Ich weiss, ich vertrete den kleinsten Kreis, aber flächenmässig ist unser Kreis so gross wie der Kanton Zug, wenn Sie die Wasserfläche abziehen. Das mögen Sie auch bitte berücksichtigen, Grossrat Jaag.

Standespräsident Geisseler: Ich bitte Sie, bei der Fassung der Präsidentenkonferenz zu bleiben. Ich habe Ihnen beim Eintreten gesagt, wir haben nicht versucht das Rad neu zu erfinden Bereits 1994 hat der Grosse Rat über dieses Problem

abgestimmt und mit 82 zu 33 Stimmen so bestimmt, wie wir jetzt hier vorschlagen. Aus der Tabelle von Kommissionssprecher Zegg haben wir vernommen, wer Verlierer und wer dann Gewinner sein wird. Die Präsidentenkonferenz meint, der Gedanke der Repräsentanz ist sehr wichtig und es ist klar, die Zentren werden eher gestärkt. Somit beantrage ich Ihnen, bei der Version der Präsidentenkonferenz zu bleiben.

Zindel: Die Zentren werden nicht unbedingt gestärkt. Der Kreis Fünf Dörfer verliert einen Sitz zugunsten des Schanfiggs. Es werden jene Orte repräsentativ gestärkt, die in unserem Kanton Wirtschafts- und Zukunftsmotoren sind, die eine hohe Wertschöpfung haben. Ich meine, gerade für die Zukunftsgerichtetheit unseres Kantons ist die Berücksichtigung der ausländischen Bevölkerung ja ein Indikator, ist auch für Wirtschaftswachstum wichtig. Von daher möchte ich den Antrag Jaag unterstützen.

Jaag: Ich denke, die Argumente sind auf dem Tisch und ich habe nichts mehr beizufügen. Ich bitte Sie einfach nochmals den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Zegg: Ich bitte Sie, den Antrag Jaag abzulehnen und der Kommission und der Präsidentenkonferenz zu folgen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Präsidentenkonferenz mit 51 zu 11 Stimmen zu.

Art. 2 Abs. 1 lit. a, Ziffer 1
Antrag Kommissionsmehrheit (9 Stimmen; Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme; Sprecher: Jaag)
Streichen
…schweizerische…

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Wir kommen zu Art. 2, der in direktem Zusammenhang mit Art. 1 steht. Auch hier haben wir einen Mehrheits- und Minderheitsantrag. Ich möchte Grossrat Jaag fragen, ob die Sache damit erledigt ist?

Jaag: Das ist so. Herzlichen Dank für die zahlreichen Stimmen, die doch dafür gewesen sind. Ich möchte einfach noch sagen, ich denke, es ist schon wichtig, dass man auch Anträge einer Minderheit nicht einfach diskussionslos auf die Seite schiebt. Ich finde das irgendwie nicht ganz fair und ich möchte in diesem Sinn einfach appellieren, diese Anträge und wenn sie von unserer Seite kommen, ebenfalls mindestens gedanklich mitzubewegen.

Der Antrag der Kommissionsminderheit wird zurückgezogen.

Angenommen

Art. 2 Abs. 1 lit. a, Ziffer 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Ergänzen:
…schweizerische…

Zegg: Es geht hier um eine redaktionelle Änderung im Text, einfach darum muss es auch schweizerische Wohnbevölkerung heissen. Buchstabe a, Ziffer 2.

Angenommen

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Wie ich sehe, lichten sich die Reihen laufend und so werden wir hier abbrechen und morgen weiterfahren.

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:
- Anfrage Stiffler betreffend Entlöhnung der Aushilfen/Kosten für Dienstleistungen Dritter
- Anfrage Farrér betreffend Umsetzung Öko-Qualitätsverordnung
- Anfrage Frigg betreffend „Raser“ im Kanton Graubünden
- Anfrage Krättli-Lori betreffend Zahlenangaben zu Volksschul-Oberstufe und Mittelschule
- Auftrag Feltscher betreffend angepasste Tagesstrukturen in unseren Schulen
- Auftrag Jäger betreffend Anreizmodell bei den Verkehrssteuern für Motorfahrzeuge mit schadstoffarmem Treibstoffverbrauch

Schluss der Sitzung: 18.25 Uhr

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:
Der Standespräsident: Hans Geisseler
Der Protokollführer: Domenic Gross

Donnerstag, 8. Dezember 2005
Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler/Standesvizepräsidentin Agathe Bühler
Protokollführer:	Adriano Jenal
Präsenz:	anwesend 111 Mitglieder
	entschuldigt: Arquint, Crapp, Hess, Michel, Ratti, Tomaschett, Tscholl, Schmid, Stiffler
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für den Erlass eines Grossratsgesetzes und für die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates

Detailberatung *(Fortsetzung)*

Standesvizepräsidentin Bühler: Ich gebe noch den Tagesablauf bekannt. Wir werden jetzt bis halb zehn Uhr die Detailberatung fortführen und dann Pause machen. Um 10 Uhr wird das Geschäft Gewährung eines Kantonsbeitrages für den Bau der Porta Alpina behandelt. Und anschliessend machen wir weiter mit dem Grossratsgesetz. Wie lange die Session heute dauert, ob wir über Mittag durchmachen, das werden wir vor der Pause sehen, wenn wir sehen, wie weit wir gekommen sind. Ich denke für die Detailberatung, wenn Sie nichts dagegen haben, wollen wir folgendes Vorgehen wählen: Es sind ja sehr viele Artikel übernommen worden, unverändert, sind unbeschritten und damit wir etwas schneller vorwärts kommen, werde ich jeden Artikel ohne Marginalie lesen und wenn niemand das Wort will, dann werden wir direkt weiter fahren. Sonst brauchen wir zu viel Zeit. Ist man mit diesem Vorgehen einverstanden? Dann werden wir es so machen.

Art. 3 – 9
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 10 Abs. 1 und 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 10 Abs. 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Redaktionelle Änderung:
…den Eid oder das Amtsgelübde abgelegt hat, nimmt sie oder er jenen Ratsmitgliedern…

Zegg: Kommissionssprecher: Bei Art. 10 müssen wir eine redaktionelle Änderung vornehmen. Und zwar im Abs. 2, heisst es: „die Standespräsidentin oder der Standespräsident den Eid oder das Amtsgelübde abgelegt hat, nimmt es jenem Ratsmitglied“. Das „es“ wir ersetz durch „sie oder er“. Eine redaktionelle Änderung.

Angenommen

Art. 11 und 12
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

II. Organisation

Art. 13
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 14 Abs. 1
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Redaktionelle Änderung:
…die Standespräsidentin oder der Standespräsident als Vorsitzende oder Vorsitzender, die Standesvizepräsidentin…

Zegg: Kommissionssprecher: Auch bei Art. 14 müssen wir eine redaktionelle Änderung vornehmen. Da heisst es im Abs. 1: „Der Präsidentenkonferenz gehören von Amtes wegen an, die Standespräsidentin oder der Standespräsident, als Vorsitzende oder Versitzender. Hier hat sich ein Schreibfehler eingeschlichen.

Angenommen

Art. 14 Abs. 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 15 – 17
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 18 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 18 Abs. 3 (neu)
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Neuer Absatz 3 einfügen:
Ist ein ständiges Kommissionsmitglied verhindert, bestimmt seine Fraktion ein Ersatzmitglied. Diese Regelung gilt nicht für die Geschäftsprüfungskommission.

Zegg: Kommissionssprecher: In Art. 18 haben wir nun die Lösung mit einem Ersatzmitglied vorgesehen. Diesem vorrangigen Ziel folgend, dass möglichst alle Grossratsmitglieder an der Kommissionsarbeit beteiligt werden, liegt es natürlich, da ist es das Interesse, dass die Kommission möglichst vollzählig tagen kann. Wir haben einerseits jetzt eingeführt ein Quorum von zwei Drittel, dass mindestens zwei Drittel der Kommissionsmitglieder anwesend sein müssen, damit sie beschlussfähig sind. Und dann haben wir als Ersatzlösung vorgesehen, weil es ist tatsächlich so, dass nicht immer alle Zeit haben, an Kommissionssitzungen teil zu nehmen. Viele Leute haben Termine. Andere haben Ferien, sind abwesend und wieder andere können aus Krankheit oder Militärdienst nicht an den Sitzungen teilnehmen. Und wir möchten, wie im Fussball, vollzählig spielen, weil dort spielen wir mit elf Leuten und wenn einer ausfällt, dann haben wir einen Ersatzmann. Und das Gleiche gilt hier. Wir möchten dann, dass die Fraktionen ein Ersatzmitglied bestimmen können. Und wir haben das bewusst offen formuliert, damit man da möglichst viele Möglichkeiten hat. Und die Fraktionen werden dann ein Ersatzmitglied bestimmen. Sei das für ein Geschäft oder vielleicht ist es auch für zwei Geschäfte. Das liegt dann an den Fraktionen. Diese werden mit diesem Instrument sicher vorsichtig und richtig umgehen.

Cahannes: Ich spreche zu Art. 18, Abs. 3, neu, zum zweiten Satz. Und hier stelle ich einen Antrag. Nämlich diesen zweiten Satz bei der Ausnahmeregelung mit der Kommission für Justiz und Sicherheit zu ergänzen. Neu würde dieser zweite Satz lauten, „Diese Regelung gilt nicht für die Geschäftsprüfungskommission und die Kommission für Justiz und Sicherheit."
Zur Begründung führe ich insbesondere die Aufsichtsfunktion und die Aufsichtstätigkeit der KIS an. Diese beschränkt sich nicht nur auf einmalige, alljährliche Sitzungen mit dem Kantons- und Verwaltungsgerichtspräsidenten und Vizepräsidenten, sondern beschäftigt uns in Teilbereichen das ganze Jahr über. Zudem beschäftigen wir uns im Bereich der Sicherheit mit Fragen, welche doch einige Zeit in Anspruch nehmen und nicht an einzelnen Sitzungen behandelt werden können. Wir erhalten dabei sehr sensible Informationen, dies im Rahmen unserer personenmässig überblickbaren Kommission. Sobald die Mitglieder aber wechseln und die Mitgliedschaft ausgeweitet wird, besteht die Gefahr einer Unüberblickbarkeit, die ich als nicht sachgerecht erachte und zum Teil auch nicht verantwortbar wäre.
Ich bitte Sie, diesem Antrag Folge zu leisten. Ich möchte noch als Randbemerkung hier sagen. Als Kommissionspräsidentin dieser ständigen Kommission darf ich hier, gestützt auf unsere Geschäftsordnung, nicht sprechen. Sie können aber davon ausgehen, dass die Anträge, die ich im Bereich der Justiz und Sicherheit stelle, mit der Kommission abgesprochen sind und dem einstimmigen Beschluss der Kommission entsprechen,.

Antrag Cahannes
Erster Satz Art. 18 Abs. 3 (neu) gemäss Kommission
Zweiter Satz wie folg ergänzen:
Diese Regelung gilt nicht für die Geschäftsprüfungskommission und für die Kommission für Justiz und Sicherheit.

Zegg: Kommissionssprecher: Wir haben hier im Art. 18 Abs. 3 eingeführt, dass diese Regelung nicht gilt für die Geschäftsprüfungskommission. Der Sinn da ist es, dass die Geschäftsprüfungskommission längerfristige Geschäfte hat und Aufsichtsfunktionen vor allem wahrnimmt. Und nun hat Grossrätin Cahannes einen Antrag nachträglich eingereicht. Den hat sie mir gezeigt, ich habe ihn mit den Kommissionsmitgliedern besprechen können. Und wir sind der Meinung, wir können das in dieser Formulierung aufnehmen, dass dieser Abschnitt dann wie folgt lautet: „Diese Regelung gilt nicht für die Geschäftsprüfungskommission und die Kommission für Justiz und Sicherheit, soweit sie Aufsichtsfunktionen ausübt." Nur in diesem Bereich. Ansonsten verlangen wir oder fordern wir, dass die Kommissionen vollzählig tagen.

Antrag Kommission
Art. 18 Abs. 3 (neu)
Ursprünglicher Antrag wie folgt anpassen:
Ist ein ständiges Kommissionsmitglied verhindert, bestimmt seine Fraktion ein Ersatzmitglied. Diese Regelung gilt nicht für die Geschäftsprüfungskommission und die Kommission für Justiz und Sicherheit, soweit sie Aufsichtsfunktio nen ausübt.

Cahannes: Unsere Kommission übernimmt Aufsichtsfunktionen, aber sie behandelt auch Sachgeschäft, wie alle anderen Kommissionen, ausser, die GPK. Und was hier jetzt vorgeschlagen wird, das wäre sicher ein Kompromiss. Das würde in der Praxis dazu führen, dass an einzelnen Sitzungen die Ersatzmitglieder zu einzelnen Traktanden zugelassen werden könnten oder müssten und bei anderen Traktanden sie ausgeschlossen werden müssen, wenn wir dann an der gleichen Sitzung auch Aufsichtstätigkeiten ausüben. Es ist eine organisatorische Frage. Ich finde es nicht glücklich. Und ich möchte beliebt machen, dass sie unserem ursprünglichen Antrag folgen.

Casanova (Chur): Ich stelle den Antrag diesen Art. 18, Abs. 3 neu zu streichen. Nach meinem Dafürhalten ist es ein untauglicher Versuch, alle hier im Saal irgendwie einzubinden in die Entscheidfindung. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir hier kein Zweiklassensystem haben. Alle können sich hier im Saal einbringen und wir müssen nicht auf künstliche Art und Weise das ganze System aufblähen. Dass es untauglich ist, zeigt mir jetzt die Diskussion zwischen Frau Cahannes und Herrn Zegg. Ich bin auch nicht der Ansicht, dass wir die Geschäftsprüfungskommission und die Justiz-

kommission separat behandeln müssen. Es sind zwei ständige Kommissionen, wie die anderen ständigen Kommissionen. Ich stelle vielmehr den Antrag, dass wir die Möglichkeit besitzen, für spezielle Fälle, die Kommissionen zu erweitern. Mein Antrag hat folgenden Wortlaut: „Für einzelne Geschäfte kann auf Antrag der Kommission, diese um maximal vier Personen erweitert werden."

Meine Begründung dazu: Hier möchte ich auf das Votum von Herrn Grossrat Nigg, zurückgreifen. Er sagte in der Eintretensdebatte zum Gemeindegesetz, es wäre für die Kommission wünschenswert gewesen, wenn auch Vertreter der Kleinst-Gemeinden in diesem Geschäft hätten teilhaben können. Oder, wenn ich zu Herrn Butzerin schaue, dann mag ich mich gut an die Diskussion erinnern um die Kantonsschule, die steht ja auch wieder an. Und da sagte man, es wäre wünschenswert, wenn Baufachleute auch in diesem Geschäft integriert würden. Und das hat mich dazu bewegt, eben diesen Antrag zu stellen. Diese beiden aktuellen Beispiele zeigen, dass es also konkrete Fälle gibt, bei welchen eine Aufstockung einer ständigen Kommission um Fachleute angezeigt sind. Mit meinem Antrag möchte ich die Handhabe hierzu schaffen. Als angenehmer Nebeneffekt könnte dem immer wieder aufkommenden Argument des Zweitklassenparlaments auch entgegen gewirkt werden. Obwohl, wie ich es bereits gesagt habe, ich nicht der Ansicht bin, dass wir hier eine Zweiklassengesellschaft sind. Vielmehr bin ich davon überzeugt, dass wir das System der ständigen Kommissionen auf elegante Weise stärken könnten. Der Hauptkritikpunkt an den ständigen Kommissionen fokussierte sich vor allem auf das Argument, in ständigen Kommissionen könne das im Grossen Rat vorhandene Fachwissen nicht adäquat umgesetzt werden. Mit der punktuellen Erweiterung einer Kommission kann diesem Vorwurf entgegengewirkt werden. Möglicherweise kann argumentiert werden, die Einsitz nehmenden Mitglieder des Grossen Rates wären sodann in der Kommission nicht voll anerkannt. Dem ist nicht so. Gespräche mit einzelnen Kolleginnen und Kollegen haben mich auch hier vielmehr vom Gegenteil überzeugt. Fachwissen ist immer gefragt. Wenn dieses Fachwissen bereits in einer Vorphase mitberücksichtigt werden kann, ist dies in jedem Fall förderlich. Und es trägt dazu bei, dass ein Entscheid der Vorberatungskommission auch hier in diesem Saal getragen wird.

Mit Aufnahme dieses zusätzlichen Absatzes gelingt es uns, das System der ständigen Kommissionen zu stärken und es gelingt uns auch punktuell, eine Erweiterung und damit der Einbezug von Personen zu gewährleisten, die ansonsten nicht in einer Kommission sind. Wobei ich nicht der Ansicht bin, dass nur diese Personen dann in eine solche Erweiterung miteinbezogen werden können, sondern diesbezüglich gilt es darauf zu achten, dass Fachwissen vorhanden ist. Ich bitte Sie deshalb meinen Antrag, ich möchte ihn noch einmal vorlesen: „Für einzelne Geschäfte kann auf Antrag der Kommission, diese um maximal vier Personen erweitert werden." zu unterstützen.

Antrag Casanova (Chur) I
Art. 18 Abs. 3 (neu) gemäss Kommission streichen

Antrag Casanova (Chur) II
Art. 18 Abs. 3 (neu) einfügen:
Für einzelne Geschäfte kann auf Antrag der Kommission diese um maximal vier Personen erweitert werden.

Standespräsident Geisseler; Ich spreche im ersten Teil meines Votums im Namen der Präsidentenkonferenz. Warum kommt die Kommission auf diesen Antrag? So wie wir es verstanden haben. Es gibt immer wieder unumgängliche Absenzen. Ob das beruflich, militärisch, geschäftlich oder familiär oder was auch immer. Die Kommission sieht hier eine Möglichkeit, dass die entsprechenden ständigen Kommissionen dann auch immer vollzählig zu den Sitzungen erscheinen können und mitarbeiten können. Ein weiterer Punkt, und das spricht für die Variante, wie sie von der KWAS vorgeschlagen wird und gegen den Antrag Casanova. Mit dieser Variante können auch dienstaltersjüngere Grossrätinnen und Grossräte punktuell miteinbezogen werden.

Aber ich möchte mich nochmals äussern, wie ich gestern schon in der Eintretensdebatte gesagt habe, im Namen der Präsidentenkonferenz. Wir wehren uns nicht gegen diesen Antrag, wie ihn die KWAS vorschlägt. Aber wir möchten ganz klar festhalten, dass diese Regelung nur in Ausnahmefällen und nur bei echten Verhinderungen angewendet werden darf. Dieser Antrag der KWAS hat eine grosse Stärke. Sie lässt vieles offen, wie die einzelnen Fraktionen dieses Problem lösen oder sich organisieren. Dieser Antrag hat aber auch eine Schwäche, weil er eben so offen formuliert ist. Und darum bitte ich im Namen der Präsidentenkonferenz, den KWAS-Vorschlag so zu unterstützen.

Butzerin: Der Vorschlag mit dem Einsatz der Stellvertreterinnen und der Stellvertreter ist meiner Ansicht nach nicht ein tauglicher Vorschlag. Und ich möchte Sie bitten, den Vorschlag von Grossratskollege Casanova zu unterstützen. Warum ist der erste Vorschlag, den wir betreffend der Stellvertreterregelung hier vorliegen haben, untauglich, meiner Ansicht nach? Sie alle hier drin wissen so gut wie ich auch, wie diese Absenzen an Kommissionssitzungen zustande kommen und zu welchem Zeitpunkt zustande kommen. Ich habe oftmals erlebt in den letzten Jahren, dass sich Mitglieder der Kommission kurzfristig abgemeldet haben. Wenige Tage, um nicht zu sagen vielleicht einen Tag oder zwei Tage vor der Kommissionssitzung. Wie wollen Sie nun dies machen? Gehen Sie hin und telefonieren dem Fraktionspräsidenten und sagen, ich bin dann übermorgen an dieser und dieser Sitzung nicht dabei. Ich nehme an, das wird etwa in der gleichen Weise vor sich gehen, wie bis anhin das gegenüber dem Kommissionspräsidenten oder der Kommissionspräsidentin gehandhabt wurde. Eben einen Tag oder zwei Tage vorher. Dann geht der Fraktionspräsident hin und telefoniert allen seinen Mitgliedern der Fraktion und fragt, könntest du gehen, kannst du gehen. Ich weiss nicht ob das funktioniert. Ich glaube nicht, dass das eine vernünftige Lösung ist. Wir alle haben eine Planung, alle hier drin, die über Wochen, ich sage über Monate dauert. Alle haben eine gefüllte Agenda. Und der Fraktionspräsident und die Fraktionspräsidentin wird dann bald einmal feststellen müssen, dass es sehr schwierig ist, eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter an diese Kommissionssitzung zu delegieren. Diese Stellvertreterin oder dieser Stellvertreter muss dann auch, oder sollte dann auch, das ganze Geschäft über die ganze Zeit begleiten. Nicht nur an einer Sitzung. Das heisst an der nächsten auch wieder und hier im Grossen Rat drin auch wieder. Vielleicht ist dieses Mitglied dieser Kommission, dieser ständigen Kommission das ordentliche Mitglied nachher bei der Beratung hier drin auch dabei und ist dann draussen Stellvertreter, meiner Meinung, eine untaugliche Lösung.

Hingegen die Variante von Grossrat Casanova, die kann ich unterstützen. Ich meine, das wäre eine praktikable Lösung. Und ich finde die gut und ich bitte Sie, überlegen Sie sich diese Dinge, die ich Ihnen hier vorgetragen habe. Ich glaube nicht, dass das andere funktioniert. Also, ich müsste mich täuschen. Ich bin jetzt schon seit einigen Jahren in diesem Rat. Und wir haben ja vorher bei der Variante, die wir vorher hatten mit den ad hoc-Kommissionen, hatten wir auch eine Stellvertreterlösung und auch dort hat es mir geschienen, dass das nicht die optimale Lösung gewesen ist. Ich ersuche Sie, der Variante von Thomas Casanova beizupflichten und ihn zu unterstützen.

Tramèr: Grossrat Butzerin hat bereits Verschiedenes vorweggenommen, das ich auch angeführt hätte. Dieser neue Antrag der Kommission ist ersatzlos zu streichen. Ich wiederhole die Argumente meines Vorredners nicht, aber es ist doch in der Praxis nicht praktikabel. Hinzu kommt noch ein weiterer Punkt, den die Kommission bei der Formulierung dieses Antrages wahrscheinlich übersehen hat. Oder sonst bitte ich um Erklärung, wo dann die Abgrenzung zu Art. 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung sein soll. Dort wird nämlich festgehalten, Abs. 3: „Fällt ein Mitglied einer ständigen Kommission dauernd aus, so nimmt der Grosse Rat für den Rest der Amtsperiode eine Ersatzwahl vor.“ D.h. für den dauernden Ausfall haben wir bereits eine gute Regelung, die greift, die sollte auch so stehen bleiben. Aber der neue Vorschlag ist wie gesagt in der Praxis nicht tauglich. Und es stellt sich dann eben auch die Abgrenzungsfrage, ist dieser neue Antrag, wäre das nur für eine kurzfristige Absenz gemeint oder ist es für ein ganzes Geschäft. Und aus diesen Gründen ist dem Antrag Casanova statt zu geben. Ich gehe auch davon aus, dass das zwei Anträge sind. Das eine ist das Streichen und das andere ist diese Ergänzung. Ich werde beiden Anträgen zustimmen.

Cavigelli: Ich möchte zuerst Stellung nehmen zur Stellvertreterregelung. Dies als Mitglied der Präsidentenkonferenz, aber auch der KWAS. Bei der KWAS dann allerdings mit gewisser Zurückhaltung agierend gewesen. Die Stellvertreterregelung hat bei mir persönlich nicht eitel Freude ausgelöst, weil ich ja auch praktikable Schwierigkeiten gesehen habe. Allerdings bin ich mittlerweile überzeugt, dass diese zu überwinden sind. Und dann eigentlich das Argument, die Kommissionen vollständig tagen zu lassen, in voller Besetzung tagen zu lassen, doch sticht. Dies aus folgenden praktischen Überlegungen: Aus meiner Optik als Fraktionschef, um auch Kollege Butzerin und Kollege Tramér, meine persönlichen Vorstellungen preis zu geben, die natürlich aber nicht in dem Sinne abgesegnet sind von irgend jemand anderem. Es heisst im Artikel, dass die Fraktion ein Ersatzmitglied bestimmt. Die Fraktion ist genau definiert. Die Fraktion hat ein Selbstorganisationsrecht. Die Fraktion kann selber bestimmen, welches Verfahren sie dann anwenden will, um diese Ersatzmitglieder zu berufen. Es kann dann so sein, dass jede Fraktion das anders macht als die andere. Für uns persönlich könnte ich mir vorstellen, dass man sagt, wir haben so und so viele Kommissionen. Je Kommission haben wir zwei Stellvertreter, die wir zu Beginn der Legislatur bestimmen, die gleichzeitig immer über die Termine der Kommissionssitzungen informiert sind. Und da muss ich dann letztlich, wenn dieser Anruf kommt, dass irgendein Mitglied ausfällt unserer Fraktion, nur diese zwei informieren und diese zwei haben sich diese Termine dann provisorisch ebenfalls frei zu halten und können dann teilnehmen. Sollte das dann diesen beiden nicht möglich sein, würde es für mich bedeuten, dass ich entlastet bin von der weiteren Suche. Sie können sich das Problem vorstellen bei einer 40-köpfigen Fraktion. Da hat Martin Butzerin Recht. Aber ich könnte mir vorstellen, dass wenn man zu Beginn einer Legislatur bestimmt, es sind zwei Mitglieder als Ersatzmitglieder im Amte, dann ist diese Regelung tatsächlich durchführbar. Auch praktisch.
Die Frage von Kollege Tramèr, ob dann hier die Ersatzlösung für Sachgeschäfte oder anders wie vorgenommen werden würde. Die Vorstellung der Kommission ist eigentlich klar, dass es eine Ersatzlösung für einen Sitzungstag sein soll. Wir gehen ja grundsätzlich davon aus, dass sich alle Grossräte für alle Geschäfte interessieren, zu interessieren haben und es somit nicht schädlich ist, wenn man nur zum Teil an einer Behandlung eines Sachgeschäfts beteiligt ist. Es sollte also möglich sein, z.B. die erste Hälfte des Gemeindegesetzes im Rahmen der Kommission sogar vorberaten zu dürfen. Und es sollte dann auch zumutbar sein, dass dieses Ersatzmitglied, wenn dann der folgende Termin der Kommission in vollständiger, ordentlicher Besetzung statt findet, dass dann halt diese zusätzliche Vorbereitung im Rahmen einer Kommission für das Geschäft dann entfällt.
Eine weitere Frage von Franco Tramèr war, was bedeutet dies, dauernd ausfallen. Die Abgrenzung konkret zwischen der Stellvertreter-Regelung im Gesetz und die Regelung gemäss Art. 19, Abs. 3 der Geschäftsordnung. Ich meine, dauernd muss tatsächlich auch dauernd sein. Das ergibt sich indirekt halt aus einer Auslegung des Gesetzes. Das kann ein Todesfall sein, bedauerlicherweise haben wir Erfahrungen in diesem Bereich. Das kann ein Rücktritt sein. Das kann sonst eine voraussehbare, auf längere Frist feststehende Absenz sein. Eine einmalige Absenz, bei einem Termin für eine Kommissionssitzung ist natürlich nicht dauernd. Auch nicht eine zweimalige. Somit kommt die Stellvertreterlösung in solchen Fällen zum Zuge.
Wenn ich schon dabei bin und falls ich noch Redezeit habe, möchte ich zum Antrag von Thomas Casanova noch sprechen. Die Vorstellung ist à priori eigentlich auch interessant und sie ist auch diskutiert worden in der KWAS wie auch in der Präsidentenkonferenz. Man hat dort einfach der Überlegung den Vorzug gegeben, dass man ständige Kommissionen hat, die aus Leuten besetzt sind, die im Prinzip eine Nähe haben zu diesen Themen, die in den ständigen Kommissionen behandelt werden sollen. Man entscheidet sich also für die Einsitznahme in eine Kommission deshalb, weil man Interesse an diesen Gebieten hat und weil man es sich selber zumutet, einen wichtigen Beitrag leisten zu können zur Arbeit in dieser Kommission. Die ständige Kommission ist ja dann auch so ausgerichtet, dass eben diese Themen im Prinzip immer mit den gleichen Personen behandelt werden sollen, um eben die Effizienzvorteile zu generieren, um eben besser arbeiten zu können. Auch mit Blick über einzelne Botschaften hinaus. Und wir haben das vor diesem Hintergrund eigentlich als unerwünschte Aufweichung des Systems qualifiziert. Natürlich auch vor dem Hintergrund von vielleicht weniger bedeutenden Schwierigkeiten. Wenn wir sagen, wir ergänzen um vier, welche vier dann hier. Da kommen dann wiederum die Schwierigkeiten, die Martin Butzerin anspricht. Müssen wir also dann jeweils an einer Fraktionssitzung Wahlen abhalten. Wie verteilen wir diese vier Sitze, je Fraktion. Zurzeit würde das aufgehen. Wir würden dann den Proporz etwas aus den Fugen bringen. Das wäre wahrscheinlich aber nicht so tragisch.
Ich möchte beliebt machen, diese Überlegung zwar zu machen, aber sie letztlich als unpraktisch zu verwerfen. Es

kommt für mich noch ein Argument hinzu. Und das eigentliche gerade auch an die Adresse von Martin Butzerin. Es ist ja seine Kommission, die die Botschaft Sanierung Kanti behandeln möchte. Und es ist ein erheblicher Druck entstanden, euch zu sagen, ihr seid nicht kompetent. Nennen wir das Ganze beim Namen. Ich finde das eigentlich ein Affront. Das ist unfreundlich, ist unhöflich und meiner Meinung nach auch nicht zutreffend. Jede Kommission ist in der Lage, mit Parlamentariern bestückt, die einen Volksauftrag zu erfüllen haben, die Geschäfte zu plausibilisieren haben aus seiner aus ihrer Warte, wie es eben jeder Parlamentarier machen muss. Und wenn Sie dann auf diese Weise da von aussen aufgebrummt bekommen, entscheidet doch lieber selber, dass ihr noch vier Spezialisten braucht, weil die, die du schon in der Kommission hast, sind untauglich. Wir müssen diese Kommission aufmotzen. Dann können Sie Druckversuchen kaum ausweichen. Ich habe einfach auch das Gefühl, dass Sie sich entmündigen lassen und nicht durchziehen zu etwas, was Sie einmal ja gesagt haben, nämlich die Aufgabe richtig erfüllen zu wollen. Ich beantrage diesen Antrag von Thomas Casanova auch abzulehnen.

Kessler: Das Meiste ist gesagt. Als ebenfalls überzeugter Befürworter dieser vorgeschlagenen Stellvertreterregelung möchte ich nur ganz kurz nochmals Kollege Butzerin sagen, wir sind natürlich in der KWAS davon ausgegangen wie wir die Termine bestimmen. Und es ist so, dass die relativ lange zum Voraus bestimmt werden und man sehr lange zum Voraus weiss, ob man diesen Termin wahrnehmen kann oder nicht. Kurzfristige Verhinderungen sind die absolute Ausnahme und hier gilt natürlich ganz klar, dass Prioritäten gesetzt werden müssen. Deshalb denke ich, dass dieses Argument nicht in die Waagschale geworfen werden kann.

Jäger: Das Meiste ist gesagt worden, was ich auch sagen wollte. Darum kann ich mich kurz halten. Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommission zuzustimmen. Zunächst einen kleinen Ausflug in die Vergangenheit. Ich war während zwei Legislaturperioden gewählter Stellvertreter der Geschäftsprüfungskommission und habe sporadisch an den GPK-Sitzungen teilnehmen können. Und aus meiner damaliger Erfahrung kann ich eigentlich nicht verstehen, warum die Kommission den zweiten Satz in ihren Antrag einfügt. Denn auch bei der GPK geht es nicht um irgendwie sphärische Arbeiten, die gewöhnliche Grossratsmitglieder nicht dann nachvollziehen können. Aber ich möchte hier die Sache nicht komplizieren und diesen zweiten Satz noch zur Diskussion stellen. Ich bitte Sie, dem Kommissionsantrag zuzustimmen. Grossrat Cavigelli hat sehr vieles gesagt, was ich auch hätte gerne sagen mögen. Wir haben uns einmal dafür entschieden, dass die ständigen Kommissionen aus elf Mitgliedern bestehen. Diese Kommissionsgrösse hat sich bewährt. Diese elf Mitglieder vertreten im Kleinen unser Parlament. Und es ist nun, und ich sage Ihnen das ganz bewusst aus der Sicht einer kleinen Fraktion, es ist nun eben wichtig, dass die Fraktionen in der Kommissionsarbeit dabei sind. Wenn bei einer kleinen Fraktion unser einziges Kommissionsmitglied ausfällt, aus normalen Gründen, wie das jedem Grossratsmitglied passieren kann, dann ist es eben gerade wichtig, dass in dieser Situation, wenn es beispielsweise um ein politisch brisantes Geschäft geht, alle Fraktionen schon im Vorfeld in der Kommission dabei sind. Denn es gibt nichts Schlimmeres, als wenn die Kommissionsarbeit erst hier im Plenum gemacht wird. Darum ist es wesentlich, wir müssen auch nicht so tun, wie wenn wir in politisch luftleerem Raum nur mit Fachleuten arbeiten. Es geht hier um die politische Arbeit. Die Fachleute sollen schon vorher ihre Arbeit gemacht haben. Es ist darum wesentlich, dass in den Kommissionen das Spiegelbild präsent ist.
Zum Antrag Casanova: Ich habe schon gesagt, Fachleute sollten im Voraus gearbeitet haben. Ratskollege Cavigelli hat schon darauf hingewiesen, die wenigen Baufachleute, es gibt nicht so viele Baufachleute in unserem Rat, aber von den wenigen Baufachleuten ist eine namhafte Persönlichkeit in der Bildungskommission. Und darum dürfen wir einfach uns nicht schlechter machen als wir wirklich sind. Ratskollege Butzerin hat gesagt, es sei schwierig umzusetzen. Schauen Sie, gerade die Kommissionspräsidenten sehen im Vorfeld von einem Termin, was dann in Zukunft notwendig ist. Die Zweidrittelsanwesenheit, ob die langsam gefährdet wird oder nicht. Wenn wir diese Stellvertreterlösung nicht einführen, dann wird es in Zukunft ab und zu Tage geben, da kommen fast zwei Drittel der Kommissionsmitglieder hier nach Chur, zum Teil von weit her, und müssen dann frustriert feststellen, es fehlt uns ein Mitglied. Wir können unverrichteter Dinge nach Hause fahren. Das ist schlecht. Und die Kommissionspräsidentinnen und –präsidenten sehen, natürlich hat Grossrat Butzerin Recht, es gibt sehr spät Entschuldigungen. Aber nicht alle Entschuldigungen, zum Glück, sind sehr spät. Und die Kommissionspräsidien, die sehen das und haben das im Griff und können dann dementsprechend auch dafür sorgen, dass eben dieser Frustmoment, dass man eines zu wenig ist, nicht eintreten wird. Ratskollege Cavigelli hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Antrag Casanova sehr schwammig ist. Wer sind dann Fachleute? Wer ist es wirklich? Wer entscheidet, wann welche Fachleute zu wenig sind. Der Antrag Casanova ist derart unbestimmt, dass wir unendliche Diskussionen haben werden. Und alle Fraktionen werden dann mit Sicherheit feststellen, dass gerade sie bei dieser Fachleute-Auswahl benachteiligt worden sind. Und darum bitte ich Sie, bleiben wir dabei. Die Fachleute, die bereiten unsere Vorlagen vor. Wir sind das politische Organ und wir müssen das politisch regeln. Darum, die elf Mitglieder vertreten die Fraktionen. Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Standespräsident Geisseler: Ich meine, dass Antrag Casanova und Antrag KWAS nicht das gleiche Ziel verfolgen. Antrag Casanova verfolgt das Ziel, einzelne spezielle Kommissionen aufzudotieren mit sogenannten Fachfrauen oder Fachmännern oder was auch immer. Und die KWAS verfolgt das Ziel, den Ersatzspieler ins Spiel zu bringen. In der heutigen Geschäftsordnung haben wir den Art. 37 Abs. 1, dort steht geschrieben, wenn das Geschäft nicht in den Aufgabenbereich einer ständigen Kommission fällt, nur dann kann die Präsidentenkonferenz eine ad hoc-Kommission bilden. Also immer, wenn das Geschäft vom Inhalt her einer jetzt ständigen Kommission zugewiesen werden kann, dann musste es die Präsidentenkonferenz so machen. Dieser Artikel wird abgeschwächt mit dem neuen Art. 19. Die Präsidentenkonferenz kann jetzt auch, wenn es inhaltlich einer ständigen Kommission zugewiesen werden könnte, eine ad hoc-Kommission bilden. Ich meine, mit dieser Erneuerung, ist der Antrag Casanova abgeschwächt und hinfällig. Die KWAS, wie gesagt, die bringt den Ersatzspieler oder die Ersatzspielerin zum Zuge und ich meine, dass das organisatorisch lösbar ist. Kollege Cavigelli hat hier einen Weg aufgezeichnet. Und ich möchte ein anderes Argument ins Spiel bringen. Nicht alle Fraktionen sind gleichmässig in den Vorberatungskommissionen vertreten. Wenn Sie beispielsweise

das Zusatzprotokoll der KWAS nehmen, dann sehen Sie, dass die FDP-Fraktion noch mit einer Stimme dort vertreten war. Und wir haben auch kleinere Fraktionen, die nur mit einer Person in einer ständigen Kommission vertreten sind. Und wenn diese Person ausfällt, für eine, für mehrere Sitzungen, nicht dauernd, dann ist die Stimme dieser Fraktion in der Kommission nicht vertreten. Und ich meine, diese Argumente sprechen gegen Antrag Casanova und für den Antrag der KWAS.

Tramèr: Im Gegensatz zu meinem Vorvorredner bleibe ich kurz, wenn ich das im Vorfeld so ankündige. Sie haben in den Ausführungen von Grossrat Cavigelli gesehen, dass an sich ein jeder etwas anderes versteht unter diesem Artikel. Insbesondere was die Auslegung anbelangt. Und eben gerade diese unterschiedliche Ausgestaltung macht diesen Artikel, diese neue Formulierung, diesen neuen Vorschlag der Kommission so ungreifbar und unsicher. Nur ein Beispiel: Ich bin Kommissionsmitglied, bin ich nachher allenfalls noch Stellvertreter meines Nachbarn. Ich muss mir nebst den Terminen für meine Kommission auch noch die Termine der anderen Kommission reservieren. Werde wahrscheinlich, wenn es zu einem Stellvertreterfall kommt, kurzfristig aufgeboten, kann diesen Termin dann wahrscheinlich nicht wahrnehmen und muss mich dann dem Vorwurf der Fraktion aussetzen, wieso ich nicht teilgenommen habe, weil ich doch ein ordentlicher Stellvertreter bin. Sie sehen selber, das ist in der Praxis nicht praktikabel. Und das zweite ist die Frage des Bedürfnisses. Blicken Sie zurück in Ihren Kommissionen. Stellen Sie sich die ehrliche Frage: Wann fehlten mehr als ein Drittel der Kommissionsmitglieder? Wann wären Sie in der Vergangenheit beschlussunfähig gewesen? Sind Sie ehrlich, das war wahrscheinlich so gut wie nie der Fall. Wir sollten in diesem Gesetz nur das regeln, was notwendig ist. Diese neue Formulierung entspricht keinem Bedürfnis. Deshalb kann sie ersatzlos gestrichen werden.

Christ: Ich möchte eigentlich das Eine tun und das Andere nicht lassen. Ich möchte die Stellvertretung geregelt wissen. Diesen Artikel möchte ich gerne drinlassen. Ich habe selber erlebt, wenn man längere Zeit krankheitshalber fehlen muss, wäre man froh, wenn man wüsste, dass jemand die Arbeit meiner Fraktion in der Kommission weiterführt und vertritt. Meine Meinung ist aber, dass die Stellvertretung dann nicht nur für eine einmalige Sitzung sondern für ein ganzes Geschäft sein sollte, damit nachher auch im Rat die Professionalität gewährt ist. Ich möchte aber auch den Antrag von Thomas Casanova sehr unterstützen. Ich denke, wir können es uns nicht leisten das Fachwissen nicht zu nutzen, welches wir in unserem Rat haben. Und es ist vorhanden. Auch dürfen wir nicht ständig zweifeln an der Praktikabilität. Wenn wir das tun, dann dürfen viele Sachen nicht beschliessen. Ich denke oft muss man etwas ausprobieren. Ich möchte Sie bitten, die Stellvertreterlösung drinzulassen und den Antrag Casanova neu hinzuzunehmen.

Butzerin: Ich bin natürlich froh, wenn Kollege Cavigelli sagt, wir sollten uns von den Kommissionen nicht unterkriegen lassen und dies gerade wieder auf dieses Geschäft bezieht, über welches wir immer diskutieren. Ich frage mich dann nur langsam, und das ist wirklich ein Frage, die ich mir jetzt stellen muss, warum dass die Präsidentenkonferenz auf die Idee gekommen ist, uns das Geschäft Sanierung Kantonsschule wegzunehmen, und heute, wenn ich mit den Fraktionspräsidentinnen und Fraktionspräsidenten spreche, sagen alle, lasst euch nicht unterkriegen, ihr seid kompetent genug das zu machen. Da frage ich mich ernsthaft, wie diese Idee in der Präsidentenkonferenz aufgekommen ist, dass man gesagt hat, man wolle uns dieses Geschäft wegnehmen. Es bleibt mir jetzt höchstens noch eine Person aus dieser Präsidentenkonferenz, die dafür gewesen sein kann, dass man uns dieses Geschäft wegnimmt. Alle anderen äussern sich so, und sagen, ja ihr habt Recht, wenn ihr das behalten wollt. Wir wollen es behalten. Wir wollen es auch behandeln. Wir haben auch nicht nötig, dass wir noch andere Spezialistinnen und Spezialisten beiziehen. Wir haben genügend davon. Die Baufrage ist abgeklärt, aber wir kommen dann später in einer Session zu diesem Geschäft. Die Frage bezüglich Bautechnik, die ist abgeklärt. Und wir haben übrigens auch Baufachleute in unserer Kommission. Wir haben auch Leute, die etwas von Finanzen verstehen. Sie dürfen sogar annehmen, dass sogar eine Lehrperson noch ein bisschen rechnen kann und ein bisschen die Finanzen im Griff hat. Grossrat Kessler, auch unsere Kommission beraumt die Sitzungen frühzeitig an. Auch wir machen einen Terminkalender und sagen, wann haben wir die nächste Sitzung. Es geht nicht um das, Kollege Kessler. Es geht darum, wann sich die Mitglieder dieser Kommissionen von den Sitzungen abmelden. Um diese Frage geht es. Aber ich kann durchaus leben mit dieser Stellvertreterregelung. Und zwar deshalb kann ich damit leben, aus dem Grund, den Grossrat Cavigelli auch angeführt hat. Weil es nicht die Kommissionspräsidenten sind, welche nachher nach den Stellvertretungen Ausschau halten müssen, sondern die Fraktionspräsidenten oder -präsidentinnen. Und Grossrat Cavigelli hat da gesagt, dass das für diese ohnehin kein Problem sei, die könnten das spielend machen. Wenn sie das tun können, dann denke ich, sind die Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten zufrieden mit der Lösung. Und wenn sie uns Stellvertreterinnen und Stellvertreter nachher in die Kommissionen schicken, dann sind wir natürlich dankbar und wir sind sicher froh, wenn wir immer mit einer vollständigen Kommission arbeiten können. Und da es in diesem Rat ohnehin nur kompetente Vertreterinnen und Vertreter unseres Volkes hat, sind wir auch sicher, dass die Qualität in diesen Kommissionen stimmt. Diesbezüglich kann ich mit beiden Varianten gut leben. Die Variante Casanova ist mir immer noch ein bisschen sympathischer, aber ich persönlich, auch als abtretender Kommissionspräsident, als bezüglich Kommissionspräsidium Auslaufmodell, kann ich mit beiden Varianten problemlos leben.

Hübscher: Sind wir ehrlich. Wenn ich diese Diskussion anhöre, dann muss ich sagen, so lieber nicht in der Praxis operieren zu wollen. Entweder sind wir bereit, ständige Kommission zu haben und dann haben wir halt einen Teil dieses Rates ausgeschlossen oder wir sind nicht bereit das zu tun und haben ad hoc-Kommissionen. In der Praxis, wenn ich das jetzt anhöre, dann muss ich sagen, lieber kompliziert als einfach. Und demzufolge gibt es für mich nur die Lösung, wie sie Grossrat Tramèr vorgeschlagen hat. Diesen Absatz 3 neu nicht aufzunehmen.

Nigg; Kommissionspräsident*:* Ich unterstütze selbstverständlich den Kommissionsvorschlag, weil der als elegant verkaufte Vorschlag von Grossrat Casanova in Tat und Wahrheit sehr unpraktikabel ist. Stellen Sie sich vor, wie ein Geschäft verzögert wird, wenn erst auf Antrag die Kommission erweitert werden kann. Dann haben Sie gehört, Grossrat Butzerin ist der Meinung, dass seine Kommission das Geschäft Kantonschule behandeln kann. Gestern haben wir an-

gedeutet gehört von Grossrat Lemm, dass er anderer Meinung ist. Also, es gibt ein zweites Hickhack. Wir haben gestern gehört von Vier- und Fünfsternparlamentariern. Wir schaffen jetzt noch die Kategorie der Jokerparlamentarier, z.B. der Sanierer. Der kann eingesetzt werden, wenn Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf den Finanzhaushalt saniert. Er kann aber auch bei der Kantonsschule eingesetzt werden, weil er ja Sanierungsspezialist ist. In Tat und Wahrheit ist das gar nicht so kompliziert. Ich habe hingewiesen auf die Beratung des Gemeinde- und Finanzausgleichsgesetzes. Grossrat Cavigelli hat seine Absenzen im Oktober, als wir das Gesetz behandelt haben, angemeldet. Wir haben da zwei Sitzungen gehabt. Es wäre ein leichtes gewesen von der Fraktion, Grossrat Casanova als Vertreter der Kleingemeinden in die Kommission zu delegieren und das Problem wäre gelöst gewesen. Also ich meine so, man kann ein Problem auch verkomplizieren. In Tat und Wahrheit ist es ganz einfach zu regeln. Und ich bitte Sie deshalb, der Kommission zuzustimmen.

Jäger: Grossrat Tramèr hat mich aufgefordert es zu versuchen auch nochmal kurz zu können. Ich möchte zum bedankenswerten Votum von Vroni Christ einfach noch etwas anfügen. Vroni Christ hat zu 100 Prozent Recht. Es gibt aber ein Aber. Es ist meiner Meinung nach nicht richtig, und darum ist der Antrag von Grossrat Casanova nicht gut, wenn zusätzliche Grossratsmitglieder als Kommissionsmitglieder plötzlich stimmberechtigt in die Kommission hineinkommen. Kommissionen sollen Fachleute anhören. Und wenn ein anderes Mitglied unseres Rates als geeignete Fachperson angesehen wird, soll dieses Mitglied eingeladen werden. Aber als Fachperson, und nicht als stimmberechtigtes Kommissionsmitglied.

Cavigelli: Ich möchte nur kurz Grossrat Butzerin noch eine Antwort geben. Er hat indirekt der Präsidentenkonferenz Wankelmut vorgehalten. Das ist natürlich nicht so. Die Präsidentenkonferenz hat das Sachgeschäft seiner Kommission zugewiesen. Von aussen sind Bedenken an uns getragen worden, es noch einmal zu überlegen. Und wir haben dann gesagt, gut wenn diese Bedenken bestehen, fragen wir die Kommission selber an, ob sie das Geschäft überhaupt annehmen will, so wie wir es zugewiesen haben. Dann haben wir gehört, nein wir wollen es annehmen. Und dann hat die Präsidentenkonferenz keine Veranlassung gesehen, auf diesen Entscheid zurückzukommen und die Zuweisung nicht so zu belassen wie sie erstmalig aus eigenem Gutdünken, ohne Rücksprache mit irgendwelchen Dritten, so entschieden worden ist. Das ist eigentlich der Fakt. Weiteres möchte ich nicht sagen.

Zegg; Kommissionssprecher: Wir haben jetzt viele Argumente gehört. Ich bitte Sie, den Antrag der Kommission zu unterstützen. Das ist ein schlüssiges, durchdachtes System. Es ist praktikabel. Es stammt von den Fraktionspräsidenten und die wissen, um was es geht und wie es praktikabel ist. Und wenn wir tatsächlich diese Bedenken haben, Sie haben gesehen, Sie haben jetzt das Programm über die Geschäfte erhalten. Bereits bis August 2007 sind die Geschäfte da traktandiert. Es wird in Zukunft ja so sein, dass auch die Termine sehr frühzeitig bekannt sind. Da kann man sich sehr gut organisieren. Das zum Einen. Dann zum Anderen: Wenn Sie tatsächlich glauben, die Kommissionen wären nicht kompetent, es wären nicht die richtigen Leute drin, dann können Sie eine ad hoc-Kommission für dieses Geschäft einsetzen. Dann ist das auch gelöst. Und immerhin muss ich auch sagen, die Kritik, die gestern gebracht wurde, dass da keine Vertreter von kleinen Gemeinden in den Kommissionen wären. Wir haben die Interessen der kleinen Gemeinden sicher richtig und gut vertreten. Und der Rat ist überall der Kommission gefolgt. Also wir sind schon kompetent. Ja auch in Sachen kleine Gemeinden. Und allgemein bin ich schon der Auffassung, dass die Kommissionen sehr kompetent sind. Auf Regierungsseite haben wir Fachleute, Grossrat Jäger hat das ausgeführt, die können wir einladen. Die führen das aus. Und wir selber sind sicher Praktiker. Wir brauchen hier praktische und wir brauchen politische Lösungen, die praktisch machbar sind. Und das ist wie im Fussball, wenn einer ausfällt muss rasch ein Ersatzspieler rein, damit das Spiel weiter geht. Ich bitte Sie also, den Antrag der Kommission zu unterstützen. Der ist schlüssig durchdacht und praktikabel. Das ist das stärkste Argument.

Standesvizepräsidentin Bühler: Herr Kommissionsvizepräsident, ich möchte Sie nur noch anfragen: Sie haben ja auf den Antrag von Grossrätin Cahannes gesagt, die Kommission die würde dem zustimmen mit der Ergänzung „soweit sie Aufsichtsaufgaben übernimmt." Das bedeutet ja, dass der ursprüngliche Antrag der Kommission gar nicht mehr existiert oder? Verstehe ich das richtig.

Zegg; Kommissionsvizepräsident: Das ist richtig. Der Antrag, der Satz lautet nun wie folgt: „Diese Regelung gilt nicht für die Geschäftsprüfungskommission und die Kommission für Justiz und Sicherheit, soweit sie Aufsichtsfunktionen ausübt."

Standesvizepräsidentin Bühler: Mir ist so das Wort von Grossrat Hübscher im Kopf: „Lieber kompliziert als einfach.". Zuerst möchte ich den Unterantrag bereinigen. Grossrätin Cahannes möchte den zweiten Satz dahingehend ergänzen, dass diese Regelung auch für die Kommission für Jusitz und Sicherheit gilt und nicht nur für die Geschäftsprüfungskommission. Diesem Antrag stellen wir den Hauptantrag der KWAS Plus, also ergänzt mit: „soweit sie Aufsichtsaufgaben übernimmt."

Abstimmung I
Der Grosse Rat gibt dem Antrag Cahannes gegenüber dem Antrag der Kommission mit 63 zu 40 Stimmen den Vorzug.

Standesvizepräsidentin Bühler: Jetzt stimmen wir ab über den Streichungsantrag Casanova. Wir stimmen ab, ob man diesen obsiegenden Antrag so belassen will oder ob man ihn streichen will, wie Grossrat Casanova das wünscht.

Cavigelli: Die Präsidentenkonferenz hat ja auch noch einen Antrag, nämlich so wie er hier steht. Habe ich das falsch verstanden.

Standesvizepräsidentin Bühler: Ich denke, das ist der Antrag der KWAS.

Cavigelli: Ohne die Ergänzung mit Kommission Justiz und Sicherheit?

Standesvizepräsidentin Bühler: Kommissionsvizepräsident Zegg hat ja diesen Antrag, der hier im blauen Blatt steht, verändert. Das hat der Rat jetzt abgelehnt. Dieser Antrag ist

jetzt so, dass die Stellvertreterregelung nicht für die Geschäftsprüfungskommission und nicht für die Justiz- und Sicherheitskommission gilt. Jetzt stimmen wir ab, ob wir grundsätzlich diese Stellvertreterregelung haben wollen oder ob wir für streichen sind, wie Grossrat Casanova das beantragt. Und von der PK habe ich keinen anderen Antrag. Ist das richtig?

Cavigelli: Nein das ist falsch. Wir müssen uns das so vorstellen, dass der Antrag der PK der Antrag der Regierung ist und die Regierung in Anführungszeichen hat sich nicht dazu geäussert, ob sie sich dem Vorschlag der KWAS oder dem Vorschlag Cahannes anschliessen will. Deshalb steht dieser Vorschlag im Raum. Und ich meine, dass das auch z.B. die Absicht war von Grossrat Jäger, diesem Vorschlag auch noch, sage ich mal, grundsätzlich wollte er ja diesen Vorschlag gutheissen.

Standesvizepräsidentin Bühler: Grossrat Cavigelli, heisst das einfach, dass wir dann keinen Antrag Art. 18 Abs. 3 neu hätten. Ist das Ihre Meinung?

Cavigelli: Wir hätten einen unveränderten, so wie er hier steht. Genau so wie er da steht.

Nigg; Kommissionspräsident: Gut, also ich versuche hier Klarheit zu schaffen. Aber wenn ich richtig zugehört habe, hat sich Standespräsident Geisseler, und er ist ja der Vorsitzende dieser Konferenz, hat sich dazu geäussert, dass er hinter dem Kommissionsvorschlag, der von Kommissionsvizepräsident Zegg vorgetragen wurde, steht. Und somit sind nur die Anträge jetzt zu bereinigen.

Abstimmung II
Der Grosse Rat stimmt dem Streichungsantrag Casanova (Chur) mit 55 zu 39 Stimmen zu.

Standesvizepräsidentin Bühler: Damit wäre die Stellvertreterregelung gestorben. Und wir haben jetzt aber noch den Antrag Casanova zu Art. 18 Abs. 3 neu: „Für einzelne Geschäfte kann auf Antrag der Kommission diese um maximal vier Personen erweitert werden."

Abstimmung II
Der Grosse Rat lehnt den Antrag Casanova II mit 78 zu 13 Stimmen ab.

Fassung gemäss Bericht angenommen.

Die Beratung dieses Traktandums wird an dieser Stelle unterbrochen. Stattdessen wird das folgende Traktandum beraten.

Gewährung eines Kantonsbeitrages für den Bau der Porta Alpina, Sedrun (B13/2005-2006, S. 1195)

Eintreten

Antrag Kommission
Eintreten

Standespräsident Geisseler: Wir fahren so fort wie ähnlich bei solchen Botschaften, dass wir eine Eintretensdebatte halten und wenn dann noch erforderlich, so noch eine Detaildebatte und gehen am Schluss zu den Anträgen.

Donatsch; Kommissionspräsident: Die Porta Alpina war das erste Thema, mit welchem sich die Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie in dieser Legislaturperiode vor cirka zwei Jahren schon befasst hatte. Bereits damals haben wir uns von der Kommission einstimmig zu diesem innovativen Projekt bekannt und das hat sich bis heute nicht geändert. Im Gegensatz zu anderen parlamentarischen Kommissionen auf Bundesebene, wo wir jedoch ehrlich gesagt froh sind, wenn sie manchmal in letzter Minute die Meinung auch noch ändern. Ich bin sehr froh darüber, dass das Bundesparlament in letzter Minute sich doch noch klar zu den Vorinvestitionen zur Porta Alpina bekennt hat. Es hätte hier in Graubünden wohl niemand verstanden, wenn der Bund in einem Budget von über 50 Milliarden Franken die 7,5 Millionen Franken für ein zukunftsträchtiges Projekt mit nationaler Bedeutung nicht gesprochen hätte. Ich möchte an dieser Stelle dem Bundesparlament zu diesem klaren Bekenntnis gratulieren. Nachfolgend möchte ich ein paar Überlegungen und Argumente zum Projekt allgemeiner Art einbringen, wie sie sich die KUVE angesichts der vorbereitenden Kommissionssitzung in Sedrun vom 11. November gemacht hat. Wir haben dort unter fachkundiger Führung die Multifunktionsstelle besichtigt und uns dabei überzeugen können, dass die Liftanlage sowie das Erlebnis, direkt aus der Tiefe des Berges in die Alpenwelt aufzutauchen, wirklich einmalig und grossartig ist. Es ist eine sehr eindrückliche Baustelle dort in Sedrun. Jede Maschine, einfach alles, das dort unten gebraucht wird, muss zuerst demontiert werden, im Lift nach unten transportiert und anschliessend wieder zusammengebaut werden. Das sind wahnsinnige logistische Herausforderungen an Ingenieure und Unternehmung. Da liegt es doch nahe, dass diese vorhandenen Infrastrukturen nachhaltig genutzt werden sollten.
Die KUVE hat anschliessend im Beisein von Regierungsrat Engler die Botschaft vorberaten. Dabei liess sich die KUVE ausführlich über das Projekt und dessen Auswirkungen, unter anderem von Alptransit-Direktor Peter Zbinden und auch dem Vorsteher des Bundesamtes für Raumentwicklung, Professor Pierre-Alain Rumley informieren. Ebenfalls wurden mögliche Auswirkungen, aber auch Chancen des Projektes für den Raum Gotthard und Graubünden diskutiert. Zusätzlich wurden auch kritische Fragestellungen und Haltungen zum Projekt diskutiert und analysiert. Es sind im Vorfeld zum Projekt ein ganzer A4-Ordner Analysen und Machbarkeitsstudien zum Bauvorhaben Porta Alpina erstellt worden. Der Ordner liegt dort vorne. Sie können dort allenfalls noch Sachen nachlesen, wenn Sie nicht glauben, was ich Ihnen erzähle. Diese bilden einen absolut zentralen Stellenwert. Die Studien sind sehr wichtig und wir von der KUVE sind überzeugt, dass wir mit den vorliegenden Entscheidungsgrundlagen über das Projekt Porta Alpina eindeutig und mit gutem Gewissen ja sagen können. Trotzdem, es gibt noch einige offene Fragen, die im Hinblick auf die Finanzierung der Hauptinvestition noch geklärt werden müssen. Ebenfalls gibt es noch Optimierungsmöglichkeiten in den kunden- und betrieblichen Abläufen zu prüfen sowie offene Fragen bei der Sicherheit zu beantworten.
Worum geht es aber? Die Porta Alpina ist eine geniale und visionäre Idee und eine einmalige Möglichkeit und Chance, um Graubünden direkt an das europäische Hochleistungsnetz

anzuschliessen. Die Idee ist nicht neu. Sie wurde bereits 1947 vom Ingenieur Grunder ins Leben gerufen. Der Zwischenangriff Sedrun wurde als Bauzugang zum NEAT-Basistunnel über einen ein Kilometer langen horizontalen Stollen und einen 800 Meter tiefen Liftschacht realisiert. Von dort aus werden die Tunnelröhren des Basistunnels sowohl nach Norden als nach Süden vorangetrieben. Vom zukünftigen Betreiber, der SBB, war nie vorgesehen diese vorhandene Infrastruktur nachhaltig zu nutzen. Nun wurde die Idee, die Multifunktionsstelle zu einer permanenten Umsteigestation umzubauen, in der Surselva wieder aufgenommen. Anfänglich wurde das Projekt auch bei uns als unrealistisch abgestempelt. Doch verschiedene Studien und Abklärungen zeigen heute, dass das Projekt technisch absolut realisierbar und machbar ist und zwar zu viel geringeren Kosten als wir ursprünglich eigentlich angenommen haben. Gemäss technischer Machbarkeitsstudie wird mit einem Gesamtinvestitionskosten von 50 Millionen Franken für den Bau der Wartehallen, Verbreiterung der Perronanlagen, Anpassungen an Schachtfuss und Schachtkopf und den Liftanlagen gerechnet. Klar, auch 50 Millionen Franken sind natürlich sehr viel Geld, aber es gibt wohl kein anderes Bahnprojekt, wo das Verhältnis Investitionskosten zur Fahrzeitverringerung so gut ist wie bei der Porta Alpina. Die KUVE ist überzeugt, dass diese 50 Millionen Franken sinnvoll eingesetzt sind. Wenn wir uns vor Augen führen, dass die ganze NEAT rund 20 Milliarden Franken kostet, so ist es doch wichtig, dass diese enormen Investitionskosten später möglichst optimal ausgenutzt werden und die Porta Alpina bietet sich da als zusätzlichen Nutzen förmlich an. Das Verrückte an diesem visionären Projekt ist doch, dass es bereits fast fertig gebaut und erstellt ist. Wir brauchen diese Infrastrukturen nur noch entsprechend zu nutzen.

Ich habe mir, um das Verhältnis der Kosten besser vorstellen zu können, folgende bildliche Vorstellung gemacht. Türmen wir Fünfliber aufeinander, so ergibt sich für die 20 Milliarden Franken der ganzen NEAT sage und schreibe eine Strecke von 8000 Kilometer Fünfliber. Im Gegensatz zur Investition von Porta Alpina, das reicht gerade mal für 20 Kilometer lang. Wie bereits gesagt, gibt es noch offene Fragen, die noch zu klären sind, bevor die Hauptinvestition gesprochen werden kann. Aber im Grossen und Ganzen gibt es keine sachlichen Argumente gegen das Projekt, die heute bekannt sind. Auch die Alptransit bestätigt das, indem sie sagt, dass das Projekt aus bautechnischer Sicht nach heutigen Erkenntnissen durchaus realisierbar ist.

Warum pressiert es aber plötzlich so? Das Projekt kann nur realisiert werden, wenn es den Bau des Basistunnels absolut nicht behindert und auch nicht verzögert. Dies ist die Bedingung, welche durch die Alptransit an das Projekt gestellt werden. Sonst hat es keine Chance, je realisiert zu werden. Da man beim Zwischenangriff Sedrun mit den Tunnelarbeiten sehr gut und schnell vorankommt, müssen die zusätzlichen Wartehallen für die Porta Alpina zwingend im 2006 und 2007 ausgebrochen werden, bevor dass der bahntechnische Einbau nachher erfolgt. Eine Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt ist praktisch nicht möglich. Darum muss die Finanzierung für die Vorinvestition, die 15 Millionen Franken, bis im Frühling 2006 stehen. Dabei beteiligt sich der Bund, wie wir mitbekommen haben, mit der Hälfte, nämlich mit siebeneinhalb Millionen Franken. Weitere sechs Millionen Franken sind vom Kanton vorgesehen, über die wir heute diskutieren. Die restlichen anderthalb Millionen Franken sind durch die Gemeinden Tujetsch und die Region bereits gesprochen. Mindestens die Vorinvestition muss nach Ansicht der KUVE unbedingt jetzt gesprochen und realisiert werden. Wenn wir das jetzt verpassen, wird das Projekt nie realisiert. Klar, das oberste Ziel ist die Realisierung der Porta Alpina bis zur Eröffnung des Basistunnels in cirka zehn Jahren. Falls wir das aber aus irgendeinem Grund nicht schaffen sollten, so müssen wir zumindest der künftigen Generation die Möglichkeit offen halten, das visionäre Projekt auch zu einem späteren Zeitpunkt noch realisieren zu können. Diese Möglichkeit dürfen wir den kommenden Generationen nicht verbauen. Das wurde mir spätestens bewusst, als meine Kinder im Sandkasten das so von ihnen genannte Loch Alpina gebaut haben. Kritisiert wird vielfach, dass die Umsteigevorgänge im Bahnhof zu kompliziert seien und mit 400 und 700 Meter zu weit auseinander liegen. Dabei gilt es zu erwähnen, dass zurzeit eine Variante zentral überprüft wird, wo die Haltestelle Süd direkt gegenüber dem Liftschacht zu stehen käme. Jetzt müssen dort aber noch Sicherheitsfragen und bautechnische Angelegenheiten geprüft und geklärt werden. Aber diese Variante würde den Umstieg ohne wesentliche Mehrkosten extrem vereinfachen und schneller machen. Die Baukosten von 50 Millionen Franken sind eine absolut realistische Kostenschätzung, nach Ansicht der KUVE. Die können nämlich ziemlich genau abgeschätzt werden im Gegensatz zu einem neuen Tunnelbau, wo die Geologie immer eine wesentliche Unbekannte ist, welche sich verheerend auf die Baukosten auswirken kann. Da aber die Geologie bei der Multifunktionsstelle ja bereits bekannt ist, weil dort der Tunnel bereits ausgebrochen ist und auch die anderen Baukosten ziemlich genau abgeschätzt werden können, kann man bei dieser Kostenschätzung wirklich von realistischen Zahlen ausgehen. Ebenfalls wurden die Kosten auch der Unternehmung, die oben jetzt auf der Baustelle arbeitet, überprüft und als realistisch bewertet und es wurden auch entsprechende Reserven eingebaut. Zusätzlich wurde im Vorfeld in einer Studie abgeklärt, ob die Porta Alpina Einschränkungen auf den Betrieb und die Kapazität des Gotthard-Basistunnels habe. Das hört man ja viel. Die Studie wurde immerhin von der Firma verfasst, die für die SBB die Fahrpläne erstellt und die Studie kommt dabei eindeutig zum Schluss, dass ein Halt bei der Porta Alpina auch bei Vollausbau ohne Störfälle keinen Einfluss auf die Kapazitäten des Gotthard-Basistunnels haben wird. Kommt hinzu, wer sagt uns, dass in 20 Jahren wirklich so viele Güter auf der Nord-Süd-Achse durch den teuren Basistunnel transportiert werden, wie heute angenommen wird? Eventuell ist man dann noch froh um die Porta Alpina, um eine zusätzliche und bessere Auslastung des Basistunnels zu haben. Das kann man heute ja wirklich noch nicht abschliessend sagen.

Aber wie sieht der Fahrplan bei Vollausbau aus? Es ist geplant, dass pro Stunde zuerst zwei Personenschnellzüge mit 240 Stundenkilometer durch den Basistunnel rasen und anschliessend sechs Güterzüge folgen mit 100 bis 140 Kilometer in der Stunde. Damit kann ein Halt an der Porta Alpina durch Ausnützen der verschiedenen Geschwindigkeiten zwischen Personenschnellzug und Güterzügen ohne Beeinträchtigungen der Kapazitäten durchgeführt werden. Ich stelle mir das einfach so vor was das bedeutet, sowohl von Mailand als auch von Zürich in weniger als zwei Stunden in Sedrun am Skilift oder auf dem Golfplatz oder einfach in der schönen intakten Natur auf einer Wanderung zu sein. Genial, oder? Das müssten doch selbst die grössten Kritiker zugeben. Jeder Besucher der Baustelle in Sedrun ist heute begeistert von dieser Idee. Die Betriebskosten der Station Porta Alpina belaufen sich gemäss Studie pro Jahr auf cirka zweieinhalb Millionen Franken. Die KUVE beurteilt das als realistische

Summe, welche absolut finanzierbar sein sollte und gemäss der Kosten-Nutzen-Analyse im Jahre 2015 durch Erträge vom Lift bereits kostendeckend betrieben werden kann. Kommt hinzu, dass die Studie sehr konservativ berechnet worden ist, da der Tourismus aus der Lombardei dabei, noch nicht berücksichtigt ist. Zusätzlich rechnet man mit drei bis fünf Millionen Franken Wertschöpfung im Rahmen Gotthard, welche wegen der Porta Alpina jährlich anfallen werden. Also, meine Damen und Herren, sieht die Kosten-Nutzen-Situation nach heutigen Annahmen gar nicht so schlecht aus und ich frage Sie: Wäre die Jungfrau-Bahn je gebaut worden, wenn man bereits damals vor dem Bau solche ausführlichen Analysen durchgeführt hätte? Ich denke nicht. Und trotzdem ist die Jungfrau-Bahn heute ein weltberühmter Tourismusmagnet der Schweiz.
Im längsten Tunnel der Welt, mit dem höchsten und schnellsten Lift der Welt, direkt in die Mitte von zwei weltbekannten Tourismusorten, St. Moritz und Zermatt. Ich bin überzeugt, dass auch die Porta Alpina zu einem einmaligen Schweizer Tourismusmagnet werden wird. Die Porta Alpina ist die Chance, um neue zusätzliche Tourismusangebote zusammen mit dem ÖV, also wie mit der RhB, der Matterhorn-Gotthard-Bahn, dem Postauto usw. anzubieten. So wie z.B. Bahnrundreisen via Porta Alpina und Glacier-Express, von Mailand in weniger als zwei Stunden inmitten der wunderschönen Bergwelt in Sedrun und schon auf der schönsten Bahnstrecke der Welt, gemütlich im Glacier-Express Richtung St. Moritz oder Zermatt unterwegs. Ein einmaliges Erlebnis, was doch jeder Tourist der Europa besucht, erlebt haben muss. Aus raumplanerischer Sicht wurde der Nutzen ebenfalls in verschiedenen Studien dargelegt. Es ist dabei wichtig, dass die Porta Alpina nicht ein technisches Projekt ist, sondern dass sie in ein übergeordnetes raumplanerisches Konzept eingebunden wird. Im Raum Gotthard treffen vier Regionen zusammen, die alle eine gegenüber der jeweiligen kantonalen Entwicklung unterdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung aufweisen. Unterdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung, Abbau von Arbeitsplätzen sowie produktionsschwache Branchenstrukturen in Tourismus und Baugewerbe. Die Studie zeigt aber auch, dass im Raum Gotthard ein grosses Potenzial für Wertschöpfung vorhanden wäre und schon viel Infrastruktur bereits besteht wie Golfplätze, Schneesport, intakte Berglandschaft, Wasserschloss Europa usw. Die verbesserte Erreichbarkeit der Region durch die Porta Alpina wird mit Sicherheit zusätzliche Besucher in die Region bringen. Dabei ist insbesondere aber auch mit einem Anstieg des Tagestourismus zu rechnen. Aber als oberstes Ziel sollte man immer den Aufenthaltstourismus vor Augen führen und diesen noch versuchen zu stärken. Es gilt aber auch zu sagen, dass dadurch der Druck auf den Zweitwohnungsbau im Gotthard-Raum steigen könnte. Aus diesem Grund muss die Studie „Raumentwicklung Gotthard" weiterentwickelt werden und vor 2007 müssen allfällige flankierende Massnahmen mit den Instrumenten der Raumplanung sowie der jeweiligen kantonalen Richtplänen getroffen werden. Dies fordert ja so auch der Bundesrat. Es ist klar, die Region im Gotthard, also die Region Raum Gotthard müssten da eng zusammenarbeiten und die Gemeinden sind noch stark gefordert. Es ist sehr wichtig, dass die richtigen und nötigen Investitionen für die Infrastruktur der Gäste in Zukunft getätigt werden. Die Region hat aber die Zeichen der Zeit bereits erkennt und erste positive Ansätze bereits umgesetzt. So wurde z.B. auf diesen Winter neu der Tarifverbund Gotthard-Arena eingeführt. Er beinhaltet sämtliche Skilifte von Sedrun bis ins Goms inklusiv der Matterhorn-Gotthard-Bahn. Genau in diese Richtung muss es doch gehen und ich bin überzeugt, dass die Region die kommenden Jahre nutzt, um sich durch raumplanerische Massnahmen und strukturelle Anpassungen entsprechend auf die Porta Alpina vorzubereiten. Das Projekt ist doch geradezu ein Paradebeispiel für die neue Regionalpolitik des Bundes. Es sollen gemäss Bund in Zukunft nur noch Projekte unterstützt werden, die nachhaltig einer Region ganz neue Zukunftschancen eröffnen. Innovative Projekte sind gefragt, meine Damen und Herren. Genau all diese Voraussetzungen erfüllt doch die Porta Alpina. Ein weiterer wichtiger Grund, warum die Mitfinanzierung durch den Bund absolut gerechtfertigt ist. Das haben die Bundesparlamentarier zum Glück im letzten Moment noch gemerkt.
Aus den dargelegten Gründen empfiehlt die Kommission dem Grossen Rat einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und die entsprechenden Mittel vom Kanton Graubünden für das visionäre Projekt zu sprechen. Wichtig ist, dass die Verteilung der Finanzierung fair und ausgewogen entsprechend dem Nutzen ist. Die KUVE ist überzeugt, dass es sich zumindest aus touristischer Sicht um ein nationales Projekt handelt, wo die ganze Schweiz profitieren wird. Ebenfalls glauben wir, dass von der Porta Alpina nicht nur die Surselva und der Raum Gotthard in einem hohen Masse eine Wertschöpfung haben wird, sondern dass von diesem einmaligen Tor inmitten der Alpen der ganze Kanton Graubünden profitieren wird. Darum ist es auch gerechtfertigt, dass sich Bund und Kanton an den Investitionskosten entsprechend beteiligen. Die Gemeinde Sedrun hat drei Millionen Franken an die Gesamtinvestitionskosten an einer Gemeindeversammlung im Herbst bereits gesprochen und damit mit gutem Beispiel vorangegangen. Zwei weitere Millionen Franken sollen durch die Region bezahlt werden. Es ist vorgesehen, dass sich der Kanton an den Gesamtkosten mit 20 Millionen Franken beteiligen soll, wovon sechs Millionen Franken für die Vorinvestition zur Verfügung stehen werden. Dieser Verpflichtungskredit unterliegt dem obligatorischen Referendum und muss an einer Volksabstimmung im Frühjahr vom Bündner Volk noch bewilligt werden.
Die Regierung und die KUVE empfehlen dem Grossen Rat einstimmig diesen Verpflichtungskredit von 20 Millionen Franken zu sprechen. Der Kredit ist an die Bedingung geknüpft, dass sich Bund und Region Surselva oder allenfalls auch Dritte im verbleibenden Umfang an der Finanzierung des Vorhabens beteiligen.
Die KUVE hat am Montagabend an einer ausserordentlichen Kommissionssitzung noch einen zusätzlichen Antrag gestellt, welchen Sie auf dem orangen Zusatzprotokoll gestern alle erhalten haben. Wir empfehlen dem Grossen Rat unter Ziffer 6 neu, den Verpflichtungskredit der Hauptinvestition zu befristen bis zur Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels. Falls die Hauptinvestitionen bis dann nicht getätigt würden, verfällt dieser Verpflichtungskredit von den zusätzlichen 14 Millionen Franken. Die KUVE und die Regierung sind da der Meinung, dass Verpflichtungskredite nicht auf unbefristete Zeit eingeholt werden sollten. Die Porta Alpina ist nicht nur eine Verkehrsinfrastrukturanlage. Die ist Symbol, für Fortschritt, Vorausblick, Ingenieurskunst und zugleich Beweis schweizerischen und insbesondere auch bündnerischen Zusammenhalts. Sagen wir gemeinsam Ja zu diesem visionären und zukunftsgerichteten Projekt. KUVE und Regierung empfehlen Ihnen, die Anträge eins bis sieben gemäss Botschaft zu unterstützen.

Berther (Sedrun): Für mich als Einwohner der Gemeinde Tujetsch-Sedrun, als Grossrat des Kreises Cadi und als ehemaliger Gemeindepräsident, ist es heute eine grosse Ehre, hier bei der Behandlung dieses Geschäftes anwesend sein zu dürfen. Bundesrat Ogi würde sagen: Freude herrscht.
Heute wird der Grosse Rat über die Gewährung eines Kredites für den Bau der Porta Alpina entscheiden. Das erste Mal, als der Grosse Rat sich mit dem visionären Vorhaben dieser Idee einer unterirdischen Bahnstation befasste, war anlässlich der Überweisung meines Postulats im März 2001. In dieser Zeitspanne von bald fünf Jahren ist es mit viel Arbeit und Überzeugung gelungen, viele Bürgerinnen und Bürger im Kanton wie Miteidgenossen ausserhalb unseres Kantons von den potenziellen Vorteilen der visionären Projektidee überzeugen zu können. Damals war der Kreis der Anhänger noch sehr klein. Nie hätte ich mir träumen lassen, dass diese Idee doch eines Tages dem Grossen Rat zur Beschlussfassung unterbreitet werde. Zu dünn war die Argumentation, wichtige Fragenbereiche nicht geklärt. Überhaupt war die Vision zu wenig bekannt. Heute hat die visionäre Idee ein Gesicht, Konturen. Die Vision hat Gestalt angenommen. Sie ist erwachsen geworden. Sie ist aus der pubertären Entwicklungsphase herausgewachsen in ein faszinierendes Vorzeigeprojekt. Eine Weltexklusivität scheint heute nach jahrelangen Vorarbeiten langsam Realität zu werden. Der Weg bis zum heutigen Tag, an dem der Grosse Rat eine klares Willensbekenntnis ablegen muss, das Projekt bauen und finanzieren zu wollen, war lang und beschwerlich. Bis zur Inbetriebnahme und Klärung der erforderlichen Fragen, werden noch verschiedene Hürden zu nehmen sein. Das ist nichts Aussergewöhnliches bei Projekten dieser Grössenordnung und kein Grund zur Entmutigung. Wichtige Hindernisse sind genommen und die Zeichen für die notwendige Unterstützung in Bund und Kanton stehen derzeit gut.
Der dem Grossen Rat unterbreitete Antrag der Regierung stützt sich auf den Beschluss des Bundesrates vom 19. Oktober, sich zur Hälfte an den Vorinvestitionen beteiligen zu wollen. Die äusserst spannenden Diskussionen um diesen Bundesbeitrag im Vorfeld wie an der Debatte im Ständerat von letzter Woche und an der Debatte im Nationalrat von gestern haben wir mitverfolgen können. Erfreulicherweise haben sich beide Kammern nach kontroverser Diskussion überzeugen lassen und dem Bundesbeitrag komfortabel zugestimmt. Damit sind die Voraussetzungen für die Finanzierung des Bundesanteils erfüllt. Ebenso die von der Regierung gestellte Voraussetzung zur Mitfinanzierung durch den Bund. Allein die prominente Rolle, die das Projekt in der Budget-Debatte des Bundes eingenommen hat, ist Ausdruck dafür, dass die Porta Alpina ein potenzielles Handlungsobjekt nicht nur den Standortkanton, sondern gleichsam für die ganze Schweiz ist. Die Porta Alpina ist kein alltägliches Verkehrsprojekt. Im Gegenteil. Sie ist eine Weltexklusivität in der sich Pioniergeist, Ingenieurskunst in idealer Weise verbindet. Allein ihre bautechnischen Dimensionen sind rekordverdächtig. Die Porta Alpina verbindet den längsten Eisenbahntunnel der Welt mit dem höchsten Personenlift und die unterirdische Bahnstation mit der grössten Geländeüberdeckung. Ohne Übertreibung, sie ist ein einmaliges Bauwerk, das jedem Besucher Bewunderung und Faszination abringt. Unser Kanton hat in der Vergangenheit schon mehrmals seinen Mut und seine Begeisterungsfähigkeit für solche Eisenbahnprojekte bewiesen. So der Bau der Rhätischen Bahn zu Beginn des letzten Jahrhunderts und in jüngster Vergangenheit der Bau des Vereina-Tunnels. Beide Grossprojekte waren nicht unumstritten. Der finanzielle Aufwand war hoch und zum anderen waren die Risiken und Chancen für die Region und den Kanton nicht im Einzelnen bekannt. Der Werdegang der beiden Eisenbahnprojekte offenbart, dass viele Fragen zum Projekt und vor allem zu dessen Auswirkungen auf die Umwelt, die Menschen, die Gesellschaft und deren Lebensbedingungen im Zeitpunkt der Entscheidung nicht in jeder Beziehung mit der vielleicht wünschbaren Bearbeitungstiefe geklärt werden können. Je nach Sachnähe, Interessenslage, können die zu erwartenden Auswirkungen gar nicht zur Zufriedenheit aller geprüft werden. Eine gewisse Bandbreite an Restrisiko und Ungewissheit bleibt allemal. Heute wissen wir alle, dass die Entscheidungen für diese beiden Projekte richtig waren. Sowohl die Rhätische Bahn wie der Vereina-Tunnel, bilden zentrale Schlüsselelemente der Infrastruktur für die Erschliessung, Entwicklung und dezentrale Besiedlung des ganzen Kantons. Gleichsam sind sie zu herausragenden Markenzeichen und Identitätsträgern unserer Heimat geworden.
Die gesamtwirtschaftlichen Aussichten für unseren Kanton haben auch schon besser ausgesehen. Die Randregionen wie die Surselva weisen in ausgeprägter Form negative Symptome des schweizerischen Berggebietes auf, wie eine abnehmende Bevölkerungsentwicklung, den Abbau von Arbeitsplätzen und eine schwache Branchenstruktur im Tourismus und im Baugewerbe. Was die Zukunftsperspektiven anbelangt, ist von einer schwachen Entwicklungsdynamik auszugehen. Verschiedene Veränderungen wie die neue Regional- und Agrarpolitik des Bundes werden die Randregionen weiter unter Druck setzen. Gerade in solchen Zeiten, in Zeiten einer dahindümpelnden Konjunktur sollen wir wieder den alten Pioniergeist zu neuem Leben, zu neuer Dynamik erwecken. Wir dürfen nicht zu einer Nation von Bedenkenträgern werden wie anlässlich der Ständeratsdebatte ausgeführt wurde. Zu oft ist die Politik von gedankenschweren, aber tatenarmen Projekten gekennzeichnet. Besinnen wir uns wieder auf diese alten Werte. Der Zeitpunkt für den Entscheid zugunsten des Projektes ist heute reif. Das Bundesparlament hat seinen Beitrag zur Mitfinanzierung der Vorinvestition gesprochen. Sämtliche Gemeinden von Tujetsch, Tschamutt bis Trin in der Suselva sind bereit, einen wesentlichen Beitrag von fünf Millionen Franken für dieses Projekt zu sprechen. Das freiwillig. Das ist einmalig. Sämtliche Grossräte der Region stehen selbstverständlich hinter diesem Projekt. Die enormen Vorinvestitionen von mehreren Milliarden Franken im Gotthard-Basistunnel machen es möglich, die Tunnelstation für bescheidene 50 Millionen Franken zu realisieren. Sie bietet im Verbund mit anderen Projekten die Chance, Impulse für eine positive Entwicklung in der Surselva und in der gesamten Gotthard-Region verbunden mit anderen Projekten. Das ist kurz gesagt die Schlussfolgerung aus der Botschaft der Regierung, ebenso der Bericht des Bundesrates vom letzten November an das Bundesparlament kommt zu diesem Schluss.
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, heute liegt der Schlüssel für die Öffnung der Porta Alpina in der Hand des Grossen Rates. Lassen wir den Schlüssel nicht fallen. Nutzen wir die einmalige Gelegenheit, den Schlüssel weiterzudrehen, damit das Tor zur Alpenwelt im Jahre 2016/17 geöffnet werden kann. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, auf das Geschäft einzutreten und gemäss Antrag der Regierung diesem auch zuzustimmen

Bachmann: Die Porta Alpina ist ein einmaliges Projekt und die Porta Alpina ist eine einmalige Chance für die obere Surselva, für die Gotthard-Region, für Graubünden, ja für die

ganze Schweiz. Neben der besseren verkehrstechnischen Erschliessung mit bedeutend kürzeren Anreisezeiten aus den Zentren Zürich, Milano in die obere Surselva, beziehungsweise in die Gotthard-Region, ist die Porta Alpina vor allem eine Attraktion. Der höchste Personenlift der Welt, die Verbindung zum tiefsten Bahnhof der Welt und das mitten im Berg des längsten Bahntunnels der Welt. Das ist eine einmalige touristische Attraktion, die unglaubliche Chancen eröffnet. Dieser Aspekt wurde und wird in Diskussionen leider oft etwas unterschätzt. Alle Studien, die in den letzten Jahren über das Angebot des Bündner Tourismus gemacht wurden, zeigen unter anderem immer eines auf: Uns fehlen Attraktionspunkte, so genannte „Musts", die man gesehen und erlebt haben muss, wenn man die Schweiz, wenn man uns besucht. Paris hat den Eiffelturm, das Wallis das Matterhorn, London den Big Ben, San Francisco die Golden Gate Bridge, Luzern die Kappelbrücke und das Berner Oberland die höchste Eisenbahnstation der Welt auf dem Jungfraujoch. Meine Damen und Herren. Die Porta Alpina hat das Potenzial, ein solcher Attraktionspunkt mit internationaler Ausstrahlung zu werden. Dies ist eine Chance, die wir einfach nutzen müssen. Die Surselva, Graubünden und die Schweiz wird davon profitieren.
Nun noch einige Worte zum Betrieb. Verschiedentlich wurde die Meinung geäussert, dass die Kapazität des neuen Gotthard-Tunnels eingeschränkt würde, wenn Personenzüge in der Mitte des Tunnels anhalten. Demgegenüber zeigen verschiedene Studien, dass der vorgesehene Betrieb nicht eingeschränkt wird. Wer hat nun Recht? Wenn man von einem idealisierten Fall ausgeht und nur die Tunnelstrecke Südportal bis Nordportal betrachtet und auch noch annimmt, dass alle Züge – Personen- und Güterzüge – gleich schnell, mit über 200 Stundenkilometern durch den Tunnel rasen, dann stimmt es, dann würde ein Personenzug der in der Mitte anhält, die theoretisch mögliche Kapazität reduzieren. Wenn wir aber vom heute bekannten und realistischen Betriebskonzept ausgehen, fahren eben die Güterzüge langsamer als die Personenzüge. Daraus resultiert eine fahrplanmässige Lücke, ein Zeitfenster, das für den Halt eines Personenzuges genutzt werden kann, ohne den übrigen Betrieb zu beeinträchtigen. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass dereinst auch die Güterzüge mit über 200 Stundenkilometern durch den Tunnel brausen, was zwar schwer vorstellbar ist, aber gehen wir mal davon aus es wäre so, selbst dann hätte die Haltestelle Porta Alpina keinen negativen Einfluss auf den übrigen Betrieb. Es wird immer Zeitfenster geben um Züge halten lassen zu können. Man kann ja nicht nur die theoretische Kapazität des Tunnels betrachten, denn die Züge kommen ja von irgendwo her, von Basel oder von Mailand, also, muss die ganze Strecke angeschaut werden und da ist es schlicht unvorstellbar, dass auf der gesamten Strecke durch die Schweiz ein Zug nach dem andern ohne Zeitfenster durchsaust. Die maximale Kapazität ist immer so gross wie das schwächste Glied in einer Kette und dieses schwächste Glied ist sicher nicht der Tunnel, auch mit der Haltestelle Porta Alpina. Diese einfachen Überlegungen zeigen, dass wir heute mit gutem Gewissen den gemachten Studien glauben können, d.h., dass die Porta Alpina den übrigen Betrieb nicht negativ beeinflussen wird.
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, mit Überzeugung hinter diesem einmaligen Projekt Porta Alpina zu stehen. Die zukünftigen Generationen werden uns diesen Pioniergeist danken.

Parpan: Ich stehe voll und ganz hinter dem Projekt Porta Alpina und bin selbstverständlich für Eintreten. Als Mitglied der vorberatenden Kommission hatte auch ich die Möglichkeit, das Ganze vor Ort zu besichtigen und mich informieren zu lassen. Ich kann Ihnen sagen, das Ganze ist schon gewaltig, was mit diesem längsten Tunnel der Welt durch den Gotthard hier erstellt wird und diese Möglichkeit, diesen Tunnel quasi anzuzapfen, die dürfen wir uns keinesfalls entgehen lassen. Das Projekt Porta Alpina ist genau das, was die neue Regionalpolitik des Bundes für die Zukunft fordert, nämlich ein so genanntes innovatives, etwas auslösendes Projekt. Diese Vorinvestition muss jetzt beschlossen werden, da, wie der Kommissionspräsident bereits erläutert hat, bautechnische Arbeiten im 2006 ausgeführt werden müssen, ansonsten der Zug wirklich abgefahren, respektiv nie anhalten wird. Es wäre schön gewesen, wenn man auch noch mehr und genauer gewusst hätte, wie der Betrieb geregelt und was dann oben, wenn man dann ans Licht kommt, was uns dann erwartet. Die Region ist bis zur Projektgenehmigung extrem gefordert aufzuzeigen, was sie aus dieser Porta Alpina machen will. Blauer Himmel, weisser Schnee oder schöne Blumenwiesen genügt alleine nicht und rechtfertigen diese Investitionen alleine nicht. Es braucht konkrete Ideen und Projekte und diese Projekte müssen dann in der Phase des Baues, d.h. in den nächsten zehn Jahren, auch umgesetzt werden. Jürg Schmid, Direktor von Schweiz Tourismus, hat in einem Interview in der „Südostschweiz" am 5. Dezember gesagt, ich zitiere: „Man muss sich bewusst sein, dass das Ganze nur funktioniert, wenn sich die Region Surselva neu formiert. Das heisst, man müsste zum Beispiel die Transportwege ab der Porta Alpina neu entwickeln und man müsste sich in einer grossen Kooperation als Erlebniswelt vermarkten. Es wäre ein Irrtum zu glauben, dass mit der Porta Alpina einfach alles automatisch gut kommt. Die Porta Alpina ist nicht der Erfolg selber, sondern der Schlüssel zum Erfolg." Zitat Ende. Nutzen wir diese Chance und sagen hier klar und deutlich ja zum Kredit der Porta Alpina. Denn ich zitiere Jürg Schmid nochmals: "Eine schnelle Zugsverbindung von Zürich und Mailand her durch den längsten Tunnel der Welt, mit dem längsten Lift direkt in eine fantastische alpine Landschaft, ein solches Pionierprojekt würde sich sensationell vermarkten lassen."
Wir Grossräte sind nach einem hoffentlich eindeutigen Ja zu diesem Kredit gefordert, dem Bündner Volk aufzuzeigen, dass dies nicht nur für die Surselva eine einmalige Chance ist, sondern für den ganzen Kanton Graubünden, für unseren Tourismus, unseren Hauptwirtschaftszweig und für uns alle.

Conrad: Es ist nun fast alles gesagt, was zu diesem Projekt zu sagen ist. Ich versuche mich dementsprechend ein bisschen kürzer zu fassen. Ich bin auch der Meinung, dass die Chancen, das wirtschaftliche Potenzial, welches sich mit der Realisierung der Porta Alpina für Sedrun und für die Surselva, für die ganze Gotthard-Region, ja für ganz Graubünden und auch für die Schweiz sich bieten, dass die zweifelsohne vorhanden sind. Die Porta Alpina passt nämlich auch sehr gut und wunderbar zum Bahnland Schweiz. Die Schweiz verfügt wahrscheinlich über das dichteste und auch spektakulärste Bahnnetz in ganz Europa und wir haben da Highlights mit dem Glacier-Express, der Jungfrau-Bahn, Bernina-Express, Gornergrat in Zermatt und noch weiteres und zu diesen Exponenten der Bahnlinien könnte auch die Porta Alpina ein weiteres touristisches Highlight im Bahnangebot der Schweiz werden. Die wichtigsten Kriterien für die Realisierung der Porta Alpina bilden natürlich neben der Fi-

nanzierung die bauliche und betriebliche Machbarkeit und diesbezüglich wurden, wie auch schon gesagt, Studien erstellt und auch geprüft und bestätigt, dass dies möglich ist. Zur betrieblichen Machbarkeit möchte ich nichts mehr sagen, das wurde genügend ausgeführt.
Was mir noch wichtig erscheint ist, die Beurteilung des Mehrkostenrisikos. Das Mehrkostenrisiko im Untertagebau konzentriert sich in der Regel vor allem auf die Ausbruch- und auf die Sicherungsarbeiten, weil die Felsbeschaffenheit im Berg nicht, in der Regel nicht, abschliessend im Voraus beurteilt werden kann. Bei der Porta Alpina ist dieses Risiko nicht vorhanden, weil der Hauptausbruch bereits erstellt ist und die geologischen Verhältnisse deswegen bestens bekannt sind. Dazu kommt, dass für die Ausbruch- und Sicherungsarbeiten ein verbindlicher Kostenvoranschlag der ausführenden Unternehmungen vorliegt und aufgrund dieser Tatsache kann das Mehrkostenrisiko für den Ausbau der Porta Alpina als minimal bezeichnet werden, vor allem natürlich was die Vorinvestitionen anbetrifft. Das ist für mich auch nachher für die Volksabstimmung ein wichtiges Argument. Damit sind die wichtigsten Kriterien zur Realisierung dieses Projektes erfüllt. Man könnte natürlich die Kostennutzenanalyse, die auch in der Botschaft ist, in Frage stellen. Diese konnte zum jetzigen Zeitpunkt nur mit gewissen Annahmen erstellt werden. Ob diese realistisch sind, darüber könnten sich die Geister natürlich streiten. Vielleicht sind sie zu optimistisch. Vielleicht entsprechen sie den Tatsachen. Vielleicht sind sie auch zu pessimistisch, was zu hoffen wäre. Aber das lässt sich im jetzigen Zeitpunkt natürlich nicht abschliessend beurteilen. Hier müssen wir ein bisschen Mut aufwenden und an die in der Botschaft dargelegten Kostennutzenanalysen einfach glauben.
Glauben müssen wir vor allem auch an unsere Zukunft. An die zukünftigen Generationen. Und wenn wir das tun, dann müssen wir ganz einfach ja sagen zu diesem Projekt, zur Porta Alpina. Und ich hoffe, und bin überzeugt davon, dass der Grosse Rat das auch tun wird. Ich bin natürlich für Eintreten.

Bucher: Porta Alpina, eine Vision, eine Chance, oder gar eine Gefahr? Die Porta Alpina mag für viele von uns als Vision erscheinen. Eine Vision im 21. Jahrhundert. Ist dies noch zulässig, oder anders gefragt, vertretbar? Wie aber sähe wohl unsere Welt ohne Visionen aus? Die Idee der Porta Alpina wurde von jungen Menschen aus der Surselva als Vision geboren dank Hilfe und grossem Einsatz verschiedenster Kräfte wurde sie weiterentwickelt. Heute bestehen Machbarkeitsstudien, Rahmenkonzepte, Budgets etc. und ein Vorprojekt. Und heute entscheiden wir in diesem Rat über einen Verpflichtungskredit von 20 Millionen Franken. Sechs Millionen davon sollen dazu dienen, alle Möglichkeiten für die Zukunft offen zu halten. Die restlichen 14 Millionen Franken können erst beansprucht werden, wenn es dann tatsächlich zum Ausbau der Porta Alpina kommt. Dafür sind heute noch nicht alle Grundlagen vorhanden. Porta Alpina ist nicht nur eine Vision sondern auch eine Chance. Eine Chance für den öffentlichen Verkehr und ein Ja zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Zusätzlich verbessert sie die Erreichbarkeit in eine Randregion und verkürzt die Reisezeit im Vergleich mit dem Auto. Aber auch die Chance der Zusammenarbeit und des Zusammenrückens von vier Regionen mit unterschiedlichen Kulturen und Geschichten, Sprachen und Mentalitäten wirkt bestechend. Der Gotthardraum verfügt über attraktive touristische Infrastrukturen und ist bereits heute schon mit hochwertigen Verkehrsinfrastrukturen ins nationale Netz des öffentlichen Verkehrs einzubinden. Die Anbindung der Porta Alpina an dieses Netz ist eine weitere Chance. Und trotzdem, auch wenn ich nur einige Punkte der etlichen Chancen aufgezählt habe, birgt die Porta Alpina nicht auch Gefahren in sich? Wie sieht z.B. die zukünftige Raumentwicklung aus oder wie wird der allfällige Zweitwohnungsbau geregelt? Welches sind die Inhalte der touristischen Angebote in der Region selbst? Da werden wir oder nachfolgende Generationen gefordert sein. Flankierende Massnahmen in Bezug auf die Raumentwicklung und Raumplanung sind unabdingbar. Aber auch attraktive und innovative Tourismusangebote in einer guten Balance zwischen so genannten Trendtourismus und Alternativtourismus.
Heute geht es mir um den ersten Schritt. Meines Erachtens würden wir ein falsches Zeichen setzen, wenn wir uns diese Möglichkeit mit einem Nein verbauen würden. Es wäre ein Nein für die Entwicklungschance in einer Randregion aber auch ein Nein zum Start und ersten Schritt der Umsetzung der Vision Porta Alpina. Heute geht es darum, der Porta Alpina zum Durchbruch zu verhelfen, damit alle Möglichkeiten offen bleiben für weitere Entwicklungs- und Realisierungsschritte. Stimmen Sie deshalb dem Verpflichtungskredit zu.

Giacometti: Die Geschichte um die Porta Alpina ist aus meiner Sicht eine besonders interessante Geschichte. Sie erinnert mich an die Diskussionen vor ungefähr 15 Jahren, als man über den Bau des Vereinatunnels diskutierte. Auch wir hatten im Unterengadin dazumal eine Vision. Das Bündner Volk genehmigte dann am 22. September 1985 einen Kredit von rund 68 Millionen Franken für den Bau des Vereinas. Das Unterengadin wurde nach der Eröffnung des Vereinas ein anderes Unterengadin. Die wirtschaftliche Entwicklung nahm zu. Wir konnten die Abwanderung stoppen. Und wir konnten mehr Übernachtungen verbuchen. Die Fahrt ins Engadin wurde mit einem Schlag halbiert. Der gefürchtete Bauboom hat nicht eingesetzt, so dass wir eine normale Wirtschaftsentwicklung auf einem höheren Niveau erleben konnten. Schauen Sie, das Gleiche wird auch irgendeinmal die Surselva erfahren, wenn wir heute dem geforderten Kredit der Regierung zustimmen. Die Surselva braucht wie das Unterengadin eine gute Regionalförderung. Dieses Projekt ist für die Surselva eine grosse Chance. Es ist beeindruckend, wie die Bevölkerung und die Politiker in der Surselva sich für dieses innovative Projekt einsetzen. Es ist für mich auch beeindruckend, dass sich alle Fraktionen hier im Grossen Rat im Vorfeld dieser Diskussion für diesen Kredit ausgesprochen haben. Für einmal sind wir uns anscheinend alle einig. Es wäre auch eine sehr schöne Geste und ein Akt der Solidarität gegenüber der Region, wenn wir hier heute einstimmig für diesen Kredit stimmen würden.

Berther (Disentis): Wenn irgendwo die Aussage Nomen ist Omen Gültigkeit hat, so ist dies beim Projekt Porta Alpina sicher der Fall. Wenn der Grosse Rat über eine Mitfinanzierung an diesem Projekt spricht, muss man sich dessen bewusst sein, dass es sich um ein einmaliges Projekt handelt, welches der Surselva wohl keine alleinseligmachende Veränderung bringt, doch schafft die Porta Alpina einer peripheren Region günstige Voraussetzungen um eine dauerhafte Verbesserung, zur Überwindung günstiger Voraussetzungen für eine dauerhafte Verbesserung struktureller Schwächen zu erreichen. Dies ist eine Form von effizienter Wirtschaftsförderung. Eine Pforte, ein Portal öffnet und führt irgendwo hin. In ein Gebäude, in eine Landschaft, in Neuland, in die Zukunft. Die Porta Alpina bringt eine geographische Öffnung

der Surselva nach allen Richtungen. Sie ist vielmehr als nur eine technisch ausgeklügelte Topleistung des 21. Jahrhunderts. Sie ist viel mehr als nur eine Touristenattraktion. Sie öffnet den Zugang der Surselva nach aussen. Sie funktioniert als Nabelschur nach allen Himmelsrichtungen. Stellt die schnelle Verbindung zur gesamten Schweiz her. Eröffnet überregional neue touristische Möglichkeiten. Gibt eine nationale und internationale verbesserte Vernetzung der Surselva. Gibt der Region Gotthard eine neue touristische und wirtschaftliche Dimension und steigert die Attraktivität der bestehenden Bahnverbindung St. Moritz – Zermatt mit dem Glacierexpress. Diese Pforte eröffnet aber auch neue geistige Perspektiven. Die Bevölkerung einer Region kann die berechtigte Aussicht haben, dass die Zukunft attraktiver ist, dass Innovation Fortschritt bringt und den Geist erweitert und dass Pioniergeist sich lohnt. Sie bringt auch die Perspektive, dass Abwanderung oder Resignation immer nur die zweitbeste Lösung sein kann. Sie bringt die Perspektive, dass die Jugend nicht nur am Rande einer anderswo florierenden Gesellschaft lebt, sondern Bestandteil einer pulsierenden Gesellschaft und Wirtschaft sein kann und sein darf. Es sind genau diese Überlegungen, die dem Projekt eine auch staatspolitische Dimension geben.
Sicher stellt die Porta Alpina auch eine technische Meisterleistung dar. Zu Recht sind wir noch heute stolz auf die Bahnbauer am Albula, im Puschlav, am Bernina und anderswo. Diese Bauten haben inzwischen den Status von Kulturdenkmälern bekommen. Heute wird dieser Pioniergeist bei der Porta Alpina, die mit ihren Dimensionen und technischen Lösungen weltweit einmalig sein wird, für ganz Graubünden und für die ganze Schweiz eine gute Visitenkarte sein wird. Pioniergeist ist auch im 21. Jahrhundert gefragt. Gefragter denn je. Die Unterstützung des Projektes durch das Kantonsparlament signalisiert Mut. Mut zum Aufbruch, Aufbruch in die Zukunft. Dies ist eine gute Perspektive für unseren ganzen Kanton. Und dafür danke ich Ihnen für Ihr Wohlwollen. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

Kessler: Auch ich als Davoser stehe selbstverständlich mit vollem Herzen hinter der Porta Alpina, täte dies aber auch, wenn ich Zürcher wäre, oder Berner oder Genfer. Wir stehen touristisch international unter Druck. Im Konkurrenzkampf, nicht nur international, sogar interkontinental. Und wir wissen deshalb wie wichtig es ist, einen Brand, ein Markenzeichen zu haben, das auch noch wahrgenommen wird auf Märkten in Indien und in China. Es gibt kaum etwas Ernüchterndes als Umfragen. Auch wir als Davoser staunen manchmal, wie wenig auch Davos in Indien oder in China oder auch in Amerika bekannt ist. Wir denken ja, das kennt nun wirklich jeder. Dem ist leider nicht so. Das hat man erkannt und deshalb arbeiten wir in Graubünden seit Jahren an der Marke Graubünden, aus genau diesem Grunde. Und diese Marke Graubünden und auch die Marke Schweiz kann natürlich nur profitieren, wenn man solche Lockstoffe hat wie es die Porta Alpina sein kann. Ein Lockstoff in Superlativen. Längster Tunnel, tiefster Bahnhof, was auch immer. Das sind Dinge, die Leute aufmerksam machen auf eine Region. Und ich meine, das alleine rechtfertigt bereits eine grosse Investition ins Tourismusland Schweiz. Ich meine, die Investition ist mehr als verantwortbar, im Speziellen aus touristischer Sicht. Und ich bitte deshalb, obwohl das wahrscheinlich Eulen nach Athen getragen ist, diesem Kredit zuzustimmen.

Tuor: Stimau signur president dil cussegl grond, preziai commembers dalla regenza, preziadas collegas, preziai collegas
Sco president d'ina dallas vischnauncas direct pertuccadas lessel exprimer en emprema lingia gronda satisfacziun e grond plascher davart la decisiun dil parlament federal.
Entras la decisiun dallas duas combras federalas en favur dalla preinvestiziun per ina Porta Alpina vegn creau la pusseivladad per la realisaziun d'ina colligiaziun vid la reit directa dil tunnel da basa Gottard. Ina unica schanza per nossa regiun perifera! Ei setracta uss da nezegiar quella excellenta basa da partenza per contonscher a liunga vesta in svilup saun e cuzzont. Ils iniziants e tut quels che han cartiu, che han cartiu e luvrau vid quella visiun meretan nies grond e cauld engraziament.
Als Präsident einer direkt betroffenen Gemeinde möchte ich natürlich in erster Linie meiner Freude und Zufriedenheit über den Beschluss des eidgenössischen Parlamentes zum Finanzierungsbeitrag an die Vorinvestition für eine Porta Alpina Ausdruck geben. Damit hat das Parlament im Gegensatz zur heute allgemein vorherrschenden negativen Einstellung ein Symbol für den Pioniergeist und den Zukunftsglauben der Schweiz gesetzt. Im längsten Tunnel der Welt würde die tiefstgelegene Bahnstation mittels des höchsten Liftes der Welt mit der Aussenwelt verbunden. Dieser dreifache Weltrekord zeugt von der Einzigartigkeit des Monuments. Durch die Realisierung der Porta Alpina werden nachhaltige wirtschaftliche Impulse für die ganze Surselva und darüber hinaus erwartet. Neben diesen wirtschaftlichen Aspekten hat der Bau der Porta Alpina auch ein grosses dynamisch modernes Entwicklungspotential. Dieses Potential gilt es zu nutzen. Dass diese einzigartige Chance auch von der Bevölkerung der Surselva anerkannt wurde, zeigt auch die Bereitschaft der ganzen Region, aus eigenen Mitteln einen substantiell bedeutenden Beitrag an dieses Projekt zu leisten. Dieser Beitrag im Rahmen von insgesamt fünf Millionen Franken, davon immerhin vier Millionen Franken aus den Gemeinden Tujetsch und Disentis, stellt für die Region eine nicht unbedeutende Belastung dar und zeigt damit auch aber klar und eindeutig auf, dass die Surselva hinter dem Projekt steht. Es ist uns jedoch auch bewusst, dass mit dem Entscheide für die Realisierung der Vorinvestition die Porta Alpina noch nicht definitiv gebaut ist. Dazu braucht es noch grosse Anstrengungen und die Bereitschaft, in interkommunaler und überregionaler Zusammenarbeit ein überzeugendes und nachhaltiges raumplanerisches Konzept zu erarbeiten. Grossrat Jäger hat in einem Votum gestern die Fahnenstange als Symbol gebraucht. Ich erlaube mir, heute diese Fahnenstange für mich in Anspruch zu nehmen. Im Gegensatz zu ihm spreche ich hier jedoch nicht vom Ende der Fahnenstange, sondern vom Anfang einer sehr hohen Fahnenstange. Mit dem Entscheid des Bundes und dem, so hoffe ich doch sehr, auch positiven Entscheid des Grossen Rates zum vorliegenden Kreditantrag, befinden wir uns nicht am Ende der Fahnenstange, sondern ganz am Beginn. Wir haben die Fahne der Porta Alpina am Haken der Aufzugsvorrichtung angebracht und können nun die Fahne langsam hochziehen. Dabei müssen wir uns aber bewusst sein, dass die Umlaufrollen des Aufzugseils sehr schwer laufen. Es liegt an uns, diese Umlaufrollen zu ölen und zu schmieren. Dazu brauchen wir die Bereitschaft aller, die von Bund und Kanton vorgegebenen und geforderten Bedingungen für eine definitive Finanzierung der Hauptinvestition zu gewährleisten.
Wir sind überzeugt, den Nachweis erbringen zu können, dass die Porta Alpina für die Region von substanzieller Bedeu-

tung ist. Wir sind aber auch eben so überzeugt, den politischen Willen aufzeigen zu können, der für eine Festlegung und Konkretisierung von gemeinsamen Zielen und Strategien zwingend erforderlich ist und dass wir damit auch das Ende der Fahnenstange erreichen können. Ich nehme an, es wird Sie nicht überraschen, wenn ich für Eintreten plädiere.

Bundi: Es ist wohl unbestritten, dass die Surselva von der Porta Alpina wird profitieren können. Das wirtschaftliche Wachstum in dieser Region ist heute unterdurchschnittlich. Der Verlust von Arbeitsplätzen augenfällig. In der oberen Surselva, in den sieben Gemeinden des Kreises Disentis beziehungsweise Cadi, halbierte sich die Zahl der Übernachtungen beinahe. Knapp eine Stunde dauert die Fahrt mit dem Auto von Chur nach Sedrun. Und wer von Zürich aus per Bahn anreisen will, muss mit einer Fahrt von rund dreieinhalb Stunden rechnen, unabhängig davon, ob er die Anfahrt über Chur oder über Andermatt wählt. Hinzu kommt, dass das Tal im Winter, wenn der Oberalppass ein Skigebiet und die Oberalpstrasse ein Schlittelweg ist, für den Individualverkehr zur Sackgasse wird.
In der Botschaft unter Punkt 3.2., Marktanalyse, auf Seite 1203, steht geschrieben, dass ein Handlungsbedarf klar identifiziert werden kann. Die Porta Alpina ist die Chance, diese Entwicklung zu stoppen. Durch die Porta Alpina wird die obere Surselva interessanter als Wohnort, als touristische Destination, sei dies für den Tagestourismus oder auch als Übernachtungs- und Ferienziel. In der Botschaft unter Punkt eins, Beschrieb des Werkes, kann entnommen werden, dass es schweizweit wohl kaum ein Eisenbahnvorhaben gibt, bei welchem das Verhältnis der Investition und dem Reisezeitgewinn besser ausfällt als im Fall der Porta Alpina. Der Haupteffekt der Porta Alpina ist der Reisezeitgewinn für die Verbindung mit dem öffentlichen Verkehr aus den Agglomerationen Zürich, Luzern und Lugano und Grossraum Mailand. Die Reisezeit von heute über drei Stunden kann halbiert werden. Zudem kann der Botschaft ebenfalls entnommen werden, dass die Haltestelle technisch und betrieblich machbar ist. Die einbezogenen Stellen des BAV, der SBB und der Alptransit Gotthard AG bestätigen die Machbarkeit in allen Punkten.
Die Porta Alpina ist nicht nur ein einmaliges technisches Verkehrsobjekt. Es ist ein zukunftsgerichtetes und innovatives Vorhaben mit Symbolkraft, dies nicht nur für die Surselva, sondern für den ganzen Kanton Graubünden und für die Schweiz. Der Bundesrat hat am 26. Juli 2005 ausdrücklich auf diesen Aspekt hingewiesen und den Einbezug der Surselva und des Gotthardraumes verlangt. Die Regierung des Kantons Graubünden hat diesen Auftrag fristgerecht erfüllt und das Raumkonzept Gotthard erarbeitet. Ich zitiere aus diesem Bericht folgendes: „Die Porta Alpina bietet die einmalige Chance, unterschiedliche Projekte in diesem Raum miteinander zu vernetzen um gemeinsame Ziele und Strategien zu definieren." Ende Zitat. So betrachtet kann die Porta Alpina als Initialzündung und auch als Modellbeispiel für die neue Regionalpolitik des Bundes dienen. Wir alle erhoffen sehr viel von dieser einzigartigen Idee, sie wird wertvolle Impulse für eine nachhaltige Entwicklung einer Alpenregion ausüben. Um diese Zielsetzungen zu erreichen, muss ein überzeugendes Konzept erarbeitet werden. Ein Konzept, das weit über die Standortgemeinde Tujetsch hinausgeht. Das ist unser Auftrag und unsere Aufgabe. Wir haben Zeit, noch zehn Jahre, das heisst, bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des Gotthardbasistunnels, beziehungsweise der Porta Alpina. Ich bin mir bewusst, dass das eine äusserst anspruchsvolle Aufgabe ist. Es braucht dazu eine intensive Koordination zwischen den Gemeinden und sogar über die Kantonsgrenze hinaus, denn zum Gotthardgebiet gehören auch die Kantone Uri, Wallis und Tessin. Ein solches Projekt ermöglicht die nachhaltige Nutzung eines bedeutenden Entwicklungspotentials, denn das Gebiet verfügt über ein grosses Potential. Eine attraktive Landschaft und gute Infrastrukturen. Dieses Potential müssen wir intelligent und effizient nutzen. Mit der Porta Alpina verfügen wir somit über eine einmalige Chance, eine grössere Region zu bilden. Eine grosse Destination mit einer internationalen Ausstrahlung, was zu einer markanten Stärkung der regionalen Wirtschaft führen wird. Die Porta Alpina ist mehr als nur eine Verkehrsanlage. Sie wird auch in der Botschaft als Symbol für Fortschritt, Vorausblick, Ingenieurskunst und zugleich Beweis schweizerischen Zusammenhalts bezeichnet. Der Bundesrat, der Ständerat und der Nationalrat haben mit ihren Beschlüssen gegenüber einer Randregion Solidarität und Offenheit gezeigt. Auch die Regierung ist überzeugt, dass das einzigartige Bauprojekt Porta Alpina nachhaltige Impulse für die ländlich touristische Region Surselva und für grosse Teile des Gotthardraumes auslösen wird. Und sie unterstützt somit auch das Projekt. Wie bereits erwähnt, die Porta Alpina ist nicht nur ein einmaliges technisches Verkehrsobjekt, es ist ein zukunftsgerichtetes und innovatives Vorhaben mit Symbolkraft, dies nicht nur für die Surselva, sondern für den ganzen Kanton Graubünden und für die Schweiz.
Ich hoffe nun auch, dass Sie mit Überzeugung für die Porta Alpina einstehen und somit die Anträge der Regierung und der Kommission unterstützen. Ich bin selbstverständlich für Eintreten und danke für die Aufmerksamkeit.

Hartmann (St. Moritz): Solidarität wird immer wieder in die Runde gebracht. Bei diesem Projekt können wir aufzeigen, ob wir es auch ehrlich meinen. Wir Bündner sind bekannt, dass wir immer wieder Pioniere sind. Ein Beispiel, die Rhätische Bahn zeigt es auf. Als Ergänzung zum berühmten Glacierexpress kann die Porta Alpina gesehen werden. Es profitieren nicht nur die Oberländer von diesem Bau. Unser Kurdirektor von St. Moritz, Hanspeter Danuser, ist überzeugt, dass die Porta Alpina ein gutes Marketing- und Werbeangebot für unseren Kanton ist. Die Porta Alpina ist das dritte Standbein für den Glacierexpress, der Zermatt mit St. Moritz und Davos verbindet. Profitieren somit nicht nur wir Engadiner, sondern alle Bündner.
Graubünden hat sich immer wieder positiv für gute Projekte entschieden. Ich denke an den Bau des Vereina-Tunnels, die Durchführung der Alpinen Ski-WM 2003 in St. Moritz. Ich bin überzeugt von diesem Projekt und stehe voll hinter dieser Sache, darum bitte ich Sie, diesen Kredit zu sprechen, sich in den Regionen einzusetzen und auch die Bevölkerung zu überzeugen. Solidarität und Geschlossenheit ist wichtig. Nur so können wir auch in Zukunft Pioniere bleiben. Wir müssen ein Zeichen für Bern geben, dass wir geschlossen hinter dieser Sache stehen. Ich bin für Eintreten.

Casanova (Vignon): Preziau president dil cussegl, preziau cusseglier, preziadas deputadas e deputai
Nus vein oz la pusseivladad e la schanza dad arver la porta, la porta dalla regiun.
Wir haben heute die Möglichkeit, das Fundament für einen zukunftsorientierten und nachhaltigen Tourismus zu legen. Wir haben heute die Möglichkeit, das weltweit einzigartige Projekt zu realisieren. Diese einmalige Zukunftschance, die Verbesserung der Erreichbarkeit, ist auch ein Beitrag zur

Aufrechterhaltung der dezentralen Besiedlung. Dies braucht unser Ferienkanton Graubünden. Dies braucht unsere Region Surselva. Wir dürfen nicht länger von Entleerungen von Talschaften und Bergdörfer reden, wir müssen dagegen kämpfen und Visionen umsetzen. Sogar unsere Talschaft, die Val Lumnezia, kann von dieser Vision profitieren. Ich unterstütze die Anträge und bin für Eintreten.

Fasani: Una Porta Alpina aperta verso il cielo non è infatti da intendere un'apertura che porta dall'alto al basso, cioè verso l'Inferno, bensì dal basso verso l'alto, verso il cielo e quindi verso il Paradiso con tutto quello di positivo che in questo luogo sconosciuto si può trovare. Una porta verso l'avvenire, l'ascensore più spettacolare al mondo nel tunnel più lungo al mondo, un'opera d'arte ingegneristica. Solo queste considerazioni ci spingono a sostenere la sfida di un progetto così innovativo, portato da un gruppo di giovani intraprendenti, in una regione ai margini del Cantone come la Surselva. Un'opera pionieristica, attrattiva in un paese turistico quale è la Svizzera. Un'agevolazione per trecentomila abitanti o passeggeri all'anno che ridurranno considerevolmente i tempi di viaggio tra i due poli di Zurigo e Milano. Con la costruzione della trasversale alpina, la cosiddetta NEAT, la Svizzera si mette al centro di un'asse di transito dell'Europa e in nessun modo, secondo me, deve dimenticare la possibilità offerta da Porta Alpina di avvicinare la Svizzera, il Grigioni e tutta la sua popolazione. Si tratta di dare fiducia e riconoscenza alla petizione che nell'aprile 2003 i giovani del Partito popolare democratico-cristiano della Surselva portarono all'attenzione delle lodevoli istanze cantonali e federali. Una fermata supplementare all'interno della montagna grigione, progetto al quale il nostro Governo ha creduto fin dall'inizio, ha promosso a livello federale ed ha promosso a livello cantonale, stabilendo una collaborazione con i Cantoni Uri, Vallese e Ticino. Per tutto questo penso che il nostro Governo e in particolare il suo Consigliere di Stato Stefan Engler vanno sentitamente ringraziati. Sulla base degli studi di fattibilità il Governo ci propone ora una forma di finanziamento a la quale – come Granconsigliere di un'altra regione al Sud delle Alpi ed in segno di disinteressata solidarietà – dò un incondizionato raccomando e un incondizionato sostegno a questa primizia mondiale. Come detto un progetto innovativo spettacolare con dei vantaggi tangibili dal punto di vista economico e turistico per la regione della Surselva. Un investimento per il quale generazioni future ce ne saranno riconoscenti, per la lungimiranza avuta con questa decisione. Sono per l'entrata in materia e raccomando fin d'ora lo stanziamento del credito di venti milioni come proposto.

Righetti: Sono convinto che il giusto segnale verso l'esterno sia, da parte di questo Parlamento, un voto unanime per la Porta Alpina.
Eine einstimmige Zustimmung des Kredites für dieses Projekt ist das richtige Signal gegen aussen.
La mia giustificazione: in questi periodi difficili dal punto di vista finanziario daremmo una dimostrazione di senso di riconoscimento verso i Parlamentari federali che hanno sostenuto il progetto. Come si sentirebbero oggi se non fosse così da parte nostra? Secondo: dimostrazione chiara che i grigionesi verso il resto della Svizzera, quando vogliono ottenere qualche cosa, si presentano decisi e uniti. Terzo: giusto sostegno ai nostri Parlamentari federali per l'evoluzione futura del progetto.
Vi invito quindi senza grandi discussioni in modo deciso a sostenere e quindi a votare all'unanimità questo credito. Uniti siamo più forti. Sono per l'entrata in materia.

Augustin: Ich sage Ja zur Porta Alpina. Ia dei ea, ni en sursilvan: jeu ditschel gie, dico si alla Porta Alpina!
Ich sage Ja zu einer einmaligen Chance, Herausforderung und Vision touristischer, verkehrspolitischer, siedlungspolitischer, technischer und somit insgesamt volkswirtschaftlicher Natur. Dem ist nichts beizufügen, ausser dass ich die Meinung vertrete, dass sowohl den Bund seinen Beitrag wie auch der Kanton den seinigen nicht ohne gewisse Erwartungen, vielleicht könnte, ja müsste man sogar, von Auflagen sprechen, gewähren dürfen, soll die Porta Alpina zum Erfolg führen.
Was erwarte ich konkret? Bau und künftiger Betrieb von Porta Alpina müssen in ein Gesamtnutzungskonzept integriert werden. Ein solches Gesamtnutzungskonzept kann nur gelingen und effektiv wertschöpfend umgesetzt werden, wenn die Zusammenarbeit in der Region, endlich – bin ich geneigt zu sagen – nicht nur diskutiert, ja mit unter sogar sistiert, wie beim Projekt der Bergbahnfusionen zwischen Disentis und Sedrun, sondern effektiv realisiert wird. Ich fordere und erwarte mit diesen Beiträgen für die Porta Alpina ein eigentliches touristisches, wie kommunales Zusammengehen und Zusammenspannen, insbesondere der beiden Gemeinden Tujetsch und Disentis/Mustèr, wobei auch die Zusammenarbeit über die kantonalen Grenzen hinweg im Sinn einer Vermarktung der sogenannten Gotthard-Regionen unter Einschluss des Urserentales und des Blenio und der Leventina nicht aus dem Auge verloren werden darf. Auch müssen für eine eigentliche Vermarktung dieser Region zwingend genügend Marketingmittel zur Verfügung stehen. Und d.h. in der Region selber generiert werden, wobei die Region nicht nur als Tourismusregion mit vielfältigen Angeboten zu vermarkten ist, sondern – und darauf lege ich als Präsident der Stiftung Pro Kloster Disentis wie der Lia Romantscha besonderen Wert – die Region ist auch als Bildung- und Kulturregion mit einmaligen Angeboten, nämlich dem Benediktiner Kloster als spirituelle Begegnungsstätte und der Klosterschule Disentis verbunden mit einer in der ganzen Region verwurzelten, intakten romanischen Sprache als USP, also als Unic Selling Proposition zu vermarkten. Von daher rufe ich aus: Mögen mit dem Bau der Porta Alpina gleichzeitig all jene Kleingeister in der Region, die eine solche Zusammenarbeit immer wieder hintertreiben, tief im Tavetschermassiv eingegraben werden und möge ein neuer Geist der Offenheit und der Kooperation mit dem Porta Alpina-Lift aus dem Berg herauf in die schöne obere Cadi, dieser Gegend Gottes, geholt werden.
Si cun el, cul spért da cooperaziun entras la Porta Alpina!

Peyer: Ich gehöre nicht zu den Porta Alpina-Turbos und ich möchte doch ein paar Bedenken anmelden. In der Neuen Zürcher Zeitung vom 8. August war ein spannender Artikel unter dem Titel „Eine hürdenreiche Fahrt in die Surselva, mehr Visionäres für die Porta Alpina gesucht."
Zuerst zur hürdenreichen Fahrt: Wenn Sie von Zürich via Chur nach Disentis fahren, müssen Sie einmal umsteigen und Sie haben die absolut attraktive Ruinaulta vor dem Fenster. Der Tunnel durch den Sie mit 200 Stundenkilometer oder mehr donnern, ist nicht attraktiv. Wenn Sie dann unten im Tunnel sind, dann sind Sie eben unten im Tunnel und noch lange nicht in Sedrun. Und es stehen Ihnen dann noch ein paar weitere Hürden, Treppen, Lift, Bus, Fussmärsche bevor.

Oder wie es die NZZ schreibt: „Die mehrfach unterbrochene Transportkette ist für alle Reisenden hürdenreich, für solche mit Gepäck wenig attraktiv und für jene mit eingeschränkter Mobilität beschwerlich.“ Aber technisch, ist natürlich alles machbar. Dabei ist dann aber auch noch nichts gesagt, was ihnen sonst noch bevorsteht, z.B. die Druckunterschiede oder die Temperaturunterschiede. Die NZZ schreibt: „Die Felstemperatur beträgt gemäss Aussage von Alptransit Gotthard sowohl auf Tunnelniveau wie im Stollen Sedrun zwischen 30 und 35 Grad Celsius.“ Was eine Kühlung der Anlage auf mindestens 28 Grad Celsius zwingend macht. Im Winter ist ein Temperaturschock für die Reisenden programmiert. Soviel zu den Hürden.
Jetzt zum Visionären: Es reicht natürlich nicht – und Grossrat Augustin hat das jetzt eindrücklich ausgeführt – allein die Visionen zu beschwören. Man müsste sie dann tatsächlich – und das schon in Bälde – mit Inhalten füllen. Wenn der Beizer einfach ein paar Menüs mehr verkaufen will, der Zweitwohnungsbesitzer seine Betten wärmen und die Bergbahnen ein paar Tageskarten mehr abstossen wollen, dann reicht das nicht, um das ganze Projekt wirklich attraktiv zu machen. Und vielleicht als drittes noch ein paar Worte zu dem, was die Regierung uns vorlegt. Sie hat ein Papier verschickt, zehn Fragen und zehn Antworten zur Porta Alpina. Dieses Papierchen ist ziemlich dürftig. Ich möchte nur zwei Punkte daraus zitieren. Erstens, unter Punkt sieben heisst es: „Muss ein anderes Bahnprojekt jetzt hinten anstehen?“ Das wird natürlich verneint, aber leider ist das nicht so. Der Kredit des Bundes geht nun mal zulasten der RhB, das ist Fakt. Und Punkt neun: „Wie stellt man sich den Betrieb vor?“ Da heisst es dann relativ simpel: „Als Betreiberin der Infrastruktur steht ein Bahnunternehmen im Vordergrund.“ Ja, tatsächlich. Die Frage ist nur: Welches Bahnunternehmen ist denn das und welches Bahnunternehmen ist bereit, ohne zusätzliche Abgeltung den Betrieb zu machen. Da wird kein Bahnunternehmen dazu bereit sein. Hier sind also viele Fragen offen und da wird es dann nicht reichen, Herr Regierungsrat Engler, dass Sie vor der Abstimmung sagen, Herr Peyer macht sich Sorgen um die RhB, das ist gut so. Dann müssen Sie dann 180'000 Bündnerinnen und Bündner überzeugen, warum sie sich keine Sorgen machen sollen und den 20 Millionen Franken zustimmen.
Ich nehme es vorweg, ich werde trotz meinen Bedenken dem Kredit auch zustimmen. Erstens, weil ich es wirklich dumm fände, jetzt sich dem Bau zu verbauen und zweitens – und da jetzt ein Kompliment an die Leute in der Surselva – es ist vielleicht das erste Mal in der Geschichte, dass man nicht als Subventionsjäger einfach nach Bern gegangen ist und gesagt hat, bezahlt uns das, sondern man hat Vorarbeiten geleistet und hat viel Zeit und auch eigenes Geld investiert. Und ich denke, das sollten wir honorieren.

Dudli: Es ist alles gesagt. Wäre nicht das Votum Peyer im Raum, würde ich wohl nach dieser langen Diskussion auf mein Referat verzichten. Ich möchte aber folgendes sagen: Das ist eine gute Sache, das ist die Zukunft. Herr Peyer, Bedenkenträger gestalten die Zukunft nicht. SVP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt diesen Kredit.

Mengotti: Ich möchte nur zu dem, was schon gesagt wurde, noch etwas zufügen, was die Bedeutung der Porta Alpina vom Ausland her zeigt. Die Porta Alpina ist weltweit etwas Einzigartiges und ist ein Symbol für die Innovationskraft der Schweiz. Das habe ich erfahren, als ich im Sommer anlässlich eines internationalen Symposiums in Bormio über die Bahn im Veltlin und ihre Bedeutung für die Region eingeladen wurde um als Vertreter der Region Graubünden unter anderem die Lage des Schienennetzes in unserem Kanton vorzustellen. Als ich einige Bilder des Bernina-Expresses, der in Tirano auf 400 Meter über Meer seine Anfänge nimmt und dann vor dem Berninagletscher vorbeifährt – und da möchte ich zu Grossrat Peyer sagen, da haben wir auch einen grossen Luftdruckunterschied und auch Temperaturdifferenzen, wenn man im Sommer von Tirano auf 2'300 Meter steigt – und dann habe ich auch einige Bilder der neuen Panoramawagen der Rhätischen Bahn, die von Chur aus über die Albulastrecke fahren, gezeigt. Da waren die Anwesenden schon begeistert, dass es solche Erlebnisreisen gibt. Aus Italien gesehen gelten die Bahnen in der Schweiz als spektakulär. Ich war auch beauftragt, über zukünftige Bahnprojekte in Graubünden zu reden und da habe ich natürlich das Projekt Porta Alpina gebracht. Ich hatte damals nur ein paar Bilder und verfügte nicht über alle Informationen, die jetzt in der Botschaft zu lesen sind. Aber ich hatte die Daten, die in der mir zur Verfügung stehenden Broschüre über Porta Alpina waren. Das Staunen war sehr gross. Ich wurde nachher mit Fragen überhäuft und habe auch zum Teil im Nachhinein nicht ganz richtige Antworten gegeben. Eine z.B. war, dass das Projekt grösstenteils vom Bund finanziert wird. Das Projekt ist an sich vielleicht rein von der Kosten-/Nutzenanalyse nicht wirtschaftlich hoch interessant. Aber wenn man das emotionale mitberücksichtigt, was es in der lokalen Bevölkerung hervorruft, was es im Kanton Graubünden bewirkt und vor allem aber, was es im Ausland an Beachtung findet, dann ist sicher eine solche Investition eine gute Investition. Das weltweit einzigartige architektonische Monument, wie auch die neue europäische Alpentransversale, ist ein Symbol für den Pioniergeist der Schweiz. Das ist eine international, vermarktbare Attraktion, nicht nur für den Kanton Graubünden, sondern auch für die ganze Schweiz. Es geht nicht um eine riesige Summe, aber um ein Projekt, das Emotionen weckt. Die Ständeräte und jetzt auch die Nationalräte haben ja gesagt zur Porta Alpina. Dabei haben sie die Visionen der schweizer Bahnpioniere in Erinnerung gerufen und wir können uns dieser verführerischen Idee nicht entziehen. Aus diesen Gründen bin ich für Eintreten.

Claus: Etwas wurde bis jetzt explizit noch nicht gesagt, drum sage ich es jetzt. Ich möchte als Vertreter der Hauptstadt des Kantons, aber auch ganz persönlich, den Initianten an dieser Stelle und der ganzen Surselva einmal gratulieren zum Teilerfolg. Mit dem Signal in Bern, das jetzt auf grün steht, bin ich überzeugt, dass wir auch im Grossen Rat ein klares, einstimmiges Ja zustande bringen. Ich wünsche mir, dass im Umfeld der Porta Alpina auch architektonisch Extravagantes geleistet wird. Wie das wirkt, was man erreichen kann damit, hat unter anderem auch die Surselva gezeigt, hat Vals gezeigt, Sie kennen diese Beispiele. Ich wünsche weiter den Verantwortlichen in der Surselva nicht nur Mut weiter zu machen, sondern ich wünsche ihnen allen Übermut bei der Ausgestaltung des Projektes. Wieso haben – sehr kritisch – auch Grossrat Peyer und auch Grossrat Augustin ausgeführt. Es gibt viel zu tun, dazu braucht es Übermut. Ich schliesse mich mit Stolz und persönlicher Freude diesem Beitrag und diesem Vorhaben an.

Cavegn: Gestern haben wir in diesem Rat im Zusammenhang mit dem Gemeindegesetz noch von hässlichen Bräuten gesprochen. Wie viel schöner ist es nun heute eine strahlende

Braut auf der Traktandenliste zu haben. Sozusagen Ina spusa bial'e fina, quei ei nossa Port'alpina!
Wann, wenn nicht heute, haben wir die Möglichkeit, einen historischen Entscheid mit so nachhaltiger Wirkung für ganze Generationen zu fällen? Eine Vision umzusetzen bedeutet harte Knochenarbeit. Für jede bisher geleistete Vorarbeit danke ich allen Beteiligten, namentlich dem Komitee Porta Alpina und im Speziellen unserem Regierungsrat Stefan Engler. In grond Dieus paghi!
Bitte sagen Sie nicht nur heute in diesem Grossen Rat Ja zur Porta Alpina, sondern auch als Opinion Leaders in allen Talschaften im Vorfeld der Volksabstimmung.

Regierungsrat Engler: Ich kann darauf verzichten, die gefallenen Voten zu wiederholen und namentlich nochmals die vielen guten Gründe und Qualitäten und damit auch die Unterstützungswürdigkeit des Projekts Porta Alpina darzulegen. Es wurde hinreichend, wenn ich auf diese Seite schaue, Weihrauch gespendet für das Vorhaben, so dass ich lediglich bestätigen kann, dass auch die Regierung die Flamme der Begeisterung mit- und weitertragen möchte für dieses Projekt. Die Regierung glaubt an das Projekt Porta Alpina: Weil die bessere Erreichbarkeit und die Reisezeitverkürzungen, die damit erreicht werden, die Standortqualität einer grossen Region in diesem Kanton deutlich verbessern, weil das Vorhaben einer 800 Meter langen, vertikalen Verbindung Verkehrsachsen miteinander verbindet, die Mobilität verbessert, und schon vorhandene Infrastrukturen genutzt werden können. Die Regierung glaubt an das Vorhaben, weil es durch seine Einzigartigkeit innovativ ist, weil es für sich selber Wertschöpfung verspricht, weil es aber auch als dienende Infrastruktur volkswirtschaftliche Erwartungen für eine ganze Region wecken kann. Und schliesslich weil die Porta Alpina als Projekt des öffentlichen Verkehrs ein Zukunftsprojekt ist, das das Potential hat, eine nachhaltige Entwicklung anzuschieben. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, dass es jetzt darum gehen muss, die Handlungsfreiheit und sämtliche Optionen zu wahren, indem die notwenigen Vorinvestitionen realisiert werden. Vom diesem Verpflichtungskredit von gesamthaft 20 Millionen Franken sollen sechs Millionen Franken für diese Vorleistungen zur Verfügung stehen. Die restlichen 14 Millionen Franken sollen erst beansprucht werden, wenn der Vollausbau zustande kommt. Konsequenterweise sollte der Verpflichtungskredit, so wie es die Kommission beantragt, längstens bis zur Inbetriebnahme der NEAT-Strecke befristet sein. Die Summe von insgesamt 20 Millionen Franken erachtet die Regierung als angemessen, auch unter dem Gesichtspunkt, dass das Risiko zwischen Bund, Kanton und Gemeinde nach den jeweiligen Möglichkeiten adäquat zu verteilen ist. Das Projekt ist in die Zukunft gerichtet, es verspricht Wertschöpfung im Kanton und es unterstützt eine nachhaltige Entwicklung. Wie die Sunnibergbrücke vor Klosters, wie das Kloster in Müstair, wie der Nationalpark im Unterengadin, das World Economic Forum in Davos, der Palazzo Salis in Soglio im Bergell, hat die Porta Alpina das Potential zu einem Anziehungspunkt, zu einem Leuchtpunkt zu werden, an dem ganz Graubünden auf sich aufmerksam machen kann.
Voraussetzung schliesslich dafür, dass die Regierung vorantwortungsvoll und nicht etwa im Blindflug einen solchen Kredit, immerhin in der Höhe von 20 Millionen Franken, heute dem Parlament und später dem Volk unterbreiten will, ist eine gewisse Voraussehbarkeit, was aus dieser Investition wird. Das Projekt muss technisch machbar sein. Der Betrieb muss für sich und mit dem NEAT-Verkehr möglich sein. Die künftigen Unterhalts- und Betriebskosten müssen in einem gesunden Verhältnis zu den erwarteten volkswirtschaftlichen Vorteilen stehen. Die Region muss dahinter stehen und sich daran beteiligen. Das Mehrkostenrisiko muss abschätzbar sein und das Vorhaben muss letztlich aus einem Guss mit der NEAT erstellt werden können, damit nicht neue Schnittstellen, Doppelspurigkeiten und Kompetenzkonflikte in der Erstellungsphase entstehen.
Grossrat Peyer, Sie erlauben mir, dass ich kurz auf Ihr Votum zurückkomme. Ich finde es nach wie vor gut, dass Sie sich Sorgen um die Rhätische Bahn machen. Das orange Papier, das Sie angesprochen haben, ist kein Papier der Regierung. Es ist ein Marketingpapier von mir. Wenn Sie das Datum dieses Papiers lesen, so sehen Sie, dass es am 27. Oktober geschrieben wurde. Zu einem Zeitpunkt, als im Kanton niemand wusste, wie der Bund seinen Anteil finanzieren wollte. Also, mit diesem Papier wurde nicht gelogen, das möchte ich betonen. Einfach damit das klargestellt ist. Niemand wusste zu diesem Zeitpunkt in diesem Kanton, wie der Bund die Finanzierung vorsieht. Dass er das heute teilweise so machen will, dass Mittel der Rhätischen Bahn, für eine befristete Zeit entzogen werden, halte ich für äusserst bedauerlich und problematisch, allerdings darf das grosse Vorhaben Porta Alpina daran nicht scheitern. Um so mehr, als auch die Absicht seitens des Bundes bekundet wurde, zu einem späteren Zeitpunkt diese Mittel der RhB gegenüber wieder zu kompensieren.
Nach Auffassung der Regierung sind die Voraussetzungen heute so weit erfüllt, dass sie es erlauben Sie, das Parlament, und später das Bündner Volk, um einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 20 Millionen Franken, wovon vorerst nur sechs Millionen Franken beansprucht werden dürfen, als Beitrag des Kantons anzufragen. Ich möchte all jene, die grosse Euphorie heute haben allerdings davor warnen, den bevorstehenden Weg bis zum definitiven Entscheid auch über die Hauptinvestition nicht zu unterschätzen. Die Gemeinden, die Region, der Kanton, von uns wird in den nächsten zwei Jahren viel Arbeit erwartet. Es steht uns sehr viel Arbeit bevor, das Projekt auch im Sinne des Votums Peyer zu optimieren. Und ich warne Sie auch davor, wo immer eine Flamme ist und selbst wenn es die Flamme der Begeisterung ist, werden auch Feuerwehrleute da sein, die nur löschen wollen. Deshalb unterstütze ich all die Voten, die gesagt haben, man soll jetzt mit Schwung, mit Lust, mit Freude und mit Mut dieses Projekt angehen und sich auch den kritischen Fragen stellen. Denn kritische Fragen sind legitim und tun letztendlich dem Projekt als Ganzes nur gut. Alles, was je gelungen ist, musste einmal riskiert werden, so auch bei der Porta Alpina. Auch dieses Projekt beinhaltet Risiken. Wir sind der Meinung, dass diese Risiken vertret- und verantwortbar sind und beantragen Ihnen deshalb, diesen Verpflichtungskredit von 20 Millionen Franken mit den Auflagen, die Sie aus dem Protokoll entnehmen können, zu bewilligen.

Standespräsident Geisseler: Wird das Wort zum Eintreten noch gewünscht? Nein. Ich stelle zuhanden des Protokolles fest, dass der Grosse Rat auf dieses Geschäft eingetreten ist.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung
2. Für den Bau der Porta Alpina Sedrun sei ein Verpflichtungskredit von netto 20 Millionen Franken (Preisstand 2003) zu bewilligen

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 107 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Kommission und Regierung
3. Die nötigen Jahreskredite nach Projektierungs- und Baufortschritt sowie nach Finanzbedarf sind bereit zu stellen

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 107 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Kommission und Regierung
4. Das Postulat Placi Berther (GRP 2001/2002; 137) betreffend die Projektidee für eine unterirdische Tunnelstation AlpTransit Sedrun sei zufolge Erfüllung abzuschreiben

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 107 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Kommission und Regierung
5. Der Beschluss betreffend den kantonalen Anteil von 20 Millionen Franken gilt nur unter der Voraussetzung, dass sich der Bund und die Region Surselva oder allenfalls Dritte im verbleibenden Umfang an der Finazierung des Vorhabens beteiligen

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 107 zu 0Stimmen zu.

Antrag Kommission und Regierung
6. Der Verpflichtungskredit ist befristet, längstens auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 108 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Kommission und Regierung
7. Ziffer 2 dieses Beschlusses unterliegt der Volksabstimmung (obligatorisches Finanzreferendum)

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 108 zu 0 Stimmen zu.

Donatsch; Kommissionspräsident*:* Ich möchte mich bei euch allen für die positiven, aber auch für die kritischen Voten von Grossrat Peyer und auch Grossrat Augustin bedanken. Ich bin da gleicher Meinung, es muss etwas passieren noch in der Region und die Zeit ist kurz. Wenn ich denke, morgen wird die Eröffnung der Umfahrung Klosters sein und ich weiss noch, als ich als junger, damals noch unverdorbener Mann vor zehn Jahren beim Spatenstich dabei war. Und dort dachte ich, das geht doch noch ewig, bis die eröffnet wird. Es zeigt, dass auch wir an eine Zukunft glauben und dass wir gewillt sind, Chancen im Kanton und auch in den Randregionen zu packen und innovative Projekte gemeinsam, aber auch solidarisch an die Hand zu nehmen und entsprechend auch umzusetzen. Es ist jedoch noch ein langer und steiniger Weg, bis wir uns bei der Eröffnungsfeier bei der Porta Alpina in zehn Jahren zuprosten können.
In diesem Sinne möchte die KUVE Herrn Regierungsrat Engler diesen Stein hier – es ist nicht ein Stein des Anstosses – es ist der erste Stein vom Ausbruch der Wartehallen der Porta Alpina, den ich anlässlich der Besichtigung der Multifunktionsstelle selber herausgebrochen habe, überreichen. Er soll ihn auf dem steinigen Weg motivieren, das Ziel stets vor Augen zu haben, und dieses Ziel zu erreichen. Ich möchte mich insbesondere bei Regierungsrat Engler für seine Arbeit bedanken, vor allem auch für die Nerven, die er mit uns während dieser Session gebraucht hat, bis der Krimi aus dem Bundesparlament in Bern endlich entschieden war. Er hat das im Gegensatz zu uns immer cool und locker genommen. Ebenfalls bedanken möchte ich mich beim Departement, insbesondere beim Departementssekretär Alberto Crameri, der uns immer mit Rat und Tat beiseite stand und jedes mal sehr flexibel auf unsere Ideen und Vorschläge reagierte und entsprechende Vorschläge ausarbeitete, die wir anschliessend dann doch nicht mehr brauchten.
Wir alle sind nun gefordert, in unseren Regionen die Vorteile der Porta Alpina für den ganzen Kanton aufzuzeigen. Die Volksabstimmung ist vorgesehen für den 12. Februar des nächsten Jahres. Es verbleibt also nicht viel Zeit. Sie muss aber ein klares Zeichen der Bündner Bevölkerung sein, dass wir solidarisch hinter dem zukunftsgerichteten und einmaligen Projekt Porta Alpina stehen und die Chancen für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung in unserem Kanton sehen und gemeinsam anpacken wollen. Besten Dank, wir sehen uns spätestens 2015 bei der Einweihung der Porta Alpina in Sedrun.

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:
- Interpellanza Pedrini concernente appalti del Cantone nelle zone italofone

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Für die Genehmigung des Protokolls

Durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Geisseler

Der Protokollführer: Adriano Jenal

Donnerstag, 8. Dezember 2005
Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Geisseler / Standesvizepräsidentin Agathe Bühler-Flury
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 100 Mitglieder
	entschuldigt: Arquint, Beck, Bischoff, Campell, Casty, Crapp, Dermont, Giovannini, Gredig, Hess, Koch, Lemm, Maissen, Michel, Ratti, Schmid, Stiffler, Tomaschett, Tscholl, Zanetti
Sitzungsbeginn:	12.50 Uhr

Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für den Erlass eines Grossratsgesetzes und für die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates

Detailberatung (Fortsetzung)

Art. 18 Abs. 3
Antrag Kommissionsmehrheit (6 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Geschäftsprüfungskommission*
Zweiter Satz streichen

Antrag Kommissionsminderheit (5 Stimmen, Sprecher Vetsch)

Zegg; Kommissionssprecher: Die Kommissionsmehrheit möchte hier die Amtsdauer beschränken. Das ist ein Prinzip, das auch gemäss diesem Aufsatz, den ich in der Eintretensdebatte zitiert habe, notwendig ist. Dass es eine gewisse Rotation gibt innerhalb der Kommissionen. Damit mehr Mitglieder des Parlaments in die ständigen Kommissionen Einsitz nehmen können. Ich beantrage, der Kommissionsmehrheit in diesem Bereich zu folgen. Und damit diesem Grundsatz, dass möglichst viele Mitglieder des Parlamentes Einsitz nehmen können in den Grossen Rat, dass dieses Prinzip befolgt wird.

Vetsch: Ich weiss nun nicht ob ich richtig zugehört habe, aber Grossrat Zegg hat eigentlich gesagt, dass er für ein Rotationsprinzip ist. Das würde eigentlich mich in der Minderheit bestärken. Weil die Kommissionsminderheit und die Präsidentenkonferenz sind für die Beibehaltung des Absatz 3 wie er hier steht. So dass man eine Amtszeitbeschränkung von acht Jahren einführt. Folgende Punkte sprechen für diese Begrenzung: Das Interesse für die Einsitznahme in eine ständige Kommission ist nicht für alle ständigen Kommissionen gleich gross. Als zu Beginn dieser Legislaturperiode 2003 bis 2006 die Zuteilung der Fraktionsmitglieder auf die verschiedenen, ständigen Kommissionen gemacht wurde, hat sich das ganz klar aufgezeigt. D.h., dass nicht jedes Fraktionsmitglied in seiner Wunschkommission Einsitz nehmen kann. Mit der Zeitbeschränkung der Einsitznahme in einer Kommission wird somit bewusst dafür gesorgt, dass begehrte Kommissionen nicht permanent von den gleichen Personen besetzt werden. Ein weiterer Punkt: Fraktionsmitglieder, welche vielleicht bei Amtsantritt als Grossrat oder Grossrätin nicht direkt in einer Kommission Einsitz nehmen können, haben aufgrund dieser Amtszeitbeschränkung sicher die Chance, in einer absehbaren Zeit auch in einer Kommission Einsitz nehmen zu können. Die Rotationen in den verschiedenen Kommissionen werden bei einer Beschränkung gemäss dieser Regelung für die Fraktionen und den Grossen Rat auch planbar. Für Mitglieder, welche dem Grossen Rat über eine lange Zeit angehören, ist vom Beginn an klar, dass man nicht immer in der gleichen Kommission bleiben kann oder muss. Der Zeitpunkt, wann ein Kommissionswechsel ansteht, und man sich auf einen anderen Sachbereich spezialisieren muss, ist klar vorgegeben.
Als ehemaliger Fraktionspräsident ist für mich auch noch wichtig, dass Rücktrittsgespräche mit Fraktionsmitgliedern, welche in der Regel beim betroffenen Mitglied gar nicht gut ankommen und auch nicht verstanden werden, nicht geführt werden müssen. Damit werden mit dieser Beschränkung unnötige Reibungspunkte eliminiert. Es ist für mich auch ein Widerspruch, wenn wir im Zusammenhang mit den Bankratswahlen der Regierung einen Auftrag erteilen, die Amtszeitbeschränkung einzuführen und diese auch bei anderen Mandaten zu überprüfen und jetzt hier, wenn es fast um jedes einzelne Ratsmitglied geht, gegen eine Amtszeitbeschränkung votieren. Es ist auch so, dass wir im Art. 70, welcher die Übergangsbestimmungen betreffend der Anrechnung der Amtsdauer regelt, mit dem Zusatzprotokoll, das sie erhalten haben, festlegen, dass die Anrechnung für diese Beschränkung für die GPK-Mitglieder erst ab Inkrafttreten dieses Gesetzes geschehen würde und nicht rückwirkend seit Legislaturbeginn.
Ich möchte Sie bitten, den Artikel 18 Absatz 3 so zu belassen, wie er in der Botschaft steht und dem Antrag der Kommissionsminderheit und der Präsidentenkonferenz zu folgen.

Janom Steiner: Die GPK hat zum Erlass des Grossratsgesetzes anlässlich ihre Sitzung vom 10. November einen Mitbericht zuhanden der KWAS verabschiedet, in welchem sie sich auch zu Art. 18 Abs. 4 bisher Abs. 3, namentlich also zur Amtszeitbeschränkung in den ständigen Kommissionen äussert. Die GPK beantragt, den zweiten Satz zu streichen und sie unterstützt damit, so hoffe ich immer noch, den Antrag der Kommissionsmehrheit. Ich gehe davon aus, dass Grossrat Zegg sich da geirrt hat in seiner ersten Äusserung.
Lassen Sie mich kurz unsere Überlegungen hierzu darlegen: Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob eine Amtszeitbeschränkung auf acht Jahre sinnvoll ist. Da dies unserer An-

sicht nach zu einer Schwächung des Parlamentes führen könnte. Bei einer Amtszeitbeschränkung würde bei jeder Wiederwahl auch aufgrund der jeweiligen Rücktritte aus dem Grossen Rat ein grosser Wechsel in den Kommissionen stattfinden und damit auch sehr viel know-how verloren gehen. Die Fluktuationen in den Kommissionen sind bereits jetzt sehr hoch und würden sich mit einer Amtszeitbeschränkung auf acht Jahren noch verstärken. Würden Sie einer Amtszeitbeschränkung zustimmen, so hiesse dies z.B. für die GPK ganz konkret, dass allein aufgrund ihrer Amtsdauer bereits sechs von 13 Mitgliedern ausscheiden müssten. Weitere Wechsel, welche sich infolge der im Frühling anstehenden Wahlen ergeben könnten, sind dabei noch nicht berücksichtigt. Hinzu kommt, dass es ohnehin schon schwierig ist, Mitglieder für die GPK zu gewinnen. Dies wurde auch schon bereits gesagt, da die Arbeitslast und auch der Zeitaufwand sich nicht ohne weiteres mit dem Berufsalltag vereinen lassen. Tatsache ist, dass wir uns mit einer Amtszeitbeschränkung ganz allgemein für sämtliche Kommissionen Fesseln anlegen, die aufgrund der ohnehin schon hohen Fluktuation unnötig und erschwerend sind. Die GPK beantragt, den zweiten Satz zu streichen.

Cavegn: Ich spreche ebenfalls als Vertreterin der GPK. Der GPK wurde bereits der Vernehmlassungsentwurf des Erlasses eines Grossratsgesetzes und Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates zur Stellungnahme unterbreitet. Die dabei von der GPK angebrachten Bemerkungen wurden mehrheitlich umgesetzt und sind bereits im vorliegenden Bericht der Präsidentenkonferenz eingeflossen. Zu einzelnen Artikeln hat sich die GPK dann nochmals im Rahmen des Mitberichtsverfahrens geäussert. Gemäss Artikel 18 des verbliebenen Absatzes 3 des Grossratsgesetzes beträgt die Amtsdauer der Kommissionsmitglieder vier Jahre, höchstens aber acht Jahre. Erfahrungsgemäss hat sich der Grosse Rat bei den letzten Wahlen stets um rund einen Drittel seiner Mitglieder erneuert. Geht man davon aus, dass nicht alle Grossrätinnen und Grossräte bereits in der ersten Amtsperiode einer ständigen Kommission angehören und die natürliche Fluktuation in den Kommissionen bereits jetzt sehr hoch ist, so stellt sich für die GPK grundsätzlich die Frage ob eine Amtszeitbeschränkung auf acht Jahre sinnvoll ist. Stete Wechsel in den Kommissionen bedeuten auch Verlust von wertvollem know-how. Die GPK vertritt die Auffassung, dass dies zu einer Schwächung des Parlaments führen kann. Besonders neue Kommissionsmitglieder profitieren von einem breiten Wissen der Kommission. Und im besonderen Fall der GPK kann die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle und dem Sekretariat effizienter sein. Erfahrung und profundes Wissen ermöglichen eine gute Kommissionsarbeit und sind nicht zuletzt auch für die Übernahme des Präsidiums von Vorteil. Es muss, nach Meinung der GPK, nicht nachteilig sein, wenn sich einzelne Mitglieder ausnahmsweise auch etwas länger in einer Kommission engagieren. Diese Möglichkeit sollte mit der Streichung des zweiten Satzes in Artikel 18 Absatz 3 offen gelassen werden.
Ich bitte Sie, den Antrag der Kommissionsmehrheit und der Geschäftsprüfungskommission zu unterstützen.

Jäger: Ich möchte mich dem Votum meiner Vorrednerin anschliessen. Kollege Vetsch hat mich etwas herausgefordert, darum habe ich das Wort jetzt gewünscht. Wenn ich Kollege Vetsch sage, dann sind wir nicht nur Ratskollegen. Wir sind auch Kollegen im Status des Alt-Fraktionspräsidenten. Die Rotation, wie wir eben gehört haben, die Rotation ist an sich in unserem Rat bei jeder Wahl sehr hoch. Und die ständigen Kommissionen, wir haben das beim Eintreten ja miteinander besprochen, die ständigen Kommissionen, die haben die Stärke, dass sie Geschäfte über einen gewissen Zeitraum begleiten und dass sie die innerhalb eines Fachgebietes die verschiedenen Geschäfte, die ineinander hinein greifen, begleiten können. Ständige Kommissionen sind nur stark, wenn sie eben auch ständig sind. Wir dürfen in den Kommissionen nicht eine zu grosse Rotation haben. Das gilt für die GPK wie für alle anderen Kommissionen. Darum ist es wichtig, dass wir das für alle Kommissionen anschauen. Es trifft zu, das hat Grossrat Vetsch richtig gesagt, die Fraktionspräsidien sind gefordert. Aber wir dürfen hier nicht nur, damit es für die Fraktionspräsidien einfacher ist, eine generelle Regelung einfügen, die sich oft dann nicht bewähren wird. Natürlich sollen die Fraktionen dafür sorgen, dass neue Ratsmitglieder eingebunden werden können, dass neue Ratsmitglieder in die Arbeit mit hinein kommen. Gleichzeitig ist es wiederum Sache der Fraktionen zu schauen, dass innerhalb der Gruppe, die grösser oder kleiner ist, die Fachkompetenz möglichst gut auf die Kommissionen verteilt wird. Und es ist für grössere wie für kleinere Fraktionen sehr unbefriedigend, wenn beispielsweise eine Fachperson, ich denke z.B. an die heutige Präsidentin der Justizkommission, dann aufgrund einer Amtszeitregelung, die es den Fraktionspräsidenten einfach macht, aussteigen müssen, einfach, weil wir heute eine generelle Regelung getroffen haben. Wir müssen den Fraktionspräsidenten zurufen, seid mutig, schaut, dass das gut gemacht wird. Aber die Fraktionen sollen die Fachkompetenz, die in ihren Fraktionen sind, möglichst gut auf die ständigen Kommissionen verteilen können. Und darum ist es nicht günstig, wenn wir hier eine Regelung einführen, die eigentlich die freie Auswahl innerhalb der Kommissionen einschränkt.
Noch ein Wort zum Zweiklassenparlament. Das haben wir gestern ja schon ausführlich gehört. Alle die Ratsmitglieder, die schon früher hier waren, wissen, dass auch früher ein Zweiklassenparlament bestand. Auch bei den so genannten ad hoc-Kommissionen. Wir hatten damals, ich war bei zwei Parlamentsreformkommissionen mit dabei, wir hatten Listen aufgestellt, welche so genannten Sterne, es spielt keine Rolle wie viel Sterne, welche gesternten Parlamentarier in wie vielen, auch zentralen Kommissionen waren. Und ein Altstandespräsident, der gestern zwei Mal zitiert wurde, war beispielsweise in jeder wichtigen Kommission mit dabei. Sogar dann eben noch über alle Gebiete der ganzen kantonalen Bewegung. Also heute haben wir eigentlich fast weniger ein Zweiklassenparlament als wir es früher hatten. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Bleiker: Ich spreche hier als Nicht-Mitglied einer ständigen Kommission. Und ich komme nicht umhin anzunehmen, dass wir einmal mehr relativ inkonsequent sind. Wir haben in den vergangenen drei Jahren immer wieder jammern gehört über das System der ständigen Kommissionen. Wir haben heute Morgen die erste Möglichkeit vertan, dass wir da etwas Lichtung in dieses System gebracht hätten mit der Stellvertreterregelung. Ich könnte jetzt ja bösartig sein und sagen, die 80 Mitglieder der ständigen Kommissionen haben diese Stellvertreterregelung zu Fall gebracht. Ich sehe hier eine weitere Möglichkeit, dass eine gewünschte Rotation in diesem System durchaus eintreten könnte. Wir sprechen ja von einer Amtszeit von acht Jahren. Sie führen ins Feld, dass die Einarbeitungszeit eine grosse Rolle spielt. Erlauben Sie mir die Bemerkung, wenn ein Ratsmitglied in ein bis zwei Jahren

nicht eingearbeitet ist in eine Materie, dann hat er meiner Meinung hier ohne hin nichts verloren. Also ich sehe diese Zeit von acht Jahren als durchaus genügend. Und bin auch der Meinung, dass die gewünschte Rotation so erreicht werden kann. Ich bitte Sie, stimmen Sie der Kommissionsminderheit zu und lassen Sie diesen Abschnitt so stehen, wie er in der Botschaft ist.

Standespräsident Geisseler: Eine Vorbemerkung, ich habe heute morgen mit meinen zwei Wortmeldungen schon sehr schnell mein Pulver verschossen und durfte mich kein drittes Mal melden, weil man sich zur gleichen Sache nur zwei Mal melden darf. Darum versuche ich jetzt, etwas zurückhaltender zu sein, damit ich auch allfällige Fragen beantworten kann.
Zur Sache: Die Präsidentenkonferenz hat Ihnen in Artikel 18, so wie in der Botschaft abgedruckt, vorgeschlagen. Die Präsidentenkonferenz hat auch diesen Antrag der KWAS angeschaut und die Präsidentenkonferenz bleibt bei der ursprünglichen Fassung, so wie es auch Grossrat Vetsch vorhin begründet hat. Wir wünschen also von der Präsidentenkonferenz aus, wir wünschen eine gewisse Rotation. Es ist ganz klar, es ist eine gewisse Gratwanderung zwischen frischem Wind und verloren gehen von know-how. Aber wenn ich speziell – und das auch als ehemaliges GPK-Mitglied – speziell die Situation bei der GPK jetzt anschaue die letzten zwei, drei Jahre, Kollege Hitsch Möhr ging aus der GPK und kam hier an dieses Pult nach vorne, dann war ich an der Reihe und dann war Kollegin Agatha Bühler an der Reihe. Ich denke auch, dass Grossrat Pedrini erst kürzlich in die GPK gewählt wurde und anschliessend oder jetzt ganz neuerdings auch Grossrat Ratti. Also, wir haben einen normalen Wechsel, einen fliessenden Wechsel. Ich meine, das ist gut so. Und darum möchte die Präsidentenkonferenz bei der ursprünglichen Fassung bleiben. Und wir unterstützen den Antrag der Kommissionsminderheit.

Vetsch: Ich habe das Gefühl, die Meinungen sind gemacht. Zu Ratskollege Jäger muss ich einfach sagen. Es geht nicht darum, dass sich die Fraktionspräsidenten damit Arbeit sparen. Sondern, es ist wirklich darum, damit Leute, die lange in diesem Rat sitzen, damit die auch wissen, dass irgendwo eine Limite ist, wo es keine Diskussion gibt. Ich bitte Sie, die Minderheit zu unterstützen.

Zegg; Kommissionssprecher: Ich glaube, das Wesentliche wurde gesagt. Die Kommissionsmehrheit ist hier dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission gefolgt. Allerdings mache ich Sie darauf aufmerksam, dass wir im Zusatzprotokoll noch einen Eventualantrag haben. Und ich habe mich auf den eigentlich eingespielt. Darum habe ich einen kurzen Blackout gehabt. Aber weiter gibt es nichts mehr zu sagen.

Abstimmung
Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Geschäftsprüfungskommission mit 48 zu 38 Stimmen.

Art. 18 Abs. 4
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 19
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Marti: Mit der Behandlung von Artikel 18, wo Sie heute Morgen die fallweise Aufstockung der ständigen Kommissionen äusserst klar abgelehnt haben, hat der Grosse Rat auch eindeutig ein Zeichen zugunsten von Artikel 19 gesetzt. Artikel 19 führt zu einer Klarheit zugunsten der nichtständigen Kommissionen und gibt einen offenen Spielraum zugunsten der Einsetzung, eben dieser nichtständigen Kommissionen. Besser als der bisherige alte Art. 37 in der Geschäftsordnung. Dort nämlich konnte eine nichtständige Kommission nur dann eingesetzt werden, wenn das Geschäft nicht einer anderen ständigen Kommission zugeteilt werden konnte. Und was noch viel entscheidender war, dass eine ständige Kommission, darum ersuchen musste. Und dies war so nach meiner Meinung, auch eine Formulierung, welche das Einsetzen einer nichtständigen Kommission, geradezu verunmöglichte. Nun gibt der Artikel 19 neu die Möglichkeit, neben der sachlichen Zuteilung auch auf die Auslastung der ständigen Kommissionen Rücksicht zu nehmen. Auch im Kommentar der Präsidentenkonferenz wird auf die Reduzierung der Schranken zur Einsetzung von nichtständigen Kommissionen ausdrücklich positiv hingewiesen. Für mich ist aus den gefallenen Voten von gestern klar, dass damit die Präsidentenkonferenz, eben nicht mehr eine ständige Kommission, sondern eben die Präsidentenkonferenz vermehrt, gezielt und auch bewusst, die Einsetzung von nichtständigen Kommissionen fördern kann, fördern muss. In diesem Zusammenhang ist es auch unnötig, in Folge Arbeitsüberlastung einzelner Kommissionen noch zusätzliche neue ständige Kommissionen einzuführen. Denn bei Arbeitsüberlast stehen nun, gemäss Gesetz und Kommentar, eindeutig die nichtständigen Kommissionen zur Verfügung. Und die Präsidentenkonferenz hat ihre Führungsrolle in dieser Sache wahrzunehmen. Dem Kampf einzelner ständiger Kommissionen, Aufgaben zugeteilt zu bekommen, soll die Präsidentenkonferenz entschieden entgegentreten. Bei der Zuteilung der Aufgaben sind sachliche Argumente und nicht Verteilkämpfe oder Machtkämpfe innerhalb der ständigen Kommissionen zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang bitte ich die Präsidentenkonferenz vermehrt diesem Umstand Rechnung zu tragen und von den Mitteln Gebrauch zu machen, die eben dieser Artikel 19 ihr zugesteht.

Cavigelli: Diese Bemerkungen von Grossratskollege Marti dürfen nicht ganz unwidersprochen bleiben, weil sie nicht richtig sind. Wir haben natürlich ständige Kommissionen, deren Aufgabenbereiche umschrieben sind. Die sind von Gesetzes wegen umschrieben. Und nicht einfach ad hoc streichbar nach Belieben, sage ich mal, vielleicht der Präsidentenkonferenz oder von irgendjemand anderem. Entscheidend ist, dass man diese Norm sieht im Zusammengehen mit einer Bestimmung in der Geschäftsordnung. Wo dann eben gesagt wird, dass die Aufgabe nicht in den Aufgabenbereich einer ständigen Kommission fallen muss, damit man sie an eine ad hoc-Kommission übertragen kann. Oder wenn eine ständige Kommission um Delegation des Aufgabenbereiches an eine ad hoc-Kommission ersucht. Prinzipiell gilt nämlich, dass die Aufgabenbereiche, die wir hier im Rat behandeln, abgedeckt sind durch die eingesetzten, ständigen Kommissionen.

Augustin: Ich möchte Grossrat Cavigelli nicht wiederholen, sondern an die Adresse des Kollege Marti doch sagen: Ich

bin etwas erstaunt, dass ein Mitglied gerade der ständigsten Kommission, der GPK, solches von sich gibt. Denn damit provoziert er das, was wir in der vorletzten Revision eigentlich wollten, nämlich die GPK spalten in eine eigentliche Geschäftsprüfungs- und in eine Finanzkommission. Wenn also das richtig wäre, was Herr Marti gesagt hat, dann würden wir gelegentlich eine eigentliche Finanzkontrolle in Kommission ad hoc für gewisse Aufgaben einsetzen, weil die GPK schlicht überfordert und überlastet ist.

Marti: Ich entgegne noch kurz den gefallenen Voten. Es ist doch eindeutig so, dass die Realitäten dieses Rates und das Abstimmungsverhalten von gestern und heute, eben gerade zu eigentlich den Artikel 19 explizit als Mittel für die Präsidentenkonferenz zur Verfügung stellen. Und mein Aufruf war nichts anderes, also eben dieses Mittel vermehrt als in der Vergangenheit zum Tragen zu bringen. Nun, dass daraus Herr Augustin sich hergibt die GPK als überlastet oder sogar überfordert zu bezeichnen, ist meiner Meinung nach völlig falsch und auch überrissen. Damit zeigt er eigentlich, dass ihm keine sachlichen Argumente mehr zur Verfügung stehen.

Angenommen

Art. 20 – 25
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

III. Informationsrechte und Amtsgeheimnis

Art. 26 – 34
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 34
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Cahannes: In Artikel 34 haben Sie die Aufgabenumschreibung der Kommission für Justiz und Sicherheit. Ich erhoffe mir für die Kommission für Justiz und Sicherheit eine Aufwertung unserer Arbeiten durch die Umsetzung der Justizreform II, dort insbesondere im Bereich der Vorbereitung der Wahlen der Mitglieder der obersten kantonalen Gerichte. Zudem stellt sich im Rahmen der Justizreform II für die Kommission auch die Frage der Oberaufsicht über die Staatsanwaltschaft, wie dies von Herrn Kollege Wettstein bereits angeregt wurde. Im Hinblick auf die anstehende Justizreform II verzichte ich darauf, bereits jetzt einen Antrag betreffend die Vorbereitung der Richterwahlen des Kantons- und Verwaltungsgerichtes zu stellen, weil wir dies in einem Gesamtzusammenhang diskutieren möchten. Ich sage es hier trotzdem, um dieses Anliegen einmal im Rat auch deponiert zu haben, denn sachgerecht wäre es, dass die Kommission für Justiz und Sicherheit dieses Geschäft vorbereitet.

Angenommen

Art. 35 - 38
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

IV. Allgemeine Verfahrensordnung

Art. 39 – 41
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 42
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Zweiter Satz wie folgt ändern:
Verhinderungen sind der Präsidentin oder dem Präsidenten (…) bekanntzugeben.

Angenommen

Art. 43 Abs. 1
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Wie folgt ergänzen:
Die Mitglieder des Grossen Rates haben im Rat und in den Kommissionen in den Ausstand zu treten bei der Behandlung von Geschäften, an denen sie selbst, ihre Ehegattin oder ihr Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner, eine Person, mit welcher sie eine faktische Lebensgemeinschaft führen, oder einer ihrer Verwandten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad ein unmittelbares persönliches Interesse haben.

Zegg; Kommissionssprecher: Bei Artikel 43 Absatz 1 geht es um übergeordnetes Bundesrecht. Das wurde so ergänzt. Vielleicht kann der Präsident der Präsidentenkonferenz hier etwas ausführen.

Standespräsident Geisseler: Auf Bundesebene ist das so gelöst. Die Kantone müssen sich nach und nach dieser Regelung unterwerfen. Jetzt sind wir an einem neuen Gesetz, dann bringen wir das gleich hinein und dann haben wir das erledigt. Also, die Präsidentenkonferenz steht hinter diesem Antrag der KWAS.

Angenommen

Art. 43 Abs. 2 - 4
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 44
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Korrektur:
Der Grosse Rat

Angenommen

Art. 45
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Redaktionelle Änderung im zweiten Satz:
Jedes Mitglied ist berechtigt, Übersetzungen gestellter Anträge in die ihm…

Zegg; Kommissionssprecher: Hier wird das Wort ersetzt, jedes Mitglied ist berechtigt, die Übersetzung gestellter Anträge richtig und nicht wie es hier drin ist, gefallener Anträge. Eine redaktionelle Änderung.

Angenommen

V. Verhandlungsgegenstände

Art. 46 und 47
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 48
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Heinz: Ich habe mir eigentlich ursprünglich vorgenommen, bei Artikel 48, bei den Anfragen, einen Antrag zu stellen, dass man hier auch ein Quorum einführen sollte wie bereits vorne bei den Aufträgen. Das würde eigentlich ein bisschen die Papierflut eindämmen, aber andererseits sehe ich auch, dass dann gewisse Leute eingeschränkt sind. Gegenüber früher haben wir jetzt das neue System der Fragestunde, die jetzt plötzlich sehr gut funktioniert. Am Anfang hat sie nicht funktioniert. Da wäre hier eine Möglichkeit gewesen, wenn man gesagt hätte, mindestens 15 Ratsmitglieder oder eine Kommission als Kommissionsauftrag oder so zu überweisen. Ich möchte aber trotzdem vielleicht nur so ein bisschen den Puls fühlen, ob da jemand Lust hätte, dass wir hier eine Beschränkung einführen. Sollte das nicht der Fall sein, dann lasse ich meinen Antrag liegen.

Angenommen

Art. 49 - 52
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 53 Abs. 1
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 53 Abs. 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Redaktionelle Änderung:
…zu Lasten des Kantons gewähren…

Zegg; Kommissionssprecher: Es ist sehr einfach, an Stelle von „eintreten lassen“ kommt das Wort „gewähren“.

Angenommen

Art. 54 – 56
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 57
Antrag Kommissionsmehrheit (10 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme, Sprecher: Jaag)
Zweiten Satz einfügen:
Dabei sind die Fraktionen in der Regel entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen.

Zegg; Kommissionssprecher: Hier im Artikel 57 ist es sehr einfach formuliert, die Kommissionsmehrheit möchte es auch so. Grossrat Jaag stellt einen Antrag, dass bei allen diesen Ämtern in der Regel die Stärke der Fraktion zu berücksichtigen ist. Das ist gar nicht machbar, weil viele solcher Präsidien werden innerhalb der Regierung vergeben, die das weitgehend selber organisiert, auch bei den Gerichten ist es so. Und im Grossen Rat ist es die politische Verantwortung der hier gewählten Vertreter, die diese Wahlen vornehmen. Und die werden das auch richtig wahrnehmen. Die Kommissionsmehrheit bleibt also bei Art. 57, so haben wir es bisher gehandhabt und es ist kein Bedarf, hier Änderungen vorzunehmen. Jedenfalls ist der Antrag Jaag, der hier gestellt wird, nicht nachzuvollziehen.

Jaag. Laut Minderheitsantrag soll der Artikel 57 um einen zweiten Satz erweitert werden, der lautet: „Dabei sind die Fraktionen in der Regel entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen.“
Im Artikel 57 wird aufgezählt, welche Wahlgeschäfte der Grosse Rat abzuwickeln hat. In unserem Parlament, das aus Mitgliedern verschiedener Parteien zusammengesetzt ist, gilt es als selbstverständlich, dass auch Mitglieder aus allen Fraktionen für diese Posten nominiert werden können. In den meisten Fällen entspricht die Parteienverteilung der Gewählten auch ihrer zahlenmässigen Stärke im Parlament. Aber es gibt auch zwei wichtige Ausnahmen zur Erinnerung. Die SP-Fraktion bleibt seit Jahren ohne Mandat im Bankrat und der Turnus, der die ordentliche Besetzung des Standespräsidiums regeln sollte, übergeht immer wieder den berechtigten Anspruch unserer Partei. D.h. in diesen zwei genannten Bereichen wird eine einzige, logischerweise die kleinste Gruppe im Grossen Rat, eklatant übergangen und geht leer aus. Die SP-Fraktion verfügt heute über 14 reguläre Grossratssitze. Alle ihre Mitglieder beachten die Regeln, die ihnen als Mitglieder des Grossen Rats auferlegt sind. Sie halten sich zudem alle daran, an den Sitzungen korrekte Kleidung zu tragen, welche die Würde des Parlaments respektiert. Sie beteiligen sich sehr aktiv an der Meinungsbildung und verfügen mit heutigem Datum mindestens soviel mir bekannt ist, alle über einen einwandfreien Leumund. Es ist nicht akzeptabel, dass ein Parlament in einem zivilisierten Staat

Graubünden so mit seiner Minderheit umspringt. Auch ich bin der Meinung, dass die Wahl des Standespräsidenten, der Standespräsidentin eine Persönlichkeitswahl sein soll. Wenn aber der Präsident der vorberatenden Kommission in Zeitungsinterview einen klar geregelten Anspruch der SP aufs Standespräsidium öffentlich mit der Feststellung ablehnt, eben die Standespräsidentinnenkür sei halt eine Persönlichkeitswahl und damit suggeriert, die SP sei dafür nicht geeignet, dann wirkt diese Aussage arrogant und bestärkt meinen Eindruck, wonach unsere Minorität in vollem Bewusstsein und willentlich übergangen werden soll. Die Ergänzung von Artikel 57 zielt darauf ab, diese Ungerechtigkeit zu beheben. Die richtige Stelle, wo diese Korrektur hingehört, ist gemäss den Juristen der Standeskanzlei, genau hier im Art. 57. Ich bitte alle, die in diesem Sinn der Meinung sind, dass sämtliche im Grossrat vertretene Fraktionen entsprechend ihrer Sitzzahl auch für die Besetzung der Mandate mitberücksichtigt werden sollen, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen.

Zegg; Kommissionssprecher: Ich möchte meine Ausführung präzisieren. Der Antrag Jaag ist in Bezug auf das Präsidium der Regierung sehr schwierig, weil die Regierung konstituiert sich weitgehend selber. Wir können allenfalls den wählen, den die Regierung vorschlägt. Und ansonsten habe ich schon ein gewisses Verständnis für Grossrat Jaag vor allem von den Erfahrungen her vom Bankrat. Aber ich vertrete die Kommissionsmehrheit und die beantragt diesen Antrag abzulehnen.

Hardegger: Ich möchte Ihnen beliebt machen, den Antrag Jaag, den Minderheitsantrag, zu unterstützen. Ich habe mich diesbezüglich in Bezug auf die Minderheiten schon früher geäussert. Was spricht inhaltlich dagegen, die Parteien bei der Besetzung z.B. des Standespräsidiums oder in den Bankrat, in der Regel entsprechend ihrer Stärke gemäss Antrag Jaag zu berücksichtigen. Ich persönlich finde keinen sachlichen Grund, welcher dagegen spricht. Die Berücksichtigung des Antrages Jaag ist meines Erachtens als ein Bekenntnis zur Vielfältigkeit einer gelebten politischen Kultur zu werten. Wir haben heute längere Zeit über die grossrätlichen Kommissionen gesprochen, deren Zusammensetzung ebenfalls auf der Parteienstärke beruht und von uns als selbstverständlich und richtig angesehen wird. Warum soll dies in der Frage des Standespräsidiums, respektive des Bankrates nicht gelten. Unter gelebter, politischer Kultur verstehe ich insbesondere auch die Berücksichtigung von Minderheiten. Ich rufe Ihnen in Erinnerung, dass wir uns als Schweiz oder als Kanton Graubünden auf internationaler, beziehungsweise auf nationaler Ebene in verschiedener Hinsicht als Minderheit oder gar als Sonderfall verstehen. Wir nehmen es als selbstverständlich hin, dass unsere Anliegen auf nationaler Ebene gehört und berücksichtigt werden. Die Porta Alpina ist ein gutes Beispiel dafür. Warum soll dieses Prinzip der Berücksichtung von Minderheiten im Grossen Rat hier nicht gelten? Alle Personen in diesem Saal bemühen sich darum, ihre Kräfte zum Wohl unserer Kantonseinwohner einzusetzen. Ich denke, dass dies im Zusammenwirken aller Parteien inklusive SP auch gut gelingt. Ich bin Ihnen allen auch sehr dankbar dafür, dass wir uns in diesem Parlament auf einer sachlichen Ebene bewegen und unsere Kräfte nicht in unnötigem Parteigeplänkel vergeuden.
Persönlich ist mir die Einbindung aller politischen Kräfte in unserem Kanton ein grosses Anliegen. Der Antrag von Ratskollege Jaag ist ausgewogen. Er wünscht eine Berücksichtigung aller Parteien in der Regel entsprechend ihrer Stärke. Diese Formulierung bedeutet praktisch nicht, dass die SP alle vier Jahre das Standespräsidium stellen wird. Nach der heutigen Konstellation dürfte dies vielleicht alle zehn Jahre der Fall sein. Den Antrag Jaag erachte ich als gerechtfertigt und es ist auch an der Zeit, diesen umzusetzen.
Liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Parteien, setzen Sie ein Zeichen und machen wir der bürgerlichen Parteien der kleinsten Fraktion ein Weihnachtsgeschenk.

Standespräsident Geisseler: Ich habe Ihnen beim Eintreten gesagt, das Ziel dieser Vorlage durch die Präsidentenkonferenz war nicht, das Rad neu zu erfinden, sondern insbesondere das, was geändert werden muss oder verbessert werden kann, auch zu verbessern. Darum haben wir auch diesen Artikel so von der alten Fassung übernommen. Und ein zweiter Punkt, warum wir diese Anregung nicht nach der Vernehmlassung hinein getan haben, ist auch relativ klar, weil die SP-Fraktion in der Vernehmlassung diese Anregung noch nicht gemacht hat. Also, im April 2005 ist von diesem Artikel nichts vorhanden. Ich sehe mich wieder etwas zurückversetzt in die Juni-Session. Verschonen Sie mich vor dem Aufzählen all dieser Argumente, warum dass man das so belassen sollte.

Augustin: Ich werde mit der Minderheit stimmen. Im Sinne, wie es Kollege Hardegger gesagt hat. Der Antrag der Minderheit ist ausgewogen, lässt durchaus Spielraum für Ausnahmen aus einer besonderen Situation heraus, der Sache heraus, aus einer besonderen personellen Situation durchaus auch. Alle Personen müssen nicht immer passen die man vorschlägt und vielleicht kann man einmal aus einer subjektiven Situation heraus sagen, nein, die gerade nicht.
Ich stimme Kollege Zegg nicht zu, wenn er sagt, man müsse für die Mehrheit sein, weil der Artikel auch das Regierungspräsidium mitumfasse und wir an sich nicht kompetent wären, darüber zu befinden. Selbstverständlich wären wir, wie das gestern die SVP-Fraktion im Bundesparlament versuchte, auch hier berechtigt, den obligaten Turnus für die Besetzung des Regierungspräsidiums aus guten Gründen, würde ich einmal sagen, nicht aus jenen, die gestern in Bern auf dem Tapet standen, anders zu entscheiden und vom normalen Turnus abzuweichen. Also, es sprechen meines Erachtens keine Gründe dagegen, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen. Er entspricht einem bewährten Umgang in diesem Staate mit Minderheiten, sie angemessen, aber ihrer Stärke dennoch entsprechend zu berücksichtigen. Er entspricht Überlegungen der Konkordanz und der Kollegialität, die wir ja derzeit wahrlich auf Bundesebene zur Genüge diskutieren dürfen und müssen.

Cavigelli: Ich bekenne mich natürlich zur Botschaft und zum Antrag der KWAS-Mehrheit. Ich glaube, es soll nicht der Eindruck hier entstehen, dass man ein schlechtes Gewissen bekommen muss, wenn man dem Minderheitsantrag von Christoph Jaag nicht folgt und zwar einfach aus der einfachen Überlegung, wie die Realität bisher war. Wenn wir uns überlegen, wie wir bisher die interessanten, die begehrtesten Posten verteilt haben, dann hat dies eben nach Konkordanz, nach Kollegialität funktioniert, in fast aller Regel. Ich erinnere an den Kommissionsproporz, weil wir gerade das Grossratsgesetz behandeln. Da haben wir nach einem strengen Schema nach Fraktionsstärke die Präsidien aufgeteilt. Die grösste Fraktion hat zuerst das Recht gehabt, eine Kommission auszuwählen, die Zweitgrösste, die Drittgrösste, die Viertgrösste. Die Restposten, die nicht gewählt wurden, hat-

ten wiederum in dieser Reihenfolge die grösste Fraktion, die nächstgrösste wählen können usw. Wir haben uns, ohne dass das irgendwie festgeschrieben worden ist, ganz streng danach gehalten, weil es einfach fair ist. Beim Standespräsidium haben wir im Grunde genommen uns auch die Mühe gegeben, in aller Regel einen Proporzschlüssel, sag ich mal, zu entwickeln. Dort ist es nicht ganz so einfach, durchaus auch nicht immer ganz geglückt, kann ich so sagen. Aber es besteht die Absicht, und ich glaube auch die Überzeugung von uns allen. Wenn wir dann bei den Richterwahlen angelangt sind, funktioniert es ebenfalls. Und selbst die Verteilung der Präsidien auf der Regierungsbank funktioniert eigentlich nach einem Kriterium, das nicht zu bestreiten ist. Ebenfalls haben wir den Vorschlägen und Vorstellungen der Usanz und auch natürlich den persönlichen Vorstellungen unserer fünf Regierungsmitglieder jeweils ohne Mühe folgen können. Es ist halt eben doch so, wie Grossrat Zegg gesagt hat, eigentlich sind es nur die Bankrats-Wahlen, die hier Stein des Anstosses bilden. Nicht ganz unverständlich, aber ich bin sogar hier der Überzeugung, dass man in diesem Rat nicht der Meinung ist, dass die SP vom Bankrat a priori ausgeschlossen werden sollte. Jedenfalls entspricht dies nicht meiner Meinung. Solange wir nämlich die Bankrats-Wahlen als politische Wahl pflegen, durch ein politisches Gremium, eines der politischsten Gremien, dem Grossen Rat, bestimmen, ist eine politische Vertretung, nach einem politischen Schlüssel durchaus auch zulässig. Wenn das nicht immer geklappt hat und vor allem in den vergangenen Jahren, dann aber auch grosse Polemik ausgelöst hat, so ist das auf verschiedene Gründe zurückzuführen, die hier nicht ausgebreitet werden müssen. Aber ich meine nicht, dass wir ein Gesetz nach einem Einzelfall schreiben müssen, wenn wir es mit einem schlanken Gesetz an sich auch gut geregelt haben und gut regeln werden. Ich fordere Sie auf, haben Sie kein schlechtes Gewissen, stimmen Sie, wie wir bisher Usanz gehabt haben, und folgen Sie der Mehrheit.

Casanova (Chur): Ich unterstütze den Minderheitsantrag. Es geht nicht um schlechtes Gewissen oder dergleichen, es geht darum, ob wir einer Minderheit einen Anspruch geben. Wie ist es heute? Heute ist das ganze System auf Goodwill aufgebaut. Ich mag mich erinnern, als es darum ging, das Standespräsidium der SP zu geben. Innerhalb der Fraktionspräsidentenkonferenz mussten Sitzungen abgehalten werden und dann wurde ein Papier kreiert, wonach nach einem komplizierten Schlüssel irgendwann die SP dann, wenn die andern Parteien das auch für genehm finden, Anspruch hätte auf das Standespräsidium. So kann es doch nicht sein. Unser Staatswesen ist geprägt von Konsens und Konkordanz. Überall, es wurde gesagt, fast überall leben wir dem Proporzgedanken nach. Er hat sich bewährt und ich meine, wir müssen hier konsequent sein und kehren wir ab vom Goodwill-system zum Anspruchsystem.

Meyer (Klosters): So wie ich das gehört habe, hat Ratskollege Cavigelli für mich sehr einleuchtend und umfassend dargestellt, dass es eigentlich das, dass was hier steht, die Usanz sei. Das habe ich so verstanden. In meiner Auffassung sind Gesetze dazu da die Usanz festzuschreiben. Also würde es absolut im Sinne der Usanz sein, wenn wir diesen Minderheitenantrag jetzt in einer sehr offenen Formulierung in aller Regel festschreiben würden. Das ist mein Rechtsverständnis.

Zindel: Wir haben heute einen historischen Entscheid gefällt. Wir sind heute Morgen wie ein Mann und eine Frau zusammengestanden. Einstimmig. Natürlich sind wir die, die unbequeme Fragen stellen, manchmal. Wir sind die, die vielleicht ein bisschen pubertär sind. Wir sind auch die, die vielleicht auch ein bisschen visionärer sind und der Zeit voraus sind. Wir sind die, die manchmal quer denken und manchmal die Bodenhaftung verlieren. Aber ich denke, über die ganze Legislatur gesehen, ist diese Stimme doch von Bedeutung gewesen und haben wir uns solidarisch eigentlich einbinden lassen und haben die Politik mitgetragen. Dass wir von unseren Berufen her zum Teil auf andere Resultate kommen, ein Theologe argumentiert und denkt manchmal anders, aber das sind Stimmen in unserem Kanton, die doch auch in die Politik eingebunden werden sollen. Nebenbei, ich habe jetzt gerade die Vernehmlassung vor mir. Da hat sich die SP-Fraktion sehr klar geäussert im Vorfeld. Und wissen Sie, Herr Standespräsident, wir müssen das Rad nicht neu erfinden, heute. Wir müssen das Rad nur dort, wo es noch eine Auswuchtung nötig hat, bis es rund läuft, korrigieren. Und wir nehmen heute wirklich eine Korrektur vom Goodwillsystem zum Anspruchssystem vor. In diesem Sinne ist es eine Bitte von uns, diese Gelegenheit jetzt auch historisch zu benützen.

Augustin: Nur eine ganz kurze Entgegnung. Nachdem wir heute Morgen schon bei Regierungsrat Engler an Weihrauch angelangt waren. Es schüttet Kollege Zindel natürlich schon ein bisschen gar starken Weihrauch auf die sozialdemokratische Tätigkeit aus. Ich erinnere ihn und seine Fraktion daran, dass die Sozialdemokratie heute, nicht gestern und vorgestern, aber heute, zu den grössten Bewahrern des Status Quo zählt. Zu den konservativsten Parteien dieses Landes.

Jaag: Ich glaube, der Worte waren genug. Es sind verschiedene gute Aussagen gemacht worden. Ich möchte Sie im Sinne dieser befürwortenden Voten ganz eindringlich bitten: Stimmen Sie der Kommissionsminderheit zu.

Zegg; Kommissionssprecher: Ja, das Wesentliche wurde ausgeführt. Sie haben die Voten alle gehört. Es gibt da nichts mehr zu sagen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsminderheit mit 53 zu 38 Stimmen zu.

Art. 58 und 59
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

VI. Geschäftsverkehr zwischen der Regierung und dem Grossen Rat

Augustin: Ich spreche generell zu diesem Kapitel Geschäftsverkehr zwischen der Regierung und dem Grossen Rat. Und zwar störe ich mich eigentlich schon seit Jahren daran, dass wir zwar die formellen Adressaten der Regierungsbotschaften, der Berichte, der Anträge sind. Und trotzdem zunächst einmal die Öffentlichkeit, d.h. die Presse, die Medien mit den entsprechenden Unterlagen bedient werden, während die eigentlichen Adressaten der verschiedenen Dokumente erst

Wochen später damit bedient werden. Ich möchte eigentlich der Regierung beliebt machen, im Geschäftsverkehr mit dem Grossen Rat, den Grossen Rat als Adressaten ihrer Botschaften, ihrer Anträge nicht nur formell, sondern auch materiell aufzufassen und entsprechend die Vorlagen erst dann der Öffentlichkeit zu präsentieren, wenn gleichzeitig die Mitglieder des Grossen Rates mit den Unterlagen bedient werden können. Wie das auch auf der eidgenössischen Ebene Praxis ist.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Wir werden uns in der Regierung bemühen, diesem Anliegen nachzukommen. Es gibt aber Situationen, da das nicht möglich ist. Einfach, weil gewisse Dinge veröffentlicht werden müssen. Aber wir werden uns bemühen. Ich kenne die Regelung im Bund und ich denke, die macht durchaus Sinn. Ich kann Ihnen aber auch sagen, es ist nicht immer so, dass zuerst die Öffentlichkeit bedient wurde und dann der Grosse Rat. Es ist uns klar, dass Sie zu den ersten Adressaten gehören.

Art. 60 – 68
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

VII. Schlussbestimmungen

Art. 69 und 70
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 70
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Zegg; Kommissionssprecher: Bei Art. 70 hatten wir einen Eventualantrag. Der hat sich ja mit der heutigen Abstimmung erledigt.

Angenommen

Art. 71 – 73
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Damit haben wir das Grossratsgesetz durchberaten. Möchte jemand auf einen Artikel zurückkommen? Das scheint nicht der Fall. Dann kommen wir zur Geschäftsordnung des Grossen Rates. Wir werden über das Gesetz am Schluss abstimmen. Zusammen mit der Geschäftsordnung.

Geschäftsordnung des Grossen Rates

I. Allgemeines

Art. 1 Abs. 1 lit. a, b, c, e und f
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Zegg; Kommissionssprecher: Hier hatte ursprünglich Grossrat Hess einen Antrag gestellt. Er wurde aber, wie Sie dem Zusatzprotokoll entnehmen können, zurückgezogen.

Angenommen

Art. 1 Abs. 2, 4, 5 und 6
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 1 Abs. 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Conrad: Ich tue mich relativ schwer mit viertägigen Sessionen. Deshalb beantrage ich Ihnen, den Absatz 3 folgendermassen abzuändern: „Der Grosse Rat tagt in der Regel maximal drei Tage."
Begründung: Die Dreitageregel gilt, soweit ich orientiert bin, bereits heute. Tatsache aber ist, dass sehr viele Sessionen in der Regel nur zwei Tage oder aber vier Tage dauern. Und das ist nicht gut so. Der Grosse Rat ist ein Milizparlament, d.h. der überwiegende Teil unseres Rates ist auch beruflich zu 100 Prozent engagiert und hat dementsprechend auch einen ohnehin dicht gefüllten Terminkalender. In Artikel 1 Absatz 1 ist klar geregelt, wann die sechs jährlichen Sessionen beginnen. Ob sie aber zwei, drei oder gar vier Tage dauern, das ist im Voraus nicht bekannt. Für die Terminplanung der Grossrätinnen und Grossräte bedeutet dies nichts anders, als dass sie für die Sessionen jeweils im Voraus sicherheitshalber vier Tage reservieren müssen. Für berufliche stark engagierte Ratsmitglieder – und solche gibt es in diesem Rat etliche – ist es meiner Meinung nach eindeutig zuviel und sprengt den Rahmen der Belastbarkeit. Dass die zu behandelnden Geschäfte nicht immer gleich wichtig oder gleich gross oder gleich dringlich sind, das ist mir durchaus bewusst. Und dass alle Geschäfte nicht immer im gleichen Zeitrahmen verhandelt werden können, ist auch klar. Auf der anderen Seite finde ich aber, dass wenn einmal ein Geschäft z.B. eine Gesetzesrevision um zwei Monate verschoben werden müsste, dass dann die Welt deswegen auch nicht untergehen würde. Auch hier ist Flexibilität gefragt. Und zwar auf beiden Seiten. Bei der Ratsführung sowie auch bei den Ratsmitgliedern. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Miliztauglichkeit des Grossen Rates in Zukunft stärken wollen, dann unterstützen Sie bitte meinen Antrag.

Antrag Conrad
Wie folgt ändern:
Der Grosse Rat tagt in der Regel maximal drei Tage.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Ich bin mir bewusst, dass ich eigentlich nicht sprechen darf, weil es Ihre Geschäftsordnung ist. Und der Vizepräsident der Kommission hat es heute Morgen deutlich gesagt, es geht die Regierung an sich nichts an. Aber ich möchte mich trotzdem melden und mich gleich auch noch entschuldigen. Und zwar, weil es uns als Regierung wirklich ein Anliegen ist, dass sie sich genügend Zeit einräumen, um die Geschäfte zu behandeln, die noch anstehen. Und wenn Sie jetzt eine solche Formulierung akzeptieren würden, wie das vorgeschlagen wurde von Grossrat Conrad, dann kann ich Ihnen einfach sagen: Sie werden das nicht einhalten können. Auch wenn Sie das nun so genehmigen und so verabschieden. Wir haben eine grosse Serie von Geschäften, die in den nächsten zwei Jahren anstehen. Die hängen nicht zuletzt damit zusammen, dass wir den neuen Finanzausgleich umsetzen und in unserem Kanton ungefähr 30 Gesetze anpassen müssen. Wir haben andere grosse Projekte, so den Finanzausgleich unter den Gemeinden, den interkommunalen Finanzausgleich. Wir haben Steuervorlagen, wir haben zahlreiche andere Vorlagen. Und Sie machen uns ja gelegentlich den Vorwurf, dass Sie nicht genügend informiert seien, nicht genügend Zeit hätten zu diskutieren, man auch nicht abändern könne, keine zweiten Lesungen möglich seien. Berechtigte Vorwürfe zum Teil. Aber wenn Sie jetzt hingehen und sagen, sie wollten sich die Zeit gar nicht nehmen, um all diese Vorlagen gründlich zu diskutieren, dann stossen Sie uns gleichzeitig an und bremsen uns wieder. Also, das kann es ja nicht sein. Ich möchte Sie wirklich bitten, gestehen Sie sich ein, dass es in den nächsten drei Jahren immer wieder zu Sessionen kommen wird, die vier Tage dauern werden. Wir haben für diesen Kanton sehr wichtige Vorlagen zu beraten. Wenn Sie die Zeit dann nicht brauchen, wenn Sie in drei Tagen fertig werden, ist dies ja kein Unglück. Aber wenn Sie sie brauchen, nehmen Sie sich diese Zeit und machen Sie uns nicht im Nachhinein den Vorwurf, man hätte gewisse wichtige Geschäfte nicht genügend diskutieren können. Ich möchte Sie wirklich darum bitten, bei der Fassung, wie sie Ihnen von der Kommission beantragt wird, zu bleiben.

Zegg; Kommissionssprecher: Die Kommission hat sich mit diesem Begehren auch befasst. Und wir haben darüber auch kurz diskutiert. Grossrat Conrad, seine Ausführungen sind schon verständlich für viele, die feste Termine haben. Aber wir sind hier in erster Linie um diese Geschäfte hier wahrzunehmen von der Regierung. Die kann man nicht immer so genau traktandieren im Voraus. Man weiss nicht, wie hoch die Geschäftslast ist. Wir haben uns in dem Prinzip danach zu richten. Aber ich gehe davon aus, dass sich das selber regeln wird. Sie haben gesehen, Sie haben diese Geschäfte die im nächsten Jahre kommen, bis im August 2007, liegen bereits vor. Man kann sich also sehr gut einteilen und organisieren, dass wird sicher auch die Präsidentenkonferenz vermehrt machen. Und dann wird sich dieses Problem weitgehend von selbst regeln. Aber wir sind hier um diese Geschäfte zu erledigen und wir müssen uns nach den anfallenden Geschäften richten. Es ist anders gar nicht möglich. Hier unterstütze ich die Ausführung der Regierungspräsidentin voll und ganz. Ich möchte auch noch einmal sagen, ich wurde vielleicht falsch verstanden, wir leben von einer distanzierten Partnerschaft mit der Regierung. Daran halten wir uns.

Butzerin: Ich möchte meiner Frage noch eine Bemerkung voraus schicken und die ist, dass ich nicht Jäger bin. Die Frage, die ich jetzt stelle, die wurde mir beigeschoben von einem Mitglied des Grossen Rates, welches übrigens auch nicht Jäger ist. Ich spreche zu litera e und da geht es um die Ansetzung der Session im August. Meistens ist es so, dass die Session im August, wenn sie nach diesem Muster angewendet wird, noch ein bisschen in den September hineingeht. Ich habe das in den Kalendern und auch fortführenden Kalendarien nachgeschaut und Sie wissen ja, dass das Jagdgesetz revidiert wird und man gedenkt ja hier, die Jagdzeit vorzuverlegen. Und ich frage nun die hier anwesenden Jägerinnen, wenn es solche hat, und Jäger zumindest, ob sich das gegenseitig nicht irgendwie beeinträchtigt. Denn die Bündner Jagd geniesst ja in diesem Kanton einen sehr grossen Stellenwert. Und ich habe in der eigenen Fraktion schon festgestellt, dass wenn man Fraktionssitzungen anberaumt, oftmals Jäger eben sagen, wir sind jetzt auf der Jagd. Ich sage Ihnen auch noch, es ist so, dass Kollege Stiffler, der heute nicht anwesend sein kann, mich einmal beauftragt hat, ob ich diese Frage hier stellen würde. Wahrscheinlich im Hinblick darauf, dass er vielleicht eben dann im September Hirsche zu zerlegen hätte. Aber ich denke, dass das beantwortet werden kann und ich werde auch keinen Antrag stellen diesbezüglich.

Jäger: Butzerin ist nicht Jäger. Jäger heisst Jäger. Jäger hätte Butzerin unterstützt. Butzerin stellt keinen Antrag. Ich kann mich darum kurz fassen. Ich möchte nur zur Entschuldigung von Frau Regierungspräsidentin, dass sie sich zu Wort gemeldet hat, etwas sagen. Frau Regierungspräsidentin, Sie brauchen sich nicht zu entschuldigen. Artikel 44 Absatz 3 unserer Kantonsverfassung sagt: „Die Mitglieder der Regierung nehmen in beratender Funktion an den Sitzungen des Grossen Rates teil und können Anträge stellen." Ich bin froh um Ihren Rat. Ich bitte dem Rat, dem Rat von Frau Widmer zuzustimmen.

Pfister: Ich habe eine Verständigungsfrage zum Antrag Conrad, da ich nicht Jurist bin. Ist es nicht das Gleiche, ob da steht, dass der Grosse Rat in der Regel maximal drei Tage oder drei Tage tag, sondern weil das Problem „in der Regel" ist. Müsste man, wenn man nur drei Tage tagen will, dann nicht sagen: „Der Grosse Rat tagt maximal drei Tage." Also, der Antrag, so wie er gestellt ist, stellt für mich keine Änderung dar. Kann mich da jemand aufklären?

Conrad: Ja, wenn es erlaubt ist. Ich bin auch der Meinung, dass viertägige Sessionen durchaus möglich sind. Auch mit meiner Formulierung. Aber ich möchte die Ratspräsidenten auffordern, mehr dreitägige Sessionen durchzuführen damit wir diese nicht brauchen. In Ausnahmefällen ist dies durchaus möglich. Im Übrigen bin ich auch der Meinung, dass wenn mehrere dreitägige Sessionen durchgeführt würden, dass dann vielleicht die Geschäfte ein bisschen zügiger behandelt würden. Das würde diesem Rat auch sehr gut antun.

Brunold: Als Vizepräsident der Bündner Jägergewerkschaft möchte ich doch auch noch das Wort im Zusammenhang mit Artikel 1 litera d. Wir beginnen hier am Mittwoch, aus welchen Gründen auch immer. Ich denke es ist wegen der Standespräsidentenfeier. Aber das Jagdgesetz steht zurzeit in Diskussion, im Zusammenhang, dass eine Flexibilisierung eingeführt werden soll. Und diese Flexibilisierung heisst, die Jagd findet im Monat September statt. Die Meinung geht dahin, dass die Jagd bereits am ersten September losgeht. Und

somit stelle ich den Antrag, die litera d um eine Woche vor zu verschieben.

Art. 1 Abs. 1 lit. d
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Antrag Brunold
Wie folgt ändern:
d) am Mittwoch nach dem dritten Sonntag des Monats August (Augustsession)

Standespräsident Geisseler: Zum Antrag Brunold: Ich bitte Sie, diesen abzulehnen. Ich durfte an den Sitzungen der KWAS teilnehmen. Und die KWAS hat versucht und versucht, ein besseres System zu erfinden als jetzt in der Gesetzesvorlage ist. Die KWAS hat geübt und geübt, hat letztlich einen Vorschlag geboren und diesen jetzt zurückgezogen. Also, wir möchten ja gerne die Ferienzeit vermeiden, wir möchten gerne aktuell politisieren, d.h. diese sechs Sessionen gleichmässig verteilt aufs ganze Jahr abhalten, und dann müssen wir einfach Kompromisse eingehen und da können wir nicht auf alle Rücksicht nehmen. Also, Frühlingsferien, Nordbünden kennt eher April, die Feriendestinationen kennen eher die Maiferien. Da können Sie machen, was Sie wollen, irgendwer wird beschnitten. Ich habe sehr grosse Achtung vor den Jägern, aber ich meine, es sind auch nur noch 5500 und nicht alles Grossräte, die auf die Jagd gehen. Also, ich bitte Sie bei der Version, wie sie in der Botschaft ist, zu verbleiben betreffend Antrag Brunold. Zudem gehe ich davon aus, dass nicht jeder Jäger drei Wochen auf die Jagd geht. Also wenn die Jagd eher etwas vorgezogen wird, wird er sich auf andere Jagdtage konzentrieren.
Zum Antrag Conrad: Erlauben Sie auch mir hier einige Bemerkungen zu machen. Ich persönlich bin der Meinung, dass ich vom Volk gewählt bin und die Aufgabe habe, mein Mandat im Grossen Rat so zu erfüllen, wie es die Geschäftslast erfordert. Grossrat Conrad, Sie können versichert sein, die Präsidentenkonferenz bemüht sich sehr stark, diese Regel von drei Tagen einzuhalten. Als Christian Möhr noch Präsident war, hatten wir sogar mal einen schriftlichen Verkehr mit der Regierung wo wir uns beschwerten, wo wir auch dieses Anliegen anbrachten bei der Regierung. Wir haben das mit der Regierung besprochen. Es ist einfach so. Es kann nicht alles so schön gleichmässig aufgegleist werden. Die Präsidentenkonferenz hat ja beispielsweise für diese Session die Geschäftsordnung sehr grosszügig ausgelegt und sämtliche Vorstösse gekippt. Also wir behandeln ja diese Session keine Vorstösse, weil, Sie können mir glauben, wir haben davon gesprochen, diese Session mit der ganzen Geschäftslast möglicherweise auf fünf Tage auszuweiten, was sicher nicht möglich gewesen wäre so kurz vor Weihnachten. Jede Grossrätin und jeder Grossrat hat noch einen Job. Einen Hauptsponsor, wo die Leistungen auch erbracht werden müssen. Aber bereits diese grosszügige Auslegung der Geschäftsordnung hat auch etwas Wirbel und Unmut im Vorfeld dieser Session gebracht. Also nochmals Kollege Conrad. Wir geben uns Mühe. Wir möchten uns danach richten. Die Unbekannte ist immer wie lange das Parlament parlieren will.

Bär: Ich stelle fest, dass unser Standespräsident wirklich nicht viel von der Jagd versteht. Die ersten Tage der Jagdzeit sind die wichtigsten. Und darum möchte ich natürlich Kollege Brunold unterstützen. Wenn ich den Kalender anschaue, dann sehen wir, 2006 wäre nach der Version gemäss Botschaft der 30. August Beginn. Wenn wir eine Woche vorverschieben, dann ist das der 23. August. Und die Ferienzeit von den Schulen enden in der Regel, jetzt in diesem Fall, um den 20., 21. August und betrifft die Ferien nicht. Ich möchte Sie also bitten, dem Antrag Brunold zuzustimmen und die Session eine Woche vorzuziehen.

Portner: Mit Freude habe ich den Hilfeschrei von Grossrat Pfister vernommen, dass die Juristen gefragt sind. Normalerweise sind sie nicht unbedingt gefragt. Es ist eigentlich vorweg kein juristisches Problem, aber es könnte zu einem werden. Nämlich wenn man es auslegen müsste. Und beim Auslegen gibt es verschiedene Regeln, die ich hier nicht aufzählen möchte. Gehen wir davon aus, dass das heissen würde maximal drei Tage, dann wäre es klar. Es ist nach oben limitiert, mehr gibt es nicht. Nehmen wir das „maximal“ hinzu, oder nein, „in der Regel maximal drei Tage“ schmeckt es danach, dass man eben einen Deckel will. Das kann man daraus ableiten, wenn man sagen würde „mindestens drei Tage“ wäre es nach oben offen. Wenn es „in der Regel mindestens drei Tage“ wären, dann ist es auch nach oben offen. Aber es schmeckt danach. Es könnte so rauskommen bei einem Streit, dass man sagen würde, mehr als drei Tage gibt es nicht. Also bin ich auch der Meinung, man sollte das Maximal weglassen.

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Grossrat Conrad, ist das für Sie ein Antrag oder ist das mehr eine Protokollerklärung, wo Sie Ihren Willen kundtun wollten?

Conrad: Das ist ein Antrag.

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Das ist ein Antrag. Können Sie mir den nochmals wiederholen wie er genau heisst.

Conrad: Also, der Antrag lautet: „Der Grosse Rat tagt in der Regel maximal drei Tage.“

Zegg; Kommissionssprecher: Ich bitte Sie, an diesem Gefüge der Sessionstermine nichts zu ändern. Es ist sehr, sehr schwierig, hier Änderungen vorzunehmen, weil irgendwem passt es immer schlecht. Und irgendwelchen passt's dann wieder. Es ist sehr schwierig. Ich würde das so belassen. Wir haben das in der Kommission diskutiert. Es ist fast nicht möglich, etwas zu ändern hier. Man kann auch nicht auf eine kommendes Gesetzes hin heute schon einen Termin ändern. Das wissen wir noch gar nicht wie und wann das Gesetz kommt. Ich bitte Sie also, die Anträge Brunold und Conrad abzulehnen und hier der Kommission zu folgen und auch der Meinung der Präsidentenkonferenz. Die Probleme werden sich von alleine lösen. Es gibt bessere Koordination und wir dürfen diese Session nicht vergleichen mit den normalen. Wir haben sehr viele Geschäfte jetzt gehabt im Zusammenhang mit der neuen Kantonsverfassung. Und die Geschäftslast wird sicher abnehmen. Ich bitte Sie also die Anträge abzulehnen und hier der Kommission zu folgen.

Standespräsident Geisseler: Grossrat Bär, Sie erlauben mir eine Antwort auf Ihre Anschuldigung. Ich muss das gestehen. Ich verstehe wirklich nichts von Jagd. Ich sehe das Wild sehr gerne in der Natur oder dann direkt auf dem Teller. Diesen Zwischenschnitt benötige ich nicht. Aber einfach auf

Ihre Unterstützung des Antrages Brunold. Es ist richtig, Ende August, diesen Termin, den Sie genannt haben, dann ist noch nicht Jagd. Und die Schulzeit hat begonnen. Aber denken Sie auch daran, dass es eine gewisse Vorbereitung bedarf für die Sessionen. Auf die Jagd auch. Dass zehn oder 14 Tage vorher Fraktionssitzungen stattfinden. Und dann sind wir mit der Vorbereitung wieder sehr nahe, wenn nicht direkt in den Schulferien. Darum nochmals meine Bitte, mein Nachdoppeln an Grossrat Zegg. Belassen Sie es bitte so wie es jetzt ist. Es ist nicht so schlecht.

Abstimmung zum Antrag Conrad
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Präsidentenkonferenz mit 78 zu 9 Stimmen zu.

Abstimmung zum Antrag Brunold
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Präsidentenkonferenz mit 65 zu 20 Stimmen zu.

Art. 2 und 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 4
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Noi: Bei meiner Anfrage geht es nur um eine Zahl in Artikel 4. Statt 20 Tagen vor der Session sollten die Unterlagen 30 Tage vor der Session den Abgeordneten zugestellt werden. Der Grund meines Antrags liegt auf der Hand. Mit zehn Tagen mehr haben die Parlamentarier die Möglichkeit, die Materie besser zu vertiefen, Informationen einzuholen, Akten sorgfältig zu studieren usw. Zeit ist für ein Milizparlament – Abgeordnete haben einer Arbeit nachzugehen, eine Familie zu betreuen – ein wichtiger Faktor. Darum sind zehn Tage mehr, meiner Meinung nach, angebracht. Ich habe gestern angetönt, dass ich in Bern war an einer Parlamentariertreffen. Und ich muss sagen, ich war erstaunt feststellen zu dürfen oder zu können, dass wir in der Schweiz ein gemeinsames Problem haben als Parlamente. Also, es scheint so, dass wir in der Schweiz starke Regierungen haben und schwache Parlamente. Und ich glaube, dass wer seit einiger Zeit in diesem Saal sitzt, kann sicher nicht bestreiten, dass wir eine starke Regierung haben, um nicht zu sagen, eine sehr starke Regierung. Und dann, was macht man, wenn jemand stark ist und auf der anderen Seite, was macht derjenige, der auf der anderen Seite steht? Er hat nur eine Möglichkeit. Er hat nur die Möglichkeit, fachkompetent zu sein. Ich muss auch sagen, es ist nicht nur die Regierung stark, es ist auch die kantonale Verwaltung. Und zusammen sind Sie noch eine relativ grosse Macht. Also ich glaube, das ist eine Aufgabe von einem Parlament, dessen Mitglieder Bedingungen zu geben, dass sie argumentieren können. Das sie stark werden können und das kann man nur durch die Vorbereitung und durch das Wissen. Darum bitte ich Sie, diesem Antrag Folge zu leisten.

Antrag Noi
Wie folgt ändern:
…mindestens 30 Tage…

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Wenn ich nun die Sicht der Regierung vertreten darf, bin ich froh. Wir haben sehr enge Termine, auch wenn wir 20 Tage vorher zustellen. Ich möchte Ihnen z.B. die Budgetbotschaft in Erinnerung rufen oder auch die Rechnung. Da haben wir schon eine riesige Übung, dass wir es überhaupt schaffen, diese 20 Tage vorher zuzustellen, und zwar weil wir gewisse Abläufe einhalten müssen, GPK usw. Dann müssen wir auch gewisse Fristen einhalten. Wir machen die Budgets Ende August, Anfang September. Die Einhaltung einer Frist von 30 Tagen ist hier nicht möglich. Es gibt sicher Geschäfte, die kann man durchaus 30 Tage vorher zustellen. Da bin ich einverstanden. Aber es gibt auch einige, da schaffen wir das nicht. Und mit Ihrer Formulierung wären wir ja verpflichtet, in der Regel diese 30 Tage einzuhalten. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir uns bemühen werden. Aber wir werden das in einigen Fällen eben wirklich nicht hinkriegen.

Zegg; Kommissionssprecher: Ich habe diesen Antrag erst jetzt erhalten. Die Kommission hat sich nicht damit befasst. Also ich kann nicht im Namen der Kommission sprechen. Aber ich persönlich sehe, das ist nicht möglich, diese Termine zu erfüllen. Die 20 Tage, auch da ist schon ziemlich Druck drauf, dass man das machen kann. Von meiner Warte aus, müsste dieser Antrag abgelehnt werden. Aber ich würde neben der Meinung der Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf noch die Meinung des Vertreters der Präsidentenkonferenz hören.

Standespräsident Geisseler: Wir haben diese Anträge von Grossrätin Noi nicht besprochen in der Präsidentenkonferenz. Ich habe aber einige Gespräche geführt. Jetzt besonders mit der Standeskanzlei. Die Botschaften erhalten wir an und für sich normalerweise früher als diese 20 Tage. Ich meine, es gehört auch ein gewisses Zeitmanagement dazu. Man weiss, wann die Sessionen stattfinden. Man weiss, wann vorgängig die Fraktionssitzungen stattinden und dann muss man sich einrichten, wo die Vorbereitungszeit bleibt für sich entsprechend auf die Fraktionen und Sessionen vorzubereiten. Also, wir machen alle zwei Monate rund eine Session und ich meine, wir müssen der Verwaltung etwas Schnauf geben, wenn die eine Session beendet ist für die Vorbereitung der nächsten Session. Ich bitte Sie, diesen Antrag von mir aus persönlich, nicht im Namen der Präsidentenkonferenz, abzulehnen.

Noi: Also, ich habe jetzt gehört was die Regierungspräsidentin gesagt hat. Und wenn es wirklich unmöglich ist, dann komme ich sicher nicht hier und verlange unmögliche Sachen. Ich habe auch noch gedacht, vielleicht mit 25 Tagen. Aber so ist das Problem auch nicht gelöst. Das sehe ich ein. Also für mich, ich könnte mich auch zufrieden geben mit der Absicht der Regierung, die Unterlagen so früh wie möglich abzugeben. Also wenn dies möglich ist, dass wir die Unterlagen bekommen. Und ich verstehe, in Sachen Budget und so ist das nicht möglich, okay. Aber ich könnte so meinen Antrag zurückstellen. Ich kann das verstehen.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Diese Erklärung kann ich ohne Probleme abgeben. Wir bemühen uns und ich könnte jetzt auch verschiedene Beispiele aufzählen, wo wir weit mehr als 30 Tage eingehalten haben, Ihnen also die Botschaften schon zwei und drei Monate vorher zugestellt haben. Wir werden uns bemühen, das zu tun, aber es wird einige Fälle geben, wo das einfach nicht möglich sein wird.

Der Antrag Noi wird zurückgezogen.

Angenommen

Art. 5 und 6
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 7
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Augustin: Ich möchte beliebt machen, diese Formulierung betreffend Eides und Gelöbnisetwas konkreter zu fassen, weil sie für mich zu schwammig sind, beide Varianten, wenn wir nur schwören oder geloben, die Pflichten des Amtes nach besten Wissen und Gewissen zu erfüllen. Wir sind der Gesetzgeber. Vorbehältlich der Gesetzgebungskompetenzen des Volkes. Vorbehältlich der eingeschränkten Gesetzgebungskompetenzen der Regierung. Unsere nobelste Aufgabe ist es, die geltenden Gesetze, die geltende Verfassung einzuhalten. Und erst dann etwas Neues zu setzen, wenn wir das diskutiert haben und das entsprechend erlassen haben. Von daher meine ich, dass die Formel wie sie in Artikel 3 des Bundesversammlungsgesetzes geschrieben steht, die präzisere, die aussagekräftigere ist, die ich Ihnen beliebt machen möchte. Dort wird nämlich auch gesagt, dass man schwört oder gelobt, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten des Amtes gewissenhaft zu erfüllen. Bezogen auf unsere Geschäftsordnung, die nur leicht anders formuliert ist, das was ist, kann man durchaus lassen, würde es also wie folgt heissen in Absatz 1: „Die Formel des Eides lautet: Sie als gewählte Präsidentin beziehungsweise gewählter Präsident des Grossen Rates, als gewählte Mitglieder des Grossen Rates, schwören zu Gott," und jetzt den Einschub, „die Verfassung und die Gesetze zu beachten" und, jetzt fahre ich fort mit dem Text wie er schon dasteht, „alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen." Der Eid wird durch das Nachsprechen der Worte, und hier wiederum möchte ich ergänzt haben, nicht nur ich schwöre es, sondern „ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.", wie das eine übliche Eidesformel ist, die auch andere Parlamente im In- und Ausland kennen.
In Abs. 2 würde der erste Teil gleich lauten. Nämlich „geloben Verfassung und Gesetze zu beachten und alle Pflichten des Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen." Selbstverständlich würde der Zusatz bei dem Gelübde „so wahr mir Gott helfe" entfallen.

Antrag Augustin
Ändern wie folgt:
Abs. 1
…schwören zu Gott, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.
Abs. 2
…geloben, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

Marti: Grossrat Augustin, Sie sind ein wenig älter als ich und für mich tönt der Zusatz „so wahr mir Gott helfe" schon ein wenig veraltet, ehrlich gesagt. Also ich möchte Sie bitten, auf diesen Zusatz zu verzichten, weil er wirklich wahrscheinlich überliefert kommt von alten Schriften. Noch älter vielleicht als Sie.

Augustin: Nur ganz kurz. Also sicherlich ist die Formel so viel älter als ich. Nun heisst ja, dass etwas alt ist nicht, dass es schlecht wäre. Tradition würde ja bedeuten, das Feuer weiterzutragen. Und das empfinde ich, wenn ich diese Formel Ihnen beliebt mache. Ich möchte daran erinnern, dass ich vor wenigen Tagen nochmals diese Formel so gehört habe von der neuen deutschen Bundeskanzlerin. Wenn die antiquiert sind, können wir es durchaus auch wagen, einmal wertkonservativ zu sein.

Portner: Eigentlich bin ich auch ein kleiner Traditionalist, aber gelegentlich sollte man auch etwas entrümpeln. Hier wird alles ein bisschen mit dieser Formel, die mein Freund Vinci Augustin da vorschlägt, ein bisschen alles, auch wenn es im Bund so steht, durcheinander gebracht. Glaubenssachen, rationale Sachen, emotionale Sachen. Und dass man die Gesetze einhält, das ist eine Grundvoraussetzung. Es geht mehr darum, dass man nach bestem Wissen und Gewissen die Gesetze umsetzt. Das sind ja zwei Sachen. Sachverhalt und nachher wird das subsumiert usw. Und es gibt auch Gesetze, die wir gar nicht kennen. Also, dann würden wir ja fahrlässig irgendetwas machen und einer gegen den Eid fast verstossen, aber das ist auch wieder nicht möglich, weil einen fahrlässiger Verstoss gegen den Eid gibt es nicht. Also ich würde es so lassen wie es ist. Es ist kurz, prägnant, bewährt.

Zegg; Kommissionssprecher: Ja, wir haben in der Kommission diesen Antrag nicht behandelt. Ich sage aber, bleiben Sie beim Bericht, beim Bericht wie er ist. Und ich hätte persönlich keine grosse Mühe, hier Änderungen zu machen. Aber weil wir es nicht besprochen haben und nach dem Prinzip, ich muss die Kommission vertreten, So wie es im Bericht ist, glaube ich, ist es auch richtig. Und ich muss Sie deshalb bitten, den Antrag Augustin abzulehnen.

Janom Steiner: Eine Frage an Ratskollege Augustin. Was machen Sie, wenn Gott nicht hilft? Fühlen Sie sich dann nicht mehr gebunden an den Eid?
Nein, Spass beiseite. Aber ich denke auch im Sinne meines Vorredners, Kollege Portner, würde ich doch auch beliebt machen, es bei dieser Formulierung zu lassen.

Augustin: Gut, machen wir einen Kompromiss. Wenn wir schon die Brücke nicht zu Gott finden oder einige daran zweifeln, dass er tatsächlich dann hilft oder nicht wissen was zu tun wäre, wenn er nicht hilft, würde ich den zweiten Teil fallenlassen. So wahr mir Gott helfe. Und dann bleibt es bei der Ergänzung, dass wir den Schwur oder das Gelübde, auf die Einhaltung der Verfassung und Gesetze, etc. was schon das steht, machen würden.

Abänderungsantrag Augustin
Ändern wie folgt:
Abs. 1
…schwören, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Präsidentenkonferenz mit 54 zu 25 Stimmen zu.

Art. 8
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

II. Organisation

Art. 9 und 10
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 11 Abs. 1 - 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 11 Abs. Abs. 4 lit. i
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Wie folgt ergänzen:
…nach dem während der Amtsperiode die Sitze und die Präsidien in den Kommissionen auf die Fraktionen…
Angenommen

Art. 11 Abs. Abs. 4 lit. m (neu)
Antrag Kommissionsmehrheit (10 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht:

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme, Sprecher: Jaag)
Neue lit. m einfügen:
m) die Festsetzung des Turnus zwischen den Fraktionen bei der Bestellung des Standespräsidiums

Zegg: Die Kommissionsmehrheit möchte so belassen, wie es im Bericht formuliert ist. Keine Änderungen.

Jaag: Ich möchte zuerst meiner Freude Ausdruck geben, dass Sie in Artikel 57 meinem Minderheitsantrag gefolgt sind. Bezüglich dem Antrag hier, der steht eigentlich in direkter Konsequenz zum andern Antrag. Ich glaube Kollege Zegg hat sich da irgendwo noch verschaut. Es geht um die Formulierung: „Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere zuständig für" und da beantrage ich neu einen Punkt m noch einzusetzen, der da heisst: „die Festsetzung des Turnus zwischen den Fraktionen bei der Bestellung des Standespräsidiums".
Die Begründung: Es geht hier in diesem Punkt darum, dass alle Fraktionen in einem geregelten Turnus eingebunden werden, gemäss welchem die Nomination der Standesvizepräsidentin/Standesvizepräsident, respektive Standespräsidentin/Standespräsident erfolgen soll. Ich bitte Sie im Sinne des Minderheitsantrags der KWAS, der Präsidentenkonferenz in der Geschäftsordnung den klaren Auftrag zu geben, den Turnus für die Besetzung des Standespräsidiums festzulegen und danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Standespräsident Geisseler: Es stimmt, im Artikel 57 haben wir der Minderheit den Vorzug gegeben. Die Präsidentenkonferenz hat den Mehrheitsantrag unterstützt im Art. 57. Darum haben wir uns nicht speziell mit dieser Situation besprochen. Die Frage ist von mir aus, ist es überhaupt noch nötig, dass es hier geregelt wird, wenn vorne in Art. 57 bereits das so versprochen wird.

Pfenninger: Ich denke, es ist einfach keine Zuweisung, wer ist dann zuständig dafür, eben diesen Schlüssel zu erarbeiten, und von dem her denke ich, ist das eine Konsequenz aus dem Beschluss den wir im Artikel 57 getroffen haben. Und ich denke, dass das auch am richtigen Ort ist bei der Präsidentenkonferenz.

Zegg: Ja nachdem wir das in Artikel 57 anders geregelt haben, ist jetzt eine neue Situation. Mir spielt das keine Rolle, das ist nicht so von Bedeutung jetzt. Aber der Vertreter der Präsidentenkonferenz hat seine Meinung gesagt und ich kann mich dem anschliessen.

Cahannes: Ich habe noch etwas zu Artikel 11. In Art. 28 des Gesetzes haben wir beschlossen, dort heisst es: „Die Kommissionen können im Rahmen ihres Auftrages überdies" und unter lit. c: „aussenstehende Sachverständige zu Befragungen beiziehen oder bei ihnen Gutachten in Auftrag geben." Nun, wenn die Kommissionen Sachverständige beiziehen, können diese Sachverständige das entweder entgeltlich oder unentgeltlich machen. Wenn sie es gegen Entgelt machen, also wenn das Gutachten etwas kostet, dann meine ich, kommt Art. 11 lit. n zur Anwendung, wo es heisst: „Die Präsidentenkonferenz ist zuständig für die Kreditfreigabe an die Kommissionen für ausserordentliche Anwendungen".
Wenn die Gutachten nichts kosten, bin ich der Meinung, dass die Kommissionen das selbständig entscheiden dürfen und damit wäre dann lit. o obsolet, weil dort heisst es: „Die Ermächtigung der Kommission zur Einholung von Sachverständigengutachten". Und darum beantrage ich, diese lit. o zu streichen.

Antrag Cahannes
Art. 11 Abs. 4 lit. o streichen

Zegg: Dieser Antrag wurde erst nachträglich eingereicht. Die Kommission hat nicht darüber befunden. Ich bleibe beim Antrag der Kommission, so wie er im Bericht dargestellt ist.

Standespräsident Geisseler: Darf ich meine persönliche Meinung sagen? Das geht mir zu schnell, also ich bleibe bei der ursprünglichen Fassung.

Cahannes: Wenn wir bei der ursprünglichen Fassung bleiben, dann geht es nicht auf, dann ist es widersprüchlich. Wir haben Artikel 28 c des Gesetzes so beschlossen, dass die Kommissionen selber entscheiden dürfen. Und jetzt wollen wir in Artikel 11 litera o der Geschäftsordnung, dass man trotzdem die Präsidentenkonferenz fragen muss. Also, das geht nicht auf. Darum müssen wir litera o streichen. Die Gefahr ist ja dort, wo es etwas kostet, dort sollen wir fragen und dort soll man die Präsidentenkonferenz angehen, und das haben wir geregelt in litera n.

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Frau Cahannes, ich frage mich, warum hat man das dann nicht, wie Sie ursprünglich eingebracht haben, bei Artikel 28 geändert?

Cahannes: Weil ich's mir anders überlegt habe und für mich gesagt habe, die Kommissionen werden bevormundet, wenn sie Sachverständige beiziehen wollen, auch wenn es unentgeltlich ist, zur Präsidentenkonferenz springen müssen. Und darum habe ich's nicht bei Artikel 28 eingebracht, sondern will es jetzt streichen bei Artikel 11 litera o. Ich habe nichts beantragt und kann jederzeit dort meine Meinung auch ändern.

Abstimmung zum Antrag Cahannes
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Cahannes mit 55 zu 4 Stimmen zu.

Capaul: Ich glaube, Artikel 11 ist noch nicht bereinigt, wir haben in litera m noch einen Mehr- und Minderheitsantrag und niemand hat seinen Antrag zurückgezogen. Für mich ist es klar, dass man den Antrag von der Kommissionsminderheit zustimmen müssen. Aber die anderen, entweder wird er zurückgezogen oder wir müssen eine Abstimmung vornehmen.

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Also wir sind jetzt davon ausgegangen, dass das eine Folge ist, dass dieser Antrag obsolet wird. Darum ist das erledigt damit, oder?

Hardegger: Entschuldigung Frau Standesvizepräsidentin, wenn ich zurückkomme. Wer ist jetzt zuständig für die Festsetzung des Turnus? Ich denke eben, dieser Passus muss beim Artikel 11 eingefügt werden, damit klar ist, dass die Präsidentenkonferenz, das so festlegt. Oder liege ich da falsch?

Abstimmung zu Antrag Kommissionsminderheit zu Art. 11 Abs. 4 lit. m (neu)
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsminderheit mit 46 zu 5 Stimmen zu.

Art. 12 – 18
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 19 Abs. 1 lit. a, b, d, e, f, g, h
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 19 Abs. 1 lit. c
Antrag Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Antrag Kommission
Streichen:
Staatspolitik und

Loepfe: Wie ich es Ihnen bereits in der Eintretensdebatte angekündigt habe, bekämpfe ich den Antrag der Kommission in Artikel 19 Absatz 1 litera c, sowie in der Folge die litera i neu. Ich bitte Sie eindringlich diesem Antrag nicht zu folgen und bei der Botschaft zu verbleiben. Ich sehe nämlich wenig Sinn darin, einer unterbeschäftigten Kommission eine weitere hinzufügen. Damit erzielen wir zwar nominell, dass elf Grossräte mehr in ständigen Kommission sind. In der Strategiekommission und in einer eigenen staatspolitischen Kommission haben Sie aber nichts anderes eigentlich dann in der Regel als Namensgeber, die die meiste Zeit nichts tun dürfen oder tun können. Sie schaffen damit keine Remedur gegen das Zweitklassenparlament, dass Sie hier immer angegeben haben. Weil Sie einfach eine neue Art zweiter Klasse schaffen.
Lassen Sie mich zuerst auf die Situation der Strategiekommission eingehen, weil ich das als Präsident am besten kenne. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die wesentliche Aufgabe der Strategiekommission in der Vorberatung des Regierungsprogramms und des Finanzplans am Anfang einer Planungsperiode liegt. Also jeweils alle vier Jahre. Die Möglichkeit der Mitwirkung des Grossen Rates während der rollenden Umsetzung des Regierungsprogramms und des Finanzplans sind jedoch limitiert und beschränken sich eigentlich im Allgemeinen auf die Abgabe von Erklärungen des Grossen Rates im Rahmen des Landesberichtes und des Jahresprogramms. Die Geschäftslast der Strategiekommission ist somit nur am Anfang einer Planungsperiode in einem zweckmässigen Rahmen und erreicht während der folgenden vierjährigen Umsetzungsphase unbefriedigend niedrige Werte. Der Kommissionssprecher, Grossrat Zegg, hat hier diese zehn Sitzungen angeführt. Aber wenn Sie die zeitliche Verteilung dieser zehn Sitzungen anschauen, sehen Sie, dass sie zur ganz grossen Mehrheit nur in einem einzigen Jahr waren. Alle anderen folgenden Jahre fanden in der Regel zwei Sitzungen sicher statt pro Jahr, nämlich es war jeweils Landesbericht und es war Jahresprogramm. Nun könnte man sich natürlich vorstellen, dass man allenfalls die Strategiekommission, wenn sie denn so unterbeschäftigt ist und wir jetzt mehr ad hoc-Kommissionen machen, dass wir die Beratung des Regierungsprogramms und des Finanzplanes alle vier Jahre einer nicht ständigen Kommission übergeben. Dann braucht es aber die Strategiekommission nicht mehr. Die Vorberatung des Teils Erfolgskontrolle Jahresprogramm im Landesbericht und die Behandlung des Jahresprogramms der Regierung im Rahmen des Voranschlages könnte ohne wesentliche Zusatzlast aus meiner Sicht dann auf die Geschäftsprüfungskommission übertragen werden. Damit würden auch gewisse Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen diesen beiden Kommissionen entfallen. Ich möchte nun die Strategiekommission eben nicht auflösen. Ich finde das eine gute Institution und die Zusammenarbeit mit der Regierung war auch gut. Deshalb bin ich der Auffassung, dass die Strategiekommission stattdessen eben ergänzt werden sollte. Und zwar mit dem Teil Staatspolitik, wie das in der Botschaft auch im Original eben auch dargelegt ist. Dann haben wir eine Kommission, die über die ganze Zeit eine sinnvolle Auslastung hat.
Ich möchte Ihnen jetzt schon ankündigen, sollte der Antrag der KWAS auf eine Einsetzung einer zusätzlichen staatspolitischen Kommission Erfolg haben, werde ich mir erlauben, einen Antrag auf Abschaffung der Strategiekommission und auf die Übergabe deren Aufgabe an eine ad hoc-Kommission zu stellen. Dies ist so in der Strategiekommission abgesprochen und ich bin unterstützt von meinen Mitgliedern.

Lassen Sie mich nun auf eine eigenständige Kommission für Staatspolitik noch ganz kurz eingehen. Ich will Ihre Zeit nicht unnötig beanspruchen. Wenn Sie auf die Auslastung dort schauen, haben Sie mittelfristig ebenfalls eine Unterauslastung. Deren Haupttätigkeit ist nämlich im Bereich der Verfassungsänderung und der dazu gehörigen Anpassungen von Rechtserlassen im Bereich der Staatspolitik. Wenn Sie das Legislaturprogramm im Bereich der Rechtssetzung nehmen, so werden Sie schnell sehen, dass diese Kommission in Zukunft sehr wenig zu tun hat. Der Vorschlag der KWAS schafft in erster Linie zwei unterbeschäftigte Kommissionen. Wollen Sie das wirklich? Was unterscheidet Ihrer Ansicht nach ein unterbeschäftigtes Kommissionsmitglied von einem Nichtmitglied einer ständigen Kommission? Haben Sie dann wirklich etwas gegen das Zweitklassenparlament gemacht? Ich meine nein. Deshalb geben Sie der Vernunft den Vorzug. und bleiben Sie beim Vorschlag gemäss Botschaft. Stimmen Sie für eine ausgelastete Kommission für Staatspolitik und Strategie anstatt für zwei unterbeschäftigte Kommissionen mit unzufriedenen Mitgliedern.

Zegg: Hier geht es um einen ganz wesentlichen Punkt, den die Kommission Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik hier einfügen will. Das ist eigentlich ein Herzstück dieser Revision. Wir möchten diese ständige Kommission optimieren. Bisher hatten wir acht Kommissionen mit 85 Mitgliedern. Neu schlagen wir Ihnen neun ständige Kommissionen vor. Nämlich eine zusätzliche ständige Kommission für Staatspolitik, welche diesen Bereich von der KWAS übernimmt. Somit sind dann insgesamt 96 Parlamentsmitglieder in den ständigen Kommissionen, d.h. fast alle Mitglieder des Parlaments haben die Chance, in einer der ständigen Kommissionen Einsitz zu nehmen. Das ist nicht nur eine der Schlussfolgerungen laut der wissenschaftlichen Arbeit von Frau Lüthi-Blume, wie ich sie gestern zitiert habe in der Zeitschrift Parlament. Das löst auch weitgehend das Problem des Zweitklassenparlamentes, dass von beinahe allen Seiten von Ihnen in der Vernehmlassung kritisiert worden ist. Also, wenn Sie sagen, wir haben ein Zweitklassenparlament, dann müssen wir schauen, dass wir die ständigen Kommissionen erweitern, damit alle die Chance haben, es geht darum, dass Sie die Chance haben, in einer ständigen Kommission Einsitz zu nehmen. Und dann ist ja auch vorgesehen, es wurde jetzt erleichtert, dass man daneben noch ad hoc-Kommissionen bilden kann. Das wurde heute schon ausgeführt. Das wir damit auf dem richtigen Weg sind, zeigen die Bespiele anderer Kantone, wie ich Sie auch der Eintretensdebatte zitiert habe. So hat Basel-Land mit 89 Mitgliedern neun Kommissionen, Aargau mit 200 Parlamentsmitgliedern hat 14 Kommissionen, Luzern mit 120 Parlamentsmitgliedern hat zehn Kommissionen, Uri mit nur 64 Parlamentsmitgliedern hat acht Kommissionen, Zürich mit 180 Parlamentsmitgliedern hat zehn Kommissionen und sogar Appenzell Innerroden mit nur 49 Parlamentsmitgliedern hat sechs Kommissionen. Also alle anderen Kantone haben offenbar mit einer Anzahl von ständigen Kommissionen gute Erfahrungen gemacht.
Es ist durchaus nicht so, wie Herr Loepfe uns das darstellen möchte, dass die Strategiekommission oder die Kommission für Staatspolitik zu wenig Arbeit hätten. Wir in der Kommission KWAS können uns sehr gut vorstellen, dass sich die neue ständige Kommission Staatspolitik neben ihren normalen üblichen Geschäften, z.B. dem Projekt GRiforma widmet. Das GRiformaprojekt ist immer noch in der Pilotphase. Es wird von der Regierung und der Verwaltung als sehr positiv beurteilt. Im Grossen Rat herrscht aber eher Skepsis. Diese Skepsis rührt daher, weil nur wenige Vertreter des Grossen Rates, und zwar nur jene die im Steuerungsausschuss sind, GRiforma gründlich kennen und die Zeit gefunden haben, sich damit zu befassen. Was liegt also näher, als wenn die Präsidentenkonferenz diese Kommission Staatspolitik beauftragt, das GRiformaprojekt unter die Lupe zu nehmen? Und vielleicht auch, was nun eben der grosse Vorteil einer ständigen Kommission ist, dieses Projekt zu begleiten oder wie Altständerat Zimmerli sich über den Einsatz und Aufgabe der ständigen Kommission ausspricht, „ein proaktives parlamentarisches Controlling durchzuführen und dem Parlament darüber zu berichten, bevor der Grosse Rat über die definitive Einführung entscheidet.“ Also, eine ganz wichtige dauernde Aufgabe für die Kommission für Staatspolitik. Aber auch die Strategiekommission hat einen grossen Aufgabenbereich. Dieser erschöpft sich nicht in dem in Artikel 21 definierten Aufgaben im Zusammenhang mit der Finanzplanung, Regierungsprogramm und Koordination. Sondern sie kann auch Aufgaben im Sinne von Artikel 20 der Geschäftsordnung übernehmen. Dabei kann sie Strategien und Konzepte im Voraus entwickeln. Ich meine, die Geschäfte sind bekannt bis im August 2007. Sie kann z.B. eine Strategie über die zukünftige Energieförderung im Kanton entwickeln. Da haben wir ja in der Oktobersession einen Auftrag gehabt, Grossrat Montalta hat einen Auftrag da eingereicht. Darüber kann man ein Konzept machen. Sie kann in anderen Bereichen tätig werden, wo wir heute schon wissen, dass etwas auf uns zukommt, weil sie die Geschäfte schon zwei Jahre zum Voraus weiss, hat sie also genügend Zeit, um ihr Konzept und Vorbereitung zu machen. Damit, wenn dann das Geschäft kommt, dass dieser Bericht der Strategiekommission da einfliessen kann. Und nicht die Aufgabe der Strategiekommission, das gilt auch für alle übrigen Kommissionen, ist der Regierung beim regieren zu helfen. D.h. kein Eingriff in die operative Geschäftsführung. Das ist nicht die Meinung. Das kann keine Kommission machen. Wir möchten, dass aber diese Kommissionen ihre Arbeit machen. Wir sollten das nutzen. Es liegen vorige Kapazitäten vor. Und Arbeit gibt es sicher genug. Und es ist auch noch wichtig, diese Geschäftslast, die wir bisher hatten, die wird sich sicher reduzieren. Das ist auch völlig normal. Und dann ist das ganze System auch besser miliztauglich. Wichtig ist auch hier wieder, dass möglichst alle Mitglieder des Grossen Rates die Chance haben, an einer ständigen Kommission mitzuarbeiten. Aber in dieser Angelegenheit fänden wir es sehr wertvoll, wenn Frau Regierungspräsidentin sich auch äussern würde.

Marti: Ich frage mich nun wirklich: Ist zuerst die Arbeit hier oder die Kommission? Und wenn ich den Ausführungen von Ratskollege Zegg nun zugehört habe, dann hat er viele Gründe genannt, die eigentlich nicht berechtigen, eine neue Kommission zu bilden. Er hat nämlich gesagt, wir müssen etwas machen, dass alle Grossräte in einer Kommission sind. Ich glaube, dass alleine kann nicht Grund genug sein, eine Kommission zu bilden. Dann hat er weiter gesagt, dass die anderen Kantone mehr Kommissionen hatten. Ich glaube, Graubünden fuhr schon immer sehr gut für sich selbst, eine eigene Lösung zu suchen und sich nicht primär daran zu richten, was die anderen Kantone tun oder nicht tun, wenn man nämlich denkt, dass die Kommission ja auch immer in Chur zusammen kommt, bin ich mir nicht sicher, ob es dann immer so zweckmässig ist, viel Kommissionen zu haben. Und wir haben auch schon viele Gründe gehört, hier, bei verschiedenen Votanten, dass es auch Sinn machen könnte, we-

niger ständige Kommissionen zu haben. Dann verstehe ich auch Grossrat Loepfe und möchte Sie bitten, ihn zu unterstützen, wenn er als Präsident sagt, seine Kommission habe Kapazitäten, dann sehe ich keinen Grund, das ihm nicht zu glauben. Und eine gewisse Verwandtschaft zu seiner Strategiekommission sehe ich tatsächlich bei der Kommission für Staatspolitik und Strategie. Und wenn ausgerechnet das Kernthema der Strategiekommission, nämlich GRiforma dann eigentlich noch in die Kommission Staatspolitik verschieben möchte, dann wird ja dieser Zustand nicht besser für diese Kommission, dass sie eher etwas unausgelastet ist. Also, all die Gründe, die Grossratskollege Zegg genannt hat, führen mich eigentlich dazu, Sie zu bitten, nicht eine neue Kommission zu schaffen und dem Antrag von Grossrat Loepfe zu folgen.

Jäger: Auch ich möchte Sie bitten, dem Antrag der Präsidentenkonferenz zu folgen, so wie es im Bericht steht. Gestern hat Ratskollege Zegg eine exzellente Einführung in dieses Geschäft gemacht. Die einzige Ausnahme für mich bildete die Erklärung, warum es eine zusätzliche Kommission braucht. Ich denke, die Frage, in diesem Punkt ist nicht, wie viele ständige Kommissionen im Kanton Uri oder im Kanton Luzern bestehen. Sondern es ist die Frage, wie man die Arbeit zwischen den Kommissionen sinnvoll aufteilt. Schauen Sie, Ratskollege Augustin hat bei einem andern Artikel darauf hingewiesen, dass wir uns einmal überlegt hatten, ob man die GKP aufteilen soll, in eine Rechnungsprüfungskommission und in eine Geschäftsprüfungskommission. Man könnte auch bei der KWAS sich überlegen, ob man da noch mehrere Kommissionen daraus bilden könnte. Wir haben uns dafür entschieden, relativ grosse Gebiete für die Kommissionen zusammen zu stellen. Und hier geht es nun darum, und der Vorschlag der Präsidentenkonferenz scheint mir, ist in sich ein geschlossener Antrag, hier geht es darum, verwandte Gebiete zusammenzufügen und diese verwandten Gebiete so zu gruppieren, dass es ungefähr gleich grosse Kommissionstätigkeitsfelder gibt.
Eine der grossen Schwächen des heutigen Systems ist, dass wir mit dem Mitberichtsverfahren eigentlich, ich möchte sagen, schlechte Erfahrungen gemacht haben. Es war für mich sehr unbefriedigend, dass beispielsweise beim Gemeindegesetz die Strategiekommission dann auch noch als sozusagen zweite Vorbereitungskommission mitgewirkt hat. Das ist unbefriedigend vor allem für die Mitglieder des Rates, die dann ein Blatt erhalten und dann immer noch feststellen müssen, es gäbe da noch ein zweites Blatt, das zwar nicht auf dem Blatt ist. Das ist unbefriedigend, da müssen wir dazulernen. Ich denke aber, dass die Zusammenführung von Strategie und Staatspolitik, gerade das Gemeindegesetz hat das gezeigt, eine in sich schlüssige und stimmige Zusammenführung bringt. Ratskollege Löpfe möchte ich meinerseits aber auch kritisieren. Es ist meiner Meinung nach völlig falsch, wenn man heute droht, wir würden, wenn es nicht so geht, die Strategiekommission auflösen. Wir waren gemeinsam in der letzten Parlamentsreformkommission. Damals wurde die Strategiekommission praktisch als die wichtigste der ständigen Kommissionen gepriesen. Ich war damals schon sehr skeptisch, ob das dann wirklich so sei. Es tut mir leid, dass meine Skepsis jetzt bewahrheitet hat. Aber nun sozusagen den salto mortale zu machen und die Strategiekommission, die eine ganz wesentliche Aufgabe hat, dieses Feld dann ad hoc-Kommissionen zu überlassen, das wäre nun wirklich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und ich bitte darum, von diesem Gedankenspiel wirklich abzusehen.

Standespräsident Geisseler: Die Präsidentenkonferenz hat Ihnen in Artikel 19 vorgeschlagen, die Strategiekommission mit der Staatspolitik zu ergänzen und basta. Warum haben wir das gemacht. Wir haben nicht geschaut, wie es alle anderen Kantone machen, sondern wir haben uns berufen auf die Erfahrungen, die wir in den letzten beiden Jahren gemacht haben. Wir möchten Ihnen nicht Sand in die Augen streuen, und nur Kommissionen machen um der Kommission willen. Wir meinen, inhaltlich macht das Sinn, die Strategiekommission mit der Staatspolitik zu belasten und die andere Kommission entsprechend zu entlasten. Wir erhalten so eine Ausgewogenheit der Belastungen, das meine ich, sollte das Ziel sein. Darum bitte ich Sie, diesen Artikel 19 zu unterstützen, so wie er in der Botschaft ist.

Portner: Die Botschaft von Ratskollege Zegg höre ich wohl, doch mir fehlt etwas der Glaube. Vor allem, es ist nicht entscheidend, wie viele Kommissionen in einem anderen Kanton vorhanden sind, sondern man müsste auch wissen, wie viele Leute die jeweilige Kommission umfasst. Wie viele Mitglieder sie hat. Dann ist nicht entscheidend, ich zähle einfach ein paar Punkte auf, ob man in einer Kommission sitzt, sondern entscheidend ist die Aktivität und sind die Fachkenntnisse. Es gibt sicher Leute, die froh sind, wenn sie in keiner Kommission sitzen müssen, dürfen, können. Primär scheint mir die gleichmässige Auslastung der Kommissionen zu sein. Es wurde auch schon geltend gemacht, dass sich Strategie und Staatspolitik nicht vertragen. Ich sehe also nicht ein, wieso das so sein soll, es geht beides in die Zukunft. Und letztlich meine ich, dass die Strategiekommission eine sehr wichtige Kommission ist, weil dort stellt man die Weichen in grundsätzlicher Art und Weise, wie die ganze Staatspolitik nachher verlaufen soll. Später wird es immer schwieriger.
Wir müssen aber den Mut haben, das was verabschiedet wurde im Strategiepapier, auch durchzuziehen. Ich erinnere mich an diese Session, wo in der Einleitung zum Strategiepapier steht, es besteht Orientierungslosigkeit, die Vielfalt der Kultur ist zu stärken und gleichzeitig nehmen wir in Kauf, beispielsweise bei der Kultur, dieses Jahr vermutlich nicht, aber nachher, wenn aber nachher einfach Geld wegfällt. So geht es meines Erachtens nicht. Wir wissen nicht, was wir am Anfang gesagt haben, bis die Session fertig ist. Ich bin der Meinung, gemäss Botschaft.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Nur damit der Kommissionsvizepräsident nicht sagt, ich hätte mich drücken wollen, eine Aussage zu machen. Vielleicht als Vorbemerkung, ich persönlich, ich werde ja sehr gut betreut von der STRAK und der KWAS. Ich habe am Anfang befürchtet, wie meine Kollegen in der Regierung auch, dass wir dann zu stark bemuttert und bevatert werden. Aber es ist so, dass wir eine sehr gute Zusammenarbeit haben. Ich sage das jetzt für die STRAK und für die KWAS. Wir haben sehr engagierte Diskussionen und ich behaupte auch, dass wir beide von diesen Diskussionen profitieren. Die Kompetenzen sind aber auch klar. Man hat sich am Anfang finden müssen, sich auch die Grenzen setzten müssen, was wessen Bereich ist und wer für was verantwortlich ist. Aber das läuft mit beiden Kommissionen jetzt sehr gut.
Mit Bezug auf den Antrag, eine zusätzliche Kommission zu, machen, kann ich nur sagen, das ist Ihre Angelegenheit. Ich darf und will mich da nicht einmischen. Ich möchte nur sagen, wenn man jetzt davon spricht, zusätzliche

Kommission oder dann eben den Vorschlag gemäss Botschaft, weniger ist in diesem Falle mehr.

Zegg: Ja, weniger ist mehr. Weniger Kritik wäre eben auch mehr. Und wenn wir in der Vernehmlassung diese Kritik hören, dass wir ein Zweiklassenparlament haben, weil offensichtlich zu wenig Leute Einsitz nehmen können in ständigen Kommissionen, ist das sicher der richtige Weg.
Das Mitberichtsverfahren, Herr Jäger, das ist verbesserungswürdig. Es wäre aber auch möglich, gemäss Geschäftsordnung, dass man da die Mitglieder der anderen Kommission einlädt zu einer Sitzung, das wäre viel besser und würde eigentlich viel mehr bringen. Und wir machen auch nicht Kommissionen um der Kommissionen willen, sondern wir möchten einfach ganz klar die Arbeit auf mehr Köpfe aufteilen. Es geht darum, dass wir die Arbeit auf mehr Köpfe verteilen können, das ist jetzt etwas Neues, Innovatives, also stimmen Sie dem zu. Die Parlamentsgesetzgebung ist nie beenden man kann die immer wieder optimieren. Wenn sich herausstellt, dass es schlecht ist, können wir das wieder optimieren und verbessern. Das ist keine grosse Sache mehr. Aber unser Weg geht in diese Richtung, dass wir eine Kommission mehr machen, und es ist ganz wichtig, das haben wir beim Gemeindegesetz schon gesehen, wir müssen irgendwelche Konzepte doch machen, dafür haben wir eine Strategiekommission. Oder wenn es um Energieförderung geht, brauchen wir auch irgendwelche Konzepte. Dafür haben wir die Kommission. Und ich glaube auch für das GRiforma Projekt, das ist eher ein schwieriges Projekt, dass wir da eine begleitende Kommission brauchen auf die Dauer, ein pro aktives Controlling, wie Ständerat Zimmerli sagt. Ich bitte Sie also, dieser Formulierung gemäss Kommission zu folgen und uns da zuzustimmen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Präsidentenkonferenz mit 57 zu 12 Stimmen zu.

Art. 20
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Loepfe: Ich gebe nur zu Protokoll, dass damit Artikel 20 gemäss Antrag der KWAS auch hinfällig wird und damit Artikel 20 wie in der Botschaft gültig ist.

Zegg; Kommissionssprecher: Ja, das ist richtig so. Wir wollten der Strategiekommission mehr Aufgaben geben. Aber nachdem Sie jetzt diese Aufsplittung, Aufteilung abgelehnt haben, bleibt das beim Alten.

Angenommen

Art. 21 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Keller: Ich spreche hier von einer Auslegung des Artikel 21 Absatz 1. Es sollte, nach der Meinung der Strategiekommission hier präzisiert werden, mit einer Anpassung oder einer Änderung der übergeordneten Ziele und Leitsätzen, auch in diesem Zusammenhang möglich ist, im Fall dass es im Laufe der Planungsperiode als nötig erscheint oder wenn sich die Voraussetzungen geändert haben. Im positiven Fall kann die Strategiekommission dem Grossen Rat Vorschläge unterbreiten. Artikel 21 der neuen Geschäftsordnung des Grossen Rates hält im Absatz 1 fest: „Die Kommission für Staatspolitik und Strategie ist für die Ausarbeitung der übergeordneten Ziele und Leitsätze des Grossen Rates zuständig.“ Diese Kompetenz kann nicht auf die Ausarbeitung übergeordneter Ziele und Leitsätze vor jeder Planungsperiode beschränkt werden, wie heute gemäss Artikel 95 Absatz 1 GGO der Fall ist. Vielmehr soll die Zuständigkeit den Erfordernissen angepasst werden. Ich ersuche demnach im Protokoll folgende Normalauslegung aufzunehmen: „Sollte sich während der Planungsperiode eine Anpassung oder Änderung der übergeordneten politischen oder strategischen Planung wegen veränderter Grundlagen als notwendig oder angebracht erweisen, so kann die Kommission für Staatspolitik und Strategie dem Grossen Rat eine Änderung der Ziele und Leitsätze beantragen und der Grosse Rat kann die entsprechenden Ziele und Leitsätze ändern.“ Dies ist nämlich die einzige Interpretation des Artikel 21 Absatz 1 GGO, welche eine Anpassung an die veränderte Gegebenheiten erlaubt und die Abänderung der Planungsvoraussetzung, wenn erforderlich, auch der Planung selbst möglich macht. In diesem Sinne geht auch der Antrag, den Sie im Zusatzprotokoll lesen, der Kommission einen neuen Artikel 21 Absatz 3, wo die Möglichkeit vorgesehen ist, auch eine Berichterstattung für die Strategiekommission für Korrekturmassnahmen. Ich meine das im Sinne von Artikel 21 nicht nur Korrekturmassnahmen möglich sein könnten, aber auch Änderung oder neue übergeordnete Ziele und Leitsätze, falls sie nötig sind.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Ich wehre mich nicht dagegen. Ich möchte Sie aber doch darauf aufmerksam machen, dass Sie, wenn Sie die strategischen Grundsätze und Leitlinien festlegen und dann von uns wünschen, zu Recht wünschen, dass wir unser Regierungsprogramm und unseren Finanzplan in dieses Gerüst hineinpassen und dann noch die Jahresplanung gestützt auf unser Regierungsprogramm und unseren Finanzplan machen, wohl kaum hingehen können und nach einem Jahr Ihre Leitsätze wieder ändern. Also, das darf wirklich nur in Ausnahmefällen der Fall sein. Sonst sind wir dauernd daran, wieder irgendetwas auf den Kopf zu stellen. Ich denke, eine gewisse Konstanz in der Planung und in der Ausrichtung, auch dann der Regierung, müsste schon gegeben sein. Sonst haben wir ein Chaos. Und wir haben ja schon sonst gelegentlich ein Chaos.

Loepfe: Ich möchte hiermit auch noch zu Protokoll geben, dass es entsprechende schriftliche Abklärungen gegeben hat, die nach entsprechender Rückmeldung von der Regierung, von der Strategiekommission, im Sinne der Äusserungen von Frau Regierungspräsidentin akzeptiert worden sind. In diesem Sinne haben wir Einigkeit. Es ist nur fürs Protokoll in der Auslegung von Artikel 21 in der Anwendung für später. Also, wir haben Einigkeit und es besteht kein Zusatzantrag.

Angenommen

Art. 21 Abs. 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Wie folgt ändern:
…und die Wirksamkeit der Massnahmen und ist zuständig für die Berichterstattung und die Beantragung von Korrekturmassnahmen.

Zegg; Kommissionssprecher: Von mir aus liegen keine Anträge vor bei Artikel 21 Absatz 1 und 2 vor. Nur bei Absatz 3 ist ein Antrag hier, unser Kommission. Und dieser Antrag lautet da, ergänzend beim letzten Satz: „Sie überprüft die mittelfristige Planung des Grossen Rates und der Regierung auf die Erfüllung der gesetzten Ziele und die Wirksamkeit der Massnahmen und ist zuständig für" und da wird ergänzt: „die Berichterstattung und die Beantragung von Korrekturmassnahmen." Das ist eine Ergänzung, die Berichterstattung.

Angenommen

Art. 22 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 22 Abs. 3 lit. a
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 22 Abs. 3 lit. b
Antrag Kommission, Geschäftsprüfungskommission und Präsidentenkonferenz
Wie folgt ändern:
b) prüft das Budget, die Nachtragskreditgesuche und die Staatsrechnung (…);

Zegg; Kommissionssprecher: Dieser Buchstabe b lautet neu: „prüft das Budget, die Nachtragskreditgesuch und die Staatsrechnung." Das entspricht dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission auch.

Angenommen

Art. 22 Abs. 3 lit. c (neu)
Antrag Kommission, Geschäftsprüfungskommission und Präsidentenkonferenz
Neue lit. c) einfügen:
c) prüft im Rahmen der Oberaufsicht die Geschäftsberichte / Jahresrechnungen von selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und von anderen Institutionen, an welche der Kanton erhebliche Beiträge leistet.

Zegg: Hier gibt es auch eine Änderung. Neu lautet diese litera c: „prüft im Rahmen der Oberaufsicht die Geschäftsberichte, Jahresrechnungen von selbständigen, öffentlich rechtlichen Anstalten und von anderen Institutionen, an welche der Kanton erhebliche Beiträge leistet."

Standespräsident Geisseler: Für die Präsidentenkonferenz gilt hier dasselbe wie vorhin. Ich muss mich nicht mehr wiederholen.

Angenommen

Art. 22 Abs. 4 und 5
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 23 - 25
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 26 Abs. 1, 3-5
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 26 Abs. 2 lit. b
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Cahannes: Ich spreche zu Artikel 26 Absatz 2. Dort wird geregelt in litera a bis e, welche Aufgaben oder welche Geschäfte die Kommission für Justiz und Sicherheit zuhanden des Grossen RAtes vorbereiten soll oder muss. In litera b haben wir Erwahrung von Volksabstimmung. Nun, im Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden wird die Erwahrung in Artikel 45 abschliessend geregelt. Dort heisst es: „Nach Ablauf der Beschwerdefrist oder nach Erledigung der Beschwerde stellt die Regierung das Ergebnis der Ständeratswahlen und der kantonalen Abstimmungen und der Grosse Rat dasjenige der Regierungsratswahlen verbindlich fest."
Gestützt auf diesen Artikel hat die Erwahrung oder die Vorbereitung der Erwahrung von Volksabstimmungen hier keinen Platz mehr. Und das müsste man ändern, in dem man sagt, b müsste geändert werden, Erwahrung der Regierungsratswahlen.

Antrag Cahannes
Ändern wie folgt:
Erwahrung von Regierungsratswahlen

Zegg; Kommissionssprecher: Frau Cahannes hat diesen Antrag erst heute eingereicht. Die Kommission hat nicht darüber befunden. Ich habe ihn zwar kurz besprochen. Von uns aus ist kein Widerstand da, dass das so aufgenommen wird, aber ich hätte gerne die Meinung auch des Vertreters der Präsidentenkonferenz.

Cahannes: Ich möchte hier einmal etwas ganz klar stellen. Unsere Kommission hat eine sehr breite Vernehmlassung gemacht und das war unter anderem auch Gegenstand und wir mussten feststellen, dass die Präsidentenkonferenz auf unsere Vernehmlassung kaum eingegangen ist. Ich möchte das einfach hier platziert haben.

Standespräsident Geisseler: Frau Cahannes ist mehr Rechtsanwältin als ich, wenn sie das so sagt, wird es wohl so sein. Aber wir haben das nicht besprochen in der Präsidentenkonferenz.

Kommission und Präsidentenkonferenz schliessen sich dem Antrag Cahannes an.

Antrag Cahannes angenommen

Art. 27
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 28
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Noi: Ich habe heute gelernt, es ist fast schwieriger, etwas Organisatorisches zu ändern, als die Porta Alpina durchzubringen, es ist sehr schwierig etwas Organisatorisches zu ändern in dieser Geschäftsordnung und darum werden meine Anträge jetzt in eine Absichtserklärung umgewandelt und so haben wir auch vielleicht eine einfache Prozedur. Also mein erster Antrag, es sind zwei Anträge, der erste wäre zu Artikel 28 Absatz 1 gewesen: „Die drei Kantonssprachen sind in der Kommission vertreten."
Ich erkläre warum: Also, Sie alle wissen, dass Artikel 3 der Kantonsverfassung sagt, Deutsch, Romanisch und Italienisch sind gleichwertige Landes- und Amtssprachen des Kantons. Wo kommt die Sprache zum tragen? Sicher in der Redaktionskommission. Darum wäre es sehr angebracht, dass alle drei Kantonssprachen dort vertreten würden. Und ich denke, das ist nicht etwas unmögliches, immerhin sind wir mit italienischer Sprache hier in diesem Rat zehn Abgeordnete und romanischer Sprache sind es sicher auch vielmehr noch und dann sehe ich nicht, dass das wäre schwierig, diese vier Mitglieder könnten sehr gut alle drei Sprachen vertreten. Ich habe auch in anderen Kantonen geschaut, die mehrsprachigen Kantone. Und sie haben natürlich alle in den Redaktionskommissionen Mitglieder aller Kantonssprachen. Also Bern, z.B. hat neun Mitglieder in der Redaktionskommission und drei sind französisch sprechende, also nur zum sagen. Wobei ich muss sagen, überall in den Kantonen sind Unterschiede bei diesen Redaktionskommissionen. Und die neun Mitglieder vom Kanton Bern sind nicht alle Abgeordnete. Das muss ich auch noch korrekterweise sagen. Ja, also ich denke, das ist machbar und wenn der Rat hier eine Absichtserklärung abgibt im Sinne, wir bemühen uns, das zu realisieren, könnte ich zufrieden mit dem, mit diesem ersten Antrag. Ist das möglich?

Standespräsident Geisseler: Ja, Grossrätin Noi, ich kann nur für mich selber sprechen. Sie müssen dann die vier Fraktionschefinnen und –chefs anfragen, ob das für sie in der Praxis umzusetzen wäre. Ich meine, dass wir hier in unserer Standeskanzlei eine starke Übersetzungsabteilung haben. Dort haben wir professionelle Leute und aus meiner Sicht müsste man das nicht machen. Aber ich kann das Versprechen nicht machen für die vier Fraktionschefs und –chefinnen.

Noi: Mein Anspruch würde ich wirklich überleiten an die verschiedene Fraktionen, weil sie wählen natürlich die Mitglieder in die Kommissionen. Das ist schon klar. Wegen dem Übersetzungsdienst, ich meine, wir können nicht diese zwei Ebenen ganz durchmischen oder gleichwertig setzen. Es ist schon etwas anderes, Parlament und Übersetzungsdienst also Kantonale Verwaltung. Und ich habe, ich muss sagen, ich habe mehrmals mit dem Rechtsdienst vom Bundesamt gesprochen und sie meinen, es ist unerlässlich so etwas. Es muss sein, sonst ist es nicht korrekt. Es geht schlussendlich um Gesetze, sie müssen angeschaut werden in allen drei Sprachen. Hier kann ich gleich sagen, wir haben natürlich einen grossen Fortschritt gemacht indem wir die Gesetzestexte schon vor der Debatte im Rat in italienischen und in romanisch bekommen. Das ist absolut korrekt, das ist in Ordnung. Aber es muss noch der andere kleine Schritt getan werden, dass wir eine Redaktionskommission mit allen drei Sprachen haben.
Der letzte Antrag, den ich hatte, ist die Arbeit in der Kommission, und das wäre, in diesem Artikel 28 neu eine litera 6 einzufügen, wonach die Arbeit in den Kommissionen so zu organisieren ist, und das gilt auch für die deutsche Sprache übrigens, dass Erlasse und Beschlüsse im Amtsblatt erscheinen, vor der Publikation von der Redaktionskommission genehmigt werden. Also, im Moment ist die Situation so, wir sind einberufen in der Redaktionskommission um Erlasse und bereinigte Gesetz zu genehmigen, wenn diese bereits schon im Amtsblatt publiziert sind. Und es kann nicht korrekt sein. Also ich kann sagen, letzte Gesetze, die wir hier im Rat behandelt haben, sind erschienen im Amtsblatt am 27. Oktober und die Redaktionssitzung hat am 14. November stattgefunden. Also wir haben genehmigt, Beschlüsse, die bereits im Amtsblatt waren. Es kann beim besten Willen nicht richtig sein. Erklärt auf schweizerischer Ebene letzthin im Kanton Bern und überall, es wird gemacht, dass bei der letzten Bereinigung im Rat sofort nachher die Redaktionskommission tagt und genehmigt. Übrigens, wir haben das heute Morgen gemacht, heute Morgen sind wir zusammengekommen um diesen Beschluss von heute Morgen anzuschauen. Also ich meine, es ist eine organisatorische Angelegenheit, aber sie sollte angeschaut werden. Also ich bin auch mit einer Absichtserklärung einverstanden.

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Frau Noi wird keine Anträge stellen, wie ich verstanden habe. Sie wird diese Wünsche, die sie hier angebracht hat, einfach zu Protokoll geben. Ich denke, vielleicht kann man das eher in der Redaktionskommission oder in der Präsidentenkonferenz nochmals anschauen. Sind Sie damit einverstanden Frau Noi?

Noi: Ja, danke.

Angenommen

Art. 29 - 31
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 32
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Cahannes: Ich spreche zu Artikel 32 Absatz 2, letzter Satz. Dort steht, dass die Präsidentenkonferenz das Ratssekretariat anstellt. Ich hätte hier gerne eine Protokollerklärung betreffend die Kündigung. Ich gehe davon aus, dass die Instanz die anstellt auch das Kündigungsrecht hat.

Standespräsident Geisseler: Das ist richtig so. Also wenn wir heute wirklich alles auf den Kopf gestellt hätten und ständige Kommissionen abgeschafft hätten, das Ratssekretariat abgeschafft hätten, dann gehe ich davon aus, dass die Kündigung unseres Ratssekretär Domenic Gross meine Unterschrift getragen hätte.

Angenommen

Art. 33 - 40
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 41 Abs. 1
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Caviezel (Pitasch): Ich zitiere die Bemerkungen auf Seite 25, Artikel 42: „Da der Anspruch aller Kommissionsmitglieder auf ein Taggeld und dessen Höhe in Artikel 41 Absatz 1 Entwurf grossrätliche Geschäftsordnung für alle Grossratsmitglieder gleich ist, erübrigt sich es sich hier, die Taggeldentschädigung für GPK-Mitglieder gesondert noch einmal zu erwähnen. Es erübrigt sich aber nicht, sich Gedanken um eine Präsidialzulage für Präsidenten von ständigen Kommissionen zu machen. Diese Gedanken sind bei der Beratung dieses Geschäftes untergegangen. Die Bemerkungen gemäss Bericht geben mir den Eindruck, als ob nur die Geschäftsprüfungskommission die Kommission der Kommissionen ist. Dass die GPK-Mitglieder Anspruch auf ein Fixum von 4'000 Franken je Amtsjahr und der Präsident zusätzlich 1'000 Franken erhalten, stört mich überhaupt nicht. Aber wenn Präsidenten ständiger Kommissionen keine Präsidialzulagen erhalten sollen, machen wir einen groben Fehler. Wenn man A sagt, muss man auch B sagen.
Wir halten an den ständigen Kommissionen fest. D.h. für die Kommissionspräsidenten, dass sie mehr Verantwortung tragen. Es ist nicht mehr mit einer ad hoc-Kommission vergleichbar. Als eine Botschaft hier verabschiedet wurde, war auch der Präsident entlastet. Heute ist er für alle Geschäfte, welche den Kommissionen zufallen, verantwortlich. Auch muss der Präsident für alle Geschäfte bedeutend mehr Vorbereitungen treffen als die Kommissionsmitglieder. Die Beratungen hier im Saal fordern gute Kenntnisse in allen Bereichen. Müssten Details noch während der Beratung abgeklärt werden, ist es für die Sache schlecht. Vergleichen wir mit Präsidiumsgeldern von Vereinen, Gemeinden und Organisationen, dann wissen wir, was wir tun müssen. Darum beantrage ich Ihnen, Artikel 41 Absatz 1 mit einem neuen Satz zu ergänzen: „Die Präsidenten der ständigen Kommissionen erhalten zusätzlich 1'000 Franken je Amtsjahr als Präsidialzulage.“
Diese Formulierung ist etwa gleich wie für den Präsidenten der GPK. Ausserdem habe ich immer wieder feststellen können, dass unsere Kommissionspräsidenten sehr gut gearbeitet haben. Es ist unsere Pflicht, diese Arbeit, welche dem Kanton und Bevölkerung zugute kommt, in der Zukunft anständig zu entschädigen. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

Antrag Caviezel (Pitasch)
Ergänzen wie folgt:
Die Präsidenten der ständigen Kommissionen erhalten zusätzlich 1'000 Franken je Amtsjahr als Präsidialzulage.

Standespräsident Geisseler: Auch das ist ein Antrag, der von der Kommission Justiz und Sicherheit an uns herangetragen worden ist. Auch ein Antrag, den wir nicht aufgenommen haben in unseren neuen Bestimmungen. Jetzt stellt Grossrat Caviezel diesen Antrag auf 1'000 Franken zusätzliche Entschädigung für die jeweiligen Präsidenten. Die Präsidentenkonferenz hat aufgrund, dass eben Präsident sein einer ständigen Kommission, auch eine Ehre sein kann, also dass das ein Ehrenamt ist, möchten wir auch festhalten, dass wir jetzt eine schnellere Rotation der Präsidentinnen und Präsidenten haben.
Grossrat Caviezel, Sie haben gesagt, wer A sagt, muss auch B sagen. Die Präsidentenkonferenz sagt nicht nur B, sondern sogar C. In Absatz 4 steht, ich zitiere: „Die Präsidentenkonferenz kann Kommissionspräsidenten oder allenfalls auch andere Kommissionsmitglieder etc.“.
Also die Präsidentenkonferenz hat die Möglichkeit, stark beanspruchte Kommissionspräsidenten oder sogar Mitglieder von Kommissionen zu entschädigen. Darum bitte ich Sie, den Antrag Caviezel abzulehnen und die vorliegende Fassung zu unterstützen.

Caviezel (Pitasch): Das Präsidium einer ständigen Kommission kann man nicht mit einem Ehrenamt vergleichen. Dieser Meinung bin ich nicht. Ich bin auch der Meinung, wenn 7'000 Franken zu viel sind, müssten wir die ständigen Kommissionen abschaffen. Vergleichen Sie eine Staatsrechnung mit ad hoc-Kommissionen oder die jetzige Staatsrechnung mit ständigen Kommissionen, dann sehen Sie den Unterschied, da sind 7’000 Franken fast nichts. Dann könnte man auch die Frage stellen, ob die Qualität dieses Rates gewachsen ist oder nicht. Und wenn wir einen Schluss ziehen müssen, würde es ganz schlecht aussehen. Es ist eine kleine Geste gegenüber Grossräten, die mehr Verantwortung tragen. Dass Präsidenten mehr leisten müssen, das liegt auf der Hand. Da muss ich nicht mehr sagen und anders als Ehre in Ehren, also ich glaube, diesem Satz dürfen wir wohl zustimmen.

Augustin: Ich bekenne, dass ich viel Verständnis für das Anliegen des Herrn Kollegen Caviezel habe, und an sich dem Anliegen durchaus auch zustimmen könnte. Nun scheint mir aber, der Herr Standespräsident eine Regel zitiert zu haben, die mir nicht so geläufig ist und die an sich in die gleiche Richtung geht, nämlich heissen würde, an sich kann man durchaus von der Präsidentenkonferenz besondere Leistungen, und Präsidialleistungen sind besondere Leistungen, entschädigen. Nun muss ich aber rückfragen: Gibt es den irgendwelche Kriterien, wann man solche Sonderentschädigungen auszahlt oder zahlt man einfach jenen, so genannt „Frechen“, die einfach eine Rechnung stellen und behaupten, sie hätten einen erhöhten Aufwand zeitlicher oder qualitativer Natur, seien sie nun Präsidenten, Präsidentinnen oder Mitglieder einer Kommission, für irgendeine Sonderaufgabe. Gibt es Kriterien, beispielsweise anhand von der Anzahl Sit-

zungen, die man hat, anhand von der Anzahl Geschäfte, die man behandelt, anhand vom Schweregrad der Geschäfte, die man behandelt oder wird dann das einfach relativ willkürlich, je nach Kopf des Antragsstellers oder der Antragsstellerin entschieden?

Standespräsident Geisseler: Ich gehe davon aus, dass Grossrat Augustin jetzt noch eine Antwort erwartet von mir. Also diese Regeln sind noch nicht aufgeschrieben. Ich gehe davon aus, dass die Präsidentenkonferenz eher zurückhaltend mit diesem Artikel umgehen wird. Aber es ist eine Aufgabe, die uns noch bevor steht.

Möhr: Ich stelle bei dieser Gelegenheit, bei diesem Antrag von Grossrat Caviezel fest, dass wir hier eine sehr konfuse Diskussion führen, die eines Parlamentes fast unwürdig ist. Verschiedene Anträge sind eingebracht worden. Der Kommissionsvizepräsident hat Stellung genommen, gesagt das haben wir nicht beraten können. Wir können keine Auskunft geben. Auch vom Standespräsidenten, der die Präsidentenkonferenz vertritt hier, sind ähnliche Wortmeldungen gekommen. Und ich stelle einfach fest, es sind auch bei wichtigen Anträgen, gerade im Zusammenhang mit der allfälligen neuen ständigen Kommission, verschiedene Argumente eingebracht worden, die einfach nicht ganz stichhaltig waren auf beiden Seiten. Sie sehen auch das knappe Abstimmungsresultat mit 57 zu 12. Viele Meinungen sind nicht gemacht worden, man hat sich enthalten. Es ist keine gute Lösung. Es sind auch verschiedene Probleme aufgetaucht, die Frau Cahannes aufgeworfen hat. Man konnte dazu nicht Stellung nehmen, die Kommission nicht und auch die Präsidentenkonferenz nicht. Und ich frage mich ernsthaft, sollen wir die Diskussion hier tatsächlich noch bis zu Ende führen.
Ich habe mir eigentlich vorbehalten, einen Ordnungsantrag zu stellen und hier die Geschäfte abzubrechen und das Geschäft zurück zu weisen an die Kommission zu einer zweiten Lesung, wo alle diese Fragen noch eingebracht werden könnten und auch bessere Argumentationen eingebracht werden könnten. Wir haben auch beim Gemeindegesetz gesehen, dass auch das Mitberichtsverfahren eine gewisse Problematik aufweist, die wir hier heute, wenn wir auch das Geschäft durchberaten, nicht gelöst werden. Und ich denke, wenn wir auch heute jetzt das zu Ende führen, es geht sicher noch eine Stunde und die Konfusität, die nimmt immer zu.
Darum, meine Damen und Herren, ich möchte das in die Runde werfen, wäre es nicht gescheiter, wenn wir heute diese Übung hier abbrechen würden? Und wenn wir sie zu Ende führen, dann meine Damen und Herren, werde ich eine zweite Lesung verlangen.

Peyer: Ich will mich nicht abschliessend äussern, ob eine zweite Lesung oder Verschiebung nötig ist oder nicht. Das es ein bisschen konfus ist im Moment, liegt vor allem an uns selbst. Ich möchte aber eines, und weil ich es ein bisschen als Trauerspiel empfinde, ich sag das ehrlich, hier drin im Moment, wie gewisse Leute, gewisse Entscheide, die hier deutlich gefallen sind, offenbar im Nachhinein doch nicht so gut vertragen, jetzt versuchen, mittels einer zweiten Lesung, die nochmals zu umgehen. Wenn es nicht so ist, lass ich mich gerne belehren. Wenn es aber so ist, möchte ich darauf hinweisen, in der zweiten Lesung wird üblich das nochmals beraten, was wirklich knapp war oder sehr umstritten. Das was klar entschieden wurde, das diskutiert man nicht noch einmal.

Cahannes: Ich möchte mich gegen den erhobenen Vorwurf ganz deutlich wehren. Die Justizkommission hat eine sehr breite Vernehmlassung gemacht. Jeder Antrag, der hier von mir gestellt wurde, den kannten die Präsidentenkonferenz und auch die zuständige Kommission, wenn sie unsere Vernehmlassung angeschaut hätten.

Tramèr: Grossrat Möhr hat etwas vorweg genommen, dass ich an sich am Schluss sagen wollte. Aber ich kann sagen, der Zeitpunkt ist gekommen. Auch ich möchte hier an dieser Stelle ganz klar meinen Unmut äussern über den Ablauf dieses, unseres eigenen Geschäftes. Für mich ist völlig unklar, was für eine Rollenverteilung hier überhaupt gespielt wird. An sich müsste ja die Präsidentenkonferenz die Rolle der Regierung einnehmen. Das sollte meines Erachtens dahin gehend geschehen, dass einer der Fraktionspräsidenten dort der Sprecher ist und nicht der Standespräsident. Denn der Standespräsident müsste an sich die Standesvizepräsidentin bei der Leitung dieses Geschäftes unterstützen. Für mich ist auch nicht klar die Rolle, respektive die Leitung, die fast eingenommen wurde, das soll kein persönlicher Vorwurf sein an den Sprecher der KWAS, also an den Vizepräsidenten der KWAS. Das alles führt zu einer sehr unbefriedigenden Situation und ich komme zum Schluss, ich stelle den Ordnungsantrag, dass wir hier abbrechen, dass dieses Geschäft an die Präsidentenkonferenz zurückgeht und dass wir ein nächstes Mal nochmals mit klaren Rollen dieses Geschäft behandeln.

Ordnungsantrag Tramèr
Abbruch der Sitzung und Rückweisung des ganzen Geschäfts an die Kommission bzw. an die Präsidentenkonferenz.

Standespräsident Geisseler: Frau Standesvizepräsidentin, lassen Sie mich zwei Sachen sagen. Erstens zum Ablauf dieser Verhandlungen: Grossrat Tramèr, wir haben das so festgelegt, dass ich diese Vorlage hier vertrete, ob das richtig ist oder nicht, lassen wir mal so stehen. Aber der Ablauf, die Organisation war ganz klar abgesprochen und festgelegt. Punkt zwei: Wir erhalten ein zeitliches Problem, wenn wir eine zweite Lesung machen, wenn wir hier jetzt heute abbrechen und allenfalls im Februar oder später nochmals über diese Vorlagen debattieren, weil wir haben hier Änderungen, die nächstes Frühjahr, nächsten Sommer, in Kraft treten müssen und mit der Referendumszeit usw. wäre es der Wunsch, müssten wir eigentlich dieses Jahr, diese Session, dieses Geschäft verabschieden. Ich weiss, die Zeit ist fortgeschritten, ich weiss, wir sind alle etwas müde hier in diesem Saal mit wenig frischer Luft, aber ich möchte Sie bitten, diesen Antrag abzuweisen und mit vielleicht mehr Ruhe und mehr Konzentration das Geschäft weiter zu beraten und zu verabschieden.

Nigg: Ich habe ein ungutes Gefühl, wie wir diese Verhandlungen geführt haben. Wir haben, tatsächlich hat sich die Kommission so zusammengesetzt, dass zwei Mitglieder der Präsidentenkonferenz auch in der Kommission waren. Wir hatten kein Mitberichtsverfahren, wie das sonst der Fall war. Wir haben darum nicht in voller Kenntnis aller Anträge dieses Geschäft beraten. Wir haben Anträge von der Justizkommission bekommen. Wir haben Anträge aus dem Rat bekommen. Normalerweise, wenn das Geschäft nicht an einem Donnerstag behandelt würde, würden wir dazwischen, das würde jede Kommission machen, würden wir dazwi-

schen eine Sitzung machen und diese Anträge noch behandeln. Ich habe aber auch die Bedenken von Ratskollege Peyer gehört und ich sage Ihnen trotzdem, ich nehme als Kommissionspräsident Ihr Votum auf. Ich kann mich daran halten. Ich möchte aber trotzdem Ihnen empfehlen dem Ordnungsantrag von Herrn Tramèr zuzustimmen und wir nehmen das Geschäft zurück.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Es ist mir wirklich peinlich, dass ich mich noch ein Mal einschalten muss. Aber, haben Sie sich überlegt, dass wenn Sie jetzt das Geschäft verschieben bis in den Februar und dann die 90 Tage Referendumsfrist laufen, dass Sie dann keine gesetzliche Grundlage für Ihre Wahl im Mai haben?
Ich möchte mich da nicht weiter dazu äussern. Aber es gibt ein kleineres Problem, die drei Monate, die laufen dann von Mitte Februar an und Sie werden im Mai vielleicht gewählt, vielleicht auch nicht gewählt, aber in jedem Fall ohne gesetzliche Grundlage.

Abstimmung zum Ordnungsantrag Tramèr
Der Grosse Rat lehnt den Ordnungsantrag Tramèr mit 57 zu 13 Stimmen ab.

Parolini: Die Regierungspräsidentin hat erwähnt, dass wegen der Referendumspflicht es nicht möglich ist, das Geschäft auf den Februar zu verschieben. Und da geht es um das Gesetz, wie ich richtig verstehe, diese Referendumspflicht, aber nicht um die Geschäftsordnung. Daher mein Ordnungsantrag, jetzt abzubrechen, mit den Verhandlungen über die Geschäftsordnung und nur die Geschäftsordnung auf den Februar zu verschieben.

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Also, ich denke, wir haben jetzt ja abgestimmt über den Ordnungsantrag. Sie stellen dennoch einen zweiten Ordnungsantrag, dass man die Beratungen der Geschäftsordnung zurück stellt?

Parolini: Also, ich stelle den Antrag, das Gesetz zu verabschieden, damit dann die Referendumspflichtzeit laufen kann. Aber die Geschäftsordnung, wir sind jetzt an der Geschäftsordnung und wir haben noch einige Artikel und das dauert wahrscheinlich noch ziemlich lange, bis wir fertig sind. Und ich schlage wirklich vor, also das ist ein Antrag, Unterbruch der Verhandlungen bezüglich Geschäftsordnung und Rückweisung an die Präsidentenkonferenz mit dem Auftrag, diese Materie, nur die Geschäftsordnung, im Februar weiter zu behandeln.

Ordnungsantrag Parolini
Abbruch der Sitzung und Rückweisung lediglich der Geschäftsordnung an die Kommission bzw. an die Präsidentenkonferenz.

Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf: Ich muss etwas korrigieren, was ich Ihnen vorher gesagt habe, beziehungsweise ergänzen. Sie haben noch eine andere gesetzliche Grundlage. Nämlich das Gesetz über die politischen Rechte, wo die formelle Grundlage für Ihre Wahl trotzdem gesichert ist. Also, selbst wenn Sie jetzt dieses Geschäft verschieben würden, würden wir gestützt auf das Gesetz über die politischen Rechte die Wahlen durchführen. Wenn Sie aber jetzt hingehen und nur die Verordnung verschieben, dann wird es schwierig. Dann wäre das Gesetz, dieses haben Sie ja behandelt, dem Referendum unterstellt und im Nachgang dazu würden Sie dann die Geschäftsordnung vielleicht noch ändern gegenüber dem was heute vorgesehen ist. Ich denke das kann nicht sein. Das muss zusammen bleiben. Das Gesetz über den Grossen Rat und die Geschäftsordnung, also die Verordnung, das muss zusammen bleiben.
Sie könnten sich aber trotzdem rechtsgültig wählen lassen, selbst wenn Sie verschieben würden. Ich wollte damit meine Aussage von vorhin entsprechend berichtigen.

Parolini: Nach diesen Informationen der Regierungspräsidentin ziehe ich meinen Antrag zurück. Aber möchte eine Wiederholung der vorherigen Abstimmung nach den Ausführungen der Präsidentin.

Der Ordnungsantrag Parolini wird zurückgezogen

Ordnungsantrag Parolini
Wiederholung der Abstimmung zum Ordnungsantrag Tramèr

Cavigelli: Ich denke, wir müssen dem Schmerz hier ein Ende bereiten, und zwar möglichst bald. Wir haben in der Tat nicht gut beraten. Ich denke, es war wahrscheinlich die schlechteste Debatte, die ich je erlebt habe in diesem Rat. Aber das schleckt dennoch keine Geiss weg, dass wir dieses Geschäft irgendwann durchberaten müssen und ich glaube, der Zeitpunkt ist einfach heute. Wir müssen heute durchziehen bis zum Ende. Ich habe zum Teil auch mit Anträgen verloren, die ich eigentlich die Niederlage nicht verstehe, aber ich habe verloren. Ich glaube, man muss diese Ergebnisse einfach tragen und jetzt durchziehen. Ich glaube auch, dass wir mit einer zweiten Lesung tatsächlich nicht weiterkommen ohne erhebliche Gesichtsverluste zu erleiden. Ich habe wirklich das Anliegen, heute durchzudiskutieren, möglichst schnell, und dann diese Sache aber auch schnell wieder zu vergessen.

Abstimmung zum Ordnungsantrag Parolini
In Wiederholung der vorangegangenen Abstimmung, lehnt der Grosse Rat den Abbruch der Sitzung und Rückweisung des Geschäfts nochmals mit 60 zu 18 Stimmen ab.

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Wir sind bei Artikel 41, Antrag Caviezel. Sind da noch Wortmeldungen oder können wir diesen bereinigen?

Abstimmung zum Antrag Caviezel (Pitasch)
Der Grosse Rat folgt dem Antrag Caviezel (Pitasch) mit 40 zu 25 Stimmen.

Art. 41 Abs. 2 – 4
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 42 und 43
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

III. Allgemeine Verfahrensordnung

Art. 44 Abs. 1 und 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 44 Abs. 3
Antrag Kommissionsmehrheit (8 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Antrag Kommissionsmehrheit (3 Stimmen, Sprecher: Hess)

Zegg; Kommissionssprecher: Hier geht es um die Mittagspause, die man vorsieht. Bisher haben wir von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr und dann wieder von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr Sitzung. Grossrat Hess möchte diese Zeit verkürzen über Mittag, indem er sagt, wenn wir hier sind, könnten wir mehr arbeiten, würden wir unser Programm besser erfüllen können. Die Kommissionsmehrheit ist nicht dieser Auffassung. Sie möchte das so belassen, wie es ist, weil wir der Auffassung sind, dass wir über Mittag eine gewisse Zeit brauchen, dass da auch noch andere Sitzungen stattfinden, dass diese Mittagszeit auch zum Ausruhen hier ist und vielleicht zusammen zukommen und etwas zu besprechen, so dass es nicht sinnvoll wäre diese Zeit zu verkürzen. Wir beantragen Ihnen deshalb, den Antrag Hess abzulehnen.

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Der Sprecher der Kommissionsminderheit, Grossrat Hess, ist nicht da, sein Vertreter ist Grossrat Kessler.

Kessler: Ich möchte gleich mit dem Hauptkritikpunkt anfangen. Das ist die soziale Komponente, die auf der Strecke bleiben könnte. Ich behaupte gerade das Gegenteil. Alle, die hier in Chur ein Büro haben, müssen dann fortan nicht mehr mit schlechtem Gewissen ins Büro rennen, weil für diese halbe Stunde lohnt sich's dann wirklich nicht mehr. Hauptgrund ist natürlich Zeitgewinn. Und wir haben das vorher gehört, Zeit ist wirklich Geld. Kollege Conrad hat beklagt, dass es häufig vier Tage sind, das ist wirklich ein Übel und wenn man die Möglichkeit hat, darauf zu verzichten, dann soll man alles tun dafür. Diese halbe Stunde täglich leistet bestimmt einen wertvollen Beitrag.
Und zu guter Letzt, was die Sitzungen angeht, die manchmal über Mittag stattfinden, es heisst ja in der Regel, also ist jederzeit möglich, dass der Standespräsident diese Regel eben auch mal bricht.
Vielleicht zuletzt noch dies: Hätten wir das schon eingeführt, dann wär's jetzt 14.10 Uhr und nicht 16.10 Uhr.

Barandun: Ich glaube, gerade der heutige Tag zeigt, dass wir die Mittagspause dringend nötig haben, um uns wieder etwas zu erfrischen. Ich bitte Sie dringend, der bisherigen Lösung zuzustimmen.

Standespräsident Geisseler: Ganz kurz, Sie sind alle schon längere Zeit hier im Rat. Wir kannten bis anhin die Mittagspause zwischen gut nach zwölf, bei mir meistens bis 14.00 Uhr. Sie müssen selber entscheiden, ob Sie sich hier eine halbe Stunde abschränzen möchten für den Aufbau zwischenmenschlicher Beziehungen, für Veranstaltungen und ähnliches. Sie müssen entscheiden. Die Präsidentenkonferenz ist ganz klar hinter der alten Lösung, Mittagspause bis 14.00 Uhr.

Hartmann (St. Moritz): Genau dieser Punkt wird jetzt besprochen. Man will wieder eine halbe Stunde abschrenzen, weil man der Wirtschaft folgen kann und nur noch Zeit für Zahlen und so Sachen hat. Der Mensch geht verloren. Am Abend treffen sich praktisch keine Grossräte mehr als wir Engadiner, Davoser oder Oberländer und das fehlt diesem Rat. Darum haben wir zum Teil auch solche chaotische Zustände, es ist so. Man muss mehr Zeit haben, auch ein bisschen überparteilich zusammenzukommen und diskutieren. Und das fehlt in unserem Rat. Darum bitte ich Sie, behalten Sie die alte Regelung und setzen Sie den Menschen in den Mittelpunkt.

Zegg; Kommissionssprecher: Es ist nichts mehr zu sagen, wir behalten das System wie bisher, wie die Kommissionsmehrheit das beantragt.

Abstimmung
Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Präsidentenkonferenz mit 63 zu 5 Stimmen.

Art. 44 Abs. 4
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 45 - 48
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 49
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Casanova (Chur): Ich möchte etwas sagen zu Artikel 49. Und zwar geht es da um diese Zwei-Drittels-Mehrheit. Diese Bestimmung wurde in der Vergangenheit mehrmals auch für Anträge zu einzelnen Artikel einer Revisionsvorlage angewendet und nicht nur für ganze Sachvorlagen. Wenn eben diese inhaltlich eine neue Regelung zum Gegenstand hatten, welche in keinem sachlichen Zusammenhang mit der Revisionsvorlage stand, ich betone, in keinem sachlichen Zusammenhang. Der Grund lag darin, dass solche neue Regelungen nicht wie die übrigen Artikel in der Revisionsvorlage begründet und von der Kommission vorberaten wurden. Demzufolge weisen sie nicht den gleichen Abklärungsgrad auf wie der übrige Inhalt der Revisionsvorlage. Der Rat soll sich deshalb zuerst in einer kleinen Eintretensdebatte dazu äussern, ob er den Antrag auch bei fehlender Begründung in der Botschaft und ohne Vorberatung durch die Kommission überhaupt beraten will. Um eine Debatte über inhaltlich nicht mit der nötigen Gründlichkeit abgeklärte Revisionsvorschläge zu vermeiden, braucht es eine separate Eintretensdiskussion zu solchen neuen Anträgen, die nur mit der qualifizierten Zwei-Drittels-Mehrheit beschlossen werden kann.

Häufig zu Problemen hat dabei die konkrete Beantwortung der Frage geführt, ob ein Antrag in einem sachlichen Zusammenhang mit der Revisionsvorlage steht.
Einige Beispiele können diese Problematik vielleicht veranschaulichen: Wenn die Regierung dem Grossen Rat eine Vorlage zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes unterbreitet, mit dem ausschliesslichen Inhalt, die Gesundheitsförderung und die Prävention zu verbessern, sind ohne Einschränkungen Anträge zulässig, welche in diesem Zusammenhang neue, in der Vorlage nicht vorgesehene Präventionsmittel vorsehen, andere Zuständigkeiten für die Prävention als in der Vorlage vorgeschlagen oder auch den in der Botschaft enthaltenen Finanzierungsmodus ändern wollen. Einer Zwei-Drittels-Mehrheit würde jedoch ein Antrag unterliegen, der die Einfügung oder Änderung einer Bestimmung über die Organentnahme zum Gegenstand hat, weil die Problematik der Organentnahme in der Revisionsvorlage gar nicht aufgegriffen wurde. Es gäbe noch weitere Beispiele. Dieses Beispiel versucht aufzuzeigen, dass es durchaus Sinn macht, neue inhaltliche Anliegen zu einer Revisionsvorlage einer qualifizierten Mehrheit für das Eintreten zu unterwerfen. Wenn dies nicht der Fall ist, können aus einer spontanen Beurteilung heraus Regelungen zum Gesetz werden, deren Auswirkungen, deren Vereinbarkeit mit dem übergeordneten Recht, deren Finanzierbarkeit und damit die Vollziehbarkeit gar nicht geklärt sind.
Artikel 49 des Revisionsentwurfes zur GGO ist demnach so auszulegen, dass Anträge, die inhaltlich neue, mit der Revisionsmaterie in keinem sachlichen Zusammenhang stehen, die Regelungen vorschlagen, nur diskutiert werden, wenn der Rat mit Zwei-Drittels-Mehrheit der Behandlung zugestimmt hat. Wenn die Zwei-Drittels-Mehrheit erreicht wird, gilt für die Abstimmung in der Sache die einfache Mehrheit.

Zegg: Hier hat die Präsidentenkonferenz Abklärungen getroffen. Es ist ein langer Bericht und die Schlussfolgerung lautet, ich möchte nicht die unnötig in die Länge ziehen, Art. 49 des Revisionsentwurfes zur Geschäftsordnung des Grossenrates demnach so auszulegen, dass Anträge, die inhaltlich neue mit der Revisionsmaterie in keinem sachlichen Zusammenhang stehende Regelungen vorschlagen, nur diskutiert werden, wenn der Rat mit Zwei-Drittels-Mehrheit der Behandlung zugestimmt hat. Wenn die Zwei-Drittels-Mehrheit erreicht wird, gilt für die Abstimmung der Sache die einfache Mehrheit.

Angenommen

Art. 50 - 61
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 62 Abs. 1 - 5
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 62 Abs. 6
Antrag Kommissionsmehrheit (9 Stimmen, Sprecher: Zegg) *und Präsidentenkonferenz*
Gemäss Bericht

Antrag Kommissionsminderheit (2 Stimmen, Sprecher: Nigg)
Streichen

Zegg; Kommissionssprecher: In Artikel 62 möchte eine Kommissionsminderheit den letzten Absatz streichen, der heisst: „Bei der Schlussabstimmung über Verfassungsvorlagen und Gesetzesentwürfe werden auch die Stimmenthaltung gezählt und protokolliert." Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass dieser Abschnitt beibehalten werden muss, weil wir das ausdrücklich auch gewünscht haben, dass jene, die keine Meinung haben auch dazu stehen müssen, die also sitzen bleiben, dass dies aufgeführt wird in den Protokollen. Ich bitte Sie, hier die Kommissionsmehrheit zu unterstützen.

Nigg: Aufgrund eines Vorstosses unserer Ratskollegin Noi, sollen eben neu, wie gesagt wurde, die Stimmenthaltungen zumindest bei Schlussabstimmungen ebenfalls ausgezählt werden. Nun, ich meine, grundsätzlich sind wir vom Stimmvolk in den Grossen Rat gewählt worden, damit wir Entscheidungen treffen und nicht, damit wir uns der Stimme enthalten. Indem wir aber die Stimmenthaltungen auszählen, geben wir einer Unsitte Vorschub, sich zu einer Sachfrage nicht mehr äussern zu müssen und nicht mehr Stellung zu nehmen. Das kann nicht Sinn und Zweck unseres parlamentarischen Auftrages sein. Die Regelungen, dass Stimmenthaltungen ausgezählt werden, hat zwar in andern Parlamentsbetrieben auch schon eingehalten, aber was anderswo schlecht ist, muss bei uns nicht auch schlecht sein. Wir sind, und ich zitiere da einen ehemaligen Regierungsrat: „Wir sind hier ja nicht als Bedenkenträger im Grossen Rat, sondern sollten eben Entscheidungsträger sein." Mit den Stimmenthaltungen werden wir eher wieder zu Bedenkenträger. Ich glaube auch, dass gewisse politische Gruppierungen die Stimmenthaltung auch nur dazu benützen, um sich im Grossen Rat nicht entscheiden zu müssen und dann vor einer Volksabstimmung sich so zu drehen, wie der Wind sich dreht.
Wir bedauern auch immer wieder die Politverdrossenheit im Volk. Ich meine aber gerade, dass wir uns manchmal den Entscheidungen entziehen oder Entscheidungen verschleppen. Das macht eben auch diese Politverdrossenheit aus.
Abschliessend, es kann nicht sein, dass diejenigen, die keine Meinung haben durch das Auszählen von Stimmenthaltungen ihre politische Publizität finden.

Jäger: Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen. Wir haben, wie es Herr Nigg gesagt hat, bei der Diskussion zur parlamentarischen Initiative von Grossrätin Noi die Argumente ausgetauscht. Es wäre jetzt falsch, angesichts der Uhr alles noch einmal zu wiederholen, was damals gesagt wurde. Dieser Rat hat mit grosser Mehrheit dem Vorschlag von Frau Noi zugestimmt. Es ist so, dass der Vorschlag von Frau Noi etwas weiter ging. Sie wollte nämlich auch noch, dass bei den parlamentarischen Vorstössen, man auch die Enthaltungen zählt. Dies ist jetzt nicht mehr dabei. Also man ist bereits etwas zurückgegangen. Ich bitte Sie, nachdem Sie ja damals dieser parlamentarischen Initiative mit grossem Mehr zugestimmt haben, jetzt dies auch in der Verordnung so zu beschliessen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Präsidentenkonferenz mit 55 zu 12 Stimmen zu.

Art. 62 Abs. 7
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 63 und 64
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

IV. Verhandlungsgegenstände

Art. 65 - 69
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 70 Abs. 1 und 3
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Art. 70 Abs. 2
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Wie folgt ändern:
…Stellungnahme von höchstens vier Minuten erläutert werden.

Zegg; Kommissionssprecher: Bei Artikel 70 geht es darum, dass wer eine Anfrage eingereicht hat, bisher eine Zeit von zwei Minuten hat, um kurz Stellung zu nehmen. Diese Zeit ist sehr kurz. Wir haben die Zeit auf vier Minuten erhöht und wir gehen davon aus, dass wir damit weniger Diskussionen haben, dass weniger Diskussion verlangt werden muss. Ich bitte Sie, hier die einstimmige Kommission zu unterstützen und diese Zeit auf vier Minuten zu erhöhen.

Peyer: Frau Standesvizepräsidentin, ich will mich nicht melden. Ich möchte nur, dass Sie abstimmen. Ich bin nämlich nicht einverstanden.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Präsidentenkonferenz mit 48 zu 18 Stimmen zu.

Art. 71 - 84
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

V. Schlussbestimmungen

Art. 85 und 86
Antrag Kommission und Präsidentenkonferenz
Gemäss Bericht

Angenommen

Schlussabstimmung
2. Der Grosse Rat stimmt dem Erlass des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG) mit 73 zu 2 Stimmen zu.
3. Der Grosse Rat stimmt der Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates mit 70 zu 5 Stimmen zu.

Jäger: Ich stelle noch einen Antrag vier, nämlich die parlamentarische Initiative Noi betreffend Neufassung von Artikel 64 GGO sei abzuschreiben.

Abstimmung
4. Die parlamentarische Initiative Noi betreffend Neufassung von Art. 64 der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GRP 2004/2005, 481) wird vom Grossen Rat mit 73 zu 0 Stimmen abgeschrieben.

Standesvizepräsidentin Bühler-Flury: Damit ist diese schwere Geburt überstanden und ich gebe das Wort dem Standespräsidenten zurück.

Standespräsident Geisseler: Donnerstag, 8. Dezember 2005. Kurz nach halb fünf Uhr. Wir sind am Ende der Dezember-Session 2005 angelangt. Gestatten Sie mir eine kurze Rückblende auf die vergangenen Sessionstage. Die Präsidentenkonferenz hat in grosszügiger Auslegung der Geschäftsordnung des Grossen Rates für diese Session alle Beantwortungen von persönlichen Vorstössen auf die nächste Session verschoben, was ein Novum war, sich in der Praxis, das sehen wir jetzt, aber als richtig erwiesen hat. Entsprechend wurden folgende Sachgeschäfte debattiert und verabschiedet: Jahresprogramm 2006 wurde festgelegt sowie das Budget für das Jahr 2006 verabschiedet. Mit der Teilrevision des Gemeindegesetzes sowie der Finanzausgleichsgesetzgebung wurden die Grundlagen für zukunftsgerichtete Strukturen geschaffen. Ab 1.1.2006 zählt der Kanton Graubünden nur noch – oder immer noch, je nach Betrachtungsweise – 207 Gemeinden, denn die Gemeinden Splügen und Medels schliessen sich zur Gemeinde Splügen zusammen. Dies mit der Zustimmung und des Segens des Grossen Rates. Wir beschäftigten uns aber auch selber. Das Grossrats-Gesetz wurde revidiert, wie auch die Geschäftsordnung. Damit sind wir primär Kantonsverfassungskonform, sekundär auch mit einigen Verbesserungen ausgerüstet für unsere künftigen Aufgaben. Zudem gewährten wir einen Kantonsbeitrag für den Bau der Porta Alpina in Sedrun. Das Volk wird sich hier am 12. Februar des nächsten Jahres an der Urne zu dieser Vorlage äussern können.
Für die Ratsführung war es eine sehr interessante und auch intensive Session. Samichlaus-Besuche, Zweidrittelsmehrheiten-Bestimmungen, Anträge, die eigentlich gar nicht gestellt werden wollten und Rückzüge von gestellten Anträgen hielten die Ratsleitung wach und auf Draht. Die Behandlung der Botschaft der Porta Alpina war etwas Speziel-

les. Vorerst die Ohren auf die nationale Politik nach Bern gerichtet, erlebten wir eine Debatte im Fokus von vielen Vertretern aus der Region. Eingegangen sind diese Session neu drei Aufträge sowie acht Anfragen.
Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Standeskanzlei und dem Ratssekretariat, dem Weibel sowie meiner Vizepräsidentin für die ebenso wertvolle wie auch hilfreiche Unterstützung aus dem Hintergrund. Dem Samichlaus danke ich für seinen Besuch.
Politik ist knochenharte Arbeit. Aber immer muss auch das Persönliche, das Menschliche seinen Platz haben. Ich danke euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, recht herzlich für das engagierte Arbeiten, den Medien für die Berichterstattung und allen, die für die erfolgreiche Durchführung dieser Session ihren Beitrag geleistet haben. Ich wünsche euch allen, ganz persönlich und aus dem Innersten meines Herzens, eine schöne, besinnliche Weihnachten, gute Gesundheit und die besten Wünsche zum nächsten Jahr, zum neuen Jahr 2006. Ich freue mich, Sie alle gesund und munter zur Februarsession 2006 begrüssen zu dürfen. Ich schliesse die Sitzung und Dezembersession 2005 und empfehle Land und Volk Graubündens dem Machtschutz Gottes.

Es ist kein Vorstoss eingegangen

Schluss der Sitzung: 16.25 Uhr

Für die Genehmigung des Protokolls

Durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Geisseler

Der Protokollführer: Domenic Gross

Die Redaktionskommission

hat in ihrer Sitzung vom 9. Januar 2006 gemäss Artikel 92 Absatz 3 und Artikel 93 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rates die Sitzungsprotokolle der Dezembersession 2005 geprüft, redaktionell bereinigt und genehmigt. Ebenso wurden die im Anhang zu den Beschlussprotokollen enthaltenen, definitiv verabschiedeten Erlasse und Beschlüsse redaktionell bereinigt.

Register zum Grossratsprotokoll
der Dezembersession 2005

Aufträge

Feltscher betreffend angepasste Tagesstrukturen in unseren Schulen 631

Jäger betreffend Anreizmodell bei den Verkehrssteuern für Motorfahrzeuge mit schadstoffarmem Treibstoffverbrauch 631

Pfenninger betreffend Bericht über Strategie, Einsitz und Einflussnahme sowie Berichts- und Kontrollwesen bei Beteiligungen des Kantons, selbständigen Institutionen und weiteren Organisationen mit „öffentlichen“ Aufgaben (Kommissionsauftrag GPK) 609

Anfragen

Claus betreffend der langfristigen Entwicklung der militärisch geutzten Areale in Chur und Umgebung 620

Farrér betreffend Umsetzung Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV) 633

Frigg betreffend „Raser“ im Kanton Graubünden 632

Krättli-Lori betreffend Zahlenangaben zu Volksschul-Oberstufe und Mittelschule 633

Meyer Persili betreffend Alimentenbevorschussung und -inkasso 621

Pedrini concernente appalti del Cantone nelle zone italofone 638

Robustelli betreffend Situation der Anbieter familienergänzender Kinderbetreuung nach der Einführung des Gesetzes zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden 621

Stiffler betreffend Entlöhnung der Aushilfen / Kosten für Dienstleistungen Dritter 633

Sachgeschäfte

Jahresprogramm 2006 und Budget 2006 (separater Bericht) 608, 609, 611
..... 713, 736

Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für den Erlass eines Grossratsgesetzes und für die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (separater Bericht) 630, 635, 639
..... 666, 684, 818
..... 829, 848

Teilrevision des Gemeindegesetzes und der Finanzausgleichsgesetzgebung (B12/2005-2006, S. 993) 614, 615, 623
..... 626, 649, 661
..... 663, 749, 756
..... 789, 805

Zusammenschluss der Gemeinden Splügen und Medels i.Rh. zur Gemeinde Splügen (B11/2005-2006, S. 977) 630, 665, 815

Gewährung eines Kantonsbeitrages für den Bau der Porta Alpina Sedrun (B13/2005-2006, S. 1195) 637, 711, 836

Nachtragskredite 623, 782

Anfragen (Fragestunde)

Farrér betreffend Entscheid des Bundesamtes für Landwirtschaft zum AOC-Rechtsstreit 782

Feltscher betreffend Arbeitsplätze der Armee in Chur 785

Fleischauer betreffend Tschiertschener Pilzsuppe 787

Hanimann betreffend Turmbau auf der Schatzalp 786

Jäger betreffend Einstellung der Alpviehtransporte der Rhätischen Bahn 788

Noi concernente la misurazione dei valori radon nelle abitazioni 783

Noi concernente la tassa di certificazione per le costruzioni con materiale Sinergie 784

Perl betreffend Nachdruck des “Dicziunari”, Wörterbuch Puter/Deutsch resp. Deutsch/Puter 784

Peyer betreffend Abbaupläne bei SBB Cargo 788

Pfiffner betreffend WEF 2006 786

Vereidigung / allgemeine Geschäfte

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter 713

Wahlen

Kommission für Bildung und Kultur; 1 Mitglied für die Amtsdauer 2005-2006 (Ersatzwahl) 623